



49. Deutscher
Historikertag 2012

Ressourcen – Konflikte
25. - 28. Sept. 2012, JGU Mainz

ISSN: 1612-5940

Historisches Forum

15 • 2012

Unter dem Motto „Ressourcen-Konflikte“ fand vom 25. bis 28. September 2012 der 49. Deutsche Historikertag an der Johannes Gutenberg Universität Mainz statt. H-Soz-u-Kult hat den Kongress in Zusammenarbeit mit dem Mainzer Organisationsbüro als offizieller Medienpartner begleitet. In knapp 70 Sektionen und Podiumsdiskussionen waren unterschiedlichste Epochen, Themenbereiche und methodische Zugänge vertreten.

Die Ergebnisse des Historikertags wurden von zahlreichen Autor/innen für H-Soz-u-Kult in Sektionsberichten dokumentiert. Ergänzt werden diese durch Querschnittsberichte, die epochale oder thematische Zugänge mehrerer

Sektionen in den Blick nehmen und so übergreifende Fragestellungen sichtbar machen. Schon im Vorfeld des Historikertages hat H-Soz-u-Kult das Kongressmotto zum Anlass genommen, um mit sechs kompetenten Kolleginnen und Kollegen über "Ressourcen in den Geschichtswissenschaften" zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Debatte und die gesamte Berichterstattung sind in diesem Band zusammengestellt, der dauerhaft auf dem Publikationsserver der Humboldt-Universität zu Berlin zugänglich sein wird.

ISBN: 978-3-86004-289-2

Berichte vom Historikertag 2012

Herausgegeben für H-Soz-u-Kult von
Torsten Kahlert, Claudia Prinz und Lena Sonemann



http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/15

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2



Historisches Forum ist eine Reihe von Themenheften von Clio-online (<http://www.clio-online.de>) und seiner Kooperationspartner. Die Reihe bündelt ausgesuchte Beiträge geschichtswissenschaftlicher Online-Foren und herausragende Artikel, Debattenbeiträge, Kontroversen und Berichte zu ausgewählten historischen Fragestellungen. Sie erscheint in Kooperation mit den Verbundpartnern von Clio-online und der Humboldt-Universität zu Berlin. Jedes Heft wird von einem oder mehreren Herausgebern redaktionell betreut und enthält außer einer Einführung in das Thema auch ergänzende Verweise auf die Forschungsliteratur und andere Informationsquellen. Die Veröffentlichung erfolgt über den Dokumenten- und Publikationsserver der HUB: http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/.

[Historisches Forum]

Historisches Forum. - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin
Gesamttitle: Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2
ISSN: 1612-5940

Bd. 15: **Berichte vom Historikertag 2012** / hrsg. für H-Soz-u-Kult von Torsten Kahlert, Claudia Prinz und Lena Sonemann / (Historisches Forum: Bd. 15) - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin, 2012
ISBN: 978-3-86004-289-2

Dieses Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Es unterliegt den Nutzungsbedingungen des Dokumenten- und Publikationsservers der Humboldt-Universität Berlin (<http://edoc.hu-berlin.de>). Es darf und soll zu wissenschaftlichen Zwecken und zum Eigengebrauch kopiert und ausgedruckt werden. Die weiteren Rechte an den einzelnen Texten und Abbildungen verbleiben bei den Autoren bzw. bei den im Abbildungsverzeichnis genannten Rechteinhabern. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den Serverbetreibern und den redaktionell verantwortlichen Herausgebern ausdrücklich verboten.

Redaktionsschluss: 31.12.2012

Geschäftsführende Herausgeber:

Rüdiger Hohls – Wilfried Nippel
in Verbindung mit Clio-online (Rüdiger Hohls), H-Soz-u-Kult (Thomas Meyer – Claudia Prinz) und Zeitgeschichte-online (Jürgen Danyel – Jan-Holger Kirsch).

Technische Leitung:

Daniel Burckhardt – Moritz Lorey

Verantwortliche Redakteure und Herausgeber für dieses Heft:

Torsten Kahlert – Claudia Prinz – Lena Sonemann
H-Soz-u-Kult-Zentralredaktion
c/o Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I
Institut für Geschichtswissenschaften
Sitz: Friedrichstraße 191-193
D-10099 Berlin
Tel.: ++49-(0)30/2093-70602, -4786
E-Mail: hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de
Web: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>

Umschlaggestaltung:

Logo Historikertag 2012: LABOR – Agentur für moderne Kommunikation GmbH
Umschlag: Moritz Lorey, Humboldt-Universität zu Berlin

© 2012 Clio-online

Historisches Forum

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2
ISSN: 1612-5940

Historisches Forum 15 · 2012

Berichte vom Historikertag 2012

Herausgegeben für H-Soz-u-Kult
von Torsten Kahlert, Claudia Prinz und Lena Sonemann

http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/

H | SOZ | U | KULT

ISBN: 978-3-86004-289-2

Vorwort	1
H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften	3
Querschnittsberichte	57
<i>Thomas Blank, Philipp Altmeyen</i>	
Alte Geschichte	57
<i>Simone Rauthe</i>	
Didaktik der Geschichte	69
<i>Thomas Meyer</i>	
eHumanities	77
<i>Kathrin Steinhauer</i>	
Mittelalter	89
<i>Tobias Huff</i>	
Neuere Geschichte	99
<i>Miriam Rürup</i>	
Transnationale Geschichte / Neue Diplomatiegeschichte	111
<i>Agnes Kneitz</i>	
Umweltgeschichte	127
<i>Ute Engelen</i>	
Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts	143
<i>Hanno Hochmuth</i>	
Zeitgeschichte	153
Berichte über Sektionen des Historikertages 2012	161
<i>Markus Müller-Henning</i>	
Archivische Ressourcen – Didaktische Chancen. Kompetenzorientiertes Lernen im Archiv	161
<i>Sabine Reichert</i>	
Copy & Waste. Selektive Rezeption mittelalterlicher Geschichte als ein Erinnerungsproblem	169

<i>Florian Hellberg, Ole Johannsen</i>	
Das Wasser: Ressource zwischen Alltagsbedarf, Inge- nieurkunst und Repräsentation. Eine Konversation zwi- schen Antike und Neuzeit	178
<i>Torsten Roeder</i>	
Datenbanken für die Mediävistik und die Renaissance in Forschung und Lehre	186
<i>Daniel Reupke</i>	
Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahr- hundert	194
<i>Meta Stephan, Karin Trieloff, Chris Vogelsänger</i>	
Die organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historiker- verbandes	202
<i>Julian Katz</i>	
Erinnerung als umkämpfte Ressource in der Frühen Neuzeit	210
<i>Christian Schmidt</i>	
Ersatzstoffwirtschaft als innovative Lösungen für Res- ourcenkonflikte im Ersten und Zweiten Weltkrieg?	219
<i>Lucas Frederik Garske</i>	
Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattfor- men oder bilaterale Schulbuchprojekte? Transkulturelle Sichtweisen in der europäischen Schulbuchdarstellung	227
<i>Anna Kranzendorf</i>	
Gab es den Wertewandel?	236
<i>Oliver Kuttner</i>	
Geschichte als Ressource des Menschseins in der Mi- grationsgesellschaft – und warum ein solches Ideal im Prozess des historischen Lernens unweigerlich Konflik- te auslöst	244

<i>Philipp Sreckels</i>	Geschichtswissenschaft digital in Deutschland und Frankreich: Tendenzen, Strategien, Beispiele	254
<i>Eva Maria Verst, Michael Vössing</i>	Global Commons – Anspruch und Legitimation der „Gemeingüter“ als Erbe der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg	262
<i>Katharina Stornig</i>	Historische Außenansichten auf Europa: Annäherungen aus (post)kolonialer und transatlantischer Perspektive	270
<i>Thomas Kirchner</i>	Höfe und ‚Humankapital‘. Die höfische Konkurrenz um Fachleute aus Künsten, Wissenschaft und Diplomatie im 17. und 18. Jahrhundert	278
<i>Björn Siegel</i>	Juden und Christen als Akteure in Konflikten um materielle Ressourcen in der Vormoderne	286
<i>Christiane Kuller</i>	Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945	293
<i>Anna-Katharina Wöbse</i>	Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren	301
<i>Heidi Hein-Kircher</i>	Macht und Gegenmacht im Konfliktraum der Volksrepublik Polen: Kulturelle Ressourcen für Formen des politischen Widerstands	307
<i>Christian Jung</i>	Medialer Geschichtsunterricht: Innovation statt Beliebbarkeit – Öffentlich-rechtliche Medien und Geschichte .	314

<i>Martin Göllnitz</i>	Nachhaltigkeit im Energieverbrauch des Mittelalters und der frühen Neuzeit? Interdisziplinäre Zugänge zu einem aktuellen Thema	322
<i>Amélie Sagasser</i>	Neue Ansätze für eine transnationale Geschichte. Das Beispiel der Deutsch-Französischen Geschichte in 11 Bänden	331
<i>Sina Fabian</i>	Reaktionen auf die globalen Energiekrisen der 1970/80er Jahre	338
<i>Julia Eichenberg</i>	Recht als umstrittene Ressource: Akteure, Praktiken und Wissensordnungen des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939)	345
<i>Veronika Unger</i>	Regesta Imperii: Traditionelles Wissen und neue Herausforderungen	353
<i>Jana Hoffmann</i>	Regulating Families and Resources in American Contemporary History	359
<i>Hannes Alterauge</i>	Ressource Mensch. Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Netzwerke des europäischen Menschenhandels in der Frühen Neuzeit	366
<i>Raoul Hippchen, Max Ritter</i>	Ressourcen – Konflikte – Regeln: Die Verteilung von Amt, Würde und Einfluss im Zeichen der Geldwirtschaft im westlichen Mittelalter und im Byzantinischen Reich	373
<i>Holger Thünemann</i>	Ressourcen von Geschichtslehrkräften – Ressourcen für den Geschichtsunterricht	381

<i>Jan-Hendryk de Boer</i>	Schrift und Buch als Ressourcen des späten Mittelalters	389
<i>Christoph Dieckmann</i>	Schuld – Sühne – Recht. Gerechtigkeitsvorstellungen, Rachephantasien und juristische Interventionen um 1945/46	397
<i>Ulf Teichmann</i>	Social Conflicts and Internationalism in the Twentieth Century. Towards a Transnational History of Social Movements	404
<i>Christoph Hilgert</i>	Sound History	412
<i>Roberto Sala</i>	Sozialstaatliche Verteilungskonflikte in globalhistorischer Perspektive	420
<i>Simon Groth, Dennis Majewski</i>	Taufe in Alter und Neuer Welt. Zur Bedeutung eines Sakraments für die Rechte des Individuums zwischen Spätantike und Früher Neuzeit	428
<i>Mohammad Gharaibeh</i>	Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich	437
<i>Sina Fabian</i>	Verrat! Geschichte einer diskursiven Ressource von der Renaissance bis zur Gegenwart	445
<i>Arvid Schors</i>	Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren	452

<i>Ulrike Schröber</i>	Von der „Erbfeindschaft“ zur „Erbfreundschaft“? Neueste Forschungen zur Geschichte der deutsch-französischen Annäherung und Aussöhnung	460
<i>Sebastian Haumann</i>	„What’s the matter?“ Die Provokation der Stoffgeschichte	468
<i>Sita Steckel</i>	Wiedergänger und Neugeborene. Das Renaissance-Narrativ in der (post-)modernen Historiographie	472
<i>Kirsten Moritz</i>	Zeitgeschichte ohne Ressourcen? Probleme der Nutzung audiovisueller Quellen	480
<i>Elsbeth Andre</i>	Zeitgeschichte, Archive und Geheimschutz – Ressourcen und Konflikte bei der Nutzung von Quellen	487
<i>Lisa Dittrich</i>	Zeitpolitik und Zeit-Geschichte im 20. Jahrhundert	497
<i>Gerald Volkmer</i>	Zensur – Konflikte um die intellektuelle Ressource Wissen in Mittel- und Osteuropa 1945–1989	505
<i>Jan Meister</i>	Zur Ökonomie römischer Nahbeziehungen	512
<i>Julia Schnaus</i>	Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte	519
Register		527
	Autorinnen und Autoren der Beiträge	527

Vorwort

Unter dem Motto „Ressourcen – Konflikte“ fand vom 25. bis 28. September 2012 der 49. Deutsche Historikertag an der Johannes Gutenberg Universität Mainz statt. H-Soz-u-Kult hat den Kongress in Zusammenarbeit mit dem Mainzer Organisationsbüro als offizieller Medienpartner begleitet. In knapp 70 Sektionen und Podiumsdiskussionen waren unterschiedlichste Epochen, Themenbereiche und methodische Zugänge vertreten.

Um die Ergebnisse des Historikertags zu dokumentieren und einer breiten Fachöffentlichkeit bekannt zu machen, haben wir in den vergangenen Monaten über die H-Soz-u-Kult Mailingliste und die Webseite zahlreiche Sektions- und Querschnittsberichte veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit den Veranstaltern der Sektionen konnten wir viele Autorinnen und Autoren gewinnen, die in ihren Berichten die Ergebnisse einzelner Sektionen dokumentieren, sie in einen größeren Kontext stellen oder kritisch analysieren. Wir freuen uns besonders, dass wir einige Querschnittsberichte anstoßen konnten, die die Sektionsberichte nicht nur ergänzen, sondern darüber hinaus epochale oder thematische Zugänge mehrerer Sektionen in den Blick nehmen und so übergreifende Fragestellungen sichtbar machen.

Schon im Vorfeld des Historikertages haben wir das Kongressmotto zum Anlass für eine Debatte über "Ressourcen in den Geschichtswissenschaften" genommen. Sechs kompetente Kolleginnen und Kollegen haben über die Frage, welches Potential ein Blick auf "Ressourcen-Geschichten" für die gegenwärtige Geschichtswissenschaft bietet, intensiv und in einem hierzulande ungewöhnlichen Format diskutiert.

Die Ergebnisse dieser Debatte und der gesamten Berichterstattung haben wir nun in diesem Band zusammengestellt, der dauerhaft auf dem Publikationsserver der Humboldt-Universität zu Berlin zugänglich sein wird. Wir danken allen Autorinnen und Autoren und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der H-Soz-u-Kult-Debatte für ihre

kritische Reflektion des Tagungsgeschehens. Dem Organisationsteam des Historikertages sowie allen Beteiligten danken wir für die großartige Unterstützung und gute Zusammenarbeit.

Für die H-Soz-u-Kult Redaktion

Torsten Kahlert, Claudia Prinz und Lena Sonemann

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

Die H-Soz-u-Kult Redaktion hat das Motto des diesjährigen Historikertags, „Ressourcen – Konflikte“, zum Anlass genommen, eine virtuelle Debatte zum Thema „Ressourcen in den Geschichtswissenschaften“ zu führen. Sechs Historiker/innen haben in mehreren Diskussionsrunden verschiedenste Aspekte des Themas erörtert. Die Resultate dieses Austauschs wurden im unmittelbaren Vorfeld des Historikertags in vier Abschnitten über Mailingliste und im Web auf <http://www.hsozkult.de> veröffentlicht.

Als Teil der Dokumentation des Historikertags freuen wir uns, Ihnen nun die Debatte, die von Juni bis Mitte September 2012 geführt worden ist, gebündelt präsentieren zu können. Kurz ein paar Worte zum Ablauf der virtuellen Debatte: Auf eine Frage seitens der Redaktion hatte jede/r Teilnehmer/in Gelegenheit zu einer in der Länge nicht vorgegebenen Antwort. Die Kommunikation verlief per Mail und wurde in ihrem zeitlichen Rahmen von der Redaktion gesteuert. Diese Form der schriftlichen Debatte eröffnete die Möglichkeit der Verbindung verschiedener Genres. Während das dialogische Element dieser Vorgehensweise an eine mündliche Debatte angelehnt war, bestand gleichzeitig die Möglichkeit, einzelne Argumente in Ruhe zu reflektieren. Das hat den Teilnehmer/innen, die im Folgenden in alphabetischer Reihenfolge genannt seien, einiges abverlangt und wir sind froh, dass sie das Diskussionsexperiment bis zum Schluss so konstruktiv mitgestaltet haben.

Ralf Banken (Goethe-Universität Frankfurt am Main), *Monika Dommann* (Universität Basel), *Birte Förster* (Technische Universität Darmstadt), *Christiane Reinecke* (Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg), *Laura Rischbieter* (Humboldt-Universität zu Berlin) und *Frank Uekötter* (Ludwig-Maximilians-Universität München). Seitens der Redaktion haben *Torsten Kahlert* und *Claudia Prinz* die Fragen ge-

stellt. Für uns war dieses Format neu und eine interessante Erfahrung, von der wir sehr profitierten. Allen Diskutant/innen möchten wir unseren herzlichen Dank aussprechen. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir eine anregende und inspirierende Lektüre.

Torsten Kahlert und Claudia Prinz

H-Soz-u-Kult Redaktion: In politischen Gegenwartsdiagnosen sind „Ressourcen“ ein omnipräsentes Thema. Nun hat sie auch der Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschlands zum Thema des diesjährigen Historikertags in Mainz gemacht. Der Begriff der „Ressourcen“ weckt zunächst ganz unterschiedliche Assoziationen, verfügt über zahlreiche Anschlussmöglichkeiten und verweist je nach Kombination und Kontext auf verschiedene Bedeutungs- und Forschungsfelder. Die Auseinandersetzung mit „Ressourcen“ lädt aber auch zu einem bestimmten Blick auf Geschichte ein, in der Konflikte und Krisen in den Vordergrund treten, folgt das Wort doch meist auf Adjektive wie „begrenzt“, „umkämpft“ oder „umstritten“.

Was evoziert der Begriff bei Ihnen und aus welchen Gründen könnte es derzeit attraktiv für Historiker/innen sein, sich mit „Ressourcen“ auseinanderzusetzen? Welchen Stellenwert würden Sie der Analyse von „Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften derzeit beimessen?

Frank Uekötter: Wenn es um die Festlegung des Leitthemas geht, sind die Organisatoren des Historikertags fürwahr nicht zu beneiden. Das Thema sollte für alle Epochen von der Antike bis zur Zeitgeschichte plausibel sein, auch Subdisziplinen von der Wissenschafts- bis zur Kulturgeschichte ansprechen und selbstverständlich auch für die Fachdidaktik Perspektiven bieten. Das Thema sollte breit sein, aber nicht beliebig, Zusammenhänge eröffnen, ohne die legitimen Interessen einzelner Fachzirkel mit Füßen zu treten, innovativ sein, aber das Gros der Fachvertreter mitnehmen.

Gemessen an der Aufgabenstellung haben die Organisatoren diesmal ein erfreulich klar konturiertes Thema gewählt, das gewiss nicht im Ruch eines Formelkompromisses am Ende eines langen Konferenztages steht. Und doch musste ich schmunzeln, dass im Call for Papers ausdrücklich auch von *immateriellen* Ressourcen die Rede war: Da

war sie also, die goldene Brücke für alle, denen das Thema sonst „zu eng“ gewesen wäre.¹ So finden sich nun im Tagungsprogramm Sektionen über Loyalität, Vertrauen, Verrat und Erinnerung als Ressourcen, und das ist auch völlig in Ordnung. Die deutsche Geschichtsforschung ist vielfältig, und das sollte das Tagungsprogramm auch zeigen.

Aber vielleicht darf man doch an dieser Stelle daran erinnern, dass die meisten Menschen beim Stichwort Ressourcen zunächst an *Materie* denken: Rohstoffe zur Verwendung im Dienste der Menschheit bzw. genauer jenes Teils der Menschheit, der gerade – aus welchen Gründen auch immer – das Zugriffsrecht besitzt. Und so verstanden besitzt das Thema des Historikertags einen Stachel. Hand aufs Herz: Die Ressourcendebatte der jüngsten Vergangenheit hat uns Historiker kalt erwischt. In kulturalistisch beschwingten Zeiten begegnete das Gros des Faches der Stofflichkeit mit einer gewissen Geringschätzung, und so führen jene Teile der Zunft, die sich mit materiellen Ressourcen beschäftigen, zumeist ein Schattendasein. Agrargeschichte, Forstgeschichte, Geschichte des Bergbaus – man kann gewiss viel über Forschungsstände streiten, aber niemand wird wohl behaupten, diese Subdisziplinen seien in den vergangenen Jahrzehnten „academically sweet“ gewesen.

Unter den Ursachen dieser unbefriedigenden Situation scheint mir vor allem ein Punkt diskussionswürdig zu sein: Es ist überhaupt nicht leicht, in das Ressourcenthema eine intellektuelle Spannung zu bringen. Auf den ersten Blick scheint doch alles klar zu sein: Unsere moderne Gesellschaft beruht letztlich auf der Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen in historisch präzedenzlosem Umfang. Dahinter stecken neuartige technologische Möglichkeiten, der Aufstieg von Konsumgesellschaften, Infrastrukturen und vieles mehr. Und natürlich weiß auch jeder, dass der Ressourcenhunger unserer Moderne einen Preis hat: ökonomisch, sozial, ökologisch. *So what?*

Die Ressourcendebatte der Gegenwart mag in dieser Hinsicht einen wichtigen Impuls vermitteln: Nichts ist sicher. Viel zu lange haben wir

¹<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=16282>

H-Soz-u-Kult Debatte

Ressourcengeschichte als eine Geschichte des Offenkundigen geschrieben und all die Paradoxien des Themas übersehen: das schroffe Umschlagen von lethargischer Indifferenz und dramatischer Not; die stetig wachsenden Möglichkeiten der Manipulation durch Wissenschaft und Technik, die doch seltsamerweise immer wieder an chemische und physikalische Grenzen stoßen; der plötzliche Aufstieg obskurer Stoffe zu Schlüsselressourcen (gab es im 20. Jahrhundert eigentlich schon Coltan?); die Koexistenz von globalisierten Ressourcen und Autarkievisionen; der quasikoloniale Sonderstatus von Ressourcenregionen, in denen achselzuckend Dinge akzeptiert werden, die man im Rest des Landes nie und nimmer dulden würde. Kaum ein anderer Wirtschaftszweig kennt derart dramatische Aufstiegs- und Niedergangsgeschichten von nur scheinbar allmächtigen Großunternehmen. Und warum riecht es im vielzitierten Ersten Sektor der Ökonomie eigentlich überall so penetrant nach Testosteron? Ressourcengeschichte wird erst dann spannend, wenn man sich wieder wundert.

Wenn Menschen über Ressourcen reden, dann tun sie dies auffallend oft mit einem Vokabular von Moral und Pathologie: Ressourcen als Fluch, Ressourcen hunger als Sucht – als seien Rohstoffe eine finstere Macht, der die Moderne auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sei. Offenkundig gibt es da Dinge, die man nicht auszusprechen wagt, für die die Worte fehlen. Und warum sollten es nicht mal Historiker sein, die diese Sprachlosigkeit überwinden?

Monika Dommann: Wenn ich an Ressourcen denke, dann denke ich zunächst an Buenaventura, eine Stadt in Kolumbien, ein Hafen am Pazifik, wohin es mich in den 1990er-Jahren auf einer Reise verschlagen hatte. Ich sah größere und kleinere Schiffe und junge Männer, die auf ihrem Rücken Holz aus den Urwäldern des Landes in die Schiffe luden. Die alten Männer saßen bloß noch rum und tranken Rum. Ich las derweilen in einem Buch wie reich an Ressourcen Kolumbien sei, und ich sah wie arm die größte Hafenstadt am Pazifik geblieben war. Es gab eine gut ausgebaute, von schwer beladenen Lastwagen stark frequentierte Straße, die auch vereinzelt Reisende transportierte,

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

und strategisch als derart wichtig eingestuft wurde, dass sie ab und an von der Guerilla angegriffen wurde. Ich begriff auf dieser Reise, dass der Standard von Transportinfrastrukturen und Städten stark auseinander klaffen kann, und ich begriff auch, dass Wirtschaft, Militär, Politik, Städtebau, Umwelt, koloniale Vergangenheiten, Infrastrukturen, Körper und Krankheiten alle *irgendwie* zusammenhängen. Wenn ich an Buenaventura und an Rohstoffe denke, denke ich deshalb an besonders komplexe Konstellationen.

Und an meinen Eindruck, dass komplexe Konstellationen besonders lehrreich sein könnten, und dass Ressourcenökonomien solch komplexe Konstellationen darstellen.

Die Ressourcen (seit wann spricht man eigentlich in der deutschen Sprache immer mehr von Ressourcen, und nicht mehr einfach von Rohstoffen? Und was bedeutet dies?) sind vielleicht deshalb sozial- und kulturwissenschaftlich interessant geworden, weil sie Stoffe sind, und gerade deshalb sich an ihnen Unsichtbares sichtbar machen lässt. Sie werden je nach gesellschaftlichen Konstellationen zu Werkstoffen, Energieträgern, Kultobjekten, Bekleidungsmaterialien, epistemischen Objekten, medialen Trägern oder Kriegskassen verarbeitet. Und sie sind gerade deshalb so aufschlussreich, weil sie überdies nicht einfach passive Materialien sind, sondern ihre eigenen materiellen Eigenschaften (Haltbarkeiten, Vergänglichkeiten, Dichten, Härten, Kräfte, etc.) aufweisen, die sich zuweilen auch gegen die Intentionen ihrer Bearbeiter richten. Diese Stofflichkeit und Materialität (die beispielsweise in der Ethnologie und den Ingenieurwissenschaften schon lange zum Kerngeschäft gehören) hat in der Wissenschaftsforschung oder den Medienwissenschaften zu einer Auseinandersetzung mit den sozialwissenschaftlichen Agency-Konzepten geführt, die inzwischen auch die Geschichtswissenschaft eingeholt hat.

Was mich an den Rohstoffen fasziniert, ist ihre fast schon magische Anziehungskraft, von der übrigens auch Wissenschaftler/innen nicht ausgenommen sind. An den widerstreitenden Gebrauchsweisen der Rohstoffe lassen sich Sphären aufeinander beziehen, die bislang in

H-Soz-u-Kult Debatte

der Geschichte noch zu stark auseinandergehalten wurden. Historiker/innen waren schon seit jeher gut darin, Beobachter zu beobachten, dabei dezidiert multiperspektivisch vorzugehen und immer neue Quellen in neuen Konstellationen aufeinander beziehen.

Wenn ich an Rohstoffe denke, die ihr heuristisches Potential für die Geschichtswissenschaften illustrieren könnten, kommt mir Guttapercha in den Sinn, der Rohstoff der Telegraphie, der aus den Guttapercha Bäumen in den Wäldern Südostasiens gewonnen wurde. Der Export dieses Stoffes in die verarbeitenden Industrien von Berlin oder London führte in Südostasien zu einem Kahlschlag der Guttapercha. Als die Holländer in den 1880er-Jahren damit begannen, die Bäume in Plantagen in Sumatra und Java anzupflanzen, wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der bei vielen Rohstoffen immer wieder anzutreffen ist: Durch das erhöhte Angebot sanken die Preise, und damit wurde die Existenz der Pflanze, die nun ausschließlich auf der Gewinnung des Rohstoffes basierte, gefährdet oder gar zerstört. Der Stoff Guttapercha zeigt, wie tief verwoben Gesellschaften mit Rohstoffen sind. Stoffe werden aus einem Kontinent extrahiert (Asien), in einem anderen Kontinent weiterverarbeitet (Europa) und dienen schließlich dazu, diese mit einem dritten Kontinent (Amerika) zu verbinden. Ein Unterwasserkabel auf der einen Seite der Welt führte auf der anderen Seite des Globus zu einer Ökokatastrophe. Wenn das nicht Historikerstoff ist?

Birte Förster: Zunächst einmal halte ich Ressourcen weniger für ein Konzept als für ein Forschungsfeld, an dem verschiedene Teilbereiche der Geschichtswissenschaft zusammengeführt werden können. Denn es geht ja nicht nur um die Ressourcen selbst, natürliche, finanzielle oder immaterielle wie Zeit, sondern auch darum, wie diesen Wert zugeschrieben wird, wie sie zirkulieren oder definiert werden. Ressourcen verknüpfen umwelt-, kultur-, politik-, technik- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen vor dem Hintergrund globaler Vernetzungsgeschichte.

Natürliche Ressourcen verstehe ich – auch in Abgrenzung zum *new materialism* – als Produkt soziokultureller Prozesse von Wertzu-

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

schreibungen. So lange es beispielsweise kein industrielles Herstellungsverfahren für Aluminium gab, spielte Bauxit kaum eine Rolle und erst als nach dem Zweiten Weltkrieg die Nachfrage nach Aluminium rapide anstieg, gewann dieser Rohstoff rapide an Bedeutung. Natürliche Ressourcen sind selbstverständlich durch ihre Materialität gekennzeichnet, sie können aber nicht allein als Materie *agency* entwickeln, sondern nur, indem ihnen ein besonderer Nutzen und Wert zugeschrieben wird.

Aus Perspektive der Infrastrukturforschung wäre daher erstens nach den enormen Anstrengungen zu fragen, die Gesellschaften für Zugang zu und Zirkulation von Ressourcen unternehmen. Um Bauxit in der Goldküste/Ghana vor Ort in Aluminium umzuwandeln, wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren im Rahmen des *Volta River Project* ein Tiefseehafen, ein Staudamm inklusive Elektrizitätswerk und -netz, Eisenbahnlinsen, Straßen- und Brücken sowie mehrere Townships errichtet, finanziert von Krediten durch die Weltbank, die *Colonial Development Corporation* und anderen.

Zweitens haben wir es sowohl im Hinblick auf Ressourcen als auch im Hinblick auf Infrastrukturen mit neuen Akteursgruppen zu tun, die auch in demokratisch legitimierten Gesellschaften maßgeblichen Einfluss auf politische (Budget-)Entscheidungen nehmen, wie beispielsweise Experten und Planer. Das *Volta River Project* wurde insbesondere von Aluminiumkonsortien vorangetrieben, die Gutachten von Geologen und Ingenieuren spielten eine große Rolle bei der politischen Entscheidungsfindung.

Damit bietet sich drittens der Zugriff auf Ressourcen zumindest für die Hochmoderne als globalgeschichtliches Untersuchungsfeld an, denn dieser ist in der Regel nicht auf einzelne Nationen beschränkt und zeigt zudem die Verflechtung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Interessen.

Schließlich wären auch die jeweiligen Ressourcennarrative in den Blick zu nehmen, die in der Regel von quasi automatischer wirtschaftlicher Prosperität bei Ressourcenreichtum ausgehen, was die politik-

H-Soz-u-Kult Debatte

wissenschaftliche Forschung ja inzwischen in Teilen wiederlegt hat.

Laura Rischbieter: Das Konversationslexikon in 20 Bänden des dtv Verlags aus dem Jahr 1968 definiert Ressourcen knapp als „Hilfsquelle, Geldmittel.“ So definiert, sind sie nicht mehr und nicht weniger als Handlanger für (soziale) Akteure, um ein wie auch immer geartetes Ziel in der nahen oder fernen Zukunft zu erlangen, sie setzen – wenn man über sie verfügt, sie einsetzt – einen Prozess in Gang. Damit erscheint mir der Begriff „Ressourcen“ glücklich gewählt, um einer Großkonferenz wie dem Historikertag ein Motto zu geben: Ressourcen sind per Definition an soziale Handlungen im Verlauf der Zeit gebunden. Erst ihre Wahrnehmung als Ressource macht sie zu einer solchen, egal ob es sich um Werte, Vorstellungen oder aber um Rohstoffe handelt. Das Feld sich damit eröffnender Forschungsthemen ist schier unendlich und an alle methodischen Spielarten der Bindestrich-Geschichten anschlussfähig: Untersuchen lassen sich unter anderem ökonomische und soziale Strukturen von Angebot und Nachfrage, Ereignisse, Kriege, Technologie- und Wissenstransfers etc. ebenso wie die Diskurse, Wertzuschreibungen und Wahrnehmungen von Welt.

In dieser Weite und Breite sind aber Ressourcen auch schon in den letzten Jahrzehnten Gegenstand von Forschung und Lehre gewesen, explizit u.a. in der Wirtschafts- oder Politikgeschichte, impliziter in der Wissenschaftsgeschichte. Für was steht dann das Motto des Historikertags in diesem Jahr? Verweist es auf eine aktuelle Trendwende innerhalb der Geschichtswissenschaft, sich wieder vermehrt den materiellen Gegebenheiten in der Vergangenheit zuzuwenden und dies vielleicht gar unter Berücksichtigung neuer Ansätze und Methoden? Im Programm des Historikertags lässt sich hier nicht unbedingt eine bejahende Antwort ablesen. Die ersten Stellungnahmen zu dieser Debatte legen aber zumindest nahe, dass den Diskutanten zuerst Rohstoffe in den Sinn kommen, wenn sie an Ressourcen denken.

In dem Moment, in dem ich meine Stellungnahme schreibe, liegen schon die ersten Beiträge vor: Monika Dommann bezieht ihre Ausführungen vor allem auf Rohstoffe. Birte Förster nennt eben-

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

falls weitgefächerte Gegenstandsbereiche, die man mittels „Rohstoff-Produktgeschichten“ untersuchen könnte. Auch bei Frank Uekötter findet sich dieser Bezug auf Ressourcen als Rohstoffe. Er verweist in einer langen Assoziationskette auf vor allem pejorative Aspekte, die in der Vergangenheit den Umgang mit Ressourcen verstanden als Rohstoffen prägten. Ressourcen sind in den Beiträgen Hilfsmittel materieller Art – wenn auch nicht immer zugleich Rohstoffe. Als Wirtschaftshistorikerin kommen auch mir weniger kulturhistorische Themen und Untersuchungsgegenstände sondern eher Konflikte über unterschiedliche *knappe Güter* als erstes in den Sinn. Wenn ich an „Ressourcen“ denke, dann an die Produktion, Distribution und Konsumption von Wirtschaftsgütern auf Märkten.

Doch so gut gewählt das Motto „Ressourcen“ für den Historikertag erscheinen mag, so wenig befriedigend empfinde ich es, dass die mögliche Themenvielfältigkeit leicht zu einer gewissen Beliebigkeit führen kann. Hier scheint eine strukturierte Debatte weiter zu führen, insbesondere wenn sie auszuloten vermag, welche unterschiedlichen Definitionen von Ressourcen in Verbindung mit bestimmten methodischen Zugriffen sich für einige Untersuchungsgegenstände und auch Zeiträume eventuell besonders eignen und für andere nicht. Daher stellt sich mir vor allem die Frage: verbirgt sich hinter dem Begriff „Ressourcen“ überhaupt ein analytisches Potential?

Wie könnte eine solche Ressourcen-Geschichte aussehen, die nicht immaterielle oder materielle Ressourcen mehr oder weniger explizit und mehr oder weniger wahllos (mit-)behandelt sondern einen neuen Blick auf die Vergangenheit ermöglicht – vor allem aber einen, den die anderen Bindestrich-Geschichten nicht schon ausreichend abdecken? Oder sind wir Historiker doch „von gestern“ und haben einfach mit der verstärkten Hinwendung zur Zeitgeschichte der 1960er- bis 1980er-Jahre eine Debatte „entdeckt“, die die von Rezession, Ölpreiskrise und auch Stagflation gebeutelten Zeitgenossen unter dem Schlagwort „Die Grenzen des Wachstums“ geführt haben? Wenn Letzteres zuträfe, dann wäre über Ressourcen, verstanden als Rohstoffe, zu forschen, zu

H-Soz-u-Kult Debatte

debattieren und zu schreiben sicherlich weder originell noch innovativ, sondern Ausdruck einer typischen Verschiebung von Themen, wenn sich die Zeitgeschichte in neue Jahrzehnte vorwagt.

Christiane Reinecke: Ungleich, Ungleichheit, Verteilung, Mangel, Umwelt, Stadt: Wäre das hier ein Assoziationspiel, bei dem man auf Zuruf das erste sagt, was einem in den Kopf kommt, wären das meine Ressourcen-Assoziationen. Repräsentativ ist diese Reihung vermutlich nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass bei Anderen Stichworte wie Rohstoff oder Rohstoffmangel eher fallen, ist hoch. Lohnend ist es dennoch, der Ungleichheits-Assoziation nachzugehen, auch, um sich vor Augen zu führen, wie vielfältig und oftmals vage der Begriff der Ressource verwendet wird. Ungleichheit, das ist gängigen Definitionen zufolge die ungleiche Verfügung über oder der ungleiche Zugang zu Ressourcen, Chancen und Handlungsbefähigungen. Wofür Ressource in diesem Zusammenhang konkret steht, variiert: Ressource, das konnte oder kann ebenso das Einkommen oder Kapital sein, über das jemand verfügt, wie damit Arbeit, Macht, Einfluss, oder der Bildungsabschluss gemeint sein können. Aus Sicht einer Wissensgeschichte, die sich für wechselnde Beschreibungen des Sozialen interessiert, ist „Ressource“ jedenfalls ein Quellenbegriff. Aus Sicht einer Sozialgeschichte, die sich für den Wandel sozialer Positionierungen und den damit verbundenen Zugang zu Gütern und Einfluss interessiert, ist es ein (nicht gerade trennscharfer) analytischer Begriff. Lohnend erscheint mir eine ausgiebige Auseinandersetzung mit Ressourcen in der Geschichtswissenschaft jedoch vor allem dann, wenn darunter explizit *materielle* Ressourcen verstanden werden. Denn dann geht es um die Herausforderung, sich der materiellen Dimension von Geschichte zuzuwenden, und zwar – und das wäre die Herausforderung – ohne sich von kulturgeschichtlichen Ansätzen zu verabschieden.

Auffallend ist, dass die Frage nach der Bedeutung von Materialität und ihrer historischen Erforschung derzeit überall gestellt wird. Das gilt vor allem für die Stadt- und Umwelt-, aber auch für die Wissensgeschichte. Dabei geht es mit etwas Glück nicht um eine Rückkehr zu

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

materiellen Determinismen, sondern es geht um die Frage, inwiefern sich Materialität und Materielles in die historische Analyse einbeziehen lassen, ohne in Essentialisierungen zu verfallen. Häufig werden in dem Zusammenhang die Arbeiten Bruno Latours angeführt, der sich intensiv mit der Frage befasst hat, wie die materielle Welt Handlungen strukturiert und menschliche Akteure eingebunden sind in ein Gefüge von menschlichen und nicht-menschlichen Aktanten. Die Forderungen Latours und anderer Vertreter der Akteur-Netzwerk-Theorie in historische Forschungsprojekte zu überführen, ist methodisch alles andere als einfach. Instruktiv sind sie dennoch, weil sie Problemfelder in den Blick rücken, die Historikerinnen und Historiker lange ignoriert haben.

Ein gutes Beispiel für die Erschließung eines solchen neuen Problemfeldes ist die wachsende Zahl historischer Studien, die Ressourcen, Infrastrukturen und Umweltrisiken mit der Analyse sozialer Ungleichheit zusammen bringen und sich Formen umweltbedingter Ungleichheit zuwenden. Die historische Erforschung sozialer Ungleichheiten kann neue Ansätze vertragen, zumal solche, die sich von den nationalen Fixierungen lösen, die in diesem Feld lange dominierten. Dass die jüngere Stadt- und Umweltgeschichte das Interesse an der sich wandelnden Materialität (städtischer) Räume mit der Frage verknüpft, wie diese Materialität unterschiedliche (ethnische, soziale) Gruppen jeweils betraf, ist da viel versprechend. Doch besteht die Herausforderung darin, solchen Fragen nachzugehen, ohne die sich wandelnden Deutungen und Deutungshoheiten aus dem Blick zu verlieren. Wie das gehen kann (Materialität: ja, materieller Determinismus: nein), finde ich tatsächlich diskutierenswert, und zwar über den Begriff der Ressource hinaus.

Ralf Banken: Quellen, Stipendien, Wasser, Loyalität, Vertrauen, Wissen, Religion, Verrat, Erinnerung, Infrastruktur, Abfall, die Schrift und das Meer, Arbeit oder aber die Geschichte selbst sind nur einige der Begriffe, die laut Sektionstiteln des 49. Historikertages als Ressourcen bezeichnet werden. Auch wenn ich selber die Nöte der Kollegen aus

H-Soz-u-Kult Debatte

eigener Erfahrung nur zu gut kenne, die eigenen Forschungsthemen und beabsichtigten Sektionen mit dem jeweiligen Motto in irgendeiner Weise zu verbinden – eine pragmatische und durchaus legitime Vorgehensweise, die auch interessante Blickwinkel ermöglichen kann –, muss doch die Frage erlaubt sein, ob die eigentlichen Erkenntnismöglichkeiten des Ressourcenbegriff nicht verloren gehen, wenn letztlich alles eine Ressource ist.

Dabei soll hier gar nicht einer Begrenzung des Begriffes auf die „natürlichen“ Ressourcen das Wort geführt werden, auch wenn die Umweltgeschichte als relativ neues Fach in den letzten Jahren interessante Ergebnisse und Einsichten in die „natürlichen“ Bedingungen menschlicher Entwicklungen herausgearbeitet hat. Vielmehr erscheint mir als Wirtschafts- und Unternehmenshistoriker wichtig zu betonen, dass neben den „natürlichen“ und materiellen Ressourcen wie Rohstoffen, landwirtschaftlich fruchtbarer Boden, Wasser oder aber die in einer Klimazone gegebene Tierwelt eben auch die menschliche Arbeit, Kapital in den unterschiedlichsten Formen (Geld, Produktionsmittel etc.) und vor allem das menschliche Wissen (Humankapital, Technischer Fortschritt, effiziente Institutionen etc.) wichtige Ressourcen menschlichen Handelns darstellen, die letztlich erst die „natürlichen“ Ressourcen nutzbar machen.

Vorteil dieser Herangehensweise ist nicht nur, dass die Diskussion nicht zu schnell auf die Geschichte von Ressourcenkonflikten und den damit verbundenen Krisen verengt wird, sondern überhaupt erst einmal deutlich wird, dass selbst wichtigste „natürliche“ Ressourcen, zum Beispiel riesige Ölfelder, nicht an sich von Nutzen sind, sondern ihren Wert nur aufgrund einer Nachfrage sowie bestimmter ökonomischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen entfalten. Die Nutzung von „natürlichen“ Ressourcen ist nämlich alles andere als voraussetzungslos; das Vorhandensein von Bodenschätzen oder fruchtbaren Böden führt eben nicht automatisch zu mehr Reichtum einer Region. Vielmehr zeigen die Diskussionen über eine der klassischen Fragen der Wirtschaftsgeschichte, warum einige Regionen der

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

Welt reich wurden und andere nicht, dass umfangreiche „natürliche“ Ressourcen sogar ein Hemmschuh für Entwicklung sein können – allerdings nicht sein müssen. So profitierte Großbritanniens Industrialisierung unzweifelhaft vom Vorhandensein von Kohle, während sich der Rohstoffreichtum vieler Entwicklungsländer in den letzten Jahrzehnten eher als ein Fluch erwies, der eine wirtschaftliche Entwicklung verhinderte. Abgesehen von den weltwirtschaftlichen Terms of Trade war letzteres häufig auf eine unterentwickelte Wirtschaft zurückzuführen, die eben an der Verarbeitung und an den ökonomischen Wertschöpfungsketten der Rohstoffe kaum teil hatte und darauf, wie das Geld aus dem Verkauf der Rohstoffe verwandt wurde und welche Gruppen davon profitierten.

Schon diese Anmerkung zeigt, dass die Verwendung von Ressourcen ein zentrales Thema der Wirtschaftsgeschichte darstellt, auch wenn die Begrifflichkeiten zumeist in anderer Form genutzt werden. Auf Basis wirtschaftswissenschaftlicher Kategorien spielen Ressourcen in der Moderne, in der die meisten Ressourcen über Märkte gehandelt werden, eben für die Angebotsseite als die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden oder Wissen in Form von Humankapital eine zentrale Rolle, in Form von Geld auch bei der Verwendung des Bruttosozialprodukts.

Nun ist mir selbstverständlich klar, dass sich die Historiker außerhalb der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte sich nicht besonders begeistert auf wirtschaftswissenschaftliche Theoreme stürzen werden. Sinnvoll erscheint es mir aber, dass diese und auch andere sozialwissenschaftliche Kategorien und Konzepte – gerne auch in kritischer Haltung – von den Historikern wahrgenommen werden. Ansonsten droht eine Forschung ins Blaue hinein, bei der Erkenntnisse anhand von in den Quellen gewonnenen Einzelbeispielen neu entdeckt werden; mit Ergebnissen, die Kollegen anderer Fächer bestenfalls ein müdes Lächeln hervorlocken werden. Dieses Szenario wird umso wahrscheinlicher, wenn der Begriff der Ressource – jenseits der Zwänge eines Historikertagsmottos – zu einem beliebigen Begriff wird,

der letztlich mehr verdeckt als neue Erkenntnismöglichkeiten für die historische Forschung eröffnet.

2. Runde: Welche Narrative?

H-Soz-u-Kult Redaktion: *Konzise hat Frank Uekötter einen Impuls der jüngeren Ressourcendebatten zusammengefasst mit dem kurzen Satz: „Nichts ist sicher“. Während er auf die Paradoxien von Ressourcengeschichten verweist, beschreibt Monika Dommann Ressourcenökonomien als „besonders komplexe Konstellationen“. Hinsichtlich der von uns Historiker/innen erschaffenen Narrative der Vergangenheit wirft dies die Frage auf, wodurch sich Narrative auszeichnen, die das Thema der Ressourcen in den Mittelpunkt rücken? Liegt die Attraktivität von Ressourcen an der Mehrdeutigkeit des Begriffs, der sich mit der populären Metaphorik von „Rohstoffreichtum“ oder „Ressourcenfluch“, in Fortschritts- ebenso wie in Krisenerzählungen einbetten lässt? Ist die Popularität des Begriffs der Entdeckung der 1970er-Jahre durch unsere Zunft geschuldet, wie Laura Rischbieter vermutet? Sind Ressourcengeschichten also zuerst einmal Teil des „shock of the global“, der die Diskurse der 1970er-Jahre mit der Gegenwart verbindet? Welche Rolle kommt in den Narrativen dann den global vernetzten Märkten und Wertschöpfungsketten zu? Welche Prioritäten sollten wir Historiker/innen auf der Suche nach Synthesen setzen und welche Komplexitätsreduktionen der komplexen Konstellationen einerseits suchen und andererseits vermeiden, und schließlich: Worüber sollten wir uns in den Ressourcengeschichten am meisten „wundern“?*

Frank Uekötter: Als die Geschichtswissenschaft Anfang der siebziger Jahre im Umbruch war, gaben Imanuel Geiss und Rainer Tamchina zwei forsch betitelt Bücher heraus: „Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft.“² So war das einmal, wenn die Kompassnadeln

²Immanuel Geiss, Rainer Tamchina (Hrsg.), *Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft*. 1. Kritik, Theorie, Methode; München 1974; Dies., *Ansichten einer künftigen*

des Faches in Bewegung kamen: Aufbruchsstimmung, große Entwürfe, Mut zum Risiko. Gemessen daran liest sich die erste Runde der Wortmeldungen schon ein wenig verzagt. Und wer will es den Diskutanten auch verdenken! Nach den Turn-Übungen der vergangenen Jahrzehnte wirken solche Unternehmungen in der Tat ziemlich schal. Keiner der Diskutanten scheint Neigungen zu verspüren, mal wieder einen Kulturkampf vom Zaun zu brechen. Gut so.

Von daher ist es erfreulich, dass nun in der zweiten Runde nach Narrativen gefragt wird. Eine freischwebende Methodendebatte wäre wirklich das letzte, was die Ressourcengeschichte braucht, zumal man das bittere Ende ja schon ahnt: Mehr als ein historiographischer Trend hat sich schon im Spagat zwischen enthusiastischen Entwürfen und dürftiger Einlösung aufgerieben. Letztlich lebt jedes Forschungsfeld der Geschichtswissenschaft von soliden, empirisch fundierten Studien, und es ist zweifellos ein Vorzug des hiesigen Themas, dass es hier für einschlägig interessierte Forscher noch jede Menge Futter gibt. Mit dem Beispiel des Guttapercha hat Monika Dommann aufgezeigt, welche faszinierende Perspektiven sich eröffnen, wenn man der Spur eines einzelnen Stoffes nachspürt. Und doch sei hier – schon um den Ruch einer „mutual admiration society“ zu vermeiden – jener Punkt ins Zentrum gerückt, der mich in ihrer Skizze stützen ließ. Gibt es eine „magische Anziehungskraft“ des Sujets?

Mir scheint diese Magie nämlich das Produkt eines ziemlich spezifischen Kontextes zu sein, nämlich des Kontextes der westlichen Konsumgesellschaften. Es hat ja schon etwas Magisches, dass wir im Supermarkt argentinisches Rindfleisch, italienische Kiwis und neuseeländische Äpfel kaufen können, ohne dass wir uns darüber irgendwelche Gedanken machen müssten. Nur ist diese komfortable Situation welthistorisch gesehen absolut außergewöhnlich – ein Privileg des Wohlstandsbürgers, der sich um die Warenkette nicht mehr zu kümmern braucht. Dem brasilianischen Zucker sieht man halt nicht an, wie viel Blut, Schweiß und Tränen seine Herstellung erforderte.

Geschichtswissenschaft. 2. Revolution, ein historischer Längsschnitt, München 1974.

H-Soz-u-Kult Debatte

Was mir dabei wichtig ist: Diese Unsichtbarkeit der Produktionskontexte scheint nicht nur ein Ergebnis der Distanz und der verschlungenen Handelswege zu sein. Sie ist auch ein Diskursprodukt, das vielleicht noch gar nicht so alt ist. Lange sprach man von schwedischem Eisenerz, amerikanischer Baumwolle, spanischen Orangen – bis irgendwann das Zeitalter der anonymen Ressource begann. Einiges spricht dafür, dass diese kollektive Amnesie ein Produkt der Nachkriegszeit ist. Dass sich die Anglo-Iranian Oil Company 1954 in British Petroleum umbenannte – zu einer Zeit, als noch niemand etwas vom Nordseeöl ahnte –, könnte diese Zäsur besonders sinnfällig markieren.

Hier scheint mir die zentrale Herausforderung zu liegen, der wir uns bei der Frage nach Narrativen zu stellen haben. Mit Ressourcen verbinden sich ganz unterschiedliche Geschichten mit unterschiedlichen Akteuren in unterschiedlichen Teilen der Welt. Man nehme Gummi: Die Welt der Kautschukzapfer unterscheidet sich fundamental von der des Rohstoffhändlers und des Industriechemikers, zu schweigen von den Konsumwelten, die hier schon deshalb nicht näher erläutert seien, weil das beim Latex leicht schlüpfzig wird. Zugleich sind jedoch alle diese Welten durch das materielle Substrat untrennbar miteinander verknüpft, und das führt zu kuriosen Konstellationen. Chico Mendes konnte nur deshalb in den 1980er-Jahren zu einer globalen Ikone werden, weil die autoritäre brasilianische Regierung in den Jahrzehnten zuvor die einheimische Kautschukproduktion durch Importsteuern protegiert hatte.

Man muss sich die Paradoxien dieser Geschichte auf der Zunge zergehen lassen. Da schafft eine Militärregierung einen künstlichen Markt. Dadurch geraten die Zwischenhändler in den Amazonasstädten unter Druck, so dass eine Gewerkschaftsbewegung der Kautschukzapfer entstehen kann. Diese wird sodann zu einer wichtigen Kraft der Demokratiebewegung, die die brasilianische Militärdiktatur in den achtziger Jahren beendet. Unterdessen feiern Umweltschützer aus aller Welt einen Mann, der sich eigentlich als Gewerkschaftsführer am wohlsten fühlte. Im Gedanken an Chico Mendes kaufen ökologisch bewegte

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

Konsumenten Naturkautschuk, ohne zu ahnen, dass er zumeist von südostasiatischen Plantagen stammt. Kann man Ressourcengeschichte schreiben, ohne dabei Sinngebung des Sinnlosen zu betreiben?

Ressourcengeschichten sind, *to say the least*, zerrissene Geschichten. Sie spielen an ganz unterschiedlichen Orten, die über den gesamten Globus verteilt sein können, sie verbinden Staat, Kapital und Arbeit auf eine nicht unbedingt logische Art und Weise, und sie sind Spielball erratischer Effekte. Als Henry Wickhams berühmter Schmuggel Plantagen mit *hevea brasiliensis* außerhalb des Amazonasbeckens ermöglichte, änderten sich die Rohstoffströme grundlegend; als wissenschaftliche Forschung die großtechnische Produktion von synthetischem Gummi ermöglichten, folgte die nächste Erschütterung. Rohstoffketten sind inhärent fragil, zusammengehalten lediglich von einer Substanz, das jedoch in einer Weise, die man schicksalhaft nennen könnte, wenn es nicht so pathetisch wäre. Das wäre nämlich für mich das erste Gebot jeder historischen Erzählung: keine billige Moral!

Man sieht an diesem Beispiel, dass wir in unseren Narrativen einen Platz für einen neuen Akteur benötigen, nämlich die Ressource selbst. Es ist der Stoff, und häufig *nur* der Stoff, der die dispersen Geschichten zusammenhält – eine auf den ersten Blick triviale Einsicht, deren Konsequenzen jedoch alles andere als trivial sind. Ressourcen sind historische Akteure ohne Gedächtnis und Sinn, die aber zugleich durchaus eigensinnig auftreten, und darin steckt eine methodische Herausforderung. Vielleicht brauchen wir ja doch einen *new materialism* und einen schwungvollen programmatischen Aufruf. *Matter matters*. Aua!

Christiane Reinecke: 1999, in einem New York der Zukunft, soll ein Polizist ein Verbrechen aufklären. Vor allem aber kämpft er mit den katastrophalen Zuständen in der Stadt, in der zum Zeitpunkt der Handlung 35 Millionen Menschen wohnen; mit dem Mangel an Wasser und Lebensmitteln, den beengten Wohnverhältnissen, gewalttätigen Protesten, der unregelmäßigen Versorgung mit Strom und Heizmaterialien. Dieses New York ist Teil einer Welt, in der Überbevölkerung und Urbanisierung flächendeckend für Armut und Konflikte sorgen.

H-Soz-u-Kult Debatte

Make Room, Make Room!: Das Vorwort zur Paperback-Ausgabe des 1966 in den USA veröffentlichten Science-Fiction Romans schrieb nicht von ungefähr der Biologe Paul R. Ehrlich, der selbst 1968 mit „Die Bevölkerungsbombe“ einen globalen Bestseller verfasste, der weit über die USA hinaus Debatten um eine wachsende Weltbevölkerung, drohende Hungersnöte und einen sterbenden Planeten anstieß. Rohstoffknappheit war Ende der 1960er-Jahre ein Thema, das das Zeug zum Verkaufsschlager hatte: Es berührte existenzielle Ängste, half gängige Konsumgewohnheiten zu hinterfragen und verfügte darüber hinaus über dramatische Qualitäten, weil Knappheit als globales Problem der Zukunft dargestellt wurde. Die Warnung vor knappen Ressourcen war Teil eines globalen Krisenszenarios, das wiederum eng verknüpft war mit der Aufforderung zu politischem Handeln. Es fügte sich ein in wachsende Zweifel am gängigen Fortschrittsoptimismus der Boomjahre.

Potentiell sind es die gleichen dramatischen Qualitäten, die Ressourcen heutzutage in den Blickpunkt rücken. In jedem Fall scheinen es am ehesten Ressourcen-Dramen zu sein, die Historikerinnen und Historiker derzeit interessieren. Dass Ressourcenerzählungen in der historischen Forschung eher Krisen- als Erfolgserzählungen sind, legt schon der Titel des Historikertags nahe. Ressourcen, zumal wenn mit Ressourcen Rohstoffe gemeint sind, interessieren, wenn sie Schwierigkeiten machen. Problematisch ist das nicht an sich, schließlich sind es gerade Konfliktsituationen, in denen sich Zeitgenossen bewusst mit dem befassen, was einmal normal und selbstverständlich war, und es dadurch für die historische Analyse zugänglich machen. Dennoch stellt sich die Frage, ob nicht die Art und Weise, wie in der historischen Forschung derzeit über Ressourcen-Konflikte nachgedacht wird, viel damit zu tun hat, wie in den 1970er- und 1980er-Jahren Urbanisierung, Umweltrisiken und eine „wachsende Schere zwischen Arm und Reich“ in Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit als globale Probleme definiert und beschrieben wurden. Dass Ressourcen an erster Stelle mit Rohstoffknappheit assoziiert und in globalen Zusam-

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

menhängen gedacht werden, wie unsere erste Antwortrunde zeigt – inwiefern steht das in der Tradition früherer Krisenszenarien? Die von Laura Rischbieter aufgeworfene Frage, ob Historiker nicht schlicht eine Debatte der 1960er- bis 1980er-Jahre „entdeckt“ hätten, ist durchaus berechtigt. Dass die (zeit)historische Forschung sich stark für das „Ende der Zuversicht“ und den „Schock des Globalen“ interessiert, ist kaum zu übersehen. Und kaum zu übersehen ist auch, dass die aktuelle historische Ressourcen-Diskussion Narrative, Begriffe und Problemstellungen aufgreift, die zwar nicht notwendigerweise ihren Ursprung in den 1970er-Jahren haben, die aber in dieser Zeit eine weite Verbreitung erfuhren. Dass wir über Ressourcen vor allem im Modus der Knappheit, in globalen Bezügen, und, wie Frank Uekötter bemerkt, „mit einem Vokabular von Moral und Pathologie“ sprechen, und dass wir überhaupt von „Ressourcen“ sprechen, also einen in verschiedene Sprachen übertragbaren Begriff benutzen, ist potentiell selbst eine Folge des globalen Schocks der 1970er-Jahre, der mit einer Reformulierung gesellschaftlicher Probleme einherging, die bis heute nachwirkt.

Auf welches Wissen und welche Begriffe Historikerinnen und Historiker bei ihrer Forschung zurückgreifen, ist eine grundlegende Frage, die sich in unterschiedlichen Forschungskontexten immer wieder stellt. Doch besteht besonders in der Zeitgeschichte die Gefahr, dass die erforschten Narrative und die eigenen Forschungsnarrative sich überlagern. Natürlich, Historikerinnen und Historiker gewinnen ihre Vorannahmen stets in Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Gegenwart und gegenwärtigen Diskursen. Ist es dann wichtig, dass Experten, die eine Debatte der 1970er-Jahre oder 1980er-Jahre geprägt haben, heute noch immer als Experten in der Presse auftauchen und damit den Modus aktueller Auseinandersetzungen bestimmen? Paul R. Ehrlich etwa ist weiterhin ein beliebter Interviewpartner, auch bei deutschen Zeitungen. Bleibt die Frage, ob wir uns in unseren Begriffen und Narrativen klar genug von dem abgrenzen, was wir untersuchen. Wie sehr eine Ressourcenerzählung, die sich um Mangel und Knappheit

H-Soz-u-Kult Debatte

dreht und als Drama oder Moralgeschichte organisiert ist, auf die Forderungen früherer sozialer Bewegungen oder die Einschätzungen früher einflussreicher Experten zurückgeht, wäre eben zu überprüfen. „Welche Narrative“, das verstehe ich hier weniger als die Frage danach, welche Narrative unsere eigene historische Forschung bestimmen *sollten*, und mehr als Frage danach, welche Narrative sie unter Umständen (ob bewusst oder unbewusst) bestimmen.

Ralf Banken: Christiane Reineckes Hinweis auf die aktuellen Bezüge des Themas Ressourcen macht deutlich, dass die Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht nur immer wieder von aktuellen Entwicklungen mitbestimmt wird, sondern auch zahlreiche aktuelle Annahmen unterschwellig mitschwingen. Nicht nur die in den letzten Jahren stärker gewordene Warnung vor dem Ende der Ölreserven, sondern zudem die durch die Rohstoffhausse des letzten Jahrzehnts veranlassenen Meldungen über knappe Bodenschätze, machen dies deutlich, zum Beispiel die zahlreichen Zeitungsartikel über die Knappheit der für die Elektronikindustrie wichtigen seltenen Erden.

Allerdings ist dieses Narrativ alles andere als neu und sogar erheblich älter als der Diskurs über die Grenzen des Wachstums seit Anfang der 1970er-Jahre. Bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts – und auch für frühere Perioden lassen sich ohne Probleme zahlreiche Beispiele finden – bestimmte die Vorstellung, dass sich Nationalstaaten in Zeiten knapper Ressourcen eine direkte Verfügungsgewalt über Bodenschätze sichern müssten, stark die Politik.

Ein gutes Beispiel hierfür sind die Diskussionen über Bodenschätze vor dem Ersten Weltkrieg, als die Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland auch auf das Feld der Erzversorgung für die deutsche Eisenindustrie übergriff. In deutschen Fachzeitschriften erschienen vermehrt Artikel über die Erzfrage. Zumeist ausgehend von Schätzungen über das zukünftige Wachstum der Eisenindustrie – derartige Prognosen sind stets ein wichtiges Element für die Entstehung von „Knappheiten“ –, wurde eine Knappheit vorausgesagt, was dann zahlreiche unternehmerische Maßnahmen auslöste. Die vorsorglichen Käu-

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

fe großer Erzfelder auch außerhalb der eigenen regionalen Grenzen zogen aber nicht unmittelbar die Aufnahme des Erzabbaus nach sich und riefen so erst die zuvor heraufbeschworene Knappheit in Form steigender Preise hervor.

Es kam jedoch, wie so oft, alles anders, als es die Prognosen den Unternehmern, Managern und Politikern vor 1914 nahe legten. Selbst im Ersten Weltkrieg war die Versorgung der deutschen Eisenindustrie durch den Import schwedischer Erze gesichert, sieht man einmal von einigen Stahlveredlern wie Chrom, Wolfram oder Molybdän ab, deren Importe aufgrund der alliierten Blockade unmöglich wurden. Genau diese Wirtschaftsblockade bestimmte dann aber nach dem Versailler Vertrag die weitere deutsche Diskussion. Diese bildete zudem nach der Machtübernahme 1933 einen wichtigen Baustein in der Argumentation der Befürworter einer generellen Autarkie, die sich dann nach 1937 mit dem Abbau und der Verwendung der sauren Salzgittererze auch in der Erzpolitik durchsetzten. Bezeichnenderweise aber bildete die Erzversorgung aufgrund der schwedischen Importe im Zweiten Weltkrieg abermals kein größeres Problem für die deutsche Eisenindustrie, wohingegen der Aufbau der Reichswerke bei Salzgitter mehr Eisen verschlang als die Werke bis 1945 lieferten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es dann bis zur Ölkrise in den 1970er-Jahren für lange Zeit keine größeren Diskussionen über Erz- oder andere Rohstoffknappheiten. Dies macht deutlich, dass auch diese Diskurse ihre Konjunkturen haben. Der Begriff der Konjunktur ist dabei durchaus wörtlich zu nehmen, denn ausschlaggebend hierfür war für die Zeit nach 1945 vor allem die Entwicklung der Terms of Trade, die sich – mit Ausnahme des Öls – bei einer generell zunehmenden Freiheit des Welthandels bis in die 1990er-Jahre meist zu Ungunsten der rohstoffliefernden Länder entwickelten. Rohstoffe waren in dieser Zeit dabei nicht nur immer verfügbar, sondern im Vergleich zu Industriegütern und Dienstleistungen auch niedrig im Preis. Erst aufgrund der steigenden Preise durch die große Rohstoffnachfrage sich entwickelnder Länder wie China nach 1990 kamen in den Medien wieder

Meldungen über knappe Ressourcen auf.

Auch diese neu entfachte Diskussion dürfte langfristig wieder eine Wirkmächtigkeit bekommen, die geradezu zwangsläufig zu Reaktionen in der Politik führt. Übersehen wird jedoch auch heute zumeist, dass zahlreiche Prognosen die kommende Verbrauchsentwicklung einfach nur linear in die Zukunft fortschreiben. Prognosen beziehen sich eben lediglich auf die gegenwärtige Zukunft und nicht auf die zukünftige Gegenwart, auch weil die Substitution von Rohstoffen durch neue Verfahren und Produktinnovationen oder die durch hohe Preise ausgelösten Einsparungen mittels eines rationelleren Einsatzes der Ressourcen nicht vorhergesehen wird.

Wenn auch grundsätzlich die Begrenztheit von Bodenschätzen und ein verantwortungsvoller Umgang mit ihnen hier nicht verneint werden soll, so zeigt meiner Meinung nach die Geschichte der Ressourcen, dass die vermeintlichen Knappheiten nicht unbedingt ein größeres ökonomisches und gesellschaftliches Problem darstellen mussten. Wichtiger war meist, dass die Knappheitsdiskurse eine Wirkmächtigkeit besaßen, die unabhängig von ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten auf die Entscheidungen der Unternehmen und Politiker Einfluss gewann. Die Beschäftigung mit Ressourcenproblemen in der Vergangenheit, den dazugehörigen Diskursen und ihren Implikationen in der „realen“ Welt erlaubt es jedenfalls, aktuelle Meldungen – wie diejenige, dass „China nach riesigen Ölfeldern greift“ (FAZ vom 24.7.2012) – besser einzuordnen und sich dadurch weniger schnell von „Katastrophenszenarien“ anstecken zu lassen.

Monika Dommann: Gleich am Anfang dieser Debatte wurde mit Begriffsklärung begonnen. Laura Rischbieter schlug im Konversationslexikon von 1968 nach und stieß auf „Hilfsquellen/Geldmittel“. Ralf Banken brachte die ökonomische Definition ins Spiel, die Ressourcen unter den Produktionsmitteln (Arbeit, Kapital und Boden) subsumiert. Und Christiane Reinecke plädierte dafür den Quellenbegriff „Ressource“ scharf von einem analytischen Begriff (im Sinne der Sozialgeschichte) zu unterscheiden.

Hier steckt einer der Gretchenfragen unserer Debatte: Soll die Klärung des Begriffs zur einer regelrechten Reinigung führen? Soll er so weit geschliffen, poliert und gewaschen werden, dass er analytisch scharf genug wird, um auch für die methodisch strengen Sozialwissenschaften und die Ökonomie verwendbar zu sein? Oder wäre mit der Extraktion seiner schmutzigen Bestandteile auch ein Preis zu zahlen, nämlich jener eines Verlusts des Zugriffs auf Vermischungen? Und einer Preisgabe einer analytischen Methode, die das Politische (beziehungsweise das Wissenschaftliche, das Künstlerische oder das Wirtschaftliche) nicht mehr fein säuberlich trennt, sondern als Zusammenspiel versteht?

Die Begriffsgeschichte hat vorgeführt, wie viel heuristisches Potential in der Geschichte von Begriffen steckt. Dabei wird beileibe nicht nur Sprachgeschichte betrieben, weil das Abtragen der Bedeutungsschichten von Begriffen die Historiker unweigerlich auch zu sozialen Kollektiven, Akteuren, Institutionen und den Medien führt, die diese Begriffe verwenden, verändern und transportieren. Deshalb sollten wir vorerst beim Begriff und seiner Geschichte bleiben.

Die sprachgeschichtlichen Wurzeln von Ressource sind in der deutschen Sprache (gemäß Kluge) im 18. Jahrhundert aufzufinden, wo sie (bereits schon) den Bestand an Natur- und Geldmitteln bezeichneten. Ursprünglich war der Begriff aus dem Französischen *resoudre* entliehen, der wiederum aus dem Lateinischen *surgere* (sich erheben) und *regere* (leiten, regieren) abstammte. Das Regieren und die Berge der Rohstoffe, die im 18. Jahrhundert im merkantilistisch geführten Bergbau zu Tage gefördert wurden, sind begriffsgeschichtlich also verwandt. Die Materialien und die Politik begrifflich verquickt. Und was zusammengehört, sollte nicht getrennt werden, weder in der Wahl der Methode, noch in der Theorie, noch beim Erzählen.

Man müsste den Terminus „Ressourcen“ in einer wissenshistorisch erweiterten Neulancierung der Historischen Grundbegriffe (ein Unterfangen, das ich mir in letzter Zeit immer eindringlicher wünsche!) unbedingt aufnehmen. Anders als zu Zeiten von Koselleck & Co ste-

hen einem solchen Vorhaben inzwischen die neuen Instrumente der *Digital Humanities* zur Verfügung.

Frank Uekötter sagte es klipp und klar: Gut, dass nach Narrativen gefragt werde, doch bitte keine freischwebende Methodendiskussion. Ich würde es anders formulieren: Die Frage der Narration, der Methode und der Theorie sind, wie oben bereits angedeutet, schlicht nicht zu trennen. Es ist neben der *Writing Culture Debatte* in der Ethnographie und dem *New Historism* einer der großen Verdienste der von Christiane Reinecke erwähnten Akteur-Netzwerk Theorie, die Narration als erkenntnistheoretisches Objekt in die Wissenschaftsgeschichte gebracht zu haben.

Christiane Reineckes Beobachtung, dass über Ressourcen (zumindest zeithistorisch betrachtet) im Modus des Dramas geredet werde, brachte mir eine Schlüsselstelle eines kinematografischen Dramas mit historischem Bezug aus den 1970er-Jahren in Erinnerung, die für Ressourcen-Historiker/innen von Interesse sein könnte. In „All the President’s Men“ fragt der Reporter Bob Woodward *Deep Throat* (den unbekanntem Informanten aus dem FBI) bei einem nächtlichen Treffen in der Parkgarage, wie er bei seinen Nachforschungen vorgehen solle: „The story is dry. All we’ve got are pieces. We can’t seem to figure out what the puzzle is supposed to look like“. Der inzwischen als Associate Director des FBI Mark Felt enttarnte *Deep Throat* antwortet bloß mit drei Worten: „Follow the money.“ Und auf die Nachfrage Bob Woodwards, was er damit meine, abermals: „Just follow the money“. Diese Aufforderung ist inzwischen im Film zum Ermittlungsprinzip avanciert, beispielsweise in der amerikanischen Fernsehserie „The Wire“, wo Detective Lester Freamon die unabsehbaren Schwierigkeiten dieses Vorhabens auf den Punkt bringt: „You follow drugs, you get drug addicts and drug dealers. But you start to *follow the money*, and you don’t know where the fuck it’s gonna take you.“ Dann sind bald nicht mehr nur Süchtige und Dealer, sondern auch Politiker, Polizisten und Medienleute im Spiel.

„Follow the Money“ wurde kürzlich auch vom britischen Militär-,

Wissenschafts- und Wirtschaftshistoriker David Edgerton als geschichtswissenschaftliche Methode propagiert.³ Dass Natur- und Geldmittel Teil der Geschichte sind, heißt eben nicht, dass ihnen die Historiografie bislang adäquat begegnet ist. Ralf Banken ist selbstverständlich Recht zu geben, wenn er betont, dass sich die Wirtschaftsgeschichte mit solchen Fragen schon lange eingehend beschäftigt und dabei viele Fakten zu Tage gefördert hat, welche die Allgemeinhistoriker nicht neu erfinden müssen. Doch vielleicht läge der Clou einer neuen historischen Ermittlungsmethode gerade darin, dass Politik- und Wissenschaftshistoriker/innen den Ressourcen folgen, ohne zu wissen, wohin sie das führen wird? Vielleicht würde diese Methode sie in eine neue Wirtschaftsgeschichte führen, in der neben den fein säuberlich extrahierten analytischen Instrumenten der Ökonomie auch die Vermischungen der Ressourcenhistoriker/innen Einzug gehalten haben?

Laura Rischbieter: Konflikte, Krisen und Kriege sind bei Historikern besonders beliebte Forschungsgegenstände. Denn in historischen Krisensituationen melden sich die Zeitgenossen nicht nur vermehrt, sondern oft auch vehement und lautstark zu Wort. Entsprechend gut ist die Quellenlage für empirisch fundierte Studien. Diese Beobachtung trifft auch (eventuell sogar besonders) auf das Thema Ressourcen im 20. Jahrhundert zu. Doch eignen sich die zeitgenössischen Krisendiagnosen deshalb besonders gut als Ausgangspunkte für die geschichtswissenschaftliche Interpretation?

Eine bejahende oder verneinende Antwort hängt davon ab, unter welcher Fragestellung und Zuhilfenahme welcher Methoden welche Art von „Ressourcen“ (seien es nun Rohstoffe, Produkte, Dienstleistungen, Kapital, Boden oder Arbeitskraft) in das Zentrum der geschichtswissenschaftlichen Analyse gestellt werden. Liegt das Erkenntnisinteresse in der Analyse zeitgenössischer Krisendiskurse seit den 1970er-Jahren, wie beispielsweise des Konzepts „Ressourcen-Fluch“, dann lautet die Antwort vermutlich ja. In diesem Fall mag die „Entdeckung“

³Vgl. David Edgerton, *Time, Money, History*, in: *Isis*, 103 (2012), 2, S. 316-327.

H-Soz-u-Kult Debatte

eines globalen Rohstoffmangels als Entstehungskontext und Katalysator für zeitgenössische Modellbildungen ein sinnvolles historiografisches Narrativ sein. Ressourcengeschichte ist hier Krisengeschichte in zweierlei Hinsicht: Einerseits formt die Krisenwahrnehmung das Denken der Zeitgenossen, strukturiert aber andererseits die geschichtswissenschaftliche Interpretation von Historikerinnen und Historikern. Das Krisennarrativ erklärt, warum Wissenschaftler zu einem bestimmten Zeitpunkt ein bestimmtes Modell entwickelten und wie dieses Modell als wirtschaftspolitischer Lenkungsimperativ zu Prominenz gelangen konnte.

Während jedoch der Moment der Krise meist flüchtig ist, sind die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen, unter den Ressourcen produziert, verarbeitet, vermarktet, verkauft und konsumiert werden, von langer Dauer. Ein gutes Beispiel ist die Geschichte des Rohölabbaus im 20. Jahrhundert. Lenkt man das Frageinteresse bei diesem Thema auf Untersuchungen zur Ölförderung, zum Handel und zur Verarbeitung bis hin zum vielgestaltigen Konsumprodukt für private Haushalte, so sind zeitgenössische Krisendiagnosen oftmals nur ein kleiner Teilaspekt möglicher Geschichten über vielfältige Wertschöpfungsketten. Und ebenso gut lassen sich dann Erfolgsgeschichten des Öls erzählen, statt Krisendiagnosen zu wiederholen. Die geschichtswissenschaftliche Synthese solcher globalen Wertschöpfungsketten hat dann weitaus mehr zu bieten, als es ein zeitlich und perspektivisch eng begrenztes Krisennarrativ könnte.

Der analytische Blick auf die lange Dauer scheint demnach gerade beim Forschungsgegenstand Ressourcen das Krisen- und Knappheitsnarrativ in Frage zu stellen. So kann man dem „Nichts ist sicher“ (Uekötter) etwas entgegensetzen und „besonders komplexe Konstellationen“ (Dommann) entwirren. Das Nachdenken und Forschen über die langfristige Entwicklung von (globalen) Märkten und ihre Prozesslogiken schützt möglicherweise Historikerinnen und Historiker davor, zeitgenössischen Krisendiskursen leichtfertig zu erliegen und sie zum Metanarrativ zu erheben. Erst durch die Hinterfragung von Krisen-

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

diagnosen wird das globalgeschichtliche Potential von Ressourcengeschichten sichtbar. Die dadurch gewonnene geografische Entgrenzung und die narrative Einbindung vielfältiger Akteure machen Ressourcen so zu einem attraktiven Forschungsgegenstand. Es scheinen mir die mittel- und langfristigen Veränderungen in der Zeit zu sein, an denen sich Narrative einer Ressourcengeschichte als Krisengeschichte messen lassen müssen.

Birte Förster: Wie bereits erwähnt, halte ich Ressourcen für einen interessanten Untersuchungsgegenstand, mit dessen Hilfe wir neue Perspektiven auf durchaus alte Fragen werfen können. Für ein Metanarrativ – so man dieses (wieder) will – halte ich sie ungeeignet. Wenn ich also den Ressourcen (und damit Monika Dommanns Anregung) folge, könnten diese eine Brille sein, um verschiedene historische Phänomene neu oder anders zu betrachten. Denn Ressourcen – und damit meine ich nicht nur diese selbst, sondern immer auch den Zugriff auf Ressourcen, ihre Zirkulation und Prozesse der Wertzuschreibung – sind hochkomplexe Gegenstände. Ihre Komplexität erlaubt es möglicherweise, eher bestehende Synthesen zu ergänzen, als neue zu schaffen.

Ressourcen sind eben nicht nur „zerrissene Geschichten“, wie Frank Uekötter meint, sie sind vielmehr auch verflochten. Gerade wenn man sich anschaut, wie der Zugang zu Ressourcen geschaffen wird, wie sie transportiert werden können, welche Wissensproduktion sie umgibt, wird ein Netz transnationaler Beziehungen sichtbar. Mithilfe dieses globalen Beziehungsgeflechts ließen sich nicht nur „Mikrogeschichten der Globalisierung“ (Angelika Epple) schreiben, sondern auch Kolonisierungs- wie Dekolonisierungsprozesse neu diskutieren. Von dort aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Geschichte von Macht und Herrschaft. Denn Ressourcen haben ja nicht nur mit den von Christiane Reinecke angesprochenen Ungleichheiten zu tun, sondern auch mit weitreichenden Entscheidungsprozessen, an denen unterschiedliche, auch neue Akteursgruppen beteiligt sind oder eben auch davon ausgeschlossen bleiben. Die so geschaffenen Pfadabhän-

gigkeiten und Folgen für künftige Generationen sind häufig nicht absehbar. Ebenso wenig sind sie regional oder national beschränkt. Zudem wird nicht nur die globale Verflechtung, sondern auch die enge Verschränkung von privatwirtschaftlichen und öffentlichen Interessen sichtbar: Häufig waren es Kolonialregierungen, die privatwirtschaftlichen Ressourcenabbau durch den Bau von Verkehrsnetzen und die Bereitstellung von Energie ermöglichten, während der Ressourcenabbau in der Hand privatwirtschaftlicher Akteure war.

Setzt man die Ressourcenbrille auf, um Macht als Beziehungsgeflecht neu zu beschreiben, sind die Narrative der Ressourcen selbst sowie der sie umgebenden technischen Systeme zentral. Sie machen die Legitimierungsstrategien für den Zugriff auf Ressourcen und die dafür notwendigen gesellschaftlichen Investitionen sichtbar, und sie ziehen reale Effekte nach sich. Die Vorstellung etwa, dass Ressourcenreichtum und Infrastrukturbau der Königsweg zu Modernisierung und Wohlstand seien, zeigt die Wirkmacht dieser Narrative. In diesen scheinbar objektiven Notwendigkeitsdiskursen könnten materielle Ressourcen doch so etwas wie *agency* haben, wenn auch nicht im engen Latour'schen Sinne. Die Legitimationsnarrative (zum Beispiel der Experten, und gerade auch in Krisen) haben massive Auswirkungen. So betrachtet öffnen Ressourcen den Blick auf die Verflechtungs- und Globalgeschichte sowie auf Macht, Herrschaft und Ungleichheiten.

3. Runde: Welche Methoden?

H-Soz-u-Kult Redaktion: Bei aller Vielfalt Ihrer Reflexionen zu den narrativen Herausforderungen und Fallstricken des Themas „Ressourcen“ kann als verbindendes Element wohl die Warnung vor den Quellenerzählungen festgehalten werden, deren Metanarrativ wir Historiker/innen nicht aufsitzen dürfen und von dessen repetitivem „Katastrophenszenario“ wir uns, so Ralf Banken, nicht „anstecken“ lassen sollten. „Mehr Skepsis, bitte!“ scheinen Sie in die Runde rufen zu wol-

len. *Jenseits des Krisenszenarios „als Drama oder Moralgeschichte“ (Christiane Reinecke) vermuten Sie das Potential der Ressourcengeschichten in der Offenlegung komplexer (globaler) Wertschöpfungsketten, deren Funktionslogiken gerade in mittlerer und langer Dauer offenbar werden; in ihrer Relevanz für Konsumgesellschaften; oder in der Verbindung nur scheinbar analytisch trennbarer Gesellschaftsbereiche durch den Gegenstand der Ressourcen.*

Diese Ansätze verweisen auf den Aspekt, den wir in der folgenden Runde expliziter diskutieren wollen, den der angemessenen Methoden für Ressourcengeschichten. Einig waren Sie sich alle von Beginn an darin, dass Ressourcen, ob materielle oder immaterielle, nicht als „natürlich gegeben“ angesehen werden können, sondern vielmehr immer in soziales Handeln eingebunden und Produkt bestimmter Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Interessen sind. Aber wie gehen wir von hier aus weiter? Sollen Ressourcen selbst als Akteure konzipiert werden und welche Anforderungen würde dies an die Definition und Bestimmung des Akteursbegriffs stellen? Wie können wir Ressourcen folgen, um „along the way“ Strukturen, Paradoxien und Kontingenzen ihrer Geschichte zu rekonstruieren? Welche Rolle spielt die Wirtschaftsgeschichte dabei? Und schließlich: Welches Set an Kriterien benötigte es, um den „unterschiedlichen Geschichten“, die sich mit Ressourcen verbinden (Frank Uekötter), jeweils gerecht zu werden?

Nachdem die Gefahr einer „freischwebenden“ Methodendiskussion durch die Verortung der geschichtswissenschaftlichen Narrative in ihren Kontexten und Entstehungsbedingungen gebannt zu sein scheint, sind wir nun für die nächste Runde gespannt, welche Vorschläge hinsichtlich gewinnbringender methodischer Ansätze Sie erörtern und in welchen Themen und Perspektiven Sie diese verankern werden? Was können wir speziell für Ressourcengeschichten aus unserem Werkzeugkasten gebrauchen, woran können wir anknüpfen und auf welche Theorien von Geschichte und Gesellschaft können wir uns hierbei stützen?

Laura Rischbieter: Vergleicht man neuere Publikationen zur Geschichte von Ressourcen hinsichtlich ihrer verwendeten Methoden, so stehen sich wirtschaftsgeschichtliche und kulturhistorische Ansätze oft diametral gegenüber: Die meisten wirtschaftshistorischen Untersuchungen widmen sich mittels unternehmenshistorischer Ansätze oder quantitativer Verfahren der Rolle von Ressourcen in der nationalen oder globalen Ökonomie. Kulturhistorische Studien untersuchen in der Regel den Wandel von Konsumpraktiken, das Verbraucherverhalten einzelner sozialer Gruppen oder die Regulierungsansprüche politischer Interessengruppen. Durch die gewählten Fragestellungen, Analyseinstrumentarien und Untersuchungsgegenstände stehen wirtschaftshistorische und kulturhistorische Ansätze zumeist unvermittelt nebeneinander.

Um bei der Untersuchung von Ressourcengeschichten Neuland zu gewinnen, ist also zu klären, wie sich die kulturgeschichtlichen mit wirtschafts- und politikhistorischen Perspektiven methodisch verbinden lassen, statt sich wie bisher damit zu begnügen, die aufgrund unterschiedlicher Methoden gewonnenen Forschungsergebnisse schlichtweg zu addieren. Nur durch eine systematische Verknüpfung der genannten Ansätze kann man erklären, welche Wechselwirkungen zwischen (welt-)wirtschaftlichen Prozessen, politischen Regulierungsversuchen und heterogenen Konsumkulturen bestehen. Schon diese Ausführungen zeigen, dass sich Ressourcen nicht als soziale Akteure konzipieren (kann). Aufgabe bleibt es demnach, einen integrativen, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Themen verbindenden Ansatz zu entwickeln, der zudem soziale Akteure in das Zentrum der Untersuchung stellt.

Produkthistorische Studien scheinen hierfür einen handhabbaren methodischen Weg zu bieten. Denn wählt man einen Rohstoff als Ausgangspunkt der Untersuchung, kommt man den Zusammenhängen von Produktion, Markt und Konsum am leichtesten auf die Spur. Verfolgt man den Weg eines Rohstoffs von seiner Herstellung über seine Weiterverarbeitung und Vertriebswege bis zum Endkonsumenten,

kann man Produktionsbedingungen und Handelsstrukturen der einzelnen Akteure ebenso thematisieren wie nationale Wirtschaftspolitiken und Konsumgewohnheiten. Weil viele Rohstoffe nicht nur regional erzeugt und konsumiert werden, sondern im Laufe ihrer Kommodifizierung Landesgrenzen und Kontinente überwinden, eignen sie sich als Prisma zur Analyse globaler Wirtschaftsprozesse und Konsumententwicklungen (wie Sidney Mintz in seiner Geschichte des Zuckers mustergültig gezeigt hat). Doch diese Weltgeschichten haben aufgrund ihres globalhistorischen Anspruchs die Schwierigkeit, enorme Mengen von relevantem Quellenmaterial bewältigen zu müssen, wenn sie der Schilderung der verschiedenen historischen Kontexte, der beteiligten Akteure und deren Handeln einigermaßen gerecht werden wollen. Bei näherem Hinsehen scheint es auch hier, dass produkthistorische Studien entweder eher wirtschaftsgeschichtlich oder eher kulturhistorisch argumentieren. Im schlimmsten Fall bleiben sie menschenleere Darstellungen der globalen Kommodifizierung eines bestimmten Produktes.

Die Forschungsperspektiven sind aber insofern eng miteinander verknüpft, als sie aufeinander bezogene Teilbereiche des Marktgeschehens untersuchen. Es bietet sich daher an, den Gegensatz zwischen den an Strukturen auf der Makroebene interessierten ökonomischen Studien und der zumeist auf der Mikro- oder Mesoebene ansetzenden kultur- oder politikhistorischen Arbeiten über eine Präzisierung des Marktbegriffs aufzuheben. In wirtschaftswissenschaftlichen Modellen findet Marktintegration unter anderem ihren Ausdruck im Konvergenzgrad des Preises. Letzterer wird aber durch die Summe der Tätigkeiten einzelner Akteure bestimmt, indem sich diese für bestimmte Handlungen und gegen andere mögliche Optionen entscheiden. Dabei ist das individuelle Verhalten in konkreten Situationen variabel und in manchen Fällen kann es ökonomischer Logik sogar widersprechen. Die Zeitgenossen haben verschiedene Prämissen. Sie verfügen in unterschiedlichem Ausmaß über soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital. Sie treffen ihre Entscheidungen in einer Situation, in der sie

H-Soz-u-Kult Debatte

nicht über alle notwendigen Informationen verfügen und zukünftige Entwicklungen ungewiss sind. Ebenso zentral sind die zeitlichen, geographischen und politischen Kontexte. Sie bilden den methodischen Bezugsrahmen, um die Verhaltensweisen der historischen Subjekte zu analysieren.

Eine integrative Ressourcengeschichte sollte den Markt also nicht als voraussetzungslosen, Konsumgüter generierenden Automatismus verstehen oder monoton die Stationen der Wertschöpfungsketten nach erzählen. Vielmehr sollte sie in Anlehnung an wirtschaftssoziologische Arbeiten den Markt als einen historisch variablen Interaktionsprozess zwischen Akteuren und Institutionen definieren. Auf Grundlage dieser Definition geraten die Veränderungen der Marktbeziehungen und der politischen Steuerungsversuche in den Blick und können in ihrer Beziehung zum Verhalten der Marktteilnehmer und ihrer Handlungsoptionen untersucht werden. Die Entwicklung von Konsumgesellschaften, politischen Interessen und globalen Märkten kann so als ein durch (soziale) Akteure beeinflusster und interessengeleiteter Interaktionsprozess dargestellt werden. Dies gilt auch und insbesondere für die in diesem Prozess entstehenden Konflikte, die für die Ressourcengeschichten (zu) oft das zentrale Thema bilden. Indem jedoch die Akteure, ihre Interessen und ihre Handlungsstrategien zu Grundkategorien der Untersuchung gemacht werden, lassen sich kulturgeschichtliche und wirtschaftshistorische Forschungsansätze zu einem einheitlichen Untersuchungsgegenstand integrieren und dessen zentrale Fragen thematisieren, nämlich die Ressourcennutzung von Gesellschaften im Wandel der Zeit.

Christiane Reinecke: Der eng umgrenzte Schauplatz der für die weitere Wissenssoziologie und -geschichte prägenden Studie „Laboratory Life“, die Bruno Latour und Steve Woolgar 1979 gemeinsam verfassten, ist ein Labor, das von den beiden in anthropologischer Dichte, mitsamt der alltäglichen Gespräche, Tätigkeiten und Wege der dort beschäftigten Forscher und Techniker beschrieben wird. Bei dieser Nahaufnahme wissenschaftlichen Forschens kommt selbst den Geräten, deren Hand-

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

habung Latour und Woolgar beobachten, eine tragende Rolle zu; als unabdingbaren Elementen der experimentellen Arrangements, die im Zentrum ihrer Analyse stehen. Erkenntnis ist in dieser Sicht nicht das Ergebnis geniehafter Eingebung, sondern untrennbar mit der konkreten Praxis des Experimentierens, Notierens und Re-Formulierens von Argumenten verknüpft. Was hier in das Zentrum der Analyse rückt, sind Routinen und Verfahren, die auf ihre Funktion hin befragt und in immer neuen Zusammenhängen situiert werden. Naturwissenschaftliches Forschen wird zu einer Kette von Praktiken, in denen Teile der Handlung von Zentrifugen und Ultrazentrifugen, Aminosäuren und Diagrammen getragen werden. Diese Handlungsketten machen nicht an den Grenzen des Labors Halt, sondern sie reichen – über den Austausch mit anderen Forschenden und über die Zirkulation der verwendeten Substanzen, Proben und Ergebnisse – in andere Räume hinein.

Latour und Woolgar geben in ihrer Laborgeschichte neue Antworten auf alte Fragen (Wie entsteht eine wissenschaftliche Tatsache? Wie funktioniert Wissenschaft?) und werfen ihrerseits eine Reihe von Fragen auf, die Forschende unterschiedlicher Disziplinen beschäftigt haben. Was bei ihnen zu einer guten Labor-Geschichte taugt, könnte durchaus das Zeug zu einer guten Ressourcengeschichte haben. In jedem Fall ist ihr Anspruch, bei der eigenen Analyse die gängigen kategorialen Einteilungen in Soziales und Technisches, in eine soziale und eine materielle Welt, zu umgehen, für die Analyse von Ressourcen relevant. Gleiches gilt für das relationale Verständnis von Handlung und Handlungsmacht, von dem sie ausgehen: Apparate und Substanzen, Infrastrukturen und Ressourcen sind in dieser Perspektive nicht reine Objekte menschlicher Akteure, sondern ermöglichen oder beschränken ihrerseits Handlungen – und verfügen in diesem Sinne über Handlungsmacht. Von dem Anspruch einmal abgesehen, die analytische Trennung zwischen einer materiellen Welt der Dinge an sich und einer sozialen Welt der Menschen unter sich aufheben zu wollen, lässt sich der methodische Weg, der hier eingeschlagen wird,

wohl am ehesten als Mikrostudie beschreiben, bei der die Forschenden sehr nah an ihren Gegenstand heranrücken. Der Ausgangspunkt der Analyse ist eine konkrete Handlungs- oder eben Ressourcensituation, der in der Erwartung nachgegangen wird, dass die Akteurskette von einem Ort und Handlungskontext aus zu anderen Räumen und Handlungskontexten führt.

Damit ist nicht gemeint, dass sich nun alle in dichter Beschreibung üben sollen – aber für den Versuch, bei der historischen Ressourcen-Analyse von konkreten Praktiken und Handlungszusammenhängen auszugehen, spricht vieles. Maßgeblich spricht dafür, dass, wie Margareth Lanzinger kürzlich schrieb, über die Rekonstruktion langer Akteurs-Ketten transterritoriale und globale Verbindungen zwischen unterschiedlichen sozialen Räumen sichtbar werden.⁴ Sich bei der Ressourcen-Analyse an den Laborstudien zu orientieren, ist zudem mit Blick auf die wechselnden Wissensordnungen und wissensabhängigen Verhaltensroutinen lohnenswert, die das Laborgeschehen bestimmen. Die Förderung, Aufbereitung und der Vertrieb von Rohstoffen etwa ist beeinflusst durch wechselnde (Experten)meinungen und Technologien. So lassen sich auch Rohstoffe als wissenschaftliche Tatsachen beschreiben, die mittels bestimmter Wissenspraktiken hervorgebracht werden, die zugleich stets umstrittene Tatsachen sind, deren Wert und Bedeutung je nach Handlungskontext variiert.

Zweifelsfrei ist die Auswahl an möglicherweise angemessenen Methoden für ein konkretes Forschungsprojekt groß. Insofern hat es eine gewisse Willkür, dass ich hier Vorschläge aufgreife, die im Umfeld der *Science and Technology Studies* und Akteur-Netzwerk-Theorie formuliert wurden und die in der Geschichtswissenschaft vor allem in der Wissens-, Stadt- und Umweltgeschichte Wiederhall finden. Doch scheint mir der dort vorgeschlagene tatsächlich ein attraktiver Weg zu sein: Ressourcengeschichte als Geschichte langer Akteursketten,

⁴Margareth Lanzinger, Das Lokale neu positionieren im actor-network-Raum – globalgeschichtliche Herausforderungen und illyrische Steuerpolitiken, in: H-Soz-u-Kult, 21.06.2012, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1810&type=diskussionen>>.

sozialer Praktiken und wechselnder Wissensordnungen zu erzählen.

Ralf Banken: In der Frage, ob und inwieweit Ressourcen selbst als Akteure konzipiert werden sollen und können kann ich nur Laura Rischbieter zustimmen: Ressourcen, welcher Art auch immer, sind keine Akteure und haben keine *Agency*. Wie ich bereits in meiner ersten Antwort geschrieben habe, gewinnt ein Erzvorkommen für die jeweilige Wirtschaft und Gesellschaft erst dann eine Bedeutung, wenn es von den Akteuren ausgebeutet werden kann. Es reicht kein prinzipielles Wissen um ihr Vorhandensein, sondern es müssen zudem die Möglichkeiten vorhanden sein, sie zu gewinnen und anschließend zu verwerten. Hierfür sind aber Knowhow, die richtigen Technologien, Arbeit, Kapital und die entsprechenden Verfügungsrechte notwendig, damit aus einfachen Bodenschätzen Handlungsoptionen für die Akteure werden. Die riesigen Kokskohlevorkommen des Ruhrgebiets wurden eben erst in der Industrialisierung als Ressource wichtig, weil Holzpreise seit dem 18. Jahrhundert gestiegen waren bzw. die Abbau- und Verwendungstechnologien nach 1800 bereitstanden.

Dem widerspricht nicht, dass auch unverritzten Bodenschätzen oder nicht angebohrten Ölfeldern ein Wert zugesprochen wird, da dies nichts anderes als eine Hoffnung einer Ausbeutung in der Zukunft darstellt; an der Börse spekuliert man ja häufig über Verfügungsrechte, die erst in der Zukunft Handlungsoptionen ermöglichen. Kurzum: Ressourcen ermöglichen einzelnen Menschen, sozialen Gruppen oder aber Institutionen wie etwa Unternehmen und Staaten Handlungen und strukturieren diese auch, sie selbst aber verfügen über keine eigene Handlungsmacht.

Welches Set an Kriterien wird also benötigt, um die unterschiedlichen Ressourcen-Geschichten zu heben? Die häufige Nutzung des Wertbegriffs in dieser Debatte liefert einen Anhaltspunkt. Es reicht nicht aus, stets zu konstatieren, dass Ressourcen einen Wert für die damaligen Akteure besaßen und dass sich dieser Wert änderte. Vielmehr ist es auch wichtig, den damaligen Wert zu bestimmen, um beispielsweise zu verstehen, warum Ressourcen in dieser und nicht

H-Soz-u-Kult Debatte

in anderer Weise den entsprechenden Nutzungen zugeführt wurden, kurz, warum Akteure nicht alternative Verwendungen wählten?

Wie aber, bitte schön, wird dieser Wert gemessen? Meine Antwort ist, dass man sich hierfür stets auch die historischen Preisentwicklungen anschauen soll. Dies ist sicherlich nicht der einzige – und fraglos kein unproblematischer – Weg, den Wert von Ressourcen (oder anderen Gütern) zu bestimmen. Es ist aber der wichtigste, da sich die wirtschaftlichen Akteure häufig nach Preisen richteten und Preise eine große Steuerungswirkung auf das Akteurshandeln ausübten. Dies gilt im Übrigen sowohl für Unternehmen oder Kaufleute und Produzenten auf der Angebotsseite als auch für Konsumenten auf der Nachfrageseite. Ein Beispiel für die Angebotsseite ist der Umstieg der bundesdeutschen Chemieindustrie auf das Öl als neuem Einsatzstoff ab Ende der 1950er-Jahre, obgleich die westdeutschen Chemiekonzerne nach dem Zweiten Weltkrieg erst noch auf die teure Kohle setzten. Da aber die Konkurrenten auf Ölbasis günstiger produzieren, gab man die Kohlechemie auf, obgleich zahlreiche Verfahren und Werkseinrichtungen auf diesem Einsatzstoff beruhten und der Umstieg erhebliche Investitionen erforderte.

Selbstverständlich kamen und kommen nicht alle Preise auf „freien“ Märkten zustande und zeigen als Knappheitsindikator durch den Ausgleich von Nachfrage und Angebot die „reale“ Wertschätzung der Marktteilnehmer an. Daher ist Laura Rischbieter abermals zuzustimmen, dass nicht von der in den Wirtschaftswissenschaften zu oft unkritisch vorausgesetzten Annahme ausgehen sollte, dass Märkte stets „Recht“ haben und den wahren Preis hervorbringen. Auch unabhängig von politischen Preisfestsetzungen und anderen außerökonomischen Interventionen in die Märkte werden die Marktpreise häufig auch durch die jeweiligen Marktverfassungen und Marktstrukturen beeinflusst, zum Beispiel durch Kartellabsprachen, die Zulassung nur bestimmter Marktteilnehmer die spezielle Definition der gehandelten Güter oder aber die Verteilung der Verfügungsrechte. Genau hier sollten historische Studien denn auch ansetzen, indem sie neben

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

der historischen Preisentwicklung auch das Zustandekommen der Preise, das Funktionieren der Märkte und ihre Verfasstheit genauer in den Blick nehmen, da Märkte eben nie aus sich heraus und schon gar nicht voraussetzungslos funktionieren. Zu fragen ist in Bezug auf Ressourcen daher stets, wie die Märkte konstruiert wurden, um die Ressourcen zu handeln.

Gleichzeitig sind auch die Strategien und Reaktionen der Unternehmen auf die Preisentwicklungen und auch andere Folgen der Preisstrukturen ernst zu nehmen, da sie häufig Pfadabhängigkeiten nach sich zogen. So industrialisierte sich Großbritannien aufgrund der günstigen Kohlenbezugspreise ab Ende des 18. Jahrhunderts sehr früh, doch gleichzeitig war die billige Steinkohle 100 Jahre später auch dafür verantwortlich, dass zahlreiche britische Industrieunternehmen sich wenig um neue brennstoffsparende Technologien kümmerten, während deutsche Stahlunternehmen hier wegen der deutlich höheren Kohlenpreise stark in eben diese investierte und sich so gegenüber den Briten langfristig einen komparativen Kostenvorteil erarbeitete.

Schließlich bleibt noch die (Robert-Lemke-)Frage zu beantworten: Welche Wirtschaftsgeschichte hätten Sie denn gern? Wohl wissend, dass heutzutage das Wünschen nicht mehr viel bewirkt (in meinem Alter eh nicht; außerdem gibt's ja auch keine 5 D-Mark ins Schweinchen) und letztlich auch in der Ressourcenwirtschaftsgeschichte viele Wege nach Rom führen, möchte ich die Frage jedoch anders herum stellen und in Bezug auf meine vorherigen Ausführungen beantworten: Welche Wirtschaftsgeschichte hätte ich nicht gerne? Hier ist meine Auffassung eindeutig: Auch ich bin wie die anderen Mitdiskutanten der Meinung, dass Wertschöpfungsketten oder aber Produktstudien wichtige und fruchtbare Zugangsweisen zur Entwicklung der globalen Ressourcenwirtschaft in der Neuzeit darstellen (den großen Erkenntniswert der Wertschöpfungsketten hat kürzlich ja Andrew Godley anhand der Verbreitung des Tiefkühlhähnchen und der damit verbundenen Entstehung des Hähnchenmassenkonsums in Großbritannien

nach 1950 sehr schön deutlich gemacht).⁵

Ich sehe allerdings ein Problem, wenn demnächst zahlreiche Mikrostudien entstehen, die allein detailliert dem Weg einzelner Ressourcen und die damit verbundenen Transaktionen, Praktiken und Verwertungen bis hin zum Konsumenten nachvollziehen, aber dabei die makroökonomischen Zusammenhänge oder einzelne ökonomische Parameter wie die Preisentwicklung unberücksichtigt lassen. Eine so vorgehende Geschichtsschreibung würde meiner Meinung nach anhand zahlreicher Beispiele häufig nur die Nutzungsweisen der Ressourcen anschaulich illustrieren, aber nicht vollständig erklären. Das Thema würde oberflächlich behandelt und damit verschenkt.

Frank Uekötter: Vor einiger Zeit fragte mich eine amerikanische Kollegin, warum man in Europa eigentlich ständig die Akteur-Netzwerk-Theorie zitieren muss. Die jüngsten Wortmeldungen sind da nicht gerade geeignet, solchen Befremdungen entgegenzutreten. Es war zu erwarten, dass der Latour'sche Aktant sich auch in diese Debatte einschleichen würde. Ebenfalls zu erwarten waren die Abwehrreflexe: Nein, Ressourcen sind keine Akteure, da erst der Mensch den Kohleflöz zum Rohstoff macht. So weit, so vertraut.

Was bei solchen Diskussionen jedoch meist vergessen wird: Die Geschichtswissenschaft hat längst Wege gefunden, mit nichtmenschlichen Akteuren umzugehen – ganz pragmatisch, ohne dichten Theorieverhau und (pardon!) französische Intellektuelle. In der Technikgeschichte ist die Eigenmacht des Artefaktischen ein vertrautes Thema. *Things bite back*, wie es Edward Tenner so schön formulierte. In der umwelthistorischen Forschung hat es die Eigenlogik der natürlichen Umwelt zu einem vergleichbaren Status gebracht. Wenn der Mensch ein Feld beackert, kann der Boden versalzen, verdorren, versauern, verdichten, ganz egal, was der Mensch sagt und denkt. Beide Disziplinen haben nach einigem Hin und Her gelernt, mit dieser metho-

⁵Andrew Godley and Bridget Williams, Democratizing luxury and the contentious „invention of the technological chicken“ in Britain. *Business History Review*, 83 (2009), 2, S. 267-290.

dischen Herausforderung umzugehen. Nur Außenstehende stören gelegentlich, indem sie einen technologischen bzw. ökologischen Determinismus wittern. Technik- und Umwelthistoriker sind von solchen Vorwürfen inzwischen eher genervt als irritiert. Weder Technik noch Umwelt determinieren Geschichte. Aber sie setzen dem menschlichen Willen Grenzen, und diese Grenzen verstehen wir umso besser, je mehr wir über die jeweiligen Logiken wissen.

Vielleicht könnten wir uns an dieser Gelassenheit ein Beispiel nehmen, bevor wir um die Ressource als Akteur einen neuen Theoriekonflikt vom Zaun brechen. Es bleibt bei den Ressourcen ein materielles Substrat, das sich in Diskursen und Marktprozessen nicht auflösen lässt.

Der entscheidende Einwand scheint mir aus einer anderen Richtung zu kommen. Wenn man die Materialität der Ressource ernst nimmt, kommt dabei mehr heraus als Trivialitäten? Sind stoffliche Eigenschaften und ihre Folgen nicht derart offenkundig, dass man sich die theoretischen Klimmzüge sparen kann? Aber neben der Stofflichkeit (die im Zeitalter der Großchemie natürlich nicht mehr ganz so trivial ist) gibt es noch einen zweiten Aspekt der Ressource, der Beachtung verdient, und das ist das Trägheitsmoment. Wenn jährlich zwei Milliarden Tonnen Eisenerz und sieben Milliarden Tonnen Kohle in Bewegung gesetzt werden, dann haben diese unvorstellbaren Massen eine Tendenz, ihre Bewegung fortzusetzen. Natürlich nicht allein aus physikalischen Gründen – denn die Bewegung der Stoffe bleibt ja letztlich Menschenwerk. Tatsächlich ist die Option, das Trägheitsmoment zu stoppen, jedoch eine ziemlich theoretische – und das ist noch freundlich ausgedrückt. Wir sehen das von der deutschen Lebensmittelversorgung im Ersten Weltkrieg bis zur Ölkrise von 1973: Wenn Stoffströme plötzlich versiegen, regiert bald die blanke Panik.

Es geht also bei den Ressourcen nicht um einen weiteren Akteur, der sich freundlich in die Riege der bekannten Protagonisten einreihet. Es geht um eine neue Sichtweise auf die vertrauten Prozesse der Ressourcenallokation, wie sie sich in einigen Arbeiten über *Commodity*

Chains andeutet. Wir sollten Ressourcengeschichte nicht nur als heroische Geschichte der Erschließung immer neuer Stoffwelten schreiben, sondern umgekehrt auch – wohlgemerkt auch! – als die Geschichte von Getriebenen: von Leuten, die Stoffströme um jeden Preis aufrechterhalten müssen. Das Trägheitsmoment der Ressourcen lässt den menschlichen Akteuren keine andere Wahl, als irgendwie für Nachschub zu sorgen, in mindestens gleichen Umfang. Zugleich wissen diese Akteure aber nur zu gut, wie fragil Rohstoffströme sind. Auf dem langen Weg vom Bergwerk oder vom Acker bis zum Konsumenten kann eine Menge schiefgehen.

Zugleich aber *darf* nichts schiefgehen. *Irgendwie* für Nachschub sorgen – wir wissen inzwischen nur zu gut, wie viel menschliches Leid sich mit diesem Wort verbinden kann. Silber aus den Anden, Kautschuk aus dem Kongo, Öl aus Saudi-Arabien – es ist schon betrüblich, was Menschen anstellen, nur um Stoffströme aufrechtzuerhalten. Die inhärente Brutalität des Ressourcensektors hat viele moralische Klagen provoziert, auch, ja gerade von jenen, die diesen Sektor verkörpern und formen. Selbst vom langjährigen saudi-arabischen Ölminister Ahmed Zaki Yamani ist die Bemerkung überliefert, dass man vielleicht besser Wasser entdeckt hätte.⁶ Es ist höchste Zeit, dass wir diese moralische Entrüstung als Ausdruck einer strukturellen Lage des Sektors ernst nehmen und zu erklären versuchen. Wenn man Ressourcenmanager als Getriebene anonymer Stoffströme sieht, könnte das ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Wenn man Ressourcengeschichte einmal auf diesem Wege schreibt, wird nämlich etwas sichtbar, was oft hinter den großen Egos der Produzenten verborgen bleibt: Angst. Es gibt vielleicht keinen anderen Wirtschaftssektor, in dem Allmacht so leicht in Ohnmacht umschlägt – von der Zerschlagung des Standard Oil-Kartells 1911 bis zu British Petroleum, einer Firma, die vor zwei Jahren fast pleite ging, weil ein Ventil klemmte. Die Angst vor dem Stillstand der Stoffströme ist die

⁶Terry Lynn Karl, *The Paradox of Plenty. Oil Booms and Petro-States*, Berkeley u.a. 1997, S. 187.

Urangst des Ressourcensektors, jedenfalls in der Industriemoderne, die auf die ständige Verfügbarkeit von Stoffen angewiesen ist. Das ausgeprägte Selbstbewusstsein, das eine bemerkenswerte Konstante der Ressourcenwirtschaft ist, dürfte nicht zum geringsten mit dieser Angst zusammenhängen. Wer ist schon gerne Getriebener anonymer Ressourcenflüsse?

Natürlich ist eine solche Sichtweise ungewohnt, irritierend, fast schon subversiv. Aber sollte das gute Geschichtsschreibung nicht auch sein?

Monika Dommann: Diskutiert haben in dieser Debatte vor allem die Wirtschaftshistoriker/innen, die Sozialhistorikerin, der Umwelthistoriker und ich. Vielleicht ist unsere Runde auch ein Indiz dafür, dass das Interesse an Ressourcen eine Spezialität geblieben ist, für jene die zuständig sind für die materielle Kultur, für relative Preise, für die soziale Konstruktion des Marktes, oder auch jene, die sich für die Kategorie des Sozialen interessieren. Wir sind unter uns geblieben. Es fehlt nicht bloß die für die großen Erzählungen zuständige Allgemeine Geschichte. Auch die Forscher, die sich mit der Zeit vor 1800 beschäftigen, sind nicht vertreten.

Methode entstammt dem Griechischen und besagt wortwörtlich: *Den Weg zu etwas hin*. Welche Wege wurden denn gewählt von der historischen Wissenschaft? Und welche verlassen? Wann stand sie an einer Kreuzung und wann wusste sie nicht mehr weiter? Zunächst stellt sich an dieser fast schon letzten Wegmarke unserer Debatte die Frage, warum unsere Runde bei der Frage nach der Geschichtlichkeit der Ressourcen und Materialien fast so reflexartig wie ein Pawlowscher Hund (oder wie die salutierenden Garden am Buckingham Palace) zur Anschlussfrage nach deren Handlungsmächtigkeit und Agency kam. Ich komme darauf zu sprechen, weil ich bezweifle, dass dies die richtige, sprich: produktive Frage ist. Wer sagt denn, dass wer Ressource sagt, auch Agency mitdenken muss? Die Menschen waren noch nie unter sich, daran ist frei nach Bruno Latour zu erinnern. Sie haben schon seit langer Zeit beispielsweise Kohle gegraben,

H-Soz-u-Kult Debatte

damit Fabriken angetrieben, daraus Farben gekocht und schließlich die Kohle wieder begraben und auf synthetische Farbstoffe gesetzt, die ihnen wiederum nicht immer gut bekamen. Die historisch wirklich interessante Frage könnte meiner Ansicht vielmehr sein, warum die Einsicht, dass die Menschen nicht mehr unter sich seien, erst zu Beginn der 1990-Jahre auftaucht, und nicht bereits etwa im 19. Jahrhundert, als besonders viele neue Stoffe (Mischwesen) von den Menschen in Umlauf gebracht wurden. Und dann würde sich auch noch die Frage stellen, warum diese Aussage so provozierte. Und wen sie besonders traf.

Ist es wirklich wünschenswert, dass nun in der Geschichtswissenschaft eine Debatte wiederholt wird, die bereits in den 1990er-Jahren nicht sonderlich produktiv war, als sie von den inzwischen methodisch gestählten Soziologen und den wilden Spielverderber/innen aus der *Science and Technology Studies* betrieben wurde?

Als Emile Durkheim (und andere protozoziologische Denker) zum Ende des 19. Jahrhunderts das imaginäre Kollektiv des „Sozialen“ geschaffen haben, geschah dies in Abgrenzung zum Positivismus der Naturwissenschaften und im Bemühen, dieselbe Anerkennung für die eigenen Methoden der Beobachtung zu erlangen, die den Naturforschern damals zukam. Es ging um die Schaffung von neuen Kategorien für ein Gebilde, das seither „Gesellschaft“ genannt wird. Emile Durkheim machte 1893 klar, dass dies ein kühnes Wagnis war: „Es gibt nämlich nur ein Mittel, um eine Wissenschaft zu etablieren, sie nämlich, allerdings mit Methode, zu wagen.“⁷ Das Primat des Sozialen, das seither von der Soziologie gepflegt wurde und auch von der Sozialgeschichte, die zeitweise in Deutschland beinahe zum allgemeinen Paradigma der Geschichtswissenschaft aufgestiegen war, übernommen wurde, ist also historisch zu erklären und nicht mit historischer Methodik zu verwechseln.

Die Wegverzweigung, die damals von der Soziologie gewählt wur-

⁷Emile Durkheim, *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, (Paris 1893) Frankfurt a. M. 1977, 82.

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

de, als sie beschlossen hatte, sich nicht mit der Natur zu beschäftigen, sondern es stattdessen wagte Begriffe, Konzepte, Klassifikationen und Methoden für etwas zu erfinden, das sich in Auflösung befand und gleichzeitig damit auch neu geschaffen wurde, ist im Rückblick betrachtet, ein Weg den die Geschichte nie gehen musste, weil sie andere Interessen hat. In der Geschichte ging und geht es darum zu verstehen, wie die Welt (mit den Naturstoffen und den Kulturtechniken und den Menschen und ihren Ideen, Träumen und Enttäuschungen und Verwerfungen) zu dem geworden ist, was sie heute ist. Und weil ihr Untersuchungsgegenstand stets im Fluss ist, müssen auch die Methoden hierfür immer wieder neu gefunden werden.

Fazit

H-Soz-u-Kult Redaktion: Nach drei Runden Diskussion kommen wir nun zurück zum Ausgangspunkt. Nachdem ganz zu Beginn unserer Debatte nach dem analytischen Potenzial des Ressourcen-Begriffs gefragt wurde, haben Sie in der Diskussion zahlreiche Beispiele von Wertketten, mit geographischen und sozialen Distanzen, langen Akteursketten, und Eigenlogiken der Kommodifizierung bestimmter Märkte aufgezeigt. Trotz der „weiten“ Definition hielten sich die Beispiele in der Regel an Stoffen fest. Die mehrfach auftauchenden „Funktionslogiken“ einzelner Etappen, die ein Stoff beispielsweise auf dem Weg vom afrikanischen Bergwerk über das Labor und die Fabrik in den westeuropäischen Haushalt durchläuft, deuten den Zusammenhalt der Ressourcengeschichten über einen Stoff ebenso an wie den Zusammenhalt über ebendiese Funktionslogiken. Wenn wir nicht-materielle Ressourcen wie Institutionen in einer Gesellschaft, etablierte Verfahrensweisen oder Werte betrachten, kommen wir in Gedanken unweigerlich zurück zu den Krisen, die den zweiten Teil des Historikertagsmottos bilden und stets zur gesellschaftlichen Debatte einladen. Vor fast genau drei Monaten hat Christine Lagarde der EURO-Zone für dessen Rettung

noch drei Monate Zeit gegeben (12. Juni 2012). Wenn wir uns zum Beispiel die gemeinsame Währung, die mit ihr geschaffenen Institutionen und die Debatte über neue Verfahren und Instrumente der europäischen Geldpolitik anschauen - hilft uns dann eine Perspektive, die diese Institutionen als Ressourcen ansieht, für die Analyse, oder verdeckt der Begriff mehr als er offenbart? Allgemeiner gefragt: Bleiben die „Funktionslogiken“ zu implizit und verflüchtigt sich das Potenzial des Ressourcen-Begriffs mit dem Stoff, dessen Geschichte er beispielsweise in Produktbiographien erhellen kann?

Frank Uekötter: Institutionen als Ressourcen in der Euro-Krise – unserer Diskussion scheint eine Tendenz zur Entgrenzung innezuwohnen, desgleichen ein Hang zu dem, was die Amerikaner „presentism“ nennen. Nun sitze ich nach meinen früheren Bemerkungen hier im Glashaus, aber vielleicht sollte man an der stets heiklen Grenze von historischer und tagespolitischer Betrachtung auch einmal Zurückhaltung üben. Ob es für die Ressourcengeschichte wirklich hilfreich ist, sich in die Kakophonie der Euro-Debatte einzuklinken? Gute Geschichtsschreibung lässt sich meines Erachtens von der Gegenwart inspirieren, geht in den aktuellen Debatten jedoch nicht auf. Als Anhängsel einer hitzigen gesellschaftlichen Großdebatte wird der einsame Intellektuelle leicht mitgeschleift – und das ist meist keine sehr angenehme Situation.

Mir scheinen solche Bemühungen um Anschluss umso weniger nötig zu sein, als unsere Debatte zweifellos gezeigt hat, dass es bei den Ressourcen weder thematisch noch methodisch einen Mangel an Gesprächsstoff gibt. Es gibt eine Vielzahl von Themen mit geradezu magischer Anziehungskraft – um Monika Dommanns Formulierung aufzugreifen. Ressourcen sind in der Geschichte alles Mögliche, aber bestimmt nicht trivial. Dass Ressourcen problemlos zu sein scheinen, heißt ja noch lange nicht, dass sie tatsächlich problemlos sind.

Von daher könnte es historiographisch lohnend sein, Ressourcengeschichte mehr als eine Geschichte von mehreren ineinander verschachtelten Paradoxien zu schreiben. In der Moderne sind Ressourcen

gleichermaßen omnipräsent und umkämpft, knapp und doch billig, gesichtslos und voller Geschichten, veränderbar und zugleich an feste stoffliche Eigenschaften gebunden. Die ständige Verfügbarkeit von Ressourcen ist selbstverständliche Grundlage moderner Wohlstandsgesellschaften und zugleich ausgesprochen prekär. Gemessen daran, wie viel im modernen System der Ressourcenallokation schief gehen kann und tatsächlich schon schiefgegangen ist, kann man die Sorglosigkeit der modernen Konsumenten nur verwunderlich nennen.

Von daher sehe ich ein besonderes historiographisches Potential bei jenen Ressourcen, die stofflich nicht festgelegt sind. Der Wald der Frühen Neuzeit war gleichermaßen Brennstofflieferant, Baumaterial für Städte und Flotten, Weideplatz für Schweine und Grundlage der vormodernen Chemie. Oder man nehme die Maispflanzen, die der menschlichen wie der tierischen Ernährung dient und darüber hinaus seit ein paar Jahren die Energiepflanze par excellence ist. Ein dichtes Geflecht soziokultureller und ökonomischer Bedingungen entscheidet darüber, welche Art des Konsums am Ende die Oberhand gewinnt. Man könnte geradezu von einer Art Indikatorfunktion solcher polyvalenter Ressourcen reden. Stoffströme sind nicht der schlechteste Spiegel einer Gesellschaft.

Christiane Reinecke: Kann man sich produktiv darüber streiten, ob etwas eine „Ressource“ ist oder nicht? Birgt der *Begriff* der „Ressource“ selbst Konfliktpotential? Wirft man in einer politischen Diskussion den Satz in die Runde, dass es sich bei diesem oder jenem um eine Ressource handelt, ist die Wahrscheinlichkeit jedenfalls groß, dass es die anderen nicht von den Stühlen haut. Entweder werden sie annehmen, dass es irgendwie um Rohstoffe geht, oder sie werden davon ausgehen, dass es um das große Potential einer Sache geht. In jedem Fall gäbe es Klärungsbedarf. Aus ähnlichen Gründen bezweifle ich, dass es hilft, die Eurokrise als Ressourcen-Krise oder die Instrumente der europäischen Geldpolitik als Ressourcen zu fassen. Mal davon abgesehen, dass ich Frank Uekötter zustimme, wenn er eine gewisse Distanz zu aktuellen Debatten für angeraten hält, habe ich nicht den Eindruck,

H-Soz-u-Kult Debatte

dass der Begriff der Ressource selbst eine eigene Deutungsrichtung nahelegt oder damit eigene Interpretationsangebote verbunden wären. Sofern es das analytische Potential eines Begriffs ausmacht, zuzuspitzen und einen bestimmten Aspekt sichtbarer und verständlicher zu machen, erscheint das Potential des Ressourcenbegriffs begrenzt. Das hängt in erster Linie mit der Ambivalenz oder Vieldeutigkeit des Ressourcenbegriffs zusammen, der zu Beginn dieser Debatte thematisiert wurde. Was jeweils mit dem Begriff der Ressource gemeint ist und war, muss eben stets auf Neue geklärt werden.

Bleibt die Frage, inwiefern die Ambivalenz des Begriffs analytisch tatsächlich eine Stärke ist – oder eben nicht. Einer Veranstaltung wie dem Historikertag kommt es jedenfalls zugute, dass sich über den Begriff verschiedene Themenfelder und Forschungsperspektiven zusammenbringen lassen. Auch kann das Spiel mit der Uneindeutigkeit zu einer Methode werden, indem das, was als Ressource untersucht wird, nicht von vornherein einem Bereich – der Wirtschaft, der Politik, der Wissenschaft – zugeordnet wird, sondern indem darüber, wie von Monika Dommann empfohlen, Vermischungen von Wirtschaftlichem, Politischem, Kulturellem sichtbar gemacht werden und sich, wie Laura Rischbieter nahelegt, „kulturgeschichtliche mit wirtschafts- und politikhistorischen Perspektiven methodisch verbinden lassen“. Wird Ressource als Stoff analysiert, der verschiedene Etappen und Funktionslogiken durchläuft, der nicht klar einem Feld oder einem Raum (dem Lokalen, Nationalen, Globalen) zugeordnet ist, sondern quer dazu liegt, hat das auf jeden Fall Potential. Doch bleibt es dabei, dass mir „Ressource“ weniger als analytischer Begriff denn als Suchbegriff und als Gegenstandsbereich interessant zu sein scheint, als etwas, über dessen Deutung oder Nutzung die Zeitgenossen in Konflikt gerieten (oder sich einigten) – und das daher historisch von Interesse ist. Über die Frage wiederum, wie man mit der Ambivalenz von Ressourcen als Gegenstand historischer Analysen umgeht, zumal mit Blick auf ihre materielle und immaterielle Dimension, lässt sich durchaus produktiv streiten, denke ich.

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

Monika Dommann: „Wenn es mir doch gelänge, den Weltmoment in dem wir uns befinden, deutlicher, unzweifelhafter, als es gewöhnlich geschehen mag, zur Anschauung zu bringen.“ Diesen Wunsch, oder vielmehr dieses Programm, stellte niemand geringerer als der alte Übervater der deutschen Historikerkunft Leopold von Ranke seiner 1833 erschienenen Schrift „Die grossen Mächte“ voran. Die Geschichtswissenschaft ist in ihrer Inkubationsphase eine enge Beziehung mit dem Staat und der Politik eingegangen, die sich bis heute erhalten hat und auch an Deutschen Historikertagen durch die Anwesenheit von Politikerinnen und höchsten Richtern gepflegt wird. Die Staatsnähe spiegelt sich an diesem periodisch abgehaltenen Ritual auch in dem von Ranke formulierten Anspruch, die Wissenschaftssoziabilität mit der Weltmomentdeutung zu vereinen.

Neben dem Archivkult (Lorraine Daston) und dem Vetorecht der Quellen (Reinhart Koselleck) ist die Prämisse des Mitbegründers des Historismus, den Augenblick durch Auseinandersetzung mit dem Vergangenen zu deuten, zu analysieren oder zu dekonstruieren (je nachdem ob man der Hermeneutik, der historischen Sozialwissenschaft oder der Postmoderne zugewandt ist) weiterhin ein gemeinsames Paradigma der versammelten deutschen Geschichtswissenschaftler in Mainz geblieben. So weit weg von Leopold von Ranke ist man vielleicht dann doch nicht gekommen in unserer (etwa im Vergleich zur Soziologie oder Politikwissenschaft) traditionellen Disziplin. Die Aufforderung der Redakteurinnen zum Schluss dieser Debatte endlich doch noch etwas zur Eurokrise zu sagen, historisch informiert, wenn möglichst mit Hilfe des Tagungsmottos „Ressource“ und doch bitte in Form einer Debatte, ist also auch in Zusammenhang mit einer periodischen Rückversicherung dieser *special relationship* zu sehen.

Trotzdem hatte niemand in dieser Runde so richtig Lust den Bogen von der Ressource zur Eurokrise zu schlagen und das Potential des Ressourcenkonzeptes gleichsam einem Weltmomentdeutungs-lackmustest zu unterwerfen. Die Weigerung unserer Runde die Eurokrise ressourcenhistorisch zu kommentieren, hat gute Gründe. Das ehe-

H-Soz-u-Kult Debatte

malige Monopol der schnellen Gegenwartsdeutung muss das Fach inzwischen mit den Soziologen, den Politologinnen und auch den Ökonomen teilen. Es gibt zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Arbeitsteilung in der Zeitdiagnostik, wobei diese Fächer für die schnelle, theoretisch gestützte Extrapolation verantwortlich geworden sind.

Dies ist für die Geschichte ein eigentlicher Glücksfall. Und zwar ein Glück, dessen sie sich noch viel zu wenig gewahr geworden ist. Sie kann es sich nun leisten langsamer zu sein, gründlicher, vorsichtiger aber auch spielerischer. Sie kann nun Spielverderberin spielen, die Politik und den Staat beobachten, ohne dabei gleichzeitig die große Last des staatstragenden Programms zu tragen. Und sie kann damit Rankes Deutung des Weltmoments, beziehungsweise die Frage, warum die Welt zu dem geworden ist, was sie heute ist, vielleicht in neuer Leichtigkeit angehen. Und damit hoffentlich der Welt Überlegungen zur Verfügung stellen, die fremder, überraschender, verstörender und damit vielleicht gerade deshalb hilfreicher sind, als die schnellen Urteile der Gegenwartsdiagnostiker.

Auf nach Mainz, geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Ralf Banken: Wenn es dem Ende zugeht, fehlt irgendwie immer die Zeit und alle sollten sich kürzer fassen; dem Beispiel der anderen Beiträge der vierten Runde schließe ich mich gerne an. Auf die Frage, inwieweit „Funktionslogiken“ zu implizit bleiben und das Potenzial des Ressourcen-Begriffs sich alleine für „Stoff-Geschichten“ als nützlich erweist, habe ich bereits in meiner ersten Antwort darauf verwiesen, werden in der Ökonomie nicht nur Roh- oder stoffliche Güter als Ressourcen betrachtet, sondern auch Kapital, Arbeit, Institutionen und der menschliche Erfindungsgeist. Insofern ist es mehr als gerechtfertigt, auch Institutionen als Ressourcen in der Eurokrise zu betrachten und anders als Monika Dommann bin ich durchaus der Meinung, dass Historiker sich auch zu momentanen Krisen äußern sollten: sie sollten einzig die Prognosen anderen überlassen und selbst auf vergleichbare Situation in der Geschichte und die vielfach unterschätzten unterschwelligen Kontinuitäten der modernen Wirtschaftsgesellschaften

„Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften

hinweisen, wozu zweifelsohne auch Institutionen im weiteren Sinne gehören.

Nicht nur wegen der damaligen Festlegung bin ich auch jetzt am Ende der Diskussion weiter der Überzeugung, dass der Ressourcenbegriff sich nicht nur auf „Stoff-Geschichte“ reduzieren sollte, sondern auch in einem weiteren Sinne durchaus nützlich ist. Allerdings – und da kommt bei mir dann doch wieder der sozialwissenschaftlich arbeitende Historiker durch –, kann man nur vor einer Überstrapazierung dieses Begriffes und einer Beliebigkeit seiner Anwendung warnen. Wie auch bei anderen neueren Forschungsbegriffen und -konzepten besteht in der mittlerweile stark von schnellen Modezyklen beeinflussten Geschichtswissenschaft die Gefahr (diese erscheint mir in den letzten zehn, zwanzig Jahren sehr viel realer als die Nähe der Historiker zu Politikern und anderen Großen der Gesellschaft), dass durch einen inflationären Gebrauch irgendwann alles Ressource ist und der Begriff inhaltsleer wird. Die Verwendung der Konzepte des „Sozialen Kapitals“ oder noch aktueller des „Netzwerks“, das vielfach mit sozialen Beziehungen gleichgesetzt und so absurdum geführt wird, zieht schließlich nach sich, dass die historischen Prozesse mehr verdeckt als offen gelegt werden.

Dies spricht nicht gegen die Verwendung derartiger Konzepte, sei es als Motto eines Historikertages oder aber zu einer spielerischen Annäherung an neue Sichtweisen wie von Monika Dommann gefordert. Mir scheint jedoch, dass durch einen unflektierten und inflationären Gebrauch das Potential auch des Ressourcenbegriffes verschenkt werden könnte, bevor die Erkenntnismöglichkeiten nur annähernd ausgelotet würden. Wünschenswert wären daher sowohl eine weiterführende – aber nicht ausufernde und sich selbst genügende – theoretische Auseinandersetzung mit „Ressourcen“, als auch zahlreiche Einzelstudien. Diese sollten den Begriff mit begrenzten Fragestellungen und klaren Definitionen nutzen, da durch eine schwammige Begrifflichkeit nicht nur das Erkenntnispotential des Begriffes verschenkt würde, sondern die Studien auch innerhalb kürzester Zeit unmodisch würden. Ich

bin mir sicher, dass in dieser Weise gut fundierte Ressourcenstudien die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft quer zu bisherigen klassisch „sektoralen“ Zugriffsweisen aufschließen können. Auf diese Weise könnten mittels Wertschöpfungs- und Akteursketten nebst den dazugehörigen Rahmenbedingungen über einzelne Produktbiographien hinaus Kontinuitäten, Pfadabhängigkeiten oder Veränderungsprozesse der modernen Ökonomien und Konsumgesellschaften gut erklärt werden.

Laura Rischbieter: Ob nun analytisches Potential oder nicht, ob nun eher materieller oder doch flüchtiger Gegenstand mit Agency oder nicht, ob nun aktuell, innovativ oder originell oder all das auch eher nicht, unsere Debatte zeigt vor allem, dass sich die Suche nach angemessenen geschichtswissenschaftlichen Narrativen (Runde 2) und Methoden (Runde 3) zur Analyse der Vergangenheit nicht einfach in Begriffsdefinitionen, Methodenpluralismen und gegenwartsbezogenen Themensetzungen auflösen lässt. Zumindest ist das unbefriedigend. Zwar lassen sich Ressourcen vielfältig definieren und ebenso vielfältig analysieren. Dieser Befund verdeutlicht aber allein, dass in dem Schlagwort „Ressourcen“ selbst sich nicht wie von selbst auch zugleich analytisches Potential verbirgt.

Vermutlich sind und bleiben es allein unsere gegenwartsbezogenen Fragen, angewendet auf die Vergangenheit, die das Schlagwort „Ressourcen“ in geschichtswissenschaftliche Analysen überführen können. Daher erscheint es mir (egal in welcher Spielart, also ob nun kultur- oder wirtschaftshistorisch, in globalgeschichtlicher Absicht oder mit regionalem Fokus), dass das Debattieren über „Ressourcen“ zumindest eines zeigt: Deutsche Historikerinnen und Historiker interessieren sich wieder (vermehrt) für langfristige Prozesse des gesellschaftlichen Wandels und zwar unter dem Vorzeichen der Knappheit. Die Frage nach der Anwesenheit, dem Zugang, der Zuordnung, Verteilung, Verwaltung oder Abwesenheit von „Ressourcen“, zwingt meiner Meinung nach zu analysieren, wie die Relation der (sozialen) Akteure zu diesen Ressourcen ist.

Genauer gesagt: Ging es beim letzten Historikertag um Phänomene globaler Entgrenzung, so ließe sich unter dem diesjährigen Motto das Erkenntnisinteresse vielleicht auf sozialhistorische Themen richten. Es geht also darum – so eine Ressourcengeschichte würde ich mir wünschen –, über eine Analyse der Allokation und Distribution von Ressourcen in der *longue durée* zu untersuchen, wie Gesellschaften sozial verfasst sind und welche Rolle hierfür Politik, Haushalte, Unternehmen, Märkte, aber auch öffentliche Institutionen, einzelne Rohstoffe oder Bildung bis hin zu Ideen spielen. Wenn die Sozialgeschichte auf diese Art und Weise revitalisiert werden könnte, also eine so verstandene „Ressourcengeschichte“ eine neue Perspektive auf vergangene Lebensumstände bis hin zu politischen Konflikten zwischen Nationalstaaten ergäbe, dann wäre das Motto des Historikertags in der Tat innovativ und originell.

Birte Förster: Wenn ich zurück an den Anfang der Debatte gehe, dann sind Ressourcen aus meiner Sicht vor allem aus zwei Gründen interessante, lohnenswerte Gegenstandsbereiche historischer Forschung: Zum einen sind sie eine methodische Herausforderung, denn sie fordern einen Methodenpluralismus und damit auch zur Reflexion des eigenen Fachs heraus. Gewinnbringend scheint eine engere Verzahnung mit wirtschafts- und technikhistorischen Themen zu sein, um Stoffströme und Wertzuschreibungen noch genauer untersuchen zu können. Zugleich bieten sich Ressourcen jedoch auch an, um neue Perspektiven auf Macht und Herrschaft zu gewinnen. Aus meiner Sicht lässt sich anhand von Ressourcen eben jenes vielfältige Beziehungsgeflecht von Kräfteverhältnissen beobachten, mit Foucault seinen prozessualen, dynamischen Machtbegriff charakterisiert. Dies würde den vielfältigen Akteursgruppen, die den Lebenszyklus von Ressourcen begleiten, ebenso gerecht werden wie den damit verbundenen Wissensordnungen, technischen Systemen und Wertzuschreibungen. Und damit auch der mehrfach angesprochenen Verschränkung von Wirtschaftlichem, Politischem und Kulturellem. Die machtvollen Erzählungen, die mit den Ressourcen verbunden sind, sind Teil dieses Machtgeflechts. Sie

H-Soz-u-Kult Debatte

haben performativen Charakter, denn sie beeinflussen deren weitere Wahrnehmung und sind damit handlungsleitende Ordnungsvorstellungen. Zum zweiten sind Ressourcen ein lohnenswerter Gegenstand, da sie häufig transnational verflochten sind, also dem vielfach geforderten Abschied von einer national orientierten Geschichtsschreibung entgegen kommen.

Wie auch die meisten anderen Diskutandinnen und Diskutanden mag ich aus unserer Debatte keine tagespolitischen Beurteilungen ableiten. Wesentlicher als den Begriff auch auf Institutionen auszuweiten scheint mir der Umgang von Institutionen mit bestimmten Ressourcenlogiken zu sein, zum Beispiel an der Interaktion von Finanz- und Kolonialministerium in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn Ressourcen schließlich auch dabei helfen könnten, den Begriff „Krise“ konsequent zu historisieren, wäre aus meiner Sicht viel gewonnen.

Die Fragen stellten Torsten Kahlert und Claudia Prinz.

Querschnittsberichte

Alte Geschichte

von Thomas Blank und Philipp Altmeyen

Besprochene Sektionen:

- „Funktionale Differenzierung in der römischen Antike“
- „Das Wasser: Ressource zwischen Alltagsbedarf, Ingenieurkunst und Repräsentation. Eine Konversation zwischen Antike und Neuzeit“
- „eAQUA/Dissemination: Neue methodische Zugänge zu Begriffsgeschichte und Quellenkritik in den Altertumswissenschaften“
- „Zur Ökonomie römischer Nahbeziehungen“

Großkonferenzen wie Historikertage bedürfen weit gefasster Rahmenthemen, die einerseits durch allzugroße thematische Streuung bedingte Zusammenhangslosigkeit und Unübersichtlichkeit der Konferenz verhindern, andererseits für Fachvertreter/innen unterschiedlichster Epochen, Forschungsgebiete und Interessen in einer Weise anschlussfähig sind, dass aktuelle Forschungsarbeiten damit verbunden und präsentiert werden können, ohne im buchstäblichen Sinne aus dem Rahmen zu fallen. Aufgabe eines Querschnittsberichts ist es nun, das zu einem größeren Forschungsfeld oder einer Epoche angebotene Konferenzprogramm – normalerweise aufgrund der Fülle an Angeboten nur in Auswahl – im Hinblick auf darin sich widerspiegelnde Forschungstrends, aktuelle Debatten, methodische Fragen etc. zu kommentieren. Eine etwas schwierige Aufgabe stellt sich freilich dem, der über eine historische Großepoche zu berichten hat, die im Konferenzprogramm derart unterrepräsentiert ist, dass von einem Querschnitt im eigentlichen Sinne kaum die Rede sein kann. So verhält es sich beim Historikertag 2012 in Mainz mit der Epoche der Alten Geschichte, die im engeren Sinne nur von drei Sektionen (zur römischen Geschichte bzw. digitalen Forschungsressourcen) vertreten wurde. Dazu kam eine biepochale Sektion, die leider ungeachtet des schmalen Angebots zeitgleich zu einer der althistorischen Sektionen stattfand. Vor dem

Hintergrund dieser geringen Auswahl versteht es sich von selbst, dass sich nur ein sehr schlaglichtartiges Bild gegenwärtiger althistorischer Forschung ergeben kann. Da zu einzelnen Sektionen ausführlichere Sektionsberichte vorliegen, soll im Folgenden der Schwerpunkt auf die Frage gelegt werden, in welcher Weise sich das Rahmenthema *Ressourcen – Konflikte* in den althistorischen Sektionen widerspiegelte. Interessant erscheint dies nicht zuletzt deshalb, weil trotz der geringen Zahl an Sektionen die Bandbreite der unterschiedlichen Wege der Annäherung an das Rahmenthema recht groß war, wobei der am nächsten liegende Zugang (‘Ressourcenkonflikte’ im Sinne politischer oder militärischer Konflikte um natürliche Rohstoffe) nur am Rande vertreten war.

Ein Verständnis von ‚Ressource‘ als ‚natürlichem Rohstoff‘ lag lediglich der biepochalen Sektion *„Das Wasser: Ressource zwischen Alltagsbedarf, Ingenieurkunst und Repräsentation – Eine Konversation zwischen Antike und Neuzeit“* zugrunde, die von SITTA VON REDEN (Freiburg im Breisgau) und CHRISTIAN WIELAND (Freiburg im Breisgau) geleitet wurde. Im Fokus dieser Sektion stand die Nutzbarkeit des Wassers als lebenswichtige, aber schwer zu kontrollierende und zu organisierende materielle Ressource. Die gleichzeitige Alltäglichkeit und Unberechenbarkeit dieser Ressource habe einerseits dazu geführt, dass das Wasser als historischer Gegenstand bisher wenig Beachtung gefunden habe, andererseits, dass es fast unausweichlich Gegenstand von Konflikten über seine alltägliche Nutzung werden musste. Letzteres wurde von NEVILLE MORLEY (Bristol) anschaulich gemacht mit dem Hinweis auf den konkurrierende Flussanrainer bezeichnenden Begriff der *rivales*. Gleichzeitig wurde deutlich, dass neben dem Wasser an sich auch Techniken seiner Erschließung und die daraus resultierenden Möglichkeiten zu Erwerb, Repräsentation und Festigung von Macht wichtige Ressourcen im gesellschaftlichen Gefüge sowohl der Antike als auch der Neuzeit darstellten.

Dies konnte einerseits für den Personenkreis der Herrschenden gelten, die durch die Leistungen für die Bevölkerung, also die Wasser-

versorgung, und deren Repräsentation ihre Legitimation festigten, wie Sitta von Reden für die Ptolemäer zeigte, während ASTRID MÖLLER (Freiburg im Breisgau) der Frage nachging, ob in architektonischen Großprojekten angelegte Wasserleitungen etwas typisch monarchisches seien. Gut vergleichen ließ sich hiermit die nach CHANDRA MUKERJI (San Diego) explizit zur Ausweitung und Stärkung der Monarchie betriebene Anlage des Canal du Midi durch Ludwig XIV. Andererseits konnte die technische Überwindung der Natur, wie sie in der Beherrschung des Wassers zum Ausdruck kommt, auch derart geschickt repräsentiert werden, dass sie den sozialen Aufstieg einer ursprünglich nicht privilegierten Schicht wie der Ingenieure in Italien und England des 16. und 17. Jahrhunderts ermöglichte, wie Christian Wieland darlegte. Auch FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER (Freiburg im Breisgau) kam zu dem Ergebnis, dass der von der Bürgerschaft getragene monumentale und repräsentative Ausbau von Kanalisationen im 19. Jahrhundert einer „technokratischen Elite“ die Projektionsfläche für die Formulierung ihres Selbstbewusstseins bot. Auf Grenzen der Verfügbarkeit von Wasser als in diesem Sinne politischer Ressource wiesen Neville Morley und Chandra Mukerji hin, indem sie die Diskrepanz zwischen Anspruch auf Beherrschung des Wassers und Wirklichkeit schwieriger technischer Beherrschbarkeit dieser Ressource aufzeigten, die die Durchsetzung des Monopolisierungsanspruchs weitgehend verunmöglichte und so auch Konflikte zwischen Herrschenden und Bevölkerung hervorrufen konnte.

Der Sektion lag also eine weite Definition mit vielfältigem Verständnis von Ressourcen zugrunde, sowohl der sehr konkreten materiellen Ressource und ihrer Verteilung, besonders in der Antike, als auch der abstrakten Nutzung von Wasserarchitektur als Repräsentationsmedium zwar auch in der Antike, aber vor allem in der Neuzeit. Den roten Faden in den Vorträgen bildete die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen der Repräsentation technischer Beherrschung des Rohstoffs Wasser und der damit in Verbindung stehenden Macht. Auffällig waren hierbei die vorausgesetzten und aufgezeigten Paralle-

len zwischen Antike und Neuzeit, die eine gute Basis für tatsächliche Konversation zwischen den Epochen darstellten, und insofern in der vergleichenden Betrachtung von ökonomisch-sozialen Mechanismen eine Ressource der Forschung für die Zukunft erkennen lassen.

Ein ebenfalls eher klassisches Verständnis von ‚Ressourcen‘ lag der von ELKE HARTMANN (Darmstadt) organisierten Kurzsektion „Zur Ökonomie römischer Nahbeziehungen“ zugrunde. Im Zentrum standen Strategien der erbrechtlichen Sicherung, Ausweitung oder Streuung privaten Besitzes als wirtschaftlicher und sozialer Ressource in der römischen Gesellschaft von der Republik bis ins frühe 2. Jahrhundert n.Chr. WILFRIED NIPPEL (Berlin) lenkte in einem forschungsgeschichtlichen Überblick zur Gestalt der ‚Nahbeziehungen‘ den Blick über die Orthodoxien der älteren Forschung (vor allem in Bezug auf Patronageverhältnisse) hinaus besonders auf die von der jüngeren Forschung eröffneten Perspektiven einer differenzierten Interpretation sich überschneidender bzw. integrierter Funktionen sozialer und wirtschaftlicher Interaktion.¹

In diesem Sinne untersuchte ANN-CATHRIN HARDERS (Bielefeld) auf kulturanthropologischer Grundlage die Modi der Übertragung von Eigentum im republikanischen Erbrecht. Ein besonderes Interesse, das Vermögen der (wohlhabenden) *familia* im Erbfall zusammenzuhalten und vor einer Verteilung auf viele Erben zu bewahren, lässt sich weder bei intestaten Erbschaften erkennen, in denen einzelne Personen nicht als Haupterben bevorzugt und männliche und weibliche Erben (wohl aber agnate und kognate Linie) rechtlich nicht unterschieden wurden, noch bei testamentarischer Regelung des Erbes, bei der *in praxi* statt einer Beschränkung der Erben eher zusätzliche Zweit- und Dritterben eingesetzt oder gar Legate an Gruppen festgelegt wurden. Auch für aus dieser Tendenz zur breiteren Besitzstreuung resultierende Dysfunktionalitäten (Erbschaftsstreitig-

¹Zum Beispiel Koen Verboven, *The Economy of Friends. Economic Aspects of amicitia and Patronage in the Late Republic*, Collection Latomus 269, Brüssel 2002; Fabian Goldbeck, *Salutationes. Die Morgenbegrüßungen in Rom in der Republik und der frühen Kaiserzeit*, Klio Beihefte N.F. 16, Berlin 2010.

keiten, Missachtung der festgesetzten Legate etc.) seien Belege nicht in signifikanter Breite vorhanden. Vielmehr sprächen spätere gesetzliche Regelungen eher für intensive Nutzung der Möglichkeiten zur Streuung des Eigentums. Harders erklärte dies auf plausible Weise mit von modernem westlichem Denken abweichenden Auffassungen von generationenübergreifender Absicherung der *familia*. Die Sicherung der sozialen Stellung der Nachkommen erfolgte nicht einseitig auf wirtschaftlicher, sondern gerade auch auf der davon kaum zu trennenden sozialen Ebene. So konnten soziale Bindungen der *familia* bzw. ihres neuen Oberhauptes horizontal (Berücksichtigung verheirateter, agnater weiblicher Verwandter; testamentarische Berücksichtigung kognater Verwandter oder Außenstehender) wie vertikal (Legate) gesichert oder hergestellt werden. Anstelle einer auf die Kernfamilie beschränkten Wohlstandssicherung konnte der horizontale Güteraus-tausch zudem als reziprokes Austauschsystem innerhalb des sozialen Stratum mittelbar auch die wirtschaftliche Stellung der *familia* sichern. Das private Eigentum diente als zugleich wirtschaftliche wie auch soziale Ressource.

Ähnliches zeigte sich auch in ELKE HARTMANNs Vortrag zum Problem der Erbfängerei (*captatio*). Was erhofften sich jene meist männlichen Personen, die durch teils aufwendige materielle Zuwendungen um die Gunst potentieller vornehmer Erblasser(innen) buhlten? Welche Ressourcen brachten beide Seiten bei dieser Form des Austausches ins Spiel? Auch hier ging es, wie Hartmann zeigte, sowohl um wirtschaftliches als auch um soziales Kapital. Neben der Hoffnung auf Rendite in Form einer zukünftigen Erbschaft war es nicht zuletzt die Aussicht auf ein Eintreten in das Erbe einer Person von hohem sozialen Prestige, die den risikvollen Aufwand der Erbfänger lohnend erscheinen lassen konnte. Hartmann konstatierte für die hohe Kaiserzeit jedoch auch ein Missverhältnis zwischen der vor allem vom sozialen Prestige einer umworbenen Person genährten Hoffnung auf ein ertragreiches Erbe und der wirtschaftlichen Realität einer zunehmenden Verschuldung der senatorischen Kreise, deren

wirtschaftliches Potential mit ihrer sozialen Verpflichtung zu ostentativem Konsum oft nicht mehr Schritt halten konnte. So seien ungeachtet der Kritik an den Erbfängern in der zeitgenössischen Literatur diese wohl nicht selten die eigentlich geschädigten eines materiell ungleichen Austauschprozesses gewesen.

Den komplexesten Bezug zum Rahmenthema wies die sehr gut besuchte Sektion „Funktionale Differenzierung in der römischen Antike“ unter der Leitung von HARTMUT LEPPIN (Frankfurt am Main) und ALOYS WINTERLING (Berlin) auf. Gegenstand der Sektion war der Versuch einer Anwendung des luhmannschen Konzepts der ‚funktionalen Differenzierung‘ autonomer gesellschaftlicher Teilsysteme auf verschiedene Themenfelder der römischen Geschichte – dies ausdrücklich gerade angesichts des Umstandes, dass eine solche Ausdifferenzierung nach Luhmanns Ansicht für ‚vormoderne‘ antike Gesellschaften *a priori* nicht anzunehmen sei. In den einzelnen Beiträgen dieser Sektion spielten verschiedene Arten von Ressourcen eine Rolle. Den roten Faden bildete dabei – ganz deren zentraler Bedeutung für die Systemtheorie entsprechend – das Thema der systemspezifischen Kommunikation als eines Unterscheidungsmerkmals für die Differenz System/Umwelt und mithin als einer sozialen Ressource innerhalb gesellschaftlicher Teilsysteme.

ALOYS WINTERLING nahm zunächst die Politik in der römischen Kaiserzeit in den Blick. Hier konstatierte er einerseits für manche Bereiche (Reflexion von Macht, Nutzung von Macht als Ressource der öffentlichen Kommunikation, Trennung von Amtsmacht und Person usw.) einen hohen Grad von bereichsspezifischer Autonomie, was in den Begriffen Luhmanns als Indiz für ‚Ausdifferenzierung‘ zu werten wäre. Andererseits erfasse diese ‚Modernität‘ der römischen Politik keineswegs alle politisch relevanten Bereiche. So erweise sich das System des Politischen keineswegs als autark, insofern für andere Teilsysteme relevante Ressourcen (soziales Prestige, juristische Gewalt des *pater familias* usw.) grundlegende Bedeutung auch für die Politik besäßen und deren autonomen Einflussbereich stark begrenzten. Gleichzeitig

besäßen Ressourcen der Politik zugleich auch erheblichen Wert im sozialen, juristischen, religiösen Teilsystem. In diesem Sinne sei die römische Politik in den Kategorien von Moderne (ausdifferenziert) und Vormoderne (nicht ausdifferenziert) systemtheoretisch nicht adäquat zu beschreiben.

Eine ähnliche Gleichzeitigkeit von Merkmalen vermeintlicher ‚Ausdifferenzierung‘ und des Fehlens derselben thematisierte der Vortrag von FABIAN GOLDBECK (Berlin), der sich mit wirtschaftlichen Transaktionen befasste. So existierten beispielsweise nebeneinander ein rein am monetären Gewinn orientiertes (*faeneratio*) und auch ein von sozialen Faktoren wie *amicitia* abhängiges und auf sozialen Profit ausgerichtetes monetäres Kreditwesen (*mutuum*). Der Wirkungsgrad des Austauschmediums Geld sei einerseits größer als in modernen Wirtschaftssystemen, insofern Geld auch als Währung im sozialen und politischen System von Belang gewesen sei, andererseits weniger groß, insofern der Geldwirtschaft jedenfalls auf der Ebene der gesellschaftlichen Eliten keine autopoietische Autarkie von anderen Teilsystemen zugeschrieben werden könne.

HARTMUT LEPPIN setzte sich in seinem Vortrag mit der Entstehung von Kirche und Religion als Teilsystem von der hohen Kaiserzeit bis in die frühere Spätantike und dabei insbesondere mit Konflikten auseinander, die sich am Autarkieanspruch der religiösen monotheistischen Sphäre entzündeten. So entwickelten sich schon im frühesten Christentum exklusive Formen der Kommunikation und infolgedessen spezifisch christliche Netzwerke, ein Personal religiöser Spezialisten etc., die für eine hohe Autarkie des religiösen Bereiches sorgten. Damit einher ging in signifikanter Abweichung von der alle Gesellschaftsbereiche betreffenden Bedeutung der polytheistischen Religion die Betonung der Zuwendung zum Christentum als gänzlich privater Entscheidung des Einzelnen sowie die Suspendierung sozialer Stratifikation innerhalb des Rahmens der christlichen Religion. Ungeachtet der ‚Irritationen‘ (Christenverfolgungen, juristische Konflikte, theologische Forderung nach universaler Gültigkeit religi-

öser Moral), die diese Entkopplung der religiösen Sphäre von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen hervorgerufen habe, lasse sich das antike Christentum als zunächst verhältnismäßig stark differenziertes Teilsystem begreifen, das jedoch in der Spätantike in der Universalisierung des Geltungsanspruchs christlicher Lehre über den Bereich der Religion hinaus einen Prozess der Entdifferenzierung durchmachte, der erst in der Neuzeit – durchaus unter dem Einfluss älterer antiker Konzepte – wieder überwunden wurde.

STEFFEN ESDERS (Berlin) zeigte unter anderem an zwei Fallbeispielen (Eid des freizulassenden Sklaven; Kirchenasyl) strukturelle Kopplungen zwischen der Wirkungssphäre des römischen Rechts und dessen Wirkungsbereich einschränkenden Teilsystemen (Rechtsgewalt des *pater familias*, Kirchenhoheit) auf. So bewirkte der Eid des noch nicht freigelassenen (und damit nicht rechtsfähigen) Sklaven eine dauerhaft auch nach dessen Eintritt in die Sphäre des Rechts wirksame Bindung an den einstmaligen Herrn. Im Unterschied dazu benötigte der pagane *dominus*, der seinem ins Kirchenasyl geflohenen Sklaven die Rückkehr ermöglichen wollte, einen christlichen (also der Kirchenhoheit unterworfenen) Bürgen, der die Einhaltung der Straffreiheit für den Sklaven eidlich garantierte. Anders als im älteren Freilassungsrecht musste die eidliche Zusicherung auf Einhaltung der Vereinbarung also von einer schon dem zuständigen Rechtssystem unterworfenen Person geleistet werden.

In allen Vorträgen wurden spezifische Ressourcen des Austauschs in verschiedenen Teilsystemen beleuchtet. Gemeinsam war allen Beiträgen die Beobachtung, dass sich Teilsysteme antiker Gesellschaften mit dem Begriffsarsenal der Systemtheorie nicht eindeutig in die Kategorien vormodern/modern einordnen lassen, dass sie im Vergleich mit modernen Gesellschaften sowohl in manchen Aspekten einen hohen als auch in anderen einen geringen Grad an Ausdifferenzierung aufwiesen. Demgegenüber lenkte BARBARA STOLLBERG-RILINGER (Münster) in der Zusammenfassung den Blick auf das zentrale Anliegen der Sektion, die Frage der Anwendungsmöglich-

keiten der Systemtheorie für die Alte Geschichte zu thematisieren. Theorien wie die Systemtheorie ließen sich als Ressourcen der Wissenschaft(sgesellschaft) begreifen, deren Akzeptanz oder Ablehnung innerhalb der wissenschaftlichen *peer group* Gegenstand von Konflikten sei. Mag man auch ihrer gewollt provokanten These nicht zustimmen, wonach eine Theorie wie die luhmannsche vor allem von jenen *peers* abgelehnt werde, die den durchaus hohen Aufwand der Aneignung derselben scheuten, so zeigte die abschließende Diskussion um das Verhältnis von Aufwand und Ertrag einer Anwendung Luhmanns auf althistorische Themenfelder durchaus auf, dass der nur schwer allgemein zu bemessende Wert sozialwissenschaftlicher Theorien als Wissenschaftsressource nach wie vor Irritationspotential birgt. Dass eine hochkomplexe und daher mit besonderen Anwendungsproblemen behaftete (wie die Sektion eindrucksvoll belegte) Theorie wie die Systemtheorie hier jedoch ihrerseits eher einen Sonder- als den Regelfall darstellt, dürfte ebenso evident sein.

Um elektronische wie materielle Ressourcen der Forschung ging es schließlich bei der von CHARLOTTE SCHUBERT (Leipzig) geleiteten Sektion *eAQUA/Dissemination: Neue methodische Zugänge zu Begriffsgeschichte und Quellenkritik in den Altertumswissenschaften*. Hier wurde das multifunktionale Textminingsystem eAQUA², das in mehreren Projektphasen unter Förderung der DFG seit 2008 an der Universität Leipzig entwickelt wird, in Aufbau, Datenbasis und Funktionalität (MICHAELA RÜCKER, Leipzig) sowie anhand von Nutzungsbeispielen (CHARLOTTE SCHUBERT / ROXANA KATH, Leipzig) vorgestellt. In den einzelnen Präsentationen wie auch in den Plenumsdiskussionen zeigten sich einerseits die großen Möglichkeiten, die eAQUA für die Auswertung antiker Texte bietet, andererseits auch die methodischen Schwierigkeiten, die damit verbunden sein können. Dies sprach auch HARTMUT LEPPIN (Frankfurt am Main) in seinem Kommentar deutlich an. Während einerseits gewaltige Text-

²<http://www.eaqua.net/index.php> sowie <http://www.eaqua.net/~eaqua2012/> (29.11.2012).

mengen sehr rasch auf bestimmte Fragestellungen hin semantisch, lexikalisch usw. ausgewertet werden können, und während die ungenau erleichterte Zusammenschau ganz verschiedener (und gut nach diversen Kategorien wie Zeitstellung, Region etc. zu filternden) Textsorten ein äußerst nützliches Instrument darstellt, das durchaus auch neue Erkenntnisse befördern kann, wie Charlotte Schubert und Roxana Kath in ihren Fallbeispielen zeigten, so sollten dennoch die rasche Bearbeitung riesiger Textmengen, die mathematische Präzision des *textmining* und die automatisierte graphische Anschaulichkeit nicht zum Eindruck technischer Exaktheit oder unmittelbarer Aussagekraft der Ergebnisse führen – zu sehr hängen die zu erzielenden Ergebnisse von der präzisen Formulierung der Suchkriterien ab, aber auch von äußeren Faktoren wie der Quellen- oder Literaturgattung (Literatur vs. Inschrift vs. Bildquelle / Graffito vs. philosophischer Traktat vs. bukolische Dichtung etc.), der Überlieferungslage des untersuchten Materials (zum Beispiel weitgehender Ausfall der hellenistischen Literatur / Überlieferungsgeschichte) oder den von Dritten erstellten und ständig an den aktuellen Forschungsstand anzupassenden Metadaten (zum Beispiel Festlegung der *de facto* häufig unklaren Schaffensphase eines Autors). Die in der Diskussion angesprochenen Schwierigkeiten der Nutzung des Portals machten deutlich, dass ein derart ambitioniertes und komplexes System, dessen Potential als Forschungsressource zweifelsohne gewaltig ist, langfristig und auf der Grundlage breiter Praxiserfahrung fortzuentwickeln sein wird. Zugleich erfordert der Umgang mit dem Portal eine hohe Reflexion und Methodenkompetenz auf Seiten der Anwender, so dass eAQUA sich insbesondere als Forschungsressource als wertvoll erweisen, für einen Schnellzugriff (zum Beispiel in der Lehre) aber nur bedingt geeignet sein wird. Die Diskussion zeugte aber grundsätzlich von dem großen Interesse, auf das eAQUA stößt. Es ist dem Projekt zweifelsohne zu wünschen, dass es den dauerhaften Zugriff auf die technischen (Software, technischer *support*) und finanziellen Ressourcen (Drittmittel) zu seiner Fortentwicklung langfristig wird sichern können, was ange-

Thomas Blank, Philipp Altmeyen

sichts meist fünfjähriger Zyklen der Forschungsförderung sowie der schwer abschätzbaren, weil rasanten Fortentwicklung der technischen Grundlagen eine zusätzliche und beständige Herausforderung darstellt. Diesbezüglich ist Michaela Rücker fraglos zuzustimmen: Für derartige Großprojekte in den Altertumswissenschaften „sind fünf Jahre keine Nachhaltigkeit.“

In den Sektionen mit althistorischer Beteiligung spiegelte sich trotz der geringen Zahl der Beiträge die große Deutungsvielfalt wider, die das Rahmenthema des Historikertages „Ressourcen – Konflikte“ gestattete. Thematisiert wurden natürliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Ressourcen als Grundlagen des physischen und des akademischen Lebens ebenso wie deren jeweiliger sozialer Repräsentationswert; zudem spielte Kommunikation als soziale Ressource eine besondere Rolle. Sektionsübergreifend wurde insbesondere die Frage der Integriertheit (bzw. *embeddedness*) sozialer Teilsysteme in antiken Gesellschaften verhandelt. Zu bedauern ist die bereits erwähnte geringe Breite des althistorischen Programms, die dadurch anschaulich illustriert wird, dass die griechische Geschichte der gesamten archaischen und klassischen Zeit nur in einem einzigen Vortrag eine Rolle spielte. Demgegenüber steht der Umstand, dass neben den ausnahmslos stark frequentierten Fachsektionen auch die althistorischen Angebote des Rahmen- und Schülerprogramms sehr gut besucht waren. Dies zeugt durchaus von einem auch jenseits der Fachwissenschaft vorhandenen Interesse an althistorischen Forschungen und Fragestellungen. Auch vor diesem Hintergrund wäre zukünftigen Historikertagen zu wünschen, dass sich dieses Interesse im Sektionsangebot widerspiegelte.

Didaktik der Geschichte

von Simone Rauthé

Besprochene Sektionen:

„Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuchprojekte? Transkulturelle Sichtweisen in der europäischen Schulbuchdarstellung“

„Medialer Geschichtsunterricht: Innovation statt Beliebigkeit – Öffentlich-rechtliche Medien und Geschichte“

„Geschichte als Ressource des Menschseins in der Migrationsgesellschaft – und warum ein solches Ideal im Prozess des historischen Lernens unweigerlich Konflikte auslöst“

„Ressourcen von Geschichtslehrkräften – Ressourcen für den Geschichtsunterricht?“

Das Motto des Historikertags 2012 „Ressourcen-Konflikte“ erwies sich für die geschichtsdidaktischen Sektionen als äußerst segensreich. Es ermöglichte wichtige Spannungsfelder des derzeitigen Geschichtsunterrichts, das transkulturelle Geschichtslernen, die Leitmedien „Schulbuch“ und „Internet“ sowie das Fach „Geschichte unterrichten zu lernen“, sektionsübergreifend zu verbinden.

Insbesondere in der Sektion „Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuchprojekte?“ gelang es verschiedene Initiativen wie das organisch wachsende europäische Geschichtsportal HISTORIANA¹ (GEERT KESSELS, Den Haag, und SYLVIA SEMMET, Speyer), das deutsch-französische Geschichtsbuch (PIERRE MONNET, Frankfurt am Main, PETER GEISS, Berlin, und RAINER BENDICK, Osnabrück) sowie das deutsch-polnische Schulbuchprojekt (KARL HEINRICH POHL, Kiel, und ROBERT TRABA, Berlin) gleichzeitig zu präsentieren und zu problematisieren. Dazu verhalf auch die Außenperspektive von MARAT GIBATDINOV (Kazan),

¹<<http://www.historiana.eu>> (07.12.2012).

der positive und negative Stereotype der Tataren-Völker in deutschen und europäischen Schulbüchern aufdeckte.

Die Repräsentanten der beiden bilateralen Schulbücher betonten, die Projekte besäßen einen Wert für die historisch-politische Verständigung der jeweiligen Länder an sich, räumten aber auch Durchsetzungsschwierigkeiten in den Schulen ein. Herausragend war der Beitrag von PETER GEISS (Berlin), der in einem fiktiven Gespräch zwischen einem Deutschen und einem Franzosen den „Dialog der Unterrichtskulturen“ während der Schulbucherarbeitung karikierte. Dabei erregte die Charakterisierung der Deutschen „als Hohe Priester der Kompetenzorientierung“ Heiterkeit im Hörsaal. Später wieder ernster, schrieb Geiss der deutschen Geschichtsunterrichtskultur die Merkmale „Autonomie und Diskursivität“ und der französischen „Struktur und Verbindlichkeit“ zu und sah in dem vorliegenden deutsch-französischen Ansatz eine gelungene Synthese.

KARL HEINRICH POHL (Kiel) und ROBERT TRABA (Berlin) verwiesen neben den unterschiedlichen Unterrichtskulturen in Deutschland und Polen auch auf inhaltliche Schwierigkeiten. Die deutsch-polnische Geschichte sei noch heiß und Traba rekurrierte dabei auf die Deutung von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs. Er verwies zudem auf die Perspektive des Buchs: „Weltgeschichte durch die deutsche und polnische Brille“.

Leider wurde die kluge Leitfrage von SIMONE LÄSSIG (Braunschweig, Georg-Eckert-Institut) „Verständigung um welchen Preis?“ in der Abschlussdiskussion zu wenig aufgegriffen. Mit Rückbezug zu den jeweiligen Einführungen von ULRICH BONGERTMANN (Rostock) und ROLF WITTENBROCK (Saarbrücken) thematisierte sie die mögliche „Reduktion des Innovationspotentials bi- oder transnationaler Projekte durch die Vielzahl von Rahmungen“ durch die beteiligten Akteure, die jeweiligen curricularen Vorgaben und die Bedingungen der Schulbuchproduktion. Stattdessen verteidigte WALTRAUD SCHREIBER (Eichstätt) die Kompetenzorientierung, indem sie unter Bezug auf die europäische Geschichte forderte, die Lernenden müssten

das Konzept „Konflikt“ kennen. Ein Geschichtslehrer aus Hannover verlangte hingegen von Didaktikern „Inhalte zu verantworten und nicht auf den Tisch der schulischen Fachkonferenzen abzuwälzen“. In Verbindung dieser beiden Interessen hätten aus dem Fundus der vorgestellten bi- und transnationalen Projekte mehr konkrete Konflikte der europäischen Geschichte aufgezeigt werden müssen, anhand derer das Konzept „Konflikt“ im Geschichtsunterricht exemplarisch erarbeitet werden kann.

Die idealisierte Vorstellung der selbstständigen Arbeit von Schülerinnen und Schülern mit dem Internet bestimmte auch die Sektion „Medialer Geschichtsunterricht. Innovation statt Beliebbarkeit – öffentlich rechtliche Medien und Geschichte“. Die Sektion diente im Schwerpunkt der Vorstellung der Homepage des Geschichtslehrerverbands² (CHRISTIAN JUNG, Eberbach) und des im Internet oder als DVD verfügbaren, durch Unterrichtsmaterialien ergänzten Geschichtsfernsehens zweier Rundfunkanstalten.

NIKO LAMPRECHT (Wiesbaden) unterstrich zunächst die große Bedeutung der neuen Medien für den Geschichtsunterricht und wollte „Jugendliche dort abholen, wo sie stehen“. Auch STEFAN BRAUBURGER (Mainz), stellvertretender Leiter der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, betonte die Erwartungshaltung der Jugendlichen, im Geschichtsunterricht mit neuen Medien zu lernen. Er empfahl acht ZDF-Formate, darunter die 20-teilige Serie „Die Deutschen“³ und das Projekt „Gedächtnis der Nation“.⁴ ULRICH BROCHHAGEN (Leipzig) navigierte die Sektionsteilnehmer durch das beachtenswerte gemeinsame Internetprojekt „Eure Geschichte“⁵ (DDR-Geschichte) von MDR und Geschichtslehrerverband mit ausführlichen Lehrerinformationen. Er beabsichtigt die Schülerinnen und Schüler „zu sinnvollem Surfen anzustiften“.

²<<http://www.geschichtslehrerverband.de>> (07.12.2012).

³<<http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/web/ZDF.de/Die-Deutschen/22587150/22785462/bf4afb/Alle-20-Folgen-von-Die-Deutschen.html>> (07.12.2012).

⁴<<http://www.gedaechtnis-der-nation.de>> (07.12.2012).

⁵<<http://www.mdr.de/damals/eure-geschichte/index.html>> (07.12.2012).

Kritisch flankiert wurde die Vorstellung der Internetressourcen von RALPH ERBAR (Mainz, VGD), der das Potenzial von Geschichtsfernsehen in der Schule auslotete und dabei noch einmal auf den Konstruktcharakter von Geschichte, die Bedeutung des Films als Quelle und das Problem des Zeitzeugenfernsehens verwies und schließlich forderte, Filme im Geschichtsunterricht medienkritisch anzugehen. Ebenso wog VADIM OSWALT (Gießen) auf der Basis eines Modells, mit dem die „Geschichtskultur“, die „Historische Bildung“ und die „jugendliche Lebenswelt“ als interdependent charakterisiert wurden, „Möglichkeiten des web 2.0“ und „Lernfallen“ gegeneinander ab und riet den „kritisch-partizipativen Umgang“ mit neuen Medien zu stärken.

Da die Lernenden außerhalb des Geschichtsunterrichts weniger mit Quellensammlungen, umso mehr mit „fertiger“ Geschichtsdarstellung konfrontiert werden, sind Public-History-Produkte im Geschichtsunterricht unverzichtbar. Doch leider hat sich die Sektion an den eigentlichen Kern des Problems, wie man Geschichtsfernsehen dekonstruiert, nicht herangewagt. Wie sollen die Schülerinnen und Schüler beispielsweise beurteilen lernen, ob die Aufnahme Karls des Großen in die ZDF-Serie „Die Deutschen“ überhaupt gerechtfertigt ist und welche Absicht die Redaktion damit verfolgt?

In Zeiten, in denen öffentlich über Konventionen im Umgang mit digitalen Medien diskutiert und teils eine ‚digitale Diät‘ gefordert wird, muss der Einsatz des Internets im Geschichtsunterricht gut begründet sein. Geschichte kann nicht bloß ein Vehikel sein, um die Informationsentnahme aus dem Internet zu üben. Daher hätte die Sektion die Stärken der vorgestellten Formate hervorheben müssen: Sie bieten im Gegensatz zum Schulbuch audio-visuelle Quellen an, die in eine „digitale Erzählweise“ (Oswalt) eingebunden sind.

Der Titel der Sektion „Geschichte als Ressource des Menschseins in der Migrationsgesellschaft“ erinnert an die Forschungsperspektive der Historischen Anthropologie, die in den 1980er-Jahren auch von der Geschichtsdidaktik aufgegriffen wurde. Doch das „leitende Para-

digma“ der als zwei Round Tables (I. Grundlagen, II. Empirie) organisierten, interdisziplinär ausgerichteten Sektion war die „Diversität“ im Geschichtsunterricht: „Wer darf wann welche Geschichten erzählen?“, fragte MARTIN LÜCKE (Berlin) und betonte die Bedeutung der „Mikro-Narrative“. MICHELE BARRICELLI (Hannover) setzte die theoretische Rahmung der Sektion fort, indem er die Überwindung der Meistererzählung und des Eurozentrismus beschwor („Geschichte als postkoloniale Kulturwissenschaft“).

Dass die Psychologie und Pädagogik wichtige Bezugsdisziplinen geschichtsdidaktischer Überlegungen zum transkulturellen Lernen sind, bewies zuerst JÜRGEN STRAUB (Sozialtheorie und -psychologie, Bochum), der in seinem bemerkenswerten Diskussionsbeitrag auf Geschichten verwies, die Allen zu schaffen machen: Geschichten ausgeübter und erlittener Gewalt. Letztendlich gehe es beim transkulturellen Geschichtslernen um die Anerkennung von Verletzungen. WERNER HERZOG (Allgemeine und historische Pädagogik, Bern) hob mit seiner Leitfrage „Was konstituiert die Möglichkeit von Unterricht?“ die soziale Dynamik im Prozess des Geschichtsunterrichts hervor. Auf Basis empirischer Befunde postulierte er, die Prozessmerkmale des Unterrichts seien wichtiger als die Strukturmerkmale.

Neben vielen weiteren Diskussionsimpulsen wie dem „Schweizermachen“ und der Diskussion um den Einbürgerungstest im Kanton Aargau von BÉATRICE ZIEGLER (Aarau) könnte das noch ganz am Anfang stehende Forschungsvorhaben von CARLOS KÖLBL (Bayreuth), LENA DEUBLE und LISA KONRAD (beide Hannover) der empirischen Rekonstruktion von interkulturellem Lernen im Geschichtsunterricht mit einem eigens entwickelten Forschungsstil in Anlehnung an die *Grounded Theory* und die *Dokumentarische Methode* (Verfahren qualitativer Sozialforschung), weiterführend sein. Ob und inwiefern im Geschichtsunterricht überhaupt interkulturell gelernt, also eine Verhaltensänderung (Arbeitsbegriff Kölbl) herbeigeführt werden kann, bleibt nämlich weiterhin offen.

Die beiden an die Round Tables anschließenden Diskussionsrun-

den orientierten sich an dem in der Sektion vertretenen geschichtstheoretischen Zugriff und dem „Ernstfall“ im Klassenzimmer: Auf die Frage eines Osteuropahistorikers: „Wie deutsch ist Ihre Diskussion?“ räumten die Sektionsleiter den westlichen Ursprung des Diversity-Konzepts ein. In Reaktion auf LARS DEILE (Berlin), der über die Herausforderung des Konzepts für die akademische Lehrerbildung referierte, wurden die Begriffe „Ausländerpädagogik“, „Interkulturalität“ und „Transkulturalität“ reflektiert. In diesem Zusammenhang wies JOSEFINE PAUL (MdL, Düsseldorf), Sprecherin für Frauen- und „Queer“-politik für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, auf die Problematik der inhaltlichen Unbestimmtheit dieser und anderer Begriffe wie „Inklusion“ in der politischen Diskussion hin.

Leider konnten die zahlreich anwesenden Geschichtslehrer/innen und Fachleiter/innen aus der Sektion kaum konkrete Hinweise für die Gestaltung von Unterrichtsprozessen, in denen die Lernenden verschiedenster Herkunft ihre Geschichten einbringen und diese gegenseitig anerkennen, mitnehmen. So hätte auch diskutiert werden müssen, wie mit den Geschichtenerzähler/innen im Unterricht verfahren werden soll, die Diversität partout nicht zulassen möchten. Und zuletzt: Müssen die Lernenden nicht zunächst eine Meistererzählung als solche identifizieren können und sich ihrer westlichen Perspektive bewusst sein, bevor sie im Stande sind anders zu denken?

Mit der inhaltlich und forschungsstrategisch wichtigen Sektion „Ressourcen von Geschichtslehrkräften – Ressourcen für den Geschichtsunterricht“ konnten erste empirische Studien zu der fachwissenschaftlichen und -didaktischen Expertise von Geschichtslehrkräften und deren Selbstverständnis gebündelt werden. Endlich die Profession der Geschichtslehrer/innen in den Blick zu nehmen wird viel Anklang bei den Praktikern finden und verspricht zudem eine hohe Anschlussfähigkeit an die Forschung in den Bildungswissenschaften.

Ausgehend von den bekannten, immer noch nachdenklich stimmenden Befunden der Belastungen des Lehrerberufs von Uwe Schaar-schmidt (2004) auf arbeitspsychologischer Grundlage und der aktuel-

len Allensbach-Studie „Lehre(r) in Zeiten der Bildungs-panik“ (2012), definierte MANFRED SEIDENFUSS (Heidelberg) „das Unterrichten lernen“ als wichtigste Ressource der Geschichtslehrkräfte. Er regte an, den Prozess der Professionalität unter drei Forschungsperspektiven zu betrachten: „strukturtheoretisch, kompetenztheoretisch und berufsbiografisch“.

Die im ersten Teil der Sektion präsentierten empirischen Studien und ihre Befunde zeugten von den interessanten Facetten des innerhalb der Geschichtsdidaktik noch am Anfang stehenden Forschungsfelds: GEORG KANERT (Heidelberg) befasste sich mit der Wirksamkeit der Geschichtslehrerbildung auch im Zusammenhang mit dem vielfach diagnostizierten „Praxisschock“. MONIKA FENN (Potsdam) beabsichtigt mit ihrer Studie nachzuweisen, dass sich die von herkömmlichen frontal-instruktiven Unterrichtsmustern überzeugten Probanden und Probandinnen mit einem eigens konzipierten Seminar für ein offeneres, auf die Selbsttätigkeit von Schülerinnen und Schülern zielendes Unterrichtskonzept gewinnen lassen. MARKUS DAUMÜLLER (Heidelberg) fragte in seiner Studie, wie Geschichtslehrer ihre Berufsbiografie konstruieren. BJORN WANSINK (Utrecht) deckte auf, dass niederländische Sekundarschullehrer Geschichte zwar als Konstruktion auffassen, diese epistemologische Überzeugung aber nicht zur Grundlage des Geschichtsunterrichts machen.

MARKO DEMANTOWSKY (Basel) und DIRK URBACH (Bochum) gewährten im zweiten Teil der Sektion einen Einblick in die Erforschung der Fach- und Selbstkonzepte angehender und praktizierender Geschichtslehrerinnen und -lehrer im Ruhrgebiet. Einführend verwies DEMANTOWSKY auf die Notwendigkeit der „Grundlagenforschung ohne Anwendungsanspruch“ im Bereich der „Fachlichkeit“ von Geschichtslehrkräften und regte eine induktive, langfristige und vergleichende empirische Vorgehensweise an. Dabei erachtete er die Erforschung des „pedagogical content knowledge“⁶, eine Art pädagogisches Geschichtswissen der Kolleginnen und Kollegen, für zentral.

⁶Konzept des amerikanischen Psychologen Lee S. Shulman, 1986.

Auch THOMAS SANDKÜHLER (Berlin) rekonstruierte das Verhältnis von Fachwissen und fachdidaktischem Wissen bei 86 Berliner Studierenden des Master of Arts und Education.

Das anscheinend dringende Problem der mangelnden fachwissenschaftlichen Kenntnisse von jungen Geschichtslehrkräften und die Nutzung des Internets für die Unterrichtsvorbereitung wurden in den Diskussionen rege aufgegriffen: Ein Fachleiter bezweifelte die Selbsteinschätzung von jungen Lehrenden in der Studie von KANERT, die die Erarbeitung von Fachwissen bei weitem nicht auf Platz eins ihrer neuen Anforderungen sahen. Ein Lehrer wies auf die seit Jahrzehnten bestehende thematische Inkongruenz zwischen den Universitätsseminaren und den Anforderungen des Geschichtsunterrichts hin.

Den Prozess der Geschichtslehrer-Professionalisierung umfassend empirisch zu erforschen wird noch viel Anstrengung erfordern. Weiterführend wäre sicher auch zu fragen, welche Unterrichtsmaterialien Geschichtslehrerinnen und -lehrer verwenden und wie sie diese inhaltlich und didaktisch verstehen.

Die besonders guten Momente in den Sektionen waren die, in denen die vielen anwesenden Lehrenden und Fachleitenden für aktuelle geschichtsdidaktische Forschungsperspektiven interessiert werden konnten und sich ein konstruktives Gespräch ergab. Die Geschichtsdidaktik war gefragt und sie sollte mehr Antworten geben, jenseits von Rezepten.

eHumanities
von Thomas Meyer

Besprochene Sektionen:

„Datenbanken für die Mediävistik und die Renaissance in Forschung und Lehre“

„eAQUA/Dissemination: Neue methodische Zugänge zu Begriffsgeschichte und Quellenkritik in den Altertumswissenschaften“

„Geschichtswissenschaft digital in Deutschland und Frankreich: Tendenzen, Strategien, Beispiele“

„Informationsinfrastrukturen im Wandel: Zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Informationsverarbeitung in historischer Lehre und Forschung“

Der Historikertag ist im Zeitalter des Digitalen angekommen. Erstmals wurden in einem eigenen Themenbereich „eHumanities“ die Entwicklung digital gestützter Arbeitstechniken, Informationsangebote und Forschungsmethoden diskutiert, und mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Digitale Geschichtswissenschaft“ im Verband den digitalen Geschichtswissenschaften ein neues, stärkeres Gewicht gegeben. Die „digital immigrants“ des Fachs haben nunmehr einen pragmatischen Umgang mit Computer und Netz gefunden: Emails als alltägliches Kommunikationswerkzeug, das Schreiben im Digitalen, die Rezeption von Fachinformationsangeboten gehören zu den alltäglichen Dingen in Forschung und Lehre. Auch wenn die letzten „digital ignorants“, so unter anderem CHRISTOPH CORNELISSEN (Frankfurt am Main) im Panel zu Informationsinfrastrukturen, weiterhin hartnäckig am Forschen und Lehren ohne jegliche Zuhilfenahme digitaler Techniken festhalten.

Die „eHumanities“ als Forschungsrichtung, Thema oder gar neue Disziplin sind noch ein junges Feld. Hinter den „electronic Humanities“ verbergen sich ursprünglich allerdings die „enhanced Humanities“ bzw. analog die „enhanced Science“. Subsumieren lassen sich darunter Ansätze, die sich der Entwicklung und Anwendung von Infor-

mationstechnologien in den Geisteswissenschaften widmen. Verschiedene, teils programmatische Ansätze und Interpretamente beschreiben die zunehmende Virtualisierung wissenschaftlicher Arbeitsprozesse und ihre Unterstützung durch IT-Technologien, die Verlagerung von Arbeitstechniken und Fachinformationswelten in das Internet und deren zunehmende Vernetzung; teils auch mit der Intention, Rohdaten, Analyse sowie Ergebnisse möglichst kompakt in homogenen, virtuellen Umgebungen abzubilden. Ein Modell einer auf die Geschichtswissenschaften ausgerichteten eScience schließt beispielsweise Quellenbestände und Forschungsliteratur (Rohstoffe), Recherche-, Editions- und Textverarbeitungsfunktionen unter Berücksichtigung hypertextueller Verknüpfungen zwischen Quellen und Texten (Methoden) und daraus entstehende Publikationen (Produkte) ein. Ebenso finden „eScience“ und „eHumanities“ bei Fördermittelgebern ihren Niederschlag, wie einige der Förderprogramme von Deutscher Forschungsgemeinschaft und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zeigen.¹

Die Vorstellung unterschiedlicher Projekte, die sich den „eHumanities“ zuordnen lassen, versprach neben bekannten Projektvorstellungen klassischer Anwendungsfelder in Fachinformation und –kommunikation oder dem Elektronischen Publizieren neue Einblicke in die Nutzung der IT zur Schließung bisheriger Forschungslücken; Lücken, die mit der gängigen Hermeneutik nicht zu schließen seien, deren Erforschung sich insbesondere die „Digital Humanities“ als neues, eigenständiges Fach oder eben doch nur Set neuer geistes- und kulturwissenschaftlichen Methoden, mit starken Wurzeln in der Computerlinguistik, verschrieben haben.²

¹In Auswahl (weitere siehe Anm. 2): Heike Neuroth / Jannidis Fotis / Rapp Andrea / Lohmeier Felix, Virtuelle Forschungsumgebungen für e-Humanities. In: Bibliothek. Forschung und Praxis, 31 (2007) H.3, S. 272, <http://www.bibliothek-saur.de/preprint/2009/ar2581_neuroth.pdf>, (07.01.2013); Patrick Sahle, eScience History? In: Marie-Luise Heckmann / Jens Röhrkasten / Stuart Jenks (Hrsg.), Von Nowgorod bis London. Studien zu Handel, Wirtschaft und Gesellschaft im mittelalterlichen Europa; Festschrift für Stuart Jenks zum 60. Geburtstag, Göttingen 2008, S. 64; Bundesministerium für Bildung und Forschung, Geisteswissenschaften digital, 27.07.2012, <<http://www.bmbf.de/press/3319.php>>, (07.01.2012).

²Zu „Digital Humanities“ im Detail Peter Haber, Zeitgeschichte und Di-

Die Sektion „Geschichtswissenschaft digital in Deutschland und Frankreich: Tendenzen, Strategien, Beispiele“ sollte sich, so Sektionsleiterin GUDRUN GERSMANN (Paris), einer deutsch-französischen Bestandsaufnahme widmen und präsentierte ausgewählte Fachinformationsplattformen und -journale aus dem Umfeld des Deutschen Historischen Institut Paris und der Bayerischen Staatsbibliothek München sowie das französische Projekt opendition.org. Das durch MARIN DACOS (Marseille) vorgestellte Portal opendition.org veröffentlicht Zeitschriften, Blogs und Ankündigungen zahlreicher geisteswissenschaftlicher Disziplinen französischer Forschungseinrichtungen. Während in Deutschland, auch aufgrund der verschiedenen Förderprogramme, viele Parallelentwicklungen stattgefunden haben, existiert in Frankreich mit [opendition](http://opendition.org) ein zentrales Portal, das schnell Synergieeffekte für Betreiber und Nutzer zeigt: Eine Vielzahl von Zeitschriften greift auf erprobte Publikationsstrukturen zurück, für Herausgeber und Autoren stehen Publikationstools unmittelbar zur Verfügung. Gleichwohl zeugen die zwei präsentierten Open-Access-Zeitschriftenprojekte, die am DHI Paris publizierte *Francia* sowie die jüngere Zeitschrift *Trivium*, welche ausschließlich andernorts veröffentlichte Texte in deutsch-französischer Übersetzung bietet, vom Erfolg deutscher Open-Access-Publikationen, trotz weiterhin offener Fragen zu Finanzierung und Rechtslage. Die deutschsprachige Blogplattform de.hypotheses.org, die durch MAREIKE KÖNIG (Paris) aufgebaut und im Panel vorgestellt wurde, bietet in mehr als vierzig Blogs aktuelle Informationen und Berichte aus Dissertationsprojekten. Mit dieser Form des Elektronischen Publizierens können, so König, neue Formen des Berichtens über Projektverläufe und zugleich neue Publikationskulturen entwickelt werden. Die frühzeitige Themensetzung durch kurze Veröffentlichungen in Blogs, sowie deren Zitationsfähigkeit durch die Vergabe von ISBN-Nummern böten neue Chancen, sich

igital Humanities, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 24.9.2012, URL: https://docupedia.de/zg/Digital_Humanities?oldid=84594. Projekte und weitere Informationen auch im Blog „Digital Humanities im deutschsprachigen Raum“ unter <http://dhd-blog.org/> (07.01.2013).

vor Plagiaten zu schützen.

Im zweiten Teil der Sektion wurden weitere Projekte präsentiert, die sich „sozialer Medien“ wie twitter, blogs und facebook bedienen. Diese werden, so Mareike König, derzeit von nur circa acht Prozent der Wissenschaftler in Deutschland genutzt. Damit stellt sich die Frage, ob in der Wissenschaft mit einem Wandel zur stärkeren Nutzung sozialer Medien zu rechnen ist. Das Resümee von GEORGIOS CHATZOUDIS (Köln) über die Entwicklung des LISA-Portals der Gerda-Henkel-Stiftung zeigte, dass insbesondere Nachwuchswissenschaftler/innen sich der Nutzung gemeinsamer Arbeitsplattformen im Netz, Blogs oder auch audiovisuellen Darstellungsformaten sehr offen gegenüber zeigen. Die schnell erlangte Popularität des Portals liegt sicherlich auch in der von vornherein intendierten Offenheit des Portals gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit, gestützt durch multimediale Darstellungsformate wie Video-interviews oder Live-Blogs; wie weit hier die „digital born“ - Generation noch weiteres „Wachstum“ generiert, scheint offen. Die seitens Mareike König konstatierte Ent-Hierarchisierung und Selbstreflexion durch blogs wird sicherlich die weitere Entwicklung prägen; neu ist dies allerdings nicht, da dieser Prozess mit dem Einzug von Email und World Wide Web und deren Möglichkeiten des selbstständigen Publizierens in Wissenschaft und Öffentlichkeit schon Mitte der 1990er-Jahre in Gang gesetzt wurde. Für Projekte können blogs in der Tat ein hervorragendes Dokumentationswerkzeug darstellen, da sie Strukturierungs- und Darstellungsmöglichkeiten bieten, die den üblichen Schreib- und Lesegewohnheiten entsprechen. Die aus dem Auditorium angesprochene Gefahr, dass spontane Äußerungen dauerhaft im Netz verfügbar sein könnten, besteht nur auf den ersten Blick: Grundsätzlich sollte genau überlegt werden, was öffentlich gemacht werden soll/will. Fragen der Medien- und Informationskompetenzen berührten eben nicht nur Bewertungs-, sondern auch Entscheidungskompetenzen, die Schülern und Studenten für einen kritischen Umgang mit dem Netz zu vermitteln sind. Ein Thema, welches in allen Panels diskutiert wurde.

Dass die Verfügbarkeit digitaler Medien allein nicht Grundvoraussetzung neuer Fragestellungen ist, betonte JÜRGEN DANYEL (Potsdam) in seinem abschließenden Beitrag des Panels; da wir uns mittlerweile tief im Medienumbruch durch das Internet befinden, sei es an der Zeit, sich von der Beschäftigung mit den Besonderheiten und Neuartigkeiten digitaler Projekte zu verabschieden und stattdessen stärker in den Dialog mit dem Fach zu treten. Projektvorstellungen seien den Projektmacher/innen in der Tat im Erfahrungsaustausch usw. hilfreich, im Fach müssten aber endlich Anforderungen, Wünsche und Impulse an neue digitale Werkzeuge abgeholt werden. Dabei sei die Nutzung kollaborativer Werkzeuge nicht zwingend notwendig, analoge und digitale Welt könnten nebeneinander auch in hybriden Formen existieren. Ähnliche Resümeees waren später in der Sektion zu den Infrastrukturen zu hören. Dieser Offenheit lässt sich der in der Abschlussdiskussion geäußerte Hinweis Mareike Königs hinzufügen, dass die „digital natives“ eher ein Mythos und nicht allein Garant sind, dass zukünftig alles nur noch digital verhandelt und produziert werde. Eher stehe die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz als zentrales Thema auf der Agenda. Im Vergleich der deutsch-französischen Projekte zeigte sich außerdem, dass sich Anwendungskulturen und Nutzungsszenarien digitaler Technologien nicht einfach übertragen lassen (werden).

Näher am Kern der „eHumanities“ – der direkten Forschungsunterstützung durch digitale Technologien – befand sich das Panel „eAQUA/Dissemination: Neue methodische Zugänge zu Begriffsgeschichte und Quellenkritik in den Altertumswissenschaften“³, in dem der Zwischenstand durch dessen Projektleiterin CHARLOTTE SCHUBERT (Leipzig) reflektiert wurde. In eAqua werden Methoden des Text-Minings angewendet, um aus digitalisierten Text-Korpora (unter anderem Perseus-Texte, Griechische Literatur aus dem Thesaurus Linguae Graecae) semantische Relationen zu erschließen. Mit dem Ver-

³Das Projekt eAqua ist mittlerweile abgeschlossen, die Forschungsvorhaben werden im Rahmen des Projekts eXchange – eXploring Concept Change and Transfer in Antiquity durchgeführt.

gleich von Originalen und Übersetzungen in sogenannten Wortwolken (Tag-Clouds), mit Verfahren des Topic Trackings, dem Kategorisieren und Bilden von Clustern sowie Concept-Linking lassen sich neue Zusammenhänge erschließen: Die Paraphrasierung und Zitation antiker Autoren und Texte kann darüber nachverfolgt, Versatzstücke aufgespürt und Referenzen ermittelt werden. Dass sich die Altertumswissenschaften aufgrund der Andersartigkeit ihrer Textgrundlage in besonderem Maße auf derartige Ansätze stützen können, betonte MICHAELA RÜCKER (Leipzig): durch eine starke Prägung von der Art der Überlieferung, einerseits durch ihren fragmentarischen Zustand charakterisiert, andererseits durch extrem viele überlieferungs- und traditions-geschichtliche Veränderungen geprägt. In den Bereichen, in denen Texte nur fragmentarisch (hier zum Beispiel Fragmente der Vorsokratiker, Fragmente der Griechischen Historiker) und unvollständig erhalten sind (Inschriften, Papyri), stoßen herkömmliche Interpretationsmethoden an ihre Grenzen. Hier findet der Einsatz von IT-Technologien zur Ermittlung von Relationen und Zusammenhängen eine forschungsbezogene Anwendung. Allerdings, so Rücker mehrfach, entstünden hier keine neuen methodischen Ansätze, sondern führten vielmehr etablierte Technologien in Verbindung mit vorhandenen disziplinären Methoden in den Altertumswissenschaften zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Weitere Ansätze, wie zum Beispiel die der Mental Maps, stellte ROXANNA KATH (Leipzig) vor: Im Teilprojekt Mental Maps wurde die Wirkung antiker Autoren auf die Weltansicht des Mittelalters und der Frühen Neuzeit systematisch untersucht. Ausgehend von der Hypothese, dass sich Versatzstücke antiken Wissens mit erstaunlicher Beständigkeit in zahlreichen Texten dieser Epochen finden, beispielsweise in den Reiseberichten der ersten Amerikareisenden, wurden Texte auf Zitate und Paraphrasen antiker Autoren analysiert und eine geeignete Visualisierung entwickelt, die es auch für größere Datenmengen erlaubt, interaktiv und visuell unterstützt den Transfer und Wandel von Konzepten (concept change) in Raum und Zeit zu untersuchen.

Mit den neuen Verfahren, so das Fazit der Referentinnen, sei vor allem die Materialaufnahme erleichtert worden, ein schnelleres und effizienteres Arbeiten mit Text möglich, ebenso werden Zusammenhänge leichter erkennbar. Zukünftig werde der Fokus auf der Übertragung der so gewonnenen Herangehensweisen auf weitere geisteswissenschaftliche Forschungen liegen. So werden derzeit im Rahmen des Projekts CLARIN-D Codierungsfragen, Standardisierungen und die Nachhaltigkeit von Projekten wie eAqua behandelt.

Das Panel „Datenbanken für die Mediävistik und die Renaissance in Forschung und Lehre“ präsentierte Kooperationsprojekte des DHI Rom. In seinem einleitenden Vortrag setzte MICHAEL MATTHEUS (Rom) den Fokus unter anderem auf Standardisierung, Erschließung und Anreicherung von Metadaten zu digitalen Objekten sowie die Verfügbarkeit von Zitationsmöglichkeiten. Diese sind notwendige Voraussetzung für die Anschlussfähigkeit digitaler Dokumente und Datensammlungen an andere Ressourcen und damit deren Vernetzung. Neue Möglichkeiten der Mittelalterforschung durch übergreifende Auswertung unterschiedlicher Datensammlungen standen somit im Mittelpunkt des Panels. Seit 2003 werden unter anderem digitale Repertorien entwickelt, einige davon auf dem Datenbankportal D.E.N.Q. zusammengeführt, die statistische Auswertungsmöglichkeiten und Suchen über Ähnlichkeitsalgorithmen bieten. Über GIS-Systeme werden Visualisierungen von Zusammenhängen hergestellt, mithin ein Feature, das mittels der dynamischen Veränderung der Karten die Fixierung der Darstellung bestimmter Zeiträume und Orte aufheben kann. Wie weit dies auch zur Veränderung der Wahrnehmung von Zusammenhängen beiträgt, ist offen.⁴ Neben der Bereitstellung von Quellenkorpora und ihrer Vernetzung stand bei der Entwicklung der

⁴In der Historischen Geographie beispielsweise ist das Erkenntnispotential durch die Nutzung von GIS selbst umstritten. So . z.B. Axel Posluschny, Erkenntnisse auf Knopfdruck? GIS und PC in der Kulturlandschaftsforschung. Grundsätzliche Überlegungen. In: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 289-312, <<http://www.kulturlandschaft.org/Downloads.htm>> bzw.< <http://www.kulturlandschaft.org/Downloads-Dateien/SF24-2006.pdf>> (07.01.2013).

Repertorien die Vermeidung von Insellösungen bei der Entwicklung und Implementierung von Datenbasis und Werkzeugen im Mittelpunkt.

Wie weit bisherige Forschungshypothesen mit Hilfe von Datenauswertungen untermauert werden können, zeigte unter anderem RAINER C. SCHWINGES (Bern) in seiner Vorstellung des Repertorium Academicum Germanicum. Darin können über Personen- und Publikationsnormdaten Verweise auf weiterführende Materialien angebracht werden. Die Recherche über diese Verweise dürfte sich allerdings auf den über die Normdaten erschlossenen Informationsraum beschränken. Ein Beispiel aus der Forschung präsentierte Schwinges mit der Produktion von Quellen durch Auseinandersetzungen auf dem römischen Pfründenmarkt, die im Projekt nun erstmals in den Datenbanken erschlossen werden und über die sich Prestige sowie sozialer und wirtschaftlicher Aufstieg und die Erlangung von Pfründen nachvollziehen ließen. Von Synergieeffekten der Datenbanken für die Ordensgeschichte berichtete anschließend ANDREAS REHBERG (Rom): Über den Abgleich von Datenbanken zur Klosterflucht konnten komplementäre Quellen zusammengeführt werden, die neue Einsichten auf Studienorte und die Rekonstruktion von Biografien und explosionsartig zunehmender Studienreisen geben. Aus dem Auditorium wurde daraufhin eingebracht, dass hiermit hinsichtlich der Erschließung zwar ein Quantensprung erfolgt sei, zugleich aber gebe es weiterhin Lücken in der Ortserschließung.

Mittels welcher Attributierung und Schnittstellen die Zusammenarbeit von Datenbanken im Verbund möglich wurde, stellten SUSE ANDRESEN (Bern), CHRISTIAN POPP (Göttingen) und JÖRG HÖRNSCHEMEYER (Rom) vor. Neben der Nutzung von Normdaten konnten durch spezielle Markierungen der Daten, so zum Beispiel der Bestimmung von Relationen zwischen Personen durch unterschiedliche Relationstypen – „fraglich“, „wahrscheinlich“, „sicher“ – das Auffinden von Verbindungen zwischen Quellen über eine Metasuche mittels Edit-Distance-Algorithmus verbessert werden. Die Herstellung

der Relationen erfolgte manuell, was in der anschließenden Diskussion mittelbar zur Frage führte, wie man für umfangreiche Datenbestände eine derartige Attributierung sicherstellen könne; die vorgeschlagene Nutzerbeteiligung bietet einen Ansatz, auch wenn diese redaktionell betreut werden muss. Durch das modulare Vorgehen für bestimmte Zeiten und Räume ist ein sequentielles Erschließen möglich, auch wenn es, so Michael Mattheus, die Gefahr birgt, Erschließungen aufgrund abgeschlossener Forschungsfragen abubrechen. Aus heutiger Perspektive sei jedoch nicht absehbar, wie zukünftig die Daten verwendet werden könnten. Das wechselseitige Vorgehen – Forschungsfrage-Datenerschließung sei sinnvoll, da man so unmittelbar auf Forschungsfragen reagieren könne.

Voraussetzung für derartige kollaborative Ansätze ist es, dass bereits in der Lehre entsprechende Bewertungs- und Nutzungskompetenzen bei zukünftigen Wissenschaftlern geschaffen werden. Entsprechende Seminarkonzepte im Rahmen des Projektes wurden durch BÄRBEL KRÖGER und CHRISTIAN POPP (beide Göttingen) vorgestellt. Diskutiert wurde die Frage, wie weit es zukünftig für Historiker/innen notwendig werde, tiefgreifende IT-Kompetenzen zu erwerben, um mit Datenbanken eigene Forschungsmethoden zu erweitern, oder ob nicht vielmehr die Spezialisierung von IT-Fachleuten auf geisteswissenschaftliche Methoden bzw. Forschungen sinnvoller ist. Schließlich ist die Auseinandersetzung mit der Technik nicht nur ein zeitintensives Unterfangen, sondern erfordert detaillierte IT-Kenntnisse. Die jüngst entstandenen Studiengänge für Experten an der Schnittstelle zwischen Informatik und Geschichtswissenschaften, die sowohl die Möglichkeiten der IT bewerten und umsetzen, als auch die fachwissenschaftlichen Anforderungen implementieren können, erscheint an dieser Stelle erfolgversprechend.

Mehr oder minder als Schlussakkord bot das Panel „Informationsinfrastrukturen im Wandel: Zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Informationsverarbeitung in historischer Lehre und Forschung“ einen historisierenden Blick auf Aspekte von Informationsver-

arbeitung und Informationsinfrastrukturen, wenngleich diese beiden Begriffe anachronistisch sind, so ARNDT BRENDECKE (München). Mehr noch weist unser heutiger Informationsbegriff Lücken auf und impliziert heute ein Verständnis von Information als Ergebnis eines geregelten Verfahrens. Dabei wurde erst mit der Verschriftlichung von Dokumentation Verfügbarkeit bzw. Unverfügbarkeit von Information erzeugt, wie Brendecke am Beispiel von Geschichtstabellen für die Popularisierung neuer Darstellungsformen und Schaffung vermeintlicher Faktizität zeigte. Über weitere Ursprünge und den Wandel von Informationsinfrastrukturen sprach JAKOB VOGEL (Paris) und verwies auf Anleihen in den Verfahren der Naturwissenschaften sowie Ursprünge der Geschichtsschreibung auf Seiten von Ingenieuren oder Medizinern. Mit deren „Informationsverarbeitung“ einher gingen Standardisierung und Vereinheitlichung, explizit vor dem Hintergrund der Entwicklung von Archiven, Bibliotheken und Museen bzw. der Systematisierung und Klassifikation von Wissen und Schaffung von Publikationsorganen; ein Prozess, der teils zur Vereinheitlichung der Wissensverarbeitung geführt habe. Vogel zufolge sei dieser Wandel aber weniger als Revolution zu deuten, eher als Bürokratisierung im Kontext kameralistischer Verwaltung.

Stärker in Bezug zur noch folgenden Podiumsdiskussion um heutige Informationsinfrastrukturen setzte CHRISTOPH CORNELISSEN (Frankfurt am Main) den Akzent seiner Überlegungen auf die Frage, welche Rolle einerseits „digital natives“, „digital immigrants“ oder gar die „digital ignorants“ heute bei der Ausgestaltung IT-gestützter Forschung und Lehre spielen. Ähnlich Jürgen Danyel konstatierte Cornelissen, das nach einer Phase vollmundiger Ankündigungen über die Potentiale der IT-Anwendung heute Ernüchterung eingetreten sei. Gleichsam veränderten sich natürlich Forschung und Lehre vor diesem Hintergrund. Die grundlegenden Arbeitstechniken wie Literaturrecherche und -bereitstellung sowie die Fachkommunikation werden weiterhin im Mittelpunkt stehen. Damit werde auch die Themenfindung computergeleitet bleiben, sich weiter internationalisieren und

durch Bestände im Netz angeregt werden. Nur würden Forschungsfragen weiterhin primär – im Widerspruch zum Paradigma der Digital Humanities – weiter so behandelt werden, wie heute.

Die abschließende Podiumsdiskussion verschiedener Akteure der Fachinformation und -kommunikation (Archive, Online-Forum, Verlag, Fördermittelgeber) versuchte deren Erfahrungen und jeweilige Perspektiven zu reflektieren. Allen gemeinsam war die Feststellung, dass Beschleunigung, Entgrenzung, Internationalisierung und Interdisziplinarität übergreifend den Wandel von Informationsinfrastrukturen geprägt haben und dies weiter tun werden, sich ebenso neue, medienbezogene Forschungsansätze realisieren ließen (wie zum Beispiel die Visual History oder das auf dem Historikertag umfangreich präsente Thema „sound“) und mediale Visualisierungsformen zu neuen Fragen an das Forschungsmaterial anregen. Die Diskussion zu Fragen des Auditoriums über mögliche Perspektiven blieb allerdings auf schemenhafte Statements zur weiteren Zusammenarbeit und Vernetzung digitaler Angebote beschränkt. Verschiedene Fragen des Auditoriums kreisten zudem um die Problematik, wie man Technologieentwicklung und Entwicklungen im Fach in Einklang bringen könne, wie die notwendige Verschränkung von Datenaufbereitung (Formate, Metadaten) und -verwendung (Forschungsmethoden) zu erreichen sei oder wie Daten heute aufzubereiten seien, um sie in dreißig Jahren noch verarbeiten zu können. Die Internationalisierung durch bilaterale Fördervorhaben, als auch die Übertragung von Publikationsstrategien aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften auf die Geisteswissenschaften sind Punkte, die heute im Fokus vieler Projekte stehen. Nicht zuletzt natürlich die Frage, wie weit auf der Technologieebene das Rad neu erfunden werden müsse, teils mit Unterstützung durch Fördermittelgeber, bzw. wie weit man die Entwicklung von Werkzeugen für die Forschung zusammenführen könne. In diesem Punkt boten bereits die vorangegangenen Panel Ausblicke auf die Grenzen und Potentiale von „Insellösungen“: Der Einsatz von Basistechnologien (so zum Beispiel der Suchsoftware SOLR in fast allen vorgestellten Projekten)

ließe sich als mögliches gemeinsames Arbeitsfeld konstatieren. Mit Blick auf die verschiedenen Projekte zeigte sich aber auch, dass heterogene Lösungen teils auch ihre Daseinsberechtigung haben, solange Werkzeuge nicht in der Lage sind, Daten bzw. Dokumente generisch zu erschließen und zu analysieren.

Rückblickend lässt sich konstatieren, dass Altertumswissenschaften und Mittelalterforschung überzeugend die digitalen Hilfsmittel in Verbindung mit wissenschaftlichen Methoden anwenden, allerdings mit unmittelbarer Nähe zur Linguistik. Zugleich stehen Projekte im Umfeld des elektronischen Publizierens und der Fachinformation und -kommunikation und Quellen(retro)digitalisierung weiterhin im Fokus, da sie leicht mit den Kommunikationsformen und -werkzeugen im Internet experimentieren können. Da sie letztlich die Voraussetzung für weitergehende Forschungen am Material und deren Reflektion sind, wird diese Schwerpunktsetzung von Dauer sein. Verfahren des Information Retrieval, der qualitativen Textanalyse, quantifizierende Methoden sind so neu nicht, erfahren derzeit nur eine Renaissance, da heutige Speicher- und Rechenkapazitäten die Verarbeitung weitaus größerer Textmengen zulassen, als vor vierzig oder fünfzig Jahren; was wiederum die vielfach diskutierte These stützt, dass in den „Digital Humanities“ nicht ein neues Fach erkennbar wird, sondern Anleihen geistes- und kulturwissenschaftlicher Methoden getätigt werden.⁵ Leider nur am Rand debattiert wurden Fragen einer zukünftigen Quellenkritik, wie mit der Produktion genuin digitaler Quellen deren Archivierung und Bestandsbildung ausfällt, wie diese neuen Formen zukünftig rezipiert werden können und welcher Spezialisten es zu ihrer Archivierung und Aufbereitung bedarf. Die „analogue born“-Generation jedenfalls erfährt den Medienumbruch längst nicht mehr als völlig radikalen Bruch, sondern praktiziert ihn im Alltag.

⁵siehe Anm. 2.

Mittelalter von Kathrin Steinhauer

Besprochene Sektionen:

„Copy&Waste. Selektive Rezeption mittelalterlicher Geschichte als Erinnerungsproblem“

„Ressourcen-Konflikte-Regeln: Die Verteilung von Amt, Würde und Einfluss im Zeichen der Geldwirtschaft im westlichen Mittelalter und im Byzantinischen Reich“

„Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich“

Das Motto des 49. Historikertags „Ressourcen – Konflikte“ griff ein Thema von geradezu aktueller Brisanz auf – bedenkt man, dass finanzielle und auch personelle Ressourcenverknappung gerade im Hochschulbereich und akademischen Betrieben weiter zunimmt. Den einzelnen Sektionen wurde dadurch einerseits Anlass zu vielfältigen Diskussionen, andererseits jedoch auch die Möglichkeit recht flexibler Auslegung der thematischen Schwerpunkte geboten. Dementsprechend war die Themenvielfalt in einigen Sektionen erst auf einen zweiten Blick mit dem Oberthema zu verbinden. Eine Gemeinsamkeit lässt sich jedoch auch hier feststellen: Das Problem der Ressourcenknappheit spielte in allen hier behandelten Sektionen eine zentrale Rolle.¹ Angesichts der Bandbreite an möglichen Interpretationen des Mottos und der damit einhergehenden Beliebtheit der thematischen Schwerpunkte reichte Verknappung dabei von materiellen Mängeln bis hin zu ideeller Knappheit im Sinne von bewusst selektierter Memoria und inszenierten Geschichtsbildern. Dies wurde besonders in den beiden Sektionen unter Leitung von GERALD SCHWEDLER (Zürich) und

¹Der Bericht beschränkt sich auf drei Sektionen, die aufgrund der einleitend benannten thematischen Schwerpunkte ausgewählt wurden; die Teilnahme an weiteren der insgesamt sechs mediävistischen Sektionen wäre auch durch terminliche Überschneidungen erschwert worden.

KAI-MICHAEL SPRENGER (Rom) sowie MATTHIAS M. TISCHLER (Dresden) deutlich. Auffallend war zudem, dass die verschiedenen Sektionen thematisch wie methodisch sehr heterogen waren und sich einzelne durch teilweise hohe Interdisziplinarität auswiesen. Besonders die Sektion „Verbotene Passagen“, die sich mit einem in der Forschung immer aktueller werdenden Thema – der Auseinandersetzung mit der islamischen Welt – befasste, demonstrierte die Wichtigkeit philosophischer und auch religionsgeschichtlicher Grundlagen für eine adäquate Auseinandersetzung mit „fremden Welten“. Dies wurde sowohl durch die Beiträge des Islamwissenschaftlers STEPHAN CONERMANN (Bonn) als auch des Religionswissenschaftlers GÖRGE HASSELHOFF (Bochum) verdeutlicht. Auch ist festzustellen, dass sich der in den letzten Jahren etablierte „Konjunkturtrend“ des Spätmittelalters nur bedingt auf den diesjährigen Historikertag übertragen ließ. Während sich dieser zeitliche Schwerpunkt besonders in der dritten Sektion „Ressourcen-Konflikte-Regeln: Die Verteilung von Amt, Würde und Einfluss im Zeichen der Geldwirtschaft im westlichen Mittelalter und im Byzantinischen Reich“ zeigte und hier etwa auch der Bogen zur frühen Neuzeit geschlagen wurde, wiesen die übrigen besuchten Sektionen eine Bandbreite auf, die das gesamte Mittelalter umfasste. Eine Konzentration auf das frühe und hohe Mittelalter lässt sich verständlicherweise für die Sektion „Verbotene Passagen“ nachweisen, fand doch gerade in den benannten Epochen, mit Höhepunkten während der Kreuzzüge, ein reger Austausch zwischen Okzident und Orient statt. Formen der „Damnatio memoriae“, der gerade die jüngere Forschung zunehmende Aufmerksamkeit widmet, wurden in der Sektion „Copy&Waste“ thematisiert, indem der Bogen von der Antike bis hin zur frühen Neuzeit geschlagen wurde. Ein deutliches Zeichen dafür, dass gerade das gesamte Mittelalter eine Epoche darstellt, die über enge disziplinäre Grenzen hinweg deutliches Potential intensivierten Austauschs mit anderen Forschungsfeldern aufzeigt. Insgesamt lässt sich für den Historikertag jedoch feststellen, dass das Mittelalter – gegenüber der Neuzeit – erneut nur mäßig vertreten war:

Die neuere Geschichte und Zeitgeschichte konnten mit insgesamt 28 Sektionen glänzen, den mediävistisch Interessierten boten sich sechs Panels – immerhin, war doch die Antike mit nur zwei Sektionen vertreten. Eine frühneuzeitliche bzw. neuzeitliche Konzentration lässt sich auch, mit einigen wenigen Ausnahmen, beim Doktorandenforum feststellen.

Mit einer kulturellen Ressource, der selektiven Erinnerung, setzte sich die etwas inkohärent wirkende Sektion „Copy&Waste. Selektive Rezeption mittelalterlicher Geschichte als Erinnerungsproblem“ auseinander. Ihre Leiter GERALD SCHWEDLER (Zürich) und KAI-MICHAEL SPRENGER (Rom) sind Mitbegründer des am Historischen Seminar der Universität Zürich angesiedelten Arbeitskreises „Damnatio memoriae. Deformation und Gegenkonstruktion von Erinnerung in Geschichte, Kunst und Literatur“², der sich mit der gezielten Erinnerungsvernichtung befasst. Wie einleitend dargelegt trat dieses Phänomen nicht nur im Kontext historischer Einschnitte auf, sondern in allen Epochen der Geschichtswissenschaft. Die fünf Vorträge dieser Sektion griffen ihrerseits das Problem einer bewussten Tilgung bzw. Deformation der Erinnerungsstruktur und der damit einhergehenden Instrumentalisierung von Geschichtsbildern auf: MISCHA MEIER (Tübingen) verdeutlichte anhand des oströmischen bzw. byzantinischen Kaisers Phokas (602-610), wie durch eine Verformung der größtenteils unter dessen Nachfolger entstandenen Quellen mittels bewusster Akzentuierung despotischer Charakterzüge und Amtshandlungen ein bis in die jüngste Vergangenheit reichendes negatives Geschichtsbild entstand; selbiges erfährt erst in der neueren Forschung eine „Revindikation“. GERALD SCHWEDLER (Zürich) stellte anhand methodischer Überlegungen zur Erinnerungstilgung durch die Institution des Papsttums heraus, dass mediävistische Rezeptionsgeschichte bereits im Mittelalter selbst begann. Hinter dem Titel „‘Anti-Päpste’. Zum Umgang mit belastender Geschichte“ verbargen sich indes nicht eigentliche

²Weitere Informationen zu dem Arbeitskreis unter: <<http://www.damnatio-memoriae.net/ziele-aims.html>> (23.11.2012).

Gegenpäpste im Kontext von „antipapa“ oder „pseudopapa“³, der einen „ungerechtfertigten Amtsanspruch“ impliziere. Vielmehr war der – terminologisch irritierende – Aufhänger als Äquivalent zu Chamberlin’s ‚Bad popes‘⁴ gedacht, also zur Kennzeichnung rechtmäßiger, aber wegen mangelhafter Amtsausübung unliebsamer Päpste (wie etwa Bonifaz VIII. oder Alexander VI.). Ihr langfristiges Gefährdungspotential für die „kirchliche Ordnung“ habe die „nur vorübergehende“ Infragestellung durch mittelalterliche Gegenpäpste sogar übertroffen – obwohl deren funktionale Namensstreichung oder Überschreibung in den Papstlisten (wie zuletzt noch 1958 durch Angelo Roncalli als Johannes XXIII.) als typische Ressource einer „damnatio memoriae“ aufzufassen sind, eben als „Copy&Waste“. OLAF B. RADER (Berlin) analysierte demgegenüber mit seinem etwas ‚profaner‘ gearteten Beitrag „Friedrich II. und die Frauen“, wie ein negatives oder etwa auch positives Bild einer historischen Person überhaupt erst entstehen kann. In Zeiten der Boulevardpresse sind wir, so Rader, an eine Zurschaustellung bekannter Persönlichkeiten gewöhnt. Im Mittelalter wurde dies durch die Verwendung stilisierter Bilder erreicht, wodurch sich latent eine gewisse Vorstellung einer Persönlichkeit durch dessen Abbildung manifestiere. Die Erinnerung als Ressource werde dadurch zu einer verzerrten Wirklichkeit. Gleich eine gesamte, zudem neuzeitliche Epoche untersuchte hingegen PATRICIA HERTEL (Basel) auf ihre selektive Erinnerung, indem sie herausstellte, wie das 19. und 20. Jahrhundert „muslimisches Mittelalter und nationale Identität auf der iberischen Halbinsel“ unter dem Aspekt der ‚Reconquista‘ und ‚Convivencia‘ behandelte. Dabei wurde deutlich, dass sich geradezu ein politischer Mythos des Begriffs ‚Reconquista‘ als prominentes Konzept etablierte, das jegliche Pluralität des Mittelalters ausblendete

³Zu Schismaphasen vgl. den aktuellen Tagungsband: Harald Müller / Brigitte Hotz (Hrsg.), Gegenpäpste. Ein unerwünschtes mittelalterliches Phänomen, Wien 2012 und die Erstresonanz in der Süddeutschen Zeitung Nr. 233 (9.10.2012), S. V3/15.

⁴Erstauflage: Eric Russell Chamberlin, The bad popes, New York 1969, vgl. auch die kritische Rezension der deutschen Übersetzung in Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 29 (1973):<http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PPN=PPN345858735_0029&DMDID=dmdlog66&PHYSID=phys646> (23.11.2012).

und das Miteinander verschiedener Personengruppen fast gänzlich negierte. Der Terminus wurde oftmals gleichgesetzt mit einem Kampf gegen islamische Herrschaft als Merkmal einer ganzen Epoche und fand synonyme Verwendung für die Wiederherstellung einer Einheit des Landes. KAI-MICHAEL SPRENGER (Rom) legte überzeugend dar, wie ein historisches Ereignis zu einem kulturellen Erinnerungsort verschiedener sozialer Gruppierungen werden konnte. Aus der Schlacht von Legnano im Jahre 1176, im Ergebnis zunächst ein singuläres Verdienst Mailands, wurde durch ahistorische Rezeption aber ein „triumphaler Sieg über die Teutonen“, durch ein einziges Ereignis entstand ein nationales Identifikationsmerkmal eines heterogenen Volkes als homogene ‚Italia‘.

Deutlich kompakter und thematisch einheitlicher zeigte sich die Sektion „Ressourcen – Konflikte – Regeln: Die Verteilung von Amt, Würde und Einfluss im Zeichen der Geldwirtschaft im westlichen Mittelalter und im Byzantinischen Reich“ unter der Leitung von JOHANNES PALITZSCH (Mainz) und JOACHIM SCHNEIDER (Mainz). Gleich zu Anfang zeigte ANDREAS MEYER (Marburg), wie es zu einem regelrechten „Kampf um begrenzte Ressourcen“ kommen konnte, wenn diese für bestimmte Personen und Personengruppen überlebenswichtig wurden. Besonders deutlich wird dies bei der Vergabe von Benefizien im späten Mittelalter, als nicht nur Päpste und Herrscher sich das Patronatsrecht vorbehielten, sondern zunehmend auch Laien ein Recht auf Pfründenbesetzung beanspruchten. Dies führte nicht nur zu einer Anhäufung von Pfründen, sondern auch zu einer Verteilung verschiedener Anwartschaften, die je nach Interessenlage individuell anpassbar waren. Um dieser Konkurrenz um die Ressource entgegenzusteuern, wurden durch das Wiener Konkordat im Jahre 1448 administrative Verfahren entwickelt und Vergabekriterien erstellt, die eine neutralere und ausgeglichene Verteilung vorsahen. Jedoch stellt sich auch hier die Frage, inwieweit sich dadurch ein Vorteil für systemimmanente Anwärter ergab oder inwiefern eine Vergabe von Pfründen nicht auch als Gegenleistung für Loyalität praktiziert wurde. Den ge-

rechten Zugang zu Ressourcen im Mittelalter thematisierte auch, indes stärker theoriebezogen, PETRA SCHULTE (Bielefeld/Mainz) in ihrem Vortrag „Der Fürst und die Verwaltung knapper Ressourcen im europäischen Mittelalter“ unter Konzentration auf Frankreich und Burgund. Bereits Mitte des 13. Jahrhunderts, so Schulte, gab es Gedanken über Verteilungsgerechtigkeit. In Anlehnung an die spätere Argumentation des Philosophen John Rawls sei durchaus davon auszugehen, dass jede Person den gleichen Anspruch auf eine Ressource haben sollte bzw. tatsächlich auch besessen habe. Essenziell sei dabei, dass im Mittelalter die dem Fürsten zur Verfügung stehenden Ressourcen direkt verteilt wurden, in der heutigen Zeit hingegen zunächst die Anwärter darauf festgestellt und dann erst die entsprechenden Mittel aufgestellt werden. Eine weitaus materiellere Ressource, die Bedeutung des Geldes bei der Königswahl, wurde von JOACHIM SCHNEIDER (Mainz) diskutiert, indem er zunächst einmal festhielt, dass finanzielle Aspekte bei der Erhebung eines römisch-deutschen Königs durch die Kurfürsten in der Forschung bisher wenig Beachtung gefunden haben. Beispielhaft sei hier die Wahl des Jahres 1256 zwischen Richard von Cornwall und Alfons von Kastilien. Erstmals wurden Verträge ausgestellt, die einen regelrechten Stimmenkauf dokumentieren. Doch woran orientierte sich deren Preis? Kann man bereits so weit gehen und hier von einer Korruption des Stimmenkaufs sprechen? Zu bedenken seien dabei das tatsächliche Ressourcenvorkommen, die – materielle oder auch immaterielle – reale Gewinnerwartung, der Einsatz des jeweiligen Kandidaten und nicht zuletzt auch die Zahl der Bewerber und Interessenten. Der Stimmenkauf, der sich aus Diskurs und Praxis ergibt, wurde laut Schneider zunehmend legitimiert. Das geringe Interesse an den Wahlen im 13. Jahrhundert könne aber auch auf einen Mangel an Ressourcen zurückgeführt werden. Die Quintessenz dieser Vorträge – dass nämlich die Verfügung über Pfründe, Ämter und Gelder etc. eine der großen Ressourcen von Herrschern war – hielt auch JEAN-CLAUDE CHEYNET (Paris) mit seinem Thema „Reservoir pour donner au sein de l'élite aristocratique byzantin“ für das

byzantinische Reich fest. Dort wurde dieses Faktum zusätzlich durch ein dezidiert organisiertes fiskalisches System begünstigt, an dessen Spitze der jeweilige Herrscher stand. Die insgesamt äußerst homogen wirkende Sektion gab Anlass zu fruchtbarem Meinungsaustausch, der durch abschließende Kommentare und Kurzzusammenfassungen der beiden Diskutanten WOLFRAM BRANDES (Frankfurt am Main) und JÖRG ROGGE (Mainz) komplettiert wurde.

Mit einer Ressource ganz anderer Art, dem modern formulierten „clash of cultures“, und einem – bedenkt man das politische Geschehen – durchaus aktuellen Thema beschäftigte sich die Sektion „Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich“ unter der Leitung von MATTHIAS M. TISCHLER (Dresden). In einem fast schon experimentellen Projekt wurden in dieser Sektion die Welt des Mittelmeerraumes und deren Kerngesellschaften in den engeren Blick genommen und mit den so genannten „Peripherien“ Lateineuropas kontrastiert. Das Assoziationspektrum zu dieser Thematik ragt dabei weit über materielle Aspekte hinaus und beschäftigt sich mit kulturellen und vor allem religiösen, oft gescheiterten Transformationsprozessen zwischen den benannten Welten. Wie kam es beispielsweise im Abendland zu der Unterbindung einer bereits vorher existierenden Geschichte, warum stellten Übersetzungen arabischer und jüdischer Literatur auch in Regionen dieses „cultural clash's“ eine Seltenheit dar? Und warum ist gerade aus dem Frühmittelalter, einer Epoche des regen Austauschs zwischen islamischer und westlicher Welt, kein Dokument eines Kontakts mit Muslimen überliefert? An diese Abwehrhaltung gegen alles, was fremd ist, knüpfte STEPHAN CONERMANN (Bonn) mit seinem Beitrag „Der Bruch mit der griechischen Philosophie im islamischen theologischen Diskurs. Warum sich al-Ġazālī (gest. 1111) gegen Averroës (gest. 1198) durchgesetzt hat“ an; er legte überzeugend dar, dass sich auch auf Seiten der islamischen Gelehrten eine eigene Theologie entwickelte, die jegliche äußeren Einflüsse zwar als existent anerkannte,

te, jedoch für sich den Anspruch erhob, die einzige und endgültige Wahrheit, also die reinste Form des Wissens zu sein: Alles Wissen und damit auch alle wissenschaftliche Erkenntnis sei bereits im Koran festgelegt und kann, wenn nötig, durch den Gebrauch des Verstandes ergänzt werden. Zuspitzung erfuhr diese Sichtweise noch in den politischen Umbrüchen des 11. Jahrhunderts, insbesondere durch den Theologen Abu Hamid al-Ghazali als Vertreter der strengen Glaubensrichtung. Ihm wurde lange vorgeworfen, die Philosophie aus dem Islam verdrängt zu haben. Denn er vertrat nach seiner Abwendung vom Rationalen hin zu einer fast schon irrationalen Religiosität die Überzeugung, dass – sollten Wissenschaft bzw. Philosophie und Koran im Widerspruch stehen – allein letzterer als wahre Quelle heranzuziehen sei. Einen Einblick in die jüdische Welt, genauer in die des Gelehrten Moses Maimonides, gewährte der für den verhinderten Referenten Frederek Musall eingesprungene Religionswissenschaftler GÖRGE HASSELHOFF (Bochum). Er thematisierte in seinem Vortrag die Bezeichnung des Christentums als „Götzendienst“ in Maimonides Werken und die damit einhergehende antichristliche Polemik. Maimonides stand nicht allein in regem Austausch mit seinen jüdischen Kollegen, sondern hatte zudem, bedingt durch sein bewegtes Leben, auch vielschichtige Kontaktmöglichkeiten zu Christen und Vertretern anderer Glaubensrichtungen. In seinen Werken vermittelt er die Sichtweise, dass das „messianische Zeitalter ein universelles“ sei, aber auch die übrigen monotheistischen Religionen als Wegbereiter des Messias dienen, indem sie die Welt auf nur einen einzigen Gott vorbereiten. Dies würde wiederum die Abkehr vom Götzendienst zur Folge haben. Der Weg zu einem messianischen Zeitalter werde dadurch geebnet und ein Leben in der Hingabe zur Tora ermöglicht.⁵ So wird auch Jesus von Maimonides zwar als ‚falscher‘, aber dennoch als ein Messias angesehen. Über die „Be- bzw. Verhinderung“ lateinischer Abschriften des Korans im Mittelalter referierte MATTHIAS M. TISCHLER (Dresden),

⁵Zur Thematik vgl. auch die Neuerscheinung: Eva Winkelmeier, Die Relevanz des Maimonides für jüdischen Fundamentalismus in Israel, Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades, München 2010.

indem er zunächst festhielt, dass das Bild einer entsprechend vielfältigen Rezeptionsgeschichte als allzu optimistisch dargestellt wird. Der Blick gerade auch der jüngeren Forschung sei dabei noch zu sehr auf die existierenden Handschriften des Korans beschränkt, während die Überlieferung in der „christlichen Islamliteratur des Hoch- und Spätmittelalters“ vernachlässigt wird. Die als Beispiel herangezogenen Übersetzungsversuche etwa des Petrus Venerabilis von 1142/43 – dessen Werk nicht nur in einer wirtschaftlich krisenreichen Zeit verfasst wurde, sondern zudem von Anfang an in der Kritik stand – sieht Tischler als zum Teil gescheitertes Unternehmen an. Den letzten Vortrag bestritt KRISTIN SKOTTKI (Rostock). Sie thematisierte aus historiographischer wie literaturwissenschaftlicher Sicht die interkulturellen Begegnungen und deren schriftliche Manifestierung in Antiochien im Zeitalter der Kreuzzüge. Zentral war in ihrem Vortrag, inwieweit sich der multikulturelle Charakter der Kreuzzugsstätte auch in den lateinuropäischen Quellen widerspiegelt, da darin gerade Aspekte des fruchtbaren Miteinanders nicht nur teils verschwiegen, sondern geradezu als „sündhaft und gefährlich“ bezeichnet werden. Wie sehr diese Historiographie ein Hindernis der umfassenden Rezeptionsgeschichte darstellte, wundert umso mehr, als die Autoren im regen Austausch mit Juden und Muslimen standen und zudem auch zahlreiche Kodizes in Antiochia selbst erstellt wurden, kurzum Antiochia in den Kreuzzugsquellen als gut erforscht gilt. Insgesamt zeigte sich auch diese Sektion als sehr kongruent; sie zeichnete sich nicht nur durch die umfassende Einleitung von Matthias Tischler, sondern auch durch einführende und überblicksartige Vorträge aus.

In der Zusammenschau lässt sich feststellen, dass das Motto des diesjährigen Historikertags in meist beispielhafter Form aufgegriffen und thematisiert wurde. Die Vielfältigkeit der Definitionen und Interpretationen des Begriffs „Ressourcen“ hat gezeigt, dass das Spektrum von konkreten materiellen Werten wie der Käuflichkeit von Ämtern über immaterielle Mittel wie Macht, Ansehen und Prestige bis hin zu kulturellen Transformationsprozessen und Grenzüberschreitungen

reichen kann. Die ausführlichen, indes nicht in jeder Sektion vertieften Plenumsdiskussionen um Terminologien und thematische Abgrenzungen zeugen jedoch davon, dass in einigen Bereichen noch weitreichende Potentiale einer ausgedehnten wissenschaftlichen Aufarbeitung liegen – die gleichsam selbst ‚Ressourcen‘ bilden. Dies wird sektionsübergreifend nicht zuletzt darin sichtbar, dass sich zunehmend interdisziplinäre Arbeitsgruppen bilden, die sich dieser vielfältigen Aufgabe angenommen haben, und dass vielfach auch Junghistorikern die Möglichkeit geboten wurde, ihre Forschungsschwerpunkte auf dem Historikertag vorzustellen.

Neuere Geschichte

von Tobias Huff

Besprochene Sektionen und Vorträge:

„Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert“

Boris Gehlen (Bonn): „Manipulierende Händler“ vs. „dumme Agrarier“: Reale und symbolische Konflikte um das Börsengesetz von 1896

Alexander Engel (Göttingen): Die Diskussion des Börsenterminhandels um 1900

Korinna Schönhärl: Konkurrenz der Mächte im Zeitalter des Imperialismus: Die Verschuldung Griechenlands in den 1880er Jahren

Dr. Claire-Amandine Soulié (London): „Le Monde ne Peut Plus Vivre Sans Ses Chemins de Fer“ – Rothschild Railways and Commodity Trading

„Die Organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes“

Gabriele Lingelbach (Bamberg): Funktionen von Verbänden im internationalen Vergleich

„Ressource Religion. Akteure und Netzwerke in Globaler Perspektive“

Francesco Spöring (Zürich): Spiritualität und Schnapsverbot. Evangelium, Sozialhygiene und die Basler Mission in Westafrika 1884-1940

Rebekka Habermas (Göttingen): Mission entangled –Islamdebatten im Kaiserreich

„Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936 bis 1945“

Adam Tooze (Yale): Ressourcenkonflikt und Mobilisierung im Dritten Reich. Die stabilisierende Funktion der Kreditpolitik

Jörn Brinkhus (Bremen): Regionale Behörden als Lösungsinstanz für Ressourcenkonflikte. Das Beispiel der Versorgungspolitik des NS-Staates 1939-1944/45

Oliver Werner (Jena): Das Ministerium Speer – Lösung oder Verlage-

rung von Ressourcenkonflikten?

„Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte“

Heike Weber (Berlin): „Schafft Werte aus dem Nichts!“ Frauen und die Wiederverwertung von Küchenresten im Ersten Weltkrieg und während der NS-Zeit“

Der erste Befund beim Blick in das Programmheft zum 49. Deutschen Historikertag war, dass in den einschlägigen Sektionen zur Neuere Geschichte (1800-1945) das 19. Jahrhundert kaum mehr vertreten ist. Dies spiegelt zum einen die aktuelle Forschungslandschaft wider, in der das 19. Jahrhundert – zumindest bis zum Jahr 1871 – eine zunehmend nachgeordnete Rolle einnimmt. Möglicherweise wirkt hier zum zweiten die Themensetzung des Historikertages verstärkend. Der Titel „Ressourcen-Konflikte“ schien viele Anknüpfungspunkte für die Behandlung der konfliktreichen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu bieten. Es ist Kennzeichen für eine gelungene Rahmensetzung, thematische Offenheit zu sichern, ohne in Beliebigkeit abzudriften. Gerade für eine solch heterogene und disparate Zeitspanne, wie die hier besprochene, bot es sich an, den Rahmentitel auf zweierlei Weise auszulegen. Zunächst einmal im Verständnis der Ressourcen für Konflikte und dann im Sinne des Konfliktes um Ressourcen. Dieser Hybridcharakter der Ressource als Mittel und Ziel hätte eine Sektion gerechtfertigt, die sich explizit mit dem Ressourcenbegriff auseinandersetzt. Ein zweiter Blick in das Programmheft enttäuschte diese Hoffnung. Es blieb der Anspruch, dass in den einzelnen Sektionen eine Beschäftigung mit dem Ressourcenverständnis stattfand, das über Worthülsen wie „xy als Ressource“ oder „Ressourcen für xy“ hinausgeht. Die Erwartung war, dass es etwa zu einer Auseinandersetzung und Dekonstruktion von Knappheitsdiskursen kommt, wie es die Umweltgeschichte mit Holznot und Energiekrise gemacht hat. Eine solche Herangehensweise könnte gerade für die Neuere Geschichte interessante Befunde liefern, brachten doch die Jahre ab 1800 das Ende

der weitgehend ohne Input auskommenden Subsistenzwirtschaft und den Aufstieg der rohstoffbasierten industriellen Arbeitswelt.

Genährt wurde die Zuversicht durch die von MONIKA DOMMANN (Basel) in der H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ im Vorfeld des Historikertages aufgeworfene Frage, wo denn der Unterschied zwischen den Begriffen „Rohstoffen“ und „Ressourcen“ liege.¹ Vielleicht lässt sich hier eine diachrone Unterteilung vornehmen. Dem deutschen Begriff Rohstoff haftet die dingliche Komponente an, ein Ausgangsprodukt, das der Erde abgetrotzt werden muss und das durch die Arbeit menschlicher Hände veredelt wird. Diesem materialistischen Verständnis steht der amorphe Ausdruck Ressource gegenüber. Auch im Postmaterialismus braucht der Wirtschaftsprozess Input, der aber zunehmend seinen stofflichen Charakter verliert und sich in Erscheinungsformen wie Kreativität, Wissen, Können oder Disziplin auflöst. Der Mensch selbst wird zur Ressource. Diese Erkenntnis ist allein für sich stehend nichts Neues. Bereits in der Frühen Neuzeit maß sich die Macht eines Staates an der Zahl der Soldaten, die er im Konfliktfall aufbieten konnte. Die Peuplierungspolitik jener Epoche war auch Vorsorge für den militärischen Ernstfall.

In der Neuzeit (1800-1945), die hier besprochen werden soll, ging es aber – lapidar ausgedrückt – um mehr als ein paar Bauern, die die Sense gegen eine Muskete tauschten. Krieg in der Neuzeit erfasste im zunehmenden Maße die gesamte Gesellschaft. HEIKE WEBER (Berlin) führte in ihrem Beitrag aus, wie der moderne Krieg seinen Weg in die deutschen Haushalte fand und Hausfrauen zu täglicher Müllarbeit zwang. Was in Friedenszeiten ökonomisch unsinnig gewesen sei, habe in den Sonderbedingungen des Ersten Weltkrieges seine Berechtigung gehabt. Durch die englische Blockade von Kolonialgütern und Getreidelieferungen abgeschnitten, sei das Deutsche Reich nicht fähig gewesen, die Bevölkerung zu versorgen. Gegenständen, die auf dem Müll landeten, sei ein neuer Wert beigemessen worden.

¹ HSK Redaktion: H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften: 1. Teil, in: H-Soz-u-Kult, 20.09.2012, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1876&type=diskussionen>> (23.01.2013).

Die gängige Erzählung, dass dies ein Ausdruck der Not gewesen sei, versperrt den Zugang zu einer alternativen Sichtweise. War die Gesellschaft des späten Kaiserreichs bereits eine Überfluss- und Wegwerfgesellschaft, die im Zuge des Krieges noch einmal in einen früheren gesellschaftlichen Modus zurückkehrte, der näher an Formen der Subsistenzwirtschaft heranreichte? Die von ROMAN KÖSTER (München) in der Einführung aufgeworfene Frage, inwiefern die vollständige Wiederverwertung von Abfällen in einer Industriegesellschaft überhaupt noch möglich war, deren Konsumgüter bedingt durch zahlreiche Verarbeitungs- und Veredelungsprozesse hochtoxische Rückstände produzierten, fand in den einzelnen Sektionsbeiträgen leider kaum Widerhall. Auch in der aktuellen Forschung zu Altstoffen dominieren sozialgeschichtliche Fragestellungen. Interessant wäre es naturwissenschaftliche Erkenntnisse in die geschichtswissenschaftliche Forschung einzubeziehen, um die Gefährlichkeit von Stoffen und die Wirksamkeit zeitgenössischer Entsorgungsmaßnahmen untersuchen zu können.

Auch Weber konzentrierte sich auf die sozialen Aspekte der Rohstoffverwertung und führte im zweiten Teil des Vortrags aus, wie sich die Nationalsozialisten die Erfahrungen des kriegsführenden Kaiserreichs zu Nutze machten. Bereits in Friedenszeiten habe das Regime kommende Konflikte durch eine systematische Erfassung von Lebensmittelabfällen vorbereitet. Das EHW-Schwein habe als sympathischer Werbeträger gedient, der die Hausfrau erzog, ihre Arbeitskraft als Ressource einband und ihr suggerierte, „selbst etwas zu ihrer eigenen Ernährungsversorgung beitragen zu können“.

ADAM TOOZE (Yale) griff mit seinem Vortrag das Thema Versorgung wieder auf. In der von THOMAS SCHAARSCHMIDT (Potsdam) organisierten Sektion zu Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikten im Nationalsozialismus setzte Tooze einen intellektuellen Glanzpunkt. Er füllte die bekannte These, dass sich die Stabilität des nationalsozialistischen Regimes in der guten Güterversorgung bis in die letzten Kriegsmonate hinein gründe, mit neuen Argumenten. Eine von langer Hand geplante Finanzpolitik habe die Kriegsvorbereitung

und führung wesentlich erleichtert. Dabei sei dem Regime 1937/38 das Kunststück gelungen, als Diktatur eine Anleihe auf dem primären Finanzmarkt zu platzieren. Zudem konnte sich das Regime bis 1943 in großem Maße aus inländischen Ersparnissen finanzieren, da keine Flucht in die Sachwerte stattgefunden habe. Die Bevölkerung habe demnach dem Regime und seiner makroökonomischen Rahmung großes Vertrauen entgegengebracht.

Am Rande streifte Tooze die Frage, wie das 1939 vollbeschäftigte Reich zum einen Männer aus der Produktion freisetzte, um sie als die Ressource Soldaten einzusetzen, und zum anderen, wie die Produktion von Konsumgütern zu Gunsten von Rüstungsgütern umgestaltet wurde. Dieser Frage widmete sich OLIVER WERNER (Jena) in seinem Beitrag ausführlich. Werner folgte der These, dass das Ministerium Speer bis 1945 erfolgreich an der Lösung von Ressourcenkonflikten beteiligt war und das Reich kampffähig gehalten habe. So hätten durch die „Auskämmung ziviler Betriebe und Verwaltungen“ ständig Arbeiter für die Wehrmacht freigesetzt werden können, ohne den wirtschaftlichen Output zu gefährden. Albert Speer sei damit zunehmend in einen Gegensatz zu den Gauleitern geraten, die ihre tradierten, heimischen Industrien schützen wollten. Werner zeichnete hier das Bild eines effektiven und effizienten Organisators Speer, dem sich die Gauleiter als Antipoden einer durchökonomisierten und mobilisierten Gesellschaft entgegenstellten. JÖRN BRINKHUS (Bremen) beleuchtete die eben angesprochenen Verteilungskonflikte in seinem Vortrag *Regionale Behörden als Lösungsinstanz für Ressourcenkonflikte. Das Beispiel der Versorgungspolitik des NS-Staates 1939-1944/45* mit aussagekräftigem Archivmaterial. Insgesamt harmonisieren die Ergebnisse der Sektion mit den Darstellungen im aktuellen Sammelband von Christoph Buchheim und Marcel Boldorf zur deutschen Kriegswirtschaft.² Die im Reich auftretenden Konflikte zwischen Kriegs- und Konsumgüterproduktion hätten durch die Ausbeutung besetzter

²Christoph Buchheim / Marcel Boldorf (Hrsg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, München 2012.

Gebiete teilweise abgemildert und entschärft werden können.

Welch skurrile Blüten der Krieg treiben kann, verdeutlichte REBEKKA HABERMAS (Göttingen) anhand der Islamdebatten im Kaiserreich. In Ihrem Vortrag beschrieb sie, wie das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg 12.000 muslimische Kriegsgefangene in speziellen Halbmondlagern einsperrte. Ziel der separierten Unterbringung sei es gewesen, die muslimischen Soldaten davon zu überzeugen, dass Deutschland sich im Krieg für die pan-islamischen Ziele einsetze. Als Mittel diene dabei auch die Lagerzeitung *El Dschihad*. Später sollten die Gefangenen wieder freigelassen werden, damit sie in den Reihen der alliierten Heere zersetzend wirkten.

FRANCESCO SPÖRING (Zürich) erwähnte in seinem Betrag das Wort Ressource nicht einmal. Es fällt auch schwer, in seinen Ausführungen Religion als Ressource zu begreifen. Vielmehr ist Religion in den Beispielen Spörings ein Mittel der gesellschaftlichen Disziplinierung. Dass Religion oftmals für diesen Zweck eingesetzt wurde, ist eine gängige Forschungsthese.³ Die Missionare hätten es als Ziele ihres Wirkens angesehen, die Menschen zur Arbeit und zum Kampf zu erziehen. Wahre Freude erlange der Einzelne nicht durch Genussmittel, sondern nur durch Leistung für die Gesellschaft. Hier schimmert die Erziehung des Menschen zur Arbeitsmaschine in der Industrialisierung durch. Arbeit wird normiert, über die Uhr mess- und vergleichbar gemacht. Der eingangs erwähnte Ressourcencharakter des Menschen wurde hier – ohne dass die Vokabeln selbst fielen – besonders deutlich greifbar. Spöring bewegt sich mit seinem Vortrag in den Jahren 1880 bis 1940, also in jener Zeit, auf die sich die überwältigende Mehrzahl der Beiträge bezogen.

Eine wohlthuende Ausnahme bildete die Französin CLAIRE-AMANDINE SOULIÉ (London), die in der Sektion *Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert* die Ressource Vertrauen in den Blick nahm. Ihr Vortrag kreiste um Jakob Rothschild, der ab

³Heinz Schilling (Hrsg.), Kirchengucht und Sozialdisziplinierung im frühneuzeitlichen Europa (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 16), Berlin 1994.

1811 als Bankier in Paris Fuß zu fassen versuchte. Die Beteiligung seiner Familie an der Finanzierung der Feldzüge Wellingtons hätte dieses Vorhaben erheblich erschwert. Erst 1818 habe Jakob Rothschild – nach Jahren kostenintensiven Networkings – Zugang zur Finanzierung der französischen Staatsfinanzen bekommen. Das Engagement habe sich langfristig gelohnt, denn in der Finanzierung des Eisenbahnbaus ab den 1830er-Jahren habe Rothschild ein Vermögen verdient. Vertrauen ist eine Form der Ressource, die sich schlecht wiegen oder bepreisen lässt – über deren Knappheitscharakter sich also trefflich streiten ließe.

Gänzlich anders gelagert war die Sachlage bei einem zweiten Beispiel der Eisenbahnfinanzierung. Im Fall des omnipräsenten Griechenlands, das scheinbar als finanzpolitischer Wiedergänger durch die Ökonomiegeschichte geistert, widmete sich KORINNA SCHÖNHÄRL (Duisburg) der Frage, warum internationale Banken in den Jahren 1879 bis 1893 Griechenland in großem Umfang Kredite gewährten, obwohl ein Bankrott des Landes abzusehen war. Für den deutschen Fall stellte Schönhärl die These auf, dass Reichskanzler und Außenminister Otto von Bismarck auf seinen Hausbankier Gerson Bleichröder dementsprechend Einfluss nahm. Hintergrund sei der beginnende Ausbau des griechischen Eisenbahnnetzes gewesen, der enorme Finanzmittel gebunden hätte. Bismarcks Überlegung – so Schönhärl – war es, der deutschen Eisenbahnindustrie neue Absatzmärkte zu schaffen, deren Finanzierung deutsche Banken übernahmen. Letztendlich bekamen englische Firmen den Zuschlag zum Aufbau des Eisenbahnwesens. Als Griechenland 1893 im Angesicht einer Staatsschuldenquote jenseits von 1000 Prozent Bankrott erklärte, stützte England seine Bankhäuser nicht. Das Deutsche Reich hingegen übte massiven Druck auf Griechenland aus, die Anleihen teilweise weiter zu bedienen. Schönhärl wertet dies als eine Form des schlechten Gewissens, das das Auswärtige Amt gegenüber deutschen Banken gehabt habe. Schönhärls These fanden in der Diskussion teilweise heftigen Widerspruch, jedoch blieb die Überlegung bestehen, dass im Falle Griechenlands die Finanzwirtschaft als Türöffner der Realwirtschaft gedient habe.

Diese Dienstleisterfunktion der Finanzwirtschaft nahmen am Beispiel der Institution Börse mit ALEXANDER ENGEL (Göttingen) und BORIS GEHLEN (Bonn) gleich zwei Vortragende kritisch in den Blick. Ihren Durchbruch erlebte die Institution Börse mit dem Eisenbahnbau. Hierbei wurden Geldsummen benötigt, die ein einzelnes Bankhaus nicht mehr bereitstellen konnte. In der Praxis bedeutete dies, dass sich Geldgeber und -nehmer nicht mehr persönlich kannten. Im Gegensatz zum Finanzier Rotschild, der die von ihm finanzierten Unternehmer zu Gesicht bekam – und ihnen wohl vertraute –, muss es im Fall der Institution Börse eine Art des institutionalisierten Vertrauens geben. DIETER ZIEGLER (Bochum) sprach später im Kommentar von Reputation als Form des anonymisierten, aggregierten Vertrauens.

Engel führte dies am Beispiel des Börsenterminhandels aus. Der Terminhandel unterscheidet sich vom Primärmarkt, an dem physisch vorhandene Güter wie Getreide, Baumwolle oder Kaffee gehandelt wurden. Aus Angebot und Nachfrage ergibt sich ein Preis, zu dem die Ware übergeben wird. Mit dem Aufkommen des Terminhandels um 1870/80 verschoben sich die Preisbildungsmechanismen jedoch vollständig. Es war nun möglich, heute eine Tonne Getreide zu kaufen, die erst in sechs Monaten geliefert wird. Der Nutzen dieses Konstrukts ist auf den ersten Blick ersichtlich: Nachfrager bekommen Preis- und Planungssicherheit, sie wissen, welche Kosten die Rohstoffbeschaffung in drei, sechs oder zwölf Monaten verursachen wird. Die negativen Implikationen sind nicht auf den ersten Blick ersichtlich und bedürfen einer kurzen Erläuterung. Am Terminmarkt treffen Händler aufeinander, die nicht im physischen Besitz einer Ware sind und dies meist auch gar nicht beabsichtigen. Sie wetten darauf, wie der Preis für ein Gut in sechs Monaten sein wird. Eine Seite auf fallende, eine auf steigende Preise. Dieses Konstrukt habe dem Terminhandel bereits in der zeitgenössischen Wertung das Prädikat „Glücksspiel“ eingetragen. Verschärft worden seien diese Tendenzen durch sogenannte „Corner“, eine Form der Marktmanipulation. Händler wetten dabei am Terminmarkt auf steigende Preise für ein Produkt. Gleichzeitig kaufen sie in

der Zwischenzeit im Primärhandel große Mengen des betreffenden Gutes auf. Bei Fälligkeit des Terminkontraktes bestehen sie auf dessen physischer Erfüllung. Den Vertragspartnern bleibt dann nichts anderes übrig, die Ware bei den Spekulanten zum hohen Preis einzukaufen.

Breite gesellschaftliche Resonanz hätten die Terminmärkte erfahren, weil ihr Durchbruch mit der Agrardepression der 1880er- und 1890er-Jahre zusammenfiel. Ob hier lediglich eine Koinzidenz oder ein kausaler Zusammenhang vorlag, war bereits Gegenstand heftiger, zeitgenössischer Debatten. Im Deutschen Reich führten Sie zu einem zeitweisen Verbot des Terminhandels. Gleichgerichtete Überlegungen habe es auch in anderen Ländern gegeben, etwa den USA, wo allerdings kein Verbot erfolgte. Eine schlüssige Erklärung für diesen deutschen Sonderweg konnte Engel nicht liefern. Möglicherweise spielten hier die von der Agrardepression betroffenen ostelbischen Gutsbesitzer eine entscheidende Rolle. Ihre Vertreter besaßen dank des preußischen Dreiklassenwahlrechts einen überproportionalen politischen Einfluss.

Gehlen knüpfte mit seinem Vortrag an Engel an und befasste sich mit den Entwicklungen zwischen dem Verbot des Terminhandels 1896 und dessen Wiedezulassung 1908. Er beschrieb die Diskussionen um die Börsengesetze als gesellschaftliche Meta-Debatte über die Institutionen des Kapitalismus, als Auseinandersetzung von Globalisierungsgewinnern (Banken, Handel) und Globalisierungsverlierern (ostelbische Landwirtschaft). Letzteren sei es zunächst gelungen, sich mit ihrem Argument durchzusetzen, dass der Terminhandel Schuld an der Agrardepression habe. Das Gegenargument des Handels, dass vornehmlich gesunkene Transport- und Transaktionskosten verantwortlich seien, habe nicht verfangen. Mit dem Verbot des Terminhandels 1896 koppelten sich die Getreidepreise in Deutschland vom Weltmarkt ab, mit tendenziell negativen Folgen für die Getreidewirtschaft. In langer Sicht hätten sich die Argumente der Börsenbefürworter als valider herausgestellt. In den Verhandlungen zum neuen Börsengesetz sei eine Frage darum gekreist, wie die stimulierenden, positiven

Effekte des Terminhandels genutzt werden könnten, ohne dass es zu Manipulationen, Spekulationen oder Missbrauch käme. Die staatliche Regulierung habe sich schließlich gegen Modelle der Selbstregulierung durchgesetzt, das Argument der Verbindlichkeit habe stärker gewogen als die Vorteile der Selbstregulierung: Marktnähe, Flexibilität und Schnelligkeit.

ACHIM LANDWEHR (Düsseldorf) bezeichnete in seinem abschließenden Kommentar ob dieser wiederkehrenden Debatten die „Börse als Zeitmaschine“. Allerdings solle man nicht der Versuchung erliegen, aufgrund des Aktualitätspotentials die Geschichte im Sinne des „*historia magistra vitae*“ zu verstehen. Vielmehr gelte es, die Gegenwart mit historischen Mitteln zu begreifen. Mit dieser Forderung trifft er zumindest im Bereich der Wirtschaftsgeschichte den Trend der Forschung, die bedingt durch die aktuelle Krise mehr Raum greift. Ein beredtes Beispiel ist die Krisenanalyse von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff.⁴

Die Paradigmen der Wirtschaftsgeschichte eignen sich zudem dazu, die besprochenen Sektionen zusammenzufügen. In nahezu allen Vorträgen schwang im Subtext die unausgesprochene Prämisse mit, dass Ressourcen etwas Knappes sind. Sie sind rar und kostbar, über ihre zielgerichtete, möglichst effiziente Verwendung muss diskutiert werden. Zunächst wirkte hier der Krieg als Vater aller Dinge. Mobilisierung war ein Stichwort, das in vielen Sektionen und Vorträgen fiel und das zur kriegerischen Schwerpunktsetzung passte. Mobilisierung bedeutet die Aktivierung von Ressourcen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Die aus dem militärischen Bereich kommenden Überlegungen, die Kampfkraft der Truppe zu erhalten und zu steigern, diffundieren in den privatwirtschaftlichen Bereich. Dora Costa hat eine Studie vorgelegt, die sich mit dem sozialen und ökonomischen Erfolg amerikanischer Bürgerkriegsoffiziere befasst⁵, und us-amerikanische

⁴Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff, *Dieses Mal ist alles anders: acht Jahrhunderte Finanzkrisen*, 2. Aufl., München 2010.

⁵Dora Costa, *Leaders: Privilege, Sacrifice, Opportunity and Personnel Economics in the American Civil War*, NBER Working Paper No. 17382, 2011. <<http://www.nber.org>

Tobias Huff

Logistikunternehmen machten sich etwa die Erfahrungen der Berlin-Blockade 1949 in der Warenwirtschaft zunutze.

Zwei Befunden fallen nun besonders auf. Erstens befasste sich keine der besprochenen Sektionen mit der Analyse von Knappheitskonstruktionen. Die Frage, wer historische Knappheitsdiskurse beginnt, dominiert und von ihnen profitiert, blieb ebenso weitgehend unbeantwortet wie die Frage, welche gesellschaftlichen Zustände am Anfang und am Ende solcher Debatten stehen und wie sich die Gesellschaft auf einheitliche Bewertungskriterien einigt, also einen Konsens darüber herstellt, was „knapp“ heißt und was überhaupt eine „Ressource“ ist.

Zweitens erlauben die besuchten Sektionen zur Neueren Geschichte vielleicht die Synthese, dass aus dem Militärbereich kommende Versuche zur Effizienzsteigerung eine umfassende Ökonomisierung der Gesellschaft befördern. Gesellschaften mit bellizistischer Grundstimmung und rohstoffbasierten Wirtschaft dehnen ihren mobilisierten Zustand zunehmend auf Friedenszeiten aus, wobei die Ökonomie zu einer Schlüsselwissenschaft aufsteigt. Ausfluss dieser Entwicklung ist auch die in dieser Zeit zunehmende Gründung von Verbänden, als deren wesentlichste Merkmale GABRIELE LINGELBACH (Bamberg) Organisation und Interessenvertretung nannte, was durchaus auch unter „Mobilisierung“ zusammengefasst werden kann.

Transnationale Geschichte / Neue Diplomatiegeschichte

von Miriam Rürup

Besprochene Sektionen:

„Historische Außenansichten auf Europa: Annäherungen aus (post)kolonialer und transatlantischer Perspektive“

„Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren“

„Recht als umstrittene Ressource. Akteure, Praktiken und Wissensordnungen des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939)“

„Schuld – Sühne – Recht. Gerechtigkeitsvorstellungen, Rachephantasien und juristische Interventionen um 1945/46“

„Social Conflicts and Internationalism in the Twentieth Century: Towards a Transnational History of Social Movements“

Zum zweiten Mal wird im Anschluss an einen Historikertag mit einem Querschnittsbericht gefragt, wie transnationale Geschichte auf dem größten deutschsprachigen Kongress der Historikervereinigung vorgetragen, diskutiert und reflektiert wurde. Vor acht Jahren hat die damalige Referentin vor allem den Mangel an transnationalen Ansätzen angemerkt.¹ Seitdem hat sich viel bewegt in der fachwissenschaftlichen Selbstreflexion sowohl über methodische Zugänge wie auch über neue Themen und Fragen, die den nationalen Container verlassen. Einige Fachforen und Debatten² und Einführungsschriften³ zur transnationalen

¹Vanessa Ogle: Historikertag 2004: Transnationale Geschichte, in: H-Soz-u-Kult, 29.10.2004, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=539&type=diskussionen>> (06.02.2013).

²Vgl. Fachforum geschichte.transnational, 2005, beginnend mit dem einführenden Artikel: Matthias Middell, Transnationale Geschichte als transnationales Projekt? Zur Einführung in die Diskussion, <<http://geschichte-transnational.clio-online.net/forum/id=571&type=diskussionen>> (06.02.2013); sowie die Zeitschriftendebatte in Geschichte und Gesellschaft mit Beiträgen von Sebastian Conrad, Jürgen Osterhammel, Albert Wirz, Marcel van der Linden, in den Jahrgängen 27 und 28 (2001 und 2002).

³Vgl. Margit Pernau, Transnationale Geschichte. Grundkurs Neue Geschichte, Göttingen 2012; Kiran Klaus Patel, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, Berlin 2004.

Geschichte später, und nachdem selbst das Rahmenthema eines Historikertages in der Zwischenzeit mit der Themenstellung des „Über Grenzen“-Schauens (Berlin 2010) den Rahmen der Nationalgeschichte bewusst verlassen hat, lassen sich also mit Fug und Recht einige Sektionen mit transnationalen Themen und Fragestellungen erwarten. Die Auswahl der hier besprochenen Sektionen erfolgte dabei weniger nach der Häufigkeit des Wörtchens „transnational“, sondern vielmehr nach dem zu erwartenden Potential der diskutierten Themen, grenzüberschreitend zu denken und zuweilen durchaus nationale Geschichte zu schreiben, dabei aber immer einen Blickwinkel zu suchen, der die grenzüberschreitenden Verflechtungen von Geschichte aufzeigt.⁴ Und um dies gleich vorweg zu nehmen: kaum eine Sektion verkündete von vornherein und dezidiert eine „transnationale“ Programmatik, gleichwohl – oder gerade deshalb – lässt sich feststellen, dass transnationale Geschichte auf dem diesjährigen Historikertag an vielen Stellen schlicht „gemacht“ wurde. Gerade bei der konzeptionellen Selbstbeschreibung vieler Sektionen, gleichwohl, liess sich feststellen, dass die transnationale Perspektive der Geschichtswissenschaft gar nicht mehr unbedingt explizit diskutiert, sondern wie selbstverständlich angewandt wird.⁵ Zu den Feldern, in denen transnationale Themen oder transnationale Zugänge auf dem diesjährigen Historikertag zu erwarten waren oder auch tatsächlich diskutiert wurden, gehörte die Frage

⁴Gerade weil per definitionem transnationale Geschichte nur dort stattfinden kann, wo es nationale Einheiten gibt, über deren Grenzen Ideen und Akteure schreiten und damit auch Begriffe und normative Konzepte von Recht usw. transzendieren, sollte an dieser Stelle zumindest erwähnt werden, dass dieser Bericht ausschließlich neuzeitliche Sektionen umfasst.

⁵So beispielhaft in der von Andrea Rehling (Mainz) / Isabella Löhr (Heidelberg) konzipierten Sektion „Global Commons - Anspruch und Legitimation der „Gemeingüter“ als Erbe der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg“ oder bei von Frank Bösch (Berlin) / Rüdiger Graf (Bochum), „Reaktionen auf die globalen Energiekrisen der 1970/80er Jahre“. Wo es beispielsweise dem Programm und den Abstracts folgend sehr stark um transnationale Mobilität ging, war in wirtschaftsgeschichtlichen Fragen. Vgl. Ute Engelen: Historikertag 2012: Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: H-Soz-u-Kult, 07.12.2012, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1955&type=diskussionen>> (06.02.2013).

nach Religion⁶, Recht und Rechten, nach Gefühlen und nach Akteuren. Dies könnte durchaus als gelungene Integration einer nicht mehr ganz so neuen Forschungsperspektive in die Geschichtswissenschaft bezeichnet werden.

Es ist zwar nicht Aufgabe des vorliegenden Querschnittsberichts, die Frage nach dem „Warum“ zu stellen – und doch drängt sie sich auf. Haben wir es heute wirklich mit einer Ausweitung und Öffnung der Forschungsperspektive zu tun, und wenn ja: wie kommt es dazu? Dies mit den zahlreichen Anregungen aus den viel diskutierten „cultural turns“ der letzten Jahre zu begründen, liegt nahe. Und gerade für die transnationale Geschichte war hier sicherlich der derzeit noch in der Diskussion befindliche „translational turn“ bedeutsam.⁷ Eine weitere Option wäre die schlichte realpolitische Tatsache, dass sich zahlreiche Akademiker/innen der jüngeren Historikergeneration nicht nur mithilfe der Lektüre von Wissenschaftstexten und Theoriedebatten aus anderen nationalen Kontexten aus dem eigenen „nationalen Wissenschaftsverständnis“ herausbewegen, sondern auch tatsächlich einen Teil ihrer Ausbildungs- und Berufswege in verschiedenen Wissenschaftswelten ablegen. Diese Karrierenkonstellation könnte also mit dazu beitragen, dass sich transnationale Perspektiven auf Fragestellungen der Geschichte wahrscheinlicher ergeben als bei einer in nur einem Wissenschaftssystem erfolgenden Ausbildung.

Ein früher Ausgangspunkt, aus dem sich die transnationale Perspektive auf Geschichte entwickelt hat, war die Ausweitung der klassischen Diplomatiegeschichte, in der Aushandlungsprozesse im internationalen Milieu verschiedener Staatsvertreter, aber eben auch Vertreter

⁶In der von Alexandra Przyrembel (Essen/Göttingen) geleiteten Sektion zu „Resource Religion: Akteure und Netzwerke in globaler Perspektive“ ging es um die „transnationalen Austauschbeziehungen“ (Przyrembel) religiöser Organisationen ebenso wie Wahrnehmungen von Religionen. Dem verflechtungsgeschichtlichen Ansatz verpflichtet diskutierte darin beispielsweise Rebekka Habermas die Islamdebatten im Kaiserreich, die unmittelbar von Wahrnehmungen aus den Kolonien geprägt waren (Rebekka Habermas, Göttingen, „Mission entangled – Islamdebatten im Kaiserreich“).

⁷Vgl. Themenheft Simone Lässig (Hrsg.), Übersetzungen, Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), 2.

nichtstaatlicher Einheiten wie beispielsweise der Vertreter nationaler Minderheiten, analysiert wurden. So stellte sich zahlreichen Forschern die Frage, wie in einer nationalstaatlich verfassten Welt die Geschichte internationaler Beziehungen geschrieben werden kann, die sich – zwar von nationalstaatlichen Interessen geleitet –, in der übernationalen Sphäre der Diplomaten, des Völkerbundes und der UN weiterentwickeln und in teilweise sehr veränderter und umgedeuteter Form auf die jeweiligen Nationalstaaten zurückwirken. Die Frage, wie diese Prozesse analytisch innovativ gefasst werden können, lädt dazu ein, sich der transnationalen Forschungsperspektive zuzuwenden.

Transnationale Geschichtsschreibung ist eine Forschungsperspektive, die zuweilen die gleichen Themen zum Gegenstand haben kann wie die klassische Diplomatiegeschichte. Man kann sie mit dieser Perspektive so betreiben, dass man über den historischen zwischenstaatlichen Vergleich hinaus geht und nicht bei der Frage stehen bleibt, welche Bedeutung ein diplomatischer Akt für den jeweiligen Ausgangsstaat hatte, sondern beispielsweise den Verflechtungen und Transfers nachspürt und danach fragt, wo und wie Entwicklungen anders verliefen und Akteure sich anders verhielten, gerade *weil* sie Staatsgrenzen ignorierten oder überschritten. Obgleich Mobilität als eine der Rahmenbedingungen für die Entstehung von Transnationalisierungsprozessen zu sehen ist, und obwohl durch Migrationsbewegungen entstehende Netzwerke häufig mehr als zwei Nationalstaaten miteinander verbinden, ging es auf dem Historikertag erstaunlich wenig um Migrationsprozesse und Mobilitätsfragen.⁸

Wie die Idee und das Bild von „Europa“ entstanden ist und welche

⁸In gewisser Hinsicht spiegelt dies zeitlich verschoben den Forschungsstand wider: Lag der Fokus doch lange mehr auf Emigration oder Immigration und der Prozess der Migration wurde nur selten zum Gegenstand der Forschung gemacht. Vgl. Barbara Lüthi: Transnationale Migration - Eine vielversprechende Perspektive?, in: H-Soz-u-Kult, 13.04.2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-04-003> (06.02.2013) und Tobias Brinkmann, Migration und Transnationalität, Paderborn 2012. Ein Versuch, dies aufzubrechen, ist sicherlich auch der neueren Diasporaforschung zu verdanken, die aber auch Gefahr läuft, von dem binären Modell eines Sehnsuchtsort einerseits und eines diasporischen „Vertreibungsorts“ andererseits auszugehen.

Akteure sich auf welchen Wegen daran beteiligt haben, hatte sich eine von BEKIM AGAI (Bonn), JUDITH BECKER (Mainz) und JAN LOGEMANN (Washington) konzipierte Sektion zur Aufgabe gestellt. Nach einer theoretischen Einführung näherten sich die Referenten in vier Vorträgen dieser Fragestellung. Eine Feststellung war immer wieder, dass Vorstellungen von Europa und europäischen Werten häufig aus einem Gefühl der Superiorität heraus entstanden sind. So, wie sie einerseits zur Herstellung eines Gemeinschaftssinnes dienten, so beinhalteten sie zugleich Aussagen über „das Fremde“. Gleichwohl wurde vor allem in der theoretischen Rahmung (Judith Becker) wie auch der Diskussion diese binäre Sicht wiederholt aufgebrochen und die Frage nach hybriden Identitäten gestellt, die beständig neue Europabilder formen und prägen. Die Entstehung dieser hybriden Identitäten lokalisierten einige Referenten der Sektion (STEFAN RINKE (Berlin) für Lateinamerika, KIRSTEN RÜTHER (Hannover) für Afrika, THORALF KLEIN (Loughborough) für China) gerade in der Begegnung und zuweilen dem Widerstreit verschiedener Kulturen beispielsweise in den Kolonien, also gerade in der „Außenansicht“ auf Europa, die für diese Sektion ja auch titelgebend war. Sie machten darüber hinaus auch eine Verselbständigung des *Begriffes* von Europa bzw. Europäisierung aus, der außerhalb Europas als Zuschreibung und in Lateinamerika beispielsweise als Inbegriff für Überlegenheit verwendet wurde. Wie jüdische, deutsche, polnische usw. Emigranten aus Europa in den USA zunehmend zu „Europäern“ wurden und welche Rolle dabei die Konstruktion „westlicher Werte“ und eines zunehmend einheitlichen West-Blocks spielte, war Thema von Jan Logemanns Vortrag. Auch hier wieder kam Individuen als Übersetzer von Europavorstellungen eine bedeutsame Funktion zu. Die transnationale Perspektive dieser Sektion reichte also über die pure Wechselwirkung von Europa – USA, Europa – Afrika, Europa – Amerika, West – Ost, hinaus und fragte nach der Gewordenheit solcher Konstrukte und den Akteuren, die die begrifflichen Zuschreibungen ausgestalten, transportieren und letztlich auch übersetzen. Eine Möglichkeit, sich auf die Wege der neue-

ren Diplomatiegeschichte zu begeben, die sich nicht ausschließlich für staatliche Eliten sondern für sich wandelnde Konzepte und ihre Umsetzung auf nationaler und lokaler, alltagsgeschichtlicher Ebene interessiert, ist eine biographische Annäherung an die transnationale Geschichte.⁹ Ein gelungenes Unterfangen stellte hier der Vortrag von Kirsten Rütter für die Frage dar, wie in verschiedenen afrikanischen Gesellschaften an einzelnen biographischen Beispielen Bilder von Europa entstanden, ausgeprägt und in Umlauf gebracht wurden und wie sich diese Bilder durch die reale Begegnung mit „Europa“ veränderten.

Transnationale Geschichte ist also immer auch Beziehungsgeschichte. Und so lag es fast nahe, dass eine Sektion, die sich der Historisierung und politischen Verortung eines spezifischen Gefühls annahm, Eingang in einen Bericht über Transnationale Geschichte auf dem Historikertag findet. Insbesondere Vertrauen ist eine Emotion, die von der (wenn auch zuweilen eingebildeten) Reziprozität nicht auskommt und damit per se geeignet ist, um Beziehungsgeschichte zu schreiben. Und diese auf zwischenstaatlicher Ebene anzusiedeln, hatten sich alle vier Referenten der von PHILIPP GASSERT und REINHILD KREIS (beide Augsburg) konzipierten Sektion „Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren“ zum Ziel gesetzt. Mögliche Vorbehalte gegenüber dem Vertrauen als überhaupt bedeutender Emotion in internationalen Beziehungen eines Staates im 20. Jahrhundert erweisen sich bei der Lektüre der Vorträge – die Autorin konnte der Sektion leider nicht beiwohnen – als voreilig.¹⁰ Philipp Gassert wandte sich dem Vertrauen als Kategorie der deutschen Aussenpolitik der 1970er- und 1980er-Jahre zu, ULRICH LAPPENKÜPER (Friedrichsruh) sprach

⁹So ähnlich auch Benno Gammerls Befund für 2010, Benno Gammerl: Historikertag 2010: Geschichte jenseits des Nationalstaats - imperiale und staatenlose Perspektiven, in: H-Soz-u-Kult, 17.02.2011, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1467&type=diskussionen>> (06.02.2013).

¹⁰Vgl. auch Ute Frevert, besonders: Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003; Jan Plamper, Geschichte und Gefühl: Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012.

über das prekäre Vertrauen in den deutsch-französischen Beziehungen, Reinhild Kreis über die deutsch-amerikanischen Bemühungen um gegenseitiges Vertrauen und MATTHIAS PETER (Berlin) über Vertrauen als Ressource der Diplomatie im KSZE-Prozess von Helsinki. Dass Emotionen eine bislang zu Unrecht vernachlässigte Bedeutung für die Analyse internationaler Beziehungen haben, wurde in der Sektion sehr deutlich. Ist das Werben um – genauso wie das Feststellen des Verlustes von – Vertrauen doch gleichermaßen Teil diplomatischer Rhetorik und damit Teil des „transnationalen Sprechens“. Nun ließe sich fragen, inwiefern Vertrauen tatsächlich transnational betrachtet werden kann, handelt es sich in den vorliegenden Referaten und Themenskizzen doch vornehmlich um „innerwestliche“ Bezugnahme auf Vertrauensverlust, -gewinn, -zweifel, die letztlich zur Herstellung „des Westens“ in Abgrenzung zum nicht vertrauenswürdigen Anderen dienen. In der Sektion ging es um Vertrauen als handlungsleitende Kategorie und die Handelnden waren in den betrachteten Einzelstudien westliche Akteure. Demnach müsste also eine Analyse, die tatsächlich die transnationale Bedeutung und Gültigkeit eines Gefühls aufspüren möchte, diese Emotion noch wesentlich multiperspektivischer in den Blick nehmen. Dies hieße jedoch, das innovative Potential der transnationalen Kategorie von Vertrauen zu verkennen. Denn gerade die national stattfindende Wirkmächtigkeit des *eingebildeten* Vertrauens bzw. des *imaginierten* Vertrauensverlust bzw. *-bruchs* der anderen Seite war es hier ja, die politische Auswirkungen zeitigen konnte. So konnte ein im „nationalen Container“ ausgelebtes Gefühl transnational prägend werden. Der rein „gedankliche Grenzgang“ kommt in seiner historischen Wirkung einem realen Grenzgang gleich, indem er nämlich realpolitische Auswirkungen auf die Machtkonstellationen im Kalten Krieg hatte.

Neben Begriffen sind es vielfach auch Normen, die in transnationalen Aushandlungsprozessen in Frage gestellt werden und Veränderungen unterworfen sind. In der von KATHRIN KOLLMEIER (Potsdam) und MARCUS M. PAYK (Berlin) konzipierten Sektion zum

Völkerrecht in der Zwischenkriegszeit ging es um „Recht als umstrittene Ressource“: Unter anderem stellten sich in dieser Kurzsektion die drei Referenten die Frage, inwiefern Recht eine grenzüberschreitende Kategorie ist bzw. sich im frühen 20. Jahrhundert historisch unter anderem durch die Erfahrung des Ersten Weltkrieges verändert. Kathrin Kollmeier beschäftigte sich mit den internationalen Verhandlungen über Staatenlosigkeit als „Anomalie des Rechts“. Marcus M. Payk nahm sich den Streit um den Versailler Vertrag als Thema vor, um die Widersprüche aufzuzeigen zwischen von „patriotischer Pflicht“ geprägter, ablehnender Haltung der (deutschen) auswärtigen Politik und dem Bemühen der Akteure des Völkerbundes, Frieden durch Recht zu stiften. Wie aber gerade dieses Rechtsersuchen von bedeutenden Akteuren wie Wilson als Legalismus abgetan wurde und damit die „Ressource Recht“ selbst umstritten war und letztlich dazu führte, dass mit dem Versailler Vertrag noch lange kein Rechtsfrieden erreicht werden konnte, hat Payk aufgezeigt. Dass es obendrein immer auch eine Grundsatzdiskussion unter Experten gab, inwiefern Recht sich überhaupt mit de facto übernationalen Kriegsfolgen beschäftigen kann, da gerade durch Kriege die Zuständigkeit von – letztlich immer national verankerter – Rechtsprechung ja fundamental in Frage gestellt ist, führte DANIEL M. SEGESESSER (Bern) am Beispiel der Diskussion um einen Internationalen Strafgerichtshof in der Zwischenkriegszeit vor.

Ebenfalls um Recht und Rechtsvorstellungen, vor allem aber auch um die Akteure des Rechts, ging es in der von STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM und ULRIKE WECKEL (beide Berlin) gestalteten Sektion. Sie fragten in erster Linie nach den Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Ausgangspunkt der Vorträge hier waren die Akteure und die von der nationalsozialistischen Verfolgung Betroffenen selbst und deren Rechtsvorstellungen bis hin zu Rachephantasien. Genau hier setzte MARK ROSEMANS (Bloomington) Vortrag an, der die Perspektive umdrehte und weniger auf die teilweise phantastischen Vorstellungen der deutschen Tätergesellschaft über zu erwartende jüdische Racheak-

te verwies als vielmehr danach suchte, ob die ehemaligen Verfolgten überhaupt bereits in der Situation der Verfolgung oder unmittelbar im Kontext des Kriegsendes sich Racheakte gegen ihre Täter ausmalten und welche Funktion dies für die Opfer hatte. Vor allem konstatierte er aber das überraschende Fehlen von umfänglichen Rachephantasien, ganz zu schweigen von Racheakten à la „Inglourious Basterds“. Die Preisträgerin des Historikerverbandspreises Ulrike Weckel betrachtete die Vorstellung von Rachephantasien von der Blickrichtung der Täter aus und analysierte anhand von Quellen aus dem Umfeld der Nürnberger Prozesse (von Angeklagten und Verteidigern genauso wie von Zuschreibern aus der deutschen Bevölkerung) diese Phantasien unter anderem als Spätfolgen der NS-Propaganda von der drohenden jüdischen Rache. Wie Gerechtigkeit im Angesicht des ungeheuren Ausmaßes der NS-Verbrechen überhaupt (wieder)hergestellt werden konnte, war – so zeigten die Vorträge der Sektion – einer der ergebnisoffenen Diskurse unmittelbar nach Kriegsende, in dem die Optionen von Vergeltung bis Verurteilung nach rechtsstaatlichen Prinzipien reichten. Wie die Beiträge von LAURA JOCKUSCH (Haifa/Jerusalem) und ELISABETH GALLAS (Leipzig/Wien) obendrein zeigten, waren auch Juden als nichtstaatliche, transnational handelnde Akteure engagiert an der Rechts-Findung nach 1945 beteiligt. Elisabeth Gallas beschrieb Initiativen von emigrierten Juden, sich frühzeitig um die Rettung und um das Recht auf Rückerstattung jüdischer Kulturgüter aus Europa zu bemühen. Laura Jockusch illustrierte die engagierte Einmischung und Beteiligung jüdischer Vertreter, beispielsweise des Jüdischen Weltkongresses, die an der Argumentationslinie in der Strafverfolgung der Täter im Nürnberger Prozess mitzuwirken versuchten. Die Vorträge dieser Sektion loteten mithin Fragen darüber aus, wie und ob Recht auch dort transnational ausgehandelt werden kann, wo nichtstaatliche Akteure Rechte für sich in Anspruch nahmen und einforderten, die im geltenden Völkerrecht nur für staatliche Rechtssubjekte vorgesehen waren, worauf MICHAEL STOLLEIS (Frankfurt am Main) in seinem Kommentar eindringlich hingewiesen hat. Schließlich konnten die Ver-

treter des jüdischen „Volkes“ – noch – nicht im Namen eines jüdischen Staates sprechen.

Das Themenfeld „Recht“ erwies sich als eines der Felder, für die ein transnationaler Blick ganz neue Perspektiven eröffnet. Denn wir sind hier Akteuren begegnet, die infolge der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vertreibungspolitik den Zusammenbruch von Recht und Gerechtigkeit erlebt haben. Als nichtstaatliche Akteure haben sie dann aber nach der Befreiung gerade mithilfe ihrer Rechtsvorstellungen versucht, ihre eigene Erfahrung von Entrechtung dafür zu nutzen, neue Möglichkeiten von Gerechtigkeit wiederherzustellen. Und auch die Diskussionen um Veränderung des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit fanden in einem supranationalen Feld statt, das in dieser Weise vor dem Ersten Weltkrieg nicht existierte. So kristallisierte sich vor allem bei der letztgenannten Sektion die Rechtsprechung und Aushandlung von Gerechtigkeit als transnationaler Raum heraus, in dem es gerade die individuellen Akteure sind, die durch die eigene grenzüberschreitende Erfahrung von Rechtlosigkeit als Heimatlosigkeit in der historischen Rückschau Rechtssysteme zu verändern suchten und damit neu gestalteten. Und so erschienen die in dieser Sektion aufgeworfenen Fragen sehr anregend: ging es doch unter anderem darum, auszuloten, inwiefern Recht als normative Kategorie durch die soziale Praxis der Recht-Sprechenden, Recht-Gestaltenden und Rechte-Einfordernden in einem transnationalen Diskursraum nationale Grenzen und Verengungen zu überwinden suchte.

Wenige Sektionen haben sich auf dem Historikertag ein explizites „transnationales Programm“ gegeben. Eine davon war das von STEFAN BERGER (Bochum) zusammengestellte Panel zur transnationalen Geschichte sozialer Bewegungen. TALBOT IMLAY (Quebec) versuchte am Beispiel der britischen, französischen und deutschen sozialistischen Parteien dem „praktizierten Internationalismus“ auf den Grund zu gehen. Er konnte nachweisen, dass zwar in beiden Nachkriegszeiten internationalistische Ideen großes Potential entfalten, dass dieser Internationalismus der sozialistischen Parteien jedoch

jeweils eine Dekade nach Kriegsende wieder in den Hintergrund trat und einer Re-Nationalisierung der politischen Agenda wich. Ähnlich machte auch HOLGER NEHRING (Sheffield) ein Primat des Nationalen aus, sobald es um die Anhängerschaft der jeweiligen landesspezifischen friedensbewegten Organisationen ging. In seiner Skizze der europäischen Friedensbewegungen betonte er die Spannung zwischen programmatisch geäußertem, transnationalen Anspruch und nationalem Pragmatismus, der die landesspezifischen Anhänger bedienen musste/wollte. Wie sehr die Idee des Internationalismus sogar für imperiale Interessen national verengt werden konnte, zeigte ANDREAS WIRSCHING (München) in seinem Vortrag zum kommunistischen Internationalismus Stalinscher Prägung, der den Internationalismus auf ein rhetorisches Mittel der Außenpolitik reduzierte. Die Vorträge von FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER (Freiburg im Breisgau) (Umweltbewegung) und KRISTA COWMAN (Lincoln) (Frauenbewegung) zeigten zudem eindringlich die Bedeutung von transnationalen Netzwerken für soziale Bewegungen, deren Agenda sich vor allem im transnationalen Protestdiskurs Gehör verschaffen konnte. So waren es gerade die zwischenstaatlichen, supranationalen Verhandlungsräume wie im Umfeld der Vereinten Nationen, in denen Themen wie Frauenrechte oder Friedenssicherung zuerst ausdiskutiert wurden. Auch wenn das Beharrungsvermögen des nationalstaatlichen Paradigmas nicht außer Acht gelassen werden kann, so schien doch immer wieder die herausragende Bedeutung der individuellen transnationalen Erfahrung und damit die Agency der handelnden Personen hervor. Zugleich jedoch ließe sich fragen, ob die transnationale Rede vom Internationalismus als Chiffre für den Zusammenhalt der „Einen Welt“ nicht letztlich nur eine nationale Legitimationsstrategie von um Anerkennung kämpfenden, marginalisierten politischen Bewegungen war.

Methodisch am anwendungsorientiertesten diskutierte womöglich die auf dem Historikertag meist eher marginalisierte Didaktik der Geschichtswissenschaft Fragen transnationaler Zugänge zur Geschich-

te, wie dies auch schon die Querschnittsberichterstatteerin von 2004¹¹ diagnostiziert hatte. Vielleicht liegt dies an der engeren Beziehung zur alltäglichen Praxis der Geschichtsvermittlung, mit der Geschichtslehrer und Geschichtsbuchverfasser zu tun haben. Müssen diese doch die fachwissenschaftlichen Forschungen einer Generation zugänglich machen und zur Diskussion stellen, die familiär und von ihren Erinnerungskontexten her betrachtet wesentlich „transnationaler“ ausgerichtet ist, als dies innerhalb der universitären Milieus alltäglich ist – jedenfalls jenseits der elitären Zirkel der akademischen „Class of Frequent Travellers“ (Craig Calhoun). Auf zwei Sektionen wurde am Beispiel von übernationalen Projekten diskutiert, wie transnationale Geschichte „gemacht“ und vermittelt werden kann. In einer Buchvorstellungssektion, die von RAINER BABEL und ROLF GROSSE (beide Paris) konzipiert worden war¹², präsentierten die Referenten die vom DHI Paris initiierte mehrbändige Reihe „Deutsch-Französische Geschichte“, die synchron sowohl auf Deutsch wie auch auf Französisch erscheint. Dabei erinnerten einige Referenten auch an die methodischen Herausforderungen, die mit einem „binationalen Geschichtsbuch“ einhergingen. So erinnerten MICHAEL WERNER und JEAN-MARIE MOEGLIN (beide Paris) an den die transnationale Forschungsperspektive inspirierenden Ansatz der Histoire croisée ebenso, wie die methodischen Diskussionen um Beziehungsgeschichte und historischen Vergleich. Inwiefern aus einem solchen Projekt wie dem vom DHI Paris Lehren für die Konzeption „transnationaler Geschichtsbücher“ gezogen werden können, war implizit auch Gegenstand der von ULRICH BONGERTMANN (Rostock), SIMONE LÄSSIG (Braunschweig) und ROLF WITTENBROCK (Saarbrücken) initiierten Sektion über „Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuch-

¹¹ Katja Gorbahn: Historikertag 2004: Geschichtsdidaktik, in: H-Soz-u-Kult, 02.11.2004, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=548&type=diskussionen>> (06.02.2013).

¹² Buchvorstellung, „Neue Ansätze für eine transnationale Geschichte. Das Beispiel der Deutsch-Französischen Geschichte in elf Bänden“, Sektionsleiter: Rainer Babel / Rolf Große.

projekte? Transkulturelle Sichtweisen in der europäischen Schulbuchdarstellung“. Das deutsch-französische Geschichtsbuch wurde hier genauso präsentiert (ETIENNE FRANÇOIS (Berlin) / PETER GEISS (Berlin) / RAINER BENDICK (Osnabrück)), wie ein ebenfalls von einem binationalen „Tandem“ konzipiertes deutsch-polnisches Geschichtsbuch (KARL HEINRICH POHL (Kiel) / ROBERT TRABA (Berlin)). Mit welchem Konzept die ganze Komplexität transnationaler Beziehungen und Perspektiven auf Geschichte tatsächlich für den Schulunterricht – mit der dazu notwendigen didaktischen Reduktion – anspruchsvoll und zugleich handhabbar gestaltet werden kann, wurde auf dieser Sektion diskutiert. Einer der Vorschläge, Multiperspektivität auch durch gesteigerte Flexibilität in der Darstellungsform zu schaffen bzw. abzubilden, war das im Entstehen begriffene Projekt „Historiana“, das Lehrmaterialien europaweit digital zur Verfügung stellen möchte (präsentiert von SYLVIA SEMMET (Speyer) und GEERT KESSELS (Den Haag)). Eine der besonderen Herausforderungen der transnationalen Geschichte ist, dass sie nur in der Reziprozität bestehen kann und damit immer Beziehungsgeschichte ist. Noch dazu eine Beziehungsgeschichte, die mehr noch als die internationale Geschichte den Transfer und vor allem die dabei von statten gehende Weiterentwicklung von Konzepten in meist mehreren nationalen Kontexten analytisch erfassen können muss, um wirklich den nationalen Blick zu überwinden. Dies bedeutet, einen multiperspektivischen Standpunkt – oder korrekter wohl: beständig wechselnde Standpunkte – einzunehmen. Dies wiederum kommt mit einer ganz konkreten Herausforderung für die Forscher/innen einher, da zur Multiperspektivität in den meisten Fällen auch die Mehrsprachigkeit gehört. Wer beispielsweise die Geschichte des Esperanto als transnationaler Sprache schreiben wollen würde, käme nicht umhin, mindestens zwei weitere Sprachen zu beherrschen, um die unterschiedliche Einbettung und Diskussion um eine übernationale Sprache in verschiedenen nationalen Kontexten sinnvoll einordnen zu können.

Nur als Randbemerkung: Das Deutungspotential der transnationa-

len Geschichte liegt dabei genauso bei der Analyse von Kriegen wie von Frieden. Damit ist gemeint: man sollte sich in Acht nehmen, die Anwendung einer transnationalen Perspektive der Forschung ineinzusetzen mit einem eingeschränkten libertären, evt. gar universellen Forschungsansatz oder der Erwartung, hiermit vor allem Themen der „Einen Welt“, der Menschenrechte, der Ausweitung des Völkerrechts oder der internationalen Friedenssicherung abzudecken. Ist es doch nicht der Frieden, sondern der Krieg und die Geschichte des Krieges, die eines der originärsten transnationalen historischen Ereignisse darstellt. So hat beispielsweise der Menschenhandel eine transnationale Geschichte, wie ein Blick auf das Programm der Sektion „Ressource Mensch“ von ANNE DUPRAT (Paris) und LUDOLF PELIZAEUS (Mainz) erahnen ließ. Und es ist auch nicht der Kosmopolitismus, sondern zunächst der Faschismus, der als transnationale Bewegung beschrieben und historisiert wurde, beispielsweise von Mark Mazower und Eric Hobsbawm. Obendrein ist die Existenz transnationaler Beziehungen in den meisten Fällen ein Elitephänomen.

Nahezu allen auf dem Historikertag gehörten Beiträgen wohnte als Ausgangspunkt gleichwohl nach wie vor der westliche Blick inne, bzw. ein mono-national geprägter Blick. Dies als Vorwurf zu formulieren, wäre aber denkbar unfair. Es sei nur darauf hingewiesen, um zu zeigen, wie schwierig es ist, ohne den „nationalen Container“ transnational zu denken. Es soll hier auch nicht der inflationären Nutzung von Modeschlagwörtern für die Einleitungs- und Antragsprosa bis zum nächsten *turn* das Wort geredet werden. Aber auch auf dem Historikertag zeigte sich, dass die womöglich schon feststellbare Kanonisierung der transnationalen Forschungsperspektive durchaus gewinnbringend sein kann. Nationale Geschichte mit einem transnationalen Blick über Grenzen hinweg zu betreiben, kann die Einsicht in die Vielfältigkeit historischer Entwicklungswege und letztlich auch die Kontingenz historischer Entwicklungen vertiefen. Bei diesem gedanklichen Grenzgang überschreitet die Forschung auch bei Themen der nationalen Geschichte Grenzen, reflektiert die Bedeutung und das historische

Miriam Rürup

Gewordensein von diesen genauso wie die grenzüberschreitenden Verflechtungen selbst, die immer auf die nationale Geschichte zurückwirken. Auf dem Historikertag wurde also nicht eine (neu)modische Ablösung von Ideen wie Verflechtungsgeschichte exerziert, sondern transnationale Geschichte mit den bekannten Methoden der *histoire croisée*, der Verflechtungsgeschichte und dem historischen Vergleich betrieben, um nationale Geschichte in ihrer internationalen und globalen Vernetztheit zu beschreiben. Das Deutungspotenzial einer transnationalen Perspektive auf die Geschichte beruht dann womöglich darin, dass man transnational denkend nicht nur der Kontingenz sondern auch der Offenheit und fortwährenden Veränderbarkeit von Geschichte im Spannungsfeld von nationalem, lokalem, individuellem Pragmatismus und internationalen Aushandlungsprozessen und Erfahrungswelten nachspüren kann.

Umweltgeschichte

von Agnes Kneitz

Besprochene Sektionen:

„Global Commons - Anspruch und Legitimation der „Gemeingüter“ als Erbe der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg“

„Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren“

„Die Ressourcen der Stadt. Konzepte zur Untersuchung der historischen Stadt als materielles Phänomen“

„‘What’s the matter?’ Die Provokation der Stoffgeschichte“

„Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte“

Bedingt durch das Thema „Ressourcen – Konflikte“ war der Historikertag in Mainz gradezu prädestiniert, eine große Anzahl umwelthistorisch relevanter Sektionen zu präsentieren. Dies trägt jedoch auch der steigenden Tendenz Rechnung, umwelthistorische Themen unter dem Deckmantel anderer historischer Disziplinen hervorzulocken. Denn anstatt sich als eigenständige Forschungsrichtung innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaften methodisch hervorzutun, scheint sich stattdessen eine gewisse Selbstverständlichkeit umweltrelevanter Fragestellungen durchgesetzt zu haben.¹ Der Produktivität des Feldes tut dies jedoch keinen Abbruch. Insbesondere Klima- und Naturkatastrophengeschichte haben sich dabei in den letzten Jahren einen festen Platz erobert, ebenso die Biomobilität und die Ozeane als weitgehend unerforschte Territorien. Daneben erarbeitet sich die Umweltgeschichte aktuell aber auch die Geschichte von Tieren, der Materialität von Objekten (thing studies), die Stadt- oder Energiegeschichte. Gerade die Nachhaltigkeit und Materialität von Ressourcen oder Stoffen sowie

¹Franz-Josef Brüggemeier / Jens Ivo Engels, Den Kinderschuhen entwachsen. Einleitende Worte zur Umweltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Dies. (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt am Main 2005, S. 10-19.

deren Nutzungs- und Verteilungsgeschichte fanden in den Vorträgen in Mainz ihren Niederschlag. Dabei spiegelte sich auch deutlich der Trend zur Globalisierung des Forschungsfeldes wieder, die sicher dazu beiträgt, der noch immer etwas „undisziplinierten“ Disziplin² bei der Selbstpositionierung zwischen Geistes- und Naturwissenschaften behilflich zu sein.

ANDREA REHLING (Mainz) und ISABELLA LÖHR (Heidelberg) organisierten die Sektion „Global Commons - Anspruch und Legitimation der ‚Gemeingüter‘ als Erbe der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg“. Auch wenn der mit den Commons (globalen öffentlichen Gütern) verbundene Schutzgedanke nicht neu war, sei er doch erst spät auf kulturelle, wissenschaftliche und Informationsgüter übertragen worden. Die historische Genese der Commons sei Teil des Globalisierungsprozesses, der mit der Veränderung globaler Politik eine neue Weltordnung geschaffen habe und bedürfte damit besonderer Aufmerksamkeit.

Veränderliche demographische Handlungsfelder zwischen global commons und global needs seit 1950 untersuchte der Vortrag von HEINRICH HARTMANN (Basel). Als besonderes Problem stellte dieser zunächst die Geringachtung von Gemeingütern gegenüber individuellen Gütern fest. Trotz steigender Bevölkerungszahlen habe keine Anpassung der Reproduktion zur Maximierung des Gesamtwohls stattgefunden, statt dessen sei die „Weltbevölkerung“ selbst zum schützenswerten Gemeingut geworden. Über Entwicklungshilfe sei zwar auf den Export von Problemen aufmerksam gemacht worden, dennoch scheiterten Sozialpsychologie und Humanökologie in ihren Bestrebungen eine gemeinsame (Welt-)Bevölkerungsplanung anzuregen.

Die Diskussion um Meere, Pole und das Weltall um 1970 stellte SABINE HÖHLER (Stockholm) ins Zentrum ihres Vortrags. Der Streit um neue Souveränitätsrechte, stellte sich weitgehend als traditionel-

²Uwe Lübken, Undiszipliniert. Ein Forschungsbericht zur Umweltgeschichte, in: H-Soz-u-Kult, 14.07.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-07-001>> (18.02.2013).

ler Streit um exterritoriale Gebiete dar. Deutlich wurde, dass die UN keinen ausreichenden Schutz und Struktur zur Regelung der neuen Territorien bot, weshalb Greenpeace die Global Commons ausgerufen habe. Mit fortschreitender Durchdringung der exterritorialen Gebiete musste auch die Globus-Definition auf Arktis, Orbit und Tiefsee ausgeweitet werden. Diese neuen Räume wurden ab den 1950er-Jahren symbolisch besetzt nach terra nullius, deren Vergemeinschaftlichung nach res communis vorgenommen. Neu in diesem Prozess war der Schutzgedanke sowie die gemeinsame Nutzung der Territorien, weshalb ein Schutz vor dem Zugriff Einzelner auf die neuen Gebiete gewährleistet werden musste. Umweltsicherheit vor allem der Arktis, sichert und motiviert heute die Commons, die neue Auflösung von Souveränitätsrechten führe jedoch zu Konkurrenz in globalem Maßstab.

Daran anschließend stellte ANNA-KATHARINA WÖBSE (Genf) in ihrem Vortrag die Frage nach Natur und Umwelt als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945. Dabei rückte die Entwertung der naturgegebenen natürlichen Gemeingüter in den Mittelpunkt. Angesichts des Klimawandels sei es nach Ansicht Wöbse dringend notwendig Eigentumsrechte in Bezug auf die natürlichen Gemeingüter zu diskutieren, insbesondere die Verwertung und Zugänglichmachung des Meeres und die dabei vorherrschende Nord-Süd-Verschiebung. Nationalstaatliche Gemeinschaften sähen die Welt als Entität – die Bildung des Völkerbundes habe jedoch neuen politischen Raum und Akteure produziert. Wie Höhler machte Wöbse auf die Widersprüchlichkeit innerhalb der UN aufmerksam: individuelle Ressourcennutzung vs. Schutz der Ressourcen sowie Eingriffe in Freiheit und Souveränität. Problematisch sei weiter, dass noch immer keine UN-Umweltorganisation existiere. Zwar sei die Biosphärenkonferenz 1968 schon als integrativ zu bewerten, neue institutionelle Formierungen machten jedoch die Partizipation neuer Akteure notwendig.

Der Schutz von Kulturdiversität und Kulturerbe als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945 wurde von ANDREA REHLING

(Mainz) untersucht. Problematisch sei nach Rehling insbesondere die drohende Homogenisierung der Weltkultur(erbe), nicht zuletzt durch Verschriftlichung des Wissens und fortschreitende Globalisierungsprozesse, dennoch würden die Partikularinteressen der Industriestaaten oft (versuchsweise) durchgesetzt. Gerade kulturelle Identität und Wissen könnten jedoch als natürliche Ressourcen für das Gemeinwohl nutzbar gemacht werden; was sich auch auf kulturelle Praktiken und Wissen um den Umgang mit der Natur übertragen lässt.

Daran anknüpfend machte ISABELLA LÖHR (Heidelberg) den Widerstreit zwischen Weltkulturerbe und geistigem Eigentum zum Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Mit der Übertragung von Kulturwissen in individuelles Eigentum seien ab Mitte des 20. Jahrhunderts die Rechte gewissermaßen „ausgefertigt“. Urheberrechte, eigentlich als Ausgleichsinstrument angelegt, schafften heute Schwierigkeiten: In stetiger Ausweitung des Schutzbereichs und der zu schützenden Gegenstände. Neues Konfliktpotenzial, konstituierte die UNESCO etwa durch ihren exklusiven (westlich geprägten) Kulturbegriff, der gerade in Entwicklungsländern kontraproduktiv wirke.

Im Kommentar wies BERNHARD GIßIBL (Mannheim) auf die Rolle der Menschheit als Bedrohung der Gemeingüter, vor allem des Gemeingutes „Erde“ hin, deren Souveränität in der Nutzung sich der Mensch allerdings für sich beanspruche. Dabei unterliegende Systematiken und Weltbilder führten dazu, dass es bei einigen der globalen Gemeingüter leichter sei (politische) Kompromisse zu erzielen. Gerade in Bezug auf Naturräume ausschlaggebend sei die in den 1960er-Jahren einsetzende Abgrenzung von Mensch und Natur, etwa über die Einrichtung von Nationalparks – erst ab Ende der 1960er-Jahre sei der Mensch als Teil des Ökosystems anerkannt worden.

Die Sektion „Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren“ unter der Leitung von CHRISTIAN KEHRT (Hamburg) und FRANZISKA TORMA (München), kann als synergetisch mit der Sektion zu den Global Commons gesehen werden. Hier wurde die Umwelt des Meeres als

Ressource, voll von Ressourcen in den Blick genommen, war als globales Gemeingut jedoch entsprechenden politischen Veränderungen unterworfen.

ARIANE TANNER (Zürich) zeichnete in ihrem Vortrag nach, wie vor dem Hintergrund neo-malthusianischer Sichtweisen auf das Wachstum der Weltbevölkerung Plankton als Rohstoff zur Lösung der Welthungerproblematik in den Blick geriet. Die „Chlorella“-Alge spiegelt hier das Anliegen der hochindustrialisierten Länder wider, bio-chemische Sichtweisen auf Mensch und Ingenieurwissen durchzusetzen. Exemplarisch entspreche der Mensch auf dem Planeten dem Algenansatz im Reagenzglas, das durch einen Aufbruch kaputt gehe, so Tanner. Allerdings konnte die Welthungerlösung durch Technikoptimismus nicht gesichert werden; was nicht zuletzt mit einer gewissen Technikutopie zusammenhing.

Globale Güter und territoriale Ansprüche der BRD untersuchte SVEN MESINOVIC (Florenz). Die globale Debatte wurde in der BRD ab der Ölkrise von Wissenschafts- zu Wirtschaftsförderung begleitet, mit dem Ziel marine Technologien zu entwickeln, und marine Rohstoffe zu sichern. In der Debatte um die Seerechtskonferenz 1976 sah sich die BRD als Kurzküstenstaat benachteiligt und forderte vehement freien, nicht diskriminierten Zugang zu den Rohstoffen und den neuen noch zu erobernden Territorien unter Wasser. Aus dem Wechsel in der Weltpolitik und Ressourcenfrage, unter Betonung des Zusammenhangs von Bevölkerungswachstum, Rohstoffnutzung und Meeresforschung, entwickelte sich schließlich eine politisierte Debatte um Verteilungsgerechtigkeit und Nutzung von Rohstoffen.

FRANZISKA TORMA (München) analysierte in ihrem Vortrag die Funktionen des Fisches als Ressource und symbolisches Kapital in entwicklungspolitischen Zusammenhängen, am Fallbeispiel der Entwicklungscoalition Deutschland – Thailand Ende der 1950er- bis Mitte der 1970er-Jahre. Hier sollte nachhaltige Fischerei und Subsistenzwirtschaft mit deutscher Unterstützung umgestellt werden auf ein wirtschaftlich erfolgreiches System und globale Fischfangtechnolo-

gie. Die komplette Umorganisation der thailändischen Fischerei hatte enorme ökologische Folgen: das Absterben der Korallenriffe. Ab Mitte der 1960er-Jahre resultierten erste Erkenntnisse des eigenen mangelnden Wissens um ozeanographische Zusammenhänge und ökologische Folgeschäden in Investitionen in Schutzmaßnahmen. Torma bezeichnete dies treffend als „Grenzen der Ressourcen-Selbsterfahrung“ des Wachstums; erst UN und Club of Rome brachten eine Rückführung zu nachhaltigem, traditionellen Fischfang. Das thailändische Beispiel veranschaulicht die konträren Zukunftsvisionen in der Entwicklungshilfe, den schmalen Grat zwischen Industrialisierung und Umwelterstörung sowie die Schwierigkeit in der Erhaltung des prekären Gleichgewichts von Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit.

„Dem Krill auf der Spur“, war CHRISTIAN KEHRT (Hamburg), der in seinem Vortrag Ressourcenfragen als Leitmotiv für die Institutionalisierung der deutschen Polarforschung in den 1970er-Jahren untersuchte. Die Nutzung der Welfischbestände bedeutete neue Ressourcenerschließung besonders im arktischen Raum, der Krill galt hier als Indikator für Fischereipotenzial und Nahrungsmittel gleichermaßen. Wirtschaftliche Effizienz und nachhaltige Nutzung mariner Lebensmittelressourcen sollten auf der Grundlage meeresbiologischen Wissens gesichert werden. Außerdem sollte der Stand der BRD in arktischen Verhandlungen dadurch verbessert werden. Diese Zielsetzungen führten schließlich zur Gründung der Polarforschung in der BRD. Der Krill könne, so Kehrt, als Schlüsselobjekt für die deutsche Bedeutung unter den arktischen Nationen gesehen werden: der globale Wissensraum Meeresforschung wurde erschlossen, zunehmend Umwelt- und Ressourcenfragen debattiert und eine kooperative Strategie für eine Teilnahme am Arctic Treaty System begründet.

SABINE HÖHLER (Stockholm) bezeichnete in ihrem Kommentar die Wachstums- und Schrumpfungsvorgänge in den 1970er-Jahren als Übergang von SciFi in SciFact. Wie in Zeiten absoluter Grenzen wurde eine Wahl erzwungen, Ressourcenverknappung und globale Konkurrenz machte die Neuverhandlung der Ozeane als Territorium

bzw. Ergänzungssystem notwendig. Hier gingen Territorial- und Forschungspolitik Hand in Hand, die entstehenden politischen Probleme seien, so Höhler, eigentlich biologischer Natur, die die Menschheit als Ganzes betreffen. Das Meer wurde – gespeist vom Technikoptimismus der Zeit – zunehmend als Reservoir lebender Ressourcen wahrgenommen. Diese neue Aufmerksamkeit führte schließlich zu einer Neuorganisation des Umweltbewusstseins. Hierbei spielte die Wissenschaft als Raumgewinn mit anderen Mitteln eine zentrale Rolle über die Entwicklung von Technologien aber auch Techniken zur Entwicklung auf globaler Ebene. Schließlich habe die Verwechslung von Balance und Bilanz zu neuer globaler Ökonomie und Ökologie geführt.

Die Beiträger zum Roundtable „Die Ressourcen der Stadt. Konzepte zur Untersuchung der historischen Stadt als materielles Phänomen“, organisiert von DIETER SCHOTT (Darmstadt), beschäftigten sich in ihren Vorträgen mit Konzepten und Ansätzen zur Erforschung des Ressourcengebrauch in historischen Städten sowie deren Voraussetzungen und Beschränkungen. Dabei fungiere der ökologische Fußabdruck als nützliche Metapher in historischen Studien, um die Auswirkungen von Städten zu quantifizieren.

SABINE BARLES (Paris), stellte in ihrem Vortrag den Beitrag einer Analyse von Material- und Energieströmen für die Erforschung urbaner Ressourcen vor. Beispielhaft wurde dies an den Energieversorgungsarealen von Paris im 19. und 20. Jahrhundert veranschaulicht. Dessen Versorgungsinfrastrukturen stellen die ökologische und soziale Verbindung zwischen Stadt und Natur dar, so wie etwa ein Aquädukt sowohl technische Infrastruktur und Ökosystem gleichermaßen sei. In der statistischen Auswertung des Nahrungs- und Energiekonsums von Paris ab dem 18. Jahrhundert zeigten sich Wasser, Energie und Arbeitskraft, wie erwartet als maßgebliche Ströme. Nicht fassbar für die Statistiken sei jedoch die menschliche und tierische Arbeitsleistung sowie die hydraulische Fließenergie.

Technologische Strukturen als Basis für soziale und andere Me-

tabolismen untersuchte JENS IVO ENGELS (Darmstadt). Er machte deutlich, dass die Forschung zur Infrastruktur eigentlich eine Geschichte von Machtbeziehungen sei. Die Materialität der Infrastruktur, so wurde offensichtlich, könne dabei Probleme gleichermaßen beheben oder verursachen. Ähnlich wie bei Infrastrukturen bleiben bei der Entwicklung der Städte Machtstrukturen meist bestehen, weiterhin gäbe es eine Zirkulation von Macht – vor allem zwischen Zentrum und Peripherie. Offen blieb die Frage ob die Stadt Macht durch Infrastruktur erhalte, auch ohne Akteur zu sein. Immerhin sei sie aber ein Ort von Machtaushandlung, wobei Infrastruktur als Richtungsleiter für die (Macht)ströme fungiere.

Eine bisher nicht ausreichend ausgebeutete Ressource für die Umweltgeschichte präsentierte MARTIN KNOLL (Darmstadt). Die urbane Ikonographie in Mittelalter und Früher Neuzeit könne zur Beschreibung der Umwelt/Natur und Stadt Beziehungen genutzt werden. Am Beispiel der Stadt Regensburg zeigte Knoll die Wege urbaner Ressourcenversorgung auf. Für die Darstellung der Ressourcen und Versorgungskorridore der Stadt erschließt sich mit der Ikonographie alternatives neues Quellenmaterial. Die perspektivischen Darstellungen zeigten zwar eine Harmonie in der soziologischen und natürlichen Ordnung, wie sie de facto nie existierte, Schwerpunkte und Gewichtungen der Infrastrukturen würden jedoch deutlich hervorgehoben und erlaubten so Rückschlüsse auf deren Relevanz.

MARTIN SCHMID (Klagenfurt) und VERENA WINIWARDER (Klagenfurt) stellten das Konzept der sozionaturalen Schauplätze sowie deren Anreiz für die Umweltgeschichte am Beispiel der Stadt Wien 1529-2010 vor. Der Mehrwert des Konzeptes ergibt sich aus dessen Integration von Natur und Kultur. Sozionaturale Schauplätze konstituieren sich aus menschlichen Praktiken und deren materiellen Niederschlägen bzw. Arrangements. Je weitreichender der Eingriff in die natürliche Umwelt – insbesondere mit dem Zweck der Energiegewinnung – umso größer seien die möglichen Probleme durch erzeugtes Energielevel, Abnutzung und Verschleiß (Wassermühle vs.

Staudammkraftwerk). Winiwarter/Schmidt teilen diese in kurzzeitige, mittelfristige und Langzeitfolgen ein, mit jeweils beunruhigenden, problematischen oder üblen Folgen für den jeweiligen sozionaturalen Schauplatz. Gerade für eine nachhaltige Stadtentwicklung seien derartige vergangene Entwicklungen von Bedeutung; bisher jedoch nicht hinreichend erforscht.

In der Diskussion wurde die Bedeutung der Infrastruktur als Voraussetzung und Resultat menschlichen Verhaltens weiter unterstrichen. Auf Grund ihres Einflusses auf die Menschen, könne ihr zudem eine gewisse Art von Agency etwa in Konflikten oder politischen Debatten zugeschrieben werden. Fraglich blieb, ob Territorien von Städten allein durch wirtschaftliche Hegemonie gehalten oder politische Strukturen benötigt würden. Mit steigender Stärke und Macht des finanziellen Sektors ab den 1880er-Jahren, lasse sich dabei generell eine erhöhte Lebensspanne von Infrastrukturen feststellen.

FRANK UEKÖTTER (München) leitete die Sektion „What’s the matter?“ Die Provokation der Stoffgeschichte. Einleitend stellte er die Frage ob die Stoffgeschichte ein Komplement oder eine Gegenbewegung zur Kulturgeschichte darstelle und betonte, Nutzen und Sinn für die Geschichtswissenschaft seien bisher nicht ausreichend genutzt worden.

Schokolade war das Thema von ANGELIKA EPPLER (Bielefeld), das sie als Geschichte der Globalisierung mittels Warenkettenanalyse untersuchte und die Erfolgsgeschichte des hybriden Produktes vom Heil- und Würzmittel zum Konsumschlager nachzeichnete. Im 19. Jahrhundert erfuhr die Schokolade eine Neudefinition als industrielles Produkt. Durch die Lebensmittelchemie wissenschaftlich erzeugte Tatsachen, wie deren Reinheit machte sich vor allem die Werbung zu Nutze, was den weiteren Erfolg der Schokolade beförderte. Die Provokation der Stoffgeschichte beruhe nach Eppler in ihrem Potenzial Globalgeschichte makro- und mikroperspektivisch zu verbinden, dabei biete sie empirische Möglichkeiten die Geschichte der Globalisierung aufzulösen und durch kleine Geschichten neu zu erzeugen.

Den Gefahrenstoff Asbest machte PAUL ERKER (München) zum Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Er wies auf die unterschiedlichen methodisch-konzeptionellen Herausforderungen prekärer Stoffe für die Stoffgeschichte im engeren Sinne hin. Risikowahrnehmung und Aushandlung seien bei den Stoffkreisläufen von Asbest grenzwertig, dessen Stoffkarriere durch Ambivalenzen und Metamorphosen vom „Magic Mineral“ zum „Killer Dust“ gekennzeichnet. Möglicherweise ließe sich die Asbestgeschichte jedoch in eine Erfolgsgeschichte über Ausstieg, Brandschutz und Risikorückgang umdeuten, so Erker. Dennoch ergäben sich mittlerweile neue Probleme, aus der Substituierung prekärer Stoffe und einer Verlagerung der Verwendung in die Schwellenländer. Zudem machten sich aktuell die Altlasten des Stoffes in einem Anstieg von Krankheits- und Todesfällen bemerkbar. An diesem Beispiel zeige sich eine Transformation umweltrelevanten Wissens und Erkenntnisprozessen in kulturelle, politische, und Gesellschaftsgeschichte.

BERND-STEFAN GREWE (Freiburg im Breisgau) zeichnete in seinem Vortrag den Weg des Goldes vom unnützen Material zum Garant von Währungsstabilität nach, was er nicht von ungefähr als gewisse Absurdität bezeichnete. Wie Eppler, nahm er eine globale Warenkettenanalyse vor, dabei verortete er deren Vorteile vor allem in der Verbindung transnationaler Flüsse von Material und Kapital und einer klaren narrativen Ordnung durch die materiellen Eigenschaften des Edelmetalls. Der Stoff zeichne sich nach Grewe durch die permanente Wandelbarkeit seiner Materialität aus, die in einer globalen Warenkette Einfluss auf alle Bereiche habe.

Kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Herausforderungen an die Sojabohne untersuchte INES PRODÖHL (Washington). Soja stelle eine Herausforderung für die methodisch-theoretische Arbeit dar, Erkenntniserweiterung entstehe hier durch transkulturelle Wirtschaftsgeschichte. Steigende Nachfrage an Soja setzte mit Bedarf an vegetarischem Öl als Ersatz von Baumwollsaamenöl zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein. Interessant sei dabei die gesellschaftliche Gleichgültigkeit in

den USA gegenüber der Sojabohne. Zwar existieren Warentransfers zwischen den sojaverwendenden Staaten, die jedoch eigene kulturelle Wege beschreiten. Prodöhl stellte fest, Soja verbinde und trenne Kulturen und Gesellschaften gleichermaßen. Interessanterweise habe kaum eine kulturelle und landwirtschaftliche Entwurzelung der Pflanze stattgefunden, aber auch keine kulturelle Übersetzungsleistung in deren Verwendung.

Die Frage nach der Provokation der Stoffgeschichte, die im Titel angedeutet wird, konnte auch in der Diskussion nicht vollständig beantwortet werden, offen bleibe unter anderem das Ziel der Provokation. Dennoch kann die Stoffgeschichte als wertvolle Kategorie für die Umweltgeschichte gelten, die sich zunehmend mit der Materialität ihrer Untersuchungsgegenstände auseinandersetzt.

Der Umgang mit der Materialität von Ressourcen, den Abhängigkeitsbeziehungen von Akteuren, Strukturen und Distribution von „Abfall“ schließlich, war das Thema der Sektion „Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte“, organisiert von ROMAN KÖSTER (München) und HEIKE WEBER (Berlin). Hier ging es insbesondere um den Wert, des Abfalls – als Ressource – der nicht mehr nur unter ökonomischen sondern zunehmend unter ökologischen Aspekten definiert wird.

Auf Grund von Krankheit musste der einleitende Vortrag von REINHOLD REITH (Salzburg) gelesen werden. Reith beschäftigte sich mit der Entstehung von Märkten für „Abfall“. Dabei kategorisierte er Rest- und Risikostoffe als natürliches Resultat von Konsumtion und Produktion. Weggeworfen würde nur Wert- oder Sinnloses, was in direktem Zusammenhang mit der Knappheit von Ressourcen stünde, entsprechend passten sich Produktivität und Arbeitseinsatz im Umgang mit „Abfall“ an. Eine Umstrukturierung des Abfallhandels hin zu überregionalen Märkten mit staatlicher Regelung habe ab dem Kaiserreich eingesetzt.

HEIKE WEBER (Berlin) betrachtete in ihrem Vortrag mit dem metaphorischen Titel „Schaffet Werte aus dem Nichts!“ die Rolle der Frauen

bei der Wiederverwertung von Küchenresten im Ersten Weltkrieg und während der NS-Zeit. Dabei erfuhr „Abfall“ hier eine graduelle, insbesondere ideologische Aufwertung, eng verbunden mit dem Ideal der sparsamen Hausfrau. Als moralische Begründung fungierte die Wiedereingliederung in den ökonomischen Kreislauf, so dass während des Ersten Weltkrieges der „Abfall“ als Ressource regelrecht ausgebeutet worden sei. Oft waren dabei die Frauen selbst initiativ gewesen. Das Schwein als Nahrungskonkurrent entwickelte sich dabei zum Recycler für Nahrungsmittelreste. Frauen stiegen über Nacht auf zu „Recycling-Fachleuten und -Unternehmern“ so Weber, die an der Heimatfront auch entsprechende Würdigung erfuhren. Insgesamt hätten die Frauen jedoch nur eine Nebenrolle gespielt, im „NS-Müllregime“, das mit seinen Zentralisierungsstrategien die Verwertung des „Wertlosen“ perfektioniert habe.

CHAD DENTON (Seoul) betrachtete in seinem Vortrag „Recuperez!“, die französischen Recycling-Kampagnen zwischen 1939-1945 und ihre deutschen Ursprünge. Im Vichy sei die Altstoffsammlung in gegenseitigem Einvernehmen eingerichtet worden, die deutschen Einflüsse jedoch verborgen, und sich auf französische Traditionen berufen worden, deren Infrastruktur, Technologie und Umsetzung zu großen Teilen von jüdischen Landsmännern getragen wurden. Mit Parolen wie „Müll muss unterdrückt werden“ versuchte man bereits vor der deutschen Übernahme der Sammelstellen und der Gründung der Wiederverwertungsorganisation OCRP, die Bevölkerung zu sensibilisieren. Denton vermutet, die gute Annahme des deutschen Vorbildes habe auf der hohen Übereinstimmung mit den eigenen Plänen Vichys beruht, auch wenn dies einen Ausschluss der jüdischen Händler bedeutete. In den Jahren 1944/45 blieb die Organisation der Abfallverwertung, auch personell, erhalten. Jedoch erwies sich die Rückkehr der jüdischen Expertise in den „Kriegsmüll“ schließlich als Erfolgsrezept.

Im „Abschied von der ‚verlorenen Verpackung‘“ zeichnete ROMAN KÖSTER (München), die Geschichte des Recyclings von Hausmüll in Westdeutschland 1945-1990 nach. Diese Veränderungen lassen

sich zurückführen auf Wohlstandszuwachs, städtebauliche Veränderungen, Durchsetzung der Selbstbedienung im Einzelhandel, Technisierung der Hausarbeit, bei gleichzeitig steigender Müll- und Verpackungsmenge. Maßgeblich für die Durchsetzung moderner Recyclingpraktiken sei nach Köster schließlich die Verwissenschaftlichung der Abfallwirtschaft sowie zunehmendes Umweltbewusstsein bei weiter steigenden Müllmengen gewesen; zur Institutionalisierung des Recyclings hätten private Entsorgungsfirmen erheblich beigetragen. Zusammenfassend stellte Köster fest, gerade das Zusammenwirken von ökologischen und ökonomischen Faktoren hätten ab den 1970er-Jahren zu dauerhaften Recyclingstrukturen geführt (sekundäre Rohstoffpreise). Die Unterschiede zwischen modernen und traditionellen Strukturen ergäben sich jedoch vor allem aus der Beteiligung internationaler Unternehmen sowie der Konzentration auf ökonomische Parameter statt umweltschützerische Aspekte.

Der ebenfalls in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angesiedelte Vortrag von CHRISTIAN MÖLLER (Bielefeld), beschäftigte sich mit der Abfallwirtschaft in der DDR und beleuchtete sozialistische Verwertungskonzepte und Entsorgungspraxis zwischen Ökonomie und Ökologie. Hier bestimmten Widersprüche, Zäsuren und Wandlungsprozesse die Kontinuitäten seit dem Zweiten Weltkrieg. Besonders ins Auge fällt die Abweichung von Anspruch und Praxis, denn erst ab den 1960er-Jahren fand eine Umdeutung der Abfall- über die Umweltpolitik statt. Extreme Rohstoffknappheit und Abfallmangel hätten zu historischen Stilblüten, wie etwa bewusster Schrottproduktion oder Abfallimport aus dem nichtsozialistischen Ausland geführt. Strukturbildende Maßnahmen zur Umsetzung umweltpolitischer Richtlinien waren: Propaganda, finanzielle Anreize und Mangelsituation. Letztendlich entstand ein Umweltbewusstsein nicht aus Idealismus, sondern aus Eigeninteresse. Demgegenüber steht eine Zunahme vor allem toxischer Industrieabfälle, weshalb man ab den 1960er-Jahren nach Möllers Ansicht sogar von einer Pervertierung der Umweltschützbestrebungen in der DDR sprechen kann.

Im Kommentar hob VERENA WINIARTER (Klagenfurt) die zentrale Rolle der Kriegswirtschaft (Ersatzstoffe) bei der Einführung und Durchsetzung nachhaltiger Recyclingstrukturen hervor. In den Vorträgen sei jedoch weder Toxizität noch Art und Zusammensetzung des Mülls durch Kunststoff thematisiert worden. Als Potenzial der Vorträge hob Winiwarter hervor, nicht nur Mangel, sondern auch Nutzlosigkeit des Mülls seien deutlich geworden, ebenso eine Verschiebung des Mangels. Außerdem hob sie die Bedeutung von Sekundärrohstoffen als nie versiegende Quelle hervor, die versuchte Anhebung der Bewertung von Abfällen sowie städtebaulicher Wandel als Grundlage für Veränderungen. Abfallorte seien dabei als Nicht-Orte zu sehen – deren Auslagerung aus den Siedlungen das Problem lediglich verschiebe.

FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIERs (Freiburg im Breisgau) Vortrag zur Internationalisierung der Umweltbewegung, schloss im wahrsten Sinne des Wortes die umwelthistorischen Beiträge des Historikertages ab. Gekennzeichnet sei die Umweltbewegung heute von zunehmender Institutionalisierung, Professionalisierung und Bürokratisierung, was zu einer Krise, einem Verschwinden der spontanen Elemente führe. Neu seien die „neuen“ Bewegungen zwar nicht. Ab den 1960er-Jahren setzte jedoch eine bewusste Abgrenzung der neuen Umweltbewegung gegenüber traditionellen Organisationen ein. Dabei gelangen die neuen sozialen Bewegungen vor allem dort, wo sich eine einfache Verbindung von Traditionellem und Neuem herstellen ließ. Trotz einer anfänglichen Skepsis der regionalen und nationalen Verbände gegenüber einer zunehmenden Internationalisierung setzte sich ab den 1980/90er-Jahren das gemeinsame Verständnis für globale Umweltprobleme als Grundlage für gemeinsame Lösungsversuche durch; strukturell wiesen die internationalen NGOs heute eher Konzernstruktur statt Sozialer Bewegungsstruktur auf. Auch sei es schwierig, internationale/transnationale Umweltschutzbemühungen als Politik zu bezeichnen, so Brüggemeier. Grundlegend für deren Erfolg sei jedoch die internationale Orientierung der Konflikte, die Produktion gemeinsamer Bilder durch die Medien und die Art der Strategieausprägung.

Agnes Kneitz

„Zum ersten Mal kann man als Umwelthistoriker zwischen verschiedenen Sektionen wählen. Es scheint, als ob man im Mainstream angekommen wäre“, so fasste eine langjährige Teilnehmerin des Historikertages das Programm der diesjährigen Konferenz zusammen. Die dort vorgestellten umwelthistorischen Beiträge verdeutlichten die thematische Breite des Forschungsfeldes sowie dessen Anschlussfähigkeit und Relevanz für andere, nicht nur geisteswissenschaftliche Disziplinen. Dabei zeichnet sich die Umweltgeschichte gerade auch durch ihre Offenheit gegenüber anderen Themen aus und nimmt eine wichtige Brückenfunktion als Teil der *environmental humanities* ein. Gerade in global-geschichtlichen Zusammenhängen liefert die Umweltgeschichte wichtige Aspekte zu einem umfassenden Verständnis von politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen oder der Raumerschließung. Dabei spielt der Kontext klimatischer Veränderungen und die Veränderung ozeanischer Räume eine immer stärker werdende Rolle. Gleichmaßen wichtig sind dafür lokale und regionale Fallbeispiele, anhand derer die gesellschaftliche Relevanz geschichtlicher Vorgänge, insbesondere in Blick auf nachhaltige Entwicklung herausgearbeitet werden kann, wie vor allem die Sektionen zu Stadtentwicklung sowie marinen Ressourcen und Territorien deutlich machten. Wie an mehrfacher Stelle von den Vorträgern herausgearbeitet, ist vergangene Entwicklung als Basis für zukünftige Nachhaltigkeit noch nicht hinreichend erforscht, aber unbedingt notwendig, um das Gemeingut „Erde“ und seine Ressourcen weiter nutzbar zu erhalten. Damit präsentiert sich die Umweltgeschichte als gesellschaftsrelevanter Zukunftsträger historischer Forschung und es bleibt zu hoffen, dass sie auch auf den kommenden Historikertagen ähnliche Beachtung erfahren wird wie 2012.

Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts

von Ute Engelen

Besprochene Sektionen:

„Ersatzstoffwirtschaft als innovative Lösung für Ressourcenkonflikte im Ersten und Zweiten Weltkrieg?“

„Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte“

„What's the matter? Die Provokation der Stoffgeschichte“

Eine beeindruckende Resonanz erweckte das diesjährige Thema „Ressourcen-Konflikte“ des Historikertags in Mainz in der Wirtschaftsgeschichte. Damit konnte das Fach an die bedeutende Anzahl von Beiträgen auf dem Berliner Historikertag anknüpfen.¹ Dieser Erfolg ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass der Begriff „Ressource“ klassischerweise im wirtschaftlichen Sinne verwendet wird. Eng gefasst fallen hierunter die Produktionsfaktoren wie Arbeit bzw. jeglicher Input des Produktionsprozesses², aber auch immaterielle Güter gelten als Ressourcen. Wie auch JEAN-CLAUDE SCHMITT in seinem Festvortrag zur Preisverleihung ausführte, sind Ressourcen Mittel, um bestimmte Ziele zu erreichen, und durch Knappheit charakterisiert. In der Tat: Wären Ressourcen frei verfügbar, so verlören sie diese Funktion, denn in diesem Fall könnte sie jeder Akteur einsetzen. Über diese inhärente Konnotation hinaus weckt der im Motto des Historikertags enthaltene Begriff „Konflikte“ die Assoziation sozialen Handelns. Lokale wie internationale Auseinandersetzungen folgen fast zwangsläufig aus der Begrenztheit von Ressourcen. Ursprünglich sollte sich der Querschnittsbericht daher auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte beziehen. Obwohl das Tagungsmotto für eine Verbin-

¹Mathias Mutz: Historikertag 2010: Wirtschaftsgeschichte, in: H-Soz-u-Kult, 11.11.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1408&type=diskussionen>> (23.11.2012).

²Laut dem Gabler Wirtschaftslexikon bezeichnet der Begriff sowohl die Produktionsfaktoren wie Arbeit, Rohstoffe als auch Inputfaktoren des Produktionsprozesses. O. A., Art. „Ressource“, in: Gabler Wirtschaftslexikon, 16. Aufl. Wiesbaden 2005, Sp. 2549.

dung dieser Schwesterdisziplinen offen war und die ausgewählten Sektionsthemen diese erwarten ließen, erwies sich das Vorhaben aufgrund der deutlich stärker wirtschaftshistorisch geprägten Vorträge als nicht umsetzbar. Ein Grund hierfür war, dass sich die Sektionen zur Ersatzstoffwirtschaft, zur Stoffgeschichte und zur Abfallgeschichte nicht nur innerhalb dieser traditionell eng verbundenen Teildisziplinen bewegten, sondern auch andere Gebiete wie die Technik-, die Kultur-, die Umwelt- und die Geschlechtergeschichte miteinbezogen. Verbindendes Moment der hier vorgestellten Sektionen war ein Verständnis von Ressourcen als materielle Güter, von Kartoffelschalen bis hin zu Gold. So stand der Faktor Arbeit, der unter anderem in mehreren Vorträgen zum nationalsozialistischen Deutschland und zur Sowjetunion thematisiert wurde³, nicht im Zentrum der Sektionen.

Im Vorfeld des Historikertags hatten die H-Soz-u-Kult-Redakteure Claudia Prinz und Torsten Kahlert mit Historikern verschiedener Bereiche eine virtuelle Debatte zum Thema Ressourcen geführt. Hier bestand im Wesentlichen Konsens darüber, dass das Motto des Historikertages dazu dienen könne, die Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft miteinander zu verbinden. Der Wirtschaftsgeschichte wurde bei der Untersuchung von Ressourcen eine wichtige Rolle beigemessen. Als vielversprechender Ansatz zur stärkeren innerfachlichen Anschlussfähigkeit wurde mehrfach, wie auch später in den Sektionen, die Analyse von *commodity chains* bzw. von Warenketten genannt, wie sie Andrew C. Godley und Bridget Williams zum Markt für Geflügel durchgeführt haben.⁴ Unter einer Wertschöpfungs- oder Warenkette ist der gesamte Herstellungs- und Vertriebsprozess eines Produkts zu verstehen, das heißt sowohl die Inputs von den Rohstoffen bis hin zur Arbeitskraft als auch die verschiedenen Schritte von Produktion, Distribution und Konsum sollen Berücksichtigung

³Vgl. die Sektion Arbeitskraft als Ressource in totalitären Regimen im 20. Jahrhundert am Beispiel der Sowjetunion und des nationalsozialistischen Deutschland.

⁴Vgl. z. B. Andrew C. Godley / Bridget Williams, Democratizing luxury and the contentious „invention of the technological chicken“ in Britain, in: Business History Review 83 (2009), S. 267-290.

finden.⁵ Mithilfe dieses Ansatzes lassen sich nach Ansicht mehrerer Teilnehmer der Debatte mikro- und makrohistorische Entwicklungen verbinden, transnationale Verbindungen aufdecken und in einer zusammenhängenden Narration darstellen. Durch eine starke Kontextualisierung könne man über eine bloße Stoffgeschichte hinausgehen und das Potential des Ressourcenbegriffs nutzen.⁶

JOCHEN STREB und STEFANIE VAN DE KERKHOF (beide Mannheim) leiteten die Sektion „Ersatzstoffwirtschaft als innovative Lösung für Ressourcenkonflikte im Ersten und Zweiten Weltkrieg?“. Der zentrale Begriff „Ersatzstoffe“ wurde von den Referenten unterschiedlich interpretiert. Während ANNE SUDROW (Potsdam) und van de Kerkhof ihn sozialhistorisch verstanden, konzentrierten sich RALF BANKEN (Frankfurt am Main), GÜNTHER LUXBACHER (Berlin) und HELMUT MAIER (Bochum) auf wirtschafts- und technikhistorische Fragestellungen. Einerseits regte diese Heterogenität der Themen zum Vergleich an, andererseits führt sie aber auch leicht dazu, dass eine Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist.

Van de Kerkhof systematisierte in ihrem Vortrag mögliche Strategien, um dem während der Weltkriege vorherrschenden Mangel an bestimmten Ressourcen und den daraus folgenden Konflikten zu begegnen:

1. Sparen von Rohstoffen bzw. Umlenken des Konsums,
2. Recycling zur Rückgewinnung zumeist minderwertiger Stoffe,
3. Schmuggel,
4. Ausbeutung besetzter Gebiete,
5. Substitution.

Dieses Analyseschema hätte eine Übertragung auf andere Sachverhalte des Panels verdient, um die Durchsetzung einiger Strategien

⁵Terence K. Hopkins / Immanuel Wallerstein, Patterns of Development of the Modern World-System, in: Review 1 (1977), Nr. 2, S. 111-145, hier S. 128.

⁶Vgl. HSK Redaktion: H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften, in: H-Soz-u-Kult, 20.09.2012, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?pn=texte&id=1889>> (23.11.2012).

in bestimmten Zusammenhängen nachzuweisen. So wurden Van de Kerkhof zufolge Substitute im Metallbereich erst später als bei Ernährung und Kleidung erschlossen. Auch Banken nahm eine Gewichtung der Strategien gegen die Knappheit vor und kam zu dem Schluss, dass Ersatzstoffe im Bereich der Bunt- und Edelmetalle kaum erfolgreich gewesen seien. Stabilisiert habe das Regime die Versorgung mit diesen Rohstoffen vielmehr durch die Sammlung und Requirierung von Metallen, durch den Raub in besetzten Gebieten und die Subventionierung des deutschen Silberabbaus.

Maier bezeichnete den Zeitraum von 1933 bis 1940 als ein „Goldenes Zeitalter“ der Werkstoff-Forschung, da in diesem Zeitraum zahlreiche Forschungsstätten errichtet und erweitert sowie Lehrstühle umgewidmet wurden. Ziel sei es gewesen, devisenbelastete Rohstoffe abzulösen, unter anderem durch Kunststoffe. Luxbacher führte den Erfolgsmythos deutscher Ersatzstoffe in den 1930er-Jahren auf die Entwicklung aussichtsreicher neuer chemischer Werksstoffe zurück. Im Unterschied zu diesen basierten Ersatzstoffe auf inländischen Rohstoffen, würden in Mangelzeiten verwendet und überdauerten diese zumeist nicht. Stärker auf die sozialhistorische Bedeutung von Ersatzstoffen ging Sudrow ein, die auf die Wurzeln des Erfolgs von Kunststoffen in der NS-Zeit verwies. Diese seien durch die Vierjahrespläne in alle Bereiche der Produktion vorgedrungen und hätten Deutschlands starke Verwendung von Kunststoff in den Jahren des Nachkriegsbooms grundgelegt. Bislang hätten einige Forscher die Verbreitung des Kunststoffs in Deutschland erst für die 1950er-Jahre konstatiert.

Der diachrone Vergleich des Ersten und Zweiten Weltkriegs und die Untersuchung von Verbindungslinien zwischen diesen erwiesen sich als fruchtbar. Verschiedene Referenten betonten die Einrichtung neuer, von Wirtschaft und staatlichen Stellen gebildeten Institutionen zur Verwaltung des Mangels und zur Forschungscoordination. Auch stimmten sie darin überein, dass viele Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg zu einem Umdenken in der Wissenschaft in Bezug auf Er-

satzstoffe führten. War es zu einer Forschung an vielen Ersatzstoffen erst unmittelbar im Ersten Weltkrieg gekommen, so folgten in den 1920er- und 1930er-Jahren weitere Forschungsprojekte. Zwar waren viele der untersuchten Ersatzstoffe in Friedenszeiten nicht konkurrenzfähig, doch wurden auch Erfahrungen mit Kunststoffen gesammelt. Erst Krisensituationen hätten in so starkem Maße zur Förderung von Ersatzstoffforschung und -wirtschaft geführt, da in Zeiten der angemessenen Versorgung mit Ressourcen eine dementsprechende Vorsorge zu teuer und zu riskant erscheine. PATRICK WÄGER (St. Gallen) ging in seinem Kommentar auf künftig zu erwartende Versorgungsengpässe bei Edelmetallen und seltenen Erden ein. In der Diskussion stand die Frage nach dem Erfolg von Werkstoffen im Vordergrund. Dieser lasse sich, so Maier, nur für jeden einzelnen Stoff ermitteln. In Anbetracht einer generell niedrigen Erfolgsquote bei Innovationen betrachteten die Referenten die geringe Kontinuität von Ersatzstoffen nach Ende eines Krieges und den Versorgungsblockaden nicht als verwunderlich.

SIMONE DERIX (München) hatte in ihrem Kommentar ein stärkeres Eingehen auf die Akteure in der Ersatzstoffwirtschaft sowie eine transnationale Öffnung gefordert. Mit Letzterem entsprach sie der vielfach in der Geschichtswissenschaft formulierten Erwartung, Interdisziplinarität mit Internationalität zu verbinden. Wenngleich erstrebenswert, stellt dies hohe Anforderungen an den Wissenschaftler und beschränkt seine Auswahl an Forschungsthemen. Häufig ist der Geschichtswissenschaft mit empirisch gesättigten Studien, die entweder fachliche oder räumliche Grenzen überschreiten wie die hier vorgestellten, ebenso gedient. Interessant wären allerdings weitere Beiträge zu den von Van de Kerkhof angesprochenen Ersatzstoffen im Alltag gewesen.

Die von ROMAN KÖSTER (München) und HEIKE WEBER (Berlin) organisierte Sektion „Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte“ beschäftigte sich mit der erneuten Wiederverwertung von Abfällen im 20. Jahrhundert, die sich

mit der industriellen Fertigung und Plastifizierung vieler Produkte verloren habe. Auch bei der Verbreitung von Recycling-Maßnahmen spielten die Weltkriege und überdies die 1970er-Jahre eine Schlüsselrolle. Die ersten beiden Vorträge konzentrierten sich auf die Weltkriege, der dritte und vierte auf die Nachkriegszeit.

Weber betonte die Rolle von Frauenvereinen für die Wiederverwertung des Hausmülls zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Die Kommunen hätten diese Initiativen aufgegriffen, jedoch nach Ende des Krieges aufgrund hoher Kosten wieder eingestellt. Der Erste Weltkrieg könne als „Lehrmeister“ gelten, im Zweiten Weltkrieg habe dann eine vom Staat ausgehende „Totalerfassung“ der Müllverwertung stattgefunden. Daran anschließend führte CHAD DENTON (Seoul) die französischen Bemühungen bei der Altmaterialsammlung ab Beginn des Zweiten Weltkriegs auf eine Nachahmung des deutschen Nachbarn zurück. Ab der teilweisen Besetzung Frankreichs im Jahr 1940 habe das Deutsche Reich direkt Einfluss auf diese genommen.

Köster zufolge verloren sich frühere Wiederverwertungspraktiken im Boom nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Verbreitung der Selbstbedienung im Einzelhandel und der daraus folgenden Verpackung der Produkte. Die Entstehung neuer kommunaler Recyclingmaßnahmen sah er ab Ende der 1960er-, ihre Institutionalisierung in den 1970er- und 1980er-Jahren. Als mit steigenden Preisen die Knappheit von Ressourcen spürbarer wurde, seien Recycling-Maßnahmen attraktiv geworden. Andererseits sei die Wiederverwertung von Gütern auch in hohem Maße von nicht rein ökonomischen Gesichtspunkten wie den ökologischen geprägt. Die „Wegwerfgesellschaft“ sei zunehmend in Frage gestellt worden. Aufgrund starker Preisschwankungen sei der Wiederverwertungsmarkt für Unternehmen unattraktiv gewesen, bis Städte ihnen feste Preise für die gesammelten Rohstoffe garantierten. In der Diskussion betonte Weber mit Verweis auf Samantha MacBride, dass Recycling manchmal unökologischer als andere Wege zur Müllentsorgung sei.⁷ Auch die Abfallwirtschaft der DDR war CHRISTIAN

⁷Samantha MacBride, *Recycling Reconsidered: The Present Failure and Future Pro-*

MÖLLER (Bielefeld) zufolge an der Schnittstelle von Ökonomie und Ökologie angesiedelt. Während die zunächst nur zum Teil staatlich organisierte Wiederverwertung von Altstoffen als vorbildlich betrachtet werden könne, treffe dies auf die häufige Entsorgung des Hausmülls in wilden Müllkippen nicht zu. Ab Ende der 1960er-Jahre wurden mit der Neuorientierung der Abfallpolitik wenige Verbrennungsanlagen, aber zusätzliche geordnete Deponien eingerichtet, die jedoch nicht ausreichten. Damit zusammenhängend wies VERENA WINIWARTER (Klagenfurt) in ihrem Kommentar darauf hin, dass sich die Problematik nach 1945 von der Knappheit der Ressourcen auf Schwierigkeiten bei der Entsorgung des Mülls verschoben habe.

Im Gegensatz zum ersten Panel wurden nicht mehrere Strategien gegen die Verknappung von Ressourcen thematisiert, sondern in allen Vorträgen stand der Umgang mit Abfall im Vordergrund. Einige Referenten fokussierten stärker die Altstoffsammlungen, andere die Entsorgung des Hausmülls. Durch die inhaltliche Nähe der Themen gewann die Sektion an Aussagekraft. Eine Koppelung mit den Forschungen über Ersatzstoffe erscheint jedoch wünschenswert. So thematisierten beide Panels die Weltkriege als Ursachen und Beschleuniger für einen veränderten Umgang mit Ressourcen und verwiesen auf Verbindungslinien zwischen Entwicklungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die Bedeutung der Weltkriege für bestimmte wirtschaftliche Entwicklungsprozesse kann also nicht geleugnet werden. Diese Einsicht geht selbstverständlich *nicht* mit einer moralischen Aufwertung von Krieg einher. Beide Sektionen konzentrierten sich, anders als viele Vorträge auf dem vorhergehenden Historikertag, überwiegend auf den „deutschen Fall“. Diese Konzentration auf ein relativ einheitliches Gebiet ermöglichte eine stärkere Tiefe der Analysen. Generell wird man der Wirtschaftsgeschichte keine mangelnde Bereitschaft zu internationalen Vergleichen vorwerfen können.

Die von FRANK UEKÖTTER (München) geleitete Sektion „What’s

 mise of Environmental Action in the United States, Cambridge 2012.

the matter?‘ Die Provokation der Stoffgeschichte“⁸ wählte einen anderen Zugang zur Wirtschaftsgeschichte, nämlich den über bestimmte „Stoffe“. Der Begriff wurde allerdings nicht eindeutig definiert. So fällt die Schokolade aus einer Definition von Rohstoffen heraus, da sie ein Produkt aus mehreren von diesen ist. Dies führte in dieser Sektion zu einer geringeren Vergleichbarkeit der Vorträge untereinander.

ANGELIKA EPPLE (Bielefeld) betonte die Wandlungsfähigkeit des Stoffes Schokolade, den die Azteken ungesüßt zu sich genommen hatten. Erst mit der Zugabe von Zucker habe sich das Getränk in Europa verbreitet. Im 19. Jahrhundert habe eine Industrialisierung und Standardisierung der Schokolade durch Lebensmittelchemiker bei den Schokoladenherstellern stattgefunden. Die Referentin verstand ihr Thema als Beitrag zur Geschichte einer *global commodity chain*, mit deren Hilfe seit inzwischen rund 20 Jahren empirisch gesättigte Mikro- und Makrogeschichte verbunden würden. INES PRODÖHL (Washington) zufolge liegt der Vorteil einer Stoffgeschichte in ihrem Potential zur Verbindung insbesondere der Wirtschafts- und Kulturgeschichte. Obwohl die USA seit Ende des Zweiten Weltkriegs der weltweit größte Sojaproduzent seien, sei Soja bis in die 1950er-Jahre jenseits von Asien außer als Öl nicht als Nahrungsmittel verwendet worden und habe als Ersatzstoff gegolten. Die Bürger hätten sich nicht mit dem Stoff Soja identifiziert.

Der von PAUL ERKER (München) analysierte Gefahrenstoff Asbest erforderte aufgrund seiner anderen Stoffqualität eine abweichende Herangehensweise. Kein anderer Baustoff habe „im wahrsten Sinne des Wortes so viel Staub aufgewirbelt“ wie Asbest. Zwar habe es Brände verhindert, doch seit das Ausmaß der Krebsgefahr bekannt sei, hätten viele Industrieländer ab den 1980er-Jahren betroffene Gebäude saniert. Aufgrund der langen Latenzzeit der Asbestexposition häuften

⁸Nach Definition der Reihe „Stoffgeschichten“ des Wissenschaftszentrums Umwelt der Universität Augsburg beim oekom Verlag handelt es sich hierbei um Stoffe, die „für unsere gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung“ elementar sind. <<http://www.wzu.uni-augsburg.de/publikationen/stoffgeschichten.html>> (23.11.2012).

sich derzeit diesbezügliche Todesfälle. Schwellen- und Entwicklungsländer hingegen erlebten einen Höhepunkt der Asbestnutzung. Anders als Asbest steht Gold, so BERND-STEFAN GREWE (Freiburg im Breisgau), seit langem in gutem Ruf, sodass es sogar die Stabilität von Währungen garantieren konnte. Wie Epple zielte der Referent auf eine Warenkettenanalyse ab und untersuchte die Förderung, den Vertrieb und Konsum von Gold diachron wie international vergleichend.

Eine Provokation der Stoffgeschichte sah Uekötter darin, dass der Ansatz als Gegenbewegung zur Kulturgeschichte, aber auch komplementär zu dieser aufgefasst werden könne. Dies weist auf die auch in den anderen Sektionen bestimmende Interdisziplinarität hin. Erker zufolge stellt die Stoffgeschichte weder eine Provokation noch einen neuen Ansatz dar, sondern kombiniere Unternehmens-, Wirtschafts-, Umwelt- und Wissenschaftsgeschichte. Grewe betonte, mithilfe des stoffgeschichtlichen Ansatzes ließen sich lokale Entwicklungen bündeln und mit Makrostrukturen in Verbindung setzen.

Das Panel hat gezeigt, dass ein stoffgeschichtlicher Ansatz zur Verknüpfung wirtschafts-, sozial- und kulturhistorischen Fragestellungen geeignet ist. Darüber hinaus regt er länderübergreifende Untersuchungen an. Anders als die zuvor dargestellten Sektionen reichten einige Vorträge zur Stoffgeschichte über das 20. Jahrhundert hinaus. Diese *longue durée*-Perspektive wie die Verbindung verschiedener Teildisziplinen birgt Chancen zum diachronen Vergleich und zur multiperspektivischen Untersuchung eines Themas. Um die für die Narration ausgewählten Aspekte nicht willkürlich erscheinen zu lassen, bedarf eine solche Studie aber einer überzeugenden Darlegung der Konzeption.

Das der Wirtschaftsgeschichte nahestehende Thema „Ressourcen-Konflikte“ des Historikertags hat in dieser Teildisziplin breite Resonanz gefunden. Die zuvor angeführten Kritikpunkte sollen keinesfalls den sehr positiven Gesamteindruck der vorgestellten Panels trüben. Alle Vorträge waren stark interdisziplinär konzipiert. Viele Referenten zeigten exemplarisch, wie mikrohistorische Studien nutzbringend an

die Makroebene angebunden werden können. Als vielversprechender Ansatz zur stärkeren innerfachlichen Anschlussfähigkeit wurde mehrfach die Analyse von *commodity chains* genannt. Allerdings ist diese sicherlich nur ein und durchaus eingeschränkter Weg zur stärkeren Verknüpfung von historischen Forschungsgebieten. Bei künftigen Arbeiten über Ressourcen sollten diese noch stärker in ihre sozialgeschichtliche und konfliktuelle Dimension eingebettet werden. Das heißt, es könnte weniger um wirtschaftliche Aspekte und Wertzuschreibungen an Ressourcen als vielmehr um deren konkrete Auswirkungen auf das Alltagsleben gehen, wie sie bei Van de Kerkhof und Sudrow anklangen. Dann würden Wirtschafts- und Sozialgeschichte wieder stärker zueinander finden.

Zeitgeschichte von Hanno Hochmuth

Besprochene Sektionen:

- „Sound History“
- „Zeitgeschichte ohne Ressourcen? Probleme der Nutzung audiovisueller Quellen“
- „Gab es 'den' Wertewandel?“
- „Reaktionen auf die globalen Energiekrisen der 1970/80er Jahre“
- „Zeitpolitik und Zeit-Geschichte im 20. Jahrhundert“

Die Zeitgeschichte boomte auch auf dem Historikertag in Mainz. Knapp ein Drittel der 64 Sektionen befassten sich mit zeithistorischen Themen. Dabei wurde dem breiten Motto des diesjährigen Historikertags „Ressourcen – Konflikte“ auf sehr verschiedene Weise entsprochen. Einige Sektionen beschäftigten sich sehr direkt mit materiellen Rohstoffen und konflikthaften Reaktionen auf deren Verknappung, wobei die Zeit des Strukturbruchs im Mittelpunkt des Interesses stand und somit die gegenwärtige Debatte um die 1970er-Jahre fortgesetzt wurde. Andere Sektionen dehnten den Ressourcenbegriff und behandelten immaterielle Ressourcen wie Zeit und Werte und den Wandel dieser Ordnungsvorstellungen im 20. Jahrhundert. Mehrere Sektionen nahmen schließlich historische Quellen als primäre Ressourcen der zeithistorischen Forschung in den Blick und diskutierten die Möglichkeiten ihrer wissenschaftlichen Erschließung. Damit widmete sich der Mainzer Historikertag auch ganz elementaren handwerklichen Fragen der Zukunft. Hierzu gehörte die gesteigerte Aufmerksamkeit für moderne Quellentypen, deren systematische Erschließung gerade erst einsetzt und besondere methodische Herausforderungen mit sich bringt.

Nachdem GERHARD PAUL (Flensburg) auf vergangenen Historikertagen die Auseinandersetzung mit den visuellen Quellen des 20. Jahrhunderts angeschoben hatte, warb er nun mit seiner Sektion „Sound History“ für einen neuen historischen Ansatz. Dabei stellte

er die Beschäftigung mit dem Sound in einen engen Zusammenhang mit seinen bisherigen Arbeiten zur „Visual History“. So erhofft er sich durch eine Geschichte des Sounds ein besseres Verständnis für das visuelle Zeitalter. Der neuen „Sound History“, für die es noch keinen etablierten Begriff gebe, empfahl DANIEL MORAT (Berlin) methodische Anleihen bei den Sound Studies, die bislang vor allem an Kunsthochschulen, in der Musikwissenschaft, Medienwissenschaft und in der Ethnologie betrieben werden. Historiker seien auch in diesem Fall wie „Blutsauger in den Nachbardisziplinen“, müssten sich aber von ihren eigenen historischen Fragestellungen leiten lassen. Ziel sei dabei jedoch kein naiver Sound-Historismus („wie es eigentlich geklungen habe...“), so JAN-FRIEDRICH MISSFELDER (Zürich), sondern eine Akkustomologie als Sozialgeschichte von unten. Ein solcher gesellschaftsgeschichtlicher Zugang erweist sich jedoch als schwierig, wenn in der „Sound History“ vor allem bekannte akustische Ikonen wie Wagners Walkürenritt untersucht werden, der von Gerhard Paul als Fallbeispiel vorgestellt wurde. HANS-ULRICH WAGNER (Hamburg) betonte in seinem abschließenden Statement zur Klangarchäologie von Radiostimmen, dass auch Tondokumente keine historische Authentizität beanspruchen können, sondern das Ergebnis von Archivierungs-, Deutungs- und Kanonisierungsprozessen sind.

Um den Sound des 20. Jahrhunderts zu untersuchen, bedarf es allerdings eines freien Zugangs zu den medialen Ressourcen. So war es nur konsequent, dass sich auf dem Mainzer Historikertag eine eigene Sektion der Frage „Zeitgeschichte ohne Ressourcen?“ widmete und die vielfältigen Probleme bei der Nutzung audiovisueller Quellen diskutierte. In seinem Eingangsstatement betonte CHRISTOPH CLASSEN (Potsdam), dass in Deutschland ein erhebliches Zugangsproblem herrsche, das in einem großen Widerspruch zur Relevanz audiovisueller Quellen für die zeithistorische Forschung stehe. Die Archivierung der Rundfunkquellen werde allein den Produzenten überlassen, die ihrerseits sehr unterschiedliche Regeln für die Nutzung des Materials aufstellen würden. Die Medienanstalten würden die Aufzeichnungen

vor allem als interne Produktionsressourcen verstehen und Historiker nur als „Störfaktor“ betrachten. Darüber hinaus gebe es ein massives Quellenproblem, da viele Aufnahmen aus der Frühzeit des Radios und des Fernsehens schlicht nicht erhalten seien oder sich in einem beklagenswerten Zustand befänden. LEIF KRAMP (Bremen) ergänzte, dass die Forschung in Deutschland durch vielfältige Probleme beim Sammeln, Finden, Sichten, Kopieren und Vorführen audiovisueller Quellen beeinträchtigt werde. In Frankreich gebe es dagegen eine Pflichtabgabe der Rundfunkanbieter an die Medienarchive, und in den USA dürften die Sendungen sogar von staatlicher Seite aufgezeichnet werden. Im internationalen Vergleich erweise sich Deutschland somit als „schwacher“ Staat, da es hier keine verpflichtende und vollständige Archivierung der Sendeinhalte gebe. VEIT SCHELLER (Mainz), Leiter des ZDF-Rundfunkarchivs, verwies dagegen auf die im Grundgesetz festgehaltene Medienfreiheit und verteidigte die Archivpraxis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Auch hier werde in einem klassischen Bewertungsverfahren eine Auswahl getroffen, welche Aufnahmen dauerhaft erhalten bleiben sollten. Schwierigkeiten sieht er vor allem in der retrospektiven Erschließung der heutigen redaktionellen Begleitquellen, da die E-Mails aus den Redaktionen nicht dauerhaft archiviert würden. In der abschließenden Diskussion suchten die Teilnehmer der Sektion nach Möglichkeiten, wie die audiovisuellen Quellen zukünftig besser erhalten und freier zugänglich gemacht werden könnten. FRANK BÖSCH (Potsdam) plädierte dafür, gezielt an Rundfunkräte und politische Entscheidungsträger heranzutreten. Erwogen wurde auch eine Resolution des Historikerverbandes zur Sicherung des audiovisuellen Erbes. Erste Erfolge zeichnen sich im Nachklang der Sektion bereits ab. So prüft der Historikerverband derzeit Maßnahmen, wie Wissenschaftler mehr Rechtssicherheit bei der Nutzung und Zitation audiovisueller Werke bekommen können. Darüber hinaus besuchte die Historische Kommission der ARD das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und beriet über einheitliche Zugangsregeln für Wissenschaftler.

Ein Schwerpunkt der zeithistorischen Sektionen auf dem Mainzer Historikertag galt den 1970er-Jahren. Auf die prosperierenden Jahrzehnte der Nachkriegszeit folgte eine Zeit politisierter Deutungskämpfe, zu denen auch die zeitgenössischen Diagnosen Elisabeth Noelle-Neumanns, Robert Ingleharts und Helmut Klages' über den Wandel ideeller Werte als zentraler gesellschaftlicher Ressource zählten. In der Sektion „Gab es ‚den‘ Wertewandel?“ diskutierte ANDREAS RÖDDER (Mainz) den Wert der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen für die zeithistorische Forschung und unterzog sie einer kritischen Historisierung, indem er die Wertewandel-Diagnosen mit der historisch-empirischen Realität abglich und somit Gewissheiten zu den 1970er-Jahren hinterfragte. CHRISTOPHER NEUMAIER (Potsdam) zeigte anhand seiner Untersuchungen zum Wandel der Familienwerte in Deutschland, dass sich im Gegensatz zum ubiquitären Sprechen über die Familie kein umfassender Wandel der Sozialstruktur feststellen lässt. Zwar seien alternative Familienmodelle überall diskutiert worden, doch stellten die neuen Lebensformen in den 1970er-Jahren noch kein Massenphänomen dar. Ebenso verdeutlichte JÖRG NEUHEISER (Tübingen) am Beispiel des Daimler-Werks in Untertürkheim die Beharrungskraft traditioneller Vorstellungen von Wertarbeit. Von einem Verlust des Arbeitsethos, wie er in den 1970er-Jahren beklagt wurde, könne hier keineswegs die Rede sein. Die beabsichtigte empirische Dekonstruktion des zeitgenössischen Wertewandel-Diskurses konnten die Beiträge der Sektion oft nur andeuten. Deshalb mahnte LUTZ RAPHAEL (Trier) in seinem Kommentar eine sozialhistorische Präzisierung an, da es bislang noch an breiten historischen Forschungen zu Arbeit und Familie in den 1970er-Jahren fehle. Zugleich forderte er jedoch auch eine wissenschaftsgeschichtliche Präzisierung, da sich die zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse als Tatsachen tarnten und so die Werte selbst beeinflussten. Die 1970er-Jahre waren, so Raphael, auch eine Revolution der Semantik.

Mit den „Reaktionen auf die globalen Energiekrisen der 1970/80er Jahre“ befasste sich die gleichnamige Sektion von FRANK BÖSCH

(Potsdam) und RÜDIGER GRAF (Bochum). Im Gegensatz zu den Wertewandelsdebatten standen hier Ressourcen im engeren Sinne im Mittelpunkt. Dabei bildete die Beobachtung den Ausgangspunkt, dass die erste Ölkrise von 1973 allgemein als zentrale Zäsur gelte, aber historisch bislang nicht ausreichend erforscht sei. In seinem Vortrag beschäftigte sich Rüdiger Graf mit der Frage nationaler Souveränität in einer Welt des Öls. Demnach bildeten die Ansprüche der OPEC-Länder eine große Herausforderung für die Souveränität der westlichen Staaten, da deren Legitimität vor allem auf ihrem Wohlstand gründete. Dieser Wohlstand basierte wiederum auf dem Öl, das in den 1950er-Jahren die Kohle als wichtigsten Energierohstoff abgelöst hatte. Die westlichen Länder reagierten auf diese Abhängigkeiten bereits vor der ersten Ölkrise mit gezielten Autarkiebestrebungen in Gestalt neuer Energieprogramme. Mit der Gründung internationaler Zusammenschlüsse verzichteten sie schließlich partiell auf ihre nationale Souveränität, um den Zugriff auf das Öl sicherzustellen. Im Gegensatz zur ersten Ölkrise fehlen für die zweite Ölkrise von 1979 vergleichbar populäre Medienikonen wie die leeren Autobahnen in der Bundesrepublik. Gleichwohl war die zweite Ölkrise in globaler Perspektive wesentlich einflussreicher, wie Frank Bösch in seinem Vortrag deutlich machte, denn diese koinzidierte mit dem Atomunfall in Harrisburg und der Iranischen Revolution und betraf auch den Ostblock viel stärker. Die Energiefrage gewann die größte politische Priorität und hatte einschneidende Folgen für die internationalen Beziehungen, aber auch für den Ausbau anderer Energieressourcen und für den Energieverbrauch. Dass die Länder hierbei sehr unterschiedliche Wege verfolgten, zeigte INGO KÖHLER (Göttingen) am Beispiel von Debatten über den Benzinverbrauch. So setzten die USA auf technische Produktnormierungen, um die Autos sparsamer zu machen, während die Bundesrepublik die Nutzung von PKW temporär reglementierte. Auch wenn es heute keine autofreien Sonntage mehr gibt, zeigte die Sektion doch, wie sehr die Folgen der beiden Ölkrisen bis in die Gegenwart hineinreichen. Deutlich wurde aber auch, dass ein differenzierter

Blick auf die 1970er-Jahre als Jahrzehnt des Strukturbruchs notwendig ist.

Wie schon auf früheren Historikertagen gab es auch in Mainz eine Sektion, die eine besonders große Aufmerksamkeit auf sich vereinigen konnte, weil sie zentrale Fragen nach dem Selbstverständnis der Historikerzunft aufwarf. Mit ihrer Sektion „Zeitpolitik und Zeit-Geschichte im 20. Jahrhundert“ widmeten sich ALEXANDER C.T. GEPPERT (Berlin) und TILL KÖSSLER (Bochum) der Zeit als der zentralen Kategorie des historischen Denkens und unterzogen sie einer kritischen Historisierung, indem sie nach dem Wandel von Zeitkonzepten und -konflikten im 20. Jahrhundert fragten. Wiewohl die Sektion den hohen Erwartungen nicht ganz gerecht werden konnte, eröffneten einige Beiträge neue Perspektiven auf die Zeit-Geschichte. Besonders eindrucksvoll, wenn auch aus früheren Zusammenhängen bekannt, war die Quelle, die ALF LÜDTKE (Erfurt) in den Mittelpunkt seines Vortrags stellte. Am Beispiel eines Essener Tagebuchs zeigte er, wie sich die Zeitlichkeit der Tagebucheinträge während der Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg im Vergleich zu den Alltagsnotizen aus den 1920er-Jahren verdichtete. Zugleich mahnte Lüdtker jedoch zur Vorsicht. Anstelle einer Beschleunigung der Zeitwahrnehmung während des Krieges vermutet er eher deren Intensivierung. Till Kössler zeigte in seinem Vortrag, wie das statische Selbstbild des frühen Franco-Regimes in den 1960er-Jahren einem neuen Selbstverständnis als Entwicklungsdiktatur in einem als rückständig empfundenen Land wich. Die rhetorische Dynamisierung der Herrschaftsform in der späten Franco-Zeit ging mit neuen Zeitordnungen einher, die jedoch auf den Widerstand der Bevölkerung stießen. Da sich die Franco-Diktatur 30 Jahre zuvor noch mit Gewalt gegen eine fortschrittsoptimistische Republik durchgesetzt hatte, entbehrt dieser doppelte Wandel von Zeit- und Zukunftsvorstellungen nicht einer gewissen Ironie und wirft neue Perspektiven auf die Entwicklung Spaniens im 20. Jahrhundert. Von einer großen Inversion der Zeitressourcen in der deutschen Zeitgeschichte sprach PAUL NOLTE (Berlin). Während die historischen Unterschichten früher erheblich

mehr und länger als die Oberschicht arbeiten mussten, identifiziert er seit den 1970er-/80er-Jahren eine deutliche Arbeitszeitverringerung der neuen Unterschichten durch Teilzeitarbeit, Dauerarbeitslosigkeit und Frühverrentung, wohingegen sich bei den Oberschichten und oberen Mittelschichten eine immer stärkere Ausweitung und Entgrenzung von Arbeit ausmachen lasse. Die fortschreitende Unterhöhnung des klassischen 9-to-5-Arbeitszeitmodells für Beamte, Manager und Professoren und neue Zeitkrankheiten wie „Burn-out“ gingen mit diesem Wandel der Zeitregimes einher. Alexander Geppert entwarf in seinem Vortrag schließlich eine besonders radikale Perspektive auf die Verschiebung von Raum- und Zeitvorstellungen im 20. Jahrhundert. Er zeigte, wie die Erschließung des Weltraums eine immer größere Beherrschung von Raum und Zeit versprach, wobei Astrofuturismus und Zukunftsoptimismus eng miteinander verbunden waren. Die 1970er-Jahre bildeten jedoch auch hier eine Zäsur. Der ungebremste Fortschrittsglaube wich einer neuen Wertschätzung der Erde, die nicht zuletzt durch die ersten Aufnahmen des blauen Planeten aus dem Weltraum ausgelöst wurde.

Auf dem Mainzer Historikertag wurden zahlreiche Ereignisse des 20. Jahrhunderts als Medienikonen betrachtet. Eine besondere Aufmerksamkeit lag dabei auf den modernen audiovisuellen Quellen, vor allem auf dem Sound des Jahrhunderts. Die Sektion „Sound History“ gehörte zu einer ganzen Reihe von Sektionen, die sich mit dem wissenschaftlichen Zugang zu historischen Quellen beschäftigten und damit das Kernstück der geschichtswissenschaftlichen Forschung thematisierten. Dabei wurden auch ganz traditionelle Historikerquellen diskutiert, die inzwischen für immer näher heranreichende Zeiträume zur Verfügung stehen. Die 1970er-Jahre waren auf dem Mainzer Historikertag allgegenwärtig. Das Jahrzehnt gerät derzeit verstärkt in den Fokus der zeithistorischen Forschung, nicht zuletzt weil die dreißigjährige Aktensperrfrist abgelaufen ist und auf Grundlage des Bundesinformationsfreiheitsgesetzes auch Sperrakten leichter zugäng-

lich werden.¹ Die 1970er-Jahre boomen jedoch vor allem deshalb, weil sie uns mehr und mehr als Vor- und Problemgeschichte unserer Gegenwart erscheinen, wie LUTZ RAPHAEL (Trier) auf dem Historikertag erneut konstatierte. Zugleich machten die Sektionen auf dem Historikertag aber auch deutlich, dass die modische Zäsur nicht per se für alle Bereiche der zeithistorischen Forschung geltend gemacht werden sollte. Um zu einem fundierten und differenzierten historischen Urteil zu gelangen, müssen die 1970er-Jahre noch genauer untersucht werden. Hierfür hat sich der Zugang über Ressourcen und Konflikte sichtlich bewährt.

¹Zum Thema VS-Akten gab es auf dem Mainzer Historikertag eine eigenständige Sektion. Vgl. den Tagungsbericht von Elsbeth Andre: Zeitgeschichte, Archive und Geheimschutz – Ressourcen und Konflikte bei der Nutzung von Quellen. 25.09.2012-28.09.2012, Mainz, in: H-Soz-u-Kult, 07.11.2012, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4474>> (07.02.2013).

Archivische Ressourcen – Didaktische Chancen. Kompetenzorientiertes Lernen im Archiv

Berichte über Sektionen des Historikertages 2012

Archivische Ressourcen – Didaktische Chancen. Kompetenzorientiertes Lernen im Archiv

Leitung: Annekatri Schaller (Neuss)

Bericht von: Markus Müller-Henning, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Erfreut über den regen Teilnehmerzuspruch – trotz des gleichzeitig zum Historikertag stattfindenden Archivtags (!) – konnte der Moderator ein repräsentatives Publikum aus der Arbeitswelt der Archive, der Hochschule und der Schule/Schulverwaltung begrüßen. Allerdings war nur eine Mitarbeiterin der relevanten Kultus- bzw. Wissenschaftsministerien der Seminareinladung gefolgt. Fünf Referentinnen und Referenten aus den Institutionen Universität, Archiv und Schule berichteten aus ihren unterschiedlichen Perspektiven von Hochschule, Archiv, Archivpädagogik und Schule schwerpunktmäßig über die positiven Nutzungsmöglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten der Ressourcen des Lernorts Archiv für kompetenzorientiertes Lernen von Schülern. Die Moderation lag bei dem Archivpädagogen des Hessischen Hauptstaatsarchivs.

In ihrem programmatischen Einführungsvortrag untersuchte die Münsteraner Hochschullehrerin für Didaktik der Geschichte SANDRA HANDRO (Münster) die Chancen der Schülerarbeit im Archiv aus geschichtsdidaktischer Sicht. Einleitend benannte sie gängige Vorstellungen über die Unvereinbarkeit von zukünftiger Lernkultur und dem Archiv als Lernort: das Archiv sei ein exklusiver Ort der Vergangenheitsbewahrung; internetorientierte Formen der Wissenskommunikation seien attraktiver und die Zeit- und Personalressourcen von Schule und Archiv unzureichend. Diesen Ansichten hielt sie positive didaktische Perspektiven entgegen: Archive sind unverzichtbare Institutionen der Geschichtskultur, weil sie aufgrund ihrer gesellschaft-

lichen Konservierungs-, Ordnungs- und Erschließungsfunktion von Dokumenten, der dauerhaften Bindung an Verwaltung, Ämter und politische Strukturen und der gleichzeitigen Spannung zwischen der Fülle vorhandener Dokumente und der Tatsache, dass nicht alle Dokumente den Weg ins Archiv gefunden haben, die Differenz zwischen Vergangenheit und Geschichte institutionell greifbar machen. Da Archive sowohl ein Instrument staatlicher Macht als auch gleichzeitig aufgrund der gesetzlich garantierten Zugänglichkeit ihrer Bestände ein Instrument öffentlicher Kontrolle sind, zeigt sich eine kritische Teilhabe an der Geschichtskultur nicht nur als Lernen *im* Archiv, sondern gleichzeitig im Lernen *über* das Archiv: in keiner anderen Lernumgebung lässt sich so eindrücklich erfahren, dass und wie Geschichte gemacht wird. Ausgehend von Schülerinterviews und dem umfangreichen empirischen Material des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten (GW) wies die Referentin nach, dass junge Spurensucher gerade im Archiv persönlichkeitsfördernde Erfahrungen als Lernsubjekte machen. Indem sie sich eine Vorstellung von der Komplexität des historischen Erkenntnisprozesses erarbeiten, lernen sie gleichzeitig die Differenz zwischen Vergangenheit und Geschichte, d.h. die Grenzen historischer Erkenntnis kennen. Der Fundus vorhandener Schüleräußerungen empfiehlt eindeutig das Archiv als zukunftsfähigen Lernort.

Ihre Perspektiven entwickelte die Referentin vor dem Hintergrund fundamentaler gesellschaftlicher Veränderungen: die Transformation moderner Gesellschaften in Wissensgesellschaften (Wissen als strategische Ressource der Zukunft), dann die gleichzeitige Verwandlung in Informationsgesellschaften (Datenmengen erfordern eine besondere Medien- und Recherchekompetenz) und schließlich fluide Identitätskonstruktionen, verursacht durch die Auflösung überlieferter Traditionszusammenhänge. Vor diesen Veränderungen kommt dem Archiv als Ressource individueller und gesellschaftlicher Selbstvergewisserung eine Schlüsselfunktion im historischen Diskurs einer Gesellschaft zu, weil es wichtiges Rüstzeug für ein lebenslanges Lernen bietet. Als konkrete Beispiele, wie das Archiv thematisch diesem Anspruch ge-

recht werden könne, nannte die Referentin mehrere Themenfelder: *Gesellschaftliche Schlüsselprobleme* (in Auswahl: Armut und Reichtum, Katastrophen und Katastrophenbewältigung, Religionskonflikte); *Anthropologische Themen* (Wohnen, Arbeit und Freizeit, Generationenkonflikte); *Geschichtskulturelle Themen* (Denkmale und Denkmalstürze, Gedenk- und Feiertage, geschichtspolitische Kontroversen). Abschließend empfahl die Referentin pädagogische Initiativen in mehrere Richtungen: zum einen sind curriculare Zielvorstellungen mit archivischen Angeboten abzustimmen; des Weiteren brauchen Schulen Zeit, um den passenden Rahmen für eine tragfähige Bildungspartnerschaft mit dem Archiv eingehen zu können; und schließlich brauchen angehende Geschichtslehrer schon während des Universitätsstudiums eine Einführung in die Archivpädagogik.

Das zweite Referat der am Neusser Stadtarchiv tätigen und mit einem archivpädagogischen Dienstauftrag ausgestatteten Archivarin ANNEKATRIN SCHALLER (Neuss) näherte sich aus der Perspektive der Archivarin und gleichzeitigen Archivpädagogin dem Sektionsthema. Einleitend kontrastierte die Referentin alarmierende Umfrageergebnisse über unglaubliche historische Wissenslücken von Jugendlichen mit positiven Erfahrungsberichten von jungen Teilnehmern des GW, die belegen, wie effizient die Schülerarbeit im Archiv die historische Bewusstseinsbildung der jungen Spurensucher fördert. Diese erfreuliche Entwicklung führte sie vor allem auf das in den letzten Jahrzehnten gewandelte Selbstverständnis der Archive zurück, die ihre traditionellen Aufgaben um einen bildungspolitischen, gezielt die Schulen ansprechenden Bildungsauftrag erweiterten, indem sie ihren riesigen Quellenfundus für die Arbeit von und mit Schülern und Lehrern öffneten. Als aktuelle Beispiele der Historischen Bildungsarbeit der Archive verwies sie auf die vielerorts eingerichteten archivpädagogischen Arbeitsstellen (in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg), Dienstaufträge (Neuss) und Angebote (etwa das Tagebucharchiv in Emmendingen oder der Archivkoffer des Landeshauptarchivs in Koblenz). Warum Archive die historische Bewusstseinsbildung von Schü-

lern besser als etablierter Geschichtsunterricht fördern können, machte sie an den attraktiven, einmaligen Arbeitsmöglichkeiten des Lernortes Archiv fest. Im Archiv sind die Schüler „näher dran“ am historischen Geschehen; das „Inhändehalten“ von originalen Überresten bürgt für Authentizität und Glaubwürdigkeit der Quellen. Weil die Schüler im Archiv experimentell eigene Themen untersuchen und selbständig Lösungsmöglichkeiten suchen und finden können, kann das Archiv zu Recht als „Versuchslabor für den Geschichtsunterricht“ bezeichnet werden. Und da Schüler strukturiert recherchieren müssen „wer hat was wann warum gesagt oder niedergeschrieben“, produziert diese Tätigkeit gleichzeitig methodische und sachbezogene Schlüsselkompetenzen; so müssen Schüler beispielsweise eine geeignete Präsentationsform ihrer Arbeitsergebnisse finden. Kritisch merkte die Referentin an, dass weder ein oberflächliches „Archivhoppfen“ noch ein unvorbereiteter Archivgang diesen lohnenswerten Zielen näherkommen können. Die rechtzeitige, projekt- und lerngruppenbezogene Zusammenarbeit von Lehrer und Archivar (Ressource Zeit), die Entwicklung eines gegenseitigen Verständnisses für die unterschiedliche Berufs- und Lernsituation, eine umfassende Kommunikation und eine profunde, an das Vorwissen und Leistungsniveau der Schüler angepasste Vorbereitung, sind fundamentale Voraussetzungen für das Gelingen des Versuchslabors Geschichte im Archiv. Als besonders geeignete Quellenbestände für die Arbeit mit jungen Schülern im Archiv empfahl die Referentin lokal- und regionalgeschichtliche Archivalien und Fotosammlungen, in denen sich die Situation von Kindern und Jugendlichen, etwa in der NS-Zeit oder in der DDR widerspiegelt. Die Nähe zur eigenen Lebenswirklichkeit und zur unmittelbaren Lebensumgebung löst in aller Regel eine sehr hohe Motivation aus. So haben konkret jüngere Schüler und auch Hauptschüler bei ihrem Archivbesuch die Biographien von Mädchen im Kontext der NS-Rassenpolitik und des Holocaust erarbeitet und anschließend die Fragen besprochen, wie sie sich in der Situation damals gefühlt hätten oder wie sie als Nachbarn reagiert hätten oder ob und wie sich das Schicksal der Mäd-

chen damals mit dem heutiger Flüchtlinge vergleichen ließe. Bezogen auf die Kennzeichnung der Qualität der Schülerarbeit mit einer bereits vorliegenden Quellenauswahl hielt die Referentin den bescheideneren Begriff des entdeckenden Lernens zutreffender als den des forschenden Lernens - ohne dass damit dessen pädagogischer Wert für alle Beteiligten geschmälert wird.

Welche Methodenvielfalt und historische Formate inzwischen das archivpädagogische Bildungsangebot erreicht hat, dokumentierte der Vortrag der Dresdener Lehrerin MERIT KEGEL (Dresden), die von 2009-2012 eine Teilabordnung als Archivpädagogin hatte, deren Abordnung jedoch aus finanzpolitischen Gründen zum 1.8.2012 gestrichen wurde. Ihr Vortrag präziserte an drei schulpraktischen Modellen, wie erfolgreich im Sinne der staatlichen Lehrpläne Archive Schulen helfen können, historische Kompetenzen (Fach-, Methoden-, Sachkompetenzen) herauszubilden. Im ersten Beispiel skizzierte die Referentin die Zusammenarbeit Archiv-Schule im Rahmen des „Ganztagesprojektes“ eines Dresdner Gymnasiums, das inhaltlich an den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten angebunden war. Die kompetent vorbereitete Archivrecherche regte die Schüler an, ihre im Archiv begonnene Spurensuche auf Gedenkstätten auszudehnen, anschließend gezielte Zeitzeugeninterviews durchzuführen, um danach weitere zielführende Recherchen im Archiv zu organisieren. Die Arbeit der Schüler errang beim GW einen ersten Bundespreis. In einem ähnlichen, allerdings altersgemäß reduzierten Wettbewerbsprojekt im Archiv konnte selbst eine 3. und 4. Klasse einer Grundschule in Leipzig einen Förderpreis erringen. In beiden Fällen spielten Archivalien die Schlüsselrolle. Die Schüler zeigten in ihren Beiträgen, wie und in welchem Umfang sie Kulturwissen erworben haben und sie zeigten sich kompetent, historische Entwicklungen und Veränderungen, die in die Gegenwart und Zukunft reichen, zu erklären. Das zweite Beispiel beschrieb das Experiment eines historischen „Planspiels“ über die sogenannten Rädelsführer des 17. Juni 1953, das auf archivischen Quellen beruhte. Die Akteneinsicht ermöglichte den Schülern den Prozess multiper-

spektivisch zu betrachten und durch das anschließende Spiel mit verteilten Rollen sich selbst historisch und in der Auswertung politisch zu positionieren. Ein vorgeführtes Video dokumentierte anschaulich die Arbeit der Schüler. Im dritten Beispiel „Das Historikercamp in Freiberg“, bei dem ebenfalls der Archivpädagogin eine wesentliche Rolle zufiel, ging es um das erste Sächsische Geschichtscamp, das dieses Jahr stattfand und auf einer Gemeinschaftsinitiative unter der Federführung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus in Zusammenarbeit mit der TU Bergakademie Freiberg, dem Bergarchiv Freiberg, der BStU Chemnitz und der Körberstiftung beruht. Das Geschichtscamp fördert gezielt geschichtsinteressierte Schüler. 20 Schüler ab Klasse 9 untersuchten multiperspektivisch die Geschichte des Industriestandortes Muldenhütten in Freiberg. Ausgehend von einer Archivrecherche im BergArch ergänzten Industriearchäologie, Zeitzeugeninterviews, Gedenkstättenbesuch und die Einbeziehung des BStU ein handlungsbezogenes Pilotprojekt, das die Zusammenhänge zwischen Industrie- und Wirtschaftsgeschichte sowie Umwelt- und Sozialgeschichte dokumentierte. Das Fazit der Referentin „Die Beispiele belegen eindrucksvoll, wie notwendig es ist, Archive nachhaltig als Lernorte zu etablieren“.

Konzeptionell an Merit Kegels Vortrag anknüpfend und doch ein eigenes Format vorstellend referierten im letzten Sektionsbeitrag die beiden Freiburger Lehrer GÖTZ DISTELRATH (Anmerkung: Götz Distelraht ist für den ursprünglich vorgesehenen Referenten Kurt Hochstuhl eingesprungen, der wegen Krankheit seine Teilnahme absagen musste) und SYBILLE BUSKE (beide Freiburg) über das von Ihnen ins Leben gerufene Projekt eines Geschichtswettbewerbs. Der seit 5 Jahren bestehende, im Wesentlichen von 5 Lehrern getragene und 2012 zum dritten Male ausgetragene lokale Geschichtswettbewerb richtet sich an alle Schularten ab der Sekundarstufe I; aktive Unterstützung erfährt der Wettbewerb von 6 Freiburger Archiven, von weiteren Bildungseinrichtungen, der Stadt Freiburg und Stiftungen. Bei dem Wettbewerb handelt es sich um ein spezielles Lernarrangement, das für Archi-

ve als außerschulische Lernorte bei Lehrern und Schülern wirbt, das regional- und lokalgeschichtliches Interesse weckt (Regionalbezug), das Erfahrungen und Ressourcen unterschiedlicher Personen und Institutionen mobilisiert (personaler Bezug und Multiperspektivität), das unterschiedliche Kompetenzen fördert und das der Ausbildung von Begabungen und Talenten im Fach Geschichte dient. Vier Module kennzeichnen das Format: Lehrerfortbildung, Schülertag, Forscherzeit „Schüler im Archiv“ und Preisverleihung. Als besondere Chancen stellen die Referenten die individuelle Förderung der Schüler und ihrer Kompetenzen heraus: Schüler lernen selbständig ein Thema finden (Fragekompetenz), sie vertiefen ihre im Geschichtsunterricht erworbenen Kenntnisse (Sachkompetenz), sie werden an die Arbeitsweise eines Archivs herangeführt (Methodenkompetenz), sie dokumentieren und reflektieren ihr eigenes historisches Bewusstsein im Arbeitsbericht (Reflexions- und Urteilskompetenz) und sie überlegen sich geeignete Darstellungsformen (mediale Kompetenzen und Kreativität). Allerdings bremsen gleichwohl die enormen Schwierigkeiten, die mit der Auswahl und Auswertung der Archivalien verbunden sind, den Arbeitsdrang der Schüler, etwa das Zeitmanagement betreffend oder die frustrierende Erfahrung, manche Fragen offen zu lassen. Und doch, so die Referenten, zeigt sich in den Wettbewerbsbeiträgen, dass die Vorteile für alle Beteiligten überwiegen. Aus Schülersicht sind dies vor allem der persönliche Zugang zur Geschichte und die Veränderung des Geschichtsbewusstseins. Hinzu kommt die Chance für Oberstufenschüler, sich ihren Wettbewerbsbeitrag als besondere Lernleistung anrechnen zu lassen und sich damit eine mündliche Abiturprüfung zu ersparen. Wer den Wettbewerb erfolgreich bestanden hat, erfährt schließlich die Stärkung seiner intrinsischen Motivation durch die öffentliche Wertschätzung, die mit der Preisverleihung verbunden ist. Aber auch aus der Sicht der Archive lohnt sich der Aufwand trotz der enormen zeitlichen und materiellen Belastung: Archive werden verstärkt als Orte kultureller Bildung im Bewusstsein der Öffentlichkeit wahrgenommen und damit bei der Durchführung ihres Bildungsauftrages entlastet.

Für Lehrer bedeutet der Wettbewerb eine zeitliche Entlastung bei der Organisation und Durchführung projektorientierten Arbeitens im außerschulischen Lernort Archiv. Einschränkend fügten die Referenten hinzu, dass es aus schulorganisatorischen und pädagogischen Gründen jedoch nicht empfehlenswert ist, mit einer ganzen Lerngruppe ins Archiv zu gehen, sondern dass sich das Angebot primär nur für einzelne Schüler eigne.

In den Diskussionsrunden zu den Vorträgen fanden die vorgestellten Projekte und die konzeptionellen Entwürfe einhellige Zustimmung. Offen war für viele Teilnehmer die Frage, ob sich angesichts der zur Zeit gegebenen Ausgangslage die vielen Anregungen in der Breite realisieren lassen. Gerade kleinere Archive verfügen in der Regel nicht über die zeitlichen und personellen Voraussetzungen, ebenso fehlen in den Schulen die Zeitkontingente für Exkursionen und die Vorbereitung komplexer Projekte im Archiv. Angeregt wurde, Archiv und digitalen Lernort weniger als konkurrierende, sondern als sich ergänzende Lernorte zu verstehen. Einvernehmen bestand über Handlungsbedarf. Insbesondere die Gruppe der Entscheidungsträger aus den Ministerien sollte einbezogen werden, damit sich die archivischen Ressourcen leichter in didaktische Chancen konvertieren lassen.

Sektionsübersicht:

Saskia Sandro (Münster): Zukunftswerkstatt Archiv. Neue Perspektiven für historisches Lernen

Annekatri Schaller (Neuss): Vom Nutzen der Archivpädagogik für Schule, Archiv und das Leben

Merit Kegel (Dresden): Schule im Archiv – Bildungspartner für kompetenzorientiertes Lernen

Sybille Buske und Götz Distelrath (Freiburg im Breisgau): Historische Bildungsarbeit in der Region. Das Freiburger Netzwerk und der Wettbewerb „Schüler im Archiv“

Markus Müller-Henning (Wiesbaden): Moderation

Tagungsbericht *Archivische Ressourcen – Didaktische Chancen. Kompetenzorientiertes Lernen im Archiv*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 10.12.2012.

Copy & Waste. Selektive Rezeption mittelalterlicher Geschichte als ein Erinnerungsproblem

Leitung: Gerald Schwedler (Zürich) / Kai-Michael Sprenger (Rom)
Bericht von: Sabine Reichert, Arbeitsbereich Mittlere und Neuere Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte, Historisches Seminar, Universität Mainz

Das Thema des diesjährigen Historikertages nutzten Gerald Schwedler (Universität Zürich) und Kai-Michael Sprenger (DHI Rom), um einer besondere Form von Ressourcen-Konflikten auf den Grund zu gehen. Unter der Überschrift „Copy & Waste“ stellten sie die „Selektive Rezeption mittelalterlicher Geschichte als ein Erinnerungsproblem“ dar. Die Frage nach der Kontextualisierung des Mittelalters, seine Deutung und Umdeutung sowie seine politische Inanspruchnahme haben mittlerweile eine komplexe Forschungslandschaft hervorgebracht. Die Frage wie und was erinnert wird und die Standortgebundenheit der jeweiligen Rezipienten gilt es dabei immer wieder erneut zu kontextualisieren und nach den Hintergründen selektiver Erinnerungsprozesse zu fragen. Hervorgegangen war die mit circa 130 Zuhörern außerordentlich gut besuchte Sektion aus den Arbeiten des an der Universität Zürich angesiedelten Arbeitskreises „damnatio memoriae“ (<http://www.damnatio-memoriae.net>.) sowie einem laufenden Forschungsprojekt am DHI Rom zur Stauferrezeption.

Den Auftakt machte MISCHA MEIER (Tübingen) mit dem Vortrag „Kaiser Phokas (602–610) als Erinnerungsproblem“. Die Phokas-Säule

Copy & Waste. Selektive Rezeption mittelalterlicher Geschichte als ein Erinnerungsproblem

auf dem Forum Romanum zeugt bis heute von der Herrschaft dieses Kaisers, sein Name allerdings ist mit dem Bild des blutrünstigen Tyrannen fest verbunden. Dass dieses Bild in seinen Ursprüngen bis auf Phokas Nachfolger auf dem kaiserlichen Thron, Herakleios, zurückgeht, hat die geschichtswissenschaftliche Forschung nicht davon abgehalten, die Herrschaft des Phokas bis heute kritisch klischeehaft zu bewerten. Erst in jüngerer Zeit zeigt sich der Versuch, den Kaiser und seine Amtszeit differenzierter zu betrachten. Im Mittelpunkt des Vortrages stand aber nicht die Herrschaft Phokas selbst, sondern sein unter Herakleios massiv ins Negative inszenierte Bild. Der Nachfolger des Phokas verfolgte weniger eine Tilgung, sondern eine komplette Umformung der Erinnerung an den Kaiser. Doch warum wurde die Figur des Phokas so stark verändert und wie sah die Strategie des Herakleios dabei aus? Was machte Phokas überhaupt zu einem „Erinnerungsproblem“? Dies waren die Fragen, die Meier in den Mittelpunkt seines Vortrages rückte. Als zentralen Punkt stellte er dabei die vielen Parallelen zwischen Phokas und Herakleios heraus: beide waren Usurpatoren und hatten – begleitet von Blutbädern – die Macht übernommen. Ihr persönlicher Aufstieg bedeutete territoriale Verluste für das Imperium und erforderte besondere Formen der Herrschaftslegitimierung und -inszenierung. Allerdings war bereits die Usurpation des Phokas von den zeitgenössischen Historiographen als Umstoß der heilsgeschichtlichen Ordnung gedeutet worden, dadurch erhielt die Usurpation des Herakleios und die strukturellen Gemeinsamkeiten der beiden eine besondere Brisanz: Herakleios musste Phokas die Schuld zuweisen und gleichzeitig vermitteln, trotz eigener Usurpation nicht in einer Traditionslinie mit dem Zerstörer zu stehen. Um die Zeitgenossen zu überzeugen, musste Herakleios also dem direkten Vergleich ausweichen und das Bild von seinem Vorgänger nachhaltig ändern. Dieses Bemühen kategorisierte Meier in vier Strategien: Meier führte aus, dass hierbei als erster Schritt neben einer bewussten Ausklammerung Phokas aus der Historiographie der Name Phokas größtmöglich vermieden wurde. Stattdessen wurde er mit anonymi-

sierenden Bezeichnungen versehen (Tier, Tyrann, Krebsgeschwür). Der Begriff des Tyrannen wurde dabei extensiv, fast inflationär verwendet, wie Meier als zweiten Punkt herausstellte. Es zeigt sich eine klare Trennung des rechten Herrschers vom tyrannischen Usurpator. Phokas wurde drittens durch diese Art der Darstellung regelrecht „entmenschlicht“ und zum personifizierten Bösen stilisiert. Dies ermöglichte viertens die Charakterisierung Phokas als Zerstörer, auf den die Restitution der Ordnung folgte. Durch diesen Gegensatz konnte sich Herakleios als schuldlos am Unglück der Römer darstellen lassen. Das geschilderte Vorgehen Herakleios war außerordentlich erfolgreich, wie das Problem der Bewertung der beiden Persönlichkeiten in der Forschung zeigt. Das Bild Phokas wurde im Nachhinein derart stark umgestaltet, dass es bis heute schwer ist, ein rationales Bild dieses Kaisers zu entwerfen.

Was *damnatio memoriae* im Falle mittelalterlicher Päpste bedeutete, zeigte GERALD SCHWEDLER (Zürich) anhand verschiedener Beispiele. Seinen Vortrag „Anti-Päpste“. Zum Umgang mit belastender Geschichte“ begann er mit Papst Alexanders VI., dem ja bekanntlich bis ins 19. Jahrhundert hinein ein repräsentatives Grabdenkmal verwehrt geblieben war. Bereits der preußische Gelehrte Kurd von Schläzer, der in den 1860er-Jahren die sterblichen Überreste des Papstes wiederentdeckte, beschrieb in seinen Aufzeichnungen das mit ihnen verbundene Spannungsfeld: Auf der einen Seite war Alexander VI. gewählter Inhaber des päpstlichen Stuhles, gleichzeitig war er bereits zu Lebzeiten als Papst höchst umstritten und schon unter seinem Nachfolger wurde versucht, die Erinnerung an den ungeliebten Borgia-Papst zu tilgen. Ironischerweise wuchs mit vermehrtem Schwinden des offiziellen Bildes das inoffizielle: zahlreiche Legenden, Opern und Bücher beschworen das exzessive Leben Alexanders VI. und fanden in der amerikanischen TV Serie „Die Borgias“ ihren vorläufigen ahistorischen Höhepunkt. Für die Kurie stellte die Erinnerung an Alexander VI. ein Problem dar. Im Gegensatz zu Gegenpäpsten, die nach Beilegung des Schismas als Verräter oder Usurpatoren dif-

famiert werden konnten, war Alexander rechtmäßiger Amtsinhaber gewesen und konnte daher nicht einfach aus den offiziellen Listen ausgeschlossen werden. Schwedler suchte sich diesem Typus von ungeliebten, aber legitimen Päpsten methodisch über den Begriff des „Anti-Papstes“ zu nähern. Dieser, in der anschließenden Diskussion erwartungsgemäß intensiv diskutierte Begriff, führe laut Schwedler deutlich über den des „Gegenpapstes“ hinaus und biete wie auch der Begriff „Antiheld“ dort Erklärungspotential, wo es um die Interpretation von juristisch nicht fassbaren Erzählschemata geht. Diese These verdeutlichte Schwedler am Beispiel Papst Honorius I., dessen Schriften zum Monotheismus ihm zum Verhängnis geworden waren. In seinem Falle aber kam es nicht zu einer *damnatio memoriae*, vielmehr wurde das Wissen über ihn und damit an die Fehlbarkeit eines Papstes erstaunlich lange wachgehalten. Allerdings zeigen die Lücken, die die mittelalterliche Historiographie hinsichtlich seines Namens aufweist, laut Schwedler deutlich die Bedeutung von „Nicht-Wissen“ bzw. „Nicht-Nennen“. In diesem Zusammenhang ging der Vortragende abschließend näher auf den Aspekt der bewussten Namenslöschungen ein und erinnerte hierfür an die Bedeutung frühmittelalterlicher Diptychen. Eine ähnliche Suggestivkraft schrieb Schwedler den zahlreichen, seit der Spätantike erhaltenen Papstlisten zu. Diese wurden trotz ihrer scheinbaren Eindeutigkeit mitunter anders behandelt als von Rom vorgesehen. Die zahlreichen Streichungen bzw. Änderungen stellen ein breites Forschungsfeld dar, welches nach Schwedler längst nicht erschöpft ist. Denn gerade an ihnen zeige sich, wie viele Fragen noch offen seien, wenn es um Tilgungen, veränderte Überlieferung und propagandistisches Nicht-Wissen geht.

Wie stark Zuschreibungen an einzelnen Persönlichkeiten haften bleiben können, zeigte OLAF B. RADER (Berlin) mit seinem Vortrag zu „Friedrich II. und die Frauen“. Rader begann mit einem Zitat aus einem fiktiven Interview des sizilianischen Krimiautors Andrea Camilleri mit Friedrich II., in dem das Gespräch auch auf die zahlreichen amourösen Abenteuer des Kaisers gelenkt wurde. Das dabei vermit-

telte Bild Friedrichs ist keineswegs neu, verwendete den Stoff doch schon Boccaccio in seinem Dekameron. Doch wieso blieb ein solcher Ruf gerade an Friedrich hängen, war der Staufer doch alles andere als eine Ausnahme in puncto Frauengeschichten. Dieser Frage ging Rader im Folgenden nach und suchte dabei auch nach Erklärungsmustern für den Wandel in der Beurteilung dieses Rufes durch die jeweiligen Zeitgenossen. Betrachtet man die regulären Ehefrauen Friedrichs II. wird ihre Rolle im politischen Geschehen schnell deutlich. Wurde Konstanze von Aragon 1220 zusammen mit ihrem Ehemann zur Kaiserin gekrönt, waren Isabella von Jerusalem und Isabella von England nicht mehr öffentlich in die Politik eingebunden. Zudem sorgten ihre frühen Tode bereits für Gerüchte unter den Zeitgenossen. Die zahlreichen Ehen brachten dem Kaiser die legitimen Nachkommen für die Sicherung der Herrschaft, dazu gehörte auch die späte Anerkennung der Kinder Biancas. Das Bild des Staufers als Frauenheld konnte sich allerdings nur durchsetzen, weil Friedrich bereits zu Lebzeiten dieses Bild erfüllte. Aufgrund der zahlreichen Nachkommen sind mehr als ein Dutzend seiner Mätressen der Forschung bekannt. Eine übliche Nachrede braucht in der Regel einen „Haftgrund“, wie Rader es ausdrückte, und so wird in den zahlreichen Erzählungen und Legenden sicherlich ein Körnchen Wahrheit enthalten sein. In diesem Falle steht die Forschung vor der Aufgabe, weiterhin zu unterscheiden, was eigen und was erinnert ist. Deutlich ist laut Bader aber eine Veränderung in der Bewertung Friedrichs und seines Verhältnisses zu Frauen zu erkennen. Das negative Bild Friedrichs als Frauenheld wurde bereits zu Lebzeiten durch seine politischen Gegner bewusst geschürt – auffallenderweise spielte hier der Araberdiskurs keine Rolle, wie Rader in der Diskussion näher erläuterte. Erst im Laufe der Jahrhunderte weichte es gegenüber einer Art Bewunderung, wie sie besonders im eingangs zitierten „unmöglichen Interview“ Camilleris deutlich wird.

Unter dem Titel „Zwischen Reconquista und Convivencia. Muslimisches Mittelalter und nationale Identität auf der iberischen Halbinsel“ präsentierte PATRICIA HERTEL (Freiburg im Breisgau), Ergebnis-

se ihrer jüngst erschienenen Dissertation. Warum wurde der politische Mythos der Reconquista zentral für die Rezeption des muslimischen Mittelalters? Wann und warum konnte die Vorstellung der Convivencia in das Bild der katholisch geprägten Nation integriert werden? Unter diesen Leitfragen stellte Hertel die Bedeutung der muslimischen Vergangenheit für die Nationenbildung im 19. und 20. Jahrhundert dar. Zunächst gab sie eine grundlegende Einführung in den Mythos der Reconquista, welches sich als prominentes Konzept im 19. Jahrhundert durchsetzte. Kennzeichen waren die Schilderung des Kampfes gegen die islamische Herrschaft als Merkmal einer ganzen Epoche und die damit verbundene Ausblendung mittelalterlicher Heterogenität. Vielmehr wurde die Vorstellung eines einheitlichen Spaniens transportiert – wenn nicht gar bereits eine vermeintliche spanische Identität noch vor dem 8. Jahrhundert, wie Hertel es bis ins 21. Jahrhundert in politischen Reden nachweisen kann. Ihr Überblick über die verschiedenen Regierungssysteme Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert zeigte dabei deutlich, dass neue politische Konstellationen nicht zwangsläufig zu einem Diskurswechsel über die Reconquista führten. Während der Diktatur und der 2. Republik scheiterte eine spezifische Interpretation sicherlich auch an der Kurzlebigkeit des Systems. Franco hingegen gelang ein propagandistischer Gebrauch der muslimischen Vergangenheit während er auf die Hilfe marokkanische Söldner baute. In Portugal kam es hingegen in der Frühphase des Estado Novo eher zu einer Ausblendung der muslimischen Vergangenheit, die sich erst seit den 1960er-Jahren in die Vorstellung einer „portugiesischen Ökonomie“ wandeln sollte. Zusammenfassend verdankten laut Hertel die Konzepte der Reconquista und der Convivencia ihren Erfolg wohl ihrer Wandelbarkeit, wenngleich sich ihre Interpretation in Spanien und Portugal qualitativ und quantitativ unterschieden. Und, so betonte Hertel abschließend, führte die Rezeption des muslimischen Mittelalters nicht zwangsläufig zu einer Stilisierung eines Gegensatzes zwischen einem „Europa“ und einem „Islam“.

Abgerundet wurde die Sektion von KAI-MICHAEL SPRENGER

(Rom), der über „Die Schlacht von Legnano (1176). Ein Ereignis als kontroverser Erinnerungsort“ sprach. Durch ihre aktuelle politische Indienstnahme durch die Lega Nord bietet die Schlacht von Legnano ein Paradebeispiel für den Umgang der Moderne mit historischen Ereignissen. Sprenger erinnerte zu Beginn seines Vortrags an das Landesjubiläum Italiens im vergangenen Jahr, welches durch die zahlreichen Diskussionen um die Gestaltung der Feier teilweise stärker polarisierend anstatt identifikationsstiftend wirkte. Ähnlich divergierend zeigt sich auch der Umgang der Italiener mit der Schlacht von Legnano, die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts wieder ins Blickfeld geriet und im Sinne des Risorgimento herausgehoben wurde. Dabei traten laut Sprenger zwei Elemente in den Vordergrund: zum einen die Gründung des Lombardenbundes mit dem legendären Schwur von Pontida, zum anderen die Schlacht von Legnano selbst, der als triumphaler Sieg über den „teutonischen Eindringling“ stilisierte wurde. Neben Beispielen aus Kunst, Malerei und Musik verwies Sprenger auf das bekannte Denkmal des Alberto Giussano in Legnano. Bereits 1876 war an seiner Stelle ein erstes Denkmal gesetzt worden, dessen Sockel dazu die wichtigsten, zum Teil ahistorischen Szenen wie dem legendären Schwur von Pontida (1167) der Entstehung der historischen Lega Lombarda und der Schlacht zeigte. Sprenger zeigte allerdings auf, dass bereits die Darstellung der 16 Wappen der angeblich beteiligten Städte für zahlreiche Diskussionen unter den Gelehrten führte. So führte der Versuch der Historiker, zwischen den Teilnehmern bzw. den kämpfenden Gruppen zu differenzieren, schon zu ersten Rissen im Bild über die Lega Lombarda. Dass 1176 Städte wie Pavia oder Como oder gar ein Ahne des aktuellen neuen italienischen Königs Viktor Emanuel II auf kaiserlicher Seite gekämpft hatten, passte so gar nicht zu der aktuell postulierten Einheit Italiens und deren vermeintlichen historischen Vorbildern. Dies war keinesfalls die einzige Fraktur im einheitsstiftenden Bild, wie Sprenger mit den zum Teil sehr kontroversen kirchenpolitischen Interpretationen des Schwurs von Pontida und der Schlacht von Legnano, welche im Kontext der großen Jubilä-

umsfeiern 1876 ebenfalls gehörig Wasser in den Wein der historischen Vorbilder einer vermeintlichen gemeinsamen und identitätsstiftenden Erinnerungskultur Italiens mit Blick auf Legnano gossen. Eine gänzlich andere Darstellung der Schlacht erzählt das Bronzeportal des Mailänder Domes. Dieser 1933 bzw. 1950/52 geschaffene Erinnerungsort fungiert als hagiographische Erzählung und rückt den Mailänder Erzbischof Galdinus und seine Rolle in der Schlacht in den Vordergrund. Der Vortrag machte deutlich, wie bis heute die Schlacht von Legnano als Folie für die unterschiedlichsten Inszenierungen dient. Ob Spektakel wie der jährlich abgehaltene Palio die Legnano, modern inszenierte Aufführungen der Verdi Oper „Battaglia di Legnano“ oder auch der 2009 angelaufene Kinofilm „Barbarossa“ – die Schlacht von Legnano und ihre Instrumentalisierung scheinen omnipräsent. Die damit verbundene neu aufgeflammete wissenschaftliche Diskussion um das historische Ereignis kann die politische Indienstnahme zwar nicht aufhalten, aber vielleicht etwas entzaubern. So schloss Sprenger mit der Bemerkung, dass zumindest die Figur des Alberto da Giussano als Reaktion auf ihre jüngsten ahistorischen politischen Instrumentalisierungen im öffentlichen Bewusstsein als Fiktion enttarnt worden sei.

Die Diskussion um Legnano als Erinnerungsort – im Vortragstitel Sprengers bewusst mit einem Fragezeichen versehen – läutete die allgemeine Diskussion der Sektion ein. Dabei standen wieder der Begriff selbst im Mittelpunkt der Diskussion und der Eindruck von verschiedener Seite, er würde derzeit in der Forschung teilweise fast inflationär gebraucht werden. Aber auch der spezifische heuristische Wert des Begriffs *damnatio memoriae* wurde in diesem Kontext hinterfragt. Besonders das Verhältnis zu den verbreiteten mittelalterlichen Fälschungen kam hier zur Sprache, also die Frage nach den Überschneidungen *damnatio memoriae* und Fälschung. Wie fließend die Grenzen oftmals sind bzw. wie kontextabhängig der Umgang mit historischen Ereignissen und ihrer Umdeutung im kollektiven Gedächtnis ist, gestaltete sich als Kernthema der gesamten Sektion. In diesem Sinne erwies sich

Sabine Reichert

auch der Sektionstitel mit dem Begriff des „Erinnerungsproblems“ als eine fruchtbare Alternative zum Konzept des „Erinnerungsortes“. Geschichtsrezeption ist eben kein copy & paste, sondern ein komplexer Selektionsprozess und somit per se eine stete Auswahl- und Verwerfungsentscheidung (copy & waste), die wie die jeweiligen Vorträge gezeigt haben, noch viel Raum für weitere Forschung bereithält.

Sektionsübersicht:

Gerald Schwedler (Zürich); Kai-Michael Sprenger (Rom): Einführung in das Thema; Vorstellung des interdisziplinären Arbeitskreises „Damnatio Memoriae“

Mischa Meier (Tübingen): Kaiser Phokas (602–610) als Erinnerungsproblem

Gerald Schwedler (Zürich): „Anti-Päpste“. Zum Umgang mit belastender Geschichte

Olaf B. Rader (Berlin): Friedrich II. und die Frauen

Patricia Hertel (Freiburg): Zwischen Reconquista und Convivencia. Muslimisches Mittelalter und nationale Identität auf der iberischen Halbinsel

Kai-Michael Sprenger (Rom): Die Schlacht von Legnano (1176). Ein Ereignis als kontroverser Erinnerungsort

Tagungsbericht *Copy & Waste. Selektive Rezeption mittelalterlicher Geschichte als ein Erinnerungsproblem*. 25.09.2012–28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2012.

Das Wasser: Ressource zwischen Alltagsbedarf, Ingenieurkunst und Repräsentation. Eine Konversation zwischen Antike und Neuzeit

Leitung: Christian Wieland (Frankfurt am Main / Freiburg im Breisgau) / Sitta von Reden (Freiburg im Breisgau)

Bericht von: Ole Johannsen / Florian Hellberg, Seminar für Alte Geschichte, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Gemäß ihres gewählten Titels hatte sich diese – von CHRISTIAN WIELAND (Frankfurt am Main / Freiburg im Breisgau) und SITTA VON REDEN (Freiburg im Breisgau) geleitete – Sektion das Ziel gesetzt, die Ressource Wasser anhand von ausgewählten Fallbeispielen in einem Zeitraum vom 6. Jahrhundert v.Chr. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu untersuchen. Mit Hilfe des historischen Vergleichs, der explizit nicht unter einer entwicklungsgeschichtlichen Perspektive angewendet wurde, sollte der Fokus auf „die durch verschiedene kulturelle Bedingungen geprägten Formen des Umgangs“ mit Wasser gerichtet werden. Im Zentrum standen hierbei Fragen nach dem Zusammenhang von Natur, Technik, Macht und Repräsentation. Diese methodische Grundlegung hatte zur Folge, dass die insgesamt sechs Impulsvorträge nicht chronologisch, sondern in engem thematischen Bezug aufeinander angeordnet wurden. Alle Beiträge konnten vorab ausformuliert auf der Homepage des Historikertages eingesehen werden.¹

NEVILLE MORLEY (Bristol) betrachtete die konkurrierenden Ansprüche auf die knappe und volatile Ressource Wasser in der griechisch-römischen Antike sowie die unterschiedlichen Strategien, die zu ihrer Sicherung angewandt wurden. In einer Zuspitzung auf die Zeit des Frühen Prinzipats nahm er die inschriftliche Repräsentation staatlicher Versorgungsformen und ihrer Technologien in Nordafrika und Italien sowie die römischen Rechtsquellen in den Blick, in de-

¹<<http://www.historikertag.de/Mainz2012/de/programm/wissenschaftliches-programm/sektionen/einzelansicht/article/das-wasser.html>> (29.09.2012).

nen er das Phänomen einer Rhetorik der Regelmäßigkeit ausmachte, die in auffälligem Kontrast zu der Unberechenbarkeit der Wasserversorgung im mediterranen Raum stand. Die Unbeständigkeit der Wasserversorgung sowie das Konfliktpotential, das sich aus der Nutzung der begrenzten Ressource Wasser zwangsläufig ergebe, seien in den römisch-rechtlichen Regelungen ignoriert worden. Stattdessen suggerierten diese eine kontrafaktische Beständigkeit und konnten damit keine praktikablen Modi der Streitschlichtung entwickeln. Morley diskutierte verschiedene Erklärungsansätze für diesen Befund. Er sei unter anderem auf den fluiden Charakter des Wassers zurückzuführen, der die Konzeptualisierung als greifbaren Rechtsbegriff innerhalb der römischen Rechtsdogmatik erschwerte. Zudem lässt die Unangemessenheit der rechtlichen Regelungen darauf schließen, dass aufkommende Konflikte meist nach tradierten informellen Verfahren geregelt wurden. Das gesetzte Recht hingegen und dessen Rhetorik der Regelmäßigkeit stand größtenteils in Diensten einer sozialen und ökonomischen Elite, die dazu tendierte, den Zugang zu der begrenzten Ressource, insbesondere in der Region um Rom, zu privatisieren.

CHRISTIAN WIELAND widmete sich in seinem Beitrag den Wasserbauingenieuren des 17. Jahrhunderts und diskutierte hierbei überzeugend die Frage, wie es dieser Gruppe gelingen konnte, sich den Werten der aristokratisch-höfisch geprägten Gesellschaft anzupassen. Bürgerliche Herkunft, ein niedriger sozialer Status und die Nähe der Techniker zum Handwerk trugen zu ihrer gesellschaftlichen Diskreditierung bei. Anhand von wasserbaulichen Maßnahmen im barocken Rom und in England unter der Herrschaft der Stuart-Monarchie im 17. Jahrhundert konnte gezeigt werden, wie sich in der Frühneuzeit ein gesellschaftlicher Wandel beobachten lässt, indem Wasser zunehmend politisiert wurde und sogar Eingang in die politische Theorie fand. Im Zuge dieser Entwicklung gelang es den Ingenieuren zunehmend, ihr gesellschaftliches Stigma zu überwinden. Durch Rückgriff auf pagan-römische Ideale (Integration) und eine sich verändernde Bezeichnung der Wasserbauingenieure als *bellatores* (Aristokratisierung)

sowie durch die Nützlichkeit ihrer Bauwerke (Brücken und Brunnen) rückten sie in die Nähe der aristokratisch geprägten Gesellschaft. Der eigene Anspruch, durch infrastrukturelle Projekte, den urbanen Raum neu zu gestalten, wurde im barocken Rom maßgeblich geprägt vom gesellschaftlich-politischen Modell der römischen Antike. Im England des 17. Jahrhunderts lässt sich die Funktionalisierung von Wasser in einer antiken Tradition nicht ausmachen. Hydraulik und Gartenkunst sind hier weniger antik, sondern vielmehr ländlich orientiert. Abschließend wurde sichtbar, dass sowohl in Rom als auch im England des 17. Jahrhunderts eine Verbindung zwischen wasserbaulichen Maßnahmen und der damit einhergehenden ostentativen Herrschaft über Wasser mit der Herrschaft über Menschen besteht.

SITTA VON REDEN näherte sich dem Thema der Sektion wiederum über ein Phänomen der griechisch-römischen Antike: Ihr Gegenstand war die Repräsentation von Wasser im ptolemäischen Alexandria (323 – 30 v.Chr.), die technische, ästhetische und mythologische Aspekte verband. Auf komplexe Weise wurden hier Vorstellungen von außeralltäglicher Macht, monarchischer Fürsorgepflicht und die kulturelle Stabilisierung dynastischer Nachfolge miteinander verknüpft. In diesem Bedeutungskomplex standen Nil- und Quellwasser einerseits in einem kulturellen Gegensatz zueinander, andererseits verbanden sie sich in der Repräsentation eines interkulturellen Herrschaftsanspruchs. Das Konzept der doppelten Versorgungs- und Repräsentationsfunktion von Wasser übertrug von Reden auf die ptolemäische Bewässerungspolitik in der Oase Fayum. Auch hier stand das Bewässerungsprojekt in engem Zusammenhang mit der Bedeutung des Fayums als Machtfaktor und Ausdruck der Leistungsfähigkeit, Fülle und Fruchtbarkeit der ptolemäischen Dynastie. Gleichzeitig trat die von Alexandria aus gesteuerte Bewässerung des Fayums in Konkurrenz mit den vorhandenen Bewässerungssystemen im Niltal, die traditionell das Aktionsfeld lokaler sozialer Machtausübung darstellten.

Der Beitrag von ASTRID MÖLLER (Freiburg im Breisgau) stellte

sich anhand des Eupalinos-Tunnels auf Samos und des Brunnenhauses der Athener Agora die Frage, ob und auf welche Weise es sich bei diesen baulichen Maßnahmen um Repräsentationen „tyrannischer“ Stadtherrschaft oder doch eher um Monumente „eines gesteigerten kollektiven Gemeinschaftsgefühls der Poleis handelte“. Auf Grundlage der nicht zeitgenössischen Urteile in der historiographischen Überlieferung wurden die genannten Bauprojekte von Teilen der Forschung wie selbstverständlich als Ausnahmeleistung einzelner Tyrannen klassifiziert.² Das Grundproblem liegt allerdings darin begründet, welche terminologischen Prämissen und somit welche Bedeutungsdimensionen einem *tyrannos* zugerechnet werden. Sich anschließend an neuere Arbeiten zur archaischen Tyrannis stellt diese viel weniger ein eigenes politisches System, sondern vielmehr eine Extremform aristokratischer Herrschaft dar.³ An diese theoretischen Überlegungen zur soziopolitisch-kulturellen Ordnung archaischer Herrschaft anknüpfend, wurden die wasserbaulichen Großprojekte auf Samos und in Athen „nicht als Ausdruck der Herrschaftsrepräsentation eines einzelnen Tyrannen, sondern als Ausdruck des gestiegenen Gemeinschaftsgefühls der Polisbürger“ interpretiert. Dies impliziert jedoch nicht zwingend, dass ein einzelner Aristokrat im agonalen Wettstreit um ein Mehr an Anerkennung die Wasserversorgung verbesserte. In einem Exkurs auf ikonographische Darstellungen von Frauen beim Wasserholen – wie sie sich im späten 6. Jahrhundert v.Chr. auf Hydrien und Kalpiden nachweisen lassen – konnte Wasser zudem als prominentes Sujet der Vasenmalerei ausgewiesen werden.

Trotz eines zeitlichen Abstands des Untersuchungsgebiets von etwa 2500 Jahren knüpften die Ausführungen von FRANZ-JOSEF

²Vgl. Hans-Joachim Gehrke, *Jenseits von Athen und Sparta. Das dritte Griechenland und seine Staatenwelt*, München 1986, hier S. 118-120 sowie Hermann J. Kienast, *Die Tyrannis inszeniert sich - Großbauten auf der Insel Samos*, in: Ernst-Ludwig Schwandner / Klaus Rheidt (Hrsg.), *Macht der Architektur - Architektur der Macht. Bauforschungskolloquium in Berlin vom 30. Oktober bis 2. November 2002* (Diskussionen zur Archäologischen Bauforschung 8), Mainz 2004, S. 69-78.

³So bei Greg Anderson, *Before Tyranny were Tyrants. Rethinking a Chapter of Early Greek History*, in: *Classical Antiquity* 24 (2005), S. 173-222.

BRÜGGEMEIER (Freiburg im Breisgau) unmittelbar an den vorangegangenen Beitrag an. Er widmete sich den Entwicklungen von Kanalisationen in den europäischen Großstädten mit ihren dazugehörigen „Epiarchitekturen“, die sich ab 1850 europaweit beobachten ließen und eines der Großprojekte des ausgehenden 19. Jahrhunderts darstellten. Dabei ging es ihm ebenfalls darum, die wasserbaulichen Leistungen im Spannungsfeld zwischen städtischer Identität und dem Beitrag einzelner tatkräftiger Herrscher zu beleuchten. Auch wenn sich die Verwirklichung dieser großen Infrastrukturprojekte in einigen Fällen auf das Wirken von Monarchen und Institutionen des Zentralstaats zurückführen lässt – wie im Fall von Paris unter Napoleon III. – besaßen in den überwiegenden Fällen Gruppierungen und Elemente der Zivilgesellschaft, die vorwiegend lokal verankert waren, eine größere Bedeutung. Die These ließ sich am verbreiteten Phänomen des „internationalen Kanaltourismus“ verdeutlichen. In dessen Rahmen konnten sich die Städte und ihre Oligarchien als Verkörperungen eines ästhetisch überhöhten Fortschritts präsentieren, eine Form der kommunalen Selbstinszenierung und Repräsentation, die gleichzeitig nach innen und nach außen – auf die kosmopolitische Oberschicht – ausgerichtet war. Zudem wendete sich Brüggemeier gegen die Ansicht, den Bau von Kanalisationen „als Realisierung eines zentralen Welt- und Kulturmodells“ zu sehen, „das mit der Industrialisierung aufkam und durch die Gegenüberstellung von Stadt und Land, von maschineller Produktion und Abfall und generell von Natur und Gesellschaft gekennzeichnet sei“.⁴ Nicht eine Beherrschung und Ignorierung der Natur⁵ sei Grundlage und Ziel der technischen Experten gewesen, die diese Projekte verwirklichten. Vielmehr bestand ihre Intention in einem tieferen Naturverständnis sowie einer Verbesserung der Natur, die sie nicht als abstrakt und unberührt, sondern bereits als städtisch

⁴Vgl. hierzu Susanne Hauser, „Reinlichkeit, Ordnung und Schönheit“. Zur Diskussion über Kanalisation im 19. Jahrhundert, in: *Die alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege* 19 (1992), S. 292-312.

⁵Vgl. hierzu Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986, S. 9.

geprägt und durch Menschen massiv verändert vorfanden, wahrnahmen und konzeptualisierten.

CHANDRA MUKERJI (San Diego) untersuchte im Spannungsfeld von Ingenieurskunst, ökonomischer Macht und Staatswerdung, wie es Ludwig XIV. mit dem Bau des Canal du Midi (einem 240 Kilometer langen Kanal, der Toulouse mit dem Mittelmeer verbindet) im ausgehenden 17. Jahrhundert gelang, lokale Eliten zu unterminieren. Dieses wasserbauliche Großprojekt wurde von der französischen Krone funktionalisiert, um die Leistungsfähigkeit und den Machtanspruch der Zentralherrschaft zu manifestieren und der lokalen Bevölkerung vor Augen zu führen. Wasser wurde durch die Monarchie zum „tool of governance“, mit dessen Hilfe das eigene Land kontrolliert werden konnte. Der Bau des Kanals instanziierte somit eine neue Qualität von Herrschaft, die somit „superhuman, uncanny and daunting“ zugleich gewesen sei.

Zum Abschluss präsentierte Christian Wieland die zentralen Erkenntnisse der Sektion in sechs Punkten, die sich thesenhaft zusammenfassen lassen:

1. In den epochenübergreifenden Vorträgen wurde deutlich, dass sich die neuzeitliche Wasserbaukunst explizit auf die Antike – insbesondere auf die der römischen Kaiserzeit – bezog, wobei der Bezugspunkt stets eine imaginierte Antike darstellte, die entsprechend den politischen und kulturellen Zwecken der jeweiligen neuzeitlichen Akteure modelliert war.
2. Wasser ist ein Politikum und der erfolgreiche Umgang mit Wasser gilt als Ausweis legitimer und erfolgreicher Herrschaft, was zum einen an seinem „elementaren“, unverzichtbaren Charakter liegt, zum anderen daran, dass die Transformation dieses fluiden Elements in ein stabiles als besonders nachdrücklicher Beweis der Naturbeherrschung und damit für die Befähigung zur Herrschaft überhaupt dienen kann.
3. In verschiedenen Zeiten lässt sich das Phänomen beobachten, dass großangelegte Wasserbauprojekte einzelnen herausgehobenen Akteuren zugeschrieben und als Momente der Herrschaftsausübung symbo-

Das Wasser: Ressource zwischen Alltagsbedarf, Ingenieurkunst und Repräsentation. Eine Konversation zwischen Antike und Neuzeit

lisch aufgeladen wurden. Dabei gingen Infrastrukturprojekte in der Peripherie mit Eingriffen der Zentralmacht in die lokalen gesellschaftlichen Formationen einher, was nicht zwangsläufig zu einer Zentralisierung der Herrschaft, aber doch zu einer verstärkten Interaktion zwischen Zentrum und Peripherie führte.

4. Die Rechtssprache, die die Vorstellung von Unwandelbarkeit transportiert, kann als Inbegriff einer Elitenperspektive auf das Wasser gelten. Ebenso wie die Hydraulik, durch die die juristisch erwünschte Regelmäßigkeit erst ermöglicht wird, lassen sich die Kategorisierungen des Rechts als Medium der Herrschaft analysieren.

5. Von der Antike bis ins 19. Jahrhundert stand der Umgang mit Wasser in einem Spannungsfeld zwischen einer Ausrichtung auf das Allgemeinwohl (die auch der Rechtfertigung und symbolischen Überhöhung von Herrschaft diene) und der Ermöglichung von fürstlich-adligem Luxus.

6. Die religiöse bzw. mythische Bedeutung des Wassers in den betrachteten Kulturen ist unbestritten, wobei in zukünftigen Untersuchungen zu fragen wäre, was geschieht, wenn Wasser „in das Kreuzfeuer konkurrierender religiöser Deutungen“ gelangt.

In zwei Diskussionsblöcken wurden weiterführende Perspektiven benannt, die bei einer epochenübergreifenden Betrachtung der Ressource Wasser zukünftig berücksichtigt werden sollten. Erstens wurde die Forderung laut, den Blick auf Wasser nicht nur auf europäische oder mediterrane Fallbeispiele zu beschränken. Gerade Länder in Afrika – in denen extreme Wasserknappheit vorherrsche – sollten ebenfalls berücksichtigt werden, da in solchen Fällen das Phänomen der Kontrolle über Wasser als Quelle der Herrschaftslegitimation besser beleuchtet werden könnte. Zweitens wurde angemerkt, den Begriff der Naturbeherrschung historisch schärfer zu konturieren. Besonders in der Neuzeit trete die Naturbeherrschung und somit auch die Beherrschung der Ressource Wasser ein in Fragen nach der Nutzbarmachung der Natur für privatwirtschaftliche-ökonomische Interessen. Und drittens lohne sich auch, die zerstörerische Kraft von Wasser – wie sie in

Florian Hellberg, Ole Johannsen

Flutwellen oder Hochwasserkatastrophen zutage tritt – in den Blick zu nehmen. Gerade hieran ließe sich der jeweils spezifische Umgang von Gesellschaften mit dem Gefahrenpotential von Wasser im historischen Vergleich illustrieren.

Diese Anregungen sollten als Ausgangspunkt dienen, den Fokus der historischen Forschung auch in Zukunft auf die volatile Ressource Wasser zu richten. Wie die Ergebnisse der Sektion verdeutlichen, erweist es sich als äußerst fruchtbar, hierbei auch in einen epochenübergreifenden Dialog zu treten, um den Wandel gesellschaftlicher Diskurse über Wasser im historischen Prozess zu untersuchen.⁶ Insbesondere der Zusammenhang zwischen dem jeweiligen zeitspezifischen Naturverständnis und dessen Konsequenz für Fragen nach Naturbeherrschung und Herrschaftsrepräsentation scheint ein vielversprechendes Thema zukünftiger Forschungen. Es bleibt zu hoffen, dass die epochenübergreifende Beschäftigung mit Wasser durch die hier besprochene Sektion angeregt wurde und nicht am Ende des Historikertages wieder zum Erliegen kommt. Der Ressource Wasser wäre dies nur zu wünschen.

Sektionsübersicht:

Neville Morley (Bristol): 'The same procedure as last year': managing competition and conflict over water in classical antiquity

Christian Wieland (Frankfurt am Main / Freiburg im Breisgau): Herrschaftsrepräsentation, Wasser und Ingenieurskunst im frühneuzeitlichen Europa. Ein vergleichender Blick auf Italien und England im 17. Jahrhundert

Sitta von Reden (Freiburg im Breisgau): Land und Wasser: Die symbolische Ökonomie ptolemäischer Herrschaft im hellenistischen Ägypten

⁶Dass diese Diskussion bereits in vollem Gange zu sein scheint, unterstreicht nicht zuletzt die seit 2009 erscheinende Zeitschrift „Water History“, die sich als „interdisciplinary forum for discussing the relationship of humankind with water“ versteht.

Astrid Möller (Freiburg im Breisgau): Tyrannische Wasserversorgung?

Franz-Josef Brüggemeier (Freiburg im Breisgau): Wasserkunst und Bürgerstolz

Chandra Mukerji (San Diego): Impersonal Rule and the Canal du Midi

Tagungsbericht *Das Wasser: Ressource zwischen Alltagsbedarf, Ingenieurskunst und Repräsentation. Eine Konversation zwischen Antike und Neuzeit*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 29.10.2012.

Datenbanken für die Mediävistik und die Renaissance in Forschung und Lehre

Leitung: Michael Matheus (Mainz) / Hedwig Röckelein (Göttingen) / Rainer Christoph Schwinges (Bern)

Bericht von: Torsten Roeder, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Datenbanken zu Personeninformationen etablieren sich zusehends als Forschungsinstrument in den Geschichtswissenschaften. Meist aus Personenindizes oder aus Regestenausgaben erwachsen, entfalten sich digitale Informationssammlungen von dem Status des funktionalen Nebenprodukts zu ergiebigem Forschungsmaterial. Beispielhaft demonstriert wurde dies in der Sektion „Datenbanken für die Mediävistik und die Renaissance in Forschung und Lehre“ auf dem Historikertag 2012 in Mainz, welche von MICHAEL MATHEUS (Rom), HEDWIG RÖCKELEIN (Göttingen) und RAINER C. SCHWINGES (Bern) geleitet wurde und am 27. September stattfand.¹ Der folgende Bericht möchte vorrangig die Besonderheiten der Datenbanken

¹<http://www.historikertag.de/Mainz2012/de/programm/wissenschaftliches-programm/sektionen/einzelansicht/article/datenbanken-fuer-die-mediaevistik-und-die-renaissance-in-forschung-und-lehre.html> (28.11.2012)

beleuchten und die damit verbundenen Fragen diskutieren. Die Fallbeispiele aus der Forschung sollen ebenfalls besprochen, jedoch nicht inhaltlich beurteilt werden.

Drei Personendatenbanken wurden mitsamt Beispielen für ihre geschichtswissenschaftliche Anwendung vorgestellt: Das digitale Personenregister der Germania Sacra (GS)², das Repertorium Academicum Germanicum (RAG)³ und das Repertorium Germanicum Online (RGO)⁴, letzteres als Teil des Portals Romana Repertoria Online (RRO)⁵. Gemeinsam sind diesen Datenbanken die unentgeltliche Nutzbarkeit, der barrierefreie Zugang und die offene Lizenzierung im Sinne von Open Access⁶. Mit der Verfügbarkeit von Metadaten und Zitationsmöglichkeiten ist das Standardisierungsniveau der Datenbanken vergleichsweise hoch. Michael Matheus beschrieb Datenbanken als „Publikationen im offenen Prozess“, welche sich der Interaktion mit Nutzern und der engen Zusammenarbeit mit Akademien, Bibliotheken und Informatikern aufgeschlossen zeigen sollten, um das allgemeine Ziel der zuverlässigen Überlieferung realisieren zu können. Perspektivisch seien die Datenbanken zudem nicht nur für Personen- und Ortsgeschichte von Interesse, sondern ebenso für Forschungsvorhaben in z.B. sozialgeschichtlichen, medizinhistorischen oder musikwissenschaftlichen Feldern.

Im Einzelnen stellten zunächst Michael Matheus und JÖRG HÖRN-SCHEMEYER (Rom) das Portal Romana Repertoria Online vor, welches am Deutschen Historischen Institut in Rom angesiedelt ist und die Datenbestände des Instituts systematisch gebündelt präsentiert. Es umfasst elf Projekte, darunter sowohl digitale Editionen als auch Datenbanken, unter denen das Repertorium Germanicum Online (RGO) für diese Sektion von besonderem Interesse war. Es enthält das Quel-

²<http://personendatenbank.germania-sacra.de/> (30.10.2012)

³<http://www.rag-online.org/> (30.10.2012)

⁴<http://194.242.233.132/denqRG/index.htm> (28.11.2012)

⁵<http://www.romana-repertoria.net/> (30.10.2012)

⁶<http://open-access.net/> (30.10.2012), siehe dazu auch: http://www.dfg.de/dfg_magazin/forschungspolitik_standpunkte_perspektiven/open_access/index.html (30.10.2012)

lenmaterial des Repertorium Germanicum (RG) und des Repertorium Poenitentiarie Germanicum (RPG) und umfasst somit insgesamt circa 160.000 deutsche Personen, Kirchen und Orte der Jahre 1378–1492 aus allen vatikanischen Registererien und Kameralbeständen (=RG) sowie aus allen an Pönitentiarie gerichteten Suppliken (=RPG). Die Besonderheit des RGO liegt nicht nur in der gleichzeitigen Durchsuchbarkeit von RG und RPG, sondern auch in dem Angebot unterschiedlicher Recherchezugänge, welche sowohl ein gezieltes Suchen als auch ein „Stöbern“ in den Beständen ermöglichen. Die intelligent programmierte Datenbank fängt zudem Varianten von Personen- und Ortsnamen sowie unterschiedliche Schreibweisen ab⁷ und hilft bei der Auflösung von Abkürzungen. Die Personendatensätze sind außerdem mit einer GND⁸ versehen, was mittlerweile zum Standard gehört.

Anschließend präsentierten Hedwig Röcklein und BÄRBEL KRÖGER (Göttingen) das Digitale Personenregister der Germania Sacra. Das sogenannte Handbuch der Kirche des alten Reiches besteht seit 1917 und verzeichnet Bistümer, Klöster und Stifte sowie die dazugehörigen Personendaten in bislang 63 Bänden. Die Datenbank der GS, die Mitte Oktober veröffentlicht wurde, bietet einen bandübergreifenden Zugang, über den derzeit circa 9.000 Personendatensätze recherchierbar sind (wahlweise auch bandspezifisch). Redaktionell befindet sich die Digitalisierung der Inhalte auf einem hohen Niveau. Für circa 5 Prozent der Personen ist zudem eine GND verfügbar, die mithilfe von BEACON-Dateien⁹ mit anderen Datenbeständen verlinkt sind. Bei der Identifizierung von möglicherweise identischen Personen in verschiedenen Bänden der GS offenbart sich eine relevante Eigenheit der digitalen Grundlagenforschung: Bei Personen geringer Bekanntheit (d.h. welche nur selten oder singular belegbar sind), würde ein automatischer Abgleich keine soliden Ergebnisse hervorbringen. An

⁷Mithilfe des Levenshtein-Algorithmus, siehe z.B. <http://de.wikipedia.org/wiki/Levenshtein-Distanz> (30.10.2012)

⁸http://www.dnb.de/DE/Standardisierung/Normdaten/GND/gnd_node.html (30.10.2012)

⁹<http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:BEACON> (30.10.2012)

dieser Stelle kann von der digitalen Technik keine Lösung erwartet werden, sondern der fachkundige Nutzer muss die Sachlage in jedem Einzelfall selbst beurteilen.

Nachfolgend stellten Rainer C. Schwinges und SUSE ANDRESEN (Bern) das Repertorium Academicum Germanicum vor. Dieses Projekt hat die graduierten Gelehrten des Alten Reiches zwischen 1250 und 1550 zum Gegenstand. Im Gegensatz zu den beiden anderen Datenbanken besitzt es keine Grundlage in Form einer Printpublikation, sondern es wurde von Beginn an als digitales Projekt konzipiert. Mittlerweile umfasst die Datenbank circa 50.000 Gelehrte und 300.000 Universitätsbesucher (erschlossen nach Regionen), die in Form von Biogrammen erfasst sind. Die Angaben beinhalten Lebens- und Studiendaten sowie Angaben zu Familienverhältnissen, Herkunft, Tätigkeiten, wichtigen Werken und Monumenten; soweit vorhanden, wird auch die GND erfasst. Fortschrittlich in diesem Projekt ist vor allem die Nutzung von geospatialen Informationen zur Darstellung auf Landkarten. Damit können komplexe Abfragen wie z.B. Herkunftsorte der Studenten verschiedener Universitäten anschaulich visualisiert werden. Dies bietet eine hervorragende Unterstützung für die Erforschung von Mobilität und von verschiedenen Standorten. Zudem erfolgt der Abgleich von möglicherweise identischen Personeneinträgen über ein abgestuftes Variantensystem.

Wie diese Datenbanken als Forschungsgrundlage genutzt werden können, zeigten die jeweils nachfolgenden Fallbeispiele in beeindruckender Weise. Die von Michael Matheus vorgestellten Personenrecherchen zum Studienort Rom am Beispiel der Promotion des Ludolf von Enschringen belegten, wie sich durch die Zusammenschau von Informationen aus RAG und GS ein schärferes Bild eines Werdeganges ergeben kann – und dies vor allem wegen der höheren Transparenz biographischer Brüche. Ferner wurde deutlich, dass die kombinierte Datenbank-Recherche einen soliden Ansatzpunkt für die weitere Erforschung des Studienortes Rom bieten kann (welche bislang eher generalisiert oder ausgeklammert wurde). ANDREAS REHBERG (Rom)

untersuchte Schnittstellen von Mobilität und Bildungswegen von Religiösen am Beispiel verschiedener Lebenswege. So ermöglichte es die Kombination von Datenbeständen aus RGO und RAG, reguläre Zusammenhänge zwischen Studienabschlüssen und kirchlichen Ämtern aufzuzeigen. An diese Fragestellung anschließend, beschäftigte sich der Beitrag von WOLFRAM KÄNDLER (Gießen) eingehend mit Studien und Karrieren von gelehrten Stiftsherren im Nordwesten des Reiches und nutzte dazu eine Schnittmenge von Informationen aus allen drei Datenbanken. Eine Gegenüberstellung von Stifts- und Studienorten offenbarte nicht nur eine zunehmende Akademisierung des Stiftswesens, sondern z.B. auch die vergleichsweise große Reichweite des Standortes Köln und die vorrangige Bedeutung von Wasserwegen bei der Mobilität. Die Untersuchung von FRANK WAGNER (Gießen) bestätigte dies anschaulich anhand einer Reihe von Fallbeispielen, in denen Herkunft und Tätigkeiten von Kanonikern in Xanten, Köln, Dietkirchen und Bonn verglichen wurden.

Die nachfolgende Sitzung war dem allgemeinen Thema „Chancen und Visionen von Datenbanken im Verbund“ gewidmet. Suse Andresen, CHRISTIAN POPP (Göttingen) und Jörg Hörnschemeyer stellten darin ihre Zukunftspläne für die drei Personendatenbanken (GS, RAG, RGO) und für mögliche Kooperationen vor. Das RAG werde zukünftig mit einer Open-Source-Datenbank arbeiten und die Identifizierungsfrage (Zuordnung von Namen zu Personen) eingehender behandeln. Hier solle mit einem System operiert werden, welches zwischen sicheren und fraglichen Annahmen unterscheiden könne. Die GS werde sich dieser Frage ebenfalls widmen und der Heterogenität der Daten möglicherweise zunächst mit einer Varianten- oder Unschärfesuche begegnen; Normdaten böten hier evtl. weitere Abgleichsmöglichkeiten. In dieser Hinsicht verfolge das RRO die Strategie, ein vorschlagsorientiertes System anzubieten, welches das endgültige Urteil dem Benutzer überlasse; selbst die Generierung der Vorschläge könne so gestaltet werden, dass der Benutzer sie nach eigenen Maßgaben beeinflussen könne. Eine gemeinsame Aufgabenstellung sei außerdem

der Abgleich von deutschen und lateinischen Namensformen, bei welcher auch der sonst sehr effiziente Levenshtein-Algorithmus an seine Grenzen gerate; hier seien bestehende Konkordanzdaten z.B. aus dem RAG nutzbar, aber evtl. auch phonetisch oder orthographisch orientierte Variantensuchen, durch welche sich möglicherweise auch feinere regionale Unterschiede abdecken ließen. Jörg Hörnschemeyer präsentierte außerdem ein (noch in Arbeit befindliches) Suchinterface, mit welchem sich eine parallele Recherche in allen drei Datenbanken starten lasse.

In der dritten, abschließenden Sitzung zu geschichtswissenschaftlichen Datenbanken in der universitären Lehre, in dessen Zentrum das digitale Personenregister der Germania Sacra stand, präsentierten Bärbel Kröger und Christian Popp die Erfahrungen aus einer universitären Lehrveranstaltung. Erklärtes Ziel der Veranstaltung war die nachhaltige Kompetenz im Umgang mit digitalen Ressourcen. Deren Relevanz werde im Allgemeinen zwar längst nicht mehr bezweifelt, aber dennoch stelle sich die Frage nach dem angemessenen, wissenschaftlichen Umgang mit der inzwischen enormen Menge des Angebots. Da der Forschernachwuchs aus Unerfahrenheit mit dem Material häufig auch unseriöse Angebote nutze, habe sich das Experiment eines zweisemestrigen Projektmoduls angeboten. In diesem sollten zunächst die Kenntnis des Materials und die Fähigkeit zur Qualitätsbeurteilung und anschließend der effiziente Umgang mit digitalen Angeboten – bis hin zur Entwicklung eines eigenen Datenmodells – entwickelt werden. Dieses Lehrangebot darf im Rahmen geschichtswissenschaftlicher Studiengänge als Pionierarbeit angesehen werden.

In den jeweils anschließenden Diskussionsrunden traten einige Punkte zutage, die unterschiedliche Wahrnehmungen zwischen Geschichtswissenschaft und geisteswissenschaftlicher Informatik aufzeigten. Beispielsweise sei dem Bedürfnis nach Normierung und eindeutiger Namenszuweisung – insbesondere bei der fragmentarischen Datensituation in mediävistischen Quellen – informationstechnisch kaum beizukommen, ohne dass ein verzerrter Eindruck entstehe. Die jeweils

gültige Namensansetzung einer Person richte sich jedoch meist nach der Perspektive des Forschers und sollte nicht von einer Datenbank vorgegeben werden. Diese könne lediglich für eine größere Transparenz der Varianten sorgen, aber kann (und will meistens auch) dem Forscher das wissenschaftliche Urteil nicht abnehmen. Insofern sollte m. E. verstärkt darauf hingearbeitet werden, die Qualität von Datenbanken in der Speicherung der Informationen, in der Geschwindigkeit von deren Bereitstellung und in der Vielfalt von deren Wiedergabe zu sehen, und nicht nur in ihrer rudimentären Funktion eines Nachschlagewerkes. Dies ist zu übertragen auf die möglichen Fragestellungen und Interpretationen der Informationen, welche von einer Datenbank jedoch in der Regel nur sehr allgemein wiedergegeben werden können, in ihrer Vielgestalt jedoch – so auch der Konsens der Diskussion – nur von Nutzern generiert werden können (sofern diese sich nicht mit schierem Faktenwissen zufriedengeben möchten).

Zudem wurde die Frage nach der „Fertigstellung“ von Datensammlungen aufgeworfen, welche m. E. nicht nur vor dem Hintergrund, dass viele herkömmliche Editionsprojekte jahrzehntelang und einige seit mehr als einem Jahrhundert arbeiten, illusorisch scheint. Schon die Verfügbarmachung des Materials und die damit verbundenen Konvertierungsmaßnahmen – bei denen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Material absolut notwendig ist – nimmt m. E. in den meisten Fällen deutlich mehr Zeit in Anspruch, als es der rasante Entwicklungsrhythmus des Internets vorspiegelt. Insbesondere die Einbettung von Datenbankprojekten in neue Technologien – beispielsweise die Verwendung von GND oder die Implementierung einer RDF-Schnittstelle – erzeugen einen regelmäßigen Aufwand, welcher mit den leider üblichen Möglichkeiten (Eigenleistung, Hilfskräfte oder Werkverträge) kaum befriedigend abgedeckt werden kann. Auch die Etablierung übergeordneter oder unabhängiger digitaler Infrastrukturen (siehe z.B. DARIAH¹⁰) ist m. E. noch nicht so weit vorangeschritten, dass sich ein Projekt ohne weiteres in eine bestehende Struktur einklinken könnte,

¹⁰<http://de.dariah.eu/> (12.11.2012)

Torsten Roeder

und selbst dies wäre weiterhin mit personellem Aufwand verbunden. Insofern bleibt angesichts der sichtbaren Erfolge nur zu hoffen, dass der Anteil an geisteswissenschaftlicher Informationstechnik in historischen Forschungsprojekten zukünftig ansteigen wird.

Insgesamt vermittelte die Sektion einen lebendigen Einblick in das aktuelle Geschehen im Bereich der Personendatenbanken für die Mediävistik- und Renaissanceforschung. Die Zusammenarbeit der drei vorgestellten Projekte ist vorbildlich und es ist zu hoffen, dass ähnliche Kooperationen an anderer Stelle entstehen. Vor allem der offene Ideenaustausch unter den drei Projekten einerseits und die Entwicklung individueller Lösungsansätze andererseits (z.B. für das Identifizierungsproblem) ist begrüßenswert, denn trotz der jeweiligen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit ist es gelungen, verbindende Strukturen zu schaffen, von denen nicht nur das einzelne Projekt, sondern auch die Forschung profitieren kann. Die vorgestellten Studien belegen, dass Datenbanken durchaus eine Grundlage für seriöse und überzeugende Forschungsarbeit bilden können, und dies vor allem dann, wenn inhaltlich unterschiedlich ausgerichtete Datenbanken im Verbund genutzt werden (vgl. z.B. auch die Ergebnisse der Tagung „Professorenkataloge“ in Kiel)¹¹. Spätestens damit wird auch die Relevanz von Datenbank-Kompetenzen in der Lehre plausibel. Die positiven Reaktionen aus dem Auditorium offenbarten außerdem ein hohes Interesse an elektronischen Ressourcen in den Geschichtswissenschaften und man darf hoffen, dass die Sektion einen Impuls für weitere Aktivitäten in diesem Gebiet geben konnte.

Sektionsübersicht:

Michael Matheus (Mainz): Einleitung

¹¹Tagungsbericht Die Universität Kiel und ihre Professorinnen und Professoren oder: Wozu den Kieler Professorenkatalog? 20.04.2012-21.04.2012, Kiel, in: H-Soz-u-Kult, 25.05.2012, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4240>>.

Michael Matheus (Mainz); Jörg Hörnschemeyer (Rom): Romana Repertoria / Roman Repertories

Hedwig Röckelein / Bärbel Kröger (Göttingen): Germania Sacra

Rainer C. Schwinges / Suse Andresen (Universität Bern): Repertorium Academicum Germanicum

Hedwig Röckelein (Akademie der Wissenschaften zu Göttingen): Einleitung

Michael Matheus (Mainz): Personenrecherchen zum Studienort Rom. Die Promotion des Ludolf von Enschringen

Andreas Rehberg (Rom): Schnittstellen zu Mobilität und Bildungswesen von Religiösen

Wolfram Kändler / Frank Wagner (Gießen): Gelehrte Stiftsherren im Nordwesten des Reiches. Überlegungen zu Studium und Karriere

Suse Andresen (Bern); Christian Popp (Göttingen); Jörg Hörnschemeyer (Rom): Datenbanken im Verbund. Chancen und Visionen

Bärbel Kröger / Christian Popp (Göttingen): Datenbank statt Essay oder Hausarbeit. Bericht über eine Lehrveranstaltung an der Universität Göttingen

Tagungsbericht *Datenbanken für die Mediävistik und die Renaissance in Forschung und Lehre*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 29.11.2012.

Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert

Leitung: Korinna Schönhärl (Duisburg-Essen)

Bericht von: Daniel Reupke, Historisches Institut, Universität des Saarlandes

Im Rahmen des 49. Historikertages, welcher vom 26. bis 28. September 2012 in Mainz zum Oberthema „Ressourcen – Konflikte“, stattfand, organisierte KORINNA SCHÖNHÄRL (Duisburg- Essen) am 26. September eine beeindruckend besetzte Vormittagssektion mit dem Titel „Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert“. Diese Sektion zog durch ihre Aktualität in Zeiten einer nachhaltigen Finanzkrise besonderes Interesse auf sich, entfalten doch rechts- und wirtschaftshistorische Fragestellungen auch immer ein gewisses Lernpotential für die Gegenwart.¹ In jener Zeit eines erst in der institutionellen Reglementierung begriffenen Hochkapitalismus wurde die Börse gerne als ein Ort des „enrichissez-vous“² gesehen, an dem sich jeder mit entsprechenden Fähigkeiten bereichern konnte. Negativ aufgeladen beschrieb ein Beobachter der Wiener Börse zur Gründerkrise 1873 das Parkett „als ein Tummelplatz der wildesten Leidenschaften“³, dessen Akteure ganz generell „gemein- und staatsgefährlich“⁴ handeln würden. So war die Börse nicht nur Handelsplatz zur Allokation und Akkumulation von Kapital, sondern auch Konfliktraum für die mehr oder minder geschäftstüchtigen Akteure. Denn das 19. Jahrhundert war nicht nur das Centennium des Kapitalismus, sondern auch die Epoche der Institutionellen Revolution⁵: Die Problemlagen ihrer

¹Zum Lernpotential der Wirtschaftsgeschichte vgl. Margrit Grabas: Der entwicklungsrelevante Zusammenhang von Krise und Wandel. Die Gründerkrise von 1873/79 als historische Lernkapazität zur Bewältigung der aktuellen Finanz- und Weltmarktrezession, überarbeitete Fassung 2012, in: SOLONline. Ideen-Diskurs & Strategische Lage, < <http://www.solon-line.de/2009/06/21/der-zusammenhang-von-krise-und-wandel/> > (16.11.2012).

²Der Begriff „enrichissez-vous“ (bereichert euch) wird dem französischen Minister François Pierre Guillaume Guizot zugeschrieben und beschreibt treffend die liberale Wirtschaftspolitik in der Julimonarchie, vgl. Gabriel de Broglie: La monarchie de Juillet, Paris 1990, S. 186f. und 198f.

³Der Wirtschaftsjournalist Joseph Neuwirth kommentierte mit diesen Worten den Zusammenbruch des Handels an der Wiener Börse am 9. Mai 1873, vgl. Fred Oelßner, Die Wirtschaftskrisen, Berlin 1952, Bd. 1, S. 255.

⁴Hierbei handelt es sich um einen Phrase des Liberalismuskritikers und Gründers der Illustrierte „Gartenlaube“ Otto Glagau, vgl. Otto Glagau, Der Börsen- und Gründungsschwandel in Berlin. Gesammelte und stark vermehrte Artikel der Gartenlaube, Leipzig 1876f., Bd. 1, S. VIII.

⁵Clemens Wischermann / Anne Nieberding: Die institutionelle Revolution. Eine

Zeit erfassend war dem Gesetzgeber bald daran gelegen, das Handeln auf dem Parkett durch rechtliche Rahmenbedingungen zu regeln. Daher müssen alle Betrachtungen der Börse des 19. Jahrhunderts in einem Spannungsfeld zwischen liberalem Wirtschaften und staatlicher Reglementierung gesehen werden.

Ein besonderer Ausdruck dieses Spannungsfeldes war die Entstehung und Regelung des Börsenterminhandels in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Termingeschäfte, so berichtete ALEXANDER ENGEL (Göttingen), kennzeichneten sich schon damals durch die Spekulation auf steigende oder fallende Preise, wenn an der Börse ein Anrecht auf die Lieferung eines bestimmten Gutes zu einem bestimmten Termin und Preis gehandelt wurde, jedoch das Geschäft am Ende nur in der Bilanz ausgeglichen wurde. Diese Situation führte frühzeitig zu Konflikten über die Gültigkeit des geschlossenen Vertrags. Gleichzeitig störten Spekulanten die reguläre Preisbildung am Markt, in dem der Preis immer auf einem marktwidrigen Niveau gehalten wurde, das Prinzip von Angebot und Nachfrage außer Kraft gesetzt war und eine Ressourcenverteilung schon gar nicht möglich gemacht wurde. Auf der anderen Seite führte der Terminhandel zu langfristiger Preisdämpfung und einer planbaren Verteilung der gehandelten Rohstoffe. Aus diesem Diskurs und als Reaktion auf die Agrarkrise der Jahre um 1890 wurden in Deutschland, Österreich und den USA Gesetze verabschiedet, um den Terminhandel zu beschränken bzw. für Getreide ganz zu verbieten. In einer zweiten Phase wurden die erlassenen Gesetze jedoch bald darauf mit dem Ziel einer staatlichen Aufsicht entschärft, um die angenommenen positiven Effekte des Marktgeschehens nicht durch die Bekämpfung der negativen Seiten zu stören.

Diese Sichtweise auf den normativen Diskurs ergänzte BORIS GEHLEN (Bonn) um einen Blick auf die handelnden Gesellschaftsgruppen: Der Warenterminhandel führte auf Seiten der Produzenten zu erheblichen Gewinneinbußen zumal das Deutsche Reich in großem Umfang

Einführung in die Wirtschaftsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004.

Getreide importierte. Es war nicht verwunderlich, dass die Landwirte daraufhin gegen eine wirtschaftsliberale Finanzmarktgestaltung mobilisierten und „manipulierende Händler“ einschränken wollten. Diese wehrten sich mit scharfen Worten gegen einen staatlichen Interventionismus, der von den „dummen Agrariern“ angestrebt werde. So versuchten die verschiedenen Interessengruppen ihr eigenes „Obenbleiben“ mal mit Hilfe des Staates, mal mit Hilfe freien Wirtschaftens zu verteidigen. Im Konflikt zwischen den „fähigen“ Händlern und den „unfähigen“ Herstellern ging es auf einer Metaebene jedoch auch um wirtschaftliche Konzepte von Selbstregulierung und Staatsregulierung. Sollte im Jahre 1896 der Erlass des deutschen Börsengesetzes auch ein Erfolg für den Bund der Landwirte werden, so war es doch an liberalen Grundsätzen orientiert. Auch konnte das Gesetz an einer zunehmenden Globalisierung des Warenerterminhandels und eines weiteren Preisverfalls nichts ändern, der wiederum auf jener sicheren Rechtsgrundlage für die Kaufmannschaft eine Stärkung bedeutete.

Einen Bogen zwischen rechtsgeschichtlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Dimension in der historischen Betrachtung spannte CARSTEN BURHOP (Bonn): Die Jahre nach der Reichsgründung brachten im Deutschen Reich auch eine Reihe neuer Gesetze hervor. Bald bildeten die Gründungsvorschriften im Aktienrecht (1870/1884) und die Vorgaben zur Aktienerstmission (1897) die Basis für den seinerzeit häufigen Börsengang von Unternehmen, die insbesondere Haftung der Emittenten bei Informationsfehlern vorsahen. Am Beispiel des Börsenganges der Ölfabrik Thörl, Hamburg-Harburg (1906ff.) zeichnete Burhop die diversen Konfliktlinien nach, die sich vor, während und nach der Emission zwischen den Gründern und den Banken respektive den Bankhäusern selber ergaben. Um möglichst schnell und gewinnbringend die Aktien der Firma an die Börse zu bringen, suchte sich die beauftragte Hannoversche Bank die renommierte Deutsche Bank als Partner aus. Letztere übernahm jedoch schnell die Führung in dem Emissionskonsortium, wo sie ihre weitaus professionelleren Vorstellungen des Vorgangs hinsichtlich Bewertung der Firma und

Berechnung des Gewinns der Emittenten durchsetzte. Auf der anderen Seite gelang es dem Gründer der Firma, Kommerzienrat Friedrich Thörl, seine Position betreffend Vorzugsaktien und seine Vorstellungen über die eigenen Bezüge als Generaldirektor zu halten. Nach der erfolgreichen Gründung waren sich die beiden beteiligten Bankhäuser selten in Bezug auf Geschwindigkeit des Börsenganges einig und der Aktienpreis war ein dauerhafter Streitpunkt zwischen allen drei Akteuren, bei dem sich die Hannoversche Bank behaupten konnte. Zwar wurde der Börsengang ein großer Erfolg, was jedoch nicht über die zahlreichen Konfliktfelder der Geschäftspartner hinwegtäuschen sollte. So forderte Burhop am Ende auch vergleichende Untersuchungen zu einer quellenmäßig durch Kulturgeschichte unterfütterten Wirtschaftsgeschichte anzustellen.

Zwei konkrete Fallbeispiele schilderten nunmehr CLAIRE-AMANDINE SOULIÉ (London) und KORINNA SCHÖNHÄRL (Duisburg-Essen). Bankseits beschrieb Soulié den Aufstieg des Pariser Bankhauses Rothschild zum bedeutendsten Eisenbahnbaufinanzier Frankreichs. Als Entrepreneur im Warenhandel knüpfte er erste Kontakte, interessant wurde jedoch für ihn die Finanzierung des Eisenbahnbooms ab etwa 1840. Dem Bankgründer gelang es durch Kredite an die Krone sowie wichtige Marktteilnehmer, die verwandtschaftlichen Beziehungen nach London und zu Korrespondenten in den Vereinigten Staaten ein ausgedehntes und verlässliches Vertrauensnetzwerk aufzubauen. Gleichzeitig erkannte er stets die Zeichen der Zeit, indem er in *emerging markets* investierte, Konsortien zu Kapitalakkumulation zusammenführte und frühzeitig die Sparguthaben kleiner Anleger für Großprojekte aktivierte. Wirtschaftlich ermöglichte Rothschild dieses Verhalten das „Obenbleiben“ auch über die wechselnden Machtkonstellationen und Staatsformen im Frankreich des 19. Jahrhunderts hinweg. Mit dem für ein Lernpotential der Wirtschaftsgeschichte besonders spannenden Bereich der Staatsverschuldung beschäftigte sich Schönhärl am Beispiel Griechenlands: Nach dem Unabhängigkeitskrieg (bis 1821) war das hoch verschuldete

Land dauerhaft für internationale Kredite gesperrt. Erst 1879 wurde eine Staatsanleihe zu 730 Millionen Franc auflegt (bei einem eigenen Staatshaushalt von 60 Millionen Franc). Die Referentin hinterfragte im Folgenden das Verhalten der europäischen Geldgeber angesichts des unrealistisch anmutenden Volumens der in den folgenden Jahren an den europäischen Börsen emittierten Papiere. Demnach befanden sich das Berliner Bankhaus Bleichröder, sowie die Londoner Institute Gibbs und Hambro in einer Konkurrenzsituation, die von einem staatlichen Wirtschaftsimperium angefeuert wurde und nicht mit den zu erwartenden geringen Gewinnen begründet werden könne. Insbesondere die deutsche Seite erhoffte sich den Zuschlag zu dem geplanten Eisenbahnbau in Nordgriechenland, wodurch die deutschen Geldeinlagen auch der deutschen Wirtschaft zu Gute kämen. Jedoch wurden diese Hoffnungen bald enttäuscht, als ein britisches Konsortium den Zuschlag zum Bau der Strecke erhielt. Bald darauf kam es zum griechischen Staatsbankrott und ein Krieg mit der Türkei führte zur vollständigen Zahlungsunfähigkeit. Das Deutsche Reich wollte nun wie die anderen Nationen keine Verantwortung für den entstandenen Schaden übernehmen und sah dies als ein privatwirtschaftliches Problem der Kreditgeber an. Insbesondere Bleichröder hatte mit seinem Engagement mehr politisches Wohlverhalten als wirtschaftliches Geschick gezeigt und befand nun Bismarck und das Außenamt in der Pflicht. Schlussendlich einigte sich ein Gläubigerkonsortium auf eine Finanzkommission, die die Entschuldung Griechenlands überwachen sollte.

In seinem Kommentar stellte DIETER ZIEGLER (Bochum) die Kohärenz der Sitzung heraus: So spielten sich die Ressourcenkonflikte an den Börsen zwischen verschiedenen Gruppen ab und Ziegler bemühte Max Weber und dessen Einteilung von Amateuren, Ernsthafte und Spekulanten; letzterer verdiene an ersterem und ohne beide würde der Markt nicht funktionieren. Auch seien Interessenverbände zu nennen, die Regierungen unter Druck setzten oder Einzelpersonen, die entsprechend gute Kontakte pflegten. Während damals die Banken Wirtschaft

und Europa unter sich aufgeteilt hätten, habe auch der Staat seine Interessen zu jeder Zeit gewahrt. Ziegler stellte das Auftreten der Referenten als Historiker heraus, die nicht Zukunftspropheten sein sollten. Ähnlich formulierte im zweiten Kommentar ACHIM LANDWEHR (Düsseldorf): Er interessiere sich für eine historische Anthropologie der Börse, eine Innenansicht von Bullen und Bären. Markthandel sei schließlich auch menschliches Handeln und dementsprechend eingebettet in außer- und überbörsliche Faktoren wie Vertrauen, Normen, Habgier und Verlustangst. Vor allem diese Normativen, ihre Genese und Resonanz wurden in vielen Vorträgen behandelt. Darüber hinaus fokussierte er auf die Dimension der Zeit: So fungiere die Börse als eine Art Zeitmaschine, denn Börsenhandel sei eine Wette auf Zeit, die ihren Gewinn erst nach einigen Jahren einbringe. Über Vergangenheit und Zukunft – schloss der Kommentator mit einer Sentenz Niklas Luhmanns – entscheide schließlich die Gegenwart. So werde die Geschichte selbst zur Ressource, die möglicherweise keine Rezepte für die heutigen Probleme bereithalte, jedoch die Verpflichtung fordere, die aktuellen Vorgänge stets zu hinterfragen.

Auch wenn man den Punkt des Lernpotentials als Historiker nur allzu häufig in den Hintergrund drängt, ist es doch so, dass wirtschaftliche Strukturen und Handlungen der Vergangenheit Folgen hatten, die auf einer Abstraktionsebene Schemata erkennen lassen, welche sich wiederum auf einen abstrahierten Vorgang der Gegenwart beziehen lassen und so zumindest Richtungen für die Zukunft aufzeigen, ist doch gerade die Wirtschaftsgeschichte nicht nur im Strom der Zeit, sondern auch im Zyklus der Konjunktur gefangen. Dafür war die von Korinna Schönhärl vielseitig zusammengestellte und umsichtig geleitete Sektion ein schönes Beispiel: Die Referenten zeigten an Beispielen wie Markthandeln an der Börse im 19. Jahrhundert abließ, welchen Einfluss die Akteure auf den Staat und staatliche Eingriffe auf den Parketthandel hatten. Für zukünftige Untersuchungen – insbesondere für die geforderten Vergleiche – sind, wie auch im Plenum angeregt, vor allem Operationalisierungsprobleme zu thematisieren: Das Markt-

Daniel Reupke

geschehen spielte sich in geschlossenen Gruppen ab. Warum diese informelle Kommunikation der unmittelbaren Nähe zusammenbrach und staatliche Institutionen zunehmend Normativ tätig wurden, wäre noch nachdrücklicher herauszustellen. Neben dieser Institutionellen Revolution müssten sich Rechts- und Wirtschaftshistoriker noch stärker der Wahrnehmungsdimension von Krise, Gewinn und Schulden widmen, um die Mechanismen, die zu Investition oder Versagen führten, offenzulegen – auch diese Abstraktion könnte ein Schritt zum besseren Verständnis zeitgenössischer Problemlagen sein.

Sektionsübersicht:

Carsten Burhop (Bonn): Aktienerstmissionen und Verteilungskonflikte

Korinna Schönhärl (Duisburg-Essen): Konkurrenz der Mächte im Imperialismus: Die Verschuldung Griechenlands in den 1880er Jahren

Alexander Engel (Göttingen): Die Diskussion des Börsenterminhandels um 1900

Claire-Amandine Soulié (London): „Le Monde Ne Peut Plus Vivre Sans Ses Chemins de Fer“ – Rothschild railways and commodity trading

Boris Gehlen (Bonn): „Manipulierende Händler“ vs. „dumme Agrarier“: Reale und symbolische Konflikte um das Börsengesetz von 1896

Dieter Ziegler (Bochum); Achim Landwehr (Düsseldorf): Kommentare

Tagungsbericht *Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 29.11.2012.

Die organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes

Leitung: Olaf Blaschke (Trier) / Matthias Berg (Berlin)

Bericht von: Karin Trieloff, Freie Universität Berlin; Meta Stephan / Chris Vogelsänger, Humboldt-Universität zu Berlin

Obwohl die deutsche Geschichtswissenschaft sich seit geraumer Zeit durch eine Tendenz zur Selbsthistorisierung und Selbstreflexion auszeichnet, fehlt dem Fach bis heute eine Geschichte seines Verbandes. Die systematische Aufarbeitung der eigenen Geschichte, zu der sich der Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD) nun entschlossen hat, kommt sowohl im Vergleich zu Verbänden anderer Disziplinen in Deutschland als auch zu anderen nationalen Verbänden spät. Dabei kann eine solche Untersuchung zur Institutionalisierung der Disziplin einen wichtigen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Bedürfnisse und Möglichkeiten der deutschen Geschichtswissenschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts leisten. Auf dem 49. Deutschen Historikertag stellte die Sektion „Die organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes“ die ersten Ergebnisse der Pilotstudie einer problemorientierten Geschichte des Verbandes vor. Die Beiträge deckten den gesamten Zeitraum seit der Gründung chronologisch ab und näherten sich dabei jeweils schlaglichthaft den konstitutiven Momenten der Entwicklung des Verbandes.

Der internationale Vergleich der Funktionalität von Historikerverbänden diente GABRIELE LINGELBACH (Bamberg) in ihrem Vortrag dazu, Besonderheiten nationaler Verbände herauszuarbeiten. Indem sie die potentiellen Aufgaben und Funktionen eines Verbandes und die potenziell dafür bereitstehenden Mittel zusammentrug, entwickelte sie einen Ansatzpunkt, um die Spezifika der einzelnen Verbände in den Blick zu nehmen. Für die Disziplin können Verbände 1) eine fachinterne Kommunikation organisieren, 2) den fachlichen Diskurs durch die Akzeptanz thematischer und methodischer Felder standardisieren,

Meta Stephan, Karin Trieloff, Chris Vogelsänger

und 3) die Arbeit der Historiker in Forschung, Lehre und Verwaltung durch Serviceleistungen unterstützen. Nach außen hin können sie 4) eine Interessenvertretung gegenüber der Politik und Verwaltung wahrnehmen und 5) in der Wissensvermittlung für ein breiteres Publikum eine Brücke zur Öffentlichkeit schlagen. Als Mittel, um diese Aufgaben zu erfüllen, stehen die Organisation von Kongressen, die Herausgabe von Veröffentlichungen, die Vergabe von Preisen, das Einsetzen historischer Kommissionen sowie die Organisation von Vortragsreihen zur Verfügung. Keiner der von Lingelbach untersuchten Verbände deckt allerdings das gesamte Spektrum dieser potentiellen Verbandstätigkeiten ab. Im zweiten Teil richtete sie ihren Blick auf strukturelle Unterschiede der Verbände und ihre möglichen Gründe. Es sei ein Zusammenhang der geographischen und politischen Gegebenheiten eines Landes und der Organisationsformen seines Historikerverbandes zu beobachten: Je größer, heterogener und dezentraler verfasst die Geschichtswissenschaft eines Landes ist, desto notwendiger erschien ein nationaler Historikerverband. Die frühe Bildung des amerikanischen Historikerverbands lasse sich so erklären, aber auch das Fehlen eines französischen, da sich das wissenschaftliche Leben in Frankreich vor allem auf Paris konzentriere. Hemmend für die Entstehung und Entwicklung nationaler Verbände seien sowohl Konkurrenzinstitutionen als auch eine durch ideologische Differenzen gespaltene Historikerschaft.

Der Frage, welcher Aufgaben sich der deutsche Verband von seiner Gründung bis ins Jahr 1945 annahm, wie er diese zu lösen vermochte und welchen Grenzen er sich gegenüber sah, widmete sich MATTHIAS BERG (Berlin). Der Verband trat bei seiner Gründung in ein ausdifferenziertes Institutionsgefüge, in dem sich die Geschichtswissenschaft an den Universitäten gefestigt hatte, einen Themen- und Methodenkanon sowie im Publikationsorgan der Historischen Zeitschrift ein fachinternes Leitmedium besaß. Nach Berg gründete sich der Verband daher für eine prominente Rolle zu spät. Es blieb ihm zu Beginn nur die Organisation und Etablierung der Historikertage,

Die organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes

die vor allem die Nachfrage nach fachinterner – wie auch externer – Öffentlichkeit befriedigten. Die Etablierung der Historikertage, so Bergs These, ging auf einen „Wandel in der Präsentation und Diskussion historischer Forschung“ zurück. Dem Verband sei in seiner Frühzeit keine Hoheits-Funktion zugekommen, methodische Fragen und Debatten wurden auch andernorts ausgefochten. Doch diese vermeintliche Schwäche habe integratives Potential erzeugt, da sich die Historikerschaft über methodische Kontroversen und außerpreußische Perspektiven hinaus einen konnte. Zur Jahrhundertwende löste ein Trend zur „Disziplinierung“ die Offenheit und Heterogenität des Verbandes jedoch immer mehr ab. Die fachwissenschaftlichen Eliten nahmen im Ausschuss des Verbandes durch die Auswahl des Programms der Historikertage immer mehr Einfluss auf die Setzung von methodischen und thematischen Standards. In der internationalen Öffentlichkeit kam dem deutschen Historikerverband als Vertreter auf den seit der Jahrhundertwende stattfindenden internationalen Historikertagen eine wichtige Rolle zu. Wie wichtig das Wirken des Verbandes auf internationaler Ebene war, zeigte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Es gelang ihm, die aus dem Krieg resultierende Isolierung der deutschen Historiker relativ schnell zu überwinden, was sich nach 1945 mit erstaunlicher Ähnlichkeit wiederholen sollte. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten betonte der Verband, lediglich seine vermeintlich rein wissenschaftliche Ausrichtung wahren zu wollen. Die Bestrebungen Karl Brandis, der seit 1932 den Vorsitz des Verbandes innehatte, dem Verband eine gewisse institutionelle Autonomie und Handlungsspielräume zu sichern, sollten jedoch erfolglos bleiben. Der Verband wurde zunehmend bedeutungslos und hatte ab dem Internationalen Historikertag von Zürich 1938 keine Funktion mehr. Der Verband, so resümierte Berg, war vor allem in seiner Funktion als internationaler Vertreter und als Organisator der Historikertage erfolgreich. Dies allerdings lasse es noch nicht zu, von ihm als einer „Zusammenfassung“ (Otto Hoetzsch) der deutschen Historikerschaft zu sprechen.

Ausgehend von der Rede einer „Krise der Geschichte“, wie sie in den 1970er-Jahren formuliert wurde und sich ganz augenscheinlich im Rückgang der Studierendenzahlen sowie der Kürzung des Faches in den Lehrplänen spiegelte, zeigte OLAF BLASCHKE (Trier), wie sich der Verband dieser Herausforderung verbandsintern und bildungspolitisch annahm. Obwohl der Verband von der „Krise“ 1970 direkt betroffen war – zum ersten und einzigen Mal verzeichnete er rückläufige Mitgliederzahlen – erlebte er weder strukturelle Veränderungen noch einen Generationenwechsel im Vorstand. Allerdings wurden die Vortragenden auf den Historikertagen jünger, und der Verband positionierte sich bis 1978 zunehmend auch politisch. Keine Probleme habe der Verband – anders, als es zu erwarten wäre – mit der innerfachlichen Herausforderung durch neue Methoden gehabt. Sozialgeschichtliche Sektionen fanden wie selbstverständlich ihren Platz auf den Historikertagen. Eine größere Herausforderung stellten die fachexternen Konflikte der Zeit dar. Im Zuge der Studentenunruhen schien eine ungestörte Durchführung des 1969 in Köln geplanten Historikertags nicht möglich. Kurzerhand wurde dieser ins nächste Jahr verschoben, wo er, entgegen der nach wie vor bestehenden Ängste, ungehindert abgehalten werden konnte. In der bildungspolitischen Konkurrenz mit der Soziologie und Politikwissenschaft gelang es dem Verband dank einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit, ausgezeichneter Verbindungen zu Kultusministerien und Vernetzungen mit Entscheidungsgremien auf Bundes- und Länderebene, sich im „Ressourcenkonflikt“ um die Mittelvergabe und den Stellenwert des Faches Geschichte an Schule und Universität erfolgreich zu positionieren und die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten.

Da eine Gesamtgeschichte des Historikerverbandes ohne die Betrachtung der institutionellen Dissoziierung und Reintegration der ostdeutschen Geschichtswissenschaft unvollständig sei, widmete sich MARTIN SABROW (Potsdam/Berlin) der deutsch-deutschen Konkurrenzgeschichte der Geschichtswissenschaft und den Bezugnahmen der beiden deutschen Verbände aufeinander. Dabei stand die Frage

nach der Funktion des Konkurrenzverhältnisses „für die institutionelle Selbstverständigung, den fachlichen Geltungsanspruch und die (fach)politische Handlungsweise der konkurrierenden Teilverbände VHD und Historiker-Gesellschaft“ im Zentrum. Zur Beantwortung dieser Frage bedürfe es eines theoretischen Konzepts, das von den vorhandenen Beschreibungsmodellen nicht hinreichend geliefert werde. Vielmehr müssten die bisherigen Modelle selbst als Bestandteil der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte gelesen werden. Dies gelte auch für das von Christoph Kleßmann¹ entworfene Konzept einer „asymmetrisch verflochtenen Parallel- und Abgrenzungsgeschichte“. Es unterstelle eine prinzipielle Gleichartigkeit und könne so die innere Logik der Systeme nicht erfassen. Die gegenseitige Rezeption sei vielmehr als inkompatibel zu beschreiben. Das Festhalten der Fachvertreter beider deutscher Staaten an einer „Einheit des Fachs“ bis Mitte der 1950er-Jahre sei als „kompetitive Selbstvergewisserung auf gemeinsamem Boden“ zu verstehen. Nachdem es in Folge des Historikertags 1953 zu einer scharfen Polemik in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft gegen die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik kam, hielt diese zwar weiter an der postulierten Einheit fest, antwortete aber ihrerseits mit Kritik an der Wissenschaftskultur der DDR. Diese Konflikte mündeten in die schon länger vorangetriebene Gründung eines eigenen Verbandes der DDR-Historiker, der Historiker-Gesellschaft (HG) im März 1958. Noch im selben Jahr manifestierte sich die Spaltung der Zunft auf dem Historikertag von Trier mit der Abreise der DDR-Delegation. So trat 1958 nicht nur die „institutionelle Abschottung“ der beiden Geschichtswissenschaften zum Vorschein; auch das „gemeinsame ost-westliche Paradigma der diskursiven Ausgrenzung“ erhielt seine Gestalt. Vor allem für die DDR-Geschichtswissenschaft zeigte sich die Ausgrenzung der Westwissenschaft als stabilisierender Faktor. Der Einfluss, den beide Geschichtswissenschaften aufeinander ausübten, habe eine unterschiedliche Qualität besessen: Während

¹Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29-30/1993, S. 30–41.

der Westen den Blick kaum nach Osten richtete, beschäftigte sich die DDR-Geschichtswissenschaft permanent mit ihrem westlichen Gegner. Beide projizierten das eigene Wissenschaftsverständnis auf den jeweilig anderen, um ihn so zu „entlarven“. Diese Projektion habe zunehmend zu einer „Demaskierung durch Anverwandlung“ geführt. Doch trug die Rezeption auch zu Veränderungen im Westen bei. So hätten sich mit der Zeit auch westdeutsche Historiker die eigene Standortgebundenheit eingestanden und der DDR-Geschichtswissenschaft emanzipatorische Entwicklungen zugestanden. Durch die gegenseitige Rezeption sei – wenn auch zeitlich verschoben – das Einfalltor für eine schleichende Integration beider Wissenschaften geschaffen worden. Diese Integration fand im Zuge eines Prozesses statt, in dem die DDR durch internationale Anerkennung auf Stabilisierung hoffte. In den ersten Erfolgen dieses Prozesses verbarg sich aber vor allem die Erosion der sinnweltlichen Grundlagen des Faches. So kam es zu einer Integration, in der die Kooperationsbereitschaft des Westens eine identitätszerstörende Wirkung im Osten entfaltete. Im Jahre 1990, nach einer vorherigen Loslösung der HG von ihrem „sozialistischen Wissenschaftsverständnis“, kam es schließlich zur Vereinigung der ost- und westdeutschen Historiker.

Dass diese Vereinigung nicht reibungslos vonstatten ging, zeigte CHRISTOPH CORNELIßEN (Düsseldorf) in seinem Beitrag über den Historikertag in Bochum 1990. Nach dem unerwarteten Umbruch der Verhältnisse in der DDR sah man sich in Bochum mit der vierzigjährigen Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft konfrontiert. Cornelißen zeichnete die Vorgänge auf dem Bochumer Zusammentreffen als „klassisches Drama“ in drei Akten, das kathartisch die Selbstreflexion der Zunft befördert habe. Die Vorbereitungen des Historikertags, die Kontakte des VHD zur HG bezüglich einer möglichen Zusammenführung mit sich brachten, waren als erster Akt von dem behutsamen Vorgehen des VHD geprägt, der der ostdeutschen Geschichtswissenschaft mit Respekt zu begegnen suchte, angesichts des ihr bevorstehenden, vollständigen Umbaus ihres Wissenschaftssystems. Den Höhepunkt

des Stückes bildete im zweiten Akt die vom Unabhängigen Historikerverband (UHV) vorgeschlagene Podiumsdiskussion „Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR“, wo Armin Mitter Anklage gegen die DDR-Geschichtswissenschaft und eine vorschnelle Vereinigung führte. Im dritten Akt des Dramas standen die Folgen des Bochumer Historikertags: der Umbau des Wissenschaftsbetriebes Ost und die Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaften weg vom Modell des deutschen Sonderweges und hin zu einer intensiven Erforschung des DDR-Staats, welche auf nationaler Ebene im Vergleich zu 1945 als erfolgreiches Projekt beschrieben werden könne. Das Prädikat des „Vereinigungs-Historikertags“ sprach Cornelißen Bochum ab: Vielmehr müsse man ihn einen ersten Schritt auf dem Weg eines langen und schmerzhaften Vereinigungsprozesses nennen.

STEFAN BERGER (Bochum) stellte in seinem Kommentar erneut die Frage nach den Gründen für die späte Gründung des Verbandes. Dabei verwies er auf den Umgang deutscher Historiker mit der Nation als ein mögliches Gründungsbedürfnis. Als sich die Gefahr einer preußisch-deutschen Geschichtspolitik als inhaltliche und methodische „Ordnungsmacht“ der nationalen Geschichtsschreibung abzeichnete, habe sich der Verband gegründet. So könne man auch Bergs Ausführungen verstehen, die den Verband in seinem Anfang als vermeintlich oppositionelles Vehikel der süddeutschen und österreichischen Historiker charakterisierten. Dabei könne jedoch in keiner Weise von einem nationalkritischen Verband die Rede sein. Das Bemühen um Reintegration auf internationalem Boden müsse vielmehr im Nebeneinander mit der „nationalistischen“ und „revisionistischen“ Rolle der deutschen Historikerschaft sowohl in den beiden Weltkriegen als auch in der Zwischenkriegszeit als eine „krankhafte Form von Schizophrenie“ diagnostiziert werden. Eine Perspektivenerweiterung könne ein konsequenterer internationaler Vergleich bringen. So sei die Frage nach dem Verhältnis sich entgegensetzender Geschichtswissenschaften in anderen Ländern unter dem Paradigma der Wahrnehmungs- und Zuschreibungsgeschichte, wie sie Martin Sabrow für die geteil-

Meta Stephan, Karin Trieloff, Chris Vogelsänger

te deutsche Zunft fordert, eine interessante Ergänzung und erfülle auch die Forderung nach Überwindung nationaler Selbstbezogenheit. Zuletzt lenkte Berger die Aufmerksamkeit auf die Frage nach der Wirkmächtigkeit von politischen Zäsuren im Wissenschaftsbereich. Auch wenn dieser nicht unabhängig sei, ließen bestimmte Kontinuitäten auf eine Teilautonomie und auf eigene Zäsuren schließen.

Angesichts der zentralen Funktion, die der Verband als Medium inner- wie außerfachlicher Kommunikation übernahm und übernimmt, kann die Geschichte des Verbandes dazu dienen das Spannungsverhältnis zwischen politischer Bedingtheit und wissenschaftlicher Autonomie der Disziplin besser zu fassen. So kann man aus der in der abschließenden Diskussion medienwirksam aufgeworfenen These von der „Verlangweilung“² der Historikertage noch immer das Bedürfnis der Historikerschaft nach breiter Öffentlichkeit lesen, wie es Matthias Berg bereits als Motiv zur Gründung des Verbandes ausmacht. ULRICH HERBERT (Freiburg) artikuliert in dieser Formulierung seinen Wunsch nach übergeordneten und öffentlichkeitswirksamen Fragen, mit denen sich die Disziplin aus ihren Spezialisierungen wieder lösen und zusammenführen ließe. Die Prognose von der zunehmenden „Langeweile“ und dem Bedeutungsverlust der Historikertage stieß beim Podium jedoch auf wenig Zustimmung. Vor allem Stefan Berger zeigte sich über den Trend zur Pluralisierung der Wissenschaft erleichtert. Christoph Cornelißens Betonung der Kontextabhängigkeit der Geschichtswissenschaft und somit auch ihrer öffentlichen Debattenfähigkeit führte die Sektion zum Ende erneut auf den eigentlichen Untersuchungsgegenstand. Angesichts des großen Besucherinteresses und der scharf geführten Diskussion um die Bedeutung der Geschichtswissenschaft in der Gegenwart bestätigte sich das Interesse an einer Selbstreflexion ihres Verbandes.

²Bodo Mrozek, Alte Schlachtrösser gegen junge Milde, in: Tagesspiegel 01.10.2012.

Sektionsübersicht:

Gabriele Lingelbach (Bamberg): Funktionen von Verbänden im internationalen Vergleich.

Matthias Berg (Berlin): Verspätet oder verfrüht? Der Historikerverband im geschichtswissenschaftlichen Feld zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Olaf Blaschke (Trier): Der Verband im Umbruch? Herausforderungen und Konflikte um 1970.

Martin Sabrow (Potsdam): Der Kalte Krieg der deutsch-deutschen Geschichtswissenschaft 1949-1989.

Christoph Cornelißen (Düsseldorf): „Vereinigungs-Historikertag“? Bochum 1990.

Stefan Berger (Bochum): Kommentar.

Tagungsbericht *Die organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 22.11.2012.

Erinnerung als umkämpfte Ressource in der Frühen Neuzeit

Leitung: Kerstin Weiland (Marburg) / Ulrich Niggemann (Marburg)

Bericht von: Julian Katz, Seminar für Neuere Geschichte, Philipps-Universität Marburg

Das Motto des 49. Historikertages „Ressourcen – Konflikte“ fand in mehrfacher Hinsicht Eingang in die von KERSTIN WEILAND und ULRICH NIGGEMANN (beide Marburg) geleitete Sektion „Erinnerung als umkämpfte Ressource in der Frühen Neuzeit“. Die Einführung in das Konzept der Sektion ging aus von der Feststellung, dass die Erinnerungsforschung in der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahr-

zehnten einen immensen Bedeutungszuwachs erfahren habe. Große Aufmerksamkeit hat dabei insbesondere die „problematische“ jüngere Vergangenheit erfahren. Besonderes Potenzial liege jedoch gerade darin, Erinnerung vor dem Hintergrund der Ideologie- und Identitätsbildungsprozesse der Frühen Neuzeit als Ressource zu betrachten, die für die sozio-politischen Kollektivierungsprozesse etwa im Rahmen von Konfessions- und Staatsbildung konstitutiv war. Die Erinnerung stehe dabei im Spannungsverhältnis zwischen freier Zugänglichkeit und Verknappung durch Auswahl bestimmter Erinnerungsgegenstände und -narrative. Dies mache sie zur umkämpften und konfliktbeladenen Ressource. Ihre Untersuchung gewähre vielfältige Erkenntnismöglichkeiten hinsichtlich der Bedingungen unter denen sich in der Frühen Neuzeit kollektive Identitäten und Gesellschaftsmodelle entwickelten. Diese Möglichkeiten anhand von Erinnerungsnarrativen zu beleuchten, die mittel- und langfristig zur nationalen Identitätsbildung in Deutschland, den Niederlanden und England beitrugen, war das Ziel der Sektion.

Den Anfang machte MARCUS SANDL (Zürich) mit einem Vortrag über die Bedeutung der „Reformationserinnerung“ für die „konfessionelle Differenzsetzung“, der die prinzipielle Gegenwartsorientierung von Erinnerung veranschaulichte, die Voraussetzung der gesamten Sektionskonzeption war. Ausgehend vom 2017 stattfindenden fünf-hundertjährigen Jubiläum des Thesenanschlags als einem Kristallisationspunkt der gegenwärtigen Reformationserinnerung und Berufung auf ihr Erbe in Deutschland fragte Sandl, wie sich das Erinnern an die Reformation in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gestaltete. Seine zentrale These lautete, die Reformationserinnerung habe in einer „reformatorischen Ökonomie der Wahrheit“ als Ressource gedient, die im Prozess der konfessionellen Differenzierung eingesetzt worden sei.

Die Reformationserinnerung, die sich nach Luthers Tod zunächst an seiner mit heilsgeschichtlichen Topoi überformten Vita und ab den 1560er-Jahren an der *Confessio Augustana* festmachte, sei schon früh von heftigen Kontroversen um Luthers Vermächtnis und die Ausle-

gung seiner Lehre begleitet worden. Zentral sei dabei das Verhältnis von Erinnerung und Wahrheit gewesen, da die Heilige Schrift entgegen Luthers Meinung als vielfältig interpretierbar erkannt worden sei – ebenso wie seine Schriften.

Allerdings habe gerade der spezifisch reformatorische Wahrheitsbegriff, der als antithetisch zur vernunftbetonten scholastischen Theologie konzipiert worden sei, eine radikale Differenzierung von Glaube und Unglaube, wahrer und falscher Lehre ermöglicht. Seine Uneindeutigkeit habe jedoch zugleich bewirkt, dass Wahrheit durch ständige Schriftauslegung und historische Kontextualisierung der Aussagen Luthers erzeugt werden musste. Infolgedessen sei anstelle kontroverser theologischer Aussagen das Augsburger Bekenntnis, das eine protestantische Identität festschrieb, als historischer Kulminationspunkt der Reformation längerfristig in den Mittelpunkt des Erinnerns gerückt.

Der nachfolgende Vortrag von OLAF MÖRKE (Kiel) ging vom Wilhelmus-Lied – der späteren niederländischen Nationalhymne – als aktuellem Bezugspunkt aus. Das zentrale, zugleich aber unausgesprochene Motiv dieses um 1570 entstandenen Liedes – die rechtmäßig erkämpfte Freiheit im Gegensatz zur spanischen Tyrannei – sei in den „politischen Debatten der niederländischen Republik“ als „umkämpftes Gut“ und maßgebliches Motiv der Aufstandserinnerung identifizierbar. Aufgrund mangelnder Präzision sei das Freiheitsmotiv anschlussfähig für divergierende Interpretationen gewesen. Dies habe den Kampf um die Deutungshoheit über dieses wesentliche Erinnerungsnarrativ des Aufstandes ermöglicht und ihn zugleich begrenzt, da das Bekenntnis zur Freiheit ein allgemeines gewesen sei.

Daneben sei das Erinnern an den Aufstand vom Ideal der adelig-ständischen Mischverfassung geprägt und die Aufstandserinnerung an zentraler Stelle mit der fürstlichen Person Wilhelms von Oranien verknüpft gewesen, der im Auftrag der Stände die Freiheit erkämpft habe. Der permanente Verweis auf die Mischverfassung der niederländischen Republik sei Ausdruck der Dynamik, Flexibilität und Vieldeutigkeit ihres politischen Diskurses und Politikmodells sowie des

Erinnerungsnarratives, auf dem beide beruhen.

Im 17. Jahrhundert habe daher das Freiheitsnarrativ vom Bild des *Pater Patriae*, mit dem sich Oraniens Nachkommen politisch legitimieren, wegführen können, hin zu einem Freiheitsbegriff ohne adelige Beteiligung. Die Kontrastierung der kollektiven Erringung der Freiheit mit dem Bild Oraniens als individuellem Freiheitshelden habe widerstreitenden Interpretationen der *Respublica mixta* entsprochen. So hätten sich die Deutungskämpfe um die Identität der Republik zwischen einer ständesouveränen Perspektive (kollektive Freiheitserringung) und einer dazu gegensätzlichen fürstlich-oranischen und daher auf die Person Wilhelms von Oranien bezogenen Sichtweise abgespielt.

KERSTIN WEIAND schloss hieran mit einem Vortrag zur englischen Erinnerung an die spanische Armada (1588) im „Widerstreit nationaler Identitäten“ an. Bis heute wird die (keineswegs kriegsentscheidende) Niederlage der Armada vonseiten der Forschung als wichtige Ikone englischer Erinnerungskultur betrachtet, die maßgeblich zur Entstehung einer nationalen Identität als Seemacht beigetragen habe. Dieses Bild erweise sich allerdings als korrekturbedürftig. Die frühe Erinnerung an das Ereignis, die vonseiten der englischen Regierung sehr bewusst gesteuert wurde, sei keineswegs von einem besonderen Triumphgefühl bestimmt worden, sondern sei im Gegenteil in hohem Maße defensiv ausgerichtet gewesen. Die Betonung der göttlichen ‚Deliverance‘ und der inneren Eintracht sowie die Alterität zu Spanien habe so zur ‚Neuerfindung‘ einer protestantischen Nation beigetragen. Angesichts innerer Konflikte sei die Armadaerinnerung so als Ressource zur Konstituierung eines integrativen nationalen Identifikationsraumes genutzt worden.

Das dadurch entstandene Erinnerungsmodell einer defensiven protestantischen Nation sei jedoch offen angelegt gewesen, weshalb es nach Elisabeths Tod, im Zuge des dynastischen Wechsels, erfolgreich aktualisiert werden können. Nach Beginn des Dreißigjährigen Krieges habe die Armadaerinnerung Eingang in die Kontroversen um

ein englisches Eingreifen in den kontinentaleuropäischen Konfessionskrieg gefunden, in denen auch die Identität Englands und seine Rolle im konfessionell entzweiten Europa verhandelt wurden. Im Zuge heftiger Deutungskämpfe habe sich das defensive Erinnerungsnarrativ der Armada-Schlacht in diesem Kontext zu einem offensiven gewandelt, das Interventionsbefürworter zur Formulierung einer offensiven Führungsrolle Englands genutzt hätten, und so mittelfristig auch eine Rolle bei der Formulierung des englisch-britischen Seemachtsanspruchs spielen können.

Das England des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts nahm ULRICH NIGGEMANN mit einem Vortrag über die Erinnerung an die Glorreiche Revolution (1688/89) „zwischen Aneignung und Deutungskampf“ in den Blick. Im Vordergrund stand die Frage nach der Rolle der Revolutionserinnerung bei der Bildung verschiedener politischer Identitäten in den Folgejahrzenten der Revolution. Erste Versuche, ein affirmatives Erinnerungsnarrativ zu etablieren, hätten bereits 1689 eingesetzt. Inhaltlich sei dabei viel Freiraum vorhanden gewesen, solange die Revolution grundsätzlich bejaht wurde. Die so entstandene „multipolare Erinnerung“, habe der Aneignung durch verschiedene Interessengruppen offen gestanden, während der existierende Grundkonsens positiver Revolutionsdeutung durch den publizistischen Kampf gegen Revolutionsgegner aufrecht erhalten worden sei.

Vor dem Hintergrund massiver Auseinandersetzungen um das Wesen der nachrevolutionären anglikanischen Kirche und das Verhältnis von Kirche und Staat sei die Revolutionserinnerung zum Konfliktfeld konträrer Deutungen über Verlauf und Charakter der Revolution geworden, die entweder in der fürstlich-souveränen Intervention Wilhelms von Oranien (später Wilhelm III. von England) oder im Widerstand der englischen Nation das ausschlaggebende revolutionäre Moment gesehen hätten. Die Revolution selbst sei jedoch nicht infrage gestellt worden; vielmehr sei sie wesentlicher Bestandteil der Identität beider Seiten gewesen, die sich gegenseitig das Abweichen von ihren Prinzipien und Idealen unterstellten. Entgegen derartiger

Deutungskämpfe habe die Erinnerung an die Revolution aufgrund des grundsätzlichen affirmativen Erinnerungsnarratives mittelfristig allerdings einen stabilisierenden, sogar einigenden Effekt bei der Konstituierung einer geschichtsbezogenen britischen nationalen Identität erzielen können.

MARIAN FÜSSEL (Göttingen) schloss die Vorträge mit seinen Ausführungen über die Erinnerung an den Siebenjährigen Krieg (1756-1763) bis ins frühe 19. Jahrhundert ab. Dabei stand für ihn besonders die Erinnerung an Schlachten des Krieges „als kulturelle Ressource“ mit realem materiellen Potenzial im Vordergrund. Nach Kriegsende habe Friedrich II. in Preußen begonnen, die Schlachten- und Kriegserinnerung streng zu kontrollieren, indem er das Entstehen nicht-offizieller alternativer Erinnerungsnarrative zu verhindern versuchte, weshalb eine umfassende historiografische Aufarbeitung des Krieges erst nach seinem Tod habe einsetzen können.

Zuvor schon sei es aber zur populären Medialisierung der Kriegsereignisse gekommen, die nach Beendigung des Krieges auch zur ökonomisch nutzbaren Erinnerungsressource wurde. Die kommerzielle Nutzung sei dabei in bereits moderner Anmutung mit patriotischer Identifikation einhergegangen; der Krieg habe zum „Konsumgut“ werden können. Einer ihrer Aspekte sei der kommerziell nur lokal bedeutsame allerdings für translokale patriotische Identifikation anschlussfähige bürgerliche Schlachtfeldtourismus gewesen.

Als umkämpfte Ressource habe sich die Kriegserinnerung abermals in den Napoleonischen Kriegen erwiesen, als die preußische Kriegspartei ebenso wie Napoleon versucht hätte, sich die Erinnerung an bestimmte Schlachten und Protagonisten des Siebenjährigen Krieges zum Zweck der Prestigegewinnung anzueignen. Besonders Napoleons Umgang mit der Erinnerung an die Rolle Friedrichs II. habe dabei langfristig nicht allein sein Prestige, sondern vor allem das Ansehen Preußens und seines bis heute populärsten Königs gestärkt.

Füssel nahm somit Erinnerung ausdrücklich als kommerziell nutzbare Ressource in den Blick, während die übrigen Beiträge einer

politisch-kulturellen Perspektive verhaftet blieben. Ökonomische Kategorien wurden jedoch durch Begrifflichkeiten, wie Ressource oder Wahrheitsökonomie angedeutet. Somit wurde verdeutlicht, dass auch kulturelle Zusammenhänge über ihre eigenen, auf immaterielle Güter und symbolisches Kapital bezogenen Ökonomien verfügen.

Dementsprechend stellte HORST CARL (Gießen) in seinem Schlusskommentar die berechtigte Frage, ob die der Ökonomie entlehene Ressourcenmetapher tatsächlich einen Erkenntnisgewinn verspreche oder eher eine Konzession an das Motto des Historikertages darstelle. Die Ressourcenmetaphorik sei durch Sandls programmatisch entfaltet worden, indem er den Verwertungszusammenhang von Erinnerung als Grundlage der konfessionellen Wahrheitsdefinition thematisiert habe. Dadurch sei ein für die Frühe Neuzeit neuer Denkraum aufgezeigt worden: die Erinnerungswürdigkeit von Ereignissen durch ihre Historizität. Als exportierbare Produkte zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit spezifischer Interpretationen der Vergangenheit seien hierbei Jubiläen übrig geblieben. Dies jedoch – so die Kritik an Sandls Ansatz – führe weg von der Idee prozessualer Herstellung von Wahrheit per se unter Verwendung besagter Ressource.

Im Hinblick auf Mörkes Ansatz konstatierte Carl, es sei fraglich, ob man allein die Personalisierung speziell der niederländischen Aufstandserinnerung tatsächlich als Kontrast zu einer ständesouveränen Ausrichtung des Mischverfassungskonzeptes deuten könne. Immerhin habe die spätere Republik ebenfalls Heldenfiguren ‚generiert‘ – mit dem Unterschied, dass diese keine adeligen Anführer, sondern Seehelden gewesen seien. Helden seien mithin „Erinnerungsträger par excellence“ und keineswegs an spezifische Erinnerungsdiskurse gebunden.

Eine gewisse Problematik liege zudem in der Annahme der Ressourcenknappheit als Konfliktmotor. Zwar zeigten vor allem die Beiträge Weiands, Niggenmanns und Füssels wie Obrigkeiten versucht hätten, Erinnerungsprozesse zu steuern, alternative Erzählungen zu unterdrücken und Erinnerung künstlich zu verknappen, allerdings

sei ebenso deutlich, dass derartige Verknappungsversuche durchaus erfolgreich unterlaufen würden. Dies lasse die erfolgreiche Verknappung von Erinnerung als fragwürdig erscheinen. Zusätzlich werfe es die Frage auf, ob Erinnerung – sofern sie nicht einer für Ressourcen üblichen begrenzten Verfügbarkeit unterliege – überhaupt als Ressource betrachtbar sei oder ob sie nicht eher als Medium oder Vermarktungsmechanismus bei der Distribution bestimmter Wirklichkeitsdeutungen gesehen werden müsse. Weitere generelle Fragen, die durch die Sektion aufgeworfen würden, bestünden darin, dass alle in ihrem Rahmen vorgestellten Erinnerungsdiskurse in affirmativen Kontexten stattgefunden hätten, wodurch eventuelle Gegennarrative radikalen Dissenses unberücksichtigt blieben. Vor diesem Hintergrund von umkämpfter Erinnerung zu sprechen sei offenkundig schwierig. Zudem fragte Carl, ob nicht ein Spezifitätsmangel der vorgestellten Erinnerungsnarrative feststellbar sei: Sie alle beinhalteten Erzählungen der ‚Befreiung‘, die schlechterdings konstitutiv seien für den „Narrationshaushalt“ praktisch aller Nationen.

Man kann in diesem letzten Punkt anstelle eines Problems zweifelsohne eine relevante Erkenntnis sehen. Ebenso ist zu festzuhalten, dass die verschiedenen Vorträge aufzeigen konnten, dass Erinnerungsprozesse sich in der Regel durch ein hohes Maß interpretatorischer Offenheit auszeichneten, wobei gerade der Spezifitätsmangel bestimmter Erzählungen und Wirklichkeitsinterpretationen dynamisierend wirkte, da er konkurrierende und zugleich affirmative Vergangenheitsdeutungen ermöglichte, die auf Basis eines geteilten Wertehorizonts miteinander konfligierten. Dies lieferte der Herausbildung und Entwicklung nationaler und/oder konfessioneller Identitäten ganz wesentliche Impulse, wie die Beiträge zur Sektion überzeugend nahelegen. Im Anschluss an Füssels Diskussionsbeitrag, der sich gegen eine rein essenzialistische Interpretation des Ressourcenbegriffs wandte und deren Charakter als Zuschreibung betonte, konnte zudem auf Carls Hinweis auf die Knappheit als Voraussetzung des Ressourcencharakters erwidert werden, dass Erinnerung als Ressource sich nicht

zwangsläufig durch Knappheit, sehr wohl aber durch die Möglichkeit ihrer Verknappung auszeichnet, wodurch sie zum umkämpften Gut wird. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass der vormoderne Staat aufgrund fehlender Instrumentarien Schwierigkeiten hatte, diese Verknappung dauerhaft erfolgreich zu leisten.

Ausgehend von der Erfassung kollektiver Erinnerung als einer im Rahmen gesellschaftlicher Prozesse der Identitätsbildung, „verknappbaren“ Ressource (Füssel), als einem symbolisch-kulturellen Kapital, dessen Verfügbarkeit und Zugänglichkeit in der Frühen Neuzeit bis zu einem gewissen Grad regulierbar war, gelang es im Rahmen der Sektion der anhaltend aktuellen historischen Erinnerungsforschung einen neuen, interessanten Aspekt hinzuzufügen. Zusätzlich wurde durch die Feststellung, dass Kämpfe um die Aneignung dieser Ressource selbst ein zentraler Bestandteil besagter Kollektivierungsprozesse und ihrer immanenten Dynamik seien, eine kulturgeschichtliche Anwendung eines (aus ökonomischen Zusammenhängen entlehnten) auf Ressourcenverteilung und -konkurrenz bezogenen Konfliktbegriffes gewinnbringend ausgelotet.

Sektionsübersicht:

Marcus Sandl (Zürich): Luthers Erbe. Reformationserinnerung und konfessionelle Differenzsetzung in der Frühen Neuzeit

Olaf Mörke (Kiel): ‚Freiheit‘ als umkämpftes Gut – Aufstandserinnerungen in den politischen Debatten der niederländischen Republik

Kerstin Weiland (Marburg): Memory War – Die Armada-Schlacht im Widerstreit nationaler Identitäten

Ulrich Niggemann (Marburg): „No Man presumes to call in Question the Revolution. . . “. Die Erinnerung an die ‚Glorious Revolution‘ zwischen Aneignung und Deutungskampf

Marian Füssel (Göttingen): Kampf der Erinnerungen. Das Gedenken an den Siebenjährigen Krieg als kulturelle Ressource

Ersatzstoffwirtschaft als innovative Lösungen für Ressourcenkonflikte im Ersten und Zweiten Weltkrieg?

Horst Carl (Gießen): Kommentar

Tagungsbericht *Erinnerung als umkämpfte Ressource in der Frühen Neuzeit*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 24.10.2012.

Ersatzstoffwirtschaft als innovative Lösungen für Ressourcenkonflikte im Ersten und Zweiten Weltkrieg?

Leitung: Jochen Streb (Mannheim) / Stefanie van de Kerkhof (Mannheim)

Bericht von: Christian Schmidt, Mannheim

Das Sektionsthema Ersatzstoffe scheint wie kein zweites durch die programmatischen Begriffe des Historikertags – Ressourcen und Konflikte – geprägt, und dies in doppelter Hinsicht. So sind es die politischen und militärischen Konflikte, die eine Ressourcenproblematik überhaupt erst erzeugen. In der Folge lassen ihre Lösungsversuche wiederum neue Konfliktfelder entstehen, und zwar sowohl dort, wo sie (scheinbar) erfolgreich waren als auch dort, wo das Versprechen einer Aufhebung der Ressourcenproblematik uneingelöst blieb. Es galt also nicht nur zu fragen, wo Ersatzstoffe bestehende Ressourcenprobleme lösen oder nicht lösen konnten, sondern auch, welche neuen wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen oder politischen Probleme sie erzeugten. JOCHEN STREB (Mannheim) bot eingangs ein makroökonomisches Narrativ an, das ausging von einem bestehenden Konflikt, demgegenüber Ersatzstoffwirtschaft als Lösungsversuch auftrat, der erfolgreich sein oder scheitern konnte. Dies stellt die Frage nach dem innovativen Potential von Konfliktsituationen wie den beiden Weltkriegen in den Mittelpunkt, während die Problematik der sozialen, wirtschaftlichen usw. Folgewirkungen in den Hintergrund tritt. Im Gegensatz dazu legten die Referenten den Fokus ihrer Vorträge eher auf eben diese Folgewirkungen. Dies schlug sich in der Frage

nach den Kontinuitäten, so etwa in der Materialforschung, in der Nutzung der neuen Werkstoffe und Produkte über die Kriegszeit hinaus oder bezüglich der Auswirkungen der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auf die Wirtschaft zu Friedensbedingungen, nieder, die fast alle Vorträge der beteiligten Disziplinen Wirtschafts-, Unternehmens-, Technik- und Kulturgeschichte beherrschte.

So unternahm HELMUT MAIER (Bochum) einen Vergleich der Ersatzstoffentwicklung der beiden Weltkriege am Beispiel von Zink. Als Ersatz für knappen Kupfer habe Zink in beiden Weltkriegen eine Verlängerung der Rohstoffdecke ermöglicht. Anfängliche Schwierigkeiten in der Anwendung hätten durch die technikwissenschaftliche Forschung gelöst werden können. Die hierfür zur Verfügung stehenden privaten und staatlichen Forschungsstätten seien jedoch bis 1916 an ihre Grenzen gestoßen, es seien daher zahlreiche Neugründungen notwendig gewesen. Im Zweiten Weltkrieg sei die technikwissenschaftliche Forschung bereits vor Kriegsbeginn im Rahmen der Autarkiepolitik des Nationalsozialismus auf die Entwicklung von Ersatzstoffen eingestellt worden. Die Ergebnisse dieser Forschung hätten die Beseitigung der Probleme erlaubt, die noch im Ersten Weltkrieg den Einsatz von Zink erschwert hätten. Der wichtigste Unterschied der Ersatzstoffentwicklung in beiden Weltkriegen sei also darin zu sehen, dass im Rahmen des Vierjahresplans die gezielte Erforschung von Ersatzstoffen bereits vor Kriegsbeginn eingesetzt habe. Der vom Rüstungsministerium systematisch betriebene Wissenstransfer hätte bis 1944 eine Ausweitung der Produktion bei gleichzeitig sinkendem Verbrauch ermöglicht. Im Ersten Weltkrieg sei hingegen die technikwissenschaftliche Forschung erst nach Kriegsbeginn zur Entwicklung von Ersatzstoffen mobilisiert worden. Die im NS-Deutschland forcierte Ersatzstoffforschung habe auch zur Folge gehabt, dass die deutsche Metallforschung zum Ende des Zweiten Weltkriegs eine internationale Spitzenstellung inne hatte.

STEFANIE VAN DE KERKHOF (Mannheim) verwies in ihrem vergleichend angelegten Vortrag zu Schwer-, Textil- und Konsumgü-

terindustrie auf die desolante wirtschafts- und unternehmenshistorische Forschungslage bezüglich der Ersatzstoffentwicklung während des Ersten Weltkrieges. Hier sei künftig eine transdisziplinäre Forschung wünschenswert, an der Technik-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte beteiligt sein sollten. Wichtig sei vor allem die Frage nach dem Zusammenspiel zwischen Unternehmen, Materialforschung und militärischen Stellen. So könnte auch geklärt werden, inwiefern der Erste Weltkrieg als Akzelerator oder Inkubator für Innovationen gelten dürfe, sowohl bezüglich neuer Produkte und Herstellungsverfahren als auch neuer Formen korporativer Bewirtschaftung. Ausgehend von unterschiedlichen Branchenstrategien der Schwerindustrie, Textilersatzindustrie sowie einer neuen Lebensmittelindustrie (Frontversorgung und Nahrungsmittelimitate) stellte van de Kerkhof dar, wie gerade die Ersatzstoffwirtschaft mit gemeinwirtschaftlichen Rohstoffgesellschaften, staatlich geförderter Großforschung und Steuerungsversuchen über Anreize zu einer Veränderung des nationalen Innovationssystems geführt und Pfadabhängigkeiten generiert habe, die über den Kriegszeitraum hinweg wirksam gewesen seien. Diese seien jedoch ambivalent zu bewerten, da viele der während des Krieges eingeführten Surrogate unter Friedensbedingungen nicht tragfähig gewesen seien. Gerade in der Textil- und Lebensmittelindustrie seien Ersatzstoffe zwar in großer Zahl zum Einsatz gekommen, die Konsumenten hätten jedoch starke Qualitätseinbußen hinnehmen müssen. Die demoralisierende Wirkung der minderwertigen Surrogate (z.B. Kriegsbrot und Papiertextilien) habe eine weitreichende Wirkung gehabt, die noch in der Diskussion des NS-Vierjahresplans erkennbar sei.

Zur Klärung der verwendeten Begriffe schlug GÜNTHER LUXBACHER (Berlin) die technikwissenschaftliche Unterscheidung in Rohstoffe, Hilfsstoffe, Werkstoffe und Energiestoffe vor. Der Begriff „Ersatzstoffwirtschaft“ sei hingegen ein politischer und meine die Verwendung inländischer anstelle importierter Stoffe. Er greife außerdem zu kurz, um die roh- und werkstoffbezogenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen in Deutschland zu umfassen, weshalb besser von einer

„Werkstoffumstellung“ zu reden sei. Hier wurde zwar eine Historisierung des Begriffs „Ersatzstoffe“ versucht, eine weitere Ausführung unterblieb jedoch leider. Dabei dürfte gerade die Frage, welche Stoffe historisch als Ersatzstoffe bezeichnet wurden sowie die Frage nach den dahinter stehenden Akteuren und Motiven für die Forschung interessant sein, hing doch die Kriegsfähigkeit der Wirtschaft und die Kriegswilligkeit der Bevölkerung direkt mit der Versorgung und Qualität der entwickelten Surrogate zusammen, was auch propagandistisch begleitet wurde. Leider trat dies hinter der Frage einer Kontinuität zwischen Kriegs- und Friedenswirtschaft zurück. Luxbacher betonte hier vor allem die mangelnde Effizienz und Praktikabilität der Stoffsurrogate. Sowohl nach 1918 wie nach 1945 habe es, so Luxbacher, das dringende Bedürfnis gegeben, die Zwangsbewirtschaftung sowie die Ersatzstoffe so schnell als möglich wieder aufzugeben. Die während des Ersten Weltkrieges entwickelten Ersatzstoffe seien in ihren Eigenschaften oft nicht mit den bisher verwendeten Werkstoffen vergleichbar gewesen, was die Anwendung in der Konstruktion erschwert hätte. Am Beispiel der Siemens-Schuckertwerke führte Luxbacher aus, das nur zehn Prozent der Ersatzstoffprojekte auch als in der Friedenswirtschaft verwendungsfähig eingestuft worden seien. Ein ganz ähnliches Bild zeige die Ersatzstoffwirtschaft des Zweiten Weltkrieges, auch wenn die Materialforschung zu diesem Zeitpunkt bereits weiter entwickelt gewesen und die Umstellung in der Bewirtschaftung mit größerem Vorlauf erfolgt sei. Die verfolgten Strategien seien zwar im Rahmen der Kriegswirtschaften erfolgreich, jedoch außerhalb dieses begrenzten Anwendungsbereichs nicht praktikabel gewesen. Von einer Kontinuität der Ersatzstoffkultur im Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft könne daher keine Rede sein.

RALF BANKEN (Frankfurt am Main/Köln) relativierte die Bedeutung der Ersatzstoffe im Hinblick auf ihre Rolle im Gesamtgeflecht der Rohstoffbewirtschaftung während der NS-Zeit am Beispiel der Bunt- und Edelmetalle. Der Mangel in diesem Bereich sei ein künstlicher gewesen, der durch die Devisenbewirtschaftung im Rah-

men der NS-Autarkiepolitik entstanden sei. Trotz der weitreichenden Bewirtschaftungs- und Steuerungsmaßnahmen sei es jedoch nicht gelungen, diesen Mangel auszugleichen, da sich bis 1943 auch der Bedarf in der Rüstungsindustrie stark ausgeweitet habe. Hier hätten Ersatzstoffe gegenüber den anderen Bewirtschaftungsmaßnahmen außerdem nur eine geringfügige Rolle gespielt. So seien Sammlungs- und Recyclingmaßnahmen, Verbrauchsvorschriften, die etwa die Verwendung von Edelmetallen in verschiedenen Konsumgütern einschränkten, sowie der Import von Erzen anstelle von Reinmetallen schon allein mengenmäßig wesentlich bedeutsamer gewesen. Die gewichtigste Maßnahme sei jedoch die Ausweitung der Förderung über Subventionen gewesen, hinzu kam während des Krieges die Ausbeutung der besetzten Gebiete. Daher greife ein Forschungsansatz, der sich auf den Aspekt der Ersatzstoffe konzentriere, zu kurz, wenn er sie nicht in den Rahmen der gesamten Bewirtschaftung stelle. Auch bezüglich der Folgen der Bewirtschaftung betonte Banken stärker die dysfunktionalen Aspekte. Neben einer Verschlechterung in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern nannte er hier vor allem nachhaltige Veränderungen in der Marktstruktur. So seien rüstungsrelevante Unternehmen vor allem bezüglich der Zuteilung von Rohstoffen systematisch bevorteilt worden. Zudem seien kleinere Unternehmen kapital- und forschungstechnisch nicht in der Lage gewesen, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen, wodurch sie Marktanteile verloren hätten.

Bezüglich des Einsatzes von Kunststoffen in Konsumgütern betonte die Technikhistorikerin ANNE SUDROW (Potsdam) wiederum stärker die funktionalen Aspekte der NS-Wirtschaftspolitik. Hier sei in vielen Bereichen eine Umstellung auf vollsynthetische Werkstoffe erfolgreich durchgeführt worden. So sei etwa im Bereich der Schuhproduktion zwischen 1936 und 1946 ein Übergang von der vornehmlichen Verwendung von Leder zur Nutzung von Synthetikgummi und PVC erfolgt. Auch in anderen Bereichen seien mit staatlicher Unterstützung neue Verfahren und Stoffe entwickelt worden, die dann

erfolgreich in der Produktion von Konsumgütern angewandt worden seien. Die bisherige Auffassung, den Ausgangspunkt der Durchsetzung der Kunststoffe in den 1950er Jahren anzusiedeln, müsse relativiert werden, da wichtige Weichenstellungen bereits während der NS-Zeit erfolgt seien. Sudrow schlug daher vor, den Ersten Weltkrieg als Inkubationszeit des „Kunststoffzeitalters“ zu betrachten, ihre Durchsetzung jedoch als Folge der NS-Politik zu sehen. Dass dies bisher nicht gesehen wurde, sei zum einen die Folge von Defiziten in der Erforschung der Kunststoffentwicklung in Deutschland, läge andererseits jedoch auch darin, dass die Forschung bisher vor allem auf die innovationsfeindlichen Elemente der NS-Autarkiepolitik fokussiert gewesen sei. Für die Diskussion um die retardierende oder förderliche Wirkung dieser Politik sei die Geschichte der Kunststoffe bisher kaum genutzt worden.

Daneben deutete Sudrow auch noch zwei Aspekte an, die in der Erforschung der Ersatzstoffentwicklung und ihres Einsatzes bisher kaum beachtet wurden. So stellt sich die Frage, inwiefern Ersatzstoffe in Konsumgütern auch zur sozialen Differenzierung genutzt wurden, also an bestimmte soziale Gruppen geknüpft waren. Verwandt damit ist die Frage nach einem geschlechtsspezifischen Einsatz von Ersatzstoffen, also dem Gender-Aspekt der Verwendungsgeschichte von Funktionssurrogaten. So seien laut Sudrow unter Einsatz von Ersatzstoffen hergestellte Güter vor allem für Frauen gedacht gewesen, während Männern höherwertige Produkte zugewiesen worden seien. Vor allem auch in Hinsicht auf die Geschlechterpolitik des Nationalsozialismus scheint diese Fragestellung von Bedeutung zu sein. Die Verwendungsgeschichte der Kunststoffe dürfte dabei besonders interessant sein, da diese vornehmlich auch in Haushaltsprodukten Anwendung fanden (etwa ein Staubsauger in Vollkunststoffbauweise, aber auch Geschirr, Bestecke und Bekleidung).¹

¹Es sei kurz angedeutet, dass dies auch ein förderlicher Beitrag zu einer Konsumgeschichte unter der NS-Herrschaft gesehen werden kann, die sich bisher vorrangig auf Volkswagen, Volksempfänger und ähnliche, „männliche“ Produkte konzentrierte. Vgl. Wolfgang König, Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft: „Volkprodukt“

Dass diese Aspekte für die Forschung bislang kaum fruchtbar gemacht werden konnten, mag auch an der vorrangig technik-, institutionen- und unternehmensgeschichtlichen Perspektive der historischen Forschung zu Ersatzstoffen gelegen haben. Diese Kritik wurde auch von SIMONE DERIX (München) in ihrem kultur- und sozialhistorischen Kommentar zur Sektion geäußert. Sie fragte nach den Möglichkeiten einer alternativen Perspektive von den Stoffen her. Die Frage nach den Transformationen, die Stoffe durchlaufen müssten, um Wirkstoffe zu werden, erlaube, die Historizität von Wirkstoffen zu denken. Dies ermögliche auch, die Verbindungen der Stoffe zueinander zu erfassen. Verschiebungen in den Werthierarchien der Stoffe verwiesen dabei auf Verschiebungen allgemeiner Wertevorstellungen. Leider war der Auftrag, den Derox an die zukünftige Forschung erteilte, nicht differenziert genug, um ihn einfach zu operationalisieren. Dass die Forschung bisher relativ einseitig von der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte bestritten wurde, war jedoch während der Sektion deutlich geworden. Dass sich durch eine Einbeziehung anderer Disziplinen wichtige Impulse gewinnen lassen könnten, scheint außer Frage zu stehen, allerdings könnte der von van de Kerkhof und Streb vorgeschlagene transdisziplinäre Verbund aus Ökonomie, Kulturgeschichte, Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Technikgeschichte und Ingenieurwissenschaften leicht erweitert werden, etwa, wie angedeutet, durch die Konsum- und Geschlechtergeschichte.

Ein abschließender Kommentar von PATRICK WÄGER (St. Gallen), Mitglied des Schweizer Materialforschungsinstitutes EMPA, schlug die Brücke zu aktuellen Rohstoffproblemen, speziell bezüglich seltener Erden. Wäger stellte das Konzept der Kritikalität von Rohstoffen vor, ein Indikator für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Abhängigkeit von spezifischen Stoffen. Ob sich dieses Attribut für die historische Forschung nutzen lässt, wird sich erst zeigen müssen. Deutlich wurde aber, dass die Lösung von Ressourcenkonflikten nicht nur historische,

te“ im Dritten Reich; vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.

sondern aktuelle Dimensionen besitzt, die zukünftige interdisziplinäre Forschungen als attraktiv erscheinen lassen.

Sowohl bei den Vorträgen als auch in der anschließenden Diskussion zeichnete sich eine Kontroverse ab, die sich vor allem an der Bewertung der Ersatzstoffwirtschaft – nachhaltige Innovationen versus kurzfristige Notbehelfe – sowie der Frage nach Kontinuitäten zu entwickeln scheint. Dabei variieren die eingenommenen Positionen je nach untersuchten Aspekten, Stoffgruppen und Fragestellungen stark. Es fragt sich daher, ob es für die künftige Forschung nicht hilfreich sein könnte, das von van de Kerkhof vorgeschlagene Konzept der Pfadabhängigkeiten aufzugreifen. Hierunter ließen sich sowohl die Eröffnung neuer Entwicklungslinien als auch der Abbruch oder die Ausschließung alternativer Pfade fassen. Dies könnte für ein Verständnis der Wirkungen der während der Kriegswirtschaften vorgenommenen Weichenstellungen auch in den nachfolgenden Friedensperioden besser beitragen als eine dichotome Schematisierung unter den Aspekten von Kontinuität und Diskontinuität. Dass weiterer Forschungsbedarf besteht, darüber herrschte unter allen Sektionsteilnehmern Einigkeit.

Sektionsübersicht:

Helmut Maier (Bochum): Zur Rolle der technik-wissenschaftlichen Forschung bei der Ersatzstoffentwicklung 1914-1950.

Stefanie van de Kerkhof (Mannheim): Kriegsbrot, Sparmetalle und Papiertextilien – Ersatzstoffwirtschaft im ersten Weltkrieg.

Günther Luxbacher (Berlin): Sparstrategien kriegswirtschaftlicher Produktentwicklung. Metallstoffe in den Weltkriegen.

Ralf Banken (Frankfurt am Main/Köln): Strategien der Knappheitsbewältigung. Ersatzstoffe und andere Lösungswege im Edel- und Buntmetallsektor, 1933-1945.

Anne Sudrow (Potsdam): Kunststoffe in Konsumgütern – ein Erbe der NS-Wirtschaftspolitik?

Kommentare: Simone Derix (München), Patrick Wäger (St. Gallen).

Tagungsbericht *Ersatzstoffwirtschaft als innovative Lösungen für Ressourcenkonflikte im Ersten und Zweiten Weltkrieg?* 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 07.11.2012.

Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuchprojekte? Transkulturelle Sichtweisen in der europäischen Schulbuchdarstellung

Leitung: Ulrich Bongertmann (Rostock) / Simone Lässig (Braunschweig) / Rolf Wittenbrock (Saarbrücken)

Bericht von: Lucas Frederik Garske, Leipzig

Geschichten erzählen ist politisch - dies wird besonders dann deutlich, wenn unterschiedliche Narrationen der vermeintlich gleichen Ereignisse miteinander verglichen werden. Dabei ist es nicht zwangsläufig eine widersprüchliche Faktenlage, die unterschiedliche Geschichtsbilder formt. Ebenso bestimmend ist die Komposition und Form der Inszenierung historischen Wissens. Trotz Bestrebungen zu einer Europäisierung der Bildung zeigen Bildungsmedien in Europa in ihren Narrativen nach wie vor erhebliche Unterschiede, die sich durch ein Andauern oder sogar Wiederaufleben nationalstaatlicher Orientierung in Curricula und Fachdiskursen erklären lassen. Dies gilt vor allem in postkommunistischen Staaten in einer erinnerungspolitischen Rückbesinnung auf ein Zeit der Unterdrückung, aber auch in westeuropäischen Staaten, in denen diese Debatten oftmals entlang von Fragen der kulturellen Diversität geführt werden. Zugleich wird von der Fachöffentlichkeit wiederkehrend eine Öffnung des Geschichtsunterrichts gefordert, die Ansätze für eine Änderung politisch isolierter Narrative bietet. Eben hier setzte die Sektion „Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuchprojekte?“

Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuchprojekte?

auf dem Historikertag 2012 an und stellte die Frage nach Potenzialen und Herausforderungen für transnationale Geschichtserzählungen in der Gegenwart.

SYLVIA SEMMET (Speyer) und GEERT KESSELS (Den Haag) stellen in ihrem Vortrag Aufbau und Philosophie der Bildungsplattform *Historiana* vor. Das von der European Association of History Educators (EUROCLIO) koordinierte Onlineportal, das im September 2012 im Rahmen des Global Education Congress 2012 online ging, versucht kanonisierten Formen der Geschichtsschreibung ein Modell unterschiedlicher Geschichten entgegen zu setzen. Der Ansatzpunkt für *Historiana* besteht, so Semmet, in einem seit den frühen 1990er-Jahren zunehmenden Interesse an transnationaler Geschichte in Bildungskontexten, der den oben angesprochenen „Trend zur Nation“ konterkariere. Indem *Historiana* Geschichten aus unterschiedlichen Blickwinkeln didaktisch aufbereitet zur Verfügung stellt, möchte das Portal einen neuen Beitrag zu einem europäischen Geschichtsbewusstsein leisten. In Abgrenzung zum Europäischen Geschichtsbuch, dessen Ansatzpunkt darin bestand, das Kaleidoskop nationaler Narrationen durch eine an Gemeinsamkeiten orientierte europäische Geschichtserzählung zu überwinden, verschreibt sich *Historiana* einem explizit multiperspektivischen Ansatz. Dem wird einerseits in der Struktur der *Historiana* entsprochen, in der kein geglättetes Masternarrativ entworfen wird, sondern Wissen vorrangig in Form einzelner Fallstudien zu modular aufgebauten Fragestellungen präsentiert wird. Auch der Modus der Inhaltserarbeitung und -verwaltung soll dem Anspruch der Vielschichtigkeit gerecht werden, indem das didaktische Angebot von Autor_Innen- bzw. Redaktionsteams erarbeitet wird und den Nutzer_innen die Möglichkeit der Kommentierung gegeben. Die Gestaltung der *Historiana* sowie deren Anbindung an soziale Netzwerke weisen deutliche Einflüsse von zeitgenössischen Social Media Projekten auf. Inhalte können kommentiert, getwittert oder auf Facebook und LinkedIn geteilt werden. Neben der Abgrenzung von einer „traditioneller“ Geschichtsschreibung arbeitete Kessels aber

auch die Unterschiede zu der Präsentation historischen Wissens in Hypertexten, wie der Wikipedia, heraus. Eine didaktische Plattform müsse bestimmte Daten und Personen in einen adäquaten Kontext stellen. Dies sei eine Anforderung, die Netzmedien wie die Wikipedia nicht gewährleisten könne. Für die vielversprechenden Ansätze der Plattform ist dem Projekt mit der Verleihung des World Aware Education Award 2011 und jüngst mit dem Medea special prize bereits großes Vertrauen entgegen gebracht worden, das sich freilich in der Praxis, in der das Projekt Pionierarbeit leistet, zu bewähren hat.

In Anschluss an die Vorstellung der *Historiana* arbeitete MARAT GIBATDINOV (Kazan) in seinem Vortrag über Bild der Tataren und des Islams in Europäischen und Russischen Schulbüchern aus, inwiefern die „europäische Vielfalt“ eine Herausforderung an die Darstellungen von Minderheiten darstellt. Die präsentierten Befunde gingen dabei auf eine Untersuchung von Schulbüchern unterschiedlicher Staaten zurück, die mitunter Exemplare zwischen dem 18. Jahrhundert und der Gegenwart miteinschlossen. In seiner Einführung präsentierte Gibatdinov einen historischen Abriss der Präsenz des Islam und der Tataren in Europa, insbesondere in Russland. Für letzteren Fall resümierte er, dass es unmöglich sei, in Russland Geschichte ohne die Tataren zu schreiben, dass aber eben dies von einigen Historiker_innen versucht werde. Seinen Untersuchungen zufolge fehle die Behandlung der Tataren oftmals in den Schulbuchdarstellungen oder sei - ebenso wie die Darstellung des Islam - verzerrend und in negative Kontexte eingebettet. Der Vortrag demonstrierte dabei nicht nur inwiefern bei der Verfassung kollektiver Narrative zwangsläufig gesellschaftliche Randgruppen in Randgruppen oder Feindbilder der Erzählung übersetzt werden, sondern gewissermaßen auch inwieweit die normative Schulbuchforschung in einem ständigen Spannungsfeld von wissenschaftlicher Forschung und erinnerungspolitischer Agenda verhängen ist. Gibatdinov hob nicht nur die Umstände der Befunde, die Marginalisierung bzw. negative Besetzung von Tataren bzw. des Islam, sondern knüpfte an seine Untersuchungen auch die Forderung die

Tataren als Teil der Geschichte „zurückzubringen“. Die Herausstellung der Mechanismen einer Narration, die Multikulturalismus als interne Schwächung abwertet und hierdurch eine monolithische Kulturvorstellung fördert, kann einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaftsanalyse leisten. An Darstellungen wie dem „lügenden Propheten Mohammed“ oder den Tataren als „fröhliche Bewohner des Osten“ lassen sich Geschichtsbilder des öffentlichen Diskurses nachvollziehen und deren Verquickung mit Gesellschaftsbildern der Gegenwart deuten. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Untersuchung ihr kritisches Potenzial letztlich dort verliert, wo die Analyse unmittelbar an eine Empfehlung anknüpft. Denn letztlich muss klar sein, dass die Umkehrung des Fokus von „was uns trennt“ auf „was uns einigt“ nicht grundsätzlich die Produktion eines bestimmten Akteurs beziehungsweise einer Akteursgruppe beleuchtet, sondern lediglich deren Bedeutung im Gesamtnarrativ. Dass es sich hierbei um eine erinnerungspolitische Intervention handelt, muss letztlich kein Problem darstellen, sofern sie als solche reflektiert werden. In der Tat können Beiträge wie die Gibatdinovs dazu beitragen eine Diskussion über die Rolle historischer Identitäten zu führen, sofern sie nicht hinter bloßen Ansprüchen auf ein bestimmtes Geschichtsbild zurückbleiben.

In Anschluss an diesen eher praktisch orientierten Vortrag versuchten sich PIERRE MONET (Paris/Frankfurt am Main) und PETER GEISS (Bonn) an einem Resümee des Deutsch-Französischen Geschichtsbuchs. Das gemeinsame Projekt wurde 2003 aufgenommen und durch die Publikation des letzten von drei Bänden im Jahr 2011 abgeschlossen. Für erste Ansätze einer ambivalenten Geschichtsschreibung führte Monet das zweisprachige Handbuch der deutsch-französischen Beziehungen (*manuel commun des relations franco-allemandes*) an, das 1932 von einer Kommission deutscher und französischer Historiker erarbeitet wurde, in der Praxis aber keine große Beachtung erhielt. Der Grund für die mit Hinblick darauf späte Initiative begründete Monet mit der Teilung Deutschlands, bzw. der formalen Besetzung, welche für lange Zeit ein politisches wie zivilgesellschaft-

liches Hindernis darstellte. Die Zivilgesellschaften seien es schließlich, mit denen ein solches Projekt stehe und falle. Mit der Aufnahme des Projekts seien methodologische Probleme verbunden gewesen, da man auf keine Blaupause zurückgreifen konnte und insofern das Rad im Projektrahmen neu erfunden werden musste. Entscheidend sei, so Geiss, einerseits die Herausforderung gewesen, ein Schulbuch zu schreiben, das für die 17 Curricula mindestens 80% inhaltliche Schnittmenge bereitstellt, andererseits aber auch das kommunikative Vermögen, zwischen zwei Unterrichtskulturen zu vermitteln: In Deutschland einer an Autonomie und Diskursivität ausgerichtete Didaktik, die auf den Kompetenzen des Erläuterns, Beurteilens und Prüfens fußt - in Frankreich einer an Struktur und Verbindlichkeit orientierten Unterrichtspraxis, in der Arbeitsaufträge auf Wissensreproduktion und Bestätigung abzielen. Wenngleich diese Differenzierung mehr Karikatur als akkurate Beschreibung der Unterrichtsrealität darstellt, führte Geiss die sich in der Zusammenarbeit stellenden Herausforderungen, im Wesentlichen auf unterschiedliche Vorstellungen in der Didaktik zurück. Der Dialog zwischen Historiker_innen unterschiedlicher Länder und Sprachen, sowie zwischen Historiker_innen und Nicht-Historiker_innen sei entsprechend problematisch gewesen, gleichzeitig habe man aber auch hier die die größten Lerneffekte erzielt. Sowohl Monet als auch Geiss bekräftigten, dass es sich bei dem Schulbuch um ein dezidiert politisches Projekt gehandelt habe, ebenso wie sie die Schwierigkeiten in der praktischen Anwendung zu Sprache brachten. Die Tatsache, dass das Schulbuch abseits von seiner Relevanz als politisches Stückwerk im deutsch-französischen Dialog in der Praxis nur geringes Feedback verzeichnen konnte, sei bedauerlich. Monet resümierte jedoch, dass das Projekt sich wohlmöglich weniger aufgrund der Lerneffekte in den Schulen gelohnt habe, denn als Ansatzpunkt und Werkzeugkasten für künftige Schulbuchprojekte.

Anschließend legte RAINER BENDICK (Osnabrück) anhand eines Beispiels aus der Arbeit an dem deutsch-französischen Geschichtsschulbuch dar, wie die Besprechung unterschiedlicher Formen der

Narration neue Perspektiven auf den Gegenstand eröffneten. Gleichzeitig wies er dabei jedoch auch auf Hindernisse binationaler Schulbuchprojekte hin, auf die dann auch eine Schülerin hinwies, der im Rahmen der Sektion die Möglichkeit gegeben wurde, das Buch aus der Perspektive der Nutzer_innen zu besprechen. Dabei richtete sich die Kritik vor allem auf die Nicht-Bearbeitung bestimmter Themen, die auf eine Engführung der deutsch-französischen Problematik zurückgeführt wurde. Insgesamt wurde der Aufbau jedoch gelobt. Eine Lehrerin schloss an Bendicks Einwurf, das Geschichtsbuch habe vor allem mit der Unmöglichkeit, die strukturellen Anforderungen zu erfüllen, zu kämpfen, an. Dies führe dazu, dass es oftmals ein Schatten-dasein in den Schulbibliotheken friste und vornehmlich dort eingesetzt würde, wo deutsch-französische Themen angesprochen würden. Als vollständig unterrichtsbegleitendes Werk sei es dagegen schwerlich zu nutzen.

Die Herausforderung, denen sich das deutsch-französische Geschichtsbuch stellen musste, stellen sich auch einem im Ansatz ähnlichen Projekt, dem deutsch-polnischen Vorhaben „Schulbuch Geschichte“, welches im März 2012 eine Finanzierung durch die Kultusministerien zugesichert bekommen hatte. In der Sektion wurde das Projekt von KARL HEINRICH POHL (Kiel) und ROBERT TRABA (Berlin) besprochen. Pohl stellte in seinem Vortrag fest, dass das Projekt kulturell in die Zeit passe, ökonomisch machbar sei und ebenso politisch gewollt. Neben der jahrzehntelangen Vorarbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission sei insbesondere das Placet der Kultusministerien für das Projekt entscheidend gewesen und habe ihm besondere Schubkraft verliehen. Die Ansprüche sind ambitioniert: Geschichte werde, so Pohl, als Konstruktion aufgefasst, der Geschichtsunterricht entsprechend als „Denkfach“, in dem Schüler auf der Basis von Wissen Fachkompetenzen erlernen sollen. Ähnlich wie im Falle des deutsch-französischen Schulbuchs bestünden die Herausforderungen vor allem in unterschiedlichen Geschichtskulturen und Vorstellungen der Didaktik. Insgesamt solle versucht werden einen globalen Blick auf

beide Länder zu werfen und hierdurch nationale Ansätze zu überwinden. Auch stellte Pohl die Relevanz der Erfahrungswerte aus der deutsch-französischen Schulbuchkommission für die Realisierung des Projektes heraus. Gleichzeitig kommentierte er das Projekt jedoch mit durchaus kritischem Ton: Pohl äußerte Zweifel an der Durchsetzung des Schulbuches, da dies, selbst wenn es wissenschaftlich auf dem neuesten Stand sei, den Bedingungen des Marktes nur partiell entsprechen könne. Dies werde unter anderem dadurch verstärkt, dass nur sehr geringes Wissen über das beste, was die Schulbücher mit den Schüler_innen „machen“. In diesem Kontext äußerte er den Verdacht, dass man möglicherweise den eigenen Vorstellungen nachrenne, ohne diese hinreichend an die Praxis zu koppeln. Auch ganz grundsätzlich stelle sich die Frage nach dem Sinn eines binationalen Schulbuchs.

Eine Antwort auf den letzten Punkt bot Traba gleich zu Beginn seines Beitrags. Er wandte sich ausdrücklich gegen die Einordnung als „deutsch-polnisches Geschichtsschulbuch“ und unterstrich, dass sich das Projekt - in Abgrenzung zum deutsch-französischen Geschichtsschulbuch - als ein allgemeines Geschichtsschulbuch, das keinen nationalen, sondern einen übergreifenden, europäischen Bezug habe. Dass das Buch von einer Expertengruppe, die sich aus zwei Ländern zusammensetze, erstellt werde und sich überdies an regionalen Vorschriften und Lehrplänen orientieren könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Buch nicht als Spartenprodukt entworfen würde, sondern sich bewusst dem Wettbewerb konventioneller Schulbücher stellen wolle. Ohne Frage sei dabei der Einfluss der Politik gleichsam Vorteil wie auch Ballast. Mit beidem gelte es sich zu arrangieren. Positiv schätzte Traba die Mischung didaktischer Methoden ein. Wenngleich dies gleichsam der eigentliche Problemherd des Vorhabens sei, bestünden eben hier doch große Potenziale der gemeinsamen Zusammenarbeit.

Was die Durchsetzung betrifft, so räumte auch Traba ein, dass diese kaum selbstverständlich und ein in jedem Fall ambitioniertes Projekt sei, sowohl inhaltlich, als auch bezüglich der Präsentation nach außen. Das Schulbuch dürfe mit Hinblick auf das fachwissenschaftliche und

didaktische Potenzial, das in der Zusammenarbeit liege, nicht allein auf den Ausdruck gemeinsamer Erinnerungsarbeit reduziert werden, der zweifelsohne darin liege.

Auch in der abschließenden Plenumsdiskussion waren es weniger die Inhalte, denn die Form und mit ihr die Didaktik, die zur Debatte standen. Es überrascht in diesem Kontext kaum, dass gleich mehrere Diskussionsbeiträge auf die Notwendigkeit praktischer Studien zum historischen Lernen in Lehrkontexten hinwiesen. In ihrer Einleitung zur Plenumsdiskussion hob SIMONE LÄSSIG (Braunschweig) hervor, dass sich bei jedem Versuch unterschiedliche Narrative zusammen zu bringen, zwangsläufig die Frage nach dem in der Praxis zu zahlenden Preis stellen würde. Die Gefahr „Erinnerungskitsch“ zu produzieren oder Erzählung an einem politisch gewollten Konsensnarrativ auszurichten seien stets gegeben und konfligierten ebenso wie inhaltliche und fachliche Innovationen potenziell mit der Nutzbarkeit im Geschichtsunterricht. Gleichzeitig handle es sich jedoch um Prozesse, die integraler Bestandteil der Produktion und Anwendung von Bildungsmedien seien. Eine kritische Revision der Verstrickung von Politik und Wissenschaft sei daher ebenso unumgänglich wie die Verstrickung selbst. Ein Kommentar fasste den springenden Punkt der Debatte zusammen, der in Bezug auf das deutsch-französische Schulbuch kommentierte, dass der Eindruck entstehe, dass diejenigen, die in die Produktion des Schulbuchs involviert waren, mehr gelernt haben, als die eigentliche Zielgruppe. Wenngleich dies ein klares Defizit auf der Anwenderseite sei, sei dies nicht ausschließlich auf den politischen Charakter zwischenstaatlicher Schulbuchprojekte zurückzuführen, sondern auch ganz generell innovativen Produkten. Die neue, bilaterale Erarbeitung eines Geschichtsschulbuchs kann ebenso wie die Erarbeitung transnationaler Lehrangebote - soviel kann zumindest dem Feedback der Sektionstagung entnommen werden - mit einer kritischen und doch zugleich interessierten Begleitung seitens der Praktiker/innen rechnen.

Lucas Frederik Garske

Sektionsübersicht:

Ulrich Bongertmann (Rostock); Sylvia Semmet (Speyer): Einführung in die Sektion (1. Teil):

Sylvia Semmet (Speyer); Geert Kessels (Den Haag): Das europäische HISTORIANA Projekt als Beispiel transkulturellen Geschichtsunterrichts unter besonderer Berücksichtigung der Multiperspektivität

Marat Gibatdinov (Kazan): Ein europäisches Geschichtsbuch? Zum Problem der europäischen Vielfalt am Beispiel der Behandlung von Minderheiten (Tataren) in Schulbüchern

Rolf Wittenbrock (Saarbrücken): Einführung in die Sektion (2. Teil)

Etienne François (Berlin); Peter Geiss (Bonn); Rainer Bendick (Osnabrück): Das deutsch-französische Geschichtsbuch

Karl Heinrich Pohl (Kiel); Robert Traba (Berlin): Das deutsch-polnische Geschichtsbuchprojekt

Erfahrungsberichte von zwei Schüler/innen mit dem deutsch-französischen Geschichtsbuch

Eckhardt Fuchs / Simone Lässig (Braunschweig): Plenum mit Referenten

Tagungsbericht *Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuchprojekte? Transkulturelle Sichtweisen in der europäischen Schulbuchdarstellung*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2012.

Gab es den Wertewandel?

Leitung: Bernhard Dietz (Mainz) / Christopher Neumaier (Potsdam) / Andreas Rödder (Mainz)

Bericht von: Anna Kranzdorf, Historisches Seminar, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

„Gab es den Wertewandel?“ lautete der leicht provokante Titel der von Bernhard Dietz, Christopher Neumaier und Andreas Rödder organisierten Sektion, der zugleich die Leitfrage derselben benannte. Nicht zuletzt vermutlich wegen einer in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte geführten Debatte über die Tragfähigkeit sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse für die Geschichtswissenschaft¹ stieß die Sektion auf großes Interesse, so dass zu Beginn der Raum gewechselt werden musste, um die gut 200 Besucher unterzubringen.

ANDREAS RÖDDER (Mainz) begann seine Einführung mit einer Vorstellung der soziologischen Wertewandelforschung in den 1970er-Jahren. Ausgangspunkt war das Buch „The silent revolution“ des US-amerikanischen Politologen Ronald Inglehart. Darin proklamierte dieser, dass in allen westlichen Ländern eine Verschiebung von materialistischen zu post-materialistischen Werten stattgefunden habe. Der Speyerer Soziologe Helmut Klages kam zu einem ähnlichen, wenn auch etwas differenzierteren Befund als Inglehart. Nach Klages hätten sich Werte von Pflicht- und Akzeptanz- zu Freiheit- und Selbstentfaltungswerten verschoben. Einig sei man sich bis heute im Befund, dass von den mittleren 1960er- bis in die mittleren 70er-Jahre ein Wertewandlungsschub zu Lasten sogenannter „bürgerlichen Werte“ stattgefunden habe.

¹Vgl. Rüdiger Graf / Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), S. 479-508; Bernhard Dietz / Christopher Neumaier, Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 293-304.

Anschließend widmete sich Rödder der Frage, wie der Historiker mit solchen sozialwissenschaftlichen Befunden umgehen solle. Dabei gebe es zwei Extreme: zum einen die unkritische Übernahme, zum anderen die Entlarvung als narrative Konstrukte und die daran anschließende Nichtbeachtung. Rödder plädierte dafür bei der historischen Analyse zwei Ebenen zu unterscheiden: Die Beobachtung erster Ordnung, die die Befunde der Sozialwissenschaft in den Blick nimmt, und die Beobachtung zweiter Ordnung, die die Befunde der Sozialwissenschaft als zeitgenössische Selbstzuschreibung betrachtet. Dabei könne die Beobachtung zweiter Ordnung die Beobachtung erster Ordnung nicht ersetzen, aber stets dazu anstiften, sie kritisch zu reflektieren. Ein Beispiel für einen solchen Umgang mit sozialwissenschaftlichen Befunden ist die Mainzer Historische Wertewandelsforschung, deren Konzeption Rödder im Folgenden vorstellte. Werte sind dabei eine streng wertfreie Analysekategorie, die als „allgemeine und grundlegende normative Ordnungsvorstellungen, die für das Denken, Reden und Handeln auf individueller und kollektiver Ebene Vorgaben machen und die explizit artikuliert oder implizit angenommen werden“, definiert werden. Dabei machen Widerspruch und Kontroversen Grenzverschiebungen sichtbar, so dass sich Wertewandel bestimmt „durch die Differenz zwischen dem zu zwei Zeitpunkten Sagbaren bzw. Sanktionierten“. Die Historische Wertewandelsforschung gehe dabei verschiedenen Leitfragen nach, beispielsweise wann, wie, wodurch und warum sich kollektive Wertsysteme ändern. Darüber hinaus soll auch der Leitfrage der Sektion nachgegangen werden, ob es den Wertewandel um 1970 gab oder ob alternative Entwicklungsmuster zu erkennen sind. Hierfür sei eine diachrone Langzeitperspektive von Bedeutung. Eine der Hauptaufgaben des Projekts sei es zu untersuchen, wie sich (kulturelle) Werte, soziale Praxis und institutionelle Strukturen in Wertewandelsprozessen zueinander verhalten. Hierfür wurde mit diskursanalytischen und qualifizierend hermeneutischen Verfahren eine genuin historisch-methodische Herangehensweise gewählt. Methodische Anknüpfungspunkte finde die Historische

Wertewandelsforschung neben der sozialwissenschaftlichen Wertewandelsforschung unter anderem auch in der sozialpsychologischen Rahmenanalyse, im Habituskonzept, der Mentalitätsgeschichte, der Historischen Semantik, dem Konzept der öffentlichen Meinung der Kommunikationswissenschaften und nicht zuletzt in der historischen Bürgertumsforschung.

Dieser thematischen und methodischen Einführung folgten vier empirische „Probeproduktionen“, zwei zum Thema Werte und Familie in transnationaler Perspektive (USA und BRD), zwei zum Thema Werte und Arbeit in Sozialgruppen spezifischer Perspektive (Arbeiter und leitende Angestellte).

ISABEL HEINEMANN (Münster) stellte ihren Beitrag zu Familienwerten in den USA auch unter die Leitfrage der Sektion: Gab es in den USA überhaupt einen schubartigen Wertewandel oder war es eher ein langer Wandel während des gesamten 19. und 20. Jahrhunderts? Dafür untersuchte sie öffentliche Debatten in den 1960er- und 70er-Jahren zu den Themen Scheidung und Reproduktion. Ihr erstes Fallbeispiel war die Einführung der „no-fault divorce“ 1969. Dadurch wurden die Scheidungsprozesse deutlich beschleunigt, da kein Schuldiger am Scheitern der Ehe durch lange Prozesse gefunden werden musste. Dies wurde häufig als Ausdruck eines fundamentalen Wertewandels gedeutet hin zu Individualisierung und Pluralisierung. Heinemann relativierte diese Deutung, da eine Betrachtung in der Langzeitperspektive zeige, dass die „no-fault divorce“ in einen langfristigen Prozess der Säkularisierung und konstant steigenden Scheidungsraten eingebettet sei. Im zweiten Fallbeispiel widmete sich Heinemann den Debatten um reproduktive Kontrolle und das Recht auf Abtreibung. Trotz einer gewissen Liberalisierung sei das Thema Abtreibung umstritten geblieben, weswegen man nicht von einem generellen Wandel sprechen könne. Allerdings gebe es starke Unterschiede im Diskurs um Reproduktion bei weißen und nicht-weißen Frauen. Die Reproduktion weißer Frauen lag im nationalen Interesse und sollte gefördert werden, wohingegen bei nicht-weißen Frauen

bis in die 1970er-Jahre Zwangssterilisationen durchgeführt wurden. Dass dieses Gesetz schließlich zurückgenommen und sich bei den betroffenen Frauen entschuldigt wurde, zeige jedoch, dass in Bezug auf „race“ ein Wandel stattgefunden habe. Ihre anfangs aufgestellte Frage beantwortete Heinemann zusammenfassend damit, dass ein Blick auf das gesamte 20. Jahrhundert dem Phänomen Wertewandel seine Dramatik und Singularität nehme. Es ließen sich vielmehr Wellenbewegungen des Wandels feststellen, so dass die Jahrhundertwende, die 1920er-/30er-Jahren und die 1960er-/70er-Jahre als Phasen eines verdichteten Norm- und Wertewandels beschrieben werden können. Debatten um Ehescheidung und Abtreibung als auch Familienwerte insgesamt seien in den USA stark ethnisch und sozial differenziert. Die Fragen nach Wertewandlungsprozessen könnten also dazu beitragen soziale und ethnische Differenzierungen offenzulegen.

CHRISTOPHER NEUMAIER (Potsdam) ging in seinem Beitrag der Frage nach, inwiefern und in welchen Bereichen sich die Idealvorstellung von Familie in Westdeutschland in den 1960er-/70er-Jahren änderte und ob und in welcher Weise die Wandlungsprozesse mit sozialer Praxis und institutionellen Rahmenbedingungen korrelierten. Im politischen Diskurs zur Familie herrschte in den 1960er-Jahren noch ein statisches Verständnis von Familie vor. In den 1970er-Jahren aber nahmen „alternative Lebensformen“ zu und ein neues Verständnis von Familie prägte sich aus. Es verbreitete sich ein weiter gefasster Familienbegriff, bei dem die Eltern-Kind-Beziehung zum zentralen Merkmal wurde. Sozialwissenschaftler und Politiker nahmen beispielsweise Abstand von normativen Familienbegriffen wie „Halbfamilie“ für alleinerziehende Mütter. In einem nächsten Schritt überprüfte Neumaier, ob die Pluralität familialer Lebensformen ein Massenphänomen oder eine Randerscheinung war. Es gebe zwar zahlreiche Quellenfunde, die die neue Pluralität belegten, aber diese hätten keine Repräsentativität. Es handele sich nicht um eine radikale Pluralität, sondern um eine „Pluralität in Grenzen“. Dennoch habe das Thema Wandel der Familienwerte eine hohe Bedeutsamkeit und Reichweite, da dis-

kursive Verhandlungen über den Wandel der Familienwerte in allen Milieus geführt wurden. Die „neuen Lebensformen“ bestimmten dabei den Diskurs. Insgesamt arbeitete Neumaier als Charakteristikum der 1970er-Jahre heraus, dass sich weniger die Sozialstruktur der Familie änderte als vielmehr der Diskurs über Familie. Bezüglich der Rolle der Frau brachte das neue Modell der „Doppelverdienerehe“ einiges in Bewegung. Veränderungen habe es vor allem bei jungen Leuten, Akademikern und Städtern gegeben, wohingegen Ehen auf dem Land und im katholischen Milieu eher traditionell ausgerichtet waren. Neumaier problematisierte und differenzierte allerdings diese Ergebnisse, da die Daten bereits in den 1950er-Jahren erhoben wurden. Das hieße aber, dass sich das Rollenverständnis bereits früher als von Inglehart und Klages behauptet änderte. Der Wandel des Sprechens über Familie, so resümierte Neumaier, sei also der zentrale Seismograph für sich anbahnende gesellschaftlich-kulturelle Veränderungsprozesse.

JÖRG NEUHEISER (Tübingen) begann seinen Vortrag mit der Einordnung des Wertewandels in der Arbeitswelt und seiner Wahrnehmung in der Forschung zur Geschichte der Arbeit. Es habe sich eine gängige Erzählung herausgebildet, dass Arbeit nicht mehr als Sicherung von Grundlagen und individueller Sinnstiftung in Verbindung gebracht würde, sondern nur noch die Möglichkeit darstelle, um emanzipatorische Forderungen zu erfüllen, also seine Freizeit zu finanzieren. In der Geschichtswissenschaft dominiere die pointierte Aussage von Andreas Wirsching „Konsum statt Arbeit“, die einen grundlegenden Wandel der Mentalität beschreibe. In einem zweiten Schritt zeigte Neuheiser die enge Verflechtung zwischen sozialwissenschaftlicher Demoskopie und politischen Institutionen bzw. Parteien auf. Die Umfragen selber waren, so Neuheisers These, Teil des Wandels, sie beeinflussten ihn und beschrieben teilweise etwas, das es nicht gab. Politische Debatten, Umfragen und Wertewandlungsprozesse standen somit in einer engen Wechselbeziehung. Als empirisches Beispiel zog Neuheiser schließlich die Plakat-Gruppe, eine oppositionelle IG Metall-Gruppe, aus dem Daimler-Benz-Werk in Stuttgart-Untertürkheim heran. Die

Plakat-Gruppe setzte sich für Mitbestimmung und humane Arbeitsbedingungen ein. Dabei protestierte sie z.B. gegen die Rationalisierung von Arbeit, also gegen monotone Fließbandarbeit. Neuheiser arbeitete heraus, dass die Arbeiter im Daimler-Werk ein gewisses Facharbeitere ethos vertraten, welches sich durch gute Qualifikation, Würde der Arbeit, Eigensinn des Arbeitens und Stolz auf Geleistetes auszeichnete. Das traditionelle Arbeitsethos änderte sich also durch die betrieblichen Umbrüche nicht, sondern es wurde durch sie herausgefordert und somit verändert. Neuheiser resümierte, dass die Analyse der historischen Praxis Einblicke auch in implizite und fest verankerte Wertvorstellungen erlaube, die in Umfragen nicht erfasst werden können. Dadurch scheine eine langlebige Logik der „guten Arbeit“ auf, die in Verbindung mit Analysen zur Entstehung der Wertewandlungsstudien die Einordnung des Wandels der Arbeitseinstellungen in einen Wertewandlungsschub zwischen 1965 und 1975 problematisch mache. Es handle sich im Bereich der Arbeit mehr um langlebige Wertvorstellungen und ein Wechselspiel zwischen semantischen Verschiebungen und „gelebten Arbeitsvorstellungen“.

BERNHARD DIETZ (Mainz) nahm in seinem Beitrag die leitenden Angestellten in den Fokus, eine Gruppe die von der Forschung bisher kaum untersucht worden ist. Die Zahl dieser Gruppe hatte in den 1970er-Jahren deutlich zugenommen und die Frage, wer die leitenden Angestellten seien, den öffentlichen Diskurs bestimmt. Für Dietz bietet die Debatte um die leitenden Angestellten einen Schlüssel zur empirischen Erforschung des Wertewandlungsschubes. Und so fragte er überspitzt: „Leitende Angestellte: Leistungselite oder Postmaterialisten?“ Durch Tertiärisierung und Bildungsexpansion, durch Internationalisierung und Auflösung traditioneller Unternehmensstrukturen war die Zahl der leitenden Angestellten in den 1970er-Jahren deutlich gestiegen. Die Universität wurde das neue Rekrutierungsfeld der Unternehmen für ihre leitenden Angestellten. Bei den Debatten um das Betriebsverfassungsgesetz und dem Mitbestimmungsgesetz traten die leitenden Angestellten ins öffentliche Interesse. Da sie Ver-

antwortung wie Unternehmer inne hatten, rechtlich aber Angestellte waren, kam der „dritten Kraft“ eine Sonderstellung zu. Ihre Sonderstellung rechtfertigten sie mit einem spezifischen Leistungsethos, das Werte wie Selbstständigkeit, Leistung und Verantwortung beinhaltet. Parallel kam es zu einem Umbruch im Führungsstil: der Wirtschaftswundermanager, der das Unternehmen in militärischem Stil leitete, hatte ausgedient. Der neue Manager musste differenziertere Talente aufweisen wie soziale Anpassungsfähigkeit und vor allem Kreativität. Zusammenfassend hielt Dietz fest, dass es keinen linearen Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten gebe. Die leitenden Angestellten seien stolz auf ihre Identifikation mit dem Betrieb, ihre hohe Arbeitsmoral und ihren Individualismus gewesen. Dieses traditionelle Arbeitsethos hätte sich mit neuen Arbeitswerten wie Flexibilität, Mobilität und Kreativität verbunden. Für Dietz gilt es die Frage nach dem Wertewandel mit dem Formwandel des Kapitalismus in den 1970er-Jahren zu verbinden.

Nachdem LUTZ RAPHAEL (Trier) die einzelnen Beiträge noch einmal pointiert zusammengefasst hatte, stellte er zwei Grundtendenzen in den Beiträgen heraus: Wertewandel werde unterschiedlich konstruiert und dekonstruiert. Für Heinemann und Neuheiser stünden die Rhythmen des Wandels nicht zwingend in Verbindung mit dem Wertewandel. Neumaier und Dietz stünden dem Wertewandel zwar auch skeptisch gegenüber, versuchten aber ihn produktiv weiter zu denken und verwendeten das statistische Material, bewerten es aber historisch neu. Allerdings seien sich alle einig – und dies fand auch die Zustimmung des Kommentators –, dass die 1960er/70er-Jahre eine Zeit des verdichteten „Culture War“ sei. Vor allem im Bereich der Familienwerte könne man den verdeckten Akteur, das „religiöse Feld“, noch stärker in den Blick nehmen, welches nämlich eine bewusste Bekämpfung des Wertewandels betrieb. Seinen Kommentar schloss Raphael mit fünf Präzisierungen, die im Rahmen einer Historischen Wertewandlungsforschung geleistet werden können bzw. noch zu leisten seien: Da es keine zeithistorische Familien- bzw. Arbeitsgeschichte

Anna Kranzdorf

gäbe, begrüße er die Forschungsvorhaben sehr, da sie sozialhistorische Präzisierung brächten. Des Weiteren sprach sich Raphael für eine politikhistorische Präzisierung aus, weil der Wertewandel ein zeithistorisch wichtiges Argument in Politik und Forschung sei. Auch eine ideengeschichtliche Präzisierung könne die Wertewandelsforschung leisten, da sie sich Begriffe wie Demokratie oder Liberalismus genauer ansehen könne. Werte können, so Raphael, seit Weber nicht mehr von den Sozialwissenschaften getrennt werden. Die Sozialwissenschaften präformieren das, was wir tun und wollen. Dies bedürfe einer wissenschaftsgeschichtlichen Präzisierung und erschwere die Historische Wertewandelsforschung. Seine letzte Bemerkung bezog sich auf das streng wertfreie Reden über Werte. Hier müsse man bedenken, dass jedes Reden über Werte auch ein Reden über Menschenbilder sei, was das neutrale Reden gerade bei Werten so schwierig mache. Deswegen bedürfe es auch einer zeitgeschichtlichen Präzisierung.

Die Diskussion behandelte unter anderem die Frage, ob Mediatisierung den Wandel angetrieben haben könnte oder ob die Analysekatégorie „Wert“ einen Mehrwert biete. Ebenfalls wurde erörtert, ob eine Vermischung zwischen Diskurs- und Sozialgeschichte legitim sei oder ob eine scharfe Trennung angebracht wäre. Insgesamt verdeutlichten die einzelnen Projekte, dass gesellschaftlicher Wandel vielschichtiger und mehrdimensionaler ist, als die eingängige These Ingleharts vom Materialismus zum Postmaterialismus suggeriert, und dass *der* Wertewandel kein geschichtlich einmaliges Ereignis war. Die Sektion zeigte darüber hinaus, dass das Nutzen sozialwissenschaftlicher Forschung durchaus Potential für weitergehende historische Erkenntnisse bietet, sei es durch ihre Historisierung oder ihre historische Präzisierung.

Sektionsübersicht:

Andreas Rödter (Mainz): Einführung: Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung

Isabel Heinemann (Münster): „Inventing the modern American fami-

ly“: Gab es einen Wertewandel in den USA?

Christopher Neumaier (Potsdam): Von der bürgerlichen Kernfamilie zur Pluralität familialer Lebensformen? Zum Wandel der Familienwerte in Deutschland

Jörg Neuheiser (Tübingen): Wo ist der Wertewandel? Kontinuität und Wandel in den deutschen Einstellungen zur Arbeit und Arbeitslosigkeit seit 1945

Bernhard Dietz (Mainz): Postmaterialisten oder Leistungselite? Die Leitenden Angestellten in den siebziger Jahren

Lutz Raphael (Trier): Kommentar

Podiumsdiskussion: Gab es den Wertewandel? Zum Verhältnis von sozialwissenschaftlichen und historiographischen Analysekatégorien

Tagungsbericht *Gab es den Wertewandel?* 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 18.10.2012.

Geschichte als Ressource des Menschseins in der Migrationsgesellschaft – und warum ein solches Ideal im Prozess des historischen Lernens unweigerlich Konflikte auslöst

Leitung: Michele Barricelli (Hannover) / Carlos Kölbl (Bayreuth) / Martin Lücke (Berlin)

Bericht von: Oliver Kuttner, Historisches Seminar, Leibniz Universität Hannover

Die Sektion „Geschichte als Ressource des Menschseins in der Migrationsgesellschaft – und warum ein solches Ideal im Prozess des historischen Lernens unweigerlich Konflikte auslöst“ beschäftigte sich im Allgemeinen mit der Problemstellung, unter welchen Bedingungen

historisches Lernen – im schulischen oder gesellschaftlichen Rahmen – in einer heterogenen/ diversen Migrationsgesellschaft stattfinden kann. Während Heterogenität und Diversität oftmals als Problemsituation wahrgenommen werden – was u.a. der Betrag von Carlos Kölbl, Lena Deuble und Lisa Konrad aufzeigt –, wird die diversitätssensible Geschichte als Ressource in den einleitenden Ausführungen von MICHELE BARRICELLI (Hannover) und MARTIN LÜCKE (Berlin) aufgefasst. Eine Geschichte, die natürlich auch Konfliktpotenzial besitzt – werden doch (bspw. gesellschaftlich konforme) Narrative aufgeworfen, die andere Narrative dominieren, „immerhin das Deutsche vom Deutschen“ (Golo Mann). Das Klassenzimmer wird somit zum Konfliktfeld, Heterogenität zur Ressource eines gelungenen multiperspektivischen und identitätsstiftenden Geschichtsunterrichts.

MARTIN LÜCKE (Berlin) wies die Notwendigkeit eines auf Diversität und Heterogenität eingehenden bzw. an jenen ausgerichteten Geschichtsunterrichts aus. Zivilgesellschaften (bzw. die „sogenannten Migrationsgesellschaften“) sind heute – aufgrund der globalen Wanderungsbewegungen – heterogen. War die gesellschaftliche, aber auch die fachdidaktische Rhetorik der letzten Jahre noch allzu oft geprägt von „Alarmierung oder der Markierung des Fremden“, einem hegemonialen Habitus, der die Kenntnis der deutschen Sprache zur Voraussetzung für die Partizipation an der deutschen Mehrheitsgesellschaft ansah, wird die heterogene und diverse Zusammensetzung der Gesellschaft – bzw. des Klassenraums – als Normalzustand angesehen. Meistererzählungen wie die der nationalstaatlichen Genese können aufgrund ihrer monokausalen, inkludierenden („Bio-„Deutsche“) sowie exkludierenden („die Anderen“) Zusammenhänge und Hintergründe keinen Beitrag zur historischen Orientierung der Schülerinnen und Schüler in heterogenen Lernzusammenhängen leisten. Vielmehr müssen Mikronarrative im Fokus des Geschichtsunterrichts stehen, die die „Anerkennung des Subjekts und den Umgang mit authentischer Differenz in multireferentiellen Lebenskontexten“ zulassen. Im Verständnis der Geschichte als Ressource einer Weltgemeinschaft können

in Verbindung mit den zentralen geschichtsdidaktischen Kategorien des Geschichtsbewusstseins und der historischen Sinnbildung vor allem Paradigmen der Diversity- und Intersectionality Studies neue Erfahrungs- und Erinnerungsräume schaffen, um die herum vielfältige Geschichten über vergangene Wirklichkeiten erzählt werden können. Klassische Narrative müssen Martin Lücke folgend zugunsten einer transkulturellen Perspektive, die quellennah die Konflikthaftigkeit von Kulturkontakten in den Blick nimmt, aufgelöst werden.

Diesen Ausführungen schloss sich unweigerlich die Frage an, welche multikulturinkludierenden Erzählstrategien die gemeinsam geteilte Sinnbildung ermöglichen. MICHELE BARRICELLI (Hannover) ging dieser Problemstellung nach und führte in das kanadische Konzept der shared und divided histories ein. Nun ist das Geschichtsbewusstsein eines jeden Menschen subjektiv opportun, es bildet und erzählt partikuläre Geschichten, die die eigene Identitätsbildung stützen und zugleich die „anderen“ ausschließen (divided histories). Ein heterogener und diverser Geschichtsunterricht sucht jedoch nach shared histories – Geschichten, die gemeinsam geteilt werden können. Dies sind z.B. Themenfelder wie Menschen- und Bürgerrechte aus westlicher, arabischer und lateinamerikanischer Perspektive bzw. die historisch geprägten diversen Erfolgsgeschichten des ökonomischen Wachstums als lineare Fortschrittsvorstellung. Die Komplexität multikulturinkludierender Narrative führt unweigerlich dazu, „auf gemeinsam geteilte historische Sinnbildung in Großkollektiven zu verzichten. Geschichte, Erinnerung wird etwas Subjektives“. Eine Garantie, welche Narrative in welcher subjektiv reduzierten Weise Bestandteil unserer historischen Identität werden, gibt es nicht. Im Hinblick auf alle diese Fragen – bspw. bezüglich der Überwindung der Meistererzählungen und des Eurozentrismus durch shared histories – plädiert Michele Barricelli für eine klare und selbstbewusste Positionierung einer modernen, kulturell sensiblen Geschichtsdidaktik.

Neben Martin Lücke – und an anderer Stelle Lars Deile – führte auch JÜRGEN STRAUB (Bochum) das transkulturelle Geschichtsler-

nen im multireferentiellen Lernprozess an. Heterogenität wird als zentrales Prinzip einer globalen Welt hervorgehoben und mit einer normativ politischen Forderung nach einer Achtung aller Menschen verbunden. In diesem Zusammenhang sind es vor allem intergenerationale Geschichten ausgeübter und erlittener Gewalt, die als transkulturelle Aspekte um Anerkennung von Verletzungen in den Geschichtsunterricht einzubeziehen sind. Werden „ethnisch und kulturell differenzierte Gesellschaften heute allgemein als durch (Super-)Diversität geprägte Konstellationen beschrieben“, rücken im Hinblick auf kollektive Verletzungen Beziehungen zwischen Gruppen oder Milieus in den Fokus, die diese Diversität konstituieren. Die Auseinandersetzung mit Verletzungsverhältnissen „fragt nach deren Bedeutung für das historische Bewusstsein und der gegenwärtigen Praxis im Zusammenleben von Menschen, die eine Generationen übergreifende Geschichte der Verletzung und Verfeindung, der Verfolgung und Vernichtung miteinander „verbindet““.

JOHANNES MEYER-HAMME (Hamburg) begann seine Ausführungen mit der Darstellung der paradoxen Situation, dass wir uns einerseits in einer heterogenen Gesellschaft befinden, in der vollkommen unterschiedliche Perspektiven in historischen Narrationen erzählt und insofern historische Orientierungen und Identitäten angeboten werden. Historisches Erzählen wird infolgedessen zur Ressource der Identität, die natürlich adäquate Strategien im Umgang mit heterogener Deutung und Wahrnehmung bedingen. Andererseits stehen dem multikulturinkludierenden Geschichtslernen auch Gegner gegenüber, die „einen obligatorischen, soliden chronologischen Durchgang von der Urgesellschaft bis heute“ fordern, um ein „fassbares historisches, ja kanonisches Wissen“ vermitteln zu können. In Hinsicht auf die bisherigen Beiträge und die geschichtsdidaktische Theoriebildung scheint diese Homogenitätsvorstellung nicht mehr zeitgemäß und tragfähig. In einer nicht nur individualpsychologischen, sondern auch genuin geschichtsdidaktischen Perspektive nimmt Johannes Meyer-Hamme den Aspekt der historischen Identitätsbildung unter den Bedingun-

gen von Migration und Multireferentialität der Lebenskontexte in den Blick. Anhand zweier Konstruktionen historischer Identitäten in der heterogenen Gesellschaft stellt Johannes Meyer-Hamme drei Schlussfolgerungen heraus, wann historisches Erzählen in einer heterogenen Gesellschaft als Ressource angesehen werden kann. Die drei Aspekte lassen sich wie folgt zusammenfassen: historische Identität als narrativer Zusammenhang zwischen historischen Orientierungen, Reflexion der Perspektiven historischer Narration, Formulierung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

BÉATRICE ZIEGLER (Aarau) bildete den Abschluss des ersten Roundtables. Sie berichtete als Kontrapunkt zu den bisherigen Beiträgen von einem aktuellen Anwendungsbeispiel praktischer Identitätsbildung – der Entwicklung eines Staatsbürgerschaftstests im schweizerischen Kanton Aargau. Der Blick auf realgeschichtspolitische Entwicklungen „zeigt die problematische Gratwanderung der Geschichtsdidaktik im Dienste demokratischer Öffentlichkeit“. Béatrice Ziegler zufolge ist ein geschichtsdidaktischer Versuch, einen Staatsbürgerschaftstest zum Instrument tatsächlichen politischen und historischen Lernens zu entwickeln aus unterschiedlichen Gründen zum Scheitern verurteilt. So werden Fragen zur Geschichte gestellt, die auf einen nationalen herrschaftslegitimierenden und gesellschaftshomogenisierenden Wissenskanon abzielen und zugleich ebenso Erfolgsgeschichten suggerieren. Die partizipatorische Zugehörigkeit zum Zielstaat verlangt nach gemeinsamen historischen Sinnbildungselementen und Modi der kollektiven Identität, heterogene Identitäten hingegen werden außer Acht gelassen. Potenzielle (Identitäts-)Konflikte werden infolgedessen vorgehend negiert, um „die notwendige innere Kohärenz seines Verbandes zu gewährleisten“. Dennoch, so zeigt es dieser Beitrag, sind es Fragen, die das geschichtskulturell mächtige nationale Narrativ herausfordern und aufgrund gesellschaftsinhärenter Veränderungsimpulse ebenso die Diversität der Zugewanderten respektieren, um insofern den Zusammenhalt einer multiethnisch verfassten Gesellschaft zu gewährleisten.

Die Diskussion zum ersten Roundtable führte die Diskutanten über die abstrakten allgemein-theoretischen Begriffe, der Feststellung einer zu berücksichtigenden sozial einheitlichen Raumgebundenheit (Anwendungskontext), des Bestehens von Migranten-Netzwerken zu der Fragestellung, wie Deutsch die Diskussion um Heterogenität und Diversität in der Migrationsgesellschaft sei? In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass dieser Diskurs kein deutscher, sondern ein westeuropäischer, ökonomisch geführter Diskurs sei (Diversity Management). Zwar wurde dem Plädoyer für Verletzungsgeschichten im Geschichtsunterricht mehrheitlich zugestimmt, auch Konkretisierungen und Möglichkeiten der Pragmatik eingefordert, jedoch wurde innerhalb der Diskussion auf einen potenziell unterschweligen Antisemitismus (Schülerinnen und Schüler mit islamischen Hintergrund vs. Schülerinnen und Schüler mit jüdisch-orthodoxer Migrationsgeschichte) hingewiesen. Dennoch sollte gerade auch die Verletzungsgeschichte explizit Thematisierung erfahren, um den Schülerinnen und Schülern Geschichte als kulturelle Praxis näherbringen zu können.

Während in Roundtable 1 mehrheitlich die Grundlagen und die Fundierung des Geschichtslernens in der Migrationsgesellschaft Berücksichtigung fanden, thematisierte Roundtable 2 die Empirie und Pragmatik des Geschichtslernens in der Migrationsgesellschaft.

CARLOS KÖLBL (Bayreuth), LENA DEUBLE und LISA KONRAD (beide Hannover) hoben die besondere Stellung des interkulturellen Lernens in der Geschichtsdidaktik hervor. Sie konstatierten, dass die Relevanz interkulturellen Lernens geradezu beschworen, zumindest aber normativ eingefordert werde (so z.B. der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25. Oktober 1996: Empfehlung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“), obwohl noch nicht hinreichend geklärt ist, ob bzw. in welchen Hinsichten in der Schule interkulturell gelernt werden kann. Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt „Vielfalt, Identität, Erzählung“ der empirischen Rekonstruktion interkultureller Lern- und Lehrprozesse im Geschichtsunterricht

vorge stellt, das die Perspektiven und Praktiken von Geschichtslehrkräften, ihren Schülerinnen und Schülern sowie das faktisch stattfindende Unterrichtsgeschehen analysiert, um „Verhaltensänderungen“ identifizieren zu können. Besonderheit dieses Forschungsprojekts ist der sich im Prozess entwickelnde, modifizierende und differenzierende Arbeitsbegriff, um eine empirisch fundierte Theorie interkulturellen Lernens und Lehrens im Geschichtsunterricht, die auch für unterrichtspraktische Belange relevant ist, herauszuarbeiten. Vorläufige Annahmen gehen davon aus, dass sowohl eine inhaltliche als auch eine methodische Auseinandersetzung von kultureller Differenz stattfindet und interkulturell in synchroner und diachroner Perspektive über kulturelle Differenzen und historische Hintergründe gelernt wird. Es bleibt abzuwarten, ob sich die ersten vage andeutenden Ergebnisse bestätigen lassen, wonach Gymnasialschullehrerinnen und -lehrer „[i]nterkulturelles Lernen als Ressource“ wahrnehmen, Sekundarschullehrkräfte hingegen „[i]nterkulturelles Lernen als Konflikt- und Minenfeld“ auffassen. „Ein einheitliches Verständnis interkulturellen Lernens im Geschichtsunterricht oder eine einheitliche Lehr- und Lernpraxis gibt es diesbezüglich sicher nicht“.

WALTER HERZOG und ELENA MAKAROVA (beide Bern) gingen der Frage nach, was denn Unterricht überhaupt konstituiert bzw. wie dieser überhaupt möglich ist. In Hinblick auf die soziale Dynamik von (Geschichts-)Unterricht wird konstatiert, dass die Didaktik nicht mit der Unterrichtswissenschaft gleichzusetzen sei, „setzt sie letztlich immer schon voraus, dass Unterricht in sozialer Hinsicht möglich ist, weshalb sie ihre Aufgabe nicht darin sieht, eine Unterrichtstheorie im umfassenden Sinn zu entwickeln, sondern das Lehrerhandeln anzuleiten“. Auf Basis empirischer Befunde postulieren Herzog und Makarova, dass die Prozessmerkmale des Unterrichts im Fach Geschichte wichtiger seien als die Strukturmerkmale. So seien einer Schweizer Studie zufolge „strukturelle Merkmale einer Klasse (wie deren kulturelle Heterogenität) für das wahrgenommene Störausmaß im Unterricht weit weniger bedeutsam als Prozessmerkmale des Unterrichts (wie

insbes. die Beziehungsqualität in der Klasse)“. Es wird jedoch betont, dass diese Erkenntnis nicht bedeuten soll, dass mit der schülerischen Herkunft assoziierte Differenzen keine erschwerende Rolle bei der Klassenführung spielen. Besonders wichtig für die soziale Integration einer (kulturell) heterogenen Schulklasse ist demnach vor allem, dass es der Lehrperson gelingt, vertrauensvolle, wertschätzende und anerkennende Beziehungen in der Klasse aufzubauen. Aus geschichts-didaktischer Sicht können die Fachinhalte dennoch nicht als beliebig erachtet werden, „weil sie – vermittelt über biografische Betroffenheit bzw. Resonanz – ein personales Moment in den Unterricht einbringen, das sich auf die sozialen Beziehungen in der Klasse – positiv oder negativ – auswirken kann“.

VADIM OSWALT (Gießen) stellt die besondere Bedeutung der Auseinandersetzung mit kommunikativen Prozessen in den Vordergrund, da nur hier jene diversitätssensiblen Erfahrungen und Aushandlungsprozesse sichtbar werden. Jene Erfahrungen von Diversität, die nach Jörn Rüsen „Geschichte als Teil einer kulturellen Sinnwelt, lebenspraktischer Orientierungsbedürfnisse und Daseinsorientierung“ berühren, werden zur Markierung im historischen Prozess, Geschichte zum Ernstfall. „Die Heterogenität der Akteure sowie die Fülle an kommunikativen, historisch-inhaltlichen und medialen Bezugsrahmen schaffen einen multireferentiellen pädagogischen Handlungs- und Erfahrungsraum, der alle Beteiligten zum diversitätssensiblen Umgang mit differierenden historischen Deutungen und anderen Lernkulturen“ sowie zur Modifizierung, Dekonstruktion und Falsifizierung von Konzepten der Selbst- und Fremdwahrnehmung zwingt. Geschichte als Ressource der eigenen Identitätsbildung und Sinnweltbestimmung muss als ein von wechselseitiger Annäherung geprägter Umgang gemeinsamer Geschichte, aber auch als Erfahrung von Differenz und der ihr immanenten Verunsicherung wahrgenommen werden. Die Erkenntnis, dass es „die“ Geschichte nicht gibt wird in der Vielzahl der möglichen Interpretationen deutlich.

Eine große Bedeutung bei der multikulturinkludierenden Vermitt-

lung wird den Geschichtslehrkräften zugesprochen. Sie sind es, die den Geschichtsunterricht einer diversitätssensiblen Professionalisierung unterziehen können. LARS DEILE (Berlin) regt in Abgrenzung zur Ausländerpädagogik und in Erweiterung des gegenwärtig vorherrschenden pädagogischen Konzepts des interkulturellen Lernens dazu an, transkulturelles historisches Lernen in den geschichts-didaktischen Blick zu nehmen. Während das Konzept der Interkulturalität zu einer Manifestierung der Distanz zwischen Einheimischen und Zuwanderern sowie zu einer simplifizierenden Dichotomie von „Eigen und Fremd“ führt und insofern eine Bewahrung, Kollektivierung und Homogenisierung bestehender mentaler Konzepte zur Folge hat, vermag das transkulturelle Lernen konkrete multikulturinkludierende Sinnsituationen und Deutungsvielfalt herzustellen sowie Simplifizierungen in Form von Zu- bzw. Festschreibungen zu entlarven. Es ist die transkulturelle Perspektivierung des Geschichtsunterrichts, die die multireferentiellen Lebenskontexte und Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler durch das Aufzeigen von Veränderung und Kontingenz hinsichtlich einer gemeinsam geteilten Sinnbildung (shared histories) diversitätssensibel dekonstruiert. Die Kanonisierung „unserer“ Geschichte in Form von chronologisch-genetischer Meistererzählungen muss zugunsten einer transkulturell gedachten und narrativierten Verflechtungsgeschichte überwunden werden. Wehrmutstropfen dieses Plädoyers ist jedoch die noch immer fehlende konkrete theoretische Definition des transkulturellen historischen Lernens, die auch dieser Beitrag nicht leisten konnte. Demzufolge steht eine begrifflich fundierte Konkretisierung und Nutzbarmachung des Konzepts der Transkulturalität im Geschichtsunterricht noch immer nicht zur Verfügung, auch weil hier die nur spärlich existierende fachdidaktische Literatur – mit transkulturellem Anspruch – in interkultureller Perspektive verharret.

Der Diskussion war zu entnehmen, dass sich die Mehrheit der zuhörenden Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer noch konkretere Handlungsanleitungen bezüglich des transkulturellen Lernens

Oliver Kuttner

gewünscht hätte, und nach wie vor ein fehlendes verständliches Konzept hinter Diversität und Heterogenität beklagte. Zu Unrecht? Es ist zu konstatieren, dass die Sektion mehr theoriertreue Fragen aufgeworfen hat als sie pragmatisch beantworten konnte. Aber liegt dies nicht an einem sich im Bewusstsein der Vertreterinnen und Vertreter unserer Domäne wandelnden modernen Verständnis einer Geschichtsdidaktik als historischer Kulturwissenschaft der trotz aller empirischen Erkenntnisse noch immer innovationsrückständige politisch-institutionelle Vorgaben und Rahmenbedingungen gegenüberstehen?

Eine Frage, die trotz ihrer großen Relevanz zeitlich nicht ausreichend diskutiert werden konnte, war und ist, wie mit Schülerinnen und Schülern im diversitätssensiblen Geschichtsunterricht verfahren werden muss, die Diversität aus spezifisch subjektiven bzw. antisemitistischen Gründen nicht zulassen möchten bzw. können (gerade in Bezug auf Verletzungsgeschichten bzw. am direkten authentischen Lernort bzw. in direkter interkultureller Konfrontation).

Sektionsübersicht:

Michele Barricelli (Hannover); Carlos Kölbl (Bayreuth); Martin Lücke (Berlin): Begrüßung und Einführung

Roundtable 1: Grundlagen und Fundierungen des Geschichtslernens in der Migrationsgesellschaft

Michele Barricelli (Hannover); Martin Lücke (Berlin): Diversity – Geschichte – Geschichtsdidaktik. Einführende kategoriale Überlegungen.

Jürgen Straub (Bochum): Kollektive Verletzungen und historisches Bewusstsein. Zur Psychologie temporaler und soziokultureller Komplexität in der Migrationsgesellschaft

Johannes Meyer-Hamme (Hamburg): Der Konflikt in mir. Historisches Erzählen als Ressource von Ich-Identität

Walter Herzog / Elena Makarova (Bern): Multikulturalität in der Schu-

le: Herausforderungen für das Klassenmanagement

Roundtable 2: Empirie und Pragmatik des Geschichtslernens in der Migrationsgesellschaft

Carlos Kölbl (Bayreuth); Lena Deuble / Lisa Konrad (Hannover): Interkulturelles Lernen im Geschichtsunterricht: Programm, erste Befunde, Desiderate

Vadim Oswald (Gießen): Zur Evaluation der Konflikte außerschulischen Geschichtslernens an diversitätssensiblen Orten

Béatrice Ziegler (Aarau): Schweizermachen als Frage von historischer Identität. Ein Beispiel vorgreifender Konfliktvermeidung

Lars Deile (Berlin): Diversitätssensibler Geschichtsunterricht in der Migrationsgesellschaft als Herausforderung für die akademische Professionalisierung von Geschichtslehrkräften

Tagungsbericht *Geschichte als Ressource des Menschseins in der Migrationsgesellschaft – und warum ein solches Ideal im Prozess des historischen Lernens unweigerlich Konflikte auslöst*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 25.01.2013.

Geschichtswissenschaft digital in Deutschland und Frankreich: Tendenzen, Strategien, Beispiele

Leitung: Gudrun Gersmann (Paris)

Bericht von: Philipp Spreckels, Münster

Während der Begriff eHumanities¹ links des Rheins kaum noch die Gemüter erhitzt, zucken Historiker auf der anderen Seite des Stroms allein bei seiner Erwähnung verschreckt zusammen. Hier rümpft man

¹eHumanities steht im Deutschen für „digitale Geisteswissenschaften“.

über Blogs die Nase und betrachtet E-Books automatisch als flüchtig, lieblos, gar billig. Doch wie lange noch kann es sich ein substantieller Teil der deutschen Geschichtswissenschaft leisten, Werkzeuge und Methoden zu belächeln, die beim wissenschaftlichen Nachwuchs in Frankreich längst zum Standardrepertoire der Geschichtswerkstatt gehören? Verliert Deutschland den Anschluss? Diese und andere Fragen waren Thema der Sektion „Geschichtswissenschaft digital in Deutschland und Frankreich: Tendenzen, Strategien, Beispiele.“

Teil 1: Digitale Ressourcen des Historikers am Beispiel der französischen Geschichte

Den ersten Themenblock eröffnete MARIN DACOS (Marseille), Direktor am *centre pour l'édition électronique ouverte*, mit einer Biographie des französischen Webportals *OpenEdition*.² Webportal greift als Begriff eigentlich zu kurz, hat sich unter dem Dach von OpenEdition innerhalb der letzten 13 Jahre doch eine beeindruckende Infrastruktur gebildet, die Forschende in den Bereichen digitale Zeitschriften (*revues.org*), wissenschaftliche Blogs (*hypotheses.org*) und Termine innerhalb der wissenschaftlichen Community (*calenda*) unterstützt. Das Portal basiert auf drei Säulen: a) freier Zugang b) inhaltliche Redaktion und technischer Support sowie c) Internationalisierung. So konzentriert man sich aktuell auf den Aufbau einer Plattform zum Lesen und Veröffentlichen von E-Books³ sowie, und dies dürfte Verfechter der Interdisziplinarität freuen, der Ausweitung des momentan noch stark französisch geprägten Netzwerks zu einer europäischen Infrastruktur. Eine Traditionsinstitution fehlt in dieser Zukunftsvision jedoch: der Verlag. Zu Recht?

Als zweites zog GUNDRUN GERSMANN (Paris) eine Bilanz ihrer Amtszeit als Direktorin am Deutschen Historischen Institut (DHI) Paris, welche gerade im Bereich digitales Publizieren eine Neuausrichtung mit sich brachte. Diese war laut Gersmann dringend nötig, denn

²Siehe <<http://www.openedition.org>> (21.11.2012).

³Siehe Lisa George: OpenEdition 15,000 books program, in: <<http://oe.hypotheses.org/959>> (21.11.2012).

das DHI hatte ein massives Problem: Als „internationales Institut in einem internationalen Umfeld“, ist das DHI gezwungen, sich in die Forschungsdiskussion beider Ländern einzumischen, was jedoch nur schwer gelingt, wenn sich Bibliotheken in Deutschland und Frankreich weigern, bilinguale Publikationen zu kaufen. Im September 2007 fiel deswegen die Entscheidung, in Zukunft verstärkt digital und offen zu publizieren.⁴ Um den verschiedenen Publikationstypen gerecht zu werden, ging man nicht immer gleich vor. Während die Traditionszeitschrift *Francia* nun ein Jahr nach der Printveröffentlichung kostenlos im Netz steht, erscheint die Tagungsreihe *discussions* nur online. Zu den ebenfalls neu aufgebauten Podcast-, Blog-, Twitter- und Facebookaktivitäten des DHI später mehr beim Vortrag von Mareike König.

Wirklich faszinierend waren jedoch die Ausführungen zur Retrodigitalisierung: Am Beispiel der Buchreihe *Pariser Historische Studien* erklärte Gersmann, wie durch die Digitalisierung in der Versenkung verschwundene Monographien wieder der Forschung zugänglich gemacht werden und eine Rezeption der Texte erneut möglich gemacht wird. Für eine Institution wie das DHI bedeutet dies nichts weniger, als das Heben in Vergessenheit geratener Schätze – im eigenen Garten. Da das Netz für Viele jedoch nicht nur Medium sondern auch Botschaft ist, war es wichtig, behutsam vor zu gehen, um weder langjährige Abonnenten noch Autoren mit einer zu radikalen Strategie verschrecken.

Aber auch die Digitalisierung hat ihren Preis. So betonte Gersmann, dass der Vorstoß auf dem Feld des digitalen Publizierens das DHI personell wie finanziell gefordert hätte und auch in Zukunft fordern wird. Denn durch die direkte Publikation im Netz hat das DHI Tätigkeiten und Dienstleistungen an sich gezogen, für die zuvor die Verlage zuständig waren. Gelohnt hätte sich der Aufwand aber trotzdem, denn „allein im stillen Kämmerlein zu forschen, ohne sich um die Visibilität

⁴Eine Übersicht der digitalen Publikationen des DHI Paris finden Sie unter <<http://www.dhi-paris.fr/de/>> (21.11.2012).

der eigenen Forschungsleistung zu kümmern“ wäre heute einfach nicht mehr zeitgemäß.

Die Diskussion erweiterte HINNERK BRUHNS (Paris) mit seiner Vorstellung der durch ihn initiierten online-Zeitschrift *Trivium*⁵, in der bewusst nur Übersetzungen von bereits publizierten Artikeln aus dem Französischen oder Deutschen erscheinen. Das Ziel ist so einfach wie einleuchtend: Das Zugänglich machen von Forschungstendenzen und -ergebnissen über die Deutsch-Französische (Sprach)grenze hinweg. Warum dann aber nicht gleich eine Übersetzung ins Englische, lautete eine Frage aus dem Publikum? Weil die Zeitschrift genau dem entgegen arbeiten soll, so Bruns. Denn neben dem Transport von Forschungstendenzen stehe *Trivium* auch für den Erhalt der beiden großen Wissenschaftssprachen Deutsch und Französisch. Visibilität und Zugang ja, aber nicht im Tausch gegen sprachliche Assimilität oder Marginalisierung.

Den Schlussvortrag des ersten Sektionsteils hielten GREGOR HORSTKEMPER und ANDREA PIA KÖLBL (München), die aufzeigten mit welchen Mitteln die Münchener Nationalbibliothek als Sondersammelgebietsbibliothek der Deutschen Forschungsgemeinschaft im digitalen Zeitalter die französische Geschichte mit Informationen versorgt. Auch hier spielte Retrodigitalisierung eine Rolle, wenn Horstkemper⁶ darüber sprach, wie in Kooperation mit Google mittelalterliche Handschriften zugänglich und durchsuchbar gemacht werden. Kölbl konzentrierte sich in ihren Ausführungen auf den Aufbau der virtuellen Fachbibliothek Romanischer Kulturkreis, kurz Vifarom⁷.

Teil 2: Einsatz von Sozialen Medien und Web 2.0-Techniken

MAREIKE KÖNIG vom DHI (Paris) verglich im zweiten Themenblock die digitale Fachkommunikation in Deutschland und Frankreich. Wie

⁵Siehe <<http://trivium.revues.org>> (21.11.2012).

⁶Georg Horstkemper ist Leiter des Zentrums für Elektronisches Publizieren. Siehe auch: <<http://www.bsb-muenchen.de/Zentrum-fuer-Elektronisches-Publizieren-ZEP.2349.0.html>> (21.11.2012).

⁷Siehe <<http://www.vifarom.de/>> (21.11.2012).

bereits eingangs erwähnt, setzt sich die Nutzung von Sozialen Netzwerken und Blogs in den deutschen Geisteswissenschaften wesentlich langsamer durch, als im Nachbarland Frankreich. Und das, obwohl sich diese Werkzeuge laut König hervorragend dazu eignen, die eigene Forschungsleistung auch jenseits der klassischen Publikationen zu dokumentieren (Blogs) und mit Kollegen in Kontakt zu treten (Facebook und Twitter). Wenn diese Werkzeuge aber in der deutschen Forschungscommunity eine weitere Verbreitung erhalten sollen, gelte es Barrieren abzubauen und Vorurteile zu widerlegen. Ein gutes Beispiel derartiger Aufklärungsarbeit ist der ebenfalls von König verfasste Twitter-Leitfaden für Historiker.⁸ Ob man durch das Publizieren im Netz aber nicht Gefahr laufe Opfer von Ideenklau zu werden, so eine Frage aus dem Publikum? König widersprach dem, da man durch das digitale Publizieren – ähnlich wie auch durch Printartikel oder Konferenzvorträge – geistigem Diebstahl vorbeuge, indem man ein Thema mit seinem Namen besetzt. Und in der Tat beweisen die jüngsten Skandale um die Doktorarbeiten von prominenten Politikern, dass das Aufspüren von Plagiaten immer einfacher wird – sich Plagiate langfristig also immer weniger lohnen. Auf die Kritik der wissenschaftlichen Gemeinschaft am Bloggen, dieses Medium sei zu flüchtig, zu unübersichtlich und von beliebiger Qualität, sei man laut König gerade beim Aufbau der Plattform *hypothese.org* eingegangen. Es wurde eine dem Blogportal vorstehende Redaktion eingerichtet, die durch Qualitätskontrollen einen hohen inhaltlichen Standard erhalten soll und Blogbeiträge für die Startseite auswählt. Zusätzlich sorgt der ständige technische Support für den langfristigen Erhalt der digitalen Texte, zum Beispiel durch die Vergabe von permanenten ISBN-Nummern. Dass die so gewonnene, redaktionelle und technische Sicherheit natürlich auch das Abtreten eines Teils der redaktionellen und technischen Freiheit mit sich bringt, ist dabei unvermeidbar.

Laut LILIAN LANDES von der Bayerischen Staatsbibliothek (Mün-

⁸Mareike König: Twitter in der Wissenschaft: Ein Leitfaden für Historiker/innen, in: <<http://dhdhi.hypotheses.org/1072>> (21.11.2012).

chen) kann man das Online-Rezensionsportal *recensio.net*⁹ als Antwort auf die Kritik an der aktuellen Rezensionslandschaft in den Geisteswissenschaften verstehen: 1. Langsamkeit: Rezensionen erscheinen mitunter Jahre nach der Originalpublikation. 2. Unübersichtlichkeit: Der Überblick über die immer größer werdende Rezensionslandschaft geht verloren. Sowie 3. mangelnde Internationalisierung, 4. kaum Interdisziplinarität und 5. zu wenig Interaktivität.

In all diesen Punkten will *recensio.net* durch das Beleben einer schnellen und zuverlässigen Rezensionskultur im Netz Abhilfe schaffen und so den eigentlichen Grundgedanken der Rezension stärken: die Interaktion und Diskussion über Forschungsergebnisse. Auch hier hat man auf die Onlineskepsis mit der Einrichtung einer redaktionellen Qualitätskontrolle reagiert, um unsachliche Beiträge heraus zu filtern. Aktiv werden musste die Redaktion aber noch nie, die Themen seien einfach zu speziell. Zukünftig soll es möglich sein, wie bei bekannten Online-Händlern Rezensionen zu kommentieren und über diese zu diskutieren. Wer weiß, vielleicht entwickelt sich so ja auch die erhoffte, lebhaftere, europäische Rezensionskultur.

Weniger Vorstellung als Bilanz war GEORGIOS CHATZOUZIS' (Düsseldorf) Vortrag über *L.I.S.A. - das Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung*¹⁰, zwei Jahre nach dessen Start. Neben ansteigenden Besucherzahlen, sowohl aus der Wissenschaft als auch der interessierten Öffentlichkeit, freue man sich gerade darüber, dass auch eher unübliche Beitragsformen wie die Livechats mit Experten¹¹ gut angenommen werden. Besser werden müsse man bei der LISA-eigenen Community. Diese müsste noch intuitiver gestaltet werden, wissen doch viele Mitglieder nicht, dass sie hier auch ohne Aufforderung eigene Texte einstellen können. Ein schönes Beispiel dafür, dass Wissenskommunikation sich nicht in jeder Hinsicht den medialen und journalistischen Gepflogenheiten anpassen muss, sind die Videoreihen

⁹Siehe <<http://www.recensio.net/>> (21.11.2012)

¹⁰Siehe <<http://www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/>> (21.11.2012).

¹¹Siehe zum Beispiel der Experten-Chat mit Sönke Neitzel und Harald Welzer, in: <http://www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/content.php?nav_id=1633> (21.11.2012).

von LISA. Denn im Gegensatz zu vielen artverwandten Videoformaten, drehen hier nicht Medienprofis Videos *über* Wissenschaftler sondern Wissenschaftler Videos über ihre *eigene* Arbeit. Das Ergebnis lässt sich laut Chatzoudis sehen, obwohl oder gerade weil es ohne eine mediale Überformung oder Narratisierung der Wissenschaft auskommt.

Eigentlich wollte JÜRGEN DANYEL (Potsdam), stellvertretender Direktor des „Zentrums für zeithistorische Forschung“ einen Vortrag über das Onlineprojekt *Docupedia*¹² halten. Sein Vortrag konzentrierte sich dann aber doch auf die bis dato in der Sektion aufgeworfenen Fragen. Danyel verwarf zunächst die kulturpessimistische Kritik an den eHumanities, die Wissenschaft würde durch diese ins Triviale abdriften. Eine Kritik, die um so fadenscheiniger wirke, wenn man das Jekyll & Hyde-Verhalten vieler Skeptiker beobachtet, die privat längst im Social Web angekommen seien, beruflich jedoch weiterhin eine konservative Fassade aufrecht erhalten würden. Aber auch die frühen Hoffnungen der sogenannten „digital Natives“, mit den neuen Medien ließen sich sämtliche wissenschaftliche Strukturen aufbrechen, hätten sich als illusorisch erwiesen. Heute, so Danyel, sei die Diskussion eher von einem produktiven Pragmatismus geprägt. Und auch wenn die Entwicklung im Web noch lange nicht an ihrem Ende angekommen sei, müsse man sich ernsthaft darüber Gedanken machen, ob eine separate Sektion zum Thema eHumanities in Zukunft noch nötig sei.

Fazit

Die Diskussion hat gezeigt, welche Potentiale die neuen digitalen Werkzeuge innerhalb der Geschichtswissenschaft entfalten können. Ist es dann folgerichtig, wenn die erste eHumanities-Sektion auf einem Historikertag auch die letzte bleibt? Haben derartige Panels, wie Danyel fragt, auf deutschen Konferenzen generell ausgedient?

Nicht ganz.¹³ Die Geschichtswissenschaft in Deutschland wird

¹²Siehe <<http://docupedia.de/>> (21.11.2012).

¹³Diese Einschätzungen sind auch geprägt von den Erfahrungen des Autors, der als Online-Redakteur in der Pressestelle der Westfälischen Wilhelms-Universität arbeitet und einen eigenen Blog betreibt.

Philipp Spreckels

zukünftig beides brauchen: Expertengespräche im kleinen, digitalen Kreis aber eben auch verstärkt Diskussionen in den Anwendungsfeldern selbst. Natürlich hat Danyel Recht, wenn er die „Wagenburgmentalität einiger digital natives“ kritisiert. Es ist auf Dauer kontraproduktiv, wenn die Pioniere im Bereich der digitalen Geisteswissenschaften nur unter sich bleiben und sich so immer weiter von den konservativen Kollegen abgrenzen. Denn Recherchieren, Diskutieren, Dokumentieren und Publizieren sind essentielle Tätigkeitsfelder eines jeden Historikers, egal in welcher Epoche oder Disziplin er tätig ist. Man darf also zu Recht fragen, ob die Institutionalisierung des Grabens zwischen Kritikern und Befürwortern durch die Erhebung der digitalen Methoden zu einer eigenen Disziplin namens eHumanities der richtige Weg ist. Diese Überlegung ist nicht unwichtig, denn das Ziel lohnt allemal: durch die neuen digitalen Kanäle werden ganz andere Qualitäten und Quantitäten an Interdisziplinarität und Internationalisierung der Forschung möglich. Das Beispiel Frankreich hat jedenfalls gezeigt, dass niemand auf die deutsche Geschichtswissenschaft warten wird.

Sektionsübersicht:

Gudrun Gersmann (Paris): Moderation

Marin Dacos (Marseille): OpenEdition: Das zentrale Fachportal der Geisteswissenschaften in Frankreich

Gudrun Gersmann (Paris): Von Francia bis Facebook. Ein geisteswissenschaftliches Forschungsinstitut geht online: Das Beispiel des DHI Paris

Hinnerk Bruhns (Paris): Trivium

Gregor Horstkemper (München); Andrea Pia Kölbl (München): Von der Handschrift bis zum Fachportal - Die Bayerische Staatsbibliothek als Informationsspezialist für die französische Geschichte

Mareike König (Paris): Historische Fachkommunikation über Twitter, Facebook und Blogs

Lilian Landes (München): Rezensieren im Web 2.0: recensio.net

Georgios Chatzoudis (Düsseldorf): L.I.S.A. - Historische Geisteswissenschaften 2.0

Jürgen Danyel (Potsdam): Zeitgeschichte und Social Web. Erfahrungen mit partizipativen Formaten im fachlichen Kontext

Tagungsbericht *Geschichtswissenschaft digital in Deutschland und Frankreich: Tendenzen, Strategien, Beispiele*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 27.11.2012.

Global Commons – Anspruch und Legitimation der „Gemeingüter“ als Erbe der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg

Leitung: Andrea Rehling (Mainz) / Isabella Löhr (Heidelberg)

Bericht von: Eva Maria Verst, Johannes Gutenberg-Universität Mainz/Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz; Michael Vössing, Universität Mannheim/Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz

Die wissenschaftliche Debatte über (globale) Gemeingüter hält auch mehr als vier Jahrzehnte nach der Publikation von Garret Hardins „Tragedy of the Commons“¹ an. Dies verdeutlicht nicht zuletzt die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft an Elinor Ostrom für ihr

¹Vgl. Garrett Hardin, *The Tragedy of the Commons*, in: *Science* 162 (1968), S. 1243-1248.

Werk zur „Verfassung der Allmende“² im Jahr 2009. Mit dem Hinweis auf diesen Diskurs leiteten die Organisatorinnen ANDREA REHLING (Mainz) und ISABELLA LÖHR (Heidelberg) die von JOHANNES PAULMANN (Mainz) moderierte Sektion zu den Gemeingütern als Erbe der Menschheit nach 1945 ein. Sie verdeutlichten, dass globale Güter, etwa in Form der Ressourcen der Meere und des Weltraums, aber auch des Kultur- und Naturerbes, angesichts der fortschreitenden Dekolonisation und den Debatten über die Grenzen des Wachstums Teil des tagespolitischen Diskurses geworden seien. Sie verwiesen aber auch darauf, dass diese Kontroversen über Umweltschutz, Ressourcennutzung und die Bewahrung kultureller Überlieferung auf eine längere Tradition zurückblicken können. Seit den 1950er-Jahren jedoch hätten die nun als „global commons“ betrachteten Gemeingüter durch das Label „Gemeinsames Erbe der Menschheit“ eine neue Wertigkeit gewonnen. Anhand einer Betrachtung der politischen Auseinandersetzungen über die „global commons“, zu denen etwa Fragen nach dem Verhältnis des Lokalen zum Globalen, nach der Furcht vor dem Verlust kultureller Eigenheit sowie dem Bemühen um „governance“-Strukturen gehören, ließen sich Spezifika des sich gleichzeitig herausbildenden Globalisierungsdiskurses konkret analysieren. Im Rahmen der Sektion wurden Bevölkerungspolitik, Natur- und Umweltschutz, exterritoriale Ressourcen, das Kultur- und Naturerbe sowie geistiges Eigentum als Fallbeispiele für globale Güter als Teil eines gemeinsamen „Erbes der Menschheit“ analysiert.

HEINRICH HARTMANN (Basel) warf mit der ersten Fallstudie die Frage auf, inwiefern Bevölkerung als „common“ verstanden werden kann. Ausgehend von Garrett Hardin stellte Hartmann zunächst die wichtigsten Paradigmenwechsel der Bevölkerungsforschung der 1950er- und 1960er-Jahre vor. Ein besonderes Augenmerk legte Hartmann hierbei auf die als „Princetonians“ bezeichnete Gruppe von in den USA tätigen Sozialwissenschaftlern. Er betonte, dass es sich

²Vgl. Elinor Ostrom, Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Markt und Staat, Tübingen 1999.

bei den Ansätzen der Bevölkerungswissenschaften zwar um einen transnationalen Wissensdiskurs handele, dieser jedoch spezifischen sozialen Dynamiken entstamme. So könne man die beteiligten Wissenschaftler nicht als „Frontkämpfer des Kalten Krieges“ verstehen, sondern müsse die spezifischen politischen Konstellationen berücksichtigen. Im Hinblick auf die Frage, wie Bevölkerungswachstum und die Nutzung begrenzter Ressourcen in Einklang zu bringen wären, sei vor allem der Transfer zwischen angewandter Sozialforschung, Evolutionsbiologie und wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen bedeutsam. Erst die Überlagerung der verschiedenen disziplinären Positionen habe eine vorübergehende Schlagkraft des Bevölkerungsdiskurses ermöglicht, durch den eine stabile Bevölkerungszahl zu einem konservatorischen Konzept geworden sei. Hartmann versteht diesen Prozess als „Kommodifizierung des Begriffs der Bevölkerung“, welcher eine „scheinbar ideologiefreie und ahistorische Übertragung des Konzepts“ in der konkreten Anwendung erst ermöglicht habe. Die Diskussion des Bevölkerungsproblems und die Suche nach Lösungsvorschlägen führten zu verschiedenen institutionellen Neugründungen, die auf nationaler und internationaler Ebene agierten. Das Konzept habe sich in der Praxis jedoch nicht in der von den Princetonians, dem Population Council und Hardin entwickelten Idee umsetzen lassen. Stattdessen seien die Programme umformuliert und stark an lokale und nationale Handlungsagenden angepasst worden. Der Bevölkerungsdiskurs und die „commons“-Idee seien somit lediglich für eine kurze Hochphase miteinander verbunden gewesen.

Ihren Vortrag zur Kontroverse um die Verwaltung und Nutzung exterritorialer Gebiete und deren Ressourcen eröffnete SABINE HÖHLER (Stockholm) mit dem Beispiel des Felsen Rockall im Nordatlantik. Den bis dahin national nicht zugewiesenen Felsen reklamierte Großbritannien vor dem Hintergrund des Kalten Krieges 1955 durch symbolische Inbesitznahme aus geostrategischen Gründen für sich. Aufgrund des Fischreichtums und vermuteter Ölvorkommen gewannen die Gewässer um Rockall in den 1960er-Jahren zudem wirtschaftliche Bedeu-

tung. Großbritannien gliederte den Felsen 1972 mit dem „Island of Rockall Act“ seinem Territorium an, um ihn so vor dem Zugriff anderer Anrainerstaaten zu sichern. Tatsächlich blieb der völkerrechtliche Status von Rockall auch in den folgenden Jahren nicht unangefochten. Das Rockall-Beispiel verdeutliche, dass auch nach 1945 bisher nicht national zugewiesene Gebiete dem ‚terra nullius‘-Prinzip folgend durch einzelstaatliche Okkupationen territorialisiert wurden. Demgegenüber habe sich jedoch seit den 1950er-Jahren eine der Idee des gemeinsamen „Erbes der Menschheit“ folgenden und auf das völkerrechtliche Prinzip der ‚res communis‘ verweisenden Vorstellung der gemeinsamen Verwaltung exterritorialer Gebiete herausgebildet. Die Meere, die Antarktis, aber auch das Weltall und ihre jeweiligen Ressourcen sollten als „global commons“ einer gemeinschaftlichen Nutzung unterworfen werden. Anhand verschiedener internationaler Abkommen seit den 1950er-Jahren zeigte Höhler auf, wie die Idee eines nunmehr vorrangig durch die Vereinten Nationen treuhänderisch verwalteten gemeinsamen „Erbes“ den bisherigen nationalstaatlichen Souverän durch jenen der „Menschheit“ zu ersetzen versucht habe. Gerade mit dem Scheitern entsprechender internationaler Rechtsordnungen in den 1970er-Jahren, etwa des UN-Mondvertrags 1979, aufgrund einzelstaatlicher Interessen gelang es Höhler darzulegen, dass neben dieser Idee des „commoning“ derselbe Zeitraum auch als „uncommoning“-Moment zu fassen sei. Das Prinzip der einzelstaatlichen Territorialisierung und die Vorstellung der globalen Vergemeinschaftung sollten auch in der Folgezeit in spannungsreicher Konkurrenz den internationalen politischen Diskurs beherrschen.

Globalpolitische Kontroversen um naturgegebene Gemeingüter im 20. Jahrhundert analysierte ANNA-KATHARINA WÖBSE (Genf) anhand der Beschäftigung des Völkerbundes und der Vereinten Nationen mit diesem Themenfeld. In Folge der Verdichtung der Konflikte um die Nutzung natürlicher Gemeingüter Anfang des 20. Jahrhunderts habe sich der Völkerbund der Ressourcenfrage gewidmet. Wöbse stellte dar, dass als erster Gemeinschaftsraum mit erschöpflichen Ressourcen das

Meer identifiziert wurde. 1925 habe der argentinische Rechtsprofessor José Leon Suarez in Genf plädiert, das Meer als globale Allmende zu verstehen und die gemeinschaftliche Nutzung dieser Ressourcen zu regeln. Eine beginnende Debatte über Gerechtigkeit zwischen Norden und Süden lasse sich laut Wöbse daran ablesen. Bezüglich der Vereinten Nationen lag ihr Fokus vor allem auf zwei Konferenzen im Jahr 1949, die sich mit der Nutzung natürlicher Gemeingüter beschäftigten: In einer von dem Economic and Social Council der UN (ECOSOC) organisierten Konferenz hätten Fragen der Effizienzsteigerung und Erschließungstechnologien im Vordergrund gestanden. Die UNESCO habe zeitgleich eine eigene Konferenz organisiert, welche die Ressourcenfrage auch in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht behandeln wollte. Wöbse argumentierte, dass durch die Konferenzen ein Überbrückungsprozess zwischen Naturschutz und Ressourcenfrage sowie zwischen dem Verbrauch von Naturkapital und der Gerechtigkeitsfrage eingesetzt habe. Dieser Prozess habe sich im Laufe der 1960er-Jahre durch die Gründung verschiedener internationaler Organisationen und rechtlicher Instrumente beschleunigt. Die Biosphärenkonferenz der UNESCO 1968 stelle einen wichtigen Sprung auf dem „Weg zur Wiederentdeckung globaler Gemeingüter“ dar. Konkretisiert worden sei nun der Anspruch, dass die Staatengemeinschaft auch die Beziehung zwischen Menschen und Natur regeln müsse.

ANDREA REHLING (Mainz) präsentierte in ihrem Vortrag jene Entwicklung, durch welche „Kultur“ und „Kulturerbe“ im 20. Jahrhundert zu einer umkämpften Ressource avancierten. Sie vertrat die These, dass die exponierte Rolle des „Kulturerbes“ im Diskurs der internationalen Politik im Zusammenhang mit der aufkommenden Zuschreibung der gemeinschaftsstiftenden Rolle von „kultureller Identität“ verstanden werden müsse. Rehling stellte in ihrem Vortrag die UNESCO als den maßgeblichen Aushandlungsort für die Auseinandersetzungen um „Kultur“, „kulturelle Identität“ und „Kulturerbe“ auf globaler Ebene vor. Sie zeigte drei Etappen der Herausbildung des kulturellen „Erbes der Menschheit“ auf. Anhand des Schutzes

der Tempelanlagen im ägyptischen Philae hätten westliche Akteure in den 1930er- und 1950er-Jahren das „Erbe der Menschheit“ als Legitimationsgrundlage für den Erhalt vermeintlich universaler Artefakte etabliert. Nach 1945 sei der Kulturbegriff von der UNESCO um eine anthropologische, auf die das Gut hervorbringende Gruppe abzielende Komponente erweitert worden. Gleichzeitig hätten im Zuge der Dekolonisierung die sogenannten Entwicklungsländer zunehmenden Einfluss in der UNESCO gewonnen. 1968 sei die Organisation in fünf Regionen zu vermeintlich gleichwertigen kulturellen und historischen Einheiten untergliedert worden. Dadurch habe sich nicht zuletzt der Nord-Süd-Gegensatz innerhalb der internationalen Organisation verstärkt. Parallel zu dieser Entwicklung zeichnete Rehling den Wunsch der ehemals kolonisierten Staaten nach, ihre eigene „kulturelle Identität“ als gleichwertig zur europäischen zu positionieren. Die Mondiacult-Konferenz in Mexiko 1982 sei als ein Höhepunkt dieser Entwicklung zu sehen. Rehling zeigte mithin auf, dass „Kultur“ und „kulturelle Identität“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum globalen Gemeinschaftsgut aufgewertet worden seien, um einer unterstellten Homogenisierung der einzelnen Kulturen aufgrund von Globalisierungsprozessen entgegen zu wirken. In einem konfliktreichen Prozess hätten deshalb alle beteiligten Akteure versucht, auf diesem Gebiet den erfahrenen Globalisierungsprozessen eine kosmopolitische Ordnung entgegen zu setzen.

ISABELLA LÖHR (Heidelberg) untersuchte das Spannungsverhältnis zwischen der Bewahrung kultureller Überlieferung und dem Schutz individueller Nutzungsrechte. Sie zeigte auf, dass sich im Programm der UNESCO beide Schutzprinzipien wieder finden: Seit Mitte der 1950er-Jahre widmete sie sich dem Weltkulturerbe der Menschheit, bereits Anfang der 1950er Jahre hatte sie sich für den Schutz privater Eigentumsrechte eingesetzt und 1952 das erste weltweite Abkommen zur Regelung der individuellen Rechte an Werken der Kunst, Literatur und Musik initiiert. Löhr argumentierte, dass bei der UNESCO nicht nur zwei unterschiedliche Abteilungen tätig gewesen seien – die

Kulturabteilung für das Welterbe und die Rechtsabteilung für die Urheberrechte –, sondern dass die Organisation zwei verschiedene, teils divergierende Konzepte von „Kultur“ herangezogen hätten, um deren jeweiligen Schutz zu protegieren. Während das Welterbe-Programm mit Konzepten wie „Menschheit“ und „Universalität“ in Verbindung gebracht werde, stehe bei den Urheberrechten „Individualität“ im Vordergrund. Dass das Welturheberrechtsabkommen von Beginn an auf der Tradition westlichen Eigentumsdenkens gefußt habe und der Kulturbegriff mit westlichen Vorstellungen verknüpft worden sei, habe den Widerstand von Entwicklungsländern an diesem System zur Folge gehabt, da deren soziale und kulturelle Gegebenheiten nicht berücksichtigt worden seien. Mit einer dritten Programmlinie habe die UNESCO daher versucht, den Bereich zwischen dem universalen Weltkulturerbe einerseits und den partikularen Eigentumsrechten andererseits zu schließen, in dem sie entschied, auch Traditionen, Praktiken, Wissensbestände und Ausdrucksformen als immaterielles Welterbe zu schützen und den Herkunftsgemeinschaften dieser Traditionen das Vorrecht der wirtschaftlichen Nutzung im Sinne des Urheberrechts zuzusprechen. Für die „global commons“ bedeute dies nach Löhr zum einen eine Ausweitung des Begriffs des „cultural heritage“ über die ursprünglich mit der Welterbekonvention lancierte Definition hinaus. Zum anderen impliziere diese Entwicklung eine Verschiebung im Verhältnis von Weltkulturerbe und Eigentumsrechten dahingehend, dass auch „cultural heritage“ potentiell in ein exklusives Gut verwandelt werden könne.

In seinem Kommentar betonte BERNHARD GISSIBL (Mainz) die inhaltliche Verbindung der Sektion zu aktuellen politischen Kontroversen über die Rolle und solidarische Nutzung von Gemeingütern sowie die Anbindungsmöglichkeiten des Panels an die akademische Kosmopolitismus-Debatte. Besonders positiv hob er die Verknüpfung sonst eher separat behandelter Forschungsfelder der Globalgeschichte durch die Bandbreite der vorgestellten „commons“ hervor. Gißibl plädierte hinsichtlich der aufgezeigten Gleichzeitigkeit von „common“-

Eva Maria Verst, Michael Vössing

und „uncommon“-Momenten dafür, konkreter zu analysieren, warum hinsichtlich bestimmter Güter und Ressourcen eine Vergemeinschaft gelang, bei anderen jedoch kein Kompromiss erzielt werden konnte. Diesbezüglich forderte er eine systematischere Analyse der Diskurse zur Ausgestaltung einer souveränen Verfügung „der Menschheit“ über globale Ressourcen ein. Gißibl plädierte darüber hinaus dafür, auch den Aspekt des „doing heritage“ im Sinne der völkerrechtlichen Institutionalisierung und Praxis nicht zu vernachlässigen. Als Forschungsdesiderate benannte Gißibl schließlich eine intensivere Betrachtung der Akteure und Foren der sogenannten „Dritten Welt“, welche sich durch die Aneignung der Erbe- und Gemeingut-Konzepte auch in dieses Feld der internationalen Politik einbrachten. Damit verbunden sei eine systematische Analyse der „Dritten Welt“, aber auch der UNESCO als dynamische Einheiten.

In der Sektion konnte anhand unterschiedlicher Fallstudien die historische Genese des Konzepts der „global commons“ gewinnbringend aufgezeigt werden. Es gelang den Referenten überzeugend darzustellen, wie die Vorstellung von gemeinschaftlichen Gütern als Teil eines „Erbes der Menschheit“ zum Gegenstand internationaler wissenschaftlicher und politischer Debatten und Auseinandersetzungen avancierte. Mit den „commons“ hat sich ein lohnenswerter Forschungsgegenstand offenbart, der im Rahmen einer konkreten Analyse globalgeschichtlicher Fragestellungen weiter behandelt werden sollte.

Sektionsübersicht:

Johannes Paulmann (Mainz): Moderation

Heinrich Hartmann (Basel): Die Wiederentdeckung der Bevölkerung. Veränderliche demographische Handlungsfelder zwischen global commons und global needs – Historische Perspektiven seit 1950

Sabine Höhler (Stockholm): Exterritoriale Ressourcen: Die Diskussion um die Meere, die Pole und das Weltall um 1970

Anna-Katharina Wöbse (Genf): „Whose world is it?": Natur und Umwelt als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945

Andrea Rehling (Mainz): „Preserving Cultures“ – Der Schutz von Kulturdiversität und Kulturerbe der Menschheit nach 1945

Isabella Löhr (Heidelberg): Preserving cultures – nur wessen? Weltkulturerbe und geistiges Eigentum im Widerstreit

Bernhard Gißibl (Mainz): Kommentar

Tagungsbericht *Global Commons – Anspruch und Legitimation der „Gemeingüter“ als Erbe der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 06.12.2012.

Historische Außenansichten auf Europa: Annäherungen aus (post)kolonialer und transatlantischer Perspektive

Leitung: Bekim Agai (Bonn) / Judith Becker (Mainz) / Jan Logemann (Washington)

Bericht von: Katharina Stornig, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz

Europa, seine Grenzen und die mit ihm korrespondierenden Vorstellungen beschäftigen Wissenschaftler vieler Disziplinen. Die historische Europa- und Europäisierungsforschung erfreut sich aktuell großen Interesses. Während die theoretischen und methodischen Ansätze in diesem Bereich vielfältig sind, bilden die kritische Diskussion bzw. Substitution eines festen geographischen Europabegriffs zugunsten eines Verständnisses von Europa als einer spezifischen politischen, kulturellen und/oder sozialen Konstellation, welche sich sowohl über Gemeinsamkeiten und Konflikte als auch über Abgrenzungen nach außen konstituierte, oft den gemeinsamen Ausgangspunkt. Des Weiteren

ren herrscht weitgehend Konsens darüber, dass Europa auch durch seine Interaktionen mit anderen Weltregionen geprägt wurde. Die von Bekim Agai (Bonn), Judith Becker (Mainz) und Jan Logemann (Washington), alle drei Nachwuchsgruppenleiter in der BMBF-Förderlinie „Europa von außen gesehen“, initiierte interdisziplinäre Sektion brachte am 49. Historikertag historische Außenansichten auf Europa als eine neue Ressource in diese Debatten ein: Die durch Binnenperspektiven entstandenen Selbstwahrnehmungen Europas, so die Ausgangsüberlegung der Organisatoren, müssten durch die externen Rezeptionen und Repräsentationen Europas ergänzt werden. Das Programm wurde breit angelegt und beinhaltete neben der Diskussion chinesischer und lateinamerikanischer Europabilder sowohl die Europavorstellungen emigrierter Europäer als auch diejenigen afrikanischer Europareisender. Ziel der Sektion war es, einen multiperspektivischen Blick auf Europa zu werfen, um die Pluralität der Europakonstruktionen und ihre Relationalität zu untersuchen.

Während HEINZ DUCHHARDT (Mainz), der durch die Sektion führte, bereits in seiner Anmoderation die Frage nach der besonderen Qualität europäisch-afrikanischer Beziehungen durch die gemeinsame koloniale Vergangenheit aufwarf, lieferte der erste Vortrag von JUDITH BECKER (Mainz) eine theoretische Einführung und ein Plädoyer für die Anwendung postkolonialer Theorien in der historischen Europaforschung. Nach einem Überblick über die für die Konzeption der Sektion relevante postkoloniale Literatur (Said, Spivak, Pratt, Bhabha), identifizierte sie spezifische Probleme in den beiden Hauptströmungen der Europaforschung: Der „diskursanalytische Ansatz“ schränke seinen Untersuchungsgegenstand durch seinen Fokus auf explizite Nennungen Europas und konkrete Debatten zu Europakonzepten sehr ein. Der zweite Ansatz, den Becker als „normativ-essentialistisch“ bezeichnete, ginge hingegen präskriptiv vor: Mit Vordefinitionen Europas arbeitend, lege dieser seinen Untersuchungsgegenstand vorab fest und liefe somit Gefahr, durch die jeweilige Arbeitsdefinition Europas das Erkenntnisinteresse mitzubestimmen. Die Aufnahme historischer

Außenperspektiven in die Analyse könne die angesprochenen Probleme zwar nicht lösen, jedoch wesentlich entschärfen, so Becker, indem Eurozentrismus vermieden, Dichotomien dekonstruiert und der Dialog mit der Regionalgeschichtsschreibung eröffnet würde. Die parallele Präsentation unterschiedlicher Vorstellungen von Europa trüge zudem Dipesh Chakrabartys Forderung nach einer Provinzialisierung Europas Rechnung.¹

Das erste Beispiel thematisierte Lateinamerika im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und wurde von STEFAN RINKE (Berlin) vorgetragen. Dieser machte zunächst deutlich, dass die lateinamerikanischen Vorstellungen von Europa nur im Kontext einer wechselseitigen transatlantischen Perspektive verständlich wären. Rinkes zentraler These zufolge war die Nordamerikanisierung Lateinamerikas, welche in diesen Dekaden stattfand, untrennbar mit dem Prozess einer Europäisierung verbunden, wobei beide Prozesse nicht linear verliefen und durch sowohl Aneignung als auch Ablehnung geprägt wurden. Der Vortragende betonte die Bedeutung der entstandenen – zunehmend globalen – Kommunikationsräume und den Wandel von Diskursen im Rahmen dieser komplexen Zirkulationsprozesse. Rinke demonstrierte zunächst am Begriff des Yankee, wie lateinamerikanische Akteure Begriffe adaptierten, umdeuteten, symbolisch aufluden und somit politisch einsetzbar machten: Als lateinamerikanische Bezeichnung für den fremden amerikanischen Anderen, drückte der Begriff des Yankee sowohl das Eingeständnis von wirtschaftlicher Unterlegenheit als auch den Anspruch auf kulturelle Überlegenheit aus. Diese kulturelle Überlegenheit, so Rinke, leiteten die Lateinamerikaner von Europa und ihrem europäischen Erbe ab. Eine Zäsur in diesem Geflecht amerikanisch-europäischer Beziehungen habe der Erste Weltkrieg dargestellt. Der Krieg und seine sozialen bzw. ökonomischen Auswirkungen hätten das Bild Europas in Lateinamerika zum Negativen verändert; ein Prozess, der mit einer Umorientierung von Europa

¹Dipesh Chakrabarty, *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton and Oxford 2000.

zu den USA verbunden war. Industrialisierung und Nationalismus der Zwischenkriegszeit hätten außerdem zur Entwicklung eines neuen Selbstbewusstseins und Selbstbilds Lateinamerikas geführt, welches auch ein neues Bild Europas hervorbrachte: Die Vorstellung des „alten Europas“, welchem ein „junges Amerika“ gegenübergestellt wurde.

Während die von Rinke untersuchten Lateinamerikaner Europa vor allem in transnationalen Kommunikationsräumen begegneten, analysierte KIRSTEN RÜTHER (Wien) Europa in den Reisebeschreibungen dreier Afrikaner in Großbritannien bzw. Deutschland. Die Südafrikanerin Katie Makanya bereiste Großbritannien 1891-92 als Mitglied eines fünfzehnköpfigen Chors. Der Katikiro Sir Apolo Kagwa besuchte England 1902, um auf Einladung an den Krönungsfeierlichkeiten Edward VII. teilzunehmen. Martin Aku verließ Togo 1913 im Alter von fünfzehn Jahren, um in Tübingen und Basel Medizin zu studieren. Die Afrikahistorikerin Rüter argumentierte für eine konsequente Historisierung wissenschaftlicher Fragen nach Europa, indem sie zeigte, dass Europa bereits vor Reiseantritt für keine der von ihr untersuchten Personen „außen“ lokalisiert war: Sie alle waren in oder mit europäischen Imperien bzw. der Präsenz Europas in Afrika aufgewachsen und hatten bestimmte Vorstellungen und Ideen darüber entwickelt, was dieses in Afrika präsente Europa war. Rüter gab zu bedenken, dass die Forschungsfrage nach der Außenansicht Europas im Kontext ihrer Studie problematisch ist, weil sie diese Menschen, welche mit kolonialen Herrschaftsformen seit langem vertraut waren, wieder als „fremd“ und in einem „Außen“ verortet. Statt Europa als zentrale Größe unhinterfragt zum Gegenstand der Forschung zu machen, müsse dieses „Außen“ problematisiert und neu gedacht sowie Dichotomien von „fremd“ und „eigen“ zugunsten der Untersuchung von Verflechtungen und Ambivalenzen in den Bildern Europas aufgegeben werden.

Zu einer ähnlichen Erkenntnis bezüglich der Schwierigkeit, Europa in einem außereuropäischen Diskurs eindeutig zu definieren, kam auch THORALF KLEIN (Loughborough), der über die Geschichte des

Okzidentalismus in China im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert referierte. Der Begriff Europa sei im China des späten 19. Jahrhunderts zwar bekannt gewesen, habe aber im Kontext des chinesischen Okzidentalismus nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. Stattdessen habe der Westen als Begrifflichkeit im Vordergrund gestanden, wobei „westlich“ ein Attribut war, das vor allem die in China präsenten Gruppen von Ausländern (vor allem Amerikaner bzw. Russen) umfasste. Klein diskutierte anhand des Begriffs „fremde Teufel“ (oder „Dämonen“), wie chinesische Diskurse den Westen als ein Anderes konstruierten, wobei er betonte, dass diese Prozesse des Othering sowohl durch interne (sinozentrische) als auch externe Faktoren (Imperialismus) initiiert wurden. Gleichzeitig betonte Klein die sich veränderte Bedeutung dieses Begriffs im Kontext seiner konkreten Verwendung und der Einflüsse politischer und sozialer Entwicklungen. Während zunächst vor allem christliche Missionare als „fremde Teufel“ bezeichnet wurden, kam es während der Boxerbewegung zu einer Ausweitung seiner Verwendung auf die in China präsenten Ausländer sowie seiner teilweisen Kombination mit bestimmten physischen Merkmalen, wie zum Beispiel blauen Augen, welche laut Klein auch als Zeichen der Dämonen gesehen wurden. Im Zuge des anti-imperialistischen Nationalismus des 20. Jahrhunderts sei es jedoch zu einer Neubestimmung des Begriffes des „fremden Teufels“ im Kontext einer politischen Rhetorik der Abgrenzung vom Westen gekommen. Schließlich betonte Klein nachdrücklich, dass es sich bei dem vorgestellten Begriff nur um einen Aspekt des chinesischen Okzidentalismus in diesem Zeitraum handelte und dass dieser nicht auf eine Reaktion auf Europa reduziert werden könnte, sondern als eigenständiges Phänomen zu betrachten sei.

Europa zu definieren sei aus der Sicht Chinas um 1900 problematisch. Am ehesten in chinesischen Quellen auffindbar ist laut Klein eine Definition von Europa als Kulturraum, wobei dieser europäische Raum jedoch nie klar von dem nordamerikanischen zu trennen sei. Allgemein betrachtet kann festgestellt werden, dass sowohl die USA als

auch Europa historisch und aktuell als feste Bestandteile des Westens gesehen wurden und immer noch gesehen werden.

Die Dekonstruktion des Westens als ein homogenes Gebilde übernahm JAN LOGEMANN (Washington), der das transatlantische Spannungsverhältnis europäisch-nordamerikanischer Gemeinsamkeiten und Differenzen am Beispiel emigrierter europäischer Intellektueller des 20. Jahrhunderts diskutierte. Der zentralen These seines Vortrags zufolge waren die von ihm untersuchten Intellektuellen zwar wesentlich an der Konstruktion eines gemeinsamen Westens und der Errichtung von Brücken zwischen den USA und Europa beteiligt, jedoch akzentuierte ihre transatlantische Sichtweise stets auch die Heterogenität dieser Konstellation. Während die Einwanderer aus ihrer Position zwischen den USA und Europa einerseits ihr „Europäisch-Sein“ gezielt einsetzten, hätten sie sich in bestimmten Bereichen auch (bewusst) abgegrenzt. Diese Abgrenzungen führten laut Logemann auch zur Wahrnehmung des „Europäischen“ als das Andere des „Amerikanischen“. Gleichzeitig betonte er, dass der Umgang mit Ethnizität in den USA diese „Dazwischen“-Positionen und die Ausbildung hybrider Identitäten ermöglichte, wie zum Beispiel auch Bezeichnungen wie German-American deutlich machten. Europa als übergeordnete Einheit spielte dabei nur eine nebensächliche Rolle, so Logemann, denn diese Positionen blieben meist national bestimmt: die Bezeichnung European-American setzte sich zu keinem Zeitpunkt durch. Des Weiteren verwies Logemann auf den Klassenbezug des europäischen Bewusstseins, welches bei Eliten wesentlich stärker ausgeprägt war, und auf die Entwicklung alternativer Selbstverständnisse wie zum Beispiel das des Kosmopoliten.

Interessanterweise verwiesen beide Vorträge über die transatlantischen Perspektiven auf Europa auf den Ersten Weltkrieg als eine Zäsur, die das Europabild nachhaltig veränderte und, wie Logemann ausführte, Vorstellungen von Europa als verarmt und rückständig hervorbrachte und multiplizierte. Dies wiederum deutet darauf hin, dass die historischen Außenwahrnehmungen Europas zumindest aus

der (nord- wie süd-)amerikanischen Perspektive auch stark von politischen Entwicklungen und Machtverhältnissen geprägt waren. Die Frage der Perspektivität war auch der erste Punkt, den Kommentator KIRAN KLAUS PATEL (Maastricht), der die Sektion insgesamt als einen wichtigen Beitrag einschätzte, weil sie sowohl die Pluralisierung der Europabilder als auch ihre Ambivalenzen und Fragilität deutlich gemacht hätte, als weiterführende Anregung aufwarf.

Das Beispiel Chinas habe gezeigt, so Patel, dass Europa nicht immer alleine im Fokus der Fremdwahrnehmungen stand. Folglich könnten unterschiedlich Begriffe (zum Beispiel Lateinamerika, Westen, Ausland) in die Analyse miteinbezogen werden. Diese müssten jedoch gründlich und aus konkreten Perspektiven hinterfragt und mit Bezug auf ihre Grenzen sowie im Verhältnis zu Differenzkategorien (zum Beispiel race) untersucht werden. Der zweite Punkt des Kommentars betraf die Subalternität, indem Patel anregte, genau hinzusehen, wer in den Quellen über Europa spricht. Die in den Vorträgen identifizierte Gebundenheit an Europa sei eine Sache der Eliten gewesen, womit die Frage entstehe, ob Europavorstellungen auch für andere Gesellschaftsschichten relevant waren. Auch die pointierte Frage nach der Konnektivität und Rückwirkung dieser Diskurse und Vorstellungen auf Europa könnte aus Sicht Patels ertragreich vertieft werden. So sah er in der Frage nach möglichen Zäsuren, welche die Europäer zwingen, sich mit den Außenansichten Europas auseinanderzusetzen, eine spannende Frage für die zukünftige Forschung. Das vierte Schlagwort des Kommentars war die Provinzialisierung. Zur Bewältigung dieser Forderung plädierte Patel für einen Bezug auf den Begriff Europa, sei diese doch auch in außereuropäischen Kontexten mit multiplen Bedeutungen gefüllt worden und es wäre eben wichtig zu wissen, wann Europa und wann z.B. das British Empire gemeint waren. So sei „Europäer“ im kolonialen Kontext (Patel nannte das Beispiel Niederländisch-Ostindien) auch eine legale Kategorie gewesen, die mit der Vergabe bestimmter Rechte verbunden war.

Laut Patel brachte die Sektion insgesamt wichtige Erkenntnisse.

Katharina Stornig

Während einzelne Beiträge bereits darlegten, dass die Grenzen Europas fluide werden konnten und stattdessen soziale Kategorien wie „Rasse“, Klasse oder Geschlecht eine Rolle spielten, sei es nun die Aufgabe der zukünftigen Forschung zu untersuchen, inwieweit sich die Grenzen Europas in der Vergangenheit tatsächlich verflüssigt und vielleicht durch den Prozess der europäischen Integration wieder verfestigt hätten. Einzelne Aspekte aus dem Kommentar wurden in der anschließenden Debatte im Plenum noch weiter vertieft.

Dem Panel ist sehr anschaulich gelungen, neue Perspektiven für die historische Europaforschung aufzuzeigen. Außerdem konnten die Beiträge dieser interdisziplinären Sektion in unterschiedlichem Ausmaß die methodischen Herausforderungen deutlich machen, mit denen sich eine postkoloniale Dekonstruktion Europas durch die Auseinandersetzung mit pluralischen „Außenansichten“ konfrontiert sieht: Archive, Konzepte und Begrifflichkeiten müssen aus den verschiedenen Forschungsperspektiven hinterfragt und neue Quellen für die Geschichtswissenschaft fruchtbar gemacht werden. Die Bearbeitung dieser Quellen erfordert oft auch Kenntnisse in außereuropäischen Sprachen und die Auseinandersetzung mit vielfältigen kulturellen und historischen Traditionen. Während die Pluralität der Außenansichten auf Europa deutlich aufgezeigt wurde, blieb die Frage nach ihrer Relationalität (zum Beispiel in einem Süd-Süd Kontext) weitgehend offen.

Sektionsübersicht:

Heinz Duchhardt (Mainz): Moderation

Judith Becker (Mainz): Theoretische Einführung: Europa von außen: Zum Zusammenhang von Europa- und Postkolonialismusforschung

Bekim Agai (Bonn): Europabilder von Arabern und Osmanen im 19. Jahrhundert – Reisende aus dem Nahen Osten nach Europa im Spiegel des Kulturkontakts (abgesagt)

Stefan Rinke (Berlin): So nah und doch so fern: Lateinamerikas Europabilder zwischen Räumen im Zeitalter der Nordamerikanisierung

Kirsten Rüter (Wien): Globale Interaktion und regionale Differenzierung – gegenseitige Wahrnehmungen zwischen „Europa“ und „Afrika“

Thoralf Klein (Loughborough): Fremde Teufel. Zur Geschichte des Okzidentalismus in China

Jan Logemann (Washington): Der Blick zurück: „Europa“ in den Augen europäischer Migranten in den USA

Kiran Klaus Patel (Maastricht): Kommentar

Tagungsbericht *Historische Außenansichten auf Europa: Annäherungen aus (post)kolonialer und transatlantischer Perspektive*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 15.11.2012.

Höfe und ‚Humankapital‘. Die höfische Konkurrenz um Fachleute aus Künsten, Wissenschaft und Diplomatie im 17. und 18. Jahrhundert

Leitung: Christine Roll (Aachen) / Matthias Schnettger (Mainz)

Bericht von: Thomas Kirchner, Historisches Institut, RWTH Aachen

Der Wettbewerb der europäischen Fürstenhöfe in der frühen Neuzeit um einen Ausdruck ihrer Herrschaftsansprüche, der politische Konkurrenten überstrahlen sollte, war ein Wettbewerb um das Humankapital von Künstlern. So die Annahme CHRISTINE ROLLs (Aachen) und MATTHIAS SCHNETTGERs (Mainz), die sie ihrer Sektion auf dem Mainzer Historikertag 2012 zu Grunde legten. Unter dem Titel „Höfe und ‚Humankapital‘. Die höfische Konkurrenz um Fachleute

Thomas Kirchner

aus Künsten, Wissenschaft und Diplomatie im 17. und 18. Jahrhundert“ untersuchten die Referent/innen die Bedeutung von Fachleuten der Repräsentation. Die Sektion behandelte also bildende Künstler, Architekten und Musiker als „knappe Ressourcen“, um welche die Höfe Europas stritten.

Die Sektion griff das Tagungsthema „Ressourcen – Konkurrenz“ auf, indem sie Menschen als historische Akteure und Ressourcen begriff. Einen vergleichbaren Ansatz verfolgten auch andere Sektionen. Wie Christine Roll bemerkte, eröffnete die Vorgabe Frühneuzeithistorikern eine neue und ungewohnte Perspektive auf ihr Forschungsthema – die frühneuzeitlichen Fürstenhöfe. Sie regte dazu an, den Wettbewerb um Fachleute der Repräsentation von zwei Seiten zu betrachten: Aus dem Blickwinkel der Höfe und aus dem der Künstler.

Von der Bedarfs- oder Nachfrageseite, also aus der Sicht von hofhaltenden Fürsten und Adligen stellte sich die Frage, welche Künstler sie benötigten um den Repräsentationsbetrieb ihrer Höfe zu einem erfolgreichen Unternehmen zu machen. War das Profil der gesuchten Fachleute geklärt, stellte sich die Frage, auf welchem Markt sie angeworben werden konnten.

Von der Produktions- oder Angebotsseite des diskutierten Humankapitals, also aus Sicht der Künstler, stellten sich die Fragen, welche Eigeninteressen die Fachleute verfolgten und welche Anziehungskraft verschiedene Höfe zwischen Versailles und St. Petersburg auf Künstler ausübten. Gleichzeitig geraten von dieser Seite her die Kosten und Einschränkungen in den Blick, die für Künstler damit verbunden sein konnten, an einem bestimmten Hof tätig zu werden. Die Beiträge der Sektion zeigten mehrheitlich, wie es nicht zuletzt die Künstler selbst waren, die im Rahmen dieser Motivationen, Anreize und Einschränkungen ihre Rolle an den Höfen und die Wirkung ihres Humankapitals an den Höfen mitgestalteten.

FRIEDRICH POLLERROSS (Wien) fasste die fürstliche Seite des Wettbewerbs um Humankapital ins Auge. Er zeigte, wie der „Repräsentationswettkampf“ zwischen Versailles und Wien die Anforderun-

Höfe und ‚Humankapital‘. Die höfische Konkurrenz um Fachleute aus Künsten, Wissenschaft und Diplomatie im 17. und 18. Jahrhundert

gen prägte, die Leopold I. und dessen Nachfolger an Künstler stellten. Die ausgewählten Künstler, die in der Folge nach Wien kamen, prägten durch ihr Humankapital wiederum den repräsentativen Stil der Hofburg. Der Wiener Hof habe als Reaktion auf die „kulturpolitische Offensive“ die Frankreich am Ende des 17. Jahrhunderts in Form von künstlerischen, architektonischen und wissenschaftlichen Großprojekten sowie begleitenden publizistischen Maßnahmen gestartet habe, eine Doppelstrategie entwickelt. Zum einen habe Habsburg die französische Repräsentativkunst für ihre Überheblichkeit und übertriebene Prachtentfaltung kritisiert. Gleichzeitig habe der Wiener Hof versucht, eben diesen Repräsentationsstil zu kopieren und zu überbieten. Noch vor der Wende zum 18. Jahrhundert seien dabei Ansätze zur Etablierung einer dezidiert antifranzösischen Kunst in Wien erkennbar. In der Regierungszeit Josephs I. brachten diese Bemühungen einen charakteristischen habsburgischen Repräsentationsstil hervor. Dieser habe sich neben anderem auch in Schloss Schönbrunn, der „ersten steinernen Antwort Wiens auf Versailles“ ausgedrückt. Die Gestaltung des Baus in italienischen Stilformen repräsentierte die italienische Herrschaft der Habsburger und damit ihre imperialen Ansprüche. Die Habsburger mussten, um ihre Herrschaft in dieser Form dauerhaft zu repräsentieren, Künstler mit spezifischem Humankapital verpflichten. Besonders Herkunft und Ausbildung der Architekten und bildenden Künstler waren von Bedeutung, konnte die Überwindung der französischen Repräsentationskultur, doch am besten dann gelingen, wenn die Hofkünstler unter keinem französischen Einfluss standen. Trotzdem konnte sich Wien dem französischen Einfluss nie ganz entziehen. Nach dem Friedensschluss von Utrecht beschränkte der Wiener Hof seine Anwerbung von Franzosen nicht mehr nur auf Spitzenkräfte und mit der Neugründung der Wiener Akademie der Künste nach französischem Vorbild 1726 gaben die Kaiser ihr Projekt auf, den Stil der eigenen Hofkunst von dem des französischen Konkurrenten abzugrenzen. Nun sei die Phase der Imitation der französischen Repräsentationskultur durch Wien eingeleitet worden. Pollerross konnte so

am Beispiel der französisch-österreichischen Repräsentationskonkurrenz zeigen, wie bestimmte Fähigkeiten von Künstlern, in diesem Fall die Fähigkeit, in einem spezifisch habsburgisch-italienischen Stil zu gestalten, ihren Wert als „Humankapital“ durch veränderte Repräsentationsanforderungen eines Hofes einbüßten. Im Anschluss daran zeigten Arne Karsten und Gesa zur Nieden, nach welchen Kriterien der Wert von Künstlern für Höfe genauer bemessen werden kann.

ARNE KARSTEN (Wuppertal) beschäftigte die Frage, wie künstlerisches Humankapital aufgebaut und an den frühneuzeitlichen Höfen bemessen wurde, von der Seite der Fürsten her. Ausgehend von Peter Paul Rubens, dessen Humankapital als Hofkünstler gerade auch in seiner „Nebentätigkeit“ als Diplomat begründet war, entwickelte Karsten Kategorien, um die Aufgaben, die Hofkünstler für ihren Fürsten erfüllten, zu ordnen. Künstler konnten demnach bei Hofe sehr unterschiedliche Positionen einnehmen, in denen sie unterschiedlich stark an den Hof gebunden waren. Einen besonders privilegierten Status genossen gerade diejenigen Künstler, die ständig am Hof anwesend waren, ohne dadurch zum Hofstaat zu gehören. Sie profitierten vom Status einer „formalisierten Nicht-Formalität“, den überhaupt nur Künstler erreichen konnten. Unter den Künstlern seien es vor allem berühmte Ausnahme- und Großkünstler gewesen, die zu Hofkünstlern der so umrissenen Kategorie aufstiegen und als solche einen besonderen Wert für Fürsten entwickelten. Wenn ein solcher Künstler von seinem Patron beispielsweise in päpstliche Dienste vermittelt wurde, seien damit meist konkrete Dankbarkeitsforderungen verbunden gewesen. Umgekehrt konnte sich der Wert eines Künstlers bereits in der Forderung manifestieren, er solle für einen bestimmten Hof arbeiten. In dieser Hinsicht war Gian Lorenzo Bernini das Paradebeispiel eines Hofkünstlers mit hohem Wert für seinen Auftraggeber. Seine Werke sowie auch seine bloßen Besuche an bestimmten Fürstenhöfen seien wegen ihrer geringen Verfügbarkeit stets mit diplomatischer Bedeutung aufgeladen gewesen. Dieser Zusammenhang verweist darauf, dass diplomatische Dienste eng mit kunstpolitischen Aktionen ver-

bunden waren. Päpstliche Diplomaten, hatten Kunstwerke im Gepäck, um sie zu verkaufen und betätigten sich auch als „Talentscouts“ für Hofkünstler. Beim Studium solcher Verknüpfungen von Diplomatie, Kunsthandel und Kunstpolitik ließe sich auch die in der Abschlussdiskussion gestellte Forderung erfüllen, die Hofkünstler und ihr Humankapital auch in Zusammenhängen zu untersuchen, die im eigentlichen Sinne ökonomisch sind. Die besondere Befähigung von prominenten Künstlern für den diplomatischen Dienst, hatte allerdings weniger mit der Umwandlung von humanem in ökonomisches Kapital zu tun. Karsten stellte heraus, dass Ausnahmekünstler häufig gerade, weil sie aus den Rangordnungen der höfischen und ständischen Gesellschaft herausgehoben waren, politische Probleme frei von den formalen Zwängen des diplomatischen Protokolls verhandeln konnten.

Wie genau sich Künstler dieses Privileg erarbeiten konnten und wie sie den Fürsten, unter deren Patronat sie standen damit nutzten, untersuchte GESA ZUR NIEDEN (Mainz). Mit Johann Jakob Froberg, der unter Ferdinand III. über Jahre hinweg eine Stelle an der Wiener Hofkapelle besetzte, stellte zur Nieden einen Musiker vor, der über die nötige „Soziabilität“ verfügt habe, um seinen Fürsten auch während ausgedehnter Reisen zu repräsentieren. Die nötigen künstlerischen Fähigkeiten und den damit verbundenen Ruhm habe er nicht zuletzt durch seine Ausbildung in Italien und seine Vernetzung mit europäischen Musikerkollegen eingebracht. Sein Humankapital als anerkannter Komponist konnte er in „symbolisches Kapital“ für seinen Fürsten und dessen Hof umwandeln. So trat er beispielsweise in einen friedlichen Musikerwettbewerb mit anderen Künstlern – ein beliebtes Mittel der Diplomatie. Ähnlich wie Bernini oder Rubens durch künstlerische Exzellenz konnte Froberg durch musikalisches Fachwissen kompensieren, was ihm an Stand und Rang fehlte und so Verbindungen auch mit hohen Adeligen knüpfen. Froberg habe seine Kompetenz zur Repräsentation seines Herrschers schließlich dadurch abgerundet, dass er flexibel auf dessen Anforderungen reagierte. Zu dieser Anpassungsfähigkeit gehörte schon die Konversion zum katho-

lischen Glauben vor Beginn seiner Karriere an der Hofburg. Auch die Aneignung eines italienischen Stils machte Froberg wertvoller für den kaiserlichen Dienst. Zur Nieden verwies in diesem Zusammenhang auf die spannende Frage, inwieweit „Konfession hörbar war“.

Die von Karsten und zur Nieden entwickelten systematischen Gesichtspunkte sind geeignet, um die Probleme zu behandeln, mit denen Paul Friedl und Christine Roll das Humankapital-Konzept in ihren Vorträgen konfrontiert hatten. PAUL FRIEDL (Mainz) formulierte die These, dass es zwischen König und Magnaten in Polen-Litauen einen Repräsentationswettbewerb gegeben habe, in dem der König nicht immer der Sieger blieb. Die Grundlage für diesen Wettstreit sei bereits unter der Regierung Jan III. Sobiewskis und seines Vorgängers Michael Korybut Wiśniowiecki gelegt worden. Die Könige und Magnatenfamilien hätten ihre Residenzen in Warschau und auf dem Land zu dieser Zeit repräsentativ ausgestaltet. Dabei entwickelten sie einen polnischen Stil der Repräsentationsarchitektur. Dieser basierte zum einen auf der bevorzugten Anstellung von Architekten, die wie Tilman van Gameren oder Augustyn Wincenty Locci im italienischen Stil bauten. Zum anderen hoben sich die in Polen-Litauen in dieser Zeit verwirklichten Bauten von traditionellen Formen ab und entwickelten ein differenziertes Symbolprogramm – beides auf Initiative der Auftraggeber. Beim Regierungsantritt August II. hatte sich in Polen also bereits ein Netzwerk von Architekten gebildet, die in der Lage waren, den Repräsentationsbedürfnissen des polnischen Adels zu entsprechen. Außerdem verfügten die wichtigsten Magnatenfamilien bereits über vollendete Repräsentativbauten – auch in der Hauptstadt. Die Wettiner mussten dahingegen bei Null anfangen. August II. trug kaum dazu bei, diesen Rückstand aufzuholen, und versuchte der Form nach erst gar nicht, den polnischen Repräsentationsstil zu übernehmen. Anstelle von italienischen Architekten bevorzugte er den französischen Stil. Der polnische Adel habe erst um 1750 begonnen, diesen Stil zu adaptieren. Ohne dass dadurch der italienische Einfluss verschwand, stieg nun auch die Nachfrage nach sächsischen Architekten mit Kenntnissen des

Höfe und ‚Humankapital‘. Die höfische Konkurrenz um Fachleute aus Künsten, Wissenschaft und Diplomatie im 17. und 18. Jahrhundert

französischen Stils. Weil auch August III. nur eine geringe Bautätigkeit entfaltete, war es wiederum die innermagnatische Konkurrenz, die nun sächsischen Architekten ihr Auskommen in Polen-Litauen sicherte. So konnten vor allem die Magnaten, nicht die polnischen Könige, Bauten verwirklichen, die für den Empfang von ausländischen Gesandten und Monarchen geeignet waren. Das dazu nötige Humankapital erhielten sie durch die Etablierung einer italienischen Bautradition in Polen und durch eigene Anwerbungsinitiativen.

Nachdem Friedl also in Polen-Litauen einen funktionierenden Markt für das Humankapital von Fachleuten der höfischen Repräsentation beschrieben hatte, der nicht von der Nachfrage des Monarchen getragen worden sei, beschäftigte sich CHRISTINE ROLL (Aachen) im Anschluss mit den russischen Zaren, die um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert erst in den Repräsentationswettbewerb der europäischen Höfe eintreten mussten. In Russland gab es ganz im Gegensatz zu Polen-Litauen keinen Repräsentationswettbewerb zwischen Zar und Adel.

Russland habe zunächst noch mit einer Reihe weiterer Standortnachteile zu kämpfen gehabt. So erschwerte schon die Abgelegenheit Moskaus die Anwerbung von geeigneten Hofkünstlern. Dieses Manko wurde durch die Verlegung der Residenz nach Sankt Petersburg nur zum Teil aufgehoben. Als noch beständigeres Hindernis in den Bemühungen der Zaren um das Humankapital von Künstlern konnten sich unter Umständen die im Westen Europas vorherrschenden Vorstellungen von Russland erweisen. Der russische Hof habe als rückständig gegolten, Russland insgesamt als „septentrional, barbarisch und nicht bewohnbar“. Angesichts dessen warf Roll die Frage auf, welche Ressourcen und Netzwerke die Zaren aktivierten, um sich dennoch im europäischen Repräsentationswettbewerb zu etablieren. Sie stellte zunächst fest, dass entsprechende Bemühungen, den Kreml zu einem Hof im Sinne von Versailles oder der Hofburg zu machen, im vorpetrinischen Russland ausblieben. Das habe sich etwa 30 Jahre später grundsätzlich geändert, als Johann Gottfried Tannauer für den

Thomas Kirchner

Dienst als Hofmaler am russischen Hof verpflichtet wurde. Ähnliche Anwerbungsversuche hatte es zwischen 1707 und 1712 immer wieder gegeben. Sie stützten sich auf bestehende Netzwerke europäischer Künstler und Gelehrter und kamen ohne maßgebliche Beteiligung russischer Akteure aus. Agenten des russischen Hofes zeigten nun ein planmäßiges Vorgehen und eine regelrechte Strategie, um trotz der russischen Standortnachteile Humankapital für den Zaren zu gewinnen. Nicht zuletzt sollten Fachleute mit hohen Gehaltsversprechungen nach Sankt Petersburg gelockt werden. Nach der Schlacht bei Poltawa sei Peter I. in einen Repräsentationswettbewerb mit dem Westen eingetreten. Obwohl die für Russland gewonnenen Künstler in gewisser Weise zweitklassig gewesen waren, erfüllten sie mit ihrem Humankapital das Repräsentationsbedürfnis des Zaren: Sie schufen ihre Werke für ausländische Gesandte und Monarchen und repräsentierten so das Bild des Zaren in Europa.

Insgesamt lohne sich das „Nachdenken über Humankapital an Höfen“, stellte Schnettger in seinem Abschlusskommentar fest. Besonders, wenn das Humankapital-Konzept so flexibel genutzt werde wie in der Sektion geschehen: Keiner der Referenten zwang sich mit dem exakten Humankapitalbegriff der Wirtschaftswissenschaften oder der Bildungssoziologie zu arbeiten. Vielmehr knüpften die thematisch sinnvoll aufeinander bezogenen Beiträge an die Alltagssprachliche Bedeutung des Wortes an, um Anwerbung und Arbeit der Hofkünstler als Marktgeschehen, Wettbewerb und Wertschöpfung zu verstehen – aber auch als einen Vorgang, durch den die Künstler selbst Herrschaftsrepräsentation und Kulturtransfer gestalteten.

Sektionsübersicht:

Christine Roll (Aachen): Einführung

Friedrich Polleross (Wien): Konfrontation und Imitation. Habsburgische Künstler im Dienste antifranzösischer Politik um 1700

Paul Friedl (Mainz): Der König im Wettbewerb mit den Magna-

ten? Ausländische Architekten und ihre Bauherren in der sächsisch-polnischen Union

Christine Roll (Aachen): Attraktion Zarenhof? Russische Strategien der Anwerbung von ausländischen Fachleuten nach Moskau und St. Petersburg

Arne Karsten (Wuppertal): Rollenspiele. Zur Funktion der Künstler am frühneuzeitlichen Hof

Gesa zur Nieden (Mainz): „ihn vertrostetermassen zu frescobaldi abgehen zu lassen“. Überregionale Karrieren europäischer Hofmusiker

Matthias Schnettger (Mainz): Kommentar

Tagungsbericht *Höfe und ‚Humankapital‘. Die höfische Konkurrenz um Fachleute aus Künsten, Wissenschaft und Diplomatie im 17. und 18. Jahrhundert*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 27.11.2012.

Juden und Christen als Akteure in Konflikten um materielle Ressourcen in der Vormoderne

Leitung: Sabine Ullmann (Eichstätt)

Bericht von: Björn Siegel, Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hamburg)

Das Wechselspiel zwischen Ressourcen und Konflikten rückte auf dem 49. Deutschen Historikertag in Mainz (25.-28. Sept. 2012) ins Zentrum des Interesses. Die Sektion „Juden und Christen als Akteure in Konflikten um materielle Ressourcen in der Vormoderne“ folgte diesem Leitthema. Die intensiven Interaktionen der beiden Themenfelder nahm der Moderator der Sektion, ANDREAS BRÄMER (Hamburg), zum Anlass, nicht nur nach den Konfrontationen, sondern auch nach den tiefer liegenden Problemen bzw. Auslösern dergleichen sowie der

Relevanz zeitgenössischer antisemitischer Diskurse zu fragen. Mit diesen Denkipulsen stellte Brämer die Sektionsteilnehmer/-innen der Herausforderung, die Konflikte über die oberflächliche Betrachtung hinaus zu analysieren und zu kontextualisieren.

Anhand der Versorgungskrisen des 15. Jahrhunderts analysierte CHRISTIAN JÖRG (Trier) die jüdisch-christlichen Beziehungen. Die Verknappung von Lebensmitteln durch die vermehrt auftauchenden Ernteaufschläge, die durch Kriege und klimatische Bedingungen verursacht worden waren, war ein Grundproblem mit dem sich die mittelalterliche Gesellschaft auseinandersetzen musste. Die Stadtverwaltungen, die durch schlechte Vorratshaltung mit Preissteigerungen und Hungersnöten konfrontiert waren, versuchten der Notsituation entgegenzuwirken. Neben der traditionellen Politik der Ausweisungen von Bettlern und anderen Bevölkerungsgruppen war es vor allem die Politik der überregionalen Getreidekäufe (zum Beispiel von Frankfurt am Main, Nürnberg oder Augsburg), die die lokalen Mangelsituationen entschärfen sollten. Trotz dieser Entschärfungspolitik belasteten die Versorgungskrisen besonders die jüdisch-christlichen Beziehungen. Dabei spielten sowohl religiös bedingte anti-jüdische Stimmungen eine Rolle, als auch die existierenden ökonomischen Interessenskonflikte. Von einer monokausalen Begründung der problematischen und spannungsreichen jüdisch-christlichen Beziehung riet Jörg aber deutlich ab. Dennoch verdeutlichte er, dass es besonders die jüdische Bevölkerung war, die in den gesellschaftlichen Diskursen, wie zum Beispiel über die Wucherer oder die Kornhändler in den Fokus der Kritik geriet. So trat implizit in den Chroniken des 15. Jahrhunderts eine Vermengung des Bilds des Juden, Wucherers und Kornhändlers auf, so dass sich eine Stigmatisierung der jüdischen Bevölkerung bzw. den Kornjuden als Gegner der Gesellschaft festsetzte.

Der Kornjude, der zum Symbol für die negativen Entwicklungen während der Ernährungskrisen wurde, stand aber auch für eine immer stärkere Vernetzung jüdisch-christlicher Geschäftsbeziehungen, da die Juden, zum Beispiel in Valencia über transnationale Beziehun-

gen verfügten und so hilfreich im internationalen Kampf gegen die Ernährungskrise sein konnten. Jörgs exemplarische Vorstellung der jüdischen Kornhändler von Valencia verdeutlichte so auf der einen Seite die schwierige Situation der jüdischen Bevölkerung in der krisengeschüttelten mittelalterlichen Gesellschaft, veranschaulichte aber auf der anderen Seite auch die besondere Position, die die jüdischen Händler durch ihr Spezialwissen einnehmen konnten.

Schlussendlich führten die Versorgungskrisen des 15. Jahrhunderts laut Jörg zu einer Verschärfung der exkludierenden Tendenzen, die sich immer häufiger und deutlicher gegen die jüdischen Gemeinden richteten. Dabei spielten neben den städtischen Interessen auch die äußeren Faktoren, wie zum Beispiel der Einfluss der Amtskirche oder die Konzile (zum Beispiel das Konzil von Basel oder Konstanz) eine gesonderte Rolle. So stellte Jörg klar, dass die Konflikte über die Ressource Getreide zum Teil zum Auslöser von Ausweisungen und Vertreibungen wurden. Die gleichzeitig stattfindende überregionale Zusammenarbeit, die auch eine Verstärkung der jüdisch-christlichen Kontakte darstellte, konnte dem generellen Trend der zunehmenden exkludierenden Tendenzen aber nicht grundsätzlich entgegenwirken.

Einen weiterführenden Blick warf ROBERT JÜTTE (Stuttgart) im folgenden Beitrag auf das Thema des Kornjuden. Die Hunger- bzw. Getreidekrisen in der frühen Neuzeit führten nicht nur zu einer Preisexplosion und Versorgungskrise, sondern auch zur Etablierung eines allgemein bekannten Stereotyps des Kornjuden. Dieses negative Bild war laut Jütte zu Beginn noch nicht auf die jüdische Bevölkerung beschränkt, sondern nutzte eher die negative Konnotation des Begriffs zur Beschreibung von Personen, die eine unnötige Verteuerung der Ressource Getreide vorantrieben. Eine Verengung der Definition fand erst in den folgenden Jahrzehnten statt und spiegelte sich unter anderem in der Popularität der Kornjudenmedaillen wider. Deutlich nutzten die Kornjudenmedaillen eine anti-jüdische Bildsprache und griffen die Ausgrenzung der Juden auf. So zum Beispiel die Kornjudenmedaille von 1694 (aus Silber), die einen wandernden, gebeugten

und „mit dem Teufel im Bunde“ stehenden Juden zeigte. Exemplarisch verdeutlicht die Medaille die enge Verbindung zwischen Religion und Ökonomie, die in der frühen Neuzeit noch von dem Konzept der „guten Ordnung“, das heißt einer christlich fundierten Ökonomie bestimmt war. Die von dem Historiker Edward P. Thompson entwickelte Theorie der moralischen Ökonomie trat somit deutlich auf den Kornjudenmedaillen hervor. Besonders akribisch arbeitete Christian Wermuth in Gotha an solchen Medaillen, die er auch über seinen eigenen lokalen Raum hinaus vertreiben konnte.

Wie weitreichend die Ausbildung des Stereotyps Kornjude war, verdeutlicht die Kontinuität der Kornjudenmedaillen. Als Mitte des 18. Jahrhunderts klimatische Bedingungen erneut zu Ernteschäden führten und Versorgungsengpässe auftauchten, kam es zu einer Renaissance der Kornjudenmedaillen. Johann Christian Reichs Medaillen aus dem Jahre 1772/73 (aus Zinn) bedienten sich einer ähnlichen anti-jüdischen Bildsprache und verurteilten die unmoralische Tätigkeit der Kornhändler und Spekulanten. Das damit auch Nicht-Juden ins Zwielicht gestellt wurden, war eingeplant. So argumentierte Jütte, dass erst im 18. Jahrhundert die anti-jüdische Stoßrichtung allgemein gültig prägend wurde und vor allem dadurch getragen wurde, dass die Stadtverwaltungen von den jeweiligen Versäumnissen, wie z.B. besserer Vorratshaltung, ablenken wollten. Das Stereotyp Kornjude war somit oft ein Instrument politischer Mobilisierung. Gerade das Argument, dass eine anti-jüdische Bildsprache nicht unbedingt von vornherein anti-semitisch gedeutet werden müsse, rief einige Diskussionen hervor.

Einen weiteren Ressourcenkonflikt analysierte PETER RAUSCHER (Wien), der die besondere Situation jüdischer Heeres- und Münzlieferanten genauer beleuchtete. Neben der traditionell anerkannten Konkurrenzsituation zwischen jüdischen und christlichen Kaufleuten wandte er sich den fortdauernden Kooperationen beider Seiten zu und versuchte damit, einen eher traditionellen Annäherungspunkt an das Hofjudentum im Kontext des frühmodernen Staates zu setzen, oh-

ne es dabei zu einem „Handlanger des Absolutismus“ zu degradieren. In der Tradition von Selma Stern, die die merkantilistische Ökonomie und die Veränderungen der jüdischen Gemeinde zusammen betrachtete, suchte Rauscher die oft zu kurz gegriffenen Handbuchdefinitionen dieser Beziehungen aufzubrechen. Dabei zeichnete Rauscher die Argumentationskette Sterns nach, die sich schon in den 1920er-Jahren gegen eine antisemitische Lesart des Hofjudentums wandte und vielmehr eine Neuakzentuierung durch einen wirtschaftsgeschichtlichen Zugang propagierte. Lange war aber die Herangehensweise an das Hofjudentum bestimmt durch ein generelles Desinteresse an wirtschaftshistorischen Fragen, als auch durch eine Übervorsichtigkeit, sich selbst in die Nähe antisemitischer Forschungen wie zum Beispiel von Werner Sombart zu stellen. Die Ideen von Rotraud Ries, die die innerjüdischen Bedeutung des Hofjudentums, wie zum Beispiel im Kontext der Kulturvermittlung, der Familienbeziehungen usw. in den Vordergrund stellten, hielt Rauscher daher für besonders fruchtbar.

Neben dem Münzhandel lenkte Rauscher den Blick auf die Heereslieferanten, die ebenfalls für die Etablierung einer modernen Staatsgewalt unabdingbar waren. Jüdische wie nicht-jüdische Lieferanten wurden laut Rauscher im 17. Jahrhundert zu neuen Stützen für die Staatsstruktur. Samuel Oppenheimer, einer der ersten und nach der Stern'schen Typologie klassischsten Hofjuden, hatte im habsburgischen Reich weitreichende Privilegien erhalten, wobei er deutlich in der Abhängigkeit zum Herrscher verblieb. Durch die Präsentation der Staats- bzw. Militärausgaben verdeutlichte Rauscher den immensen Finanzbedarf, den das Habsburgerreich zwischen 1655 bis 1735 hatte und zeigte damit auf, wie intensiv jüdische Lieferanten die Staatsstrukturen mit etablierten bzw. anhand des Beispiels Samson Wertheimer, als Gläubiger die Entwicklung der habsburgischen Staatsmacht unterstützten. Zusätzlich setzte sich Rauscher mit anderen Münzlieferanten auseinander, wie zum Beispiel mit Jacob Bassevi, dem Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Prag, der sich in der Münzpolitik einen Namen gemacht hatte. Im habsburgischen Kontext wies Rauscher nach, dass

sich Juden in der Münzproduktion spezialisierten, Expertenwissen aneigneten und sich überregional vernetzen. Trotz der unterschiedlichen Erfolge des europäischen Hofjudentums mahnte Rauscher aufgrund der aufgezeigten Zentralität neue Forschungen jenseits von antisemitischen Stereotypen und Kapitalismus-Kritik an.

Eine interessante Mikrostudie legte SABINE ULLMANN (Eichstätt) vor. Ihre Untersuchung zur Dorfgemeinschaft Pfersee analysierte den jüdisch-christlichen Konflikt über die dörfliche Lastenverteilung in der Folge des Spanischen Erbfolgekrieges. Pfersee als Vorort der Reichsstadt Augsburg war besonders von den Belastungen betroffen und versuchte daher, die Kosten zu minimieren. Die christliche Dorfgemeinschaft formulierte demzufolge einen Anspruch gegenüber der jüdischen Gemeinde, die bedingt durch ihr Wachstum einen höheren Kostenanteil zahlen sollte. Die jüdische Gemeinde hielt dieser Argumentation entgegen, dass zum einen die Anlagenberechnungen deutlich überhöht seien und zum anderen der Verkauf einer Allmendeweide, die Gemeinbesitz aller Dorfbewohner sei, nicht in diese Berechnung mit einbezogen wurde. Die gerichtliche Auseinandersetzung zwischen 1703 bis 1712 führte letztendlich zu einer Zuspitzung, der die Frage zu Grunde lag, ob die Juden Reichsbürger und den christlichen Dorfbewohnern gleichzustellen seien. In einer detaillierten Nachforschung zeigte Ullmann auf, wie beide Seiten des Konflikts juristische Argumentationsketten erarbeiten, um den eigenen Standpunkt darzulegen. Dabei bezogen sie sich auf die im 16. bis 17. Jahrhundert entstandene Literatur, wie zum Beispiel Nachschlagewerken usw., die die judenrechtlichen Fragen abhandelten. So verwiesen die jüdischen Verteidiger unter anderem auf die Stellung der Juden als römische Bürger, denen ein Mitrecht am Gemeindebesitz eingeräumt wurde. Dieser Argumentation widersprachen die Advokaten der christlichen Dorfgemeinde, die den Ausschluss der Juden ebenfalls mit den umfangreichen Verweisapparaten auf die existierenden Rechtsschriften begründeten. Zusätzlich wurden Bezüge zur territorialen Gesetzgebung sowie zum Argument der dörflichen Praxis hergestellt, wobei

sich deutlich die zeitgenössische widersprüchliche bzw. interpretationsfähige rechtliche Stellung der Juden abzeichnete. Am Ende erreichten die Juden von Pfersee die Verrechnung des Verkaufes entsprechend dem normalen Schlüssel. Die kleine aber wohlhabende jüdische Gemeinde Pfersee hatte gute Beziehungen zu den großen Höfen in Wien und München und konnte sich so diesen finanzintensiven Rechtsstreit leisten. Dennoch haben bereits existierende Lokalstudien zu Baden, Schwaben, Franken, der Oberpfalz sowie im Saar-Mosel Raum und in Hessen ähnliche Konflikte nachgewiesen, so dass Pfersee wohl kein Einzelfall war.

In einem zusammenfassenden Kommentar griff MARK HÄBERLEIN (Bamberg) noch einmal die verschiedenen Aspekte der Sektion auf. Dabei stellte er fest, dass Ressourcenkonflikte auch immer als Zäsuren für das jüdisch-christliche Verhältnis angesehen werden müssten und eine deutlichere Berücksichtigung in den Forschungsstudien finden sollten. Zusätzlich mahnte er an, die Entwicklung moderner Ökonomien genauer in den Blick zu nehmen und zugleich nicht nur die Konkurrenz-, sondern auch die Kooperationssituationen jüdischer und christlicher Akteure intensiver zu erforschen. Die unterschiedlichen Perspektiven und Herangehensweisen könnten so die jüdische Geschichte im Mittelalter beleuchten und gleichzeitig neue Impulse setzen.

Die Sektion verdeutlichte, dass anhand von Mikrostudien wichtige Einblicke in das jüdisch-christliche Verhältnis gewährt und durch verschiedene Beispiele regionale sowie überregionale Bezüge sichtbar gemacht werden können. Zudem veranschaulichte die Sektion, dass Krisensituationen nicht nur Konflikte über schwindende Ressourcen auslösten, sondern auch neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen Juden und Christen ermöglichten. Das Schwarz-Weiß Bild, welches oft von der jüdisch-christlichen Beziehung in der Vormoderne gezeichnet wird, muss somit durch mehrere Graustufen ergänzt werden, um der Vielfältigkeit der Beziehungen – im positiven wie im negativen Sinne – gerecht zu werden.

Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945

Sektionsübersicht:

Andreas Brämer (Hamburg): Moderation

Christian Jörg (Trier): Christen und Juden während der Versorgungskrisen des 15. Jahrhunderts

Robert Jütte (Stuttgart): Das Bild vom „Kornjuden“ als Antifigur zum frühneuzeitlichen Prinzip der „guten narung“ und der „moral conomy“

Peter Rauscher (Wien): Prekäre Güter: Juden als Heeres- und Münzlieferanten in der Frühen Neuzeit

Sabine Ullmann (Eichstätt): Gemeinsam genutzte Ressourcen von Christen und Juden – eine Chance zur Integration?

Mark Häberlein (Bamberg): Kommentar

Tagungsbericht *Juden und Christen als Akteure in Konflikten um materielle Ressourcen in der Vormoderne*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 14.11.2012.

Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945

Leitung: Thomas Schaarschmidt (Potsdam)

Bericht von: Christiane Kuller, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin / Historisches Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München

In der nationalsozialistischen Propaganda war „Mobilisierung“ eine Art Zauberwort, mit dem alle noch ungenutzten Ressourcen für die Kriegführung verfügbar gemacht werden sollten. Während NS-Politiker wie Josef Goebbels versuchten, die Illusion aufrecht zu erhal-

ten, als verfügte Deutschland über unbegrenzte unerschlossene Ressourcen, die – analog zur militärischen Mobilmachung – nur richtig freigesetzt werden müssten, um den „Endsieg“ zu erreichen, spitzten sich die Konflikte um Güter und Arbeitskräfte, die tatsächlich immer knapper wurde, dramatisch zu. Solche Ressourcenkonflikte bilden bereits seit langem ein Thema der zeithistorischen Forschung. Allerdings hat sich die Interpretation in den letzten Jahren grundlegend verändert. Ging die ältere Literatur noch davon aus, dass Ressourcenkonflikte vor allem zur Blockade von Entscheidungen geführt hätten, so betonen neuere Arbeiten stärker die mobilisierenden und motivierenden Wirkungen. An diese Debatte knüpfte die Sektion „Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945“ unter der Leitung von Thomas Schaarschmidt (Potsdam) an. Die Referenten gingen dabei der Frage nach, wie es zu erklären ist, dass die Kriegsmobilisierung im „Dritten Reich“ trotz, vielleicht sogar wegen der Ressourcenkonflikte bis zum Kriegsende genügend Kräfte freisetzte, um die Handlungsfähigkeit des Regimes aufrechtzuerhalten.

In seiner Einführung definierte THOMAS SCHAARSCHMIDT (Potsdam) zunächst zwei begriffliche Koordinaten der Sektion. Zum einen betonte er, dass die Mobilisierung der deutschen Mehrheitsbevölkerung, um die es in dieser Sektion ging, bis in die letzten Kriegsjahre ein Mindestmaß an Freiwilligkeit und Bereitschaft voraussetzte und auf individuelle und gesellschaftliche Interessen Rücksicht nahm. Im Unterschied zu den Formen terroristischer Mobilisierung, die gegen die Menschen in den besetzten Gebieten, Kriegsgefangene und Lagerhäftlinge angewandt wurden, sollten die „Volksgenossen“ überzeugt werden und freiwillig ihre Kräfte einbringen. Dieses Grundmuster entsprach dem nationalsozialistischen Verständnis von „Menschenführung“, und es findet sich sowohl bei der Mobilisierung von Arbeitskraft als auch bei der Mobilisierung materieller Ressourcen. Zum anderen betonte Schaarschmidt die Bedeutung neu entstehender Koordinationsgremien auf der mittleren Verwaltungsebene für die Ressourcenmobilisierung. Anknüpfend an Überlegungen zur „neuen

Staatlichkeit“ des NS-Regimes (Hachtmann) verwies Schaarschmidt darauf, dass neue Institutionen, die das NS-Regime einführte, zwar Konkurrenz und Konflikte verursachten, aber nicht zwangsläufig – wie die ältere Forschung angenommen hatte – die klassischen Formen der Staatlichkeit unterminierten und zum Verfall politischer Regulierungskompetenz führten. Vielmehr konnten sie auch die Entstehung flexibilisierter Instanzengeflechte fördern, die systemstabilisierende und dynamisierende Effekte hatten.

Als erster Referent der Sektion untersuchte ADAM TOOZE (Yale) die Kriegsfinanzierung im „Dritten Reich“. Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg, in dem Ressourcenkonflikte Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs geführt hatten, stellte Tooze die Frage, warum in der NS-Diktatur die Mobilisierungsanstrengungen bis in die letzten Kriegsmonate funktionierten. Tooze erklärte dies nicht nur mit der gewaltsamen Ausschaltung von politischer Pluralität und der brutalen Ausbeutung der besetzten Gebiete, sondern auch damit, dass das NS-Regime eine stabile monetäre Ordnung zur Finanzierung der hohen Kriegskosten etabliert und aufrecht erhalten habe. Dies geschah nicht etwa nur auf dem Weg einer „geräuschlosen“ und für die Bevölkerung quasi unsichtbaren Politik. Vielmehr versuchte die NS-Regierung zwischen 1935 und 1938 offensiv, die Kreditwürdigkeit des deutschen Reiches auf dem Kapitalmarkt wiederherzustellen. Als diese Form der Finanzierung im November 1938 an Grenzen stieß, wurde sie durch eine Politik der weit gefächerten institutionalisierten Kapitalmobilisierung ergänzt. Tooze machte in seinem Vortrag deutlich, dass sowohl die Kreditpolitik als auch die spätere Sparpolitik nur auf Basis gesellschaftlicher Akzeptanz funktionierten. So propagierte die NS-Regierung anstelle des – nicht zuletzt durch die Finanzkatastrophen der Zwischenkriegszeit diskreditierten – liberal-demokratischen Kreditleitbildes ganz explizit die autoritär geführte „Volksgemeinschaft“ als Erfolgskonzept für eine wertbeständige Kapitalanlage. Auch das private Sparen stellte das Regime als Akt der Zustimmung zur „kämpfenden Volksgemeinschaft“ dar. Die

populäre Interpretation einer „geräuschlosen“ Finanzierung der Rüstungsausgaben als politische Entlastungsstrategie wies Tooze zurück und stellte stattdessen die These auf, dass die Geldbeschaffung weder verschleiert noch entpolitisiert gewesen sei. Das Regime habe die „Volksgenossen“ vielmehr seit 1935 ganz explizit aufgefordert, an der Umverteilung mitzuwirken und dafür Verantwortung zu übernehmen, dass die von der Regierung verordnete Kriegsproduktion tatsächlich realisiert werden konnte.

Auch im Bereich der Wissenschaften betonte RÜDIGER HACHTMANN (Potsdam) das hohe Maß an Eigeninitiative und Kooperationsbereitschaft. Wissenschaftler sollten sich möglichst selbst mobilisieren, das heißt aus eigenem Antrieb heraus rüstungsrelevante Forschungsprojekte initiieren und die Forschung vorantreiben. Dafür erhielten sie – vorausgesetzt, dass sie die zentralen Ziele des NS-Regimes internalisiert hatten – große methodische und konzeptionelle Freiräume. Wie Hachtmann betonte, zielte die Kriegsmobilisierung in Wissenschaft und Forschung aber lediglich auf die fachliche Expertise. Als politische Individuen waren Forscher und Hochschullehrer nicht gefragt, selbst dann, wenn sie politisch dem Nationalsozialismus nahestanden. Die gravierenden kriegsbezogenen Veränderungen im Wissenschaftsgefüge ab 1936 charakterisierte Hachtmann als eine Ressourcenverschiebung auf zwei Ebenen: Zum einen wurden materielle Ressourcen in starkem Maße von den Hochschulen in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelenkt. Zum anderen gab es eine Verschiebung zwischen den einzelnen Disziplinen – weg von den Geistes- und Kulturwissenschaften, hin vor allem zu den Natur-, Technik- und Agrarwissenschaften. Diese doppelte Schwerpunktverlagerung war, so betonte Hachtmann, zwar vom Regime vorgegeben und als Prämisse gesetzt, aber die Konzepte zur Umsetzung kamen auch hier von den Wissenschaftsinstitutionen selbst. Die Ressourcenverschiebung führte zu Konkurrenzsituationen und auch zu schweren Konflikten um Fördergelder und Personal. In diesem Zusammenhang warnte Hachtmann jedoch davor, das Modell eines NS-spezifischen Polykatiepro-

blems ohne weiteres auf Wissenschaft und Forschung zu übertragen. So war die föderal strukturierte reichsdeutsche Wissenschaftslandschaft schon lange vor der nationalsozialistischen Machtübernahme vielfältig aufgefächert gewesen. Zudem gab es während der NS-Zeit nicht nur Prozesse der institutionellen Zersplitterung, sondern auch Bestrebungen zur zentralisierten Forschungsorganisation, etwa mit der Gründung des Reichserziehungsministeriums 1934, mit der Einrichtung eines Reichsforschungsrats 1937 sowie in bislang wenig erforschten interinstitutionellen Forschungsquerverbänden. Schließlich wandte sich Hachtmann auch gegen eine vereinfachende, aus Ökonomie und Politik übernommene Interpretation, dass eine Zersplitterung der Wissenschaften zu Ineffizienz und Doppelarbeit geführt habe, und betonte auch mögliche fruchtbare Auswirkungen von wissenschaftlicher Methodenkonkurrenz.

Die beiden folgenden Vorträge untersuchten regionale Koordinationsinstanzen und gingen dabei der Frage nach, inwiefern solche Vermittlungsinstitutionen der mittleren Ebene Ressourcenkonflikte lösen konnten. JÖRN BRINKHUS (Bremen) nahm dafür die regionalen Versorgungsbehörden für die Zivilbevölkerung in den Blick. Die Mangelversorgung etwa mit Textilien, Schuhen, aber auch mit Lebensmitteln, die sich daraus ergab, dass Ressourcen vorwiegend in die Rüstungsproduktion flossen, bedrohte die Legitimität des Regimes im Kriegsalltag. Regionale und lokale Rationierungsverwaltungen mussten hier zwischen den politischen Vorgaben und den Bedürfnissen der Bevölkerung vermitteln. Dabei nutzten und erweiterten sie Entscheidungsspielräume und kooperierten mit anderen Herrschaftsträgern, um die Widersprüche und Defizite der Wirtschaftspolitik auszugleichen. Gleichzeitig untergrub diese zuweilen freihändige Umsetzung die Kohärenz und Effizienz der Konsumregulierung des zentralen Lenkungsapparats, vielfach ohne den Lebensstandard effektiv heben zu können. Brinkhus machte deutlich, dass Behörden wie die regionalen Wirtschaftsämter Ressourcenkonflikte am Ende nur entschärfen, aber nicht lösen konnten. Gleichwohl waren sie ein wichtiger symbolischer

Faktor dafür, dass in der Bevölkerung kein sozialer Unfriede entstand wie im Ersten Weltkrieg.

Mit dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition stellte OLIVER WERNER (Berlin) in seinem Vortrag den zivilen Versorgungsverwaltungen einen mächtigen Akteur aus dem Rüstungssektor gegenüber, der in der zweiten Kriegshälfte ebenfalls regionale Koordinationsinstanzen einrichtete. Als Albert Speer das Ministerium 1942 übernahm, setzte er in den Gauen Rüstungskommissionen ein, die die Arbeit vor Ort koordinieren und Konflikte zwischen verschiedenen Entscheidungsträgern lösen sollten. Wie Werner hervorhob, gelang es den Rüstungskommissionen zwar nicht, die Auseinandersetzungen grundsätzlich zu beseitigen. Dennoch hatten die Arrangements eine symbolische Bedeutung, weil sie den regionalen Akteuren ein Mitspracherecht bei der Verteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften zumindest suggerierten. Vor allem die Beteiligung von Unternehmensvertretern wirkte sich systemstabilisierend aus. Albert Speer zog darüber hinaus persönliche Vorteile aus der Tätigkeit der regionalen Rüstungskommissionen. Für ihn bot sich die Möglichkeit, die Konflikte, die insbesondere gegenüber NSDAP-Parteidienststellen bestanden, für eigene politische Interessen zu instrumentalisieren und die Auseinandersetzungen je nach Bedarf zuzuspitzen, abzumildern oder umzudeuten. Auch in diesem Sinne spielten Ressourcenkonflikte im machtpolitischen Gefüge der deutschen Kriegswirtschaft eine wichtige Rolle.

Der anschließende Kommentar von BERNHARD GOTTO (München) ordnete die Thesen der Referenten noch einmal in übergeordnete Fragestellungen zur Funktionsweise der NS-Diktatur ein und leitete in eine lebhaft diskutierte Diskussion im vollbesetzten Hörsaal über. Begriffliche Schärfe forderte Gotto etwa im Hinblick auf die „Selbstmobilisierung“. Ausgehend von Gottos Definition, der in der Mobilisierung des eigenen Selbst einen inneren Widerspruch sah, entspann sich eine Diskussion im Publikum, in der unter anderem angeregt wurde, Selbstmobilisierung nicht nur im Hinblick auf die Frage, wer bzw. was

mobilisiert würde, sondern auch mit Bezug auf die innere Motivation als treibende Kraft der Mobilisierung zu deuten. So verstanden betone der Begriff der Selbstmobilisierung, dass der Impuls für die Mobilisierung nicht nur von außen kommen könne.

Gotto regte auch eine weitere Perspektive zur Untersuchung der Debatten um Ressourcenmobilisierung im NS-Staat an: Bereits das Reden über Mobilisierung müsse demnach als Kommunikationscode gedeutet werden. Mit ihm konnten die Akteure vermeintlich rational argumentieren, sich auf die Leistungsfähigkeit als hohen ideologischen Wert der NS-Zeit beziehen, und es sei möglich gewesen, das eigene Handeln bis in die letzten Kriegsmonate regimekonform zu präsentieren. Als Kommunikationsform erfüllte der Mobilisierungsdiskurs nach Gottos Ansicht zwei Funktionen: Zum einen diene er als Sinnzuschreibung für das eigene Handeln, zum anderen als Beleg einer ideologischen Kohärenz mit der politischen Führung. Auf diese Weise habe bereits das Reden über Mobilisierung einen Beitrag zur Bewältigung einer Krise staatlicher Legitimation geleistet. Zudem forderte Gotto dazu auf, größeres Augenmerk auf die Frage zu legen, inwiefern die dargestellten Konflikte und Lösungsstrategien NS-spezifisch seien. Ressourcenkonflikte und Vermittlungsversuche durch regionale Koordination, wie sie die Beiträge von Brinkhus und Werner vorgestellt hatten, seien teilweise kein NS-Spezifikum, sondern auch schon vor 1933 eine etablierte Form zur Lösung von Ressourcenkonflikten gewesen. Ein weiterer Aspekt, den Gotto ansprach, bezog sich auf die latent in den Vorträgen mitschwingende Frage der Verbrechensdimension der Kriegsmobilisierung. Hier regte er an, die Grenze zwischen „Normalität“ und verbrecherischem Normbruch – sowohl im zeitgenössischen Selbstverständnis als auch in der heutigen Bewertung – genauer zu definieren. So wies er darauf hin, dass im Denk- und Erfahrungshorizont der Zeitgenossen der Krieg keine verbrecherische Dimension haben, somit eine bellizistische Ausrichtung der Mobilisierung keine normative Barriere bedeuten musste. Hier wurde in der Diskussion allerdings darauf hingewiesen, dass im „Dritten Reich“

die Kriegsmobilisierung auf einer spezifischen Mischung aus Kriegsorientierung und Rassismus basierte, die sie von früheren Zeiten und anderen Ländern unterschied.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Sektion darauf zielte, Ressourcenkonflikte in der Kriegsmobilisierung nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Dimension zu vermessen. Vielmehr ging es darum, die Arrangements der Konflikteinhegung auch auf ihre symbolische Bedeutung hin auszuloten und sie als Indikatoren für die staatliche Herrschaft im „Dritten Reich“ zu interpretieren. Mit diesem Blick auf die konkreten institutionellen Geflechte der Konfliktaustragung und ihre Wahrnehmung durch die Akteure schlug die Sektion einen Bogen zu zwei aktuellen Debatten der NS-Forschung: Zur Diskussion über Motivation und Mitwirkung von „Volksgenossen“ bei der Austragung von Ressourcenkonflikten und zur Frage nach den – vielfach hocheffizienten – Formen nationalsozialistischer Staatlichkeit, die in diesen Konflikten sichtbar werden. Wie Thomas Schaarschmidt am Ende festhielt, müssen die Ergebnisse künftig in einen erweiterten zeitlichen und international vergleichenden Rahmen eingeordnet werden.

Sektionsübersicht:

Thomas Schaarschmidt (Potsdam): Einführung

Adam Tooze (New Haven): Geräuschlose Krise? Das Problem der Rüstungsfinanzierung im Nationalsozialismus 1935-1945

Rüdiger Hachtmann (Potsdam): Mobilisierung und Ressourcenverschiebung in den Wissenschaften unter dem Primat des Bellizismus

Jörn Brinkhus (Bremen): Regionale Behörden als Lösungsinstanzen für Ressourcenkonflikte. Das Beispiel der Versorgungspolitik des NS-Staats, 1933-1944/45

Oliver Werner (Berlin): Das Ministerium Speer. Lösung oder Verlagerung von Ressourcenkonflikten?

Bernhard Gotto (München): Kommentar

Tagungsbericht *Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 12.03.2013.

Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren

Leitung: Christian Kehrt (Hamburg) / Franziska Torma (München)

Bericht von: Anna-Katharina Wöbse, Bremen

1973 spielte Charlton Heston die Hauptrolle in dem Science fiction „Soylent Green“. In dem Film ist die Welt von 2022 ein überbevölkerter und restlos ausgeplündertes Planet, dessen Bewohnerinnen und Bewohner angeblich mit Plankton-Chips ernährt werden. Im Laufe des Films wird allerdings klar, dass auch die Ozeane längst erschöpft sind: Die Welt ist an ihr Ende gekommen und die einzige Masse, die überhaupt noch zur Nahrungsmittelproduktion eingespeist werden kann, ist Menschenmaterie. Der Spielfilm spiegelte drastisch herrschende Umweltängste, die sich aus den Debatten über globalen 'Bevölkerungsdruck', Ressourcenmangel und die Grenzen des Wachstums speisten.

Die von Franziska Torma und Christian Kehrt organisierte Sektion „Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren“ wandte sich eben dieser Phase zu und blätterte das Potential der ozeanischen Sphäre als historischem Untersuchungsobjekt auf. Der an diesem Vormittag mehrfach zitierte Film war die massentaugliche Adaption dieser zwischen Utopie und Katastrophe changierenden Erzählung. In besagter Zeitspanne lässt sich eine enorme Beschleunigung der Aushandlungsprozesse über die Reichtümer des Meeres und die Neuverhandlungen maritimer Räume in geostrategischer, ökologischer, globalwirtschaftlicher aber auch kultureller Hinsicht beobachten. Die Sektion war gleichzeitig ein deutlicher Hinweis darauf, dass die terrestrische Fokussierung der

Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren

Zunft langsam aufbricht: In den letzten Jahren gewinnt das Meer als globaler Raum, der gerade eine Renaissance als umkämpftes Terrain der Rohstoffausbeutung erlebt¹, an historischer Aufmerksamkeit.

Die Sektion begann recht außergewöhnlich mit einer Art Medley der einzelnen Referate, in denen die Referentinnen und Referenten kurz, knapp und treffend bebildert die naturalen Mitspieler und Gegebenheiten wie Plankton, Meeresboden, Makrelen, Krill und Felsen vorstellten und das Publikum auf das inhaltliche Zusammenspiel der Beiträge einstimmten. In dieser Eingangssequenz zeichnete sich schon das stringente Konzept hinsichtlich der Nutzbarmachung und Erschließung der Weltmeere ab – die Referentinnen und Referenten hatten mit einem gemeinsamen Fragenkatalog gearbeitet.

ARIANNE TANNERS (Zürich) Referat beleuchtete die Entdeckung des Planktons als epistemisches Objekt und wirtschaftliche Größe. Das Plankton als Gesamtmenge winzig kleiner Organismen wurde in den biologischen Wissenschaften des 19. Jahrhunderts zum Untersuchungsgegenstand, der über den Ursprung des Lebens, natürliche Selektion und den „Stoffwechsel der Meere“ Auskunft geben sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als angesichts einer rasch wachsenden Weltbevölkerung Fragen nach globaler Nahrungssicherheit auf die politische Agenda kamen, erschien das Plankton als „photosynthetische Wundermaschine“. Besonders amerikanische Forscher entdeckten in der ozeanischen Bioproduktion ein neues Forschungsfeld: Es wurde davon ausgegangen, dass eine bestimmte Art des Phytoplanktons, die Alge Chlorella, aufgrund ihres hohen Eiweißgehaltes eine adäquate Antwort auf den weltweit diagnostizierten Proteinmangel geben könnte. Unter der technokratischen Maßgabe, die „thermodynamische Maschine Mensch“ mit passgenauer Energie aus dem Labor versorgen zu können, wurden große Versuchsanordnungen für die Züchtung dieser Alge vorangetrieben. Allerdings hielt die techniko-optimistische Utopie der Nahrungsmittelgenieure der Realität nicht stand. Ende der

¹Vgl. beispielsweise Sarah Zierul, *Der Kampf um die Tiefsee. Wettlauf um die Rohstoffe der Erde*, Hamburg 2010.

1960er-Jahre war klar, dass die Züchtung unverhältnismäßig energieaufwändig war. Sojabohne und leistungsstarke Hybridgetreidesorte lieferten eine wesentlich kostengünstigere Alternative – und schienen zudem wesentlich besser zu den Geschmacksgewohnheiten der menschlichen Spezies zu passen als Algenmehl. In den 1970er-Jahren wurden gezüchtete Algen vor allem als Tierfutter, als Basisprodukt für die Pharmazie und vor dem Hintergrund der Ölkrise vor allem als potentieller Treibstoff projektiert – eine Diskussion, die auch in die aktuelle Diskussion über das konfliktträchtige Verhältnis von Nahrungs- zu Treibstoffproduktion eingeschrieben ist.

SVEN MESINOVIC (Florenz) beschäftigte sich mit der Territorialisierung des Meeresbodens und der damit einhergehenden rohstoffbezogenen Meeresforschung der BRD. 1964 proklamierte die Bundesrepublik Ansprüche auf die bis dato „staatenlosen“ Kontinentalschelfe vor ihrer Küste. Diese nationalen Aneignungsiniciativen gingen einher mit einem global rasch ansteigenden Interesse an einer zukünftigen Nutzung der bisher ungenutzten Meeresrohstoffe, die sich auch in den UN-Verhandlungen zur Reformierung der Seerechtskonvention widerspiegelte. Mesinovic illustrierte, wie eng maritime Wissenschaftsförderung mit nationalen Wirtschaftsinteressen in der Bundesrepublik, die sich als sogenannter Kurzküstenstaat vielen Entwicklungsländern gegenüber diskriminiert sah, Hand in Hand gingen. Am Beispiel der Einrichtung von Forschungseinrichtungen und dem sprunghaften Anstieg von Fördermitteln (wurden 1969 noch 45 Millionen DM für rohstoffbezogene Meeresforschung ausgegeben, waren es 1971 bereits 75 Millionen DM) wurde deutlich, wie sich nationale Interessen – nicht zuletzt durch den omnipräsenten Diskurs über das globale Bevölkerungswachstum – in der Meereskunde Bahn brachen. Mesinovic beleuchtete damit die Vorgeschichte der zur Zeit heiß geführten Debatte über das Abstecken von Claims zum Beispiel zur Ausbeutung von Erzen und Manganknollen auf dem internationalen Meeresboden.

Mit den Vieldeutigkeiten des Meeres als Projektionsfläche für politische Interessen und konkreter Ausbeutung setzte sich auch FRAN-

ZISKA TORMAs (München/Boston) Beitrag über das Engagement deutscher Fischereiexperten am von ihnen als besonders fischreich ausgemachten Golf von Thailand, auseinander. Hier ging es keineswegs nur um die Unterstützung beim Ausbau der Fischfangindustrie, um die die thailändische Regierung in Deutschland angefragt hatte, sondern auch um den Transfer von westlicher Wachstumsideologie in einer Zeit, in der die Grenzen eben solchen Wachstums längst ihre Schatten voraus warfen. Darüber hinaus war diese Entwicklungspolitik ein zentraler Bestandteil der westlichen Diplomatie in Zeiten des Kalten Krieges: Hunger zu stillen schien ein wichtiges Bollwerk gegen etwaige kommunistische Annäherungsversuche. Die Auswirkungen der deutschen, auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen fixierten Entwicklungspolitik zeigten sich in kurzer Zeit. Thailändische Werften bauten Trawler nach deutscher Anleitung, die traditionellen Fangtechniken für die lokalen Märkte wurden rasch auf Schleppnetzfisherei und die Binnen- auf Weltproduktion umgestellt. Das mit dieser Modernisierung einhergehende Versprechen einer endlos wachsenden Wirtschaft wurde bald konterkariert. In Thailand konnten die deutschen Fischereiexperten das Erreichen der ökologischen Grenzen „in Echtzeit erleben“ oder wie es in einer bundesdeutschen Quelle hieß: „Auch mit den besten Plänen und Netzen können wir hier keine Fische mehr fangen, es sind einfach keine mehr da.“ Während die westdeutschen Experten in der von ihnen (mit-)verursachten Überfischung schließlich den Beweis sahen, dass die „Grenzen des Wachstums“ bereits weit überschritten seien, hielt man auf thailändischer Seite an den mitgelieferten Fortschrittsideologien fest. An dem konkreten Beispiel zeigt sich, wie Fisch gleichermaßen als lebende Ressource als auch als symbolisches Kapital genutzt wurde. Beides erwies sich als endlich.

CHRISTIAN KEHRT (Hamburg) folgte den Spuren des Krill und identifizierte den eiweißhaltigen Kleinkrebs als Schlüsselobjekt, das Akteure aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft interessierte und zunehmend miteinander in Verbindung setzte. Auch der Krill weckte als potentielle Proteinquelle neue Begehrlichkeiten, zumal die Hauptkon-

sumenten – die Wale der antarktischen Welt – längst massiv dezimiert waren. Anfang der 1970er-Jahre, als sich die Verhandlungen um das Internationale Seerecht und die Debatten um die Überfischung der Meere beschleunigten, sah die bundesdeutsche Fischereiforschung eine gute Gelegenheit, ihre politische Relevanz zu beweisen. Einer der Hauptprotagonisten, der Meeresbiologe Gotthilf Hempel, war zunächst an der Entwicklung einer ressourcenschonenden Krillfischerei interessiert. In dieser heißen Phase der biologischen Kartierung der Welt war die BRD an zahlreichen auch internationalen Forschungsprojekten in der Antarktis beteiligt. Ähnlich wie in Mesinovic's Beitrag tritt die enge Verwobenheit zwischen Wissenschaft, Diplomatie und Tagespolitik deutlich hervor, wenn gezielt auf die Bedeutung von ökosystemarerer Forschung für die längerfristige Erschließung und Zugriffsmöglichkeiten auf marine Ressourcen in der Antarktis verwiesen und damit die Bereitstellung von Finanzmitteln eingefordert wurde. Denn die Beteiligung am antarktischen Vertragswerk erforderte eine permanente Präsenz am anderen Ende der Welt. Die Ende der 1970er-Jahre mit von Hempel angestoßene Gründung des Alfred Wegener Instituts und der Beitritt zum Antarktisvertrag schlossen diesen Institutionalisierungsschub der bundesdeutschen Polarforschung ab.

In ihrem Kommentar leitete SABINE HÖHLER (Stockholm) aus den Beiträgen die Neuentdeckung des Meeres als „Lebensraum“ im sogenannten „Ökologischen Zeitalter“ der 1970er-Jahre ab. Nicht nur verwoben sich zu diesem Zeitpunkt verstärkt biologische mit politischen Fragen. Das Meer rückte auch näher an den Menschen heran – unter anderem als Endabnehmer von Plankton und Krill. Der Technikoptimismus erschloss das Meer als sich selbst reproduzierende Rohstoffquelle: Eine Vision, die auch als Reaktion auf die als dramatisch erlebte Begrenzung der terrestrischen, der „irdischen“ Welt zu verstehen ist. Höhler sezierte aus den Beiträgen vier kennzeichnende Punkte – Metabolismus, Gemeinschaft, Substitution und Restlosigkeit –, die ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt kennzeichneten. Am Ende setzte Höhler sich noch einmal mit der Vision des eingangs

erwähnten Films *Soylent Green* auseinander, der die apokalyptischen Ängste der 1970er-Jahre mit zeitgenössischen technikorientierten Forschungen verband und visualisierte. Die Hollywoodproduktion hatte allerdings die dräuende Endlichkeit der Meere und die Grenzen dieses maritimen Wachstums vorweg genommen und in eine Horrorvision eingebettet.

Die Sektion bot einen dichten, spannenden und sehr unterhaltenden Aufriss einer neuen Meeresgeschichte, der die See als einen historischen Raum besonderer Art präsentiert. Dieser wurde hier nicht nur als Abbaugelände für mobile und immobile Rohstoffe oder als politischer Schauplatz im Kalten Krieg sondern auch als utopischer Ort gelesen, der eine eigene Historizität aufweist. Darüber hinaus führte die Sektion das Publikum ins Hier und Jetzt: Angesichts der prägnanten, teilweise allerdings auch sehr bizarren technischen Visionen, die in allen Texten aufschienen, lag die Parallelität zu heutigen Angstreflexen und technischen Bewältigungsstrategien aktueller „Krisen“ sehr nah. Die Beiträge zollten nicht nur den Meeresbewohnern Tribut, sondern bewiesen auch, wie reichhaltig und zielführend konkrete Fallbeispiele sind, wenn es darum geht, die Abstraktheit globaler Prozesse fassbar zu machen und ihre Bedeutung vor Ort zu verstehen. Man kann sich nur wünschen, dass die Beiträge gemeinsam publiziert werden, um das neue bewegte Bild des Meeres zugänglich zu machen.

Sektionsübersicht:

Christof Mauch (München): Moderation

Ariane Tanner (Zürich): Nahrung für Milliarden Menschen, aber von Auge nicht zu sehen: Plankton als epistemisches Objekt und ökonomischer Faktor

Sven Mesinovic (Florenz): Meeresbodenschätze: globale Güter und territoriale Ansprüche in der BRD 1960-1970

Franziska Torma (München): Lebende Ressourcen und symbolisches Kapital: Westdeutsche Fischereiexperten am Golf von Thailand (1959-

1974)

Christian Kehrt (Hamburg): „Dem Krill auf der Spur“. Ressourcenfragen als Leitmotiv für die Institutionalisierung der deutschen Polarforschung in den 1970er Jahren

Sabine Höhler (Stockholm): Kommentar

Tagungsbericht *Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 13.11.2012.

Macht und Gegenmacht im Konfliktraum der Volksrepublik Polen: Kulturelle Ressourcen für Formen des politischen Widerstands

Leitung: Bianka Pietrow-Ennker (Konstanz)

Bericht von: Heidi Hein-Kircher, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg

Ende der 1980er-Jahre war Polen der erste volkssozialistische Staat, dem es gelang, das sozialistische System durch Strukturwandel abzuschütteln. Weil dieses System durch die Sowjetunion gestützt wurde, konnten sich verschiedene hegemoniale Herrschaftspraktiken gegenüber der Bevölkerung – bis hin zur Gewaltausübung während des Kriegsrechts – entwickeln. Es gelang dem Regime aber nicht, die seit den 1970er-Jahren immer stärker werdende Oppositionsbewegung einzudämmen. Die mit deren Formierung zusammenhängende Ereignisgeschichte ist gut erforscht, während das Traditionsbewusstsein und der Nationalismus der Polen lediglich als bloße Voraussetzung und nicht als diskursiv gestaltete Ressource gesehen werden. Sie werden daher nicht weiter hinterfragt. Es gab jedoch spezielle Diskursräume, die bestimmte kulturelle Grundlagen nutzten, aber auch in spezifischer Form weiterentwickelten. So ist es ein Desiderat, die kulturellen

Macht und Gegenmacht im Konfliktraum der Volksrepublik Polen: Kulturelle Ressourcen für Formen des politischen Widerstands

Grundlagen der Oppositionsbewegungen unter einer zusammenfassenden Perspektive zu bewerten, die eben die diskursive Konstruktion und Nutzung dieser Ressourcen hinterfragt.

Bei diesem Befund setzte das Konzept der von BIANKA PIETROW-ENNKER (Konstanz) geleiteten Sektion an, in der die kulturellen Ressourcen der Opposition hinterfragt und benannt werden sollten. Schließlich sei im Konfliktraum Polen die Produktion von Kultur diskutiert worden. Sie habe die Formierung von Opposition überhaupt erst ermöglicht, wobei aber dieser Zusammenhang bislang nicht ausreichend beforscht worden sei.

Bianka Pietrow-Ennker verdeutlichte in ihrer Einführung das Anliegen der Sektion, demzufolge die Beschäftigung mit Polen auf Grund der Verflechtung mit der deutschen Geschichte eine Grundvoraussetzung für das Verständnis von Deutschland und Europa sei. Wie in einem Prisma könne man Faktoren erkennen, die die europäische Geschichte beeinflusst hätten. Hierbei stelle Kultur eine bedeutsame Ressource dar, deren Nutzung eine dynamische Entwicklung bewirkt habe.

Ziel der Sektion war es also das herauszuarbeiten, was in den zeitgenössischen Diskursen als kulturelle Ressource aufgefasst wurde, und zugleich die entsprechenden Gegenstrategien des Regimes aufzuzeigen. Der diskursive Prozess, so die Grundannahme und Leitfrage der Sektion, ließe verschiedene Formen von „Eigen-Sinn“, „widerständiger Abgrenzung“ und damit zusammenhängend Konstruktionen von Gegenstrategien und oppositionellen Praktiken erkennen. Es ging der Sektion also darum, neue Erkenntnisse darüber zu liefern, welcher Art die kulturellen Ressourcen waren, welche Symbolvorräte für die Bildung kollektiver Identität durch kulturelle Ressourcen entstanden, welche Gruppen Zugang dazu fanden und welche subversiven Praktiken sich in regionalen, nationalen sowie transnationalen Räumen daraus ergaben.

Eine solche subversive Praktik stellte der Jazz dar, der nirgends in Europa eine derartige Breitenwirkung erzielte wie in Polen. Daher

stellte GERTRUD PICKHAN (Berlin) den Polski Jazz als eine solche kulturelle Ressource vor, indem sie wesentliche Ergebnisse eines von ihr geleiteten Forschungsprojektes, das über mehrere Jahre von der VW-Stiftung gefördert wurde, zusammenfasste. Ausgehend von der Feststellung, dass Jazz als Musik der Freiheit und des American Way of Life eine Art mythische Verklärung erfahren habe, stellte sie zunächst die Entwicklung des Jazz und der Jazz-Szene in Polen dar, die in der Entstehung einer eigenen polnischen Jazz-Schule gemündet sei.

Nach 1945 sei er zum Symbol der Demokratie, der Moderne und der westlichen Werte geworden und seine Bedeutung sei in dem Maße gestiegen, wie die Freiheit eingeschränkt wurde – insofern habe der Jazz sich in Polen einer Beliebtheit und Vitalität erfreut wie in kaum einem anderen europäischen Land. Als kulturelle Alternative zu dem offiziell propagierten sozialistischen Kulturmodell sei der Polski Jazz zum wichtigsten kulturellen Exportschlager neben den Plakaten und dem polnischen Film avanciert. Diese Bedeutung als kulturelle Alternative habe aber „naturgemäß“ das Regime gestört.

Gertrud Pickhan zeigte die im Jazz bzw. in der Jazz-Szene inhärente Ambivalenz auf: Problematisch sei ein staatliches Eingreifen insofern gewesen, als der Jazz eben nicht nur als amerikanische Musik, sondern auch als die Musik des unterdrückten schwarzen Proletariats wahrgenommen wurde. Zugleich habe aber die körperbetonte Lebensfreude des Jazz, die häufig als „pornografisch“ verbrämt wurde, das Regime provoziert, während die mit dem Jazz verbundene religiös-spirituelle Dimension wiederum auf fruchtbaren Boden in der vom Katholizismus geprägten polnischen Gesellschaft gefallen sei. Sie betonte aber auch, dass der Polski Jazz keine Formen offenen Widerstands propagiert, sondern scheinbar apolitisch agiert habe. Die Jazzszene sei insgesamt nur schwer zu kontrollieren und Keimzelle einer Alternativkultur gewesen. Insofern habe der Jazz in den 1950er- und 1960er-Jahren, in denen er sich allmählich institutionalisiert habe, einen „eigen-sinnigen“ Charakter angenommen. Die genuin amerikanische Musik habe in Ostmitteleuropa insgesamt und insbesondere in

Macht und Gegenmacht im Konfliktraum der Volksrepublik Polen: Kulturelle Ressourcen für Formen des politischen Widerstands

Polen als Ausdruck der Freiheit zugenommen und als Möglichkeit für alternative Lebensentwürfe gegolten. Insofern hätten es auch Repressionen nicht verhindern können, dass sich der Polski Jazz als kulturelle Alternative entwickelt habe.

Kulturelle Gegenstrategien entstanden aber auch im polnischen Untergrund. ROBERT BRIER (Warszawa) diskutierte die nationalen und transnationalen Untergrunddiskurse und stellte damit die gängige Interpretation der polnischen Zeitgeschichte in Frage, die die Solidarność einerseits mit Blick auf die Ereignisse des Jahres 1989 und andererseits als eine auf die Romantik hin reduzierte polnische Nationalgeschichte sieht. Um Kultur als Ressource für die politische Opposition untersuchen zu können, definierte Robert Brier zunächst den Ressourcen-Begriff als Mittel, um eine Handlung zu tätigen oder ein Ziel zu erreichen, wies auf die Abhängigkeit vom Kontext hin und verdeutlichte, dass (knappe) Ressourcen stets im Zentrum von Konflikten stehen. In den 1970er-Jahren sei der öffentliche Raum durch den sozialistischen Erfolgskurs der Industrialisierung dominiert worden, doch sei in ihrer zweiten Hälfte zunehmend deutlich geworden, dass dieser Diskurs im Widerspruch zur Wirklichkeit stand. Dagegen seien religiöse Handlungsweisen eine Erfahrung von Authentizität gewesen, was zu einer Graswurzelbewegung, die sich für den Bau von Kirchen einsetzte, geführt habe.

Diese Form der Selbstorganisation habe dem kulturellen Erbe einen festen Rahmen verliehen und zu einer wechselseitigen Verstärkung geführt. Mit dem Menschenrechtsdiskurs sei aber ein transnationaler Aspekt hinzu gekommen: Die Menschenrechte seien durch die Kirche als Wert übernommen worden, sie hätten die Legitimität des Systems in Frage gestellt. Dies habe wiederum zu einer symbolischen Koalition mit Menschenrechtsbewegungen in anderen Staaten geführt. In einem weiteren Schritt zeigte Brier dann auf, dass Kultur fortan nicht als eine gegebene Größe angesehen worden sei und sich daher zu einer umkämpften Ressource entwickelt habe: Die Kultur sei innerhalb der Oppositionsbewegung ebenso umkämpft gewesen wie die National-

kultur zwischen Regierung und Opposition. Schließlich sei mit den Menschenrechten eine weitere umkämpfte Ressource hinzugekommen.

Der wichtigste Gegenspieler der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) war die katholische Kirche, auch wenn sie keine politische Macht angestrebt habe. KLAUS ZIEMER (Warszawa/Trier) diskutierte daher ihre Rolle bei der Entwicklung oppositionellen Denkens. Die katholische Kirche habe sich dem sozialistischen Gesellschaftsentwurf entgegenstellt und alternativ die traditionellen Werte der Nation propagiert. Diese Entwicklung zeichnete Ziemer in dem ersten Teil seines Vortrags nach und kam zu dem Schluss, dass sich der Primas als der eigentliche Repräsentant der Nation betrachtete, aber lediglich Maßstäbe für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens aufgezeigt habe. Die katholische Kirche habe das staatliche Informationsmonopol leichter als andere gesellschaftliche Gruppen durchbrechen können. Immer wieder, beispielsweise durch die Gründung der Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK) 1956 oder auch durch den Versöhnungsbrief an die deutschen Bischöfe 1965 habe sie alternative Denkmodelle zur parteioffiziellen Interpretation der zeitgenössischen Kultur geliefert, die einen Monopolanspruch vertrat. Mit der Etablierung der politischen Oppositionsbewegung habe die katholische Kirche eine neue Funktion erhalten. So habe sie einerseits in Teilbereichen einer Kooperation mit dem Staat zugestimmt, um bestimmte Ziele zu erreichen, andererseits hätten zahlreiche Priester die Solidarność unterstützt. Etwa durch Wallfahrten und ein landesweites Netz von katechetischen Punkten habe sie die Gesellschaft mobilisieren können, wodurch sie spirituelle Ressourcen zur Verfügung gestellt habe, in denen sich religiöse und nationale Elemente verbunden hätten. Schließlich hätten die „Pilgerreisen“ Johannes Pauls II. für die Kirche integrierend und das Selbstbewusstsein stärkend gewirkt. Das so gefestigte Ansehen, das 1989 seinen Höhepunkt erreicht habe, habe es der Kirche ermöglicht, während der Verhandlungen zum Runden Tisch eine Schlüssel- und Vermittlerrolle einzunehmen.

DIETER BINGEN (Darmstadt) betonte in seinem die Sektion zusammenfassenden Kommentar, dass angesichts des totalitären Anspruchs jeder Ausdruck von kultureller, religiöser oder gesellschaftlicher Ausstrahlung immer politisch sei, so wie etwa die Musikästhetik die Parteiwerte durchbrochen habe. Insofern habe es insgesamt eine Ambivalenz des Widerständischen gegeben, die etwa auch am Selbstverständnis der Kirche deutlich geworden sei. So habe die katholische Kirche mit dem Anspruch spiritueller Macht gegenüber dem Regime agiert, aber die nationale Rolle der Institution Kirche habe eine größere Bedeutung gehabt und es sei der Kirche nicht gelungen, wirklich mit diesen Ressourcen zu arbeiten. Die Kirche als zeitweise systemstabilisierende Kraft habe aber letztlich die Niederlage des Systems herausgezögert. Ihre Transnationalität sei für die PZPR die größte Herausforderung gewesen, jedoch habe die Kirche ihr transnationales Potential bis 1989 nicht genutzt. Zugleich habe es eine das System bedrohende Wiederherstellung von Werten, Codes und Mentalitäten durch die Oppositionsbewegung gegeben. Jede der diskutierten kulturellen Praktiken hätte daher auch die Rolle eines Ventils verschiedener gesellschaftlicher Gruppen übernommen.

Die sich anschließende Diskussion kreiste zunächst vor allem um die Bedeutung der katholischen Kirche im heutigen Polen und ihre ambivalente Haltung während der Volksrepublik Polen. Eher cursorisch wurde der Blick auf die Leitfragen und das Oberthema der Sektion gelegt. Eine notwendige Erweiterung der Vorträge bzw. der Diskussion hätte sicherlich der entfallene Vortrag von KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ (Wrocław) gebracht, in dem oppositionelle Ausprägungen der Erinnerungskultur diskutiert werden sollten.

Erst abschließend wurde der Ressourcen-Begriff, dem die Sektion zugrunde lag, durch die diskutierenden Zuhörer in Frage gestellt. Hierbei wurde insbesondere der Mehrwert des Begriffs der kulturellen Ressourcen kritisch erörtert. Bianka Pietrow-Ennker als Sektionsleiterin und die Beitragenden verdeutlichten in ihren Wortbeiträgen, dass in bestimmten Konstellationen Kultur zur Ressource geworden sei.

Heidi Hein-Kircher

Aktiv sei sie etwa für die Wandlung der Kirche genutzt worden.

Bianka Pietrow-Ennker betonte hierbei mit Blick auf Pierre Bourdieu die Bedeutung von immateriellen Ressourcen, demzufolge kulturelles Kapital diskursiv gestaltet werden könne. So seien Werte und insbesondere das Verständnis von Freiheit, Nation und Unabhängigkeit durch die kulturellen Ressourcen in Polen in gewisser Weise modernisiert worden. Insofern sei der Ressourcen-Begriff für die weitere Beforschung der kulturellen Grundlagen der Oppositionsbewegung in Polen inspirierend.

Zusammenfassend stellten die Vorträge dieser Sektion für einschlägig arbeitende Historiker/innen kaum neue (faktische) Ergebnisse dar, sondern fokussierten bisherige Forschungsschwerpunkte der Vortragenden unter der neuen Perspektive der „kulturellen Ressourcen“. Hierzu wurden die mit den „kulturellen Ressourcen“ verbundenen Implikationen als Leitfragen angewendet, was leider durch die anschließenden Diskussionen wieder aus dem Fokus der Aufmerksamkeit geriet.

Deutlich wurde der Berichtstellerin durch die Vorträge und Diskussionen abschließend, dass der Begriff „Ressource“ notwendigerweise weiter geschärft und definiert werden muss, um ihn auch außerhalb wirtschaftlicher Zusammenhänge und vor allem in Verbindung mit kulturellen Grundlagen wirklich produktiv für die kulturwissenschaftliche Forschung nutzbar machen zu können – der Bezug allein auf Pierre Bourdieu genügt hierfür sicherlich nicht. Diese Perspektive kann aber zu pointierteren Bewertungen der Bedeutung oppositioneller Kultur führen, wenn diese Schärfung erfolgt ist.

Zu hoffen bleibt daher, dass diese Sektion einen Einstieg hierzu bietet. Zu hoffen bleibt auch, dass die Vorträge und anschließenden Diskussionen der Sektion zu weiteren Arbeiten anregen, die verdeutlichen, wie sehr politischer Widerstand durch kulturelle Grundlagen angeregt werden kann und auf diese zurückwirkt – und dies in einem vergleichenden Rahmen, um die Besonderheiten im polnischen Fall

und die Gemeinsamkeiten mit anderen Oppositionsbewegungen herauszuarbeiten zu können.

Sektionsprogramm:

Bianka Pietrow-Ennker (Konstanz): Einführung

Gertrud Pickhan (Berlin): „Body and Soul“. Eigensinn im Polski Jazz

Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław): Widerständige Abgrenzung – Räume der Gegenerinnerung (entfallen)

Robert Brier (Warszawa): Kultur als Ressource von Oppositionspolitik. Nationale und transnationale Bezüge des Untergrunddiskurses der 1980er Jahre

Klaus Ziemer (Warszawa/Trier): Die Katholische Kirche als Gegenmacht zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Dieter Bingen (Darmstadt): Diskutant/Kommentar

Tagungsbericht *Macht und Gegenmacht im Konfliktraum der Volksrepublik Polen: Kulturelle Ressourcen für Formen des politischen Widerstands*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2012.

Medialer Geschichtsunterricht: Innovation statt Beliebigkeit – Öffentlich-rechtliche Medien und Geschichte

Leitung: Christian Jung (Neckargemünd) / Niko Lamprecht (Wiesbaden)

Bericht von: Christian Jung, Verband der Geschichtslehrer Deutschlands

Über 30 Millionen Mal wurde bisher das Online-Portal „Die Deutschen“ im Internet unter <http://www.diedeutschen.zdf.de> angeklickt.

Christian Jung

Rund 150.000 Mal wurden nach Angaben des ZDF zudem die begleitenden Handreichungen des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD) für Lehrer heruntergeladen. In der sehr gut besuchten Sektion „Medialer Geschichtsunterricht: Innovation statt Beliebigkeit – Öffentlich-rechtliche Medien und Geschichte“ stellte der VGD auch deshalb beim Historikertag in Mainz Ende September 2012 seine Kooperationsprojekte „Die Deutschen“ und „Gedächtnis der Nation“ (ZDF) sowie „Eure Geschichte“ (MDR) vor. Dabei wurden diese auf ihre didaktische Wirksamkeit durchleuchtet. Bei der Veranstaltung konnten viele jüngere Geschichtslehrer, Dozenten und Studierende begrüßt werden, die insbesondere in der anschließenden Diskussion zeigten, dass im Internet- und Youtube-Zeitalter multimediale Angebote für einen aktuellen und einen die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler erreichenden Unterricht unverzichtbar sind.

Sektionsleiter und VGD-Bundesvorstandsmitglied NIKO LAMPRECHT (Wiesbaden) sagte in seiner Einführung, an „den Neuen Medien kommt kein Unterricht mehr vorbei – dies gilt in jedem Fall, wenn man die Mediennutzung von Schülern beziehungsweise deren Lebenswirklichkeit ernst nimmt.“ Laut einer Studie des IZI-Medienforschungsinstituts aus München hatten nach Darstellung Lamprechts im Jahr 2000 bei der berühmten „Inselfrage“ („Was würden Sie als Gestrandeter auf einer Insel vermissen?“) nur etwa 20 Prozent der Jugendlichen einen nicht mitgenommenen oder fehlenden Computer bedauert.

2010 lag dieser Wert schon bei 70 Prozent. Die tägliche Online-nutzung von Jugendlichen erreiche mittlerweile einen Wert um 140 Minuten – 2006 waren es „nur“ 99 Minuten gewesen. So seien die Computer durch die Verschmelzung der Medien mit dem Internet dem Fernsehen dicht auf den Fersen beziehungsweise auf der Überholspur, was nicht nur wegen der Aufmerksamkeitsspanne neue Unterrichtsformen mit durchdachten multi-medialen Inhalten auch für den Geschichtsunterricht erforderlich mache.

Auch wenn das Buch und ebenso der sonstige Umgang mit den ge-

Medialer Geschichtsunterricht: Innovation statt Beliebigkeit – Öffentlich-rechtliche Medien und Geschichte

wohnten Quellen des Historikers seinen Platz im Unterricht behalten – auch durch stetige Übung im Unterricht – „behalten müsse“, biete der VGD Projekte an, welche die Neuen Medien und speziell das Internet mit sinnvollen und pädagogisch nutzbaren Inhalten füllen wollen. Inhaltlich ging es in der Folge um ein Internetportal zur DDR-Geschichte („Eure Geschichte“, MDR) und ein großes Zeitzeugenprojekt zur jüngeren deutschen Geschichte („Gedächtnis der Nation“, ZDF) sowie die Geschichtsserie „Die Deutschen“ (ZDF).

STEFAN BRAUBURGER (Mainz), stellvertretender Leiter der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, stellte in seinem Vortrag heraus, dass mit der Kooperation seines Senders mit dem Geschichtslehrerverband Brücken zwischen dem Bild-Medium Fernsehen und der Bildung an den Schulen geschlagen werden solle. Wie beim Onlineportal „Die Deutschen“ gebe es bewusst weitere Möglichkeiten für Bildungszwecke. „Es sind interaktive Module, die Wissenschaft, Medium und Didaktik verbinden sollen und Möglichkeiten aufzeigen für künftige Formen der Wissensvermittlung“, sagte Brauburger. Anders als die Wissenschaft oder das Fernsehen, erreiche die Schule nahezu alle Jugendlichen, was einen Ausbau der Zusammenarbeit nahelege.

Für Brauburger steht die Vermittlung von Geschichte in Medien und Unterricht im digitalen Zeitalter vor neuen Herausforderungen. „Die Erwartungshaltung gerade junger Menschen ist geprägt von der extensiven Nutzung audiovisueller Medien. (...) So zeigt sich etwa bei der Akzeptanz historischer Fernsehsendungen, dass gerade jüngere Zuschauer durch die Filme nicht nur gut informiert werden möchten. Sie wünschen sich auch eine anschauliche Darstellung, hervorragende Bilder, eine gute Erzählung, aufwendige Computergrafiken, Spielszenen - und Elemente von Spannung und Unterhaltung. Längst sind die aufwendigen Historienfilme im Kino der Maßstab“, betonte der ZDF-Historiker. Dadurch ergebe sich unter anderem die Chance, Inhalte interessant darzustellen. So habe man früher gerne einen Bogen um die Revolution von 1848 geschlagen, welche aber durchaus darstellbar sei.

Anschließend zeigte er mit Ausschnitten aus der dreiteiligen ZDF-Reihe „Die Machtergreifung“ (2008), dem Film „Die Odyssee der Kinder“ (2008) und den beiden Staffeln von „Die Deutschen“ sowie dem dazugehörigen dreidimensionalen Onlinemodul, wie verschiedene ZDF-Geschichtsproduktionen zielgerichtet im Unterricht eingesetzt werden können. Auch beim Projekt „Der Heilige Krieg“ (2011), einer Reihe über die Geschichte von Christen und Muslimen, habe man ein umfangreiches Begleitportal geschaffen, das ebenfalls rege benutzt werde. Mit dem groß angelegten Zeitzeugenprojekt „Unsere Geschichte. Das Gedächtnis der Nation“ verstärke das ZDF neben der Programmarbeit bewusst den Kontakt zu den Schulen.

Zu vielen Themen des 20. Jahrhunderts werden seit 2011 im mobilen Studio Interviews für eine große Online-Zeitzeugendatenbank geführt, in welche auch das Zeitzeugenarchiv des ZDF überführt werden soll. Schwerpunktthemen der Interviews waren im Sommer 2012 die deutsch-deutschen Erfahrungen entlang der innerdeutschen Grenze und Berichte von Mitbürgern ausländischer Herkunft zu Fragen von Migration und Integration.

RALPH ERBAR (Mainz), seit dem Historikertag 2012 neuer stellvertretender Bundesvorsitzender des VGD, untersuchte als nächster Referent die didaktischen Aspekte zu den ZDF-Projekten. Die seit 2008 bestehende Zusammenarbeit habe dazu geführt, dass mittlerweile rund 40 Einzelproduktionen und Reihen von Mitgliedern des VGD gesichtet, mit didaktisch-methodischen Erläuterungen versehen und durch Arbeitsblätter für den Unterricht aufbereitet wurden. Weitere Projekte seien bereits angedacht. „Es soll nicht verschwiegen werden, dass diese Kooperation neben viel Zustimmung auch auf kritische Stimmen innerhalb und außerhalb des Verbandes stieß, die gehört wurden. Ohne Zweifel besteht ein gewisses Spannungsverhältnis, aber keineswegs ein Widerspruch zwischen der Darstellung historischer Ereignisse und Persönlichkeiten in den Medien, hier beschränkt auf das ZDF, und den Aufgaben des Geschichtsunterrichts“, sagte Erbar.

Trotz der unterschiedlichen Meinungen zu den auf Reduktion von

Inhalten angelegten Fernsehproduktionen stehe eines jedoch deutlich fest: „Schülerinnen und Schüler nehmen solche Darstellungen zur Kenntnis und tragen Emotionen, Halbwissen und Fragen bei passender Gelegenheit in die Klassenräume hinein. Lehrerinnen und Lehrer stehen dann vor der Alternative, diese entweder zu ignorieren oder eben für den Unterricht fruchtbar zu machen“, sagte Erbar. Gerade der für „Die Deutschen“ gewählte Zugriff der Personalisierung mache es jüngeren Schülern leichter, einen Einstieg in die oft verworrenen Stränge der Vergangenheit zu finden, ohne dass dies deshalb einen Rückfall in Zeiten darstellen solle, in denen „nur große Männer große Geschichte“ machten.

Für Erbar sind die Wirkungen auf junge Menschen durch eindrucksvolle Bilder von Napoléon oder Robert Blum eine große didaktische Chance, „ein Sprungbrett für den Unterricht“. Denn oftmals würden die Schüler im Unterricht mit kleinen und kleinsten Quellen splintern konfrontiert, die völlig aus dem historischen Zusammenhang gerissen seien. „Dann kostet es einiges an Zeit und Mühen, die Quellen wieder in den Kontext einzubetten um sie überhaupt verstehbar zu machen. Auch hier können Filmsequenzen nützlich sein, indem sie Schülerinnen und Schülern helfen, ein ‚Bild zu bekommen‘“, sagte Ralph Erbar weiter.

Durch die medienkritische Analyse von Filmsequenzen könnte die ZDF-Serie auf unterschiedliche Weise genutzt werden, um die Medienkompetenz zu schärfen, das Methodenrepertoire zu erweitern und die zugrundeliegende Intentionalität des Gesehenen zu hinterfragen. Beim Langzeitprojekt „Gedächtnis der Nation“ sei der Geschichtslehrerverband ebenfalls mit von der Partie. Die Verbandsarbeitsgruppe „Rundfunk und Fernsehen“ liefere für das Zeitzeugenportal zusätzliche Materialien wie Kontextualisierungen der Interviews und stelle lehrplanbezogene Arbeitsaufträge für die Sekundarstufen I und II zur Verfügung.

Als Beispiel nannte er in der Folge die kritische Betrachtung von Zeitzeugeninterviews des ZDF, die auf dem „Gedächtnis der Nation“

Christian Jung

nun in voller Länge abrufbereit seien und dadurch auch besser in Wissenschaft und besonders im Unterricht „ohne Clip-Charakter“ aufbereitet und auf ihren subjektiven Charakter hinterfragt werden könnten. Ebenso gelte es in Zukunft, im Unterricht gezeigte Filme auf ihre Bedeutung als künstliches und künstlerisches Produkt zu analysieren und ebenso zu enttarnen. Abschließend war es für Erbar von enormer Bedeutung, dass Fernsehdokumentationen und Geschichtsunterricht nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. Es gelte vielmehr, die jeweiligen Stärken des Mediums und des Unterrichts zu erkennen und miteinander in Verbindung zu bringen.

ULRICH BROCHHAGEN (Leipzig) und Niko Lamprecht stellten im zweiten Teil der Sektion das neue Lernportal zur DDR-Geschichte „Eure Geschichte“ vor. Dieses entstand in Kooperation von VGD und MDR und mit großzügiger Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur (Bundesstiftung Aufarbeitung). „Das Portal hat den Anspruch, die wichtigste Internetquelle zur DDR-Geschichte und der Geschichte des Ostens im vereinten Deutschland zu werden“, sagte Brochhagen. Deshalb seien die dargebotenen Materialien von Pädagogen und Medienmachern gemeinsam erstellt und für den Unterricht und andere Bildungszwecke zugänglich. „Das entstandene Portal nutzt einerseits die medialen Möglichkeiten im Internet. Die nach Themenfeldern geordneten Bausteine bieten ein vernetztes und komplettes Angebot, welches direkt und flexibel im Unterricht einsetzbar ist – von motivierenden Anregungen für Hausaufgabe oder Projektarbeit bis zum ‚gediegenen‘ historischen Kontext“, fügte Niko Lamprecht hinzu. Danach stellten die beiden Referenten ausführlich das Portal vor und zeigten Möglichkeiten der Unterrichtsgestaltung mit exemplarischen Videoaufnahmen von einer Rede Erich Honeckers auf den Weltjugendtagen 1973 (kombiniert mit einer Sequenz Walter Ulbrichts) bis zu einem Kirchentagsbericht vor.

Brochhagen und Lamprecht reflektierten gemeinsam das entstandene Angebot: „Den audiovisuellen Medien wird sehr häufig der allzu laxer Umgang mit Zeitzeugen vorgeworfen: Diese gaukelten eine histo-

Medialer Geschichtsunterricht: Innovation statt Beliebigkeit – Öffentlich-rechtliche Medien und Geschichte

rische Wahrheit vor, die in Wirklichkeit nicht mehr als subjektives Erleben sei“, sagte Ulrich Brochhagen. Die Erzählungen von Protagonisten in einer entsprechenden Einordnung seien trotzdem ein ideales Mittel, um im miteinander immer mehr verschmolzenen TV und Internet Geschichte zu vermitteln. „Wir bemühen uns somit um Attraktivität, um Flexibilität, um unterschiedliche Nutzungs- und Anspruchsebenen – vom traditionellen Einsatz (Website als Ergänzung im normalen Unterricht) bis zum Stationen-Lernen oder Rechercheaufträgen/-projekten“, sagte Niko Lamprecht.

Der Kommentar von VADIM OSWALT (Gießen) umriss das Bezugsfeld der Medienprojekte anhand von drei Ansatzpunkten und ihrer Schnittflächen: Erstens der Geschichtskultur, zweitens der historischen Bildung in der Schule und drittens der jugendlichen Lebenswelt. So bestimme etwa die Zielvorstellung, die historisches Lernen im Hinblick auf geschichtskulturelle Kompetenz bei Schülern verfolge, die Frage, welche Aspekte in der Begegnung von schulischem Geschichtslernen und Geschichtskultur im Zentrum stünden. Ein partizipatives Konzept, das Schüler kompetent machen wolle für den Umgang mit Geschichtskultur, mache eine Berücksichtigung geschichtskultureller Manifestationen zwingend notwendig. Dies führe zu einer Begegnung unterschiedlicher Welten mit ihren jeweils eigenen Logiken im Umgang mit Geschichte: Die strukturgeschichtliche Ausrichtung schulischen Lernens stoße auf die personalisierende Geschichtsdarstellung der Dokudramen, analytische Distanzierung und Alteritätserfahrung auf eine möglichst „nahe“ Vergangenheit, die durch Emotionalisierung, Identifikation und Authentizitätsfiktionen gekennzeichnet sei.

Gerade diese unterschiedlichen Logiken müssen nach Meinung von Oswald im Lernprozess reflektiert werden, um das Dokudrama als sehr spezifische Form geschichtskultureller Konstruktion zu verstehen und zum Beispiel den Luther des Dokudramas wieder in einen möglichen Luther zurück zu verwandeln. Ähnliche Fragen warf der Kommentar im Hinblick auf die Nutzung von Web 2.0-Formaten auf, die im umfassenden Prozess der Medialisierung integraler Teil der

Christian Jung

Lebenswelt der Schüler seien. Deshalb müssten für das historische Lernen Kompetenzen entwickelt werden, die den fachorientierten Gebrauch solcher Kommunikations- und Präsentationsformen vom Freizeiteinsatz qualitativ unterscheidbar machten. So stelle beispielsweise das Hochladen eines privaten Bildes einer Party in Facebook oder eines historischen Bildes als Quelle in einer Webpräsentation technisch den identischen Vorgang dar; jedoch lägen inhaltlich zwischen beiden Vorgängen Welten, die Schülern erst bewusst werden müssten.

Insgesamt sei die Schere zwischen fachspezifischen Anliegen und Darstellungsformen im Internet noch recht groß – etwa bei der Frage, was eine 140 Zeichen Nachricht bei Twitter gewinnbringend vermitteln könne. Völlig neue Erzählweisen zeigten Formen des vor allem in den USA praktizierten „Digital Storytelling“. Der Umbau der Erinnerungskultur schaffe zudem neue virtuelle Erinnerungsräume im Internet, an denen sich Schüler unmittelbar beteiligen könnten. Im Sinne der Begegnung historischen Lernens und geschichtskultureller Institutionen seien die Kooperationen zwischen Sendeanstalten und Geschichtslehrerverband zu begrüßen und die Portale und Angebote durch Evaluation im Sinne einer Modernisierung historischer Lernangebote weiterzuentwickeln.

Die Sektion führte im letzten Teil zu Fragen aus dem Plenum, die neben einzelnen thematisch orientierten Rückmeldungen ebenso die Frage nach der medialen „Verzerrung“ oder „Überzeichnung“ von Geschichte aufwarfen. Andere Beiträge dokumentierten ein hohes Verständnis für die Nutzung der Neuen Medien im Geschichtsunterricht, die aber noch nicht richtig an den Schulen angekommen seien oder zweifelhaft verwendet würden.

Der Geschichtsunterricht sollte sich infolgedessen weiterhin intensiv dem Thema der Mediendidaktik widmen – mit gewiss nötiger kritischer Reflexion und Filterung im Bereich der elektronischen Medien, welche aber nach Meinung der Sektionsleiter nicht zu einer medialen Abstinenz in diesem Bereich führen dürfen. Wer in Sichtweite der Jugend bleiben will, muss im Bereich der Online- und TV-Medien aktiv

mitarbeiten und sinnvolle Angebote bieten – sonst verliert er selbst die Zukunft.

Sektionsübersicht:

Niko Lamprecht (Wiesbaden): Einführung in die Sektion

Christian Jung (Neckargemünd): Geschichtsunterricht über die VGD-Website

Stefan Brauburger (Mainz): Geschichte im ZDF – Chancen für die Bildung

Ralph Erbar (Mainz): Didaktische Aspekte zu den ZDF-Projekten (Zeitzeugen-Projekt, Die Deutschen I und II, weitere Filmprojekte)

Ulrich Brochhagen (Leipzig) / Niko Lamprecht (Wiesbaden): DDR-Geschichte und die trimediale Zukunft (Mitteldeutscher Rundfunk & Geschichtslehrerverband): „Eure Geschichte“ als Unterrichtsangebot mit Zeitzeugen-Videochats

Vadim Oswald (Gießen): Kommentar: Neue Medienprodukte und Geschichtsunterricht aus geschichtsdidaktischer Perspektive

Diskussion

Tagungsbericht *Medialer Geschichtsunterricht: Innovation statt Beliebigkeit – Öffentlich-rechtliche Medien und Geschichte*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 19.12.2012.

Nachhaltigkeit im Energieverbrauch des Mittelalters und der frühen Neuzeit? Interdisziplinäre Zugänge zu einem aktuellen Thema

Leitung: Oliver Auge (Kiel)

Bericht von: Martin Göllnitz, Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Als Schlagwort ist „Nachhaltigkeit“ (sustainable development) in den heutigen Medien, in der Politik sowie der Wirtschaft allgegenwärtig. Motiviert durch die aktuelle Energiedebatte befasste sich die von Oliver Auge organisierte Sektion über „Nachhaltigkeit im Energieverbrauch“ mit Fragen zur Umwelt- und Ressourcengeschichte im Mittelalter und der frühen Neuzeit. Damit sollte eine durchaus kontroverse Diskussion über die Möglichkeiten und Chancen der historischen Analyse mittels des Begriffs der Nachhaltigkeit angestoßen werden.

In seiner Einleitung skizzierte OLIVER AUGE (Kiel) den diffizilen Charakter des Modewortes „Nachhaltigkeit“, das Eingang in alle Bereiche des öffentlichen Lebens gefunden habe.¹ Seine inflationäre Verwendung erschwere die analytische Funktion des Begriffs. Nachhaltigkeit könne demzufolge auf die ganze Wirtschaft oder auf einen einzelnen Sektor angewendet werden. Für Joachim Radkau stelle er sogar ein in der Zeit enormen Holzbedarfs für Flottenbau und Eisenverhüttung geformter „Begriff der Macht“ dar.² Dabei betonte Auge, dass zwar die von den Vereinten Nationen eingesetzte Weltkommission für Umwelt und Entwicklung unter Vorsitz der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland dem Begriff des „sustainable development“ zum Durchbruch verholfen habe, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ jedoch keine Neuschöpfung aus der englischen Begrifflichkeit sei. Und schon bevor der Nachhaltigkeitsbegriff in Hans Carl von Carlowitz' forstwirtschaftlichem Werk „*Sylvicultura oeconomica*“ aus dem Jahr 1713 Verwendung fand³, sei der Gedanke

¹Karin Wullenweber, Wortfang. Was die Sprache über Nachhaltigkeit verrät, in: *Politische Ökologie* 63/64 (2000), S. 23f.

²Joachim Radkau, 'Nachhaltigkeit' als Wort der Macht. Reflexionen zum methodischen Wert eines umweltpolitischen Schlüsselbegriffs, in: Francois Duceppe-Lamarre / Jens Ivo Engels (Hrsg.), *Umwelt und Herrschaft in der Geschichte: Environnement et pouvoir: une approche historique*. München 2008, S. 131-136.

³Hannß Carl von Carlowitz, *Sylvicultura oeconomica* oder Hauswirthliche Nachricht

Nachhaltigkeit im Energieverbrauch des Mittelalters und der frühen Neuzeit? Interdisziplinäre Zugänge zu einem aktuellen Thema

nachhaltiger Wirtschaft quellenmäßig bis zum 15. Jahrhundert zurück verfolgt (Waldweistümer und Forstordnungen). In den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten habe vor allem die Forstwirtschaft den Begriff immer wieder aufgegriffen: Nachhaltigkeit als Realisierung einer systematischen Holzwirtschaft. In diesem Punkt sah Auge auch das Dilemma der bisherigen Forschung zum Begriff der Nachhaltigkeit. Gerade mit Blick auf die mediävistische Forschung gebe es noch großen Nachholbedarf zu dem Thema, das in der Forschung zur frühen Neuzeit bereits einen höheren Stellenwert einnehme. Mit seiner Hinführung gab Auge den weiteren Referenten das theoretische Rüstzeug an die Hand, um dem weichen Nachhaltigkeitsbegriff auf seine analytische Funktion zu hinterfragen.

FRANK UEKÖTTER (München) bettete mit seinem Vortrag das aktuelle Energieverständnis in eine kontroverse Diskussion zum Verständnis über Energie in der Vormoderne ein. Dabei war seine Hauptannahme, dass die Zeit des Mittelalters und der frühen Neuzeit nicht als eine gewissenhafte Nachhaltigkeitsepoche angesehen werden könne, da sie einem grundsätzlich anderen Ressourcenstil unterlegen habe. Dies führte Uekötter auf die Verfügbarkeit von Ressourcen, die in Konnexen zueinander standen und dadurch eine ständige Erwartungshaltung unmöglich machten, zurück. So musste in der frühen Neuzeit und dem Mittelalter mit dem knappen Rohstoff Energie noch bedächtig umgegangen werden, die menschliche Arbeitskraft (Stichwort „Sklavenhandel“) war hingegen als billige Ressource allgegenwärtig, wie Uekötter darlegte. Innerhalb eines geographischen Raumes, beschränkt durch natürliche Grenzen, seien die vormodernen Energieregime freilich nur phasenweise systemisch vernetzt gewesen. Diese direkte eindimensionale Beziehung von Ressourcen habe eine abstrakte Kategorie wie Energie überflüssig gemacht. Demgegenüber im krassen Widerspruch würde die moderne Zeit mit ihrer ständig verfügbaren Energie und sich fortwährend verteuender Arbeitskraft

und Naturgemäße Anweisung zur Wilden Baum-Zucht, Reprint der Ausgabe Leipzig 1713, hrsg. und bearbeitet von Klaus Irmer und Angela Kießling, mit einem Vorwort versehen von Ulrich Grober, S. 105f.

stehen. Die für Uekötter größte Differenz zwischen Vormoderne und Moderne war, neben dem Umgang mit Reserven, das Energieverständnis. Die in hohem Maße lokale Gebundenheit von Energiequellen habe zu einer enormen Bewirtschaftung stiller Reserven geführt, die in Krisenzeiten eine wertvolle Rückversicherung gewesen sei. Erst die von materieller Sorglosigkeit geprägte Nachkriegsgeneration habe eine solche Vorsorge für entbehrlich gehalten. Zum Ende seines Beitrages appellierte Uekötter an die moderne Umweltgeschichte: Sie müsse sich mit den heiklen und riskanten Themen der vormodernen Ressourcenregime beschäftigen, vor allem jedoch über die Energie vor der Energie nachdenken. Denn die vormodernen und modernen Ressourcenstile hätten auch politische Verhaltensweisen, Mentalitäten und gesellschaftliche Strukturen geprägt. Nur so könne sie ihren Beitrag zur aktuellen Energiedebatte innerhalb der Gesellschaft leisten, die auf einen Ressourcenmangel nicht mehr eingerichtet sei.

Die Analyse einer nachhaltigen Ressourcennutzung im ländlichen Schleswig-Holstein prägte den Beitrag von ARNE PAYSSEN (Kiel). Anhand des 150 Jahre umfassenden Köhlereiregisters des Klosters Ahrensbök und archäologischer Ausgrabungen skizzierte Paysen die Nutzung von Holzkohle im Mittelalter und der frühen Neuzeit im Kontext klösterlicher Grundherrschaft. Das Köhlereiregister verweise auf eine strikte Gesetzmäßigkeit bei den Einzelpachtverträgen, in denen ein Nachhaltigkeitsaspekt, basierend auf einem ökonomischen Standpunkt, deutlich erkennbar werde. Mehr als zwei Jahrhunderte vor den bekannten Wald- und Forstgesetzen habe sich das Kloster also nachweislich schon mit einer nachhaltigen Wirtschaft auseinandergesetzt. Dabei hob Paysen aber die ökonomische Perspektive hervor, da die Regenerationsphasen in der Nutzung der Holzschläge allein aus pachttechnischen Gründen reguliert wurden. Paysen konnte den Zuhörer/innen unter Zuhilfenahme von Flurkarten und -namen sowie den Beschreibungen aus dem Köhlereiregister eine Rekonstruktion der Holzschläge aufzeigen, anhand derer die Archäologen sich darum bemühen das Prospektionsgebiet einzugrenzen und zwei bereits ent-

deckte Kohlenmeiler zu erforschen. Eine Analyse der Holzkohle aus solch einem Meilerplatz ermögliche Aussagen über die Waldnutzungsform sowie den jährlichen Zuwachs an Waldbeständen. In einem weiteren Schritt ließe sich das Waldbild, zur Unterscheidung von Stamm-, Ast- und Ausschlagholz, rekonstruieren. Die Entwicklung von Waldbeständen mit natürlichen Strukturen und Lebensabläufen sei auch für die heutige Energiedebatte von besonderem Wert und werde daher auch häufig im Kontext der Nachhaltigkeit gesehen. Abschließend betonte Paysen, dass es im Kloster Ahrensbök kein spezielles Amt zur Durchsetzung der Nachhaltigkeit gegeben habe und vielmehr der „kollegiale“ Umgang mit den Pachtauern den nachhaltigen Nutzen der Waldstücke gewährleistet, da man sich allein schon aus kaufmännischem Interesse eine gleichbleibend gute Qualität der Holzkohle erhoffte.

Wie ein historisierender Umgang mit Theorien aus anderen Disziplinen aussehen könnte, illustrierte THOMAS LUDEMANN (Freiburg im Breisgau) am Beispiel der Waldköhlerei im Gebiet des Schwarzwaldes. Dabei legte Ludemann den Fokus seiner Betrachtung auf die frühindustrielle Zeit und konfrontierte die Zuhörer/innen mit einer naturwissenschaftlichen und vegetationsgeschichtlichen Fragestellung zur Überlieferung der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen durch die Köhler. So seien die Kohlplätze die bei weitem häufigsten Zeugnisse von historischen Waldnutzungen im Gelände. Die enorme Bedeutung der Holzkohle, vor der intensiven Nutzung fossiler Brennstoffe immerhin der wichtigste Energieträger, werde in der heutigen Forschung immer stärker zur Kenntnis genommen und sei auch für die aktuelle Energiedebatte von nicht unwesentlichem Interesse. Anhand anthrakologischer Untersuchungen, verknüpft mit rezent-ökologischen und vegetationskundlichen Parametern, sei es möglich, die zellulären, holzanatomischen Strukturen der Holzkohle zu analysieren. Die dabei gewonnenen Ergebnisse ließen Aussagen über das verwendete Kohlholz und damit auch über den früheren anthropogenen Einfluss sowie die Baumartenzusammensetzung in den histo-

rischen Wäldern zu. So seien die am häufigsten verwendeten Arten von Schlagholz im Schwarzwald Buche, Tanne und Fichte gewesen. In Zusammenarbeit mit der archäologischen Forschung und musealer Köhlerei könnten diese Analysen verifiziert und Auswertungen zur Waldnutzung der Köhler getroffen werden. Bisherige Untersuchungen hätten gezeigt, dass keine großflächige und nachhaltige Walddegradation der Kohlwälder im Schwarzwald stattgefunden hat. Ludemann wies zudem auf konkrete Forschungen der Geobotanik zu vergleichenden Analysen von lokalen und überregionalen Landschaftsprofilen, in denen Waldköhlerei betrieben wurde. Resümierend stellte Ludemann fest, dass die Entdeckung der fossilen Energieträger, die das Ende der Holzkohlewirtschaft bedeutete, die Wälder Deutschlands vor den heute noch im Mittelmeerraum vorherrschenden Zuständen bewahrte.

Die erzwungene Nachhaltigkeit des Peitzer Hüttenwerkes in der frühen Neuzeit stand im Zentrum des Vortrags von FRANK MÜLLER (Cottbus). Dafür skizzierte er die Karriere des Eisenwerks in Peitz und dessen Versorgung mit Holzkohle. Wie schon seine Vorgänger fragte Müller nach der Nachhaltigkeit der umliegenden Holzkohlewirtschaft: Hatte die unbegrenzte und exklusive Abbauerlaubnis einen gravierenden Einfluss auf die Landschaft und zog somit einen Niedergang der Holzvorräte durch Übernutzung nach sich? Müller gab dem Plenum durch seine Darstellung einen vertieften Einblick in die Produktionsplanung des Werkes und nahm auch Bezug auf Umweltfaktoren, anthropogene Einflüsse und planmäßige Einschränkungen. Durch eine gesetzliche Regulierung der zu nutzenden Holzmenge im Jahr 1747 und einer angewiesenen nachhaltenden Forstwirtschaft ab 1768 konnte Müller eine Schonung des Waldes durch festgesetzte Holzlieferungen nachweisen. So deutet der Bericht eines Försters auf einen Raupenbefall des nahegelegenen Waldgebietes hin, dem man durch eine Entwaldung entgegenzuwirken versuchte. In diesem Fall, wie auch bei Siedlungsrodungen, scheint das Peitzer Eisenwerk nur als Nutznießer aufgetreten zu sein. Die Reglementierung der Holzvorräte dürfte jedoch der grundlegende Faktor zur Nachhaltigkeit gewesen

sein: So durften die Holzvorräte bei plan- und unplanmäßigen Pausen des Werkes (Kriege, Katastrophen und Umweltfaktoren) nicht für andere Zwecke genutzt werden. Auf diese „erzwungene“ Weise habe man die Regeneration der beanspruchten Holzvorräte unterstützt und die umliegenden Waldgebiete geschont. Die Feststellung Müllers deckt sich mit dem Bericht des Oberförsters Nitschke vom 11. Juni 1815, in dem dieser dem Forstrevier um das Hüttenwerk einen vorzüglichen Zustand trotz des unglücklichen Raupenbefalls konstatierte.

ROLF-JÜRGEN GLEITSMANN-TOPP (Karlsruhe) hob in seinem Vortrag zur Energiewirtschaft des Siegerländer Montanreviers einleitend hervor, dass, obwohl Nachhaltigkeit in aller Munde sei, es doch ein historisches Thema bleibe. Vor allem die Umwelt- und Ressourcengeschichte müsse verstärkt dem Aspekt einer nachhaltenden Wirtschaft in den unterschiedlichen Epochen und Regimen nachspüren. In seiner Darstellung, die methodisch auf das „Mehr-Säulen-Konzept“ der Nachhaltigkeit zurückgriff, legte Gleitsmann-Topp den Fokus auf die nachhaltigen Strukturelemente des Siegerländer Montanreviers und verfolgte deren Energiewirtschaft vom ausgehenden Mittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Seit dem 16. Jahrhundert habe das Haubergswesen (Niederwaldwirtschaft) einer landesherrlichen Regulierung unterlegen, die durch eine sozial öffentliche Kontrolle des Holzkohlewesens das Siegerland prägte. Das Montan- und Hüttenwesen habe den wirtschaftlichen Faktor der Region geprägt, dem sich alle anderen Bereiche unterordnen mussten. Die aufeinander bezogene Wirtschaft der Hauberge, eine genossenschaftliche Charakteristik und das Agieren in einem Anbietermarkt seien für den Erfolg des Montanreviers verantwortlich gewesen. Infolge hüttentechnischer Innovationen im Holzkohlebedarf und des strikt zünftisch-merkantilistischen Systems habe die Holzkohlegewinnung der Hauberge nicht zu einer Verkleinerung, sondern vielmehr zu einer Ausdehnung des Holzbestandes geführt. Dabei habe es sich aber beim Siegerländer Wirtschaftsraum weniger um eine Wachstums-, sondern vorrangig um eine steady-state economy gehandelt. Und so machte Gleitsmann-Topp

die Nachhaltigkeit zum Ende seiner Ausführungen vor allem in den Produktionsbegrenzungen, der strikten Mengenorientierung durch Einbindung in natürliche Stoffkreise, im technischen Fortschritt, in politischen Ordnungsvorgaben, im traditionellen Normenverständnis und in scharfen Sozialkontrollen aus. Ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum und ein nachhaltendes Wirtschaften seien nicht vereinbar, so das ernüchternde Fazit seiner historischen Analyse.

In seinem Kommentar fasste BERND HERRMANN (Göttingen) noch einmal die wichtigsten Punkte der intensiv und teils auch kontrovers diskutierten Vorträge zusammen, verwies andererseits aber auch auf die energetische Nachhaltigkeit der Lebenswelten anstatt der in der Sektion im Vordergrund stehenden wirtschaftlichen Prozesse. Er verdeutlichte nochmals die lange Tradition des Begriffs und betonte, dass sich das Nachhaltigkeitsprinzip nicht der Entdeckung des Bergmanns Hans Carl von Carlowitz verdanke. Denn nur weil eine Epoche einen Begriff neu aufwerfe, bedeute es nicht, dass es dieses Prinzip nicht schon länger gegeben habe: Nachhaltigkeit wurde im Mittelalter zwar nicht als bewusstes System wahrgenommen, jedoch als Sicherung der eigenen Bedürfnisse gelebt. Der in der aktuellen Energiedebatte genutzte Begriff sei dementsprechend ein von außen definierter, sprich wissenschaftlicher und entwicklungspolitischer Begriff. Um auch den Aspekt der Energiewirtschaft nicht aus den Augen zu verlieren, befasste sich Hermann dann mit den grundlegendsten Energiequellen und verwies auf das menschliche Streben nach Permanenz, der Existenzsicherung der Menschheit. So würde eine Subsistenzwirtschaft von sich aus sparsam mit jeder stofflichen wie auch energetischen Ressource umgehen: Dazu müsse neben Wärme-, Wind- und Wasserkraft die menschliche Dynamik sowie die Umwandlung dieser Ressourcen durch vielfältige innovative Techniken gezählt werden. Dies würde auch den stets omnipräsenten, jedoch teuren Charakter von Energie in der vormodernen Gesellschaft verdeutlichen. Entsprechend resümierte Hermann, Nachhaltigkeit sei eine zeitlich relationale Kategorie, die kontext- und kulturabhängig sei.

Nachhaltigkeit im Energieverbrauch des Mittelalters und der frühen Neuzeit? Interdisziplinäre Zugänge zu einem aktuellen Thema

Mit dem Konzept, den Begriff der Nachhaltigkeit als Anregung zu einer neu ausgerichteten Beschäftigung mit der Umwelt- und Ressourcengeschichte zu nehmen und über den Umgang der Vormoderne mit nachhaltenden Energiekonzepten nachzudenken, wurde eine anregende Sektion realisiert. Die interdisziplinäre Präsentation aktueller Forschungsarbeiten gab zudem Anlass zu spannenden Dialogen. Es wurde deutlich, dass die in der Sektion aufgeworfene Frage nach einem Verständnis von Nachhaltigkeit in Mittelalter und früher Neuzeit hilfreich sein kann, wenn man sich überhaupt mit dem Begriff Nachhaltigkeit tiefer beschäftigen möchte.

Sektionsübersicht:

Oliver Auge (Kiel): 'Sustainable development' als historisches Thema – eine Hinführung

Frank Uekötter (München): Energie vor der Energie? Einleitende Bemerkungen zu einem anachronistischen Begriffsverständnis

Arne Paysen (Kiel): Die Waldwirtschaft des Klosters Ahrensböök als Beispiel für eine nachhaltige Ressourcennutzung

Thomas Ludemann (Freiburg im Breisgau): Landschaftsprägende historische Bioenergie-Nutzung - Die einzigartige regionale Überlieferung der frühindustriellen Holzkohle-Herstellung (Waldköhlerei)

Frank Müller (Cottbus): Erzwungene Nachhaltigkeit? Die Peitzer Amtsheden unter dem Einfluss des örtlichen Hüttenwerkes

Rolf-Jürgen Gleitsmann-Topp (Karlsruhe): Das Siegerländer Montanrevier und das System einer nachhaltigen Energiewirtschaft. Zu den Implikationen des Konzeptes eines 'Sustainable development'

Bernd Herrmann (Göttingen): Synthese

Tagungsbericht *Nachhaltigkeit im Energieverbrauch des Mittelalters und der frühen Neuzeit? Interdisziplinäre Zugänge zu einem aktuellen Thema.*

25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 18.10.2012.

Neue Ansätze für eine transnationale Geschichte. Das Beispiel der Deutsch-Französischen Geschichte in 11 Bänden

Leitung: Rainer Babel (Paris) / Rolf Große (Paris)

Bericht von: Amélie Sagasser, Ecole des hautes études en sciences sociales; Deutsches Historisches Institut Paris

Im Rahmen des 49. Deutschen Historikertags in Mainz, dessen Partnerland in diesem Jahr Frankreich war, veranstaltete das Deutsche Historische Institut Paris (DHIP) unter der Leitung von PD Dr. Rainer Babel (Paris) und Prof. Dr. Rolf Große (Paris) eine Sektion zu der vom DHIP herausgegebenen Deutsch-Französischen Geschichte (DFG). Bei den Sektionsleitern und den Referent/innen handelte es sich um Autoren dieser Reihe.

ROLF GROSSE (Paris) erläuterte in seiner Einführung die Konzeption der Reihe und ging auf die lange Geschichte des Projekts ein, die sich bis in die Anfänge des DHIP 1958 zurückverfolgen lässt. Die beiden ersten Bände, aus der Feder von Rainer Babel und Rolf Große, erschienen 2005, und inzwischen liegen acht vor. Seit 2011 wird die Reihe auch auf Französisch veröffentlicht. Bis 2014 sollen alle Bände in beiden Sprachen zu erhalten sein. Die Sektion diente einem ersten Fazit. Neben der Analyse der deutsch-französischen Beziehungen fasst die DFG nicht nur die gegenseitigen Verflechtungen beider Länder sowie den Transfer in den Blick, sondern auch die unterschiedlichen Entwicklungen, um Charakteristika der deutschen und französischen Geschichte im direkten Vergleich aufzuzeigen. Auf der einen Seite geht es um einen „Nahvergleich“, wie Marc Bloch ihn gefordert hatte. Auf der anderen soll das Konzept einer *Histoire croisée* berücksichtigt werden. Rolf Große warf die Frage auf, in welchem Maße diese Ansätze

Neue Ansätze für eine transnationale Geschichte. Das Beispiel der Deutsch-Französischen Geschichte in 11 Bänden

ze für die Bearbeitung des gesamten Zeitraums von der Spätantike bis zur Gegenwart anwendbar sind.

MICHAEL WERNER (Paris) stellte den maßgeblich von ihm konzipierten Ansatz der *Histoire croisée* vor. Er sprach sich gegen die Übersetzung dieses Begriffs mit *Verflechtungsgeschichte* aus, da sie ein homogenes Verhältnis beider Länder voraussetzt, dieses aber nicht gegeben sei. Zudem hebe die *Verflechtungsgeschichte* die Eigenheiten der einzelnen Länder zu wenig heraus. Gleichwohl setze sich das Konzept der *Histoire croisée* deutlich von dem der vergleichenden Geschichte ab. Michael Werner stellte die Frage nach der Interpretation multidirektionaler Transferprozesse. Er wies darauf hin, dass man Deutschland und Frankreich als nationale Untersuchungseinheiten mit einer Reihe von Problemen behaftet seien, und betonte, dass nationale Untersuchungen als ein dynamisches Konstrukt verstehen sollte, die sich gegenseitig beeinflussen, aber auch zu Dichotomien führten. Sodann stellte er die Frage nach den nationalen Untersuchungsebenen: Was passiert, wenn man die Geschichte auf regionale und auch einzelne thematische Aspekte herunterbricht? Hierzu bemerkte er, dass gerade nationale Ordnungen sehr unterschiedlich gewichtet werden und manche Prozesse auf ganz verschiedenen Ebenen stattfinden. Große Bedeutung im Rahmen des Transfers maß Michael Werner der Position des Beobachters bei. Die *Histoire croisée* berücksichtigt nicht nur die eigene Position, sondern zieht auch die anderen Perspektiven in Betracht. Bei der Bearbeitung der DFG wird dies insofern berücksichtigt, als die Autorenschaft aus beiden Ländern stammt. Das Ergebnis ist eine Pluralisierung der Perspektiven und die Konstitution eines binationalen Forschungsraums, der eine transnationale Geschichtsschreibung ermöglicht. Diese multidirektionalen Prozesse stoßen allerdings auch auf Grenzen. Erstens sind die Ansätze in den einzelnen Bänden sehr verschieden. Dem Projekt liegt ein „gemeinsamer Horizont“, aber kein einheitlicher Theorieansatz zugrunde. Zudem sprach Michael Werner von der „exception franco-allemande“: Allgemein wurden gute Erfahrungen bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit gemacht. Aber

diese „Zweisamkeit“ wirft auch die Frage auf, ob binationale Themen nicht überholt sind. Andererseits führt gerade diese Art von Studien zu multilateralen Kooperationen. Das Interesse anderer Länder, eine vergleichbare Geschichte zu schreiben, etwa eine deutsch-polnische, spricht für das der DFG zugrundeliegende Konzept.

JEAN-MARIE MOEGLIN (Paris) stellte drei verschiedene Ansätze zur Erforschung der deutschen und französischen Geschichte im Mittelalter vor: die *vergleichende Geschichte*, die *Beziehungsgeschichte* und die *Histoire croisée*. Für den französischen Mediävisten sind sie aber nur dann ertragreich, wenn man sie miteinander kombiniert. Er erläuterte dies anhand von zwei prägenden Begriffen des Mittelalters: *studium* und *regnum* bzw. *imperium*. Zunächst analysierte Jean-Marie Moeglin die Entwicklung des geistigen Lebens in beiden Ländern und bemerkte, dass der Ausgangspunkt im Frühmittelalter links und rechts des Rheins derselbe war. Mit der sogenannten karolingischen Renaissance seien Schulen an Bischofssitzen und in Klöstern mit Skriptorien entstanden. Ende des 11. Jahrhunderts kam es zu einem Umbruch, der sich mit einer vergleichenden Geschichte und einer Beziehungsgeschichte erklären lässt. In Frankreich entstanden städtische Schulen, aus denen sich ab dem 13. Jahrhundert die Universitäten entwickelten. Die Klosterschulen verloren zur selben Zeit in beiden Ländern an Bedeutung. Während es in Frankreich gerade durch diese neuen Schulen zu einem wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und kulturellen Aufschwung kam, verbreiteten die Domschulen in Deutschland weiter konservative Inhalte. Als Folge dieses Phänomens kamen schon im 12. Jahrhundert deutsche Gelehrte (zum Beispiel Hugo von St. Viktor oder Otto von Freising) nach Frankreich, etwa nach Chartres, Laon, Paris oder Reims, um an den neuen Schulen zu studieren. Durch diesen zwar sehr asymmetrischen Transfer von Gelehrten (es gab weniger französische Gelehrte, die nach Deutschland kamen als umgekehrt) wurden viele französische Werke (zum Beispiel die Schriften von Abälard) in Deutschland rezipiert, und nicht selten gründeten die deutschen Gelehrten nach ihrem Studium in Frank-

reich ihre eigene Schule nach französischem Vorbild (zum Beispiel Petrus von Wien oder Albertus Magnus). Diese Schulen erreichten allerdings nie den Rang einer Universität. Die wichtigsten deutschen Bildungsstätten jener Zeit waren vor allem Erfurt, Köln und Wien, die aber jeweils unterschiedlich auf den französischen Nachbarn blickten. An dieser Stelle kommt, so Jean-Marie Moeglin, die *Histoire croisée* zum Tragen. Nicht selten klagten deutsche Gelehrte (etwa Gerhoch von Reichersberg) über das Superioritätsgefühl und die Arroganz der französischen Gelehrten. In Frankreich war es kaum vorstellbar, dass es in Deutschland zu irgendeinem kulturellen Aufschwung kommen konnte. Gerade dieser *regard croisé* war für die Entwicklung der deutschen Bildungs- und Kulturzentren entscheidend. Spätestens mit dem Schisma und der Kirchenspaltung 1378 verfolgten die in Frankreich wirkenden deutschen Gelehrten die Absicht, in Deutschland (Köln, Heidelberg und Wien) Universitäten nach dem Pariser Vorbild zu gründen, ohne sich aber (anders als die Pariser Universität) zum avignonesischen Papsttum zu bekennen. Um das Konzept des Imperiums und zugleich die Entwicklung der unterschiedlichen politischen Strukturen in beiden Ländern zu analysieren, wählte Jean-Marie Moeglin den komparatistischen Ansatz. Beide Länder gingen aus dem karolingischen Reich hervor, doch unterscheiden sie sich in ihrer „staatlichen und nationalen Konstruktion“. So entwickelte sich die Verfassung des Reichs sowohl auf einer Reichs- als auch einer Länderebene, während in Frankreich den Regionen nur geringe Bedeutung zukommt. Links des Rheins arbeitete man intensiv an Mythen, der Sakralität, den Zeremonien und herrschaftlichen Symbolen, um fast propagandistisch in der Position des Königs das Imperium zu verkörpern. Im Deutschen Reich war man stolz, seinen Ursprung im römischen Reich Caesars und Augustus' zu sehen. Dies war natürlich nicht mit tatsächlicher Macht verbunden, sondern besaß eher eine „heilsgeschichtliche Funktion“. Abschließend betrachtete Jean-Marie Moeglin die unterschiedlichen Prozesse bei der Entstehung beider Länder mittels der *Histoire croisée*.

GUIDO BRAUN (Bonn) wies eingangs darauf hin, dass der von ihm behandelte Zeitraum in der Forschung bis jetzt noch in keinem Gesamtwerk untersucht wurde. Zwar verbindet man mit der Epoche die deutsch-französischen Grenzgänger Voltaire und Friedrich II. von Preußen wie auch die intensiven politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Beziehungen jener Zeit. Diese Themen wurden aber vor allem in Detailstudien behandelt, die den Blick auf eine politische Geschichte richteten. Die neuen Konzepte des Kulturtransfers und der *Histoire croisée* ermöglichen, so Guido Braun, neue Ansätze zur Erforschung dieser deutsch-französischen Geschichte. Gerade die politischen Beziehungen rücken hier mit einem kulturgeschichtlichen Ansatz in den Mittelpunkt. Bei der Charakterisierung der Epoche ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei Deutschland zum einen um kein einheitliches Reich handelte und zum anderen ein Bündnissystem zwischen den fünf damaligen Großmächten (Frankreich, Österreich, Preußen, England und Russland) die Untersuchung einer binationalen Geschichte erschwert. Deutschland und Frankreich waren im 17. und 18. Jahrhundert Bestandteil einer komplexen europäischen Geschichte und somit auch eng mit den anderen Ländern verflochten. Guido Braun stellte die von ihm in seinem Band angewandten Forschungskonzepte vor. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war der von Louis Réau verwendete Begriff einer *Europe française*. In diesem Zusammenhang betonte Guido Braun, dass es sich dabei nicht um die Transponierung des französischen Modells auf Europa handelt, sondern dass dieser Kultureinfluss gegenseitige Transfer- und Anpassungsvorgänge zum Inhalt hatte. Selbst wenn der Kulturtransfer in erster Linie von Frankreich dominiert wurde, gab es auch Bereiche, in denen Deutschland führend war. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit dieser Frage ist somit unabdingbar, und bei dem Begriff einer *Europe française* handelt es sich, so Guido Braun, um einen Mythos. Diese These belegte er anhand von zwei Fallstudien: Zum einen untersuchte er die Transferleistung im Bereich der Musik und Sprache und zum anderen im Bereich der Technologie. Auf beiden

Gebieten gab es einen regen wissenschaftlichen und technologischen Austausch zwischen den beiden Nachbarländern, nur blieben sie bis heute weitgehend unerforscht. Der Grund dafür liegt darin, dass die Geschichtswissenschaft und die historische Erinnerungskultur selten den Forschungsschwerpunkt auf die Gemeinsamkeiten beider Ländern setzten und die nationalen Geschichtsbilder sowie die Erinnerungskulturen streng getrennt blieben. Guido Braun sieht dies zumindest teilweise dadurch bedingt, dass die kulturellen Vermittler, die zu dieser Verflechtung beitrugen, etwa die Hugenotten und das Elsass, diese Funktion heute nicht mehr ausüben.

CORINNE DEFRANCE (Paris) betonte zunächst, dass zwar der Hass auf den Nachbarn nach der Kapitulation 1945 sehr groß war, es aber recht schnell zu einer Kooperation und gegenseitigen Aussöhnung kam. Wie lässt sich dieser radikale Wandel – auch als „Wunder der Zeit“ bezeichnet – erklären? Zum einen ist das Problem der Periodisierung anzusprechen. Die Trennung zwischen Kriegs- und Nachkriegszeit ist nicht einfach, denn diese Übergangszeit, welche stark von seinen vielfältigen Folgen geprägt war und die die französische Geschichtsschreibung als „*sortie de guerre*“ bezeichnet, lässt sich kaum an einem Datum festmachen. So war zum Beispiel das Jahr 1963 weder für die Geschichte Frankreichs noch für die der Bundesrepublik oder der DDR, aber auch nicht für den Kalten Krieg ein Wendepunkt oder eine Zäsur. Es handelt sich bei diesem Datum ausschließlich um eine „symbolische Wegmarke“, einen Erinnerungsort, der erst im Nachhinein als ein Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen erscheint. Tatsächlich gab es deutsch-französische Kooperationen in manchen Bereichen bereits vor 1963.

ULRICH PFEIL (Metz) erinnerte daran, dass die deutsch-französischen Beziehungen Bestandteil eines „mehrdimensionalen Koordinatensystems“ waren. In einer DFG sind somit folgende Punkte zu beachten: Deutschland stand durch seine Zweistaatlichkeit (im Gegensatz zu Frankreich) im Zentrum des Kalten Kriegs. Aus diesem Grund muss bei einer Analyse der deutsch-französischen Beziehungen

Amélie Sagasser

auch die DDR als dritte Komponente berücksichtigt werden. Des Weiteren wurde durch die Bedrohung des Kalten Kriegs, aus Angst vor dem plötzlichen Wiederaufstieg einer Macht, der Ruf nach einem geeinten Europa zunehmend lauter und beschleunigte den europäischen Integrationsprozess. Die zunehmende deutsch-französische Kooperation ist demnach eher das Ergebnis einer Interessensverlagerung denn ein „Wunder unserer Zeit“. Ulrich Pfeil schloss seinen Vortrag mit der These, dass die deutsch-französische Annäherung nicht alleine das Verdienst einiger Staatsmänner war. Bis in die 1950er-Jahre waren die alltäglichen Lebensweisen und gesellschaftlichen Strukturen zwischen den beiden Ländern so unterschiedlich, dass ein gegenseitiges Verstehen schwer fiel. Erst das Wirtschaftswachstum und der damit über die Grenzen hinweg verbundene Massenkonsum erleichterte Mitte des 20. Jahrhundert eine Vereinheitlichung der Gesellschaften und förderte die deutsch-französische Annäherung.

Die einzelnen Vorträge zeigten, dass es keinen spezifischen Ansatz für das Schreiben einer transnationalen Geschichte gibt, sondern jeweils abhängig von Epochen und Themen eine Entscheidung über die anzuwendende Methode zu treffen ist. Die Frage, ob im Zeitalter der Globalisierung eine binationale Geschichte überhaupt noch Sinn macht, darf mit einem klaren „ja“ beantwortet werden. Dafür sprachen im Übrigen auch der vollbesetzte Hörsaal und das damit zum Ausdruck gebrachte große Interesse an der DFG.

Sektionsübersicht:

Rolf Große (Paris): Einführung

Michael Werner (Paris): Möglichkeiten und Grenzen einer *Histoire croisée*

Jean-Marie Moeglin (Paris): Welcher Ansatz eignet sich zur Erforschung der deutsch-französischen Geschichte im Mittelalter: Beziehungsgeschichte, Vergleich oder *Histoire croisée*?

Guido Braun (Bonn): Von der verflochtenen Geschichte zur geteilten

Erinnerung. Frankreich und Deutschland im Zeitalter von Barock und Aufklärung

Corinne Defrance (Paris); Ulrich Pfeil (Metz): Die deutsch-französische Aussöhnung. Eine Nachkriegsgeschichte in Europa

Rainer Babel (Paris): Schlusswort

Tagungsbericht *Neue Ansätze für eine transnationale Geschichte. Das Beispiel der Deutsch-Französischen Geschichte in 11 Bänden*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 27.11.2012.

Reaktionen auf die globalen Energiekrisen der 1970/80er Jahre

Leitung: Frank Bösch (Potsdam) / Rüdiger Graf (Bochum)

Bericht von: Sina Fabian, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Für die erste globale Ölpreiskrise 1973/74 haben sich besonders die Schlüsselbilder der leeren Autobahnen im kollektiven Gedächtnis eingebrannt. Sie wird zudem in zeitgeschichtlichen Darstellungen immer wieder als tiefgreifende Zäsur beschrieben. Dennoch, so betonte FRANK BÖSCH (Potsdam), in seinen einführenden Worten, habe sich die Geschichtswissenschaft bisher kaum mit ihr auseinandergesetzt. Ziel der Sektion war es deshalb, sich dieser historiographischen Leerstelle anhand der Reaktionen auf die Energiekrisen der 1970er-Jahre anzunähern. Bösch stellte jedoch auch fest, dass Krisen nicht nur für einen Niedergang stehen, sondern zugleich Reaktionen auslösen können, die Neuanfänge bedeuten, wie in den folgenden Beiträgen aufgezeigt werden sollte.

Den Anfang machte der Mitorganisator dieser Sektion, RÜDIGER GRAF (Bochum), der als besonderer Kenner dieser Materie bereits

zahlreiche einschlägige Aufsätze veröffentlicht hat.¹ In seinem Vortrag „Souveränität in einer Welt des Öls. Globale Ressourcenkonflikte und nationale Energiesicherheit in den 1970er Jahren“ beschäftigte er sich mit den Reaktionen der Regierungen Westeuropas und den USA auf die souveränitätspolitischen Herausforderungen im Zuge der Ölkrisen. Graf betonte, dass trotz der Abhängigkeit von diesem Rohstoff die Ölkrise nicht wie ein Schock über die Regierungen der westlichen Industriestaaten hereingebrochen sei. Vielmehr habe es schon seit Beginn der 1970er-Jahre in Regierungskreisen Überlegungen gegeben, wie einem politisch motivierten Ölembargo entgegengewirkt werden könne. Dennoch hätten die Maßnahmen der OPEC unter den westlichen Staaten große Verunsicherung hervorgerufen, da viele Fragen offen geblieben seien und verlässliche Informationen über die Lage auf dem Energiemarkt gefehlt hätten. Nach Graf hätten sich den Staaten verschiedene Möglichkeiten geboten, mit den Herausforderungen umzugehen. Die britische und französische Regierung, die von den Lieferbeschränkungen offiziell nicht betroffen waren, hätten versucht, die Erdöllieferungen durch langfristige Verträge mit den Förderländern zu sichern. Die USA hingegen habe auf eine Kooperation der Erdölimporteure gesetzt, die während der Washingtoner Energiekonferenz im Februar 1974 verhandelt worden sei, um Druck auf die Förderländer auszuüben. Zwar habe die USA mit der Gründung der Internationalen Energieagentur (IEA) ihr Hauptziel erreicht, doch habe sie auch ein Stückweit Souveränität eingebüßt, da sie sich verpflichtet habe, ihre Erdölreserven in Krisenfällen einem Verteilungsmechanismus bereitzustellen. Obwohl die IEA hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei, habe sie jedoch durchaus fortan einen Gegenpol zur OPEC dargestellt und neue „Informations- und Kommunikationsstrukturen für die Abstimmung nationaler Energiepolitiken“ etabliert. Graf bilanzierte, dass die westlichen Regierungen relativ flexibel auf die Herausforderungen durch die Ölkrise reagiert und sowohl bilaterale

¹Vgl. beispielsweise: Rüdiger Graf, Ressourcenkonflikte als Wissenskonflikte. Ölreserven und Petroknowledge in Wissenschaft und Politik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 63 (2012), S. 582-600.

als auch multilaterale Kooperationen gesucht hätten. Deshalb passe das Handeln nicht in das Narrativ eines Souveränitätsverlustes im Zuge wachsender Globalisierung und Niedergangs der Nationalstaaten. Vielmehr seien die Regierungen immer dort zu Einschränkungen ihrer Souveränität bereit gewesen, wo sie sich davon an anderer Stelle einen Zugewinn an Souveränität erhofft hätten.

Mit der zweiten Energiekrise der 1970er-Jahre beschäftigte sich FRANK BÖSCH (Potsdam) in seinem Vortrag „Zwischen Harrisburg und Iran: Globale Reaktionen auf die zweite Ölpreiskrise“. Zwar sei diese Krise, ausgelöst durch die iranische Revolution und flankiert von dem bis dato schwerwiegendsten Störfall eines Atomkraftwerkes in Harrisburg (USA), ökonomisch schwerwiegender als die erste gewesen und zeitgenössisch durchaus auch als einschneidend erlebt worden, doch in der Öffentlichkeit und Forschung sei sie im Rückblick kaum beachtet worden. Bösch fragte in seinem Vortrag, welche Reaktionen die zweite Ölkrise in den Bereichen internationale Beziehungen, Energieverbrauch sowie Förderung alternativer Energien ausgelöst habe. Die Energiepolitik habe zum einen neue (ökonomische) Brücken zwischen Ost und West geschlagen und damit die allgemeine Diplomatie entscheidend mitgeprägt oder sie teilweise sogar überlagert. Bösch verdeutlichte dies am Beispiel des sogenannten „Erdgas-Röhren-Geschäfts“, einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, wonach erstere Röhren an die Sowjetunion lieferte und im Gegenzug Erdgas erhielt. Trotz einer Verschärfung des Kalten Krieges im Zuge des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan Ende 1979, sei es nach der zweiten Ölkrise zu dem bisher größten Vertrag mit einer Verdopplung der Gaslieferungen aus der Sowjetunion gekommen.

Im zweiten Feld seines Vortrags widmete sich Bösch den Folgen für den Energieverbrauch. Zwar sei bereits nach der ersten Ölkrise die Devise „Weg vom Öl“ aufgekommen, doch signifikante Einsparungen hätten sich erst im Zuge der zweiten ausmachen lassen. In den Ministerien seien weitreichende Sparmaßnahmen diskutiert worden und insbesondere bei der Wärmedämmung um 1980 auch umgesetzt worden.

Zudem habe die Regierung vor allem mit der Automobil- sowie Haushaltegeräteindustrie feste Ziele für energieeffiziente Geräte vereinbart. Dieser kooperative Weg sei, so Bösch, die bevorzugte Strategie der bundesdeutschen Regierung gewesen. Sie habe auf eine Verbesserung der Technik und Markttransparenz gesetzt, statt den Konsumenten rigide Sparvorschriften zu machen. Für den Bereich der alternativen Energieressourcen machte Bösch unterschiedliche Entwicklungen aus. Zwar hätten westdeutsche Politiker intern eine pessimistische Haltung gegenüber schnellen Erträgen aus der alternativen Energiegewinnung vertreten, dennoch seien die Forschungsetats besonders für technische Großprojekte massiv ausgeweitet worden. Der Störfall in Harrisburg war für die USA ein Wendepunkt in der Kernkraftpolitik und in anderen Ländern habe er zumindest zu einer großen Verunsicherung und Überprüfung der eigenen Atomkraftwerke geführt. Zusammenfassend merkte Bösch an, dass die beiden Ölpreiskrisen zusammen betrachtet werden sollten, da sich im Zuge der zweiten Krise, Entwicklungen, die schon während der ersten angedacht worden waren, nun dynamisiert hätten und neue Entwicklungspfade eingeschlagen worden seien.

INGO KÖHLER (Göttingen) befasste sich in seinem Vortrag „Zwischen Regulierung und Sensibilisierung. Die Debatten über den Benzinverbrauch in den USA und Westdeutschland nach dem ersten Ölpreisschock“ mit den Folgen für die Automobilindustrie. Er beschrieb zwei generelle Vorgehensweisen, mit denen Regierungen Benzineinsparungen forcieren konnten: Zum einen die Möglichkeit auf einen Technikausbau der Automobilindustrie zu setzen und benzinsparendere Pkws produzieren zu lassen; diesen Weg habe die US-amerikanische Regierung eingeschlagen. Die zweite Möglichkeit bestehe darin, auf Kooperation und „Erziehung“ zum Sparen bei den Autofahrern zu setzen. Das amerikanische Modell der „technology forcing policy“ sei zunächst für die Smokbekämpfung angewandt und im Zuge der Ölpreiskrise ausgeweitet worden. Die amerikanischen Automobilhersteller seien angehalten worden, energieeffizientere Pkws zu produzieren.

Nach Vorgaben aus der Politik sollte, so Köhler, der Flottenverbrauch (der durchschnittliche Verbrauch aller Modelle eines Herstellers) bis 1980 um 40 Prozent auf 11 Liter gesenkt werden. Die Energievorgaben der Politik hätten sich jedoch mit den bereits bestehenden Umweltvorgaben überschritten, die ersten umweltfreundlichen Katalysatoren beispielsweise hätten deutlich mehr Benzin verbraucht. Aufgrund des Widerstands der Automobilindustrie sei der Durchschnittsverbrauch bis 1980 letztlich nur um 20 Prozent gesenkt worden. Auch von Seiten der Verbraucher habe die Politik keine Unterstützung zur Durchsetzung ihrer Vorgaben erfahren. Vielmehr habe die amerikanische Bevölkerung auch nach der ersten Ölkrise mehrheitlich große Straßenkreuzer gekauft.

Im zweiten Teil seines Vortrags wandte sich Köhler der Bundesregierung zu. Diese habe einen Kurs der Technikkonsolidierung statt der -forcierung sowie eine „Strategie der kleinen Schritte“ verfolgt. Der Automobilindustrie seien weniger verbindliche Vorgaben gemacht worden, stattdessen habe man auf ein Erziehungsprogramm der Konsumenten zum Benzinsparen gesetzt. Laut Köhler sei der Erziehungseffekt durchaus sinnvoll gewesen, denn Anfang/Mitte der 1970er-Jahre sei das Automobil-Leitbild der bundesdeutschen Konsumenten noch nicht so gefestigt gewesen, wie es in den USA der Fall gewesen sei. Dies sei vor allem auf den geringeren Motorisierungsgrad zurückzuführen. Köhler führte die hohe Akzeptanz von Klein- und Mittelklassewagen, wie etwa der VW-Golf, auf ein verändertes Automobil-Leitbild zurück, das Anreize für die Automobilwirtschaft geschaffen habe, dieses Leitbild durch vermehrte Produktion von Kleinwagen zu bedienen. Die Automobilhersteller hätten sich zudem als verantwortungsvolle Unternehmen inszeniert, die Verbraucher ihrerseits zum Sparen aufgerufen sowie die Bereitschaft signalisiert, umweltfreundliche und verantwortungsvolle Pkw-Modelle zu produzieren, um dem neuen Leitbild zu entsprechen. Zusammenfassend bilanzierte Köhler, dass es in den USA kaum zu einer Veränderung des Leitbildes gekommen sei und die Forcierung neuer Technologien an der Inkonsistenz sowie

mangelnder Akzeptanz der Vorgaben gescheitert sei, während Benzin sparen in der Bundesrepublik als ein „Gemeinschaftsprojekt“ gesehen worden sei.

Der letzte Vortrag der Sektion von CHRISTOPH WEHNER (Bochum) „Kalkulierbares Risiko? Die Versicherung der Atomgefahr“ beschäftigte sich mit der zweiten umstrittenen Energieressource der 1970er-Jahre. Er ging der Frage nach, welche unterschiedlichen Vorstellungen über die Sicherheit von Atomkraftwerken in den Debatten über deren Versicherbarkeit verhandelt wurden. Im Zuge der ersten Ölkrise sei der Ausbau der Kernenergie zunächst forciert worden, was allerdings vermehrt Atomkraftskeptiker und -gegner auf den Plan gerufen habe. Dabei sei die „Kardinalsfrage“ gewesen, ob es sich bei der Kernenergie um ein kalkulierbares Risiko handle. Besondere Bedeutung in der Entwicklung der Kernenergie in der Bundesrepublik schrieb Wehner dem Atomgesetz von 1960 zu, das den Staat dazu verpflichtete, die Haftpflichtkosten zu übernehmen. Der Gesetzestext sowie die Haftpflichtgrenze von 500 Millionen D-Mark hätten sich am US-amerikanischen Atomhaftungsgesetz orientiert, bis hin zur Übernahme der gleichen Schadenssumme. Mit dem Gesetz habe sich die Risikowahrnehmung der Versicherer verändert, sie galt nun als „weitgehend kalkulierbares Technikrisiko“. In den 1970er-Jahren sei die Frage nach der Angemessenheit der Entschädigung im Falle eines Atomunfalls ins Zentrum des Interesses gerückt. In den USA sei die Forderung verschiedener Gruppen lautgeworden, die staatlichen Haftungsgarantien abzuschaffen und sie stattdessen durch eine unlimitierte Versicherungshaftung der AKW-Betreiber zu ersetzen. Dahinter habe die Hoffnung gestanden, dass dadurch eine Kostendynamik verursacht würde, die letztlich die Kernenergie unrentabel erscheinen ließe. Während in der amerikanischen Bevölkerung besonders die Angst vorgeherrschte habe, im Falle eines Atomunfalls nicht angemessen entschädigt zu werden, sei diese Sorge in der bundesdeutschen Debatte weniger ausschlaggebend gewesen. Die Frage der Versicherbarkeit sei anders als in den USA nicht als ökonomisches Entschädigungsproblem

wahrgenommen worden, sondern primär als „Vertrauensdefizit in die Reaktorsicherheit“. Deutsche Versicherungsexperten betonten zwar, so Wehner, dass Kernkraftwerke in versicherungstechnischem Sinne sicher seien, da es noch nie zu einem atomaren Unfall gekommen sei, dass ein solcher aber niemals völlig ausgeschlossen werden könne. Gerade der letzte Punkt habe den Atomkritikern als Anknüpfungspunkt gedient.

Bei den bundesdeutschen Versicherern habe sich in den 1970er-Jahren keine Veränderung in der Haltung zur Atomkraft vollzogen. Noch nicht einmal der Störfall in Harrisburg 1979 habe etwas daran geändert. Vielmehr hätte Harrisburg die Versicherer in ihren Kalkulationen bestärkt, dass ein Störfall zwar hohe Versicherungskosten verursache, aber nicht zwingend zur Katastrophe führen müsse. Die Versicherer hätten zudem in einem kulturpessimistischen Sinne die Gesellschaft selbst als „unkalkulierbares Risiko“ gesehen. Zusammenfassend argumentierte Wehner, dass die Debatte um die Begrenztheit der Versicherungs- und Entschädigungsmöglichkeiten sich in die generellen Diskurse über Grenzen einbetten ließen, die infolge der ersten Energiekrise aufkamen.

MARTINA HEßLER (Hamburg) schlug in ihrem Kommentar vor, die Energiesparmaßnahmen der Konsumenten und Produzenten gemeinsam zu betrachten und wies auf den Rebound Effekt hin, der das Phänomen beschreibe, dass trotz Einsparmaßnahmen der Energieverbrauch steige. Des Weiteren plädierte Heßler für eine globalgeschichtliche Perspektive der Energiekrisen und vermutete, dass sich dadurch eine andere Interpretation der Ereignisse ergeben würde.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Folgen der Energiekrisen heute insbesondere in den alltäglichen Praktiken zu spüren seien und ob es nicht sinnvoll sei, diese in einer Langzeitperspektive zu untersuchen, da Praktiken zwar länger bräuchten, sich durchzusetzen, sie aber gleichzeitig ein besserer Indikator für gesellschaftliche Einstellungsveränderungen seien als zeitgenössische Diskurse.

Recht als umstrittene Ressource: Akteure, Praktiken und Wissensordnungen des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit

Die Sektion zeigte eindrücklich, wie omnipräsent das Thema Energie in den 1970er-Jahren war und bis heute geblieben ist. Die Angst vor einer Energieknappheit beeinflusste sowohl das tägliche Leben der Bevölkerung, etwa beim Tanken, als auch die höchsten Belange der Politik. Deshalb ist es umso erstaunlicher, dass dieses Thema bisher noch nahezu eine Leerstelle in der Zeitgeschichtsforschung bildet. Diese Sektion leistete einen wichtigen Anstoß zur weiteren Beschäftigung mit dieser Thematik.

Sektionsübersicht:

Frank Bösch (Potsdam): Einführung

Rüdiger Graf (Bochum): Souveränität in einer Welt des Öls. Globale Ressourcenkonflikte und nationale Energiesicherheit in den 1970er Jahren

Frank Bösch (Potsdam): Zwischen Harrisburg und Iran: Globale Reaktionen auf die zweite Ölpreiskrise 1979

Ingo Köhler (Göttingen): Zwischen Regulierung und Sensibilisierung. Die Debatten über den Benzinverbrauch in den USA und Westdeutschland nach dem ersten Ölpreisschock

Christoph Wehner (Bochum): Kalkulierbares Risiko? Die Versicherung der Atomgefahr

Tagungsbericht *Reaktionen auf die globalen Energiekrisen der 1970/80er Jahre*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 18.10.2012.

Recht als umstrittene Ressource: Akteure, Praktiken und Wissensordnungen des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939)

Leitung: Kathrin Kollmeier (Potsdam) / Marcus M. Payk (Berlin)

Bericht von: Julia Eichenberg, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Rechtsgeschichte erleidet in ihrer Position zwischen den Stühlen der historischen und juristischen Forschung zum Teil eine stiefmütterliche Behandlung. Während die Wirtschaftsgeschichte inzwischen nicht nur von Seiten der Ökonomen, sondern auch an eigenen wirtschaftsgeschichtlichen Lehrstühlen der Geschichtsfakultäten gut vertreten ist und immer stärker auch von anderen methodologischen Ansätzen integriert wird (Kulturgeschichte, Militärgeschichte, Stadtgeschichte, um nur einige zu nennen), ist die Geschichte des Rechts, der Legislative und der gesetzgebenden Prozesse weitaus isolierter. Die Lehrstühle der Rechtsgeschichte sind den Juristen vorbehalten, viele Historiker haben eine Hemmschwelle, sich mit juristischen Themen jenseits der Parlamentsdebatten auseinanderzusetzen. Das von KATHRIN KOLLMEIER (Potsdam) und MARCUS PAYK (Berlin) organisierte Panel des Historikertags „Recht als umstrittene Ressource: Akteure, Praktiken und Wissensordnungen des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939)“ setzte sich dem entgegen – mit großer Überzeugungskraft und Erfolg.

Die Vortragenden der Sektion, die von JULIA ANGSTER (Kassel) eingeführt und moderiert wurde, befassten sich mit der Politisierung des Rechts im 20. Jahrhundert, die ihrer Ansicht nach wiederum auch den Bereich und die Begriffe des Politischen selbst veränderte. Alle drei Vortragenden der Kurzsektion befassten sich mit der Zwischenkriegszeit, die sie als Kristallisationspunkt für dieses Phänomen der wechselseitigen Beeinflussung ansahen, die Thesen sollen jedoch darüber hinaus bedacht werden. Der Blick auf die Zwischenkriegszeit diente der Analyse einer Periode, in der die Auseinandersetzung zwischen Internationalismus des Völkerbundes und den sich verschärfenden nationalen Spannungen die Basis für die weiteren Entwicklungen im 20. Jahrhundert legte. Dafür zentral ist, dass zum einen das Entstehen rechtsfreier Räume ermöglicht wurde, zum anderen aber mit einer

stetigen Verrechtlichung im Rahmen einer zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung einherging. Das Völkerrecht wurde, so die These der Organisatoren des Panels Marcus Payk und Kathrin Kollmeier, zu einer „mitunter einzigen oder entscheidenden – Ressource in politischen Auseinandersetzungen“. Die einzelnen Vorträge diskutieren in diesem Zusammenhang den Bedeutungsverlust und -zugewinn juristischer Normen in politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bezügen, die Wechselwirkungen zwischen nationaler und internationaler Ebene und allgemeine Prozesse der Politisierung des Rechts und der Verrechtlichung der Politik ebenso wie die gegenläufigen Prozesse von Entrechtlichung und Entpolitisierung.

KATHRIN KOLLMEIER (POTSDAM) zeigte diese wechselseitigen Prozesse am Beispiel der Staatenlosigkeit auf, die als neuartiges internationales rechtliches Problem die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere den Völkerbund herausforderte. Sie wies darauf hin, dass dieser neuartigen Problemstellung in der Zwischenkriegszeit mit der Einrichtung neuer Institutionen und Handlungsweisen begegnet wurde: Die Schaffung eines Hohen Kommissars für Flüchtlinge, sowie lange Diskussionen auf den Internationalen Kodifikationskonferenzen für Völkerrecht. Die Diskussion um Staatenlosigkeit sei zentral für die Entwicklung des internationalen Rechtes, da sie, so Kollmeier, von Juristen seinerzeit als dem modernen Rechtsempfinden entgegelaufend wahrgenommen wurde. Die Existenz von Staatenlosigkeit hinterfragte Nationalität als Konzept ebenso wie die Fähigkeit und die Pflicht der Staaten, ihren Angehörigen Schutz zu bieten. Der bekannte „Nansen-Paß“ erwies sich als eine nur unzureichende Lösung, beschränkt auf eine kleine Gruppe der Staatenlosen und mit vielerlei Einschränkungen für ihre Besitzer verbunden. 1930 wurde erstmals ein allgemeines Recht auf „eine – und nur eine – Staatsangehörigkeit“ formuliert. Das Ziel, Staatenlosigkeit als rechtlichen Status abzuschaffen, konnte jedoch nicht erreicht werden. Neben einem Versagen der Regierungen sahen selbst Juristen den Fehler in ihren eigenen Reihen, in ihren zu zögerlichen Forderungen. Vielmehr entwickelten sich die

am Völkerbund angelagerten Diskussionen von handlungsleitenden und wertenden Richtlinien hin zu einer mehr deskriptiven Darstellung der vorherrschenden Rechtspraxis. Kollmeier sieht hier ein Beispiel des Konflikts zwischen einem neuen Streben hin zum internationalen Recht und dem zugleich betonten und eingeforderten Recht der Staaten auf eine autonome Regelung ihrer Staatsbürgerfragen. Zugleich aber wurden Rolle und Rechte der betroffenen Individuen neu verhandelt. Menschenrechte waren nicht länger nur vom Staat garantierte Bürgerrechte, sondern konnten auch auf internationaler Ebene als Schutz vor einem Staat beansprucht werden. Die Rolle des Völkerbunds blieb in diesen Diskussionen stark beschränkt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die lebhaften juristischen Diskussionen der 1920er-Jahre wieder aufgegriffen und finden eine ihnen gerecht werdende Resonanz.

MARCUS PAYK (BERLIN) wendete sich in seinem Vortrag dem Versailler Vertrag zu. Payk diskutierte anhand ausgesuchter Quellen den Gegensatz zwischen dem erhofften „Rechtsfrieden“ (Paix de la Droit, Peace of the Law) und der Enttäuschung der politischen Realität, die folgen sollte. Es ging ihm darum, die juristische Seite der Pariser Vorortsverträge zu historisieren, ohne sich von der vielumstrittenen Nachgeschichte blenden zu lassen. Einerseits werde, betont er, der Versailler Vertrag trotz aller Defizite als wichtiger Schritt der internationalen Verrechtlichung angesehen, als früher Vorläufer einer heutigen universalen Rechtsordnung, die sich mit kollektiver Sicherheit, internationaler Strafverfolgung und Haftungsansprüchen beschäftigt. Andererseits werde die Politisierung des Rechts immer mehr in den Vordergrund gerückt und der Vertrag, ebenso wie sein Scheitern, vor allem als Resultat nationalstaatlicher Interessenpolitik, als politisches Instrument der Sieger, gesehen. Payk möchte über die Historisierung der juristischen Aspekte und der Aushandlungsprozesse einen dritten Weg aufweisen und so Recht als diskursives Produkt in den Mittelpunkt stellen. Dafür warf er drei Schlaglichter auf die Geschichte des Vertrags: auf Wilsons Haltung zum Völkerrecht auf der Friedenskonfe-

renz 1919, auf die Weimarer Revisionspolitik in den 1920er Jahren und schließlich die Interpretation des NS-Regimes als Rechtfertigung für den Zweiten Weltkrieg.

In seinem ersten Beispiel wies Payk darauf hin, dass Wilson die Idee eines „Friedens durch Recht“ ferner stand, als allgemein angenommen. Vielmehr sei seine Politik von tiefer Skepsis gegenüber den juristischen Diskussionen geprägt gewesen, was insbesondere zum Konflikt mit der stark völkerrechtlich orientierten Politik der französischen Regierung führte. Dass die USA den Vertrag letztendlich nicht ratifizierten stehe also keinesfalls im Widerspruch zu Wilsons Nachkriegsplänen, sondern lasse sich angesichts einer Auswertung der internen alliierten Diskussionen vielmehr als konsequente Fortsetzung seiner Ansichten werten.

Die deutsche Revisionsstrategie, das zweite Beispiel, stellt laut Payk das komplementäre Gegenstück zu Wilsons Plänen dar. Hier wurde das Völkerrecht ausführlich benutzt und instrumentalisiert, um die Pariser Friedensordnung anzugreifen. Juristische Argumente verliehen dabei den Deckmantel „unpolitisch“ zu sein und wurden als moralischer Druck eingesetzt. Payk erläutert dies am Beispiel des Verhältnisses des Auswärtigen Amtes zur akademischen Völkerrechtswissenschaft.

Eine letztendliche Infragestellung und Zerstörung der Versailler Ordnung jedoch erfolgte erst durch das NS-Regime. Dabei wurde, wie Payk betont, die Überwindung und Aufhebung des Vertrags jedoch rhetorisch lange als friedliche Revision dargestellt. Erst zu Ende der 1930er-Jahre werden rechtliche Bindungen vollends aufgekündigt. Typisch sei dabei die spezifisch juristische Verschleierung der politischen Machtinteressen bei der gewaltsamen Revision des Vertrags.

Mit diesen Schlaglichtern stellt Payk die wechselseitigen Beeinflussungen von Politik und Recht als Verrechtlichung der Politik und Politisierung des Rechts heraus, die mit Überkreuzungen und wechselseitigen Abhängigkeiten einher gehen. Nur die Untersuchung der kommunikativen Aushandlungsprozesse könnten aufzeigen, warum

aus dem Ideal eines „Rechtsfriedens“ kein „Friede durch Recht“ hatte werden können.

DANIEL MARC SEGESSER (BERN) diskutierte als dritter Vortragender die Frage von Recht als Ressource am Beispiel der wissenschaftlichen Debatte um einen internationalen Strafgerichtshof. Die von ihm untersuchte Zwischenkriegszeit bildet dabei die unbekanntere, aber maßgebliche Vorgeschichte der internationalen Strafgerichtshöfe nach 1945 (Nürnberg, Tokio, Den Haag, etc.). Auch Segesser sieht einen tiefen Einschnitt in der Rechtsgeschichte mit den Pariser Friedensverträgen bzw. der Pariser Friedenskonferenz von 1919. Er erwähnt die juristischen Diskussionen um Kriegsverbrechen und deren Verfolgung. Diese zogen fachwissenschaftliche Diskussionen über die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes nach sich. Eine eigens vom Völkerbund berufene Kommission von Juristen empfahl dem Völkerbund schließlich gegen einigen nationalen Widerstand die Einrichtung eines solchen Gerichtshofes. Maßgeblich für die Untersuchung dieser Kommunikations- und Aushandlungsprozesse war, so stellt Segesser heraus, dass sich die politischen und juristischen Rahmenbedingungen ständig veränderten. Während noch über die Schaffung eines Strafgerichtshofes diskutiert wurde, wurden mit dem Genfer Protokoll von 1924 und der Verurteilung von Krieg als internationalem Verbrechen bereits völlig neue Richtlinien gesetzt. Auch der generationsbedingte Wechsel der beteiligten Akteure der Debatte wirkte hemmend. Die juristische Rahmensetzung des Entwurfs eines internationalen Strafgerichtshofes, der 1928 dem Völkerbund vorgelegt wurde, blieb daher schließlich eher allgemein gehalten.

An den internationalen Debatten waren deutsche und amerikanische Juristen beteiligt, jedoch mit einer deutlichen Zurückhaltung. In Deutschland war internationales völkerrechtliches Engagement jenseits von Revisionsdiskussionen nicht gern gesehen, in den USA stand die Ächtung von Kriegen allgemein im Vordergrund. Darüber hinaus jedoch waren von Anfang an Juristen verschiedener Länder involviert, so dass der juristische Fachdiskurs dadurch eng mit der

politisch-justitiellen Entwicklung der Zwischenkriegszeit verwoben war.

Anfang der 1930er-Jahre verschwand das Thema des Strafgerichtshofes beinahe völlig von der Bildfläche. Dies änderte sich dramatisch durch die Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander und des französischen Außenministers Barthou durch kroatische Faschisten 1934 und der folgenden italienischen Weigerung, den Täter auszuliefern. Nun wurde die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes zur Ahndung und Bekämpfung des internationalen Terrorismus gefordert und eine neue juristische Kommission vom Völkerbundsrat berufen. Die erneut aufkommenden Hoffnungen auf eine völkerrechtliche Regelung von Terrorismus und Aggressionskriegen ließen sich jedoch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in die Tat und ins Gesetz umsetzen.

Segesser betonte in seinem Vortrag, dass die internationale Debatte vor allem von Autoren aus Großbritannien, Frankreich, Belgien und einiger Staaten Osteuropas geprägt wurde, wobei die Briten sich nach einem generationellen Wechsel in den 1930er-Jahren zunehmend zurückzogen. Von deutscher Seite aus wurde die Debatte mitunter als französische Kulturmission verhöhnt. Dennoch ist die internationale Zusammenarbeit maßgeblich, legt wichtige Grundlagen für nach 1945 und ist damit noch heute von großem Interesse.

Als einziger Redner distanzierte sich Segesser von der These der Verrechtlichung der Politik und der Politisierung des Rechts. Er wies darauf, dass in der Debatte um die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes sich die Rechtswissenschaft von Anfang an in einem politischen Rahmen bewegt. Gleichzeitig räumte auch Segesser wechselseitige Beeinflussungen zwischen Recht und Politik ein.

Da der kommentierende Sprecher kurzfristig ausfiel, leitete Julia Angster zur Diskussion über, während der insbesondere die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden der je den juristischen oder historischen Fakultäten zugehörigen Rechtsgeschichte ebenso aufgegriffen wurde wie die Frage nach der Periodisierung der Sekti-

on und nach der Notwendigkeit des Begriffs „Ressource“. Während letzteres wohl der Rahmenfragestellung des Historikertags geschuldet war, scheint die Frage nach der Periodisierung, bzw. der Zäsursetzung zentraler: Alle drei Vorträge diskutierten die klassische Zwischenkriegszeit, lose Enden der Vor- oder Nachgeschichte wurden (wohl auch aus Zeitgründen) kaum berücksichtigt. Zudem war auffällig, dass sich alle drei Beiträge mit einer Geschichte der Rechtsgebung bzw. der Rechtswissenschaft beschäftigten. Man darf sich fragen, ob und in wie weit nicht auch die Umsetzung des Rechts zur Rechtsgeschichte zählen sollte: Judikative, Exekutive, die Geschichte der Gerichte, von Polizeiiinterventionen, oder auch eine Kulturgeschichte der Rechtsgeschichte. Dies bleibt jedoch die einzige kritische Anmerkung zu einer ansonsten rundum gelungenen und sehr anregenden Sektion. Es ist zu wünschen, dass sich die Rechtsgeschichte langfristig ähnlich der Wirtschaftsgeschichte zu einer zentralen interdisziplinären Fachrichtung entwickelt, die die Arbeitsweisen beider Disziplinen und ihre Wissenschaftler vereint.

Sektionsübersicht:

Julia Angster (Mannheim): Einführung und Moderation

Daniel Marc Segesser (Bern): Kampf der Tatbestände. Die wissenschaftliche Debatte zum Zuständigkeitsbereich eines neu zu schaffenden internationalen Strafgerichtshofes 1919-1937.

Kathrin Kollmeier (Potsdam): Eine „Anomalie des Rechts“ als Politikum. Die internationale Verhandlung von Staatenlosigkeit (1919-1930).

Markus Payk (Berlin): Der „Rechtsfriede“: Völkerrecht, Politik und Legitimität im Streit um den Versailler Vertrag bis zum Zweiten Weltkrieg.

Kommentar von Julia Angster und Diskussion

Tagungsbericht *Recht als umstrittene Ressource: Akteure, Praktiken und*

Wissensordnungen des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939).
25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 23.01.2013.

Regesta Imperii: Traditionelles Wissen und neue Herausforderungen

Leitung: Johannes Fried (Frankfurt am Main) / Klaus Herbers (Erlangen) / Paul-Joachim Heinig (Mainz)

Bericht von: Veronika Unger, Regesta Imperii, Erlangen

Beim Historikertag 2012 an ihrem „Heimatort“ waren die Regesta Imperii, eines der ältesten Grundlagenforschungsprojekte zur mittelalterlichen Geschichte, mit einer eigenen Sektion vertreten. Vor einer ansehnlichen Zuhörerschaft machte KLAUS HERBERS (Erlangen), der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Kommission für die Bearbeitung der Regesta Imperii e.V., deutlich, dass die Regesta Imperii auch für die Zukunft gut aufgestellt sind. Er verwies dabei unter anderem auf den mit Evaluation und Verlängerungsantrag in diesem Jahr verbundenen Prozess einer gewissen Neuausrichtung des an der Mainzer Akademie der Wissenschaften beheimateten Projekts. Dieses hat eine lange Tradition aufzuweisen, wurde es doch bereits 1829 von Johann Friedrich Böhmer ins Leben gerufen. Ziel Böhmers war es, die verloren geglaubten Reichsregister zu rekonstruieren. Zwar halten auch die modernen Regesta Imperii an einigen grundlegenden Prinzipien Böhmers fest, doch bieten die Regestenbände – mehr als 80 wurden in den Jahrzehnten seit Gründung der Deutschen Regesten-Kommission publiziert – heute weit mehr als Zusammenfassungen oder Rekonstruktionen von Urkunden. Als Forschungsinstrument dienen sie der Aufarbeitung sämtlicher mit einem Herrscher oder Papst verbundenen Quellen, stellen ein gesichertes chronologisches Gerüst zur Verfügung und bündeln zudem wichtige Forschungsliteratur. Auf drei Schwerpunkte verwies Klaus Herbers, welche für die Regesta Im-

Regesta Imperii: Traditionelles Wissen und neue Herausforderungen

perii als zentral angesehen werden, um auch die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Erstens sei dies die Digitalisierung, ein Feld, auf dem die Regesta Imperii unter den Traditionsunternehmen eine Vorreiterrolle innehaben. Erklären könne man dies möglicherweise mit der relativen Gleichförmigkeit von Regesten, wodurch die digitale Darstellung im Datenbankformat begünstigt wurde. Der Vortragende nannte die Regestendatenbank (RI-Online) und den RI-Opac als Flaggschiffe des Internetauftritts der Regesta Imperii.¹ Ein zweiter Zukunftsaspekt sei die Europäisierung, die von einigen Teilprojekten der Regesta Imperii seit längerem umgesetzt werde. Als Beispiele wurden die Papstregesten und die Regesten der Karolingerzeit genannt, da dort die Böhmer'sche Begrenzung auf das Reich (daher Regesta „Imperii“) durch europaweite Kommunikationspartner und Herrschaftsgebiete außerhalb des Kernreiches aufgehoben sei. Drittens gehe es den Regesta Imperii um eine allgemeine Öffnung der Perspektive, die sowohl inhaltlich gesehen wird (etwa durch das Eingehen auf Fragestellungen der vergleichenden Kulturgeschichte oder anderer historischer Teildisziplinen), als auch arbeitstechnisch und methodisch. Denn die Regesten der Zukunft sollen in gemeinsamen Datenbanken erarbeitet werden, so dass jeder stets auf die Fortschritte eines anderen zurückgreifen könne und Synergieeffekte bei komplexen Ereignissen – der Vortragende nannte Canossa als Beispiel – zu erwarten sind. Zudem wurde die alte Gliederung nach Dynastien (Karolingerregesten, Regesten der Ottonen, Salierregesten usw.) kürzlich durch eine Neuordnung in drei Module – Frühmittelalter, Hochmittelalter, Spätmittelalter – flexibilisiert. Dass dadurch auch eine höhere Arbeitseffektivität erreicht werden könne, zeige sich an einem Italienprojekt innerhalb des Spätmittelaltermoduls, in dem eine gemeinsame Aufarbeitung der italienischen Archive und Bibliotheken für alle spätmittelalterlichen Herrscher mit verstärkten Kooperationen vor Ort verbunden werden sollen.

¹RI-Opac: <http://opac.regesta-imperii.de/lang_de/> und RI-Online: <<http://regesten.regesta-imperii.de/>>.

Entsprechend der neuen Projektgliederung folgten auf die Einleitung drei Vorträge von Mitarbeitern der Regesta Imperii, die jeweils für eines der drei Module sprachen.

Für das Frühmittelaltermodul fokussierte JOHANNES BERNWIESER (Marburg) die bereits in der Einführung angesprochene europäische Perspektive der Regesten der Karolingerzeit. Er verwies zunächst auf den guten Ruf der Regesta Imperii, der sich unter anderem in zahlreichen Rezensionen aus den letzten Jahren spiegele, nannte dann aber die Kritik, die den Regesta Imperii beinahe ebenso oft entgegengebracht werde: Sie arbeiteten zu herrscherzentriert, positivistisch, seien ein Kind des 19. Jahrhunderts und passten so gar nicht zur modernen Mediävistik. Bernwieser machte es sich nun zur Aufgabe, diese Vorwürfe für die Karolingerzeit zu entkräften. Regesten seien keine Geschichtsdarstellungen im eigentlichen Sinne, sondern Ressourcen für die Arbeit des Historikers. Sie böten Quelleninterpretation, Aufarbeitung von Forschungsliteratur sowie Forschungskontroversen und könnten flexibel auf die Erfordernisse der Geschichtswissenschaft reagieren. Den Vorwurf der Herrscherzentriertheit konnte Bernwieser mit Verweis auf die im Druck befindlichen Regesten Herbert Zielinskis zum Burgunderreich relativieren. Zumal zweit- und dritrangige Personen als Kommunikationspartner der Herrscher durchaus in den Regesten vorkommen. Die Regesten der Karolingerzeit zeichneten sich aber insbesondere dadurch aus, dass sie nicht nationalhistorisch orientiert seien. Entsprechend der Ausdehnung des Karolingerreichs sind bereits Bände des westfränkischen Königs Karls des Kahlen, der Könige und Kaiser des italischen Regnum sowie der Päpste des 9. Jahrhunderts erschienen. Bernwieser forderte angesichts der kommunikativen Kontakte und personalen Verbindungen der karolingerzeitlichen Herrscher und Päpste nun dazu auf, noch einen Schritt weiter zu gehen. Die Regesta Imperii sollten es aus eigenen Ressourcen und vor allem mittels Kooperationen mit Wissenschaftlern vor Ort angehen, auch die Nachbarreiche des Karolingerreichs in ihr Projekt miteinzu beziehen. Der Referent verwies beispielhaft auf die angelsächsischen

Herrscher, für die es zudem ausreichend Vorarbeiten gebe, um das Projekt realistisch und zeitnah bewältigen zu können. Die Regestenarbeit könne hier als *Movens* für die bisher nur unzureichend geschehene Aufarbeitung der Austauschprozesse zwischen Karolingerreich und Angelsachsen dienen. Dass Regestenarbeit in Kooperation mit europäischen Universitäten und Wissenschaftlern und auf der Basis von eingeworbenen Drittmitteln funktionieren kann, belegte Bernwieser an der von ihm selbst und Irmgard Fees (München) angestoßenen Kooperation mit der Universität Limoges für die Erarbeitung der Regesten des karolingischen Teilreichs Aquitanien.

Die Diskussion der beiden Beiträge brachte vor allem viele Anregungen und Wünsche; die Aspekte Digitalisierung und Europäisierung stießen beim Publikum auf große Resonanz. So wurden Verknüpfungen mit anderen (Regesten-)Datenbanken angeregt, Kooperationen zur Erarbeitung der Regesten der byzantinischen Kaiser oder der ungarischen Könige gefordert.

Als Repräsentant des Hochmittelaltermoduls der Regesta Imperii fragte anschließend DIRK JÄCKEL (Bochum) in seinem Vortrag nach der Reichweite des „Imperium“ sowie nach dem Vorhandensein einer Imperium-Idee, also eines imperialen Anspruchs, in der Salierzeit. Die Urkunden, insbesondere die Arengen, seien, so Jäckel, zur Untersuchung eines möglichen Weltherrschaftsanspruchs der Salier bisher wenig herangezogen worden. Er habe im Laufe seiner Arbeit nur eine einzige Urkunde finden können, in der ein Imperium-Gedanke aufscheine. Die in Mantua aufgesetzte Urkunde Heinrichs IV. für Padua sei allerdings von einem juristisch geschulten Notar geschrieben, so dass wir es hier also lediglich mit einer Rezeption des römischen Rechts zu tun hätten. Jäckel konnte auch weitere Beispiele von Urkunden Heinrichs IV. relativieren, in deren Arengen Heinrichs IV. einen imperialen Anspruch sehen könnte. Den Verweis auf die allumfassende Herrschaft des Endkaisers in einem Brief Heinrichs IV. führte Jäckel, den Forschungen von Hannes Möhring folgend, auf byzantinischen Einfluss zurück. Einen salierzeitlichen Imperialismus könne

man, schloss Jäckel, zumindest anhand der Urkunden nicht feststellen, diese ideelle Ressource scheint wenigstens dort ungenutzt geblieben zu sein.

In ihrem Vortrag aus dem Spätmittelaltermodul der Regesta Imperii zeigte DORIS BULACH (München) am Beispiel der Überlieferung im Nordosten des Reichs, inwiefern die Regesta Imperii stark mitgewirkt haben an einer Neubeurteilung der Herrschaftszeit Ludwigs des Bayern. Bulach verwies zuerst auf die Arbeitsweise der Regesta Imperii für Ludwig den Bayern und die nachfolgenden Herrscher: Diese Regesten werden aufgrund der Materialfülle aufgearbeitet nach den Archivlandschaften (gegliedert nach heutigen Bundesländern und Regierungsbezirken) und erscheinen in sogenannten Provenienzheften. So werden die Ergebnisse der Archivarbeit der wissenschaftlichen Gemeinschaft schnell zugänglich gemacht, eine chronologische Zusammenstellung, wie man sie bei Regesten gewohnt ist, erfolgt in einem zweiten Schritt. Die Annahme der bisherigen Forschung, Ludwig der Bayer habe sich für den Nordosten des Reiches wenig interessiert, schließlich sei er persönlich nicht über Thüringen hinausgekommen, kann Doris Bulach aufgrund ihrer Arbeit in den Archiven der ostdeutschen Bundesländer bereits jetzt relativieren. Vielmehr attestiert sie Ludwig eine gute Kennerschaft der politischen Situation im Nordosten des Reiches. Dynastische Verbindungen der Wittelsbacher kann sie zu nahezu zu allen bedeutenden Geschlechtern dieses Raumes nachweisen, ja sogar eine planvolle Heiratspolitik des Kaisers. Die Archive bewahren Zeugnisse zahlreicher Bündnisse und Privilegierungen des Kaisers, sei es in Bezug auf Schlesien, Sachsen, Pommern oder Polen. Dabei habe Ludwig stets das Interesse des Reiches vor Augen gestanden, nicht nur seine Hausmacht, welcher er im Einzelfall sogar geschadet habe. Vor allem im Umgang mit dem Deutschen Orden habe Ludwig der Bayer großes politisches Geschick bewiesen. Kurz schien hier auch einmal das Feld durch, das sonst immer im Zentrum einer Betrachtung Ludwigs des Bayern steht: sein Verhältnis zum Papsttum. Durch die Belehnung des Deutschen Ordens mit Litauen reklamier-

te Ludwig den Orden als zum Reich gehörig, also der kaiserlichen – nicht der päpstlichen – Oberhoheit untertan, und nicht zuletzt durch diesen Akt wurde der Einfluss des Kaisers auf den Nordosten des Reiches gesichert. Abschließend stellte Bulach das kritische Votum Peter Moraws in Frage, Ludwig der Bayer habe letztmalig im politischen Stil hochmittelalterlicher Kaiser agiert, weil der Wittelsbacher keineswegs überwiegend reaktiv tätig geworden und seine dynastische Politik wenn nicht vordergründig „modern“, so doch alles in allem erfolgreich gewesen sei.

Diese Widerlegung wurde in der anschließenden Aussprache bezweifelt, ansonsten hob die rege Diskussion der beiden Beiträge vor allem auf unterschiedliche Aspekte der Erforschung von Urkunden ab. Es wurde gefragt, ob Urkunden und vor allem deren Arengen tatsächlich die richtigen Quellen sind, um nach einem Weltherrschaftsanspruch zu suchen. Verwiesen werden konnte auf die Möglichkeit der Einbindung von Urkundenabbildungen in die neueren Regestendatenbanken, welche neue Forschungsmöglichkeiten bereitstellten. Eine herrscherliche Erschließung von Regionen unterhalb der Ebene der Fürsten sei, was Ludwig den Bayern betrifft, anhand von Urkunden nur schwer nachzuweisen, so die Referentin Bulach auf Nachfrage, da es etwa keine Urkunden für Klöster oder Städte gebe.

Die Sektion machte insgesamt deutlich, dass das Fortbestehen und Fortschreiten der zumal konzeptionell weiterentwickelten „Regesta Imperii“ auf das rege Interesse der Forschung stoße. Vor allem die seit gut einem Jahrzehnt betriebene Digitalisierung im open access-Modus sowie die forcierte Europäisierung wurden auch in dieser Sektion außerordentlich positiv konnotiert. Die in der Diskussion teils skeptisch beurteilte Idee einer Ausweitung der Regesta Imperii über das „Imperium“ hinaus erschien manchen Teilnehmern geradezu wünschenswert unter der Voraussetzung entsprechender Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern, welche schließlich ebenso wie die entsprechenden Arbeitsfelder – etwa Regesten der byzantinischen Kaiser – exemplarisch benannt wurden.

Sektionsübersicht:

Klaus Herbers (Erlangen): Einführung. Historische Wissensressourcen in Vergangenheit und Zukunft

Johannes Bernwieser (Marburg): Die Karolinger und Europa. Überlegungen zur Erforschung von Personennetzwerken und Kommunikationsstrukturen sowie zur europaweiten Erschließung von Quellen im Rahmen der Regesta Imperii

Dirk Jäckel (Bochum): Wie weit reicht das Imperium? Überlegungen zu päpstlichen und kaiserlichen Ordnungsvorstellungen in der Salierzeit

Doris Bulach (München): Kaiser Ludwig der Bayer und der Osten des Reiches. Methodik und Strukturen der Erschließung regionaler Herrscherüberlieferung

Tagungsbericht *Regesta Imperii: Traditionelles Wissen und neue Herausforderungen*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 25.10.2012.

Regulating Families and Resources in American Contemporary History

Leitung: Jürgen Martschukat (Erfurt)

Bericht von: Jana Hoffmann, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Welche Bedeutung kommt Familien im Zusammenhang mit Ressourcen zu? Können Familien den Zugriff auf Ressourcen regeln? Welche Bedeutung haben Werte und Idealvorstellungen in diesem Kontext? Diese Fragen stellte sich die Sektion „Regulating Families and Resources in American Contemporary History“, in deren Fokus nordamerikanische Familien, sowie die zweite Hälfte des 20. Jahrhundert mit

Regulating Families and Resources in American Contemporary History

ihren massiven Konflikten um begrenzte kulturelle und gesellschaftliche Ressourcen, wie Erziehung, Bildung, Arbeit, oder Bürgerrechte, standen.

Zwei Annahmen bildeten, so JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt) in seinen Einführungsworten, den gedanklichen Ausgangspunkt der Sektion: Erstens komme der Familie bei der Verteilung, Regulierung und dem Zugriff auf Ressourcen ein besondere Bedeutung zu. Allerdings seien kulturelle und gesellschaftliche Ressourcen begrenzt und Zugangsqualifikationen hingen im Wesentlichen von Kategorien wie *race*, *class* und *gender* ab. Zweitens habe eine Gesellschaft eine ideale Vorstellung von Familie als stabilisierendem Fundament der Nation. Den diskursiven Referenzpunkt der Vorträge bildete die von Talcott Parsons 1955 beschriebene „modern isolated nuclear family“¹. Diese amerikanische ‚Idealfamilie‘, bestehend aus „breadwinner father“ und „full-time homemaker mother“ mit ihren „dependent children“, angesiedelt in der weißen Mittelschicht, ist gekennzeichnet durch Heteronormativität, Monogamie und die Ehe als Voraussetzung für eine Elternschaft.

Mentale Eigenschaften als Ressourcen bildeten den Grundgedanken von NINA MACKERTs (Erfurt) Vortrag. So stellten in den 1950er- und 1960er-Jahren Eigenschaften wie Liebe und Reife den Ausgangspunkt für eine „gute“ Ehe und eine „gesunde“ Familie dar. Ehe und Familie waren Teil und zentrale Legitimation des eigenen staatsbürgerlichen Selbstverständnisses. Um aufzuzeigen, wie Jugendliche diese Eigenschaften erwerben konnten, analysierte Mackert Debatten über Dating-Praktiken, die im Untersuchungszeitraum als „kind of citizenship training“ angesehen wurden. Für die Analyse wählte Mackert Debatten in Zeitschriften aus, wobei sie Zeitschriften mit vornehmlich „weißer“ Leserschaft (*Life*) Zeitschriften für ein „schwarzes“ Publikum gegenüberstellte (*Ebony*). Mackert stellte heraus, dass „weiße“ Zeitschriften den Ratschlag erteilten, dass Frauen möglichst viele Männer

¹Talcott Parsons, „The American Family: Its Relations to Personality and to the Social Structure“, in *Family, Socialization and Interaction Process*, edited by Talcott Parsons/Robert F. Bales, New York 1955, S. 3-33.

treffen sollten, um anschließend eine freie Entscheidung im Bezug auf den Ehepartner treffen zu können. Gleichzeitig legten „weiße“ Zeitschriften in ihren Artikeln aber auch normierte gesellschaftliche Ideale in Bezug auf Ehe, Sexualität und Geschlechterrollen fest: 1) Heterosexualität führe zu einer gesunden Ehe, 2) vorehelicher Sex gelte als unreif, zumal „real love“ als Kennzeichen der monogamen Ehe die Voraussetzung für eine befriedigende gesunde Sexualität sei und 3) die Vermeidung vorehelicher Sexualität liege in der Verantwortung der Frau. Ebony dagegen warnte in ihren Artikeln ihre „schwarze“ Leserschaft, so Mackert, vor „Love Clubs“ und „oversexed girls“, welche die Konsequenzen dysfunktionaler Familien seien. Die Ursachen für dysfunktionale Familien waren, so die Zeitgenossen, unter anderem Armut sowie Unreife und damit die Unfähigkeit zu lieben und der Sorgfaltspflicht nachzukommen. Somit wurde erstens „schwarzen“ Jugendlichen aus zerbrochenen Familien die mentale Reife zu lieben abgesprochen. Zweitens wurde ein Bild von hypersexuellen „schwarzen“, jungen Frauen gezeichnet. Die Zeitschrift Ebony plädierte nicht nur für gesunde und funktionierende „schwarze“ Familien, damit diese Jugendlichen an gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben konnten. Vielmehr führte die „racialization“ dieses Narrativs zur Stigmatisierung „schwarzer“ Familien und zur Stärkung und Normierung „weißer“ Familienstrukturen. Mackert fasste zusammen, dass nicht nur „Weiße“ Normen festsetzten, und damit entschieden, wer oder wer nicht der Norm entsprach, als legitimer Staatsbürger galt und damit Zugang zu kulturellen Ressourcen hatte, sondern dass auch „schwarze“ Medien an der Verbreitung dieser Normen beteiligt waren.

ISABEL HEINEMANN (Münster) zeigte anhand öffentlicher Debatten um Mutterschaft, Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und Reproduktion in den 1960er- und 1970er-Jahren, dass Familienwerte und Geschlechternormen am besten auf die Lebensbedingungen der „white middle class Americans“ abgestimmt waren. Hierdurch wurden die Lebensbedingungen und Traditionen anderer gesellschaftlicher Gruppen vernachlässigt. Sozialexperten spielten bei der Festset-

zung von Geschlechternormen und der Verhinderung des Zugangs zu kulturellen Ressourcen eine bedeutende Rolle. In den Beispielen, die Heinemann anschließend präsentierte, zeigte sie erhebliche Unterschiede in Bezug auf „race“ und „class“ bei der Bewertung und Wahrnehmung beruflicher und reproduktiver Entscheidungen durch die Sozialexperten und durch die betroffenen Frauen selbst. Während bei dem Thema Frauenarbeit Sozialexperten eine ambivalente Meinung hatten, ob diese für die Familie zuträglich oder schädlich sei, bewerteten Frauen der weißen Mittelschicht ihre Partizipation am Arbeitsmarkt positiv, versprach Berufstätigkeit doch Gleichberechtigung, Entscheidungsfreiheit und Selbstwertsteigerung. Schwarze und Arbeiterfrauen hingegen, für die ein Job zum alltäglichen Lebenserhalt nötig war, wünschten sich mehr Zeit mit ihren Kindern.

In Reproduktionsdebatten konnte Heinemann weitaus komplexere und dramatischere Bewertungs- und Wahrnehmungsunterschiede hervorheben. Während weiße Frauen in der Zulässigkeit von Abtreibung (Roe vs. Wade 1973) ihr Selbstbestimmungsrecht (reproductive choice) verwirklicht sahen, waren Sozialexperten um das gesellschaftliche Wohl besorgt, weswegen Ende der 1960er-Jahre das sogenannte „population control movement“ einsetzte. Diese Bewegung – prinzipiell gerichtet auf Entwicklungsländer – fand jedoch auch in den USA und der Abtreibungsdebatte dort Resonanz und zwang u.a. Frauen aus sozial schwachen Schichten, häufig Schwarze, zur Sterilisation, wenn diese weiterhin Sozialhilfe in Anspruch nehmen wollten. Diesen Frauen wurde demnach ein Recht auf „reproductive choice“ und damit auch das Recht auf Kinder aberkannt. Am Beispiel der Kürzung staatlicher Sozialhilfe für alleinerziehende Mütter ab Mitte der 1970er-Jahre machte Heinemann deutlich, welche Wichtigkeit Familien für die amerikanische Gesellschaft hatten, da man hoffte, die Reform führe zu einer Stabilisierung von ‚richtigen‘ Familien mit zwei Elternteilen. Heinemann hielt in ihrem Fazit fest, dass in Expertendiskursen zwar liberale Geschlechternormen Akzeptanz gewannen, dennoch am traditionellen Bild der „white middle class nuclear family“ sowie der

Mutterrolle als die natürliche Funktion der Frau festgehalten wurde. So wurden trotz der Bürgerrechtsbewegung die „race and class biases“ verstärkt.

JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt) analysierte anhand eines Beispiels von „Queer Parenting“ – eines lesbischen und eines schwulen Paares, die sich gemeinsam die Verantwortung der Kindererziehung teilen – den Bedeutungswandel von Familienleben im homosexuellen Umfeld zwischen 1980 bis 2010. Dabei stellte er die Frage nach den gelebten Familienwerten und Geschlechterrollen der „Queer Parents“. Hier wies Martschukat darauf hin, dass die Entscheidung für eine Familie einerseits zu Auseinandersetzungen innerhalb der homosexuellen Bewegung führte, andererseits jedoch die Teilhabe an der Gesellschaft, sowie den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zur Konsequenz hatte. Insofern sei die Bedeutung von Ehe und Familie seit den frühen 1990er-Jahren für Homosexuelle gestiegen, da sie u.a. nicht mehr als Inbegriff von Heteronormativität gedeutet wurden. Im Hinblick auf Familienwerte und Geschlechterrollen hob Martschukat hervor, dass diese zum Teil auf sehr traditionellen Vorstellungen beruhten. So vertraten die von ihm 2010 interviewten homosexuellen Eltern folgende Ansichten: Die Voraussetzung für eine Familiengründung und eine Elternschaft seien stabile Verhältnisse, zudem müsse eine Familie im Voraus – aufgrund des Kontextes – sehr gut geplant werden. Im Hinblick auf das Selbstbild der Väter merkte Martschukat an, dass diese sich als „normale“ Väter betrachteten und deswegen auch am Leben ihrer Kinder teilhaben wollten. Dennoch liege die Hauptverantwortung der Erziehung, so die Väter, bei den Müttern. Ihre Aufgabe sei es lediglich den mütterlichen Job zu vereinfachen. Abschließend wies Martschukat auf die Ironie hin, dass obwohl ein Großteil der amerikanischen Gesellschaft sowie viele konservative Politiker homosexuelle Paare als dysfunktional und als Bedrohung betrachteten, diese jedoch aufgrund ihrer Lebensweise und ihres selbstgewählten Familienlebens dem amerikanischen Familienideal sehr nahe kämen. Schließlich zeige die Entscheidung für

Familienstrukturen und traditionelle Geschlechternormen eine Möglichkeit auf, Ansprüche auf bestimmte Ressourcen geltend zu machen, den eigenen Status innerhalb der amerikanischen Gesellschaft zu legitimieren und damit „Normalität“ zu leben. Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit die zwei in San Francisco interviewten Paare repräsentativ für die gesamte Homosexuellenbewegung sind.

SHARON ULLMAN (Bryn Mawr) eröffnete ihren Kommentar mit weiteren Ansatzpunkten und Gedankenanstößen im Hinblick auf die Familienforschung. So hob sie die Familie in ihrer Bedeutung als Teil der „amerikanischen Identität“ hervor. Dennoch merkte Ullman auch kritisch an, dass der Fokus für die Konstituierung des Familienideals nicht nur auf dem Kalten Krieg liegen dürfe, sondern dass auch Abgrenzungsprozesse beispielsweise zu ethnischen Gruppen, wie den African-Americans, in den Blick genommen werden müssten. Im Hinblick auf Debatten um Sexualität verwies sie auf den Kinsey Report (Bd.1: Sexual Behavior in the Human Male (1948), Bd.2: Sexual Behavior in the Human Female (1953)), seiner Rezeption und dem Wissen um gelebte Praxis. Bezogen auf den Vortrag von Heinemann hob Ullman die konfliktreiche Problematik hervor, dass die „white middle class“ zwar in den 1950ern ihren Status mit definierten Standards erreichte hatte, die Erhaltung des Status jedoch in den Folgejahren ein zweites Gehalt unumgänglich machte, weswegen Frauen der Mittelschicht die am meisten wachsende Gruppe auf dem Arbeitsmarkt waren, was zur Konsequenz hatte, dass Frauen das Ideal der „fulltime homemaking mother“ aufgeben mussten. Abschließend führte Ullman den Sektionsbesuchern vor Augen, welche Rechte mit einer Ehe verbunden seien (z.B. medizinische, rechtliche, finanzielle Auskunft über den Partner), um zu verdeutlichen, warum das Recht auf eine eingetragene Partnerschaft/Ehe für Homosexuelle von so großer Bedeutung ist. Denn letztlich bedeute, so Ullman, der Zugang zu Familie und Ehe, ähnlich wie beim Militärdienst, nicht nur gesellschaftliche Teilhabe und Gleichberechtigung, sondern biete auch den Zugang zu weiteren kulturellen Ressourcen.

Jana Hoffmann

Folgende Punkte wurden in der Sektion deutlich herausgearbeitet: Die Gesellschaft definiert im Zusammenhang mit Familie Werte und Normen, die den Zugang und Rückgriff auf kulturelle Ressourcen ermöglichen oder verhindern. Dabei stellt die „white middle class nuclear family“ ein Ideal nicht aber die Realität dar. Sozialexperten, Politiker und öffentliche Medien nehmen in diesem Konstruktionsprozess eine wichtige Funktion ein, da sie Werte und Normen, sowie „funktionale“ Familienstrukturen festlegen, propagieren und protegieren. Dieser Prozess führt trotz sozialer Bewegungen und Wandlungsprozesse (Bürgerrechts-, Frauen-, Homosexuellenbewegung) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu diskriminierenden Handlungen, Gesetzen und Ressourcenverfügung. Minderheiten und sozial diskriminierte Personen werden dazu genötigt, sich an heteronormative Strukturen der weißen Mittelschicht anzupassen, damit ein Zugriff auf Ressourcen gewährleistet und ein Normalitätsstatus garantiert werden kann. Dies wiederum führt dazu, dass diese Strukturen gestärkt und konstruierte Andersartigkeit pathologisiert werden. Gesellschaftlichen Pluralisierungsvorgängen wird so mit Homogenisierung entgegen gewirkt, ohne dabei den weißen Hegemonialanspruch aus der Hand zu geben.

Im Anschluss an die Abschlussdiskussion blieben jedoch einige Fragen offen. So fragt sich erstens, ob Familiengeschichte nicht breiter gedacht werden muss, indem die Schwerpunktsetzung auf Frauen/Mütter reduziert und Väter und Kinder, bzw. die ganze Familie stärker in den Blick genommen wird. Zudem blieb zweitens unklar, wie im Zusammenhang mit der Familiengeschichte der Begriff Ressource zu verstehen ist, da hier eine sehr offene Definition gewählt wurde, die u.a. Arbeit, mentale Fähigkeiten, Gefühle, Bürgerrechte und Erziehung umfasste. Um die Debatte, die von dem Historikertag geführt wurde, noch einmal aufzugreifen: Ist ein derart weitgefaster, unpräziser Begriff erkenntnisbringend? Worin läge der Vorteil des Ressourcenbegriffs gegenüber Pierre Bourdieus Kapitalbegriff? Und schließlich sollte drittens die weiße Idealfamilie als historischer

Referenzpunkt in Zukunft stärker kritisch hinterfragt werden.

Sektionsübersicht:

Jürgen Martschukat (Erfurt): Einführung

Nina Mackert (Erfurt): „Marriage is for adults“: Love, Maturity, and the Sexual Organization of Families in the U.S.-American 1950s and 1960s

Norbert Finzsch (Köln): „I think that it is part of human sexuality, and perhaps it should be taught“: American Sex Education 1950-1970 (entfiel)

Isabel Heinemann (Münster): Motherhood, Fertility and Reproductive Choice: Expert Discourses and Women's Agency, 1960-1980

Jürgen Martschukat (Erfurt): „Here in this neighbourhood, we're like stereotype“: Queer Parents and Family Transformations in San Francisco, 1980-2010

Sharon Ullman (Bryn Mawr): Kommentar

Tagungsbericht *Regulating Families and Resources in American Contemporary History*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 11.12.2012.

Ressource Mensch. Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Netzwerke des europäischen Menschenhandels in der Frühen Neuzeit

Leitung: Anne Duprat (Paris) / Ludolf Pelizaeus (Mainz)

Bericht von: Hannes Alterauge, Historisches Seminar, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Der diesjährige 49. Deutsche Historikertag stand unter dem Motto „Ressourcen – Konflikte“. Ein Thema, welches in Zeiten des globalen Wandels, der wirtschaftlichen und politischen Machtverschiebungen, sowie der Verknappung von Rohstoffen und – zumindest in Europa – Facharbeitskräften aus den aktuellen gesellschaftlichen Debatten nicht mehr wegzudenken ist. Demographischer Wandel auf der einen Seite und prekäre Lebenssituationen auf der anderen Seite führen zu verstärkter Arbeitsmigration, die sich oftmals unter wirtschaftlichen Zwängen entwickelt und deren Freiwilligkeit somit in Frage gestellt werden muss. Gleichzeitig konnte in jüngerer Vergangenheit eine Wandlung in der Rezeption der Arbeitskräfte beobachtet werden. Arbeiter/innen werden zu „Humankapital“ (Unwort des Jahres 2005) degradiert, vermehrt nur noch als rein ökonomische Größe wahrgenommen und somit in gewisser Weise „entmenschlicht“. Weiter erleben wir – zumindest in den Staaten der westlichen Welt – einen stetigen medizinischen Fortschritt und einen damit verbundenen Anstieg der Lebenserwartung. Damit einher geht auch der Bedarf an der Ressource „menschliche Ersatzteile“, welcher sich beispielsweise in der Debatte um die Gestaltung des „Marktes Organspende“ widerspiegelt.

Die Sektion beschäftigte sich daher mit dem Mensch als Ressource und beleuchtete das geschichtliche Verhältnis zu (meist) erzwungener Arbeitsmigration, zum Menschen als handelbare Ware und zur Nutzbarkeit menschlicher Körper zu kommerziellen Zwecken. Auch die mediale Inszenierung dieser Themen und deren Wirkung auf die Gesellschaft wurden diskutiert. Die Aktualität solcher Fragestellungen ist offensichtlich und es erscheint zum Verständnis dieser Phänomene hilfreich, den gesellschaftlichen Umgang mit ihnen in anderen Epochen zu betrachten.

Für die europäische Gesellschaft der Frühen Neuzeit sei die Sklaverei als Raubökonomie in den Mittelmeeranrainerstaaten etwas alltäglich präsent gewesen, betonte LUDOLF PELIZAEUS (Mainz) in seiner Einführung. Dabei sei keine dichotomisch verstandene Sphäre zwischen Christenheit und muslimischer Welt entstanden, sondern es

entwickelten und etablierten sich vielmehr internationale Netzwerke des Menschenhandels über Konfessionsgrenzen hinweg nach ökonomischen und kommunikativen Möglichkeiten, die die Ressourcenbeschaffung innerhalb dieser Ökonomie des Menschenhandels ermöglichen und sicherstellen sollten. Um den Umgang mit der „Ressource Mensch“ zu ergründen, müsse den in Publikationen von Propaganda bis Literatur wiederkehrenden und das öffentliche Bild prägenden gebräuchlichen Narrativen der Zeit nachgegangen werden.

ANNE DUPRAT (Paris) wies darauf hin, dass zu einer Neubewertung des ideologischen Umgangs mit dem Phänomen des Menschenhandels in dessen Hauptphase zwischen 1550 und 1750 Berichte aus englischen, spanischen und italienischen Archiven eine weite Quellenbasis bieten. So finde sich in der *literature barbaresque*, welche sich nicht auf ein bestimmtes Genre festlege, jedoch in der europäischen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts stets eine bestimmte Gruppe von Narrativen beinhalte, eine Wechselwirkung von Fiktion und Gefangenenerzählungen und einer Diskrepanz zwischen ideologisch wirkmächtigen und singulären Berichten. Dabei, so Duprat, entwickelten sich die Erzählungen hin zu einer dramatischen „Theatralisierung“, zu einer „Inszenierung als Schauspiel der Grausamkeiten“. Publikationen, die dazu dienten die Tragödie der Gefangenen darzustellen und die barbaresken Sklavenumschlagplätze an der afrikanischen Mittelmeerküste als symbolischen Ort zwischen Welt und Hölle erscheinen zu lassen, erfüllten die Aufgabe die „Ökonomie des Loskaufs“ zu unterfüttern. So sei beispielsweise der Sklave als „christlicher Held“ und als Subjekt des Austausches ein wiederkehrendes zentrales Narrativ. Durch Vermischung barbaresker Literatur mit Reiseberichten habe sich dann eine Öffnung in moralischer, intellektueller und religiöser Hinsicht ergeben. Das ethnozentrierte Wissen sei in ein Wissen auf Basis direkter Beobachtungen übergegangen, Erfahrungen des Unterworfen Seins und der eigenen Beschränktheit seien transportiert worden und damit hätten sich die Realitäten des Menschenhandels zu einem intellektuellen Erfahrungswert hin gewandelt.

Hannes Alterauge

In seinem Vortrag über den Menschenhandel im osteuropäischen, besonders im russischen Raum, wies CHRISTOPH WITZENRATH (Aberdeen) darauf hin, dass der Raum um die Krim quantitativ nach dem afrikanischen Kontinent den größten Sklavenumschlag aufwies und aus osteuropäischer Perspektive die Krim als Erinnerungsort ganz klar fokussiert werde. Besonders zu berücksichtigen sei für den osteuropäischen Raum die religiöse Konnotation des Sklavenhandels bzw. des Vorgehens gegen diesen, was beinhaltete, dass der Zar gesetzlich zum Loskauf christlicher Sklaven verpflichtet worden sei. Das Vorgehen gegen die Sklaverei, so Witzernath, sei ein fundamentaler Bestandteil russischer Legitimationsstrategie gewesen. Die Bedrohung der Christen durch den muslimischen Menschenhandel sei mit drohender Apokalypse und dem Exodus des Volkes Israel, die südrussische Steppe mit der Wüste, der Zar mit Moses und Moskau mit Jerusalem gleichgesetzt worden. Eine solche biblische Bildhaftigkeit diene der religiösen Legitimation russischer Gebietserwerbungen im Süden und stelle somit ein „moralisches Kapital, das es zu vermehren galt“ dar.

VALENTIN GROEBNER (Luzern) lud in seinem Vortrag dazu ein, die Blickrichtung auf das Phänomen Menschenhandel zu ändern und der Frage nach der „Macht zu töten“ nachzugehen. Mit dem Aspekt des Menschen als Ressource, als entpersonalisiertem „Menschenfleisch“, verschwimme die Grenze zwischen Lebenden und Toten. Groebner rekapitulierte das gesellschaftliche Verhältnis zum Menschenfleisch als Ware, vom *res extra mercatum*, vom Handel mit dem dem Körper des Erlösers gleichgesetzten Hostien über den aus politischen Gründen kritisierten *comertium hominum* der Schweizer Söldner hin zum frühneuzeitlichen Handel mit Körperteilen als legale Medikamentenbestandteile und zur Praxis des Bürgens mit eigenen Gliedmaßen. Er stellte weiter die Frage nach dem Wert des Menschen als Ressource und der Akzeptanz der Verwertung menschlicher Körper. Im Hinblick auf das heutige massenhafte Vorkommen afrikanischer oder asiatischer Einwanderer in Europa begründete Groebner das verstärkte Interesse an der geschichtlichen Präsenz farbiger Skla-

Ressource Mensch. Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Netzwerke des europäischen Menschenhandels in der Frühen Neuzeit

ven in Europa und Nordamerika und attestierte solchen Überlegungen die Möglichkeit eines neuen, unvertrauten und aktuellen Blicks auf Renaissance und Geschichte.

In seinem Vortrag über österreichische Prostituierte im späten Osmanischen Reich setzte MALTE FUHRMANN (Istanbul) den Betrachtungen des Phänomens Menschenhandel eine neue Perspektive gegenüber: die von Zwang und Freiwilligkeit. Waren die vorangegangenen Betrachtungen des Menschenhandels stets von Zwang, Gefangenschaft und eventuellem Freikauf geprägt, so betonte Fuhrmann, dass sich während des von ihm untersuchten Übergangs vom 19. zum 20. Jahrhundert in der Metropole am Bosphorus ein ganz eigenes Phänomen beobachten ließ. Die Anwerbung europäischer Prostituerter nach Istanbul sei mehr als Arbeitsmigration zu verstehen und veranschauliche eine verbreitete Akzeptanz und Rationalisierung im Umgang mit dem Phänomen des (freiwilligen) Menschenhandels, die sich weniger in moralischen als in administrativen und rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen den westlichen Vertretungen und den osmanischen Behörden geäußert habe. Zu bedenken bleibe auch, so Fuhrmann, dass die Betroffenen selbst, die Prostituierten, sich mit Erfolg gegen das moralisch motivierte *abolition movement* elitärer Frauenverbände, die den Handel mit Sexarbeiterinnen zu unterbinden suchten, stellten.

JOACHIM CORNELISSEN (Lyon) stellte die Frage, was vom Phänomen Menschenhandel in aktuellen Schullehrplänen als Substrat übrig bleibe. Nachdem kurz die unterschiedlichen Gewichtungen des Themas in französischen und deutschen Lehrplänen skizziert wurden, die sich auf den unterschiedlichen Grad der Beteiligung am Menschenhandel in Frankreich und Deutschland zurückführen ließen, rekapitulierte Cornelissen die aktuelle französische Politik im Umgang mit dem Thema der Sklaverei und des Menschenhandels. Er verwies auf den steigenden ökonomischen Wert des Phänomens als Ressource für die französische Tourismusbranche und kritisierte das Entstehen von „blinden Flecken“ bezüglich des Wissens um das Vorkommen und die Ausmaße des Menschenhandels in außereuropäischen Gebieten bzw.

Hannes Alterauge

außerhalb von Gebieten europäischer Wahrnehmung. Diesbezüglich, so Cornelissen, stelle eine „korrekte Relativierung“ der Verhältnisse ein Desiderat für die zukünftige Gestaltung von Lehrplänen dar.

Nach den einzelnen Vorträgen kommentierte Ludolf Pelizaeus die Sektionsbeiträge zusammenfassend. Er stellte fest, dass der Handel mit männlichen Sklaven im Gegensatz zu dem mit weiblichen eine viel stärkere Thematisierung findet und dass, während in der Frühen Neuzeit die Beschreibung der körperlichen Nacktheit männlicher Sklaven klar überwog, dies in der Moderne durch das Narrativ der Nacktheit weiblicher Sklaven abgelöst wurde. Weiter wurde festgestellt, dass die Legitimität und Akzeptanz des Handels mit menschlichen Ressourcen sich unter wandelnden Umständen ebenfalls veränderte.

In der Überleitung zur Schlussdiskussion wurde schließlich nach den Schnittstellen des Phänomens des frühneuzeitlichen Menschenhandels zu aktuellen Themen gefragt und als solche Felder wie das des Organhandels, der Sexarbeit oder des Einwerbens von Drittmitteln für humanitäre Zwecke identifiziert. Weiter wurde festgestellt, dass die narrative Unterscheidung von lebendem und totem Körper durch z.B. Entpersonalisierung aufgeweicht werden könne und dass ein solches Verschwimmen lassen von Kategorien der Durchsetzung neuer Narrative diene, die wiederum als Legitimierungserzählungen für den Zugriff auf den menschlichen Körper wirkten. Unter solchen, mit aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen verbundenen Blickrichtungen, beginne bereits „vertrautes Material (...) anders auszusehen“. Auch die Frage nach der zeitgenössischen Vereinbarkeit von weißem und schwarzem Sklavenhandel ist diskutiert worden und es wurde betont, dass das Narrativ des weißen Sklaven die Wertvorstellungen der europäischen Gesellschaften der Kolonialzeit verwarf. Nachdem Ludolf Pelizaeus darauf hingewiesen hatte, dass die Rechtfertigung des Sklavenhandels oftmals mit einer narrativen Selbstvictimisierung verbunden war und als Legitimation kolonialer Expansion gedient habe, äußerte Valentin Groebner, dass gerade im Schulunterricht zukünftig eine Kategorisierung in Victimisierung vs. Selbstvictimisierung

Ressource Mensch. Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Netzwerke des europäischen Menschenhandels in der Frühen Neuzeit

überwunden werden müsse.

In der Sektion konnte anschaulich das gesellschaftliche Verhältnis zum Phänomen des Menschenhandels mit dessen verschiedenen Facetten dargestellt werden. Es wurde deutlich, welche weit verzweigte und sowohl kulturelle wie religiöse Grenzen überwindende Netzwerke sich, vor allem aus wirtschaftlichen Interessen heraus, im Kontext des Phänomens Menschenhandel ausbildeten. Dabei wurden verschiedene Legitimationsstrategien für oder gegen den Menschenhandel dargelegt und begründet; die Entstehung und Bedeutung der verschiedenen leitenden Narrative wurde betrachtet und das zeitgenössische Verhältnis zum gehandelten Menschen als Ware, zur Körperlichkeit, zur Personalisierung bzw. Entpersonalisierung dieser Ware neu beleuchtet. Das Verschwimmen der Grenzen von Menschenhandel und Arbeitsmigration im ausgehenden 19. Jahrhundert, sowie die national differierende und sich mit der Zeit wandelnde heutige Rezeption des Phänomens wurden aufgezeigt. So erreichte die Sektion eine Neubewertung der Betrachtungsschemata bezüglich des Handels mit der Ware Mensch.

Sektionsübersicht:

Anne Duprat (Paris): Structures de l'échange. Représentations du marché aux esclaves dans les Régences ottomanes au début de la modernité

Christoph Witzenrath (Aberdeen): Ivan IV. „der Schreckliche“ als Befreier? Loskauf und Abwehr der Sklavenjagden in der Legitimationsideologie des Moskauer Reiches

Malte Fuhrmann (Istanbul): „Mädchenhandel“ oder selbstbestimmte periphere Mobilität? Österreicherische Prostituierte im späten Osmanischen Reich

Valentin Groebner (Luzern): Die unabbildbare Ökonomie. Reden über den Mensch als Ware im 16. Jahrhundert

Joachim Cornelißen (Lyon): „Mettre en valeur les aspects positifs de la colonisation“. Das Konfliktpotential bei der Vermittlung des Thomas Menschenhandel an deutschen und französischen Schulen im Vergleich

Tagungsbericht *Ressource Mensch. Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Netzwerke des europäischen Menschenhandels in der Frühen Neuzeit*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 25.10.2012.

Ressourcen – Konflikte – Regeln: Die Verteilung von Amt, Würde und Einfluss im Zeichen der Geldwirtschaft im westlichen Mittelalter und im Byzantinischen Reich

Leitung: Johannes Pahlitzsch / Joachim Schneider (Mainz)

Bericht von: Raoul Hippchen / Max Ritter, Historisches Seminar, Johannes Gutenberg Universität Mainz

Der Wettstreit um Ressourcen als Erklärungsmuster für politische Entscheidungen und Entwicklungen ist in der modernen Forschung ein relativ junges Thema. Sehr deutlich treten solche Konfliktsituationen bei (Neu-)Besetzungen von Ämtern zutage. Die Ämtervergabe scheint sich für eine ressourcenorientierte Perspektive anzubieten: Schon die Ämter selbst können als Ressourcen gelten und waren für ihre Inhaber mit dem Zugang zu materiellem wie sozialem Kapital verbunden. Zudem konnte die Aufwendung von Ressourcen bei der Auswahl der Kandidaten eine wichtige Rolle spielen. Die von Johannes Pahlitzsch und Joachim Schneider konzipierte Sektion näherte sich mit dieser Perspektive der Frage, wie in verschiedenen Kontexten Regeln entwickelt wurden, um die Ämtervergabe zu ordnen, und welchen Stellenwert dabei verschiedene Ressourcen einnahmen. Der gewählte Ansatz zielte auch auf einen geographischen und institutionellen Vergleich, so dass Strategien der Ämterverteilung im westlichen Spätmittelalter

Ressourcen – Konflikte – Regeln: Die Verteilung von Amt, Würde und Einfluss im Zeichen der Geldwirtschaft

(römische Kirche, Fürstentümer und römisch-deutsches Königtum) und im Byzantinischen Reich des 10. bis 12. Jahrhunderts in den Blick genommen wurden.

Im ersten Beitrag beschäftigte sich ANDREAS MEYER (Marburg) mit der Vergabe kirchlicher Benefizien durch die römische Kurie. Nach Meyer habe die Summe der verschiedenen Pfründen eine unvergleichliche Vermögens- und Verfügungsmasse gebildet, die – anders als erblich gewordene Lehen – in jeder Generation neu zu verteilen gewesen sei. Eingriffe der Päpste bei der Pfründenvergabe seien seit dem Investiturstreit zunehmend zentralisiert und durch das Kirchenrecht systematisiert worden. Dabei sei vor allem die Besetzung *iure praeventionis* – also eine Exspektative auf eine noch nicht erledigte Pfründe – zur üblichen Art geworden, eine Supplik an die Kurie positiv zu beantworten. Der von Papst Bonifaz VIII. in Auftrag gegebene Liber Sextus Decretalium habe 1298 wirkungsvoll festgesetzt, dass eine päpstliche Prävention stets allen anderen Anwartschaften vorgehen sollte. Allerdings sei schon unter Papst Johannes XXII. die Nachfrage nach päpstlichen Präventionen größer als die Anzahl freiwerdender Pfründen gewesen. Die zunächst zur Regelung angewandte chronologische Reihung der Suppliken sei schon bald angepasst worden: Die Petenten seien nach Entscheid des Papstes in Gruppen geordnet worden, denen jeweils ein Datum zugewiesen worden sei. Bei dieser Hierarchisierung der Ansprüche hätten etwa unter Clemens VII. die eigenen Familiaren die erste Gruppe mit dem besten Datum gebildet, während das späteste und schlechteste Datum an die armen, unbepfründeten Kleriker gegangen sei. Dieses System habe trotz zahlreicher Detailbestimmungen immer in Kauf genommen, dass die Kurie in den Worten Meyers „Schicksal spielte“. Die verschiedenen Reformen des 15. Jahrhunderts, die der ordentlichen Kollatur neues Gewicht verliehen, hätten die päpstliche Verfügungsmasse geschmälert, was zur Verschärfung des Konflikts um das verbliebene Angebot und in der Folge zu neuen Kanzleiregeln geführt habe. Da bis auf Reisekosten und die Taxen an der Kurie Geld bei der Pfründenvergabe laut Meyer keine Rolle

spielen durfte, habe man über administrative Regeln andere Wege gefunden, Konflikte zu vermeiden bzw. zu entscheiden. Die Hierarchisierung habe die Vergabemechanismen automatisiert. So seien die Stellen zwar effektiv besetzt worden, allerdings sei damit nicht über die Eignung der Kandidaten befunden worden, während einzelne Gruppen von vorne herein stark benachteiligt gewesen seien. Am Ende hätten die Nachteile des Systems schließlich seinen ursprünglichen Vorteil überwogen.

Der Beitrag von PETRA SCHULTE (Rom) wandte sich den Auseinandersetzungen über die Vergabe von Ämtern und Würden an weltlichen Fürstenhöfen zu. An den Anfang stellte Schulte die Feststellung, dass die Verteilungsgerechtigkeit im Sinne der modernen westlichen Demokratien ein Hauptthema der gegenwärtigen Politik sei. Allerdings reichten die Debatten darüber sehr viel weiter zurück und ließen sich bereits im 13. Jahrhundert fassen. Die damaligen Autoren hätten in Anlehnung an Aristoteles die *justicia distributiva* auch bei der Ämterbesetzung nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit bewertet. Hier ging es nicht um eine Verteilung zur Veränderung sozialer Ungleichheiten, sondern um die Frage, was wie und an wen verteilt werden konnte. Diesen europaweiten Diskurs des Spätmittelalters und seinen Einfluss untersuchte Schulte vor allem am Beispiel des burgundischen Hofes. In der zeitgenössischen Theorie sei die Proportionengleichheit zur ethisch-moralischen Maßgabe geworden, verbunden mit der Forderung einer Verteilung nach rational-verbindlichen Kriterien. Die Ausstattung mit Ämtern und Kapital habe demzufolge nicht von persönlichen Beziehungen abhängen, sondern Qualifikation bzw. Leistung widerspiegeln sollen. Die Praxis habe jedoch reichlich Anlass für Kritik geliefert. Besonders deutlich werde deren Stoßrichtung bei Guillaume Fillastre, Kanzler des Ordens vom Goldenen Vlies. Der gelehrte Rat habe moniert, dass die ehrlichen Diener weniger verdienten als die unehrlichen, was die Gerechtigkeit pervertiere und zerstöre. Stattdessen habe Fillastre eine Verteilung der Ressourcen nach dem Leistungsprinzip verlangt, weswegen ihm Ämterkauf oder

-pacht als besonders kritikwürdig erschienen seien. Gegenüber ähnlichen Vorwürfen auf einer Sitzung des Vlies-Ordens im Mai 1473 habe Herzog Karl der Kühne die Ämterpacht mit dem Argument verteidigt, höherer Gewinn Sorge für größere Bereitschaft, für Gerechtigkeit zu sorgen. Das Streben nach objektivierbaren Regeln sei hier durch den Nutzen des Fürsten behindert worden. Gerade das hier deutlich werdende Zusammenspiel von (mitunter gegenläufigen) Theorien und Praktiken der Ressourcenverteilung werfe ein Licht auf die tatsächlichen Zustände und Denkweisen, so Schulte. Mit Blick auf die Frage, welche Narrative für eine Ressourcengeschichte taugen könnten, plädierte Schulte für eine Beschäftigung mit der jeweiligen Definition von Verteilungsgerechtigkeit in einer Gesellschaft. Wenn auch die spätmittelalterliche Theorie vielfach am höfischen System gescheitert sei, so wirke der damals aufgeworfene Diskurs doch bis heute nach.

Im dritten Sektionsbeitrag behandelte JOACHIM SCHNEIDER (Mainz) die Rolle von Ressourcen bei der Ausbildung des Kurfürstenwahlrechts. Einleitend verwies Schneider auf das grundsätzliche Forschungsproblem der Entstehung des Kurfürstenkollegs und zitierte Thomas Ertls Forderung nach der Berücksichtigung möglichst vieler Faktoren, der am ehesten durch Franz-Reiner Erkens' Entwicklungstheorie entsprochen würde. Mit dem Ziel einer stärkeren Akzentuierung auch ökonomischer Faktoren in diesem Entwicklungsprozess griff Schneider die seiner Ansicht nach vernachlässigte bzw. von Hugo Stehkämpfer vorschnell verneinte Frage auf, wie sich der Einsatz von Geld und die Wahlmechanismen zueinander verhielten. Als besonders relevant für diese Frage erscheine die Doppelwahl von 1257, bei der erstmals die sieben Kurfürsten als entscheidendes Wahlgremium erkennbar würden. Hier hätte vor allem Richard von Cornwall seinen potentiellen Wählern hohe monetäre Angebote unterbreitet, die in den verschiedenen Verträgen klar als Gegenleistungen für die Stimmabgaben hervortreten würden. Voraussetzung für eine solche Einflussnahme sei die Entwicklung der Geldwirtschaft im „langen 13. Jahrhundert“ gewesen. Zeitgenössische Kritik an diesem Phänomen

wollte Schneider vor allem als politische Aussagen verstanden wissen, ohne dass daraus eine Wahrnehmung als Korruption im heutigen Sinne abzuleiten wäre.

Schneider formulierte vier Faktoren, von denen der Preis der Wahlstimmen abhängig gewesen sei: 1. Ressourcenpotential und soziale Geltung des Bewerbers; 2. Die Zahl der konkurrierenden Bewerber; 3. Der situationsbedingte Wille der Wähler, den Preis hochzutreiben; 4. Die Legitimität des Vorgangs in der Einschätzung der Beteiligten. Für diese als überzeitlich angenommenen Faktoren und ihre Bandbreite lieferte Schneider Beispiele aus verschiedenen Wahlen. Im Zusammenhang mit der Ausbildung der Regeln der Königswahl seien vor allem zwei Entwicklungen wichtig. Zum einen seien die der Wahl vorangehenden Absprachen durch die fixen Kosten kalkulierbar geworden. Zum anderen ließe sich ein ressourcengeschichtliches Argument für die schnelle Ausbildung eines exklusiven Wählerkollegs finden. Der Ressourcenfluss an die „Vorwähler“ (insbesondere die rheinischen Erzbischöfe und der Pfalzgraf bei Rhein) habe deren Hervorhebung begünstigt und gefestigt, auch weil andere potentielle Wähler aufgrund fehlender Anreize das Interesse an der Wahlbeteiligung verloren hätten. Damit ließe sich der Entwicklungstheorie eine ökonomisch-anthropologische Komponente hinzufügen. Die Geldflüsse seien keine unregelmäßigen, nebensächlichen Korruptionsaffären gewesen, sondern ein wichtiger Faktor bei der Ausbildung und Funktionalisierung des Kurfürstenwahlrechts.

Abschließend sprach JEAN-CLAUDE CHEYNET (Paris) zur Situation im Byzantinischen Reich im 10. bis 12. Jahrhundert. Jegliche Ämter und Privilegien seien vom Kaiser ausgegangen. Durch Psellos' Zeugnis sei deutlich, dass Würden (*Axiomata*) mitsamt deren Vergütung (*Rogai*) weitergereicht werden konnten, und dadurch zu einem Tauschgut gerieten, welches aufgrund des festgelegten Salärs zu einem Investment werden konnte. Solche Transfers habe es nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in den Provinzen gegeben, wie Eustathios Boilas zeige. Cheynet vermutet deshalb, dass die meisten

Begünstigten durch Vermittlung höherstehender Würdenträger ihre Würden erlangten. Dies gelte ebenso für Ländereien: Der Kaiser habe mittels des *Charistikariats* über Klosterbesitz verfügt und diesen an Günstlinge verteilt. Auch *Pronoiai* (Steuererträge eines Gebiets) wären weitergereicht worden. Trotz weniger Zeugnisse sprach Cheynet von einer üblichen Praxis. Tod oder Usurpationsversuche der Begünstigten hätten deren Würden/Ämter wieder auf den Kaiser zurückfallen lassen. Der sich ergebende Kreislauf von Würden und Ämtern habe sichergestellt, dass der Kaiser beständig seine Unterstützer bedenken konnte.

Des Weiteren bezog Cheynet jene Titel- und Ämtervergaben ein, die im Verlaufe von Rebellionen erfolgten. Sowohl Usurpatoren wie auch die vom Sturz bedrohten Kaiser hätten mittels Ernennungen von Schlüsselfiguren im feindlichen Lager gesucht, die Macht des Gegners zu untergraben, wobei der Usurpator sich auf Zusagen prospektiver Zahlungen habe beschränken müssen. Die hierfür ausgefertigten *Chrysobulla* seien blank ausgestellt gewesen; einerseits um Verhandlungsspielraum zu erhalten, andererseits um das Enttarnungsrisiko für den avisierten Überläufer zu mindern. Zudem habe die Titelvergabe eine gewichtige Rolle bei der Integration von Armeniern und Bulgaren, sowie im diplomatischen Verkehr gespielt. Beispielsweise habe Michael VII. an Robert Guiscard Ernennungsurkunden übersandt, welche der Normannenherzog nach eigener Maßgabe unterverteilte. Der Vorteil gegenüber einer Tributzahlung sei die nominelle Loyalitätsbeziehung zwischen Kaiser und normannischen Adel gewesen, obgleich aufgrund der *Rogai de facto* eine tributäre Beziehung entstanden sei. Insgesamt habe der Kaiser stets einen enormen Vermögensvorsprung vor der Aristokratie zu behaupten vermocht. Im Falle einer bedrohlichen Vermögensakkumulation in einer Adelsfamilie sei der Kaiser zur Konfiskation geschritten. Vermittelt durch den Adel habe das gesamte Reich an der Ressourcenverteilung partizipiert und in indirekter Abhängigkeit zu kaiserlichen Gunstbezeugungen gestanden, wodurch der Zusammenhalt zwischen Provinz und Zentrale gewährleistet wur-

de.

Als erster der beiden Diskutanten konstatierte WOLFRAM BRANDES (Frankfurt am Main), dass zumindest drei Forschungsperspektiven auf die Problemstellung nicht angesprochen worden seien: 1. Das römische Recht könne die ideellen Ursprünge einer ‚gerechten‘ Ressourcenverteilung aufdecken; 2. Eine christlich-theologische Annäherung könne lohnend sein – hätten sich doch bereits Kirchenväter wie Gregor von Nyssa zur Verteilungsgerechtigkeit geäußert; 3. Der Korruptionsbegriff sei insgesamt zu verwerfen, weil er durch Vorstellungen des 19. Jahrhunderts überformt worden sei. Da beinahe jede Amtsbesetzung mit einem Ressourcenaustausch verbunden gewesen wäre, ginge eine Deutung als korrumpierender Akt an der historischen Realität vorbei. Er pflichtete Cheynet insgesamt bei und unterstrich, dass das Byzantinische Reich (bis 1204) im Unterschied zum lateinischen Westen ein vormoderner Zentralstaat gewesen sei, der deshalb andere Formen und Möglichkeiten der Ressourcenverteilung gehabt habe. Die Konzentration Cheynets auf das 11. und 12. Jahrhundert sei richtig und unumgänglich, weil aus der Zeit davor relevante Quellennachrichten marginal seien. Dies bringe zwar die Schwierigkeit mit sich, dass *Pronoia* und *Charistikariat* erst zur behandelten Zeit aufgekommen seien, dennoch wäre eine ähnliche Situation in früheren Jahrhunderten ableitbar. Insgesamt sei der Ressourcenzugang über soziale Netzwerke sowie den persönlichen Zugang zum Kaiser bestimmt worden. Bei Ämtern sei die Erblichkeit üblich gewesen, obgleich sie erst für die Zeit ab dem 11. Jahrhundert wegen der sich entwickelnden Gentilnamen offenkundig wird.

In seiner abschließenden Stellungnahme sah JÖRG ROGGE (Mainz) durch die mediävistischen Beiträge insbesondere diverse Möglichkeiten illustriert, den Zugang zur Ressource „Amt“ zu rationalisieren. Bei seinem Fazit stellte er heraus, dass das päpstliche Präventionssystem durch die systematische Anwendung objektiver Kriterien im Ansatz ein ideales Verteilungssystem gewesen sei. Hinsichtlich der Praxis in den westlichen Fürstentümern verwies Rogge darauf, dass

man das Generieren von Ressourcen durch den häufig gerügten Ämterkauf durchaus auch als Faktor der inneren Staatswerdung begreifen könne. Den Geldeinsatz bei der römisch-deutschen Königswahl bezeichnete er als stabilisierenden Faktor, der – mit Wahlnorm und -praxis ins Verhältnis gesetzt – einen Zugang zum Gefüge zwischen König und Fürsten bieten könne. Eine Gemeinsamkeit der Fürsten, Könige, Kaiser und Päpste sei die Tatsache, dass für sie die Verfügung über Ämter eine ganz wesentliche Ressource dargestellt habe. Die Verleihung eines Amtes sei stets auch eine Maßnahme zum Gewinn von Loyalität bzw. politischer Unterstützung gewesen, mit der bereits erbrachte oder noch zu erwartende Leistungen verknüpft worden seien. Abschließend benannte Rogge drei heuristische Möglichkeiten ressourcengeschichtlicher Ansätze zur mittelalterlichen Ämtervergabe: 1. Eine stärkere Beachtung der materiellen Dimension des Sozialen; 2. Eine Auseinandersetzung mit der Anwendbarkeit moderner Begriffe wie Korruption; 3. Eine Beschäftigung mit der zeitgenössischen Kritik an der Vergabep Praxis, die auch die konkrete Agenda der Kritiker einbeziehen müsste.

Die auf reges Publikumsinteresse gestoßene Sektion zeigte neben unterschiedlichen Problemfeldern bei der Verteilung von Ressourcen nicht nur Mechanismen zur Lösung von Ressourcenkonflikten auf, sondern auch unterschiedliche Herangehensweisen an den Gegenstand. Dabei machte die Sektion den Gewinn einer ressourcenorientierten Perspektive auf die Vergabe von Ämtern sowie auf soziale Beziehungen im Allgemeinen deutlich. Als fruchtbar erwies sich auch der transdisziplinäre Blick auf sowohl den lateinischen Westen als auch Byzanz.

Sektionsübersicht:

Andreas Meyer (Marburg): Konfliktvermeidung durch Hierarchisierung von Ansprüchen. Prärogativen im Kampf um kirchliche Benefizien im Spätmittelalter

Petra Schulte (Rom): Der Fürst und die Verteilung knapper Ressourcen

im europäischen Spätmittelalter

Joachim Schneider (Mainz): Das Kurfürstenkolleg oder: Von der Organisation politischer Entscheidungen bei knappen Ressourcen

Jean-Claude Cheynet (Paris): Recevoir pour donner au sein de l'élite aristocratique byzantine (Xe-XIIe s.)

Diskutanten: Wolfram Brandes (Frankfurt am Main); Jörg Rogge (Mainz)

Tagungsbericht *Ressourcen – Konflikte – Regeln: Die Verteilung von Amt, Würde und Einfluss im Zeichen der Geldwirtschaft im westlichen Mittelalter und im Byzantinischen Reich*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 17.10.2012.

Ressourcen von Geschichtslehrkräften – Ressourcen für den Geschichtsunterricht

Leitung: Marko Demantowsky (Basel) / Manfred Seidenfuß (Heidelberg)

Bericht von: Holger Thünemann, Institut für Politik- und Geschichtswissenschaft, Pädagogische Hochschule Freiburg im Breisgau

Die deutschsprachige Geschichtsdidaktik hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur intensiv mit dem Thema Kompetenzen befasst, sondern sie interessiert sich endlich auch (wieder) verstärkt für den Bereich der Unterrichtsforschung. Anders als zeitweise angenommen („Teachers make no difference!“), wird inzwischen kaum noch bestritten, dass ungefähr „30 Prozent der Unterschiede in Schülerleistungen [...] auf Unterschiede im Wissen, im Handeln und in den Einstellun-

Ressourcen von Geschichtslehrkräften – Ressourcen für den Geschichtsunterricht

gen der sie unterrichtenden Lehrpersonen zurückzuführen“ sind.¹ Insofern ist es ausgesprochen positiv, dass auch die Geschichtsdidaktik neuerdings ein gesteigertes Interesse an Fragen der Professionsforschung zeigt²: Über welches Wissen, über welche Kompetenzen und Einstellungen verfügen Geschichtslehrerinnen und -lehrer? Wie bzw. auf Grundlage welcher Ressourcen werden bestimmte Wissensbestände, Kompetenzen und Einstellungen erworben, welche Relevanz haben sie für die berufliche Praxis, und welche diesbezüglichen Veränderungen ergeben sich im Laufe der professionellen Sozialisation? Wie lassen sich verschiedene Wissenstypen, Kompetenzbereiche und Einstellungsdimensionen theoretisch plausibel modellieren und empirisch zuverlässig überprüfen? Und nicht zuletzt: Wie können diejenigen, die für die verschiedenen Ausbildungsphasen verantwortlich sind, auf Wissen, Kompetenzen und Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern erfolgreich Einfluss nehmen, um historische Lehr-Lernprozesse zu optimieren und Geschichtsunterricht nachhaltig zu verbessern? Das sind fundamentale Fragen, vor denen die Geschichtsdidaktik derzeit steht. MARKO DEMANTOWSKY (Basel) und MANFRED SEIDENFUSS (Heidelberg) haben in ihrer Sektion auf dem Mainzer Historikertag versucht, auf einige dieser Fragen eine Antwort zu geben. Sie haben damit ein zentrales Forschungsdesiderat

¹Sigrid Blömeke, Voraussetzungen bei der Lehrperson, in: Karl-Heinz Arnold / Uwe Sandfuchs / Jürgen Wiechmann (Hrsg.), *Handbuch Unterricht*, 2. aktual. Aufl. Bad Heilbrunn 2009, S. 122-126, hier S. 123.

²Vgl. zuletzt Wolfgang Hasberg, Historiker oder Pädagoge? Geschichtslehrer im Kreuzfeuer der Kompetenzdebatte, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 9 (2010), S. 159-179; Holger Thünemann, „Ganz, ganz historisch gedacht“. Merkmale guten Geschichtsunterrichts aus Lehrerperspektive, in: Johannes Meyer-Hamme / Holger Thünemann / Meik Zülsdorf-Kersting (Hrsg.), *Was heißt guter Geschichtsunterricht? Perspektiven im Vergleich*, Schwalbach/Ts. 2012, S. 39-54, hier S. 40-42 und S. 51-52; Manfred Seidenfuß / Markus Daumüller, *The Teacher: A Decisive Variable for Innovations in Teaching History*, in: *Yearbook of the International Society for the Didactics of History* 33 (2012), S. 81-97; Michael Sauer, Kompetenzen für Geschichtslehrer – was ist wichtig und wo sollte es gelernt werden? Ergebnisse einer empirischen Studie, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 63 (2012), S. 324-348, besonders S. 324-327; vgl. außerdem Susanne Popp u.a. (Hrsg.), *Zur Professionalisierung von Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrern. Nationale und internationale Perspektiven*, Göttingen 2013 [im Druck].

aufgegriffen und, wie bereits die Abschlussdiskussion zeigte, dem geschichtsdidaktischen Forschungsdiskurs wichtige Impulse verliehen.

Nach einer kurzen Einführung der Sektionsleiter, in der unter anderem darauf hingewiesen wurde, dass empirischen Befunden zufolge rund 50 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer sich nur unzureichend auf den Lehrerberuf vorbereitet fühlen, stellten zunächst GEORG KANERT und MANFRED SEIDENFUSS Ergebnisse ihrer ambitionierten, zu Recht um fachliche Profilierung bemühten Heidelberger Langzeitstudie vor. Mit Hilfe von Fragebögen (geschlossene und offene Items) wollen sie herausfinden, wie wirksam die baden-württembergische Geschichtslehrausbildung ist. Über einen Zeitraum von acht Jahren werden insgesamt 259 Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer befragt, erstmals am Ende des Referendariats und danach während der sich anschließenden professionellen Sozialisationsphase. Die von Kanert und Seidenfuß vorgetragene Befunde deuten unter anderem darauf hin, dass sich Geschichtslehrkräfte durch die im Fach Geschichte intensive Unterrichtsplanung zwar stark belastet fühlen, dass fachliche Aspekte aber insgesamt eine weniger wichtige Rolle spielen als überfachliche. Außerdem zeichnet sich den Referenten zufolge ab, dass die befragten Lehrerinnen und Lehrer einige Forschungsfelder, die die Geschichtsdidaktik als Wissenschaftsdisziplin stark interessieren (zum Beispiel Kompetenzmodelle, transnationale Geschichte, Gender), offenbar für wenig relevant halten. Wichtiger seien ihnen dagegen Themen wie außerschulische Lernorte oder virtuelles historisches Lernen. Abschließend warnten Kanert und Seidenfuß aus guten Gründen jedoch vor Generalisierungen und räumten zugleich ein, dass die Ressourcenfrage noch nicht endgültig zu beantworten sei. Insgesamt griffen die Ressourcen der Lehrerbildung in der Berufseinstiegsphase aber wohl „nur bescheiden – bei nicht einmal jedem zweiten bei den fachlichen und nur bei jedem fünften bei den überfachlichen Schwierigkeiten.“

MONIKA FENN (Potsdam) diskutierte in ihrem Vortrag, ob und wie sich das meist instruktionale Unterrichtshandeln angehender Leh-

rerinnen und Lehrer so verändern lasse, „dass die Lernenden eigenständig Wissen konstruieren und Erkenntnisse metakognitiv verbalisieren, und zwar in Geschichtsstunden, in denen den Schülerinnen und Schülern der Konstruktcharakter von Geschichte nahegebracht werden soll“.³ Bei Fenns Forschungsvorhaben, das in theoretischer Hinsicht an Jürgen Baumerts Modell „professioneller Handlungskompetenz“ anschließt und das auf die Modifikation subjektiver Theorien und vor allem Skripts, das heißt Muster für Handlungsrouninen, abzielt, handelt es sich also um eine der ganz wenigen geschichtsdidaktischen Interventionsstudien. In einem aufwändigen Pre-Post-Testverfahren (Experimentalgruppe: n=28; Kontrollgruppe: n=25) hielten Studierende einerseits selbst Unterrichtsstunden, die zwecks Auswertung aufgezeichnet wurden. Andererseits kamen als Instrumente Fragebögen und Leitfadeninterviews zum Einsatz. Was die Ergebnisse der Studie betrifft, so konnte Fenn plausibel machen, dass die subjektiven Theorien sich zwar in beiden Gruppen veränderten, dass aber nur diejenigen Studierenden, die zuvor unter anderem an einem speziellen Videocoaching teilgenommen hatten, auch ihr tatsächliches Unterrichtshandeln modifizierten. Allein in dieser Gruppe sei eine signifikante Präferenz für problemorientierte und konstruktivistische Lehr-Lernformen erkennbar gewesen. Auf der Grundlage dieser Befunde plädierte Fenn abschließend für eine engere Verzahnung von geschichtsdidaktischer Theorie und Schulpraxis sowie für eine intensivere und innovativere Betreuung studentischer Praktika.

Im Anschluss daran warf MARKUS DAUMÜLLER (Heidelberg) die komplexe (und von ihm selbst allenfalls ansatzweise beantwortete) Frage auf, ob die Konstruktion einer „gelingenden“ Berufsbiografie und die erfolgreiche Verarbeitung von Berufserfahrungen Ressourcen seien, die Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrern bei der Bewältigung ihrer beruflichen Herausforderungen helfen könnten. Zur

³Vgl. zuletzt Monika Fenn, Modifikation subjektiver Theorien von Studierenden über Lehren und Lernen im Geschichtsunterricht, in: Jan Hodel / Béatrice Ziegler (Hrsg.), Forschungswerkstatt Geschichtsdidaktik 09. Beiträge zur Tagung „geschichtsdidaktik empirisch 09“, Bern 2011, S. 83-92.

Holger Thünemann

Beantwortung dieser Frage stützte Daumüller sich auf 27 Interviews, auf deren Basis er zehn Modi berufsbiografischer Erfahrungsorganisation modellierte – unter anderem „Kernthema“, „Figurierung“, „Distanz vs. Konformität“, „Kokonbildung“ und „Pädagogisierung des Geschichtsunterrichts“. Was den letztgenannten Modus betrifft, präsentierte Daumüller den interessanten und zugleich paradoxen Befund, dass viele Geschichtslehrkräfte ihr „fachdidaktisches Handeln [...] vorwiegend pädagogisch begründen, ohne auf theoretische Konzepte einzugehen.“ Dem entsprächen eher fachunspezifische Rollenkonzepte („Erzieher“, „Lebenshelfer“, „Wahrheitssucher“, dagegen weitaus seltener „Fachwissenschaftler“), die im Übrigen weitgehend veränderungsresistent seien.

In eine ähnliche Richtung wiesen auch Befunde, die THOMAS SANDKÜHLER (Berlin) zur Diskussion stellte. Auf der Grundlage einer Befragung von 86 Studierenden (22 Bachelor-Studierende mit Lehramtsoption, 43 Master-of-Education-Studierende, 21 Master-of-Arts-Studierende als Kontrollgruppe) der Berliner Humboldt-Universität und in theoretischer Anlehnung an Shulmans Forschungsparadigma des „Pedagogical Content Knowledge“ fragte er nach der Beziehung von Fachwissen und fachdidaktischem Wissen und nach den Bedingungen, unter denen beide Wissensformen im Studium erworben werden. Einerseits konstatierte Sandkühler eine „erkennbare Tendenz zur Entprofessionalisierung“. Andererseits hob er einen bemerkenswerten Widerspruch hervor: Die meisten Lehramtsstudierenden verfügten zwar über ein Konzept von Geschichte, das den Positionen moderner Geschichtsdidaktik durchaus entspreche und durch geschichtsdidaktische Lehrveranstaltungen wohl auch positiv beeinflusst sei; aber dennoch stehe die Fachdidaktik bei ihnen „kaum höher im Kurs“ als bei den Master-of-Arts-Studierenden, die überhaupt keine geschichtsdidaktischen Lehrveranstaltungen besuchten. Das ändere sich erst nach dem Blockpraktikum. Ähnlich wie Monika Fenn plädierte daher auch Thomas Sandkühler in überzeugender Weise für eine systematischere Verbindung von geschichtsdidaktischer Theorie und Praxis, wobei der

Ressourcen von Geschichtslehrkräften – Ressourcen für den Geschichtsunterricht

Praxisanteil des Studiums überhaupt „deutlich erhöht“ werden müsse, „um den Erwerb von didaktischem Fallwissen zu ermöglichen und zu reflektieren“.

Auch MARKO DEMANTOWSKY (Basel) und DIRK URBACH (Bochum) nahmen in ihren Vorträgen Bezug auf Shulmans Wissenskonzeption. MARKO DEMANTOWSKY profilierte zunächst den theoretischen Ansatz seiner im Kontext des Bochumer Forschungsverbundes „Grundlagen fachbezogenen Lernens“ entstandenen, anspruchsvollen Langfriststudie, die Probanden aller Berufsphasen integriert. Im Kern, so Demantowsky, geht es um eine „grundlegende, induktive, langfristige und vergleichende Beschreibung eines geschichtsbezogenen ‚Pedagogical Content Knowledge‘“, das eine zugleich „individuell-dynamische und historische Größe“ sei, „die vor allem durch sozialisatorische Erfahrungen geprägt“ werde. Dabei seien für die ab Herbst 2013 geplante Hauptuntersuchung, die sich ganz bewusst als „Grundlagenforschung ohne unmittelbaren Anwendungsanspruch“ versteht, in methodischer Hinsicht sowohl stärker quantitativ akzentuierte Erhebungsinstrumente (Fragebögen) als auch qualitative Zugriffe (zum Beispiel Experteninterviews) geplant. Ausgehend von diesen Vorüberlegungen, stellte Demantowsky dann erste Ergebnisse einer Vorstudie zur Diskussion, an der sich sowohl Studierende für das Lehramt Geschichte der Ruhr-Universität Bochum (n=382) als auch Geschichtslehrkräfte des mittleren und östlichen Ruhrgebiets (n=66) beteiligten. Im Rahmen dieser Vorstudie wurde unter anderem danach gefragt, welche Informationsressourcen die Probanden nutzen, um sich historisch zu informieren, wie sie die Glaubwürdigkeit der von ihnen benutzten Ressourcen einschätzen und welche Nutzungsempfehlungen sie an Schülerinnen und Schüler aussprechen würden. Auf große Resonanz bei den Teilnehmern der Sektion stieß dabei vor allem der Befund, dass das Internet sowohl von Novizen als auch von Experten zwar nachdrücklich zur Informationsaneignung empfohlen wird, dass seine Zuverlässigkeit seitens der Probanden aber zugleich auf erhebliche Vorbehalte stößt. Diesen Befund deutete Demantowsky als Argument

dafür, dass geschichtskulturelle Medien und deren geschichtsdidaktische Reflexion in der Geschichtslehrausbildung (auch weiterhin) eine wesentliche Rolle spielen sollten. Den Faktor Geschichtskultur betonte anschließend auch DIRK URBACH. Als erstes Ergebnis seines Promotionsprojekts (Interview-Vorstudie, n=10; die Hauptuntersuchung, n=24, ist für 2013-2015 geplant), das vor dem Hintergrund berufsbio-graphischer Entwicklungsprozesse auf die Rekonstruktion von Fach- und Selbstkonzepten zielt, formulierte Urbach die Hypothese, dass berufsbezogene Überzeugungen gemeinsam „mit den Erzählungen [...] über vergangene Begegnungen mit Geschichtskultur stabile und konsistente Konstrukte und GeschichtslehrerInnen-Biografien“ bilden, „an denen sich sowohl Fach- wie auch Selbstkonzepte ablesen“ ließen. Bezüglich der Genese dieser Konzepte betonte Urbach dabei die mutmaßliche „Wirksamkeit non-intentionaler Bildungsprozesse“.

BJORN WANSINK (Utrecht) ergänzte den deutschsprachigen Diskurs schließlich um eine aufschlussreiche geschichtsdidaktische Perspektive aus den Niederlanden. Wansink hob zunächst hervor, dass man dort – im Gegensatz zur deutschen Kompetenzdebatte – im Moment eine intensive Kanon-Diskussion führe. Danach präsentierte er dann theoretische Grundannahmen seines Dissertationsprojektes, in dessen Zentrum die Frage steht, wie sich die auf Geschichte/ Geschichtsschreibung und Geschichtsunterricht bezogenen epistemologischen Überzeugungen zukünftiger Geschichtslehrer in ihrer postuniversitären Ausbildung und den ersten Jahren ihrer Berufstätigkeit entwickeln bzw. verändern und welche Faktoren (Persönlichkeitsmerkmale, Schul- und Universitätsausbildung) für diese Entwicklung relevant sein könnten. Erste Untersuchungsergebnisse deuten Wansink zufolge darauf hin, dass die meisten Lehrerinnen und Lehrer Geschichte als Ergebnis von Deutung und Interpretation vermitteln wollen und den Methoden kritisch-historischen Denkens daher sehr große Bedeutung zumessen. Besonders interessant war die von Wansink formulierte These eines „double epistemic standard“. Damit ist gemeint, dass die epistemologischen Überzeugungen, die Geschichts-

lehrkräfte hinsichtlich der Wissenschaftsdisziplin Geschichte haben, sich von denen für das Schulfach Geschichte möglicherweise grundlegend unterscheiden.

Die abschließende Diskussion, in der die Wahl des Sektionsthemas gerade auch von den Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis positiv hervorgehoben wurde, hatte vor allem vier Schwerpunkte. Zum einen ging es um Methodenaspekte, also beispielsweise um Fragen des Samplings oder der Passung von Fragestellung und Erhebungsinstrumenten. Dann wurde mehrfach nach dem Grad der Domänenspezifität der vorgestellten Befunde und dem Konzept geschichts-didaktischer Fachlichkeit gefragt. Außerdem wurde diskutiert, ob sich die Geschichtsdidaktik in Zukunft nicht stärker von ihrer bisherigen Fokussierung auf individuelle Einstellungen bzw. Überzeugungen (beliefs) von Lehrerinnen und Lehrern lösen müsse, um Geschichtsunterricht tatsächlich verbessern zu können. Und schließlich wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit es zulässig sei, aus ersten empirischen Befunden bereits ausbildungspragmatische Konsequenzen abzuleiten. In forschungsstrategischer Hinsicht wäre – darauf sei ergänzend hingewiesen – nicht zuletzt zu überlegen, wie es der Geschichtsdidaktik angesichts ihrer notorisch begrenzten Ressourcen gelingen kann, vielversprechende, aber insgesamt eher noch disparate Forschungsvorhaben so effizient zu bündeln, dass sie auf dem enorm relevanten Feld der Professionsforschung in naher Zukunft einen deutlichen Schritt vorankommt. Die Mainzer Historikertagsektion hat dazu einen wichtigen Anstoß gegeben.

Sektionsübersicht:

Manfred Seidenfuß (Heidelberg); Marko Demantowsky (Basel): Einführung. Der gläserne Lehrer? Lehrerforschung im nationalen und interdisziplinären Rahmen

Georg Kanert / Manfred Seidenfuß (Heidelberg): Auf dem Weg in den „Praxisschock“? Die Ressource Lehrerbildung für die Berufseinstiegs-

phase

Monika Fenn (Potsdam): Ressource Erfahrung und Stil. Berufliche Selbstverständnisse von Lehramtsstudierenden des Faches Geschichte

Markus Daumüller (Heidelberg): Strategien der Organisation beruflicher Erfahrungen – eine Ressource von Geschichtslehrkräften?

Marko Demantowsky (Basel); Dirk Urbach (Bochum): Ressourcen berufsbezogener Überzeugungen angehender und praktizierender Geschichtslehrkräfte im mittleren/östlichen Ruhrgebiet 2011/12

Thomas Sandkühler (Berlin): Die Ressource Fachlichkeit bei Berliner Studierenden

Bjorn Wansink (Utrecht): Diversity in prospective history teachers' (epistemological) beliefs about history and history education

Tagungsbericht *Ressourcen von Geschichtslehrkräften – Ressourcen für den Geschichtsunterricht*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2012.

Schrift und Buch als Ressourcen des späten Mittelalters

Leitung: Claudia Märtl (München)

Bericht von: Jan-Hendryk de Boer, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte, Universität Göttingen

Mit Buch und Schrift standen Ressourcen im Mittelpunkt der Sektion, die früher ein beliebter Forschungsgegenstand der Historischen Hilfswissenschaften waren und nun im Rahmen des wieder erwachten Interesses an Materialität auf teils an die älteren Ansätze anknüpfende, teils neuartige Weise mit neuer Intensität erforscht werden. Insofern erschien es nur folgerichtig, ihnen im Rahmen eines Historikertages, der sich mit Ressourcen befasste, eine Sektion zu widmen, wie CLAUDIA

Schrift und Buch als Ressourcen des späten Mittelalters

MÄRTL (München) in ihrer Einleitung hervorhob. Dabei seien Ressourcen nicht rein wirtschaftsgeschichtlich zu fassen, vielmehr hätten sie auch eine politisch-kulturelle Dimension. Sie stellten, mit Werner Plumpe, Mittel und Möglichkeiten für unsere kulturellen Vorstellungen bereit. Märtl hob hervor, es gehe den Sektionsteilnehmern/innen nicht um eine affirmative Anpassung an den Zeitgeist und das Propagieren eines rein ökonomistischen Ansatzes. Vielmehr vermöge der Begriff „Ressource“ den forschenden Blick zurück auf die Materialität der Phänomene sowie deren wirtschaftliche und soziale Funktionalisierung zu lenken. Buchbesitz habe nicht nur im Mittelalter als Statussymbol gedient, Kommunikationswege reguliert, Wissen zur Verfügung gestellt oder bestimmten Publika vorenthalten. Bücher seien allein schon aufgrund der Knappheit des Pergaments, aber auch im beginnenden Papierzeitalter begrenzte Ressourcen gewesen, die verwandelt oder vernichtet werden konnten, etwa in Gestalt von Palimpsesten. Im Spätmittelalter sei eine Dynamisierung von Buchproduktion wie -verbreitung durch den Druck geschehen, es sei darüber hinaus insgesamt zu einer gesteigerten Schriftproduktion gekommen. Die Entstehung von Büchern sei stets normativ reguliert und praktischen Zwängen unterworfen gewesen, woraus beständig Spannungen und Konflikte entstanden seien, weswegen das gesamte Feld einer beständigen Dynamik unterworfen gewesen sei.

Diesen allgemeinen Rahmen zu füllen, unternahm zunächst CARLA MEYER (Heidelberg), die am Beispiel der Grafen von Württemberg Schriftlichkeit als Ressource in ihren Dynamiken akribisch nachzeichnete. Es ging ihr darum zu erklären, wie sich Verwaltungshandeln schriftlich niederschläge. Durch statistische und inhaltliche Auswertungen des altwürttembergischen Bestands im Hauptstaatsarchiv Stuttgart mit der Signatur A602 wurde deutlich, wie die Materialien Papier und Pergament die Glaubwürdigkeit der transportierten Inhalte mitbestimmten. Allgemein ließ sich ein enormer Anstieg der Schriftproduktion im 15. Jahrhundert erkennen, erst am Ende des Jahrhunderts kam es zu einem leichten Rückgang. Dass solche statistischen Eviden-

zen immer vorgebliche sind, wurde nicht nur in der anschließenden Diskussion, sondern bereits von Meyer selbst entschieden hervorgehoben. Nicht nur wurde der von ihr untersuchte Bestand erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der jetzigen Form zusammengeführt; auch hatten Kriege für Verluste gesorgt, spätere Abschriften waren umgekehrt kontinuierlich dazugekommen, um Lücken zu füllen. Kassationsmaßnahmen schlugen sich ebenfalls nieder: So hatten ökonomische Quellen grundsätzlich schlechtere Überlieferungschancen gehabt als rechtsrelevante. Archivare neigten dazu, eher Pergament als Papier zu bewahren. Der vermeintliche statistisch konstatierte Rückgang der Schriftproduktion Ende des 15. Jahrhunderts war tatsächlich die Auswirkung der Einführung des Amtes eines Registrators in der Kanzlei, der gezielt auswählte, was bewahrt und was aussortiert werden sollte. Doch all dieser Einflüsse auf den Quellenbestand zum Trotz, ließen sich allgemeine Entwicklungslinien aufzeigen: Im 14. Jahrhundert wurde die Verwaltung unter Eberhard II. dem Greiner mit dem Stuttgarter Schloss als Mittelpunkt ortsfest; Mitte des 14. Jahrhunderts entstand eine organisierte Schreibstube, Ende des Jahrhunderts die Kanzlei als festes Gebäude. Damit verbunden war das Auftauchen neuer Gattungen, vorrangig der Amtsbücher in Gestalt von Lehnbüchern und Urbaren. Mit einem Brief von 1358 hielt das Papier als Beschreibstoff Einzug, doch die eigentliche Papierzeit verortete Meyer erst ab den 1380er-Jahren im Gefolge der neuen Gräfin Antonia da Visconti. Während Italiener zur Zeit Antonias rechtsverbindliche Geschäfte bereits auf Papier ausfertigen, war man in Württemberg skeptischer und blieb zunächst beim Pergament. Mit der Landesteilung des 15. Jahrhunderts wurde auch die Verwaltung auf mehrere Zentren verteilt, womit eine Zunahme des Schreibbedarfs korrelierte, die nun immer stärker auch die Lokalverwaltung einschloss. Innerhalb der Kanzlei wurde der Landschreiber zu einem eigenen Ressort. Für die Zeit Eberhards im Barte machte Meyer eine „regelrechte Bürokratisierungswut“ aus, die sich in zahllosen Erlassen, Registern und Amtsbüchern niederschlug. Schreibkenntnisse wurden für alle Amtsleute zur Pflicht, wie auch die

Untertanen idealerweise schreiben und lesen können sollten. Für die Stadt Stuttgart wurde erstmals ein Ausweispapier eingeführt. Um dem erhöhten Bedarf an dieser Ressource entsprechen zu können, wurde in den 1470er-Jahren in Urach eine Papiermühle eingerichtet. Papier war dabei der Beschreibstoff für die Alltagsschriftlichkeit. Nicht nur die Schriftlichkeit im Allgemeinen wurde von Eberhard als wichtiges Medium erkannt, auch die neue Technik des Drucks wurde von ihm begierig aufgenommen. Insgesamt, so konnte Meyer resümieren, war der Beschreibstoff ein wichtiger Grund für Aussortierung und Nichtüberlieferung, womit sich Papiergeschichte nur als Verlustgeschichte schreiben lasse.

EVA SCHLOTHEUBER (Düsseldorf) widmete sich der Rolle von Büchern im Franziskanerorden, ein gerade in den ersten Jahrzehnten der Ordensgeschichte und im Rahmen der Observanz heftig umstrittenes Thema. So warfen die Franziskanerobservanten ihren Mitbrüdern im Umfeld des Konstanzer Konzils vor, zu leicht Kinder anzuwerben und sie unter anderem mit dem Versprechen zum Ordenseintritt zu verführen, dass sie als Brüder über die Bücher des Ordens verfügen könnten. Grundsätzlich standen Franziskaner Büchern und insbesondere wertvollen Büchersammlungen in verschiedenen Abstufungen skeptisch gegenüber. Die frühen Mendikanten führten Bücher mit sich, wobei diese nicht als Privat-, sondern als Ordensbesitz galten. Auswahl, Bereitstellung und Beschränkung von Büchern war Sache des Gesamtordens, wie immer wieder von den Generalkapiteln eingeschärft wurde. Statuten versuchten, den privaten Buchbesitz zu regulieren und zurückzudrängen. Doch gab es innerhalb des Ordens auch andere Stimmen: David von Augsburg etwa verstand Armut als Konnex zu spirituellem Reichtum, und Berthold von Regensburg konnte darlegen, dass sich gerade deshalb Armut und Buchbesitz verbinden ließen. Die Armutslehre praktisch umsetzend, blieben franziskanische Bücher betont einfach ausgestattet, der Inhalt wurde bereits in Schriftbild und Textgestaltung als das Entscheidende hervorgehoben. Ende des 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts nahm die Zahl gelehrter Brüder

zu, worauf man mit der Einrichtung von Schulen in den einzelnen Provinzen reagierte, um Konvente mit Lektoren, Priestern, Beichtigern etc. versorgen zu können. Damit war nahezu unausweichlich die Gefahr verbunden, dass Brüder abweichende Lehren verträten, worauf der Orden mit einer bewussten Theologisierung reagierte: Geeignete Brüder wurden an Studienhäuser und Universitäten geschickt, das Studium wurde zur Voraussetzung für die Übernahme ordensinterner Ämter. Konsequenterweise forderten die Ordines Benedikts XII. die Einrichtung von Bibliotheken in den Konventen. Wichtige Häuser richteten zwei Sammlungen ein, eine für das Generalstudium, eines für die Provinz/Kustodie. Weiterhin behielt der Orden die Bücherauswahl und die zentrale Prüfung ihrer Inhalte in der Hand. Im 15. Jahrhundert bemühte man sich, private und selbstgeschriebene Bücher in Konventsbibliotheken einzugliedern, was nicht immer ohne Schwierigkeiten ablief und beständigen Drucks der Ordensoberen bedurfte. Die in Folge all dieser Maßnahmen häufig sehr gut ausgestatteten Franziskanerbibliotheken übten große Auswirkungen auch über den Orden hinaus aus und verbanden die Konvente mit der jeweiligen Stadt. Durch zurückkehrende Studenten wurden die Konvente regelmäßig mit neuer Literatur aus den intellektuellen Vororten versorgt.

Unter Verwendung von Ergebnissen seiner im Druck befindlichen Dissertation beschrieb MAXIMILIAN SCHUH (München/Göttingen) am Beispiel Ingolstadt das Buch als Wissensressource an der spätmittelalterlichen Universität. Dabei zeigte er, dass das Buch durch die jeweilige Benutzung zur kulturellen Ressource wurde. Seit 1473 unterhielt die Ingolstädter Artistenfakultät eine eigene Bibliothek, 1480 richtete man einen universitären Bibliotheksraum ein. Auf diese Weise wurden Texte für den Unterricht der Artesmagister bereitgestellt, da für viele Magister der Erwerb von Büchern auch im Druckzeitalter nicht möglich war. 1490 wurde der Erwerb von Büchern für artistischen Unterricht angemahnt, offenbar mit Erfolg, denn 1492 verzeichnete der Bestandskatalog 231 Bände, darunter prominent Werke, die dem Unterricht dienten. Der Bestand war nach Sachgruppen angeordnet.

Die Nutzungsbedingungen sahen vor, dass Bücher nur in Bibliotheksräumen eingesehen werden dürften. Für viel Ärger, unter anderem bei Conrad Celtis, sorgte die Beschränkung des Bibliothekszugangs, bevorzugt wurden Magister, die Mitglied im fakultären Leitungsgremium waren. Studenten konnten die Bestände grundsätzlich nicht nutzen, auch für Mitglieder höherer Fakultäten stand der Zugang nicht automatisch offen. Bekanntermaßen ist der Diebstahl von Büchern aus Universitätsbibliotheken bis heute ein Problem geblieben. Die Ingolstädter Bibliothekare kennzeichneten ihre Bücher gleich vierfach: mit einem Besitzvermerk, einem Ex libris-Wappen, einem Sichtvermerk auf fol. 10 sowie einem Schlussvermerk nach dem Kolophon. An mehreren Exemplaren konnte Schuh zeigen, dass solche Vorsicht durchaus berechtigt war: Zahlreiche Bände hatte er ihm Rahmen seiner Recherchen aufgespürt, bei denen Besitzvermerk und Wappen herausgeschnitten waren, häufig ermöglichte es aber zumindest eine erhalten gebliebene Kennzeichnung, bestimmte Bücher Ingolstadt zuzuordnen. Nur etwa 25% der Bestände der Fakultätsbibliothek waren Handschriften, es dominierten Inkunablen. Auch inhaltlich war man, entgegen mancher (bereits von zeitgenössischen Humanisten kolportierter) Klischees dem neuen Wissen und den neuen Techniken, wie sie aus Italien über die Alpen kamen, aufgeschlossen. Benutzungsspuren zeigten, dass auch antike Texte von Artisten verwendet wurden. Die Integration humanistischen Bildungsguts war dennoch nicht unproblematisch und bedurfte pädagogischer Kunstgriffe: Studentische handschriftliche Anmerkungen in Marginalglossen zu den *Elegantiole* verzeichnen zusätzliche, einfachere Beispiele, die sich dem mündlichen Unterricht verdankten. Einige waren der studentischen Lebenswelt entnommen. Einige Studenten fügten eigene Beispiele hinzu, in denen sie das Gelernte spielerisch rekapitulierten. Bei aller Einfachheit und gelegentlichen Unbeholfenheit konnte Schuh gleichwohl nachweisen, dass sich der Stil, der im artistischen Unterricht vermittelt wurde, konsequent am klassischen Latein orientierte.

Im letzten Vortrag widmete sich MARTIN WAGENDORFER (Mün-

chen/Wien) Handschriften als Wissensressource, wobei er die Rezeption des Humanismus nördlich der Alpen in Privatbibliotheken als Beispiel wählte. Der Wechsel von gotischer zu humanistischer Schrift stellte demnach eine bewusste Entscheidung dar, mit der man sich zum neuen Bildungsideal bekannte. Insgesamt seien Privatbibliotheken zwar recht schwer zu erforschen, sie böten aber auch besondere Chancen: Während sich nämlich bei institutionellen Bibliotheken Teile des Bestandes immer dem Zufall verdankten, orientierten sich Privatbibliotheken an den Interessen der jeweiligen Besitzer. So könne man mittelalterliche Bibliothekskataloge systematisch auf Buchbesitz von Humanisten auswerten und Spuren gezielter Aneignung rekonstruieren. Als Beispiel wählte Wagendorfer die Bibliothek des Wiener Juristen Johannes Polczmacher. Er wurde 1424 in Wien inskribiert, erlangte 1432 an der juristischen Fakultät das Lizentiat und wurde 1434 zum Doktor des Kirchenrechts promoviert. Mehrfach bekleidete Polczmacher das Amt des Dekans, 1438 war er Rektor der Universität. Er trat als Verfasser eines umfassenden Dekretalenkommentars hervor. Zwar gehörte er keinem der Wiener Humanistenkreise an und verfasste keine humanistischen Schriften. Seine Bibliothek dokumentierte jedoch Interessen, die über seine Tätigkeit als Jurist an der Universität hinauswiesen. Testamentarisch verfügte er, dass seine Autographen an einen Kanonikus gehen sollten, 82 Bände seiner Bibliothek vermachte er dem Wiener Schottenkloster. Die sich darunter befindenden juristischen Bücher sollten Universitätsangehörigen gegen eine Gebühr zur Verfügung stehen. Die dem Schottenkloster zu überlassenden Bände teilte er nach Sachgebieten ein, wobei er 46 Bände als „in iure canonico“ verzeichnete und 30 als „Libri morales et poetici ac alii permixtim“. Darunter befanden sich laut Wagendorfer 25 Bände mit humanistischen Texten (antike Klassiker, Petrarca „De remediis“, Piccolomini). Insgesamt 29 Bände waren auf Pergament, 52 auf Papier geschrieben. Erhalten haben sich fast nur juristische Texte und fast ausschließlich Papierhandschriften. Fast alle Handschriften sind auf die frühen 1440er-Jahre zu datieren. Seine Bibliothek war

weniger in ihrem Umfang, wohl aber in ihrem starken humanistischen Einfluss für Wiener Universitätsgelehrte der Zeit ungewöhnlich. Die Artistenfakultät etwa kaufte erst ab 1467 humanistische Bücher, erste humanistische Vorlesungen wurden ab 1451 gehalten. Wie genau Polczmacher seine humanistischen Interessen entwickelte, muss teilweise Spekulation bleiben. Immerhin ist es sicher, dass er Kontakt mit Enea Silvio Piccolomini hatte. Eine Parallele stellte die teilweise rekonstruierbare Bibliothek des Georg von Peuerbach dar. Auch er zeigte deutlich humanistische Interessen. In seinen Handschriften finden sich frühe Belege für die humanistische Minuskel. Das in der Forschung häufig angeführte Beispiel der Melker Annalen ab 1418, die immer wieder als erste Verwendung der humanistischen Minuskel in Nordeuropa angeführt werden, verwarf Wagendorfer. Tatsächlich ahme Petrus von Rosenheim nämlich eine ältere Minuskel (vielleicht aus dem 12. Jahrhundert) nach. So ließen sich die Verwendung der neuen humanistischen Schriften und damit eine aktive Zuwendung zum italienischen Bildungsideal für Österreich kaum vor 1450 belegen.

Insgesamt konnte die Sektion, wie sich in der Diskussion bestätigte, schlagend unter Beweis stellen, dass die alten Interessen an Schrift und Buch unter dem Zeichen der Materialitätsforschung eine eindrucksvolle Revitalisierung erfahren und so ihrerseits eine wichtige Ressource etwa für die Gelehrten- und Universitätsgeschichte, die Religions- und Frömmigkeitsgeschichte sowie die Ideengeschichte darstellen kann.

Sektionsübersicht:

Claudia Märtl (München): Einführung ins Thema der Sektion

Carla Meyer (Heidelberg): Ressource Schriftlichkeit im späten Mittelalter. Das Beispiel der Grafen von Württemberg

Maximilian Schuh (München/Göttingen): Das Buch als Wissensressource an der spätmittelalterlichen Universität. Das Beispiel Ingolstadt

Eva Schlottheuber (Düsseldorf): Die Ressource 'Buch' im Spannungs-

Schuld – Sühne – Recht. Gerechtigkeitsvorstellungen, Rachephantasien und juristische Interventionen um 1945/46

feld zwischen Privatbesitz und Konventsbibliothek

Martin Wagendorfer (München/Wien): Handschriften als Schrift- und Wissensressource. Die Rezeption des Humanismus nördlich der Alpen im Spiegel von Privatbibliotheken

Tagungsbericht *Schrift und Buch als Ressourcen des späten Mittelalters*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 18.10.2012.

Schuld – Sühne – Recht. Gerechtigkeitsvorstellungen, Rachephantasien und juristische Interventionen um 1945/46

Leitung: Stefanie Schüler-Springorum (Berlin) / Ulrike Weckel (Berlin)
Bericht von: Christoph Dieckmann, Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main/Keele University, UK

Stefanie Schüler-Springorum und Ulrike Weckel (beide Berlin) hatten eingeladen, über das Verhältnis von Rache und Recht 1945/1946 nachzudenken, die Schuldfrage zu historisieren und selbstkritisch unser Moralisieren der NS-Nachgeschichte in den Blick zu nehmen. Die extremen Massenverbrechen der Deutschen lagen bei Kriegsende offen zu Tage. Wie konnte man darauf reagieren und wie wurde reagiert? Es ging in dieser Sektion um verschiedene zeitgenössische Perspektiven, vor allem aus jüdischer und deutscher Sicht, um Rachephantasien und -realitäten sowie die juristischen Überlegungen und Interventionen der Alliierten. Elisabeth Gallas (Leipzig/Wien) und Laura Jockusch (Haifa/Jerusalem) untersuchten jüdische Institutionen, die Organisation „Jewish Cultural Reconstruction“ und den Jüdischen Weltkongress. Mark Roseman (Bloomington) trug zu Täterbildern und Holocaustnarrativen der jüdischen Opfer vor und Ulrike Weckel zu Opferbildern und den diversen Rachephantasien der Deutschen.

Noch bis Kriegsende war auf allen Seiten der Alliierten sehr kontrovers diskutiert worden, ob nicht Massenhinrichtungen von deutschen Kriegsverbrechern der beste Weg der Vergeltung seien. Dass schließlich ab Sommer 1945 der Weg der Gerichtsverfahren eingeschlagen wurde, hin zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess vor einem Internationalen Militärtribunal, den Nürnberger Nachfolgeprozessen und den vielen hundert Verfahren in den jeweiligen Besatzungszonen, war keineswegs so selbstverständlich, wie es uns heute erscheinen mag. Weder war die Rechtsgrundlage geklärt, noch konnten die Empfindungen der Öffentlichkeiten eingeschätzt werden. Was für eine Strafe könnte überhaupt dem Ausmaß der Verbrechen gerecht werden? Hatten die deutschen Massenmörder es „verdient“, vor Gericht gestellt zu werden, wo sie sich öffentlich verteidigen konnten? Widerspruch das nicht den nur zu verständlichen Rachewünschen, gerade auf Seiten der Opfer und Geschädigten? ULRIKE WECKEL (Berlin) hob die Errungenschaft hervor, die Chefankläger Robert Jackson zu Beginn seiner Eröffnungsrede aussprach: „That four great nations, flushed with victory and stung with injury stay the hand of vengeance and voluntarily submit their captive enemies to the judgement of law is one of the most significant tributes that Power has ever paid to Reason.“

Die Alliierten erhoben schließlich Anklage unter anderem wegen „crimes against humanity“. Diese beinhalteten auch die Ermordung der europäischen Juden. Die Shoah wurde somit – entgegen manchen Thesen in der Historiographie – beachtet, wenngleich nicht in einer Weise, die ihrer Bedeutung annähernd gerecht werden konnte. Gleichwohl kam LAURA JOCKUSCH (Haifa/Jerusalem) in ihrer Untersuchung, wie der 1936 in Genf gegründete Jüdische Weltkongress (World Jewish Congress, WJC), der sich als Nichtregierungsorganisation des Diasporajudentums und des „geretteten Rests“ (She’erit Hapleta, die Eigenbezeichnung der jüdischen Überlebenden) verstand, zu einem überraschenden Ergebnis. Der WJC hatte versucht, so Jockusch, die Shoah im Nürnberger Prozess sehr viel mehr herauszustellen, zeigte

sich aber durchaus zufrieden mit dem Erreichten und das, obwohl viele seiner Initiativen gescheitert waren, weil den Alliierten aus unterschiedlichsten (und nicht immer guten) Gründen andere Gesichtspunkte wichtiger erschienen. Seit 1942 hatte sich das 1941 vom WJC gegründete Institute of Jewish Affairs mit der Dokumentation der Shoah und den Rechtsfragen zur Strafverfolgung der Täter befasst. Es sei dem WJC aber weder gelungen, als nichtstaatliche Organisation einen Sitz in der im Oktober 1943 in London gegründeten United War Crimes Commission (UWCC) zu erhalten, noch die Strafverfolgung von deutschen Verbrechen gegen deutsche und österreichische Juden in das Mandat der UWCC einzubeziehen, da nur Kriegsverbrechen an Bürgern feindlicher Staaten verfolgt werden sollten. Ende 1944 forderte der WJC eine offizielle jüdische Vertretung bei der Strafverfolgung der Täter, weil das jüdische Volk ein besonderes Schicksal erlitten habe. Im Juni 1945 sprach der WJC mit Robert Jackson über einen separaten Prozess zur Ermordung der Juden, und schließlich stand die Möglichkeit im Raum, den Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, Chaim Weizman, als Zeugen auftreten zu lassen. Zwar schlugen all diese Initiativen fehl. Aber Jackson nutzte gerne das vom Institute of Jewish Affairs zusammengestellte Material, und der Leiter des Instituts, Jacob Robinson, formulierte alle diejenigen Passagen der Anklagerede Jacksons, die sich auf Juden bezogen. Das war vielleicht schon mehr als der WJC realistisch erwarten konnte, so Jockusch. Denn das jüdische Volk stellte zu diesem Zeitpunkt noch kein „Rechtssubjekt“ dar, die Staatsgründung Israels stand noch bevor, es gab keine offizielle jüdische Delegation. Daher seien jüdische Vertreter auf die Gunst anderer staatlicher Repräsentanten angewiesen gewesen.

Dieses Problem beschäftigte auch die Ende 1943 gegründete und vom Historiker Salo Baron geleitete Organisation „Commission on European Jewish Cultural Reconstruction“ (JCR), wie ELISABETH GALLAS (Leipzig/Wien) herausstellte. Der JCR sei es um die Auffindung und Rückgabe geraubter jüdischer Kulturgüter gegangen

und um die Frage, ob jüdische Kultur in Europa wiederhergestellt werden könnte. Es war Hannah Arendt, die ab August 1944 die Forschungsabteilung des JCR leitete. Das Ausmaß der Zerstörung und des Raubes wurde durch Recherchen immer klarer. Damit sei die Absicht der Wiederherstellung jüdischen kulturellen Lebens in Europa in den Hintergrund gerückt, und die Rückerstattung sollte an die neu entstehenden Zentren jüdischen Lebens außerhalb Europas erfolgen. Wie aber konnte das nichtstaatliche, transterritoriale Kollektiv der Juden als Rechtssubjekt anerkannt werden, da Rückerstattungsvereinbarungen seit 1907 auf dem Territorialprinzip beruhten? Arendt hatte schon seit 1941 für die Aufstellung einer jüdischen Armee plädiert, um so das Recht zu erstreiten, eine gestaltende Rolle in der Nachkriegsordnung einzunehmen. Da dies nicht geschah, war ab 1945 ganz unklar, an wen geraubte jüdische Kulturgüter zurückgegeben werden sollten. Die JCR habe daher auf eine Treuhandorganisation gedrängt und sich 1947 mit 17 weiteren jüdischen Organisationen zusammengeschlossen; das „European“ verschwand aus dem Namen, Hannah Arendt übernahm die Geschäftsführung. 1949 wurde die JCR tatsächlich als Treuhänderin für erbenlose jüdische Kulturgüter anerkannt, allerdings nur in der amerikanischen Zone. In diesem Zusammenhang, so Gallas, reiste Arendt Ende 1949 nach Deutschland und schrieb ihre niederschmetternden Erfahrungen in ihrem Essay *Besuch in Deutschland* auf. Ihr zentrales Anliegen, die Anerkennung des universellen „Rechts, Rechte zu haben“, fand seinen Ausdruck in ihrer Arbeit für die JCR.

In den Vorträgen von MARK ROSEMAN (Bloomington) und ULRIKE WECKEL (Berlin) ging es weniger um Rechtsfragen als vielmehr darum, welche Rolle Rachewünsche und Rachephantasien bei Juden und Deutschen gespielt haben. Roseman illustrierte das in Frage stehende Problem mit einem Witz, den überlebende Juden in Israel erzählten: Hitler, trying to hide his post-war identity, enters a Café in Prague and sees a survivor reading the daily newspaper. „Could I borrow your paper?“ whispers Hitler politely. The Jew, recognizing Hitler, answers in fury: „No, Herr Führer, you will never get a newspa-

per from me after what you have done to my people during the war.“ Der Mangel an Rache wurde ironisiert. Und tatsächlich sind nicht viele Quellen überliefert, in denen Rache an den nationalsozialistischen Deutschen eine Rolle spielt, weder zeitgenössisch, noch nach Kriegsende. Aber stimmt es wirklich, so fragte Roseman, dass die ungeheuren Ohnmachts- und Verlusterfahrungen der jüdischen Opfer nicht zu mehr Wut, Zorn und Rachewünschen geführt haben? Ist die weitgehende Abwesenheit von Rache, oder besser die Nichtthematization von Rachebedürfnissen, nicht vielleicht eher ein Resultat von Selbstzensur auf allen Seiten und hat mehr mit Wünschen nach dem Bild vom schwachen, aber „edlen“ Opfer zu tun? Einige israelische Historiker weisen auf die Fülle von letzten Worten der Opfer hin, in denen der Schrei nach Rache und Vergeltung deutlich sei, oft geradezu als bleibende Verpflichtung für die Überlebenden formuliert. Erst seit einigen Jahren ist bekannt, dass es auch organisierte Versuche gab, Rache an Deutschen und Nazis zu üben; erinnert sei an die Versuche jüdischer Partisanen aus Litauen und Polen, sechs Millionen Deutsche zu vergiften, die bis zu 150 Hinrichtungen von österreichischen SS-Männern durch Mitglieder der Jüdischen Brigade und die jahrzehntelang weltweit agierenden jüdischen Untergrundkommandos, die führende Nazis jagten. Die Nichtthematization von Rachebedürfnissen und -aktionen wirft die Frage nach der Gestaltung von Erinnerungen und Holocaustnarrativen auf. Die Unterschiede in der jiddischen und der englischen, bzw. französischen Version der Erinnerungen von Eli Wiesel verdeutlichen das Problem: Hieß es auf Jiddisch: „Am Morgen des nächsten Tages machten sich die jüdischen Jungs auf nach Weimar, um Kleidung und Kartoffeln zu stehlen. Und deutsche Schicksen zu vergewaltigen“, lautete die englische Fassung: „On the following morning, some of the young men went to Weimar to get some potatoes and clothes – and to sleep with girls. But of revenge, not a sign“. Roseman verwies in diesem Zusammenhang auch auf die seit Beginn des 20. Jahrhunderts entstehende jüdische Tradition, anti-jüdische Greuelthaten in „objektiver“ Weise festzuhalten, um spätere

Gerichtsverfahren zu ermöglichen. Das heißt, der brennende Wunsch nach Rache konkretisierte sich womöglich in den Aufzeichnungen selbst, ohne ausdrücklich Rachewünsche zu artikulieren.

Es gab also durchaus Anlass für die Ängste von Deutschen vor Rache von Juden, gerade vor dem Hintergrund, dass Rache gewissermaßen als normal und gerechtfertigt angesehen wurde („Wir haben das getan, und das ist jetzt die Quittung dafür“). Aber diese Ängste waren verbunden mit der antisemitischen projektiven Phantasie einer „jüdischen Weltmacht“, die die Bomben der Alliierten dirigieren könne. An diese Frage nach den deutschen Vorstellungen zu „jüdischer“ Rache schloss ULRIKE WECKEL (Berlin) an, indem sie Quellen zu Angeklagten und Verteidigern im Hauptkriegsverbrecherprozess sowie Kommentare zum Prozess aus der deutschen Bevölkerung untersuchte. Glaubten Deutsche, in Nürnberg würden Juden Sühne fordern oder Rache nehmen? Sie stellte den pauschalisierenden Antisemitismusverdacht in Frage und kam zu differenzierten Ergebnissen. Zwar schürte die NS-Propaganda ab 1943 eine Weile gezielt Ängste vor der Rache von Juden, interessanterweise weniger als Drahtzieher des Bolschewismus denn als Hintermänner der westlichen Regierungen. Aber im Propagandaministerium hielt man das schließlich für kontraproduktiv und setzte auf Ermahnungen zu heldenmütigem „Abwehrkampf“. Inwiefern war den Deutschen klar, dass Nürnberg gerade einen Verzicht auf Rache darstellte? Von den Angeklagten ereiferte sich nur Julius Streicher, dass der Prozess „ein Triumph des Weltjudentums“ sei. Weder bei Robert Ley noch bei Hermann Göring, Baldur von Schirach, Joachim von Ribbentrop oder Hans Fritzsche lassen sich ähnlich eindeutige Äußerungen finden, ebenso wenig bei ihren Verteidigern. Die amerikanische Militärregierung versuchte zu ermitteln, wie die deutsche Bevölkerung über den Prozess dachte, sofern sie ihn nicht – wie so viele – schlicht zu ignorieren suchte. Erstaunlicherweise sank die Quote derjenigen, die angaben, den Prozess für fair zu halten, nie unter 75 Prozent; die Urteile hielten 55 Prozent für gerecht, Kritik gab es vor allem an den drei Freisprüchen. In Tagebüchern und

Christoph Dieckmann

Briefen ist eine Vielzahl unterschiedlicher Stimmen zu finden. Am auffälligsten erscheint dabei, dass zum einen die Sorge vor kollektiven Schuldzuschreibungen kursierte, zum anderen, dass viele sich selbst zum Opfer der Nationalsozialisten stilisierten. Daher entwickelten sie ihrerseits Rachegefühle gegen prominente Nationalsozialisten. Relativ wenige Quellen belegen antisemitische Verschwörungsannahmen. Weckel kam zu dem Schluss, dass, obwohl der Mord an den Juden Europas in Nürnberg nicht zu einem eigenständigen Anklagepunkt geworden war, den meisten Deutschen 1945/1946 klar war, dass der Judenmord ein ungeheuerliches, nicht angemessen zu sühnendes Verbrechen darstellte.

Dass viele Deutsche daher Gerichtsprozesse, Rache und Vergeltung in gewisser Hinsicht als erwartbar und normal ansahen, stellte MICHAEL STOLLEIS (Frankfurt am Main) in seinem Kommentar einleitend heraus. Er wies vor allem auf die Schwierigkeit hin, Gerechtigkeitsvorstellungen und Rachephantasien für 1945/1946 zu rekonstruieren. Je mehr Quellen man studiere, desto vielfältiger und uneinheitlicher werde das „Stimmengewirr“.

Er griff vor allem den Gedanken auf, dass Rache meist nicht thematisiert wurde. Enorme psychische Energien seien darauf verwandt worden, Rache-, Schuld- und Schamgefühle gleichsam einzusargen, nicht nur auf Opfer-, sondern auch auf Täterseite. „Der Feind als Frage nach der eigenen Gestalt“ habe bei den Tätern zur Epoche des „kollektiven Beschweigens“ geführt, die erst in den 1960ern aufgebrochen worden sei. Das Problem, dass die jüdischen Opfer im damals geltenden Völkerrecht kein „Rechtssubjekt“ darstellten, erfuhr gerade durch die internationalen Reaktionen auf die Verbrechen der Nationalsozialisten eine grundlegende Veränderung, wie die UN-Menschenrechtscharta von Dezember 1948 zeige. STOLLEIS endete seinen Kommentar mit dem Plädoyer, Historiker möchten sich angesichts der Komplexität der zu untersuchenden Geschehnisse nicht mit vorschnellen und simplifizierenden Antworten zufrieden geben. Gerade bei der Erforschung von Massenverbrechen und ihren Nachwirkungen nehme die Fas-

sungslosigkeit eher noch zu, je mehr Details man erfahre. Der Berichterstatter kann sich dem nur anschließen und konstatieren, dass die Sektion der Komplexität des spannenden Themas gerecht wurde durch vier nachdenklich stimmende Vorträge, die neues Quellenmaterial vorstellten, den abrundenden Kommentar und eine lebhaft, interessante Diskussion. So sollten Sektionen auf dem Historikertag sein!

Sektionsübersicht:

Mark Roseman (Bloomington): Zwischen Rache und Schweigen. Zum Täterbild der Opfer

Elisabeth Gallas (Leipzig/Wien): Recht und kulturelles Erbe. Hannah Arendt und die Initiativen der Jewish Cultural Reconstruction nach dem Zweiten Weltkrieg

Laura Jockusch (Haifa/Jerusalem): Ein Anwalt der Opfer? Der Jüdische Weltkongress und das Problem jüdischer Interessenvertretung bei den Nürnberger Prozessen

Ulrike Weckel (Berlin): Phantasien über „jüdische Rache“ in Nachkriegsdeutschland: Latentes Unrechtsbewusstsein oder eine weitere Variante von Antisemitismus?

Michael Stolleis (Frankfurt am Main): Kommentar

Tagungsbericht *Schuld – Sühne – Recht. Gerechtigkeitsvorstellungen, Rachephantasien und juristische Interventionen um 1945/46*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 29.11.2012.

Social Conflicts and Internationalism in the Twentieth Century. Towards a Transnational History of Social Movements

Leitung: Stefan Berger (Bochum)

Bericht von: Ulf Teichmann, Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum

Zu Beginn verortete STEFAN BERGER (Bochum) die Sektion im Forschungskontext. Hierbei ging er zunächst der Frage nach, inwiefern es Sinn macht, das Konzept der sozialen Bewegungen, das zumeist auf die ‚Neuen sozialen Bewegungen‘ jüngerer Datums bezogen wurde, in einer längeren diachronen Perspektive auch auf die Arbeiterbewegung zu beziehen. Da die andauernde Beweglichkeit des Gegenstandes eine präzise Definition sozialer Bewegungen erschwere, plädierte er dafür, die Grenzen des Begriffes nicht zu eng zu ziehen und auch die Arbeiterbewegung als eine Ansammlung verschiedener Organisationen und Institutionen als soziale Bewegungen zu fassen. Entsprechend sollte die Sektion zeigen, dass es sich lohnt, die ‚Neuen sozialen Bewegungen‘ in einer *longue-durée*-Perspektive mit den traditionellen sozialen Bewegungen in einen Zusammenhang zu setzen. Als einen zweiten Anspruch formulierte er die Diskussion der Bedeutung internationalistischer Überzeugungen und Praktiken in sozialen Bewegungen, da es trotz des zumeist nationalen Bezugsrahmens ein Charakteristikum vieler sozialer Bewegungen gewesen sei, über nationale Grenzen hinweg zu kommunizieren und ihren Zielen globale Relevanz zuzuschreiben.

TALBOT IMLAY (Quebec) stellte zu Beginn seines Vortrages zwei zentrale, den Gegenstand einrahmende Thesen auf: Erstens, dass der sozialistische Internationalismus in beiden Nachkriegsperioden angeregt wurde durch eine Praxis des Internationalismus, getragen von einer kollektiven Bereitschaft innerhalb der Parteien, sich bezüglich der dringlichen internationalen Fragen der Zeit miteinander auseinanderzusetzen und zweitens, dass diese Praxis in den 1930er-Jahren und in den späten 1950er-Jahren jeweils zurückging. Im weiteren Verlauf konzentrierte sich Imlay auf drei Bereiche: Internationalismus im Allgemeinen, auf nationalen Parteien aufbauender Internationalismus im Speziellen und die Besonderheiten von Nachkriegsperioden. Im Bezug auf den ersten Punkt stellte er heraus, dass das bisherige Verständnis

von Internationalismus als Prozess, als politisches Programm oder als individuelle oder kollektive Identität erweitert werden müsse. Internationalismus lasse sich am besten als Ansammlung verschiedener Aktivitäten verstehen, die in verschiedenen Räumen, in verschiedenen Geschwindigkeiten und Intensitäten und mit unterschiedlicher Dauer von statten gingen. Bezüglich des auf Parteien basierenden Internationalismus schrieb Imlay dem sozialistischen Internationalismus eine Sonderstellung zu. Für internationale Netzwerke christdemokratischer Politiker habe dieser eine Vorbildfunktion gehabt, vom kommunistischen Internationalismus habe er sich durch den grundsätzlichen Aspekt der Freiwilligkeit unterschieden und vom heutigen Internationalismus, der sich idealtypisch in einen staatszentrierten und einen nicht-staatszentrierten Internationalismus einteilen lasse, grenze er sich ab durch einen Mittelweg aus diesen beiden Möglichkeiten. In Bezug auf die Spezifika von Nachkriegsperioden bestätigt Imlay die These von diesen Zeiträumen als Momente vergrößerter Möglichkeiten. Hieraus folgert er zwei Thesen: Erstens seien die Nachkriegsperioden für europäische Sozialisten Zeiten erheblicher Hoffnungen und Erwartungen gewesen und zweitens sei der sozialistische Internationalismus ein Ergebnis der Kriege gewesen, weswegen seine Geschichte mit und zwischen den Kriegen beginnen müsse. Abschließend ging Imlay der Frage nach, wo die Ursachen für den Rückgang des sozialistischen Internationalismus in den Nachkriegsperioden gelegen haben könnten und schlug hierfür drei mögliche Gründe vor: erstens den mit dem Ende der Nachkriegsperioden sinkenden Handlungsdruck; zweitens die Bindekraft des nationalen politischen Kontextes und drittens die gerade aus der internationalen Zusammenarbeit erwachsene Erkenntnis, dass es einfacher gewesen sei, eigene Positionen auch zu internationalen Themen zu formulieren, als sich miteinander auseinanderzusetzen.

ANDREAS WIRSCHING (München) suchte in seinem Vortrag „Communism and Internationalism in the Twentieth Century“ nach neuen Forschungsfeldern im Bezug auf kommunistischen Internatio-

nalismus im 20. Jahrhundert. Dessen Entwicklung habe sich stets in einem Spannungsfeld befunden zwischen dem universellen und damit transnationalen Charakter der Idee des Kommunismus und der sowjetischen Macht, die auch immer ihre eigenen staatlichen Interessen verfolgte. Er konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die konkreten Erfahrungen der Handelnden und entwickelte vier Gedankengänge, in denen sich deren historische Erfahrungen des kommunistischen Internationalismus darstellten und die vielversprechende Ansätze für neue Forschungen seien. Zuerst entwickelte er den Gedanken die Komintern als Lebenswelt aufzufassen. Den vielen Linkssozialisten und Syndikalisten, die sich enttäuscht von den Nachkriegsentwicklungen in Mittel- und Westeuropa Moskau zuwandten, habe die Komintern ermöglicht durch internationale Kontakte und Reisen, nicht zuletzt in die Sowjetunion, internationale Erfahrungen zu machen, die sonst nicht möglich gewesen wären. Dies alles habe der kommunistischen Bewegung „den Geschmack eines wahrhaft trans- und multinationalen Unternehmens“ gegeben. Als zweiten Punkt beschrieb Wirsching die Bedeutung von Kommunikation für diese transnationale Lebenswelt. Für diese sei eine gemeinsame Sprache notwendig gewesen. Hier formulierte er als künftige Forschungsaufgabe zu untersuchen, wie ein von Moskau ausgehendes kommunistisches, linguistisches System durch die verschiedenen Ebenen der Parteienorganisationen vermittelt wurde, aber auch wo diese Vermittlung gestört wurde. Als drittes Feld des kommunistischen Internationalismus untersuchte Wirsching ob dieser ‚lieux de mémoire‘ (Erinnerungsorte) herausgebildet hatte und entdeckte für die Zeit bis 1945 derer drei, die eine negative Entwicklung des kommunistischen Internationalismus anzeigten: Erstens den Spanischen Bürgerkrieg mit den Roten Brigaden als starkem Symbol kommunistischer, internationaler Solidarität; zweitens das Hotel Lux in Moskau, in dem internationale kommunistische Funktionäre beherbergt wurden und häufig fürchten mussten Opfer des stalinistischen Terrors zu werden und drittens den Molotov-Ribbentrop-Pakt, der einen dramatischen Verlust kommunistischer Solidarität darstellte.

Abschließend besprach Wirsching die Auswirkungen der ‚nationalen Frage‘ auf den Universalismus der kommunistischen Idee. Schon im multi-ethnischen Staatsgebiet Russlands hätten Regionalismus und Nationalismus ein Problem für den sowjetischen Staat dargestellt und zu improvisierten, taktischen Wendungen im Umgang mit diesem gezwungen. Auch in kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion habe ein taktischer Umgang mit diesem Problem vorgeherrscht.

FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER (Freiburg im Breisgau) begann seinen Vortrag „The ecological movement and internationalism“ mit der Frage, was unter Umweltbewegung als sozialer Bewegung überhaupt zu verstehen sei. Trotz weit zurückgehender Vorläufer sprach Brüggemeier von einer Umwelt- oder einer ökologischen Bewegung erst ab den 1960er-Jahren. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg seien verschiedene Umweltprobleme systematischer vernetzt worden, habe sich der Begriff ‚Umwelt‘ überhaupt erst durchgesetzt, habe sich die Zusammensetzung der zuvor sehr elitären Umweltorganisationen durch ein rasches Anwachsen der Mitgliederzahlen erweitert. Der schon zeitgenössisch empfundene Bruch in den Aktionsformen – weg von enger Kooperation mit staatlichen Stellen, hin zu spektakulären Aktionen zur Generierung von Öffentlichkeit – solle jedoch nicht überbewertet werden, da auch die Vorläufer schon die Öffentlichkeit adressierten und auch die neue Umweltbewegung teils eng mit staatlichen Institutionen zusammenarbeitete. Brüggemeier vermutete hierzu, dass der Erfolg einer Umweltbewegung von der Zusammenarbeit mit etablierten und offiziellen Kräften abhängig gewesen sei. Bezüglich der Frage nach internationaler und transnationaler Zusammenarbeit zeichnete Brüggemeier ein vielfältiges bis widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite seien Bewegungen zum Schutz von Umwelt und Natur von Beginn an lokal oder regional orientiert gewesen. Auf der anderen Seite seien die Probleme, gegen die die Umweltbewegungen angingen, immer tendenziell global, was auch schon früh von den Bewegungen wahrgenommen worden sei. Zu einer stärkeren auf dieser Erkenntnis aufbauenden internationalen Kooperation sei es jedoch erst nach

dem Zweiten Weltkrieg gekommen, wobei Brüggemeier verschiedene Gründe und Entwicklungslinien nachzeichnete: die gemeinsame Betroffenheit durch die gleichen Umweltprobleme; die Förderung der internationalen Zusammenarbeit durch EG, UNO und die internationalen Konferenzen; Netzwerke von Wissenschaftlern und Fachleuten; die internationale Orientierung der Berichterstattung in den Medien und die Internationalisierung des Aktionsrepertoires der Bewegungen, wenn auch die große Mehrzahl der Konflikte lokal oder regional geprägt geblieben sei.

KRISTA COWMANS (Lincoln) Beitrag „The women's movement and internationalism“ gab einen Überblick über internationale Zusammenarbeit in der Frauenbewegung mit einem Schwerpunkt auf der alten Frauenbewegung. Hierbei unterschied sie zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen, später kommunistischen Frauenbewegung, die unterschiedliche Ansätze zur Emanzipierung der Frauen entwickelt hätten: Während die bürgerliche Frauenbewegung Kontroversen über politische Fragen vermieden habe, um möglichst viele nationale Organisationen international zu verbinden, habe die sozialistische Frauenbewegung die Unterdrückung der Frauen mit der Klassenfrage verbunden und sich auch in Anlehnung an die sozialistische Bewegung organisiert. Dieser grundsätzlichen Trennung zum Trotz habe es im Bereich des Antimilitarismus und Pazifismus Kooperationen von Feministinnen verschiedener politischer Traditionen gegeben. Pazifistische Frauen, die sich gegen den Ersten Weltkrieg engagierten, hätten schnell internationale Kontakte über politische Grenzen hinweg geknüpft. Ihr Status als Nicht-Kriegsteilnehmerinnen habe den Frauen hierbei erleichtert, ihre internationale Kommunikation fortzuführen. Mit der Gründung der Komintern habe sich die Rolle der Frauen innerhalb der Internationalen geändert. Das Ziel der Frauenorganisation innerhalb der Komintern sei nun eher gewesen die Frauen für den Kommunismus zu mobilisieren als für die weiter gesteckten Ziele der Vorkriegsfrauenbewegung einzutreten. Die erfolgreichsten Organisationen dieser Zeit seien die parteipolitisch unabhängigen gewesen,

welche ihre Büros häufig in Genf eröffnet hätten, um mit dem Völkerbund zu kooperieren. Mit dem second-wave-feminism habe sich in der Nachkriegszeit der Charakter der Frauenbewegung hinsichtlich der Themen und der Organisationsformen maßgeblich verändert. Neu entstandene Gruppierungen seien durch lose Organisationsformen oder private Freundschaften zusammengehalten geworden, was sie für die historische Analyse schwieriger greifbar mache. Abschließend benannte Cowman offene Fragen und Aufgaben der Forschung. Als erste Herausforderung nannte sie, die Pluralität der Frauenbewegungen zu erfassen. Des Weiteren identifizierte sie eine Unterschätzung der Aktivitäten von Frauen zwischen den ‚Wellen‘, in die die Frauenbewegungen gemeinhin eingeteilt werden. Zuletzt nannte sie die Aufgabe, die internationalen Dimensionen der Neuen Frauenbewegung zu erfassen. Hätten sich Studien zum Internationalismus in der Frauenbewegung der Vor- und Zwischenkriegszeit noch an Befunden und Methoden von Studien zu politischen Parteien und Organisationen orientieren können, bedürfe es zur Erforschung der unzähligen international agierenden Gruppen der jüngeren Frauenbewegung einen grundsätzlich anderen Ansatz.

HOLGER NEHRING (Sheffield) beschäftigte sich in seinem Vortrag „Peace Movements and Internationalism“ mit den internationalen Verbindungen der Friedensbewegungen und mit deren wichtigsten grenzübergreifenden Austauschprozessen. Schon in der frühen bürgerlichen Friedensbewegung aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sei es, erleichtert durch die homogene bürgerliche Zusammensetzung der Bewegungen, zu internationalen Kontakten gekommen. Mit Blick auf internationale Aspekte habe die Zwischenkriegszeit den Friedensbewegungen zwei wesentliche Veränderungen gebracht: zum einen neue nationale Akteure durch den Prozess der Dekolonisation und zum anderen eine Abkehr vom Nationalstaat innerhalb der Friedensbewegungen durch die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Anhand des Transfers von Gandhis Strategie der gewaltfreien Aktion zeigte Nehring auf, dass internationale Austauschprozesse historisch be-

Ulf Teichmann

dingt und komplex gewesen seien, dass die Ideen zunächst hätten erfasst, dann übersetzt und zuletzt neu entwickelt werden müssen und nicht einfach einzelne Pakte von Ideen und Praktiken hin und her verschoben worden seien. Für Friedensbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg stellte Nehring zwei besondere Herausforderungen fest: erstens die Gefahr globaler Zerstörung durch Nuklearwaffen und Rüstungswettlauf und zweitens die Diskreditierung des Konzeptes Pazifismus, der für den Aufstieg des aggressiven Nationalismus und Rassismus in Deutschland, Italien und Japan verantwortlich gemacht worden sei. Auch in der Friedensbewegung hätten transnationale Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg an Bedeutung verloren. Für die transnationale Geschichtsschreibung empfahl Nehring deshalb Pazifismus als soziale Bewegung zu fassen, deren Transnationalismus hauptsächlich von gegenseitiger Beobachtung mit Hilfe der Massenmedien und der Definition der eigenen Anliegen als grenzübergreifend gelebt habe. Abschließend skizzierte Nehring die Hauptentwicklungen des Internationalismus in der Friedensbewegung: den Wandel der organisatorischen Form von Mittelschichts-Organisationen hin zu dynamischen und flexiblen sozialen Bewegungen; den Wandel der Bedeutung grenzüberschreitender Austauschprozesse; den Wandel des Friedenskonzeptes und den Wandel des ‚Framings‘ der Art des Krieges, gegen den sie opponierten.

In seinem abschließenden Kommentar verwies Stefan Berger auf die zahlreichen synchronen und diachronen Verbindungen zwischen den besprochenen Bewegungen, insbesondere auf die in einer *longue-durée*-Perspektive deutlich werdenden Verbindungen der neueren Bewegungen zur Arbeiterbewegung. Zudem stellte er die Frage, inwiefern es für den Erfolg dieser Bewegungen von Bedeutung gewesen sein könnte, ob es ihnen gelang auch in ihrer jüngeren Geschichte ein Bündnis mit den Organisationen der Arbeiterbewegung einzugehen.

In diesem Sinne zeigte die Sektion, wo die Chancen einer zeitlich und definitorisch breiter aufgestellten Geschichte sozialer Bewegungen liegen können. Darüber hinaus zeigten sich auch die Heraus-

forderungen, die ein solcher Ansatz mit sich bringt. Hierzu gehört beispielsweise, das Konzept der sozialen Bewegungen im von Stefan Berger einleitend erläuterten Sinn gewinnbringend und den Vergleich ermöglichend auch auf die ‚alten‘ Bewegungen zu übertragen und sich von der Fokussierung einzelner Organisationen, wie Parteien, zu lösen. Dies wiederum erschwert die Erforschung einer inter- oder transnationalen Geschichte, da es die Akteure und Akteurinnen weniger greifbar und kategorisierbar macht, was Krista Cowman auch in ähnlicher Form als Problem formulierte.

Sektionsübersicht:

Stefan Berger (Bochum): Einführung

Talbot Imlay (Quebec): Socialism and Internationalism

Andreas Wirsching (München): Communism and Internationalism in the Twentieth Century

Franz-Josef Brüggemeier (Freiburg im Breisgau): The Ecological Movement and Internationalism

Krista Cowman (Lincoln): The Women's Movement and Internationalism

Holger Nehring (Sheffield): Peace Movements and Internationalism

Tagungsbericht *Social Conflicts and Internationalism in the Twentieth Century. Towards a Transnational History of Social Movements*. 25.09.2013-28.09.2013, In: H-Soz-u-Kult 28.02.2013.

Sound History

Leitung: Gerhard Paul (Flensburg)

Bericht von: Christoph Hilgert, Historisches Institut, Fachjournalistik Geschichte, Justus-Liebig-Universität Gießen

Geräusche, Töne und Klänge machen, ob bewusst oder unbewusst wahrgenommen, einen erheblichen Teil der menschlichen Weltaneignung aus und sind dabei, ebenso wie die Praxis des Hörens selbst, historisch überaus spezifisch. Diese nur vordergründig triviale Feststellung wird seitens der Geschichtswissenschaft bislang nicht sonderlich oft zur Kenntnis genommen. Meist fehlt in der traditionell auf schriftliche Quellen fixierten Disziplin das Bewusstsein für die Relevanz der Akustik und des Hörsinns. Aber auch methodische Fragen und praktische Schwierigkeiten bei der Identifizierung, Nutzung und Analyse geeigneter Klangartefakte spielen hier eine gewichtige Rolle.

Gleich zu Beginn seiner Einführung in die Sektion „Sound History“ auf dem 49. Deutschen Historikertag in Mainz betonte GERHARD PAUL (Flensburg) daher, wie lohnend das historisierende „Nachhören“ vergangener Klangwelten ist. Historische Schallereignisse erlaubten – ebenso wie die Formen ihrer Wahrnehmung und Verarbeitung – allerlei Rückschlüsse auf die „natürlichen“, sozialen, kulturellen, politischen, religiösen, ökonomischen, technischen oder generationellen Bedingungen menschlicher Existenz in der Vergangenheit. Sie könnten dabei aber nicht nur als Quellen für die Erforschung bestimmter historischer Phänomene dienen, sondern müssten auch an sich als eigenständige, Geschichte beeinflussende und gestaltende Faktoren ernstgenommen werden. Generell verspricht sich Paul, der bereits einer „Visual History“ zu breiter Beachtung verhalf¹, von der Erforschung historischer Klangerfahrungen nicht zuletzt auch neue Erkenntnisse über den Umgang mit (audio)visuellen Materialien.

Die Bedeutung des Akustischen für das Verständnis geschichtlicher Lebens- und Erfahrungswelten wird deutlich, wenn man etwa die Auswirkungen sich wandelnder städtischer Klanglandschaften,

¹Siehe etwa Gerhard Paul (Hrsg.), *Visual history: ein Studienbuch*, Göttingen 2006; ders., *Das Jahrhundert der Bilder. 2 Bde.*, Göttingen 2008-2009.

die „Sprache der Glocken“ in den mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Anwesenheitsgesellschaften², das Heulen von Industrie- oder Luftschuttsirenen sowie die akustische Inbesitznahme öffentlicher Räume durch lautsprechergestützte Parteikundgebungen oder durch Jugendliche samt dudelndem Transistorradio und knatterndem Moped bedenkt. Schallereignisse, seien sie natürlichen oder künstlichen Ursprungs, beeinflussen Erfahrungsraum und Erwartungshorizont, Emotionen und Denken ihrer Hörer, so Paul. Als Mittel zwischenmenschlicher Kommunikation, manchmal als Waffen der Auseinandersetzung, könne mit ihnen daher auch Politik gemacht werden. Einzelne Klänge, Stimmen und musikalische Tonfolgen trügen zur Identitätsstiftung, gar zur Nationsbildung bei. So seien verschiedene, gegebenenfalls medial aufgezeichnete, gespeicherte und übertragene akustische Eindrücke tief im individuellen und oft auch kollektiven Gedächtnis verankert. Joseph Goebbels „Wollt ihr den totalen Krieg?“³, Herbert Zimmermanns „Aus dem Hintergrund müsste Rahn schießen – Rahn schießt – Toooooor! Toooooor! Toooooor! Toooooor!“ oder Uwe Barschels „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort“ sind, so ist Paul zuzustimmen, in ihrer Indexikalität längst zu deutschen Klang-„Ikonen“ des 20. Jahrhunderts geworden. Entsprechend könne die Untersuchung von historischen Höreindrücken beispielsweise auch der Erinnerungskulturforschung neuen Schwung verleihen, wie Paul andeutete. Anspruch der sehr gut besuchten Sektion war es, auf die Bedeutung des Akustischen in der Geschichte hinzuweisen und unterschiedliche damit verknüpfte Forschungsfelder vorzustellen.

Einen konzisen Überblick über den bisherigen Stand der Klang(geschichts)forschung gab DANIEL MORAT (Berlin). Da die Geschichtswissenschaft bei der Erforschung auditiver Kulturen in theoretischer und methodischer Hinsicht bislang nur wenig eigene Erfahrungen und Ergebnisse vorweisen kann, ist nach seiner Ansicht ein Austausch mit einschlägig interessierten Nachbardisziplinen ge-

²Vgl. die klanggeschichtliche Pionierstudie: Alain Corbin, „Die Sprache der Glocken“. Ländliche Gefühlskultur und symbolische Ordnung im Frankreich des 19. Jahrhunderts. Aus dem Französischen von Holger Fließbach, Frankfurt am Main 1995.

boten – wie so oft. Generell handelt es sich bei der Erforschung des Akustischen um ein dezidiert interdisziplinäres Forschungsfeld, wie auch der international gebräuchliche, letztlich aber wenig konkrete Sammelbegriff der „sound studies“ anzeigt. Auf das klar umrissene Instrumentarium einer allgemeinen Klangwissenschaft könne derzeit jedenfalls nicht zurückgegriffen werden. Stattdessen kämen Anleihen aus Kulturanthropologie und Medienwissenschaft, dort vor allem aus musik- und filmbezogenen Studien, aber auch aus gegenwarts- und anwendungsorientierte Disziplinen wie Tontechnik, Raumakustik oder „sound/acoustic design“ sowie aus künstlerischen Annäherungen an Klang in Betracht. Dieser Transfer gestalte sich jedoch oft schwierig, wie selbst an der zumeist eher mäßigen Rezeption musikgeschichtlicher Arbeiten zu beobachten ist. Historische Forschungen zu früheren Klangwelten und Praktiken und Kontexten des Hörens seien nach wie vor selten. Sogar Arbeiten zur Geschichte des Radios, die prädestiniert für klang- und hörgeschichtliche Sondierungen erscheinen, kreisen aus Morats Sicht vielfach noch zu sehr um Institutionen, Programme und politische Rahmenbedingungen, anstatt den medienpezifischen „sound“ und den Akt des Hörens systematisch in die Überlegungen einzubeziehen. Letztlich müsse sich die Geschichtswissenschaft durch die Artikulation eigener Thesen und Erkenntnisse stärker an der Profilierung der „sound studies“ beteiligen, forderte Morat in Anlehnung an den amerikanischen Historiker und Pionier einer umfassenden Sinnesgeschichte Mark M. Smith.³

Dass die Erforschung historischer Klanglandschaften auch für vor-moderne Epochen Sinn macht, die nicht mit Tonaufzeichnungen im engeren Sinn aufwarten können, verdeutlichte JAN-FRIEDRICH MISSFELDER (Zürich) in seinem Vortrag über neue Klänge und altes Hören in der Schweiz um 1800 eindrucksvoll. Ausgehend von einer synästhetisch geschilderten Bootspartie auf dem Zürichsee in Gottfried Kellers Mitte des 19. Jahrhunderts erstmals veröffentlichten Roman

³Vgl. etwa: Mark M. Smith, *Sensing the past. Seeing, hearing, smelling, tasting, and touching in history*, Berkeley et al. 2008; ders., *Hearing history: a reader*, London et al. 2004.

„Der grüne Heinrich“ skizzierte er das heuristische Potenzial einer klanggeschichtlichen Perspektive. Die sich im Bereich der Akustik niederschlagenden Elemente eines widersprüchlichen und von Ungleichzeitigkeiten geprägten Modernisierungsprozesses im 18. und 19. Jahrhundert sind aber auch jenseits solcher literarischen Schilderungen bestechend. Vor allem die von Missfelder beschriebenen Versuche zur Durchsetzung von „Ruhe und Ordnung“ als politischem Klangideal der Zürcher Ratsobrigkeit sind hier aufschlussreich. Einem allzu ausschweifenden Freizeitverhalten von ledigen Handwerksgesellen sollte durch eine ausgefeilte akustische Regulierung des Nachtlebens sowie der Sonn- und Feiertage mittels Versammlungsverboten, Glocken- und Trompetensignalen ein Riegel vorgeschoben werden. Wie wiederkehrende Anordnungen bezeugen, waren diese Versuche letztlich aber allenfalls partiell erfolgreich. Auch der Arbeitslärm von Handwerksbetrieben und Manufakturen erwies sich im Sinne der Sonntagsheiligung zunehmend als Problem für den städtischen Klangraum. Gleichfalls eindrücklich waren die Aufzeichnungen Leonard Köchlis, der als Augen- und Ohrenzeugen des Revolutionszeitalters und der französischen Fremdherrschaft in Zürich detailreich die unterschiedlichen akustischen Regime von Schweizern und Franzosen schilderte. Das alltägliche Ringen um die politische Oberhoheit wird darin gerade auch im Ringen um Vorherrschaft auf akustischer Ebene deutlich.

GERHARD PAUL zeichnete in seinem Vortrag die populärkulturelle Aneignung und Vereinnahmung von Richard Wagners „Ritt der Walküren“ und die Wanderung dieser tonmalerisch dramatischen Melodie durch unterschiedliche Medienformate und Verwendungskontexte im 20. und 21. Jahrhundert nach. Es handele sich um ein besonders eindrückliches Beispiel einer „Schizophonie“ im Sinne des kanadischen Komponisten und Klangforschers Raymond Murray Schafer, also um die Herauslösung eines Klangobjekts aus seinem originären Kontext.⁴ Im Zeitalter der elektroakustischen Reproduzierbar-

⁴Raymond Murray Schafer, *Klang und Krach. Eine Kulturgeschichte des Hörens*, Frankfurt am Main 1988, S. 119ff.

keit könnten musikalische Tonfolgen beziehungsweise Klänge frei um den Erdball flötieren, multimedial adaptiert und multimodal genutzt werden, ohne dass ihr ursprünglicher Aufführungs-, Verwendungs- und Aussagezusammenhang noch eine nennenswerte Rolle spielen. Paul konnte beispielhaft aufzeigen, wie der emotionalisierende „Ritt der Walküren“ gewissermaßen vom Orchestergraben des 19. Jahrhunderts vor allem über das Medium Film, und hier längst nicht nur in Francis Ford Coppolas „Apocalypse Now“, auf die Schlachtfelder des 20. und 21. Jahrhunderts wanderte, um dort, etwa im Irak und in Afghanistan, als Aufputschmittel für Soldaten oder gar als akustische Waffe eingesetzt zu werden.

HEINER STAHL (Erfurt) unterstrich in seinem Vortrag, dass die Wahrnehmung von „sound“ als akustische Störung beziehungsweise Lärm historisch spezifisch ist und ebenso wie die Etablierung von Lärmschutzmaßnahmen oder Lärmgrenzwerten der kontinuierlichen gesellschaftlichen Aushandlung unterliegt. Am Beispiel des betriebssalltäglichen und staatlichen Umgangs mit den auditiven Belastungen an sogenannten Lärm Arbeitsplätzen im Thüringer Kalibergbau zwischen 1950 und 1980 wurde dabei abermals das Potenzial einer systematischen Einbeziehung klanggeschichtlicher Fragen in sozial- und alltagsgeschichtliche Studien deutlich. Die Auswertung sonst eher unergiebigem ingenieurwissenschaftlicher und arbeitsmedizinischer Dokumente im Hinblick auf akustische Aspekte erlaubt es etwa, in der Bereitschaft der Kalikumpel, Lärm auszuhalten, neue Facetten männlicher Körperpolitik zu entdecken. Überdies können praktische Erfordernisse von Mensch-Maschine-Beziehungen im Arbeitsalltag jenseits arbeitsschutzrechtlicher Ideale und Bestimmungen herausgearbeitet werden.

INGE MARSZOLEK (Bremen) zeigte in ihrem Vortrag über die akustischen Dimensionen der Aussagen von Holocaust-Überlebenden auf, dass die menschliche Stimme nicht nur ein Medium faktischer Aussagen, sondern in ihrer Individualität, Subjektivität und Emotionalität immer auch ein Medium des Nacherlebens ist. Dies verschaffe

der Aussage Gehör und mache ein Verstehen oft erst möglich. Die Überlebenden verliehen daher partiell auch den Ermordeten eine Stimme, konstatierte Marszolek im Anschluss an Jorge Semprún. Daraus ergeben sich zahlreiche Fragen für den quellenkritischen Umgang mit medialisierten Zeitzeugenaussagen, wie sie etwa in KZ-Gedenkstätten oder in Fernsehdokumentationen Verwendung finden. So müssten Zeitzeugenaussagen etwa immer in Hinblick auf das Mediendispositiv der Interview- und Aufnahmesituation sowie auf die Effekte der weiteren Speicherungs- und Reproduktionstechnik untersucht werden. Dies gelte insbesondere für audiovisuelle Aufnahmen, in denen die Stimmen der Zeitzeugen von der visuellen Ebene überformt werden.

HANS-ULRICH WAGNER (Hamburg) wies in seinem hörfunkbezogenen Vortrag ebenfalls darauf hin, dass die jeweilige Medialität von Tonaufzeichnungen zwingend in eine klanghistorische Betrachtung einbezogen werden muss. Die Präsenz von Klangkonserven der Vergangenheit in der Gegenwart sei durchaus trügerisch. Zwischen dem Originalklang und seiner (späteren) elektroakustischen Wiedergabe bestehen sehr wohl Unterschiede. Entsprechend bedürfen apparativ-technisch übermittelte Schallereignisse immer einer quellenkritischen, gewissermaßen klangarchäologischen Würdigung der in sie eingeschriebenen akustischen Spuren der Aufzeichnungs-, Speicher-, und Reproduktionsmedien. Zugleich erinnerte Wagner daran, dass auch der Akt des Anhörens solcher medialisierten Klangartefakte historisch sehr spezifisch ist. Ein aktueller Klangwahrnehmungsdiskurs kann daher zwangsläufig nicht historischen Klangwahrnehmungsdiskursen entsprechen, sondern allenfalls eine Annäherung sein.

Generell wurde in der theoretisch und methodisch sehr reflektierten Sektion deutlich, dass eine den von ihr betrachteten Gegenständen angemessene Klanggeschichtsschreibung durchaus anspruchsvoll ist. Ein Grundproblem besteht nicht zuletzt auch darin, dass die mittelbaren und unmittelbaren Höreindrücke wiederum schriftlich niedergelegt werden müssen, also eine weitere Medialisierungsstufe erreicht wird. Zugleich kann eine „Inventarisierung des Verklungenen“, wie

Christoph Hilgert

sie Paul anregte, immer nur ein Aspekt der Historisierung vergangener Lebens- und Erfahrungswelten sein, weil es sich in aller Regel um hybride sinnliche Erfahrungen handelt.

Zu Recht plädierten alle Referenten dennoch dafür, die „sound history“ als eine zusätzliche Möglichkeit zur Erforschung der (Zeit-)Geschichte und Klangartefakte als wertvolle „Ressource“ der Geschichtswissenschaft zu begreifen. Die in Mainz diskutierten Beispiele belegen, dass die Mühe lohnt. Praktischen Niederschlag werden die bisherigen Überlegungen unter anderem im kommenden Jahr in einer voluminösen Multimediapublikation Gerhard Pauls in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der ARD finden: „Der Sound des Jahrhunderts. Ein akustisches Porträt des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts“. Man darf darauf gespannt sein.

Sektionsübersicht:

Gerhard Paul (Flensburg): Sound History – Einführung

Daniel Morat (Berlin): Sound Studies und Geschichtswissenschaft: Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft

Jan-Friedrich Missfelder (Zürich): Multiple akustische Modernisierung. Neue Klänge und altes Hören in der Schweiz um 1800

Gerhard Paul (Flensburg): „Walkürenritt“. Aus dem Orchestergraben auf das Schlachtfeld des (post-)modernen Krieges

Heiner Stahl (Erfurt): Lärmfilter. Klangereignisse und die gesellschaftlichen Aushandlungen auditiver (Stör-)Erfahrungen (1950-1980)

Inge Marszolek (Bremen): Die Stimme des Zeitzeugen – und das Hören der Überlebenden des Holocaust

Hans-Ulrich Wagner (Hamburg): Klangarchäologie der Radio-Stimmen

Gerhard Paul (Flensburg): Vorstellung des Multimedia-Projektes „Der Sound des Jahrhunderts. Ein akustisches Porträt des 20. und beginnenden

den 21. Jahrhunderts“

Tagungsbericht *Sound History*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 26.10.2012.

Sozialstaatliche Verteilungskonflikte in globalhistorischer Perspektive

Leitung: Ulrike Lindner (Bielefeld) / Martin Lengwiler (Basel)

Bericht von: Roberto Sala, Departement Geschichte, Universität Basel

Die methodologischen Debatten über „transnationale Geschichte“, die die deutschsprachige Geschichtswissenschaft über mehrere Jahre prägten, haben keine Heiligtümer unberührt gelassen: Obwohl oder gerade weil der Sozialstaat als eine „Bastion des Nationalen“ erscheint, wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, sozialpolitische Konzepte und Praktiken verstärkt im Hinblick auf die Zirkulation von Modellen und insbesondere die Akteure von Transnationalität – seien dies internationale Organisationen, Expertennetzwerke, philanthropische Einrichtungen oder auch Migranten – zu untersuchen.¹

In diesem Geist strebte die interdisziplinär besetzte und im Rahmen des Deutschen Historikertags veranstaltete Sektion „Sozialstaatliche Verteilungskonflikte in globalhistorischer Perspektive“ an, zur Überwindung von auf nationalstaatliche Grenzen fokussierenden bzw. eurozentristischen Deutungsmustern sozialpolitischer Entwicklung beizutragen. In ihrer Einleitung betonten ULRIKE LINDNER (Bielefeld) und MARTIN LENGWILER (Basel), die jüngste Forschung habe erhebliche Fortschritte in diese Richtung geleistet, sodass es nun möglich sei, diverse innovative Zugänge zu präsentieren und traditionelle

¹Christoph Conrad, Vorbemerkung zum Themenheft „Sozialpolitik transnational“, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 32/4, S. 437-444.

Annahmen zu hinterfragen. Eine binneneuropäische Differenzierung erlaube es beispielsweise, die gängige, mit der (nord-)westeuropäischen Entwicklung gekoppelte Periodisierung einer Expansion-Krise-Bedrohung des Sozialstaates in Frage zu stellen. Darüber hinaus könne das verbreitete Bild des Sozialstaates als erfolgreiches europäisches Exportprodukt revidiert werden, wenn man eigenständige Entwicklungspfade nichtwestlicher Makroregionen wie Lateinamerikas und Afrikas in Betracht ziehe.

In ihrem Vortrag setzte sich ULRIKE LINDNER anschließend mit den gesundheitspolitischen Maßnahmen britischer Kolonialbehörden auseinander, die sie hinsichtlich ihres Umgangs mit Schwangerschaft und Mutterschaft in Nigeria während der Zwischenkriegszeit untersuchte. Am Beispiel dieser Fallstudie beabsichtigte Lindner zu zeigen, unter welchen Modalitäten sozialpolitische Konzepte des Mutterlandes im „ressourcenknapperen“ kolonialen Kontext angepasst wurden. Die Bemühungen der Kolonialmacht gegenüber Schwangeren und Säuglingen sollten nach Lindner das infolge sinkender Geburtsraten vermeintlich bedrohte Arbeitskräftepotential stabilisieren und setzten erst nach einer langen Phase ein, in der die nigerianische Bevölkerung prinzipiell nicht an medizinischen Maßnahmen beteiligt war. Im Rahmen der Einführung von Diensten für Schwangere und Mütter sei es zu komplexen Interaktionsformen zwischen den bestehenden rassistischen Deutungsmustern und den paternalistischen bevormundenden Perspektiven gegenüber unterprivilegierten Schichten gekommen, die sich in Großbritannien bei der Entwicklung jener vor allem an die Arbeiterklasse gerichteten Dienste durchgesetzt hatten. Insgesamt betrachtet zeigte Lindners Beitrag, dass der Transfer gesundheitspolitischer Konzepte nicht lediglich äußerst selektiv war, sondern dass er sich unterschiedlichen herrschaftsstabilisierenden Diskursen bediente.

Den transnationalen Verflechtungen des deutschen Sozialstaates im 20. Jahrhundert wandte sich JOHANNES PAULMANN (Mainz) zu. Dem Referenten ging es nicht um eine umfassende Darstellung, sondern vielmehr darum, schlaglichtartig zu veranschaulichen, dass die

Entwicklung des deutschen Sozialstaates auch mit Orten zusammenhängt, die außerhalb Deutschlands liegen. Hierbei machte Paulmann aus ungewöhnlicher Perspektive deutsch-deutsche Parallelen im Kalten Krieg sichtbar, die er insbesondere in Bezug auf Mosambik skizzierte. Zunächst ging er auf den Anwerbevertrag ein, der an der Schwelle zu den 1980er-Jahren zur Arbeitsaufnahme von über 20.000 mosambikanischen Arbeitskräften in der DDR führte. Aufgrund des Abkommens übertrug die DDR dem mosambikanischen Staat finanzielle Mittel, die zur Sicherstellung von Sozialleistungen für die angeworbenen Arbeiter vorgesehen waren. Dass die Zahlungen über einen längeren Zeitraum ganz ausblieben und später nur einen Teil der Betroffenen erreichten, zeugt nach Paulmann von der dem Diskurs internationaler Solidarität verpflichteten, dem Vertrag zugrunde liegenden Fiktion, in beiden Staaten seien vergleichbare Bedingungen vorhanden. Nachdem Paulmann den Blick auf das Engagement westdeutscher Firmen wie Siemens bei Großbauprojekten in Mosambik während der 1960er- und 1970er-Jahre richtete, unterstrich er, dass die bundesrepublikanische Öffentlichkeit trotz der intensiven und kontroversen Debatten über Entwicklungshilfe und Modernisierung die sozialpolitischen Implikationen bezüglich der Lage der betroffenen mosambikanischen Arbeitskräfte völlig ignorierte. Dabei behandelten westdeutsche Firmen deutsche und afrikanische Arbeiter auf völlig unterschiedliche Weise, da für Erstere großzügige Leistungen, für Letztere hingegen sehr schlechte Arbeitsbedingungen galten. Bei der Einbettung der von ihm ausgewählten Beispiele in größere sozialpolitisch relevante Zusammenhänge betonte Paulmann die Notwendigkeit, zum einen die von transnationalen Erfahrungen betroffenen Gruppen – seien dies Arbeitsmigranten, Spätaussiedler oder ehemalige Zwangsarbeiter – verstärkt in die Analyse einzubeziehen, zum anderen die globale Dimension des Kalten Krieges im engeren Zusammenhang mit der Wechselbeziehung zwischen Nord und Süd der Welt zu betrachten.

Der Vortrag von MARTIN LENGWILER hinterfragte das Deutungsmuster, wonach Sozialversicherungssysteme bis in die frühen

1970er-Jahre zum einen stets expandiert und sich zum anderen von korporatistischen hin zu universalistischen Ansätzen bewegt hätten, während sie nach dem Ende des Wirtschaftsbooms in eine sich im Zeitverlauf verschärfende Krise gerieten. Dieses an den (nord-)westeuropäischen Fall gekoppelte Narrativ könne nach Lengwiler durch eine binneneuropäische Differenzierung der Betrachtungsweise überwunden werden. Dabei sei vor allem die Analyse der südeuropäischen Entwicklung von Relevanz, die im Rahmen einer Reihe von für die historische Forschung anschlussfähigen sozialwissenschaftlichen Studien vorangetrieben worden sei und sich speziell zur Kritik an einer allzu schematischen Typologisierung des Sozialstaates eigne, wie diese insbesondere von Esping-Andersen formuliert worden sei. Der Referent hob hervor, dass der Vergleich zwischen nord- und südeuropäischen Ländern in Zusammenhang mit unterschiedlichen Hypothesen gebracht worden ist: eine größere Bedeutung informeller Beziehungen bzw. eine schwächer entwickelte Staatlichkeit im südeuropäischen Kontext sowie auch die Existenz von wohlfahrtsstaatlichen Makroregionen und Zentrum-Peripherie-Dynamiken. Erfordern diese Annahmen zwar noch klärende Untersuchungen, ermögliche es die allgemeine Untersuchung des Sozialstaates in südeuropäischen Ländern aber bereits, die übliche, auf der Expansion-Krise-Bedrohung-These basierende Periodisierung radikal in Frage zu stellen. In Südeuropa lasse sich eine erhebliche Expansionsdynamik sozialstaatlicher Leistungen auch und vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren feststellen, während in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit sozialstaatliche Ausgaben eher gering blieben. Erhebliche Parallelen weisen nach Lengwiler Spanien und Italien auf, wobei diese noch einsetzten, bevor das iberische Land zur Demokratie zurückkehrte. Im Vergleich zu diesen beiden Staaten sei das Niveau sozialstaatlicher Leistungen in Portugal und Griechenland über einen längeren Zeitraum geringer geblieben, aber auch für diese Länder würden sich spätestens nach dem Fall der Diktaturen massive Ausbauschritte des Sozialstaates ausmachen lassen. Die im Vortrag vorgeschlagene vergleichende Perspektive lässt die Effizienz-

und Spardiskurse in nordeuropäischen Ländern, die wie Lengwiler betont, bereits während des Booms begannen, in neuem Lichte erscheinen: Trotz der wirtschaftlichen Erfolge, die die südeuropäischen Staaten nach den 1970er-Jahren teilweise verbuchen konnten, können alleine ökonomische Zwänge nicht die von jenen Debatten herbeigeleitete Stagnation, wenn nicht Regressionsspirale des Sozialstaates in „Nordeuropa“ einerseits und die massive Expansionsdynamik in „Südeuropa“ andererseits erklären.

Der Beitrag von PATRICK HARRIES (Basel) untersuchte die Entwicklung sozialstaatlicher Strukturen in Südafrika. Harries begann mit einem Verweis auf die aktuelle Situation des Landes, das sich infolge der ungelösten radikalen sozialen Ungleichheit in einer Lage ununterbrochenen Notstandes befinde. Dabei betreffe die vor allem von Massenarbeitslosigkeit verfestigte soziale Benachteiligung nach wie vor überwiegend die schwarze Bevölkerung. Anschließend bot der Referent eine überblicksartige Rekonstruktion sozialpolitischer Maßnahmen im 20. Jahrhundert und zeigte, wie diese – trotz der teilweisen Einbeziehung benachteiligter Gruppen etwa während der wirtschaftlichen Boomphase im Zweiten Weltkrieg – in sehr engem Zusammenhang mit ethnischer Diskriminierung standen: Während um 1900 sowohl eine „schwarze“ als auch eine „weiße“ Armut vorhanden gewesen sei, sei die weiße Bevölkerung später häufig zur privilegierten Empfängerin sozialstaatlicher Leistungen geworden, obwohl sie immer mehr von einer absoluten sozio-ökonomischen Besserstellung profitiert habe. Das Ende des Apartheid-Regimes in den 1990er-Jahren habe zu grundlegenden Veränderungen geführt, denn die neue Regierung habe auch dank der positiven Wirtschaftskonjunktur das Niveau sozialstaatlicher Leistungen massiv angehoben und somit einer Radikalisierung sozialer Konflikte entgegenwirkt; dennoch weise das krasse Missverhältnis zwischen Steuerzahlern und reinen Leistungsempfängern darauf hin, dass die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen vom gesellschaftlichen Wohlstand weiterhin exkludiert werden. Das von Harries abschließend skizzierte Bild deutet auf ein

klassisches Dilemma des Sozialstaates hin, denn die unmittelbare Linderung sozialer Notlagen geht häufig mit der mittel- und langfristigen Aufrechterhaltung sozialer Differenz einher.

In ihrem Vortrag ging INGRID WEHR (Berlin) von dem Anspruch aus, die Debatten über *entangled modernities* in Zusammenhang mit den Typologisierungsmodellen des Sozialstaates zu bringen. Wehr ging auf die Frage ein, ob Lateinamerika im Hinblick auf dessen sozialstaatliche Systeme als Makroregion betrachtet werden könne bzw. ob die Existenz einer solchen Region mit dem gängigen Bild „peripherer Sozialstaaten“ kompatibel sei. Nachdem sie die weitgehende Homogenität lateinamerikanischer sozialpolitischer Settings bestätigte, betonte Wehr, dass die klassischen Klassifikationsmodelle zu dekonstruieren seien. Diese wohlfahrtsstaatliche Makroregion lasse sich nämlich nicht mit den Kategorien beschreiben, die etwa Esping-Andersen formuliert habe. Darüber hinaus verdeutliche ein Blick auf die langfristige historische Entwicklung, dass lateinamerikanische Länder wesentliche Teile sozialstaatlichen Schutzes Anfang des 20. Jahrhunderts vor europäischen Staaten eingeführt hätten. In dieser Hinsicht sei die Vorstellung des Sozialstaates als Exportprodukt der westlichen Moderne zu hinterfragen, da sozialstaatliche Strukturen nicht einer westlichen Exklusivität, sondern einer Folge kapitalistischer Ordnung entsprochen hätten. Wohlfahrtsstaat ist dabei nach Lehr nicht nur als Umverteilungsmechanismus, sondern als ein die Verankerung des Kapitalismus ermöglichendes Herrschaftsdispositiv zu betrachten. Dies werde vom lateinamerikanischen Fall eindeutig belegt: Jene Wohlfahrtsstaaten haben zwar finanziell hohes Leistungspotential, funktionieren aber als Stratifizierungsmaschinen, die die Besserstellung privilegierter Schichten verfestigen.

Die Sektion wurde von zwei Kommentaren abgeschlossen. Im ersten Kommentar erläuterte ANDREAS ECKERT (Berlin) das Potential und zugleich die Engpässe globalgeschichtlicher Perspektiven: Der *transnational turn* könne schnell verblassen, wenn die Kooperation zwischen *area studies* nicht in der konkreten Forschungspraxis veran-

kert werde. Darüber hinaus betonte er, dass der Anspruch, den nationalstaatlichen Käfig zu verlassen, nicht die Feststellung ausschließe, wie stark doch der Nationalstaat ist – was von den Beiträgen eindeutig belegt worden sei. Die große Frage betreffe die Zirkulation geltender Normen. Hierbei wies Eckert auf im Panel nicht vordergründig behandelte, aber die restliche Forschung dominierende Schwerpunkte hin – internationale Organisationen einerseits und Expertennetzwerke andererseits – und setzte sich mit diesen kritisch auseinander. Sein Anliegen sei nicht, den entscheidenden Einfluss dieser Akteure zu verneinen, sondern auf die Gefahr zu verweisen, dass die echten Praktiken in den unterschiedlichen Ländern infolge der Fokussierung auf einzelne Wissenszentren ausgeblendet werden. Eine ausgewogene Betrachtungsweise könne durch die Erweiterung auf andere Forschungsgegenstände, wie unter anderem Krieg, Generation und Gender sowie auch Kirchen, gewährleistet werden. Ein besonders vielversprechendes Objekt sei zudem „Arbeit“, das nicht lediglich mit sozialstaatlichen Leistungen gekoppelt sei, sondern auch die Hinterfragung dichotomischer Deutungsmuster etwa in Bezug auf den Gegensatz zwischen Formellem und Informellem ermögliche.

Im zweiten Kommentar betonte LUTZ LEISERING (Bielefeld), ein gemeinsamer Punkt der Vorträge sei die Diversität sozialpolitischer Erscheinungen. Die Vielfalt der Sozialpolitik ermögliche es, klassische Narrative der westlichen Moderne in Frage zu stellen und diese zu relativieren und zu erweitern (Lengwiler) oder sie gar „abzuservieren“ (Wehr). Diese Infragestellung führe zur Überwindung der Unterteilung zwischen moderner und traditioneller Sozialpolitik. Ausgehend von der Feststellung der Mannigfaltigkeit der Sozialpolitik machte Leisering drei Dimensionen aus, die doch einen einheitlichen Blick auf den Sozialstaat ermöglichen würden. In Bezug auf Periodisierung sei zum einen nötig, das bislang auf die ersten drei Jahrzehnte der Nachkriegszeit fokussierende Narrativ der Expansionsgeschichte zu öffnen und insbesondere die späteren Expansionsdynamiken des Sozialstaats im globalen Süden zu berücksichtigen. Im Hinblick auf Raum

Roberto Sala

stelle sich zum anderen die Frage, wie die Bindung der Sozialstaatsgeschichte an Europa bzw. dem (nordwest-)europäischen Nationalstaat revidiert werden könne. Wenn man Südeuropa und den globalen Süden in die Analyse einbeziehe, werde es möglich, eine klassische eurozentrische Perspektive zu überwinden. Dies gehe jedoch nicht mit einer verminderten Bedeutung des Nationalstaates einher, da sich gerade in Bezug auf den globalen Süden von einer „socialization of national politics“ sprechen lasse. Hinsichtlich der Notwendigkeit einer allgemeinen Definition von Sozialpolitik plädierte Leisering für einen eng gefassten, auf Ideen von Franz-Xavier Kaufmann aufbauenden Sozialstaatsbegriff, der aus drei Elementen bestehe: kollektive Verantwortlichkeit, Anerkennung einer sozialen Frage und Institutionalisierung von deren Lösung.

Die vom Panel offerierten Einblicke sind auf theoretischer Ebene in zweierlei Hinsicht von Interesse. Zum einen wurde deutlich, dass vorhandene sozialwissenschaftliche Modelle und Reduktionen – die auch die historische Sozialstaatsforschung tiefgehend beeinflussen – ungeeignet sind, um die tatsächlichen Entwicklungspfade sozialstaatlicher Strukturen zu eruieren. Diese Einsicht bedeutet nicht, dass von der Erarbeitung umfassender Deutungsmuster abzusehen ist, sondern dass diese eine theoretische Neufundierung erfordern. Zum anderen machte das Panel fassbar, dass die Überwindung nationalstaatlich zentrierter Perspektiven nicht mit einer Loslösung der Analyse vom Nationalstaat als Gegenstand der Zeitgeschichte einhergehen kann² – wie dies von Befürworterinnen und Befürwortern transnationaler Ansätze gelegentlich suggeriert wird. Vielmehr können globalhistorisch orientierte Studien der transnationalen Zirkulation sozialpolitischer Konzepte nur gerecht werden, wenn sie die Bedeutung nationalstaatlicher Strukturen adäquat gewichten. Hierbei wäre Sebastian Conrads These, Nationalisierung stehe in einer engen Wechselbeziehung mit

²Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Transnationale Geschichte historischer Forschung. Der neue Königsweg?*, in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006, S. 161-174.

transnationaler Verflechtung³, über das Kaiserreich hinaus bzw. im Hinblick auf die spezifische Entwicklung sozialstaatlicher Strukturen zu vertiefen.

Sektionsübersicht:

Ulrike Lindner (Bielefeld): Der Transport von Sozialstaatskonzepten vom affluenteren europäischen Mutterland in ressourcenknappe Kolonien. Das Beispiel Großbritannien - Nigeria 1920-1940

Johannes Paulmann (Mainz): Wohlfahrt ohne Grenzen? Globale Verstrickungen deutscher Sozialstaatlichkeit im 20. Jahrhundert

Martin Lengwiler (Basel): Sparen im Ausbau: Spar- und Effizienzdebatten im europäischen Sozialstaatsboom (1945-1975)

Patrick Harries (Basel): Welfare regimes in South Africa in the second half of the 20th century

Ingrid Wehr (Berlin): Lateinamerikanische Sozialstaaten, Verteilungskonflikte und verwobene Ungleichheitsstrukturen: eine Annäherung aus globalgeschichtlicher und dekolonialer Perspektive

Andreas Eckert (Berlin): 1. Kommentar

Lutz Leisering (Bielefeld): 2. Kommentar: Globale Sozialpolitik? Ein Ausblick auf das 21. Jahrhundert

Tagungsbericht *Sozialstaatliche Verteilungskonflikte in globalhistorischer Perspektive*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 06.11.2012.

³Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im deutschen Kaiserreich*, München 2006.

Simon Groth, Dennis Majewski

Taufe in Alter und Neuer Welt. Zur Bedeutung eines Sakraments für die Rechte des Individuums zwischen Spätantike und Früher Neuzeit

Leitung: Thomas Duve (Frankfurt am Main)

Bericht von: Simon Groth / Dennis Majewski, Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt am Main

Im Mittelpunkt dieser Sektion stand die Taufe als Initiationsritus, wodurch ein Mensch nicht nur Christ, sondern zugleich auch Glied der Kirche wird. Unter der von THOMAS DUVE (Frankfurt am Main) formulierten Leitfrage: „Welche Folgen hatte die Taufe für den Einzelnen als Teil einer rechtlich geordneten Gemeinschaft in Gestalt der Kirche und des Staates, der Gläubige wie Ungläubige umfassen konnte?“ sollten hierbei – im Gegensatz zu traditionellen soziologischen oder theologischen Perspektiven – die rechtlichen Implikationen des Taufsakraments in den Mittelpunkt gerückt werden. Dadurch erhielten die in sehr unterschiedlichen Kontexten angesiedelten Beiträge eine verbindende Klammer. Auf der anderen Seite bedingte die interdisziplinäre Zusammenstellung der Referenten (Rechtsgeschichte, Byzantinistik, Kanonistik, Theologie und Mediävistik) eine multiperspektivische Betrachtung. Moderiert wurde die Sektion von HARALD SIEMS (München).

Die Reihe der Vorträge eröffnete WOLFRAM BRANDES (Frankfurt am Main), der über die Taufe als Instrument der sozialen Inklusion und Exklusion in der Spätantike sprach. Brandes betonte, dass die Taufe, aufbauend auf dem neutestamentlichen Missionsauftrag (Mt 28, 19f.) den zentralen Zugang zur christlichen Gemeinde darstelle. Vorbild und Ausgangspunkt sei die Taufe Jesu im Jordan durch Johannes den Täufer gewesen, bei der die eschatologischen Konsequenzen der Taufe bereits vorhanden und von Jesus akzeptiert worden seien. Durch die Institutionalisierung der Kirche habe die Taufe dann – in regionaler Differenz – eine ekklesiologische Bedeutung erhalten, indem hierdurch der Zugang zur Kirche reguliert worden sei. Ausgehend

Taufe in Alter und Neuer Welt. Zur Bedeutung eines Sakraments für die Rechte des Individuums zwischen Spätantike und Früher Neuzeit

von der Konstantinischen Wende und durch verschiedene Konzilien normiert, lasse sich ab dem 4. Jahrhundert ein Trend zur Vereinheitlichung der Taufform beobachten. Dabei sei die Taufe anfangs keine zwingende Voraussetzung für eine zivile oder militärische Karriere im Römischen Reich gewesen, wenngleich die Mitglieder anderer Religionen in Ausnahmefällen hohe Positionen bekleidet hätten. Erst gegen Ende des 6. Jahrhunderts und im Zusammenhang mit der Verfolgung von ‚Heiden‘ habe sich dies geändert. Brandes betonte, dass neben dieser innenpolitischen Dimension auch eine außenpolitische getreten sei. Durch die Taufe eines auswärtigen Herrschers in Konstantinopel sei dieser in das römisch-byzantinische Bündnissystem integriert worden. Hierauf aufbauend wandte er sich Franz Dölgers Konzept der „Familie der Könige“ (1940) zu, mit dem dieser eine wiederholt aufgegriffene Formulierung für eine von ihm konzipierte hierarchische Weltordnung der byzantinischen Könige etablierte habe. In der Tradition des Historikertages von 1998 stellte Brandes die Zeitgebundenheit dieses Modells heraus, indem er die nationalsozialistischen Zusammenhänge, in die Dölger eingebunden war, skizzierte und die These einer gegenseitigen Beeinflussung von historischer Forschung und konzeptioneller Arbeit für ein künftiges Südosteuropa unter nationalsozialistischer Hegemonie formulierte.

CHRISTOPH MEYER (Frankfurt am Main) wandte sich in seinem Beitrag der „Taufe im Rechtsleben des ersten Jahrtausends“ zu. Ausgangspunkt seines Vortrages war die Feststellung, dass die „Statuskategorie Bürgerrecht“ im Römischen Reich, spätestens seit der Constitutio Antoniniana von 212, zu einer universellen Größe geworden sei. Im Zuge des Untergangs des Römischen Reiches sei nicht nur die Rechtseinheit zerbrochen, sondern auch die rechtliche Bedeutung der Taufe als Initiationsritus in den Vordergrund gerückt. Die Vorstellung, die Taufe präge der menschlichen Seele ein Merkmal auf und besiegele so die Ausrichtung des Menschen auf die göttliche Heilsordnung, sei eine neue Vorstellung gewesen, und die damit einhergehende Sorge um das Seelenheil habe zu einer Wahrnehmung des Menschen als

Individuum geführt. Der Gruppe der Getauften habe nun die Gruppe der Ungetauften gegenüber gestanden.

Die Situation un- und neugeborener Kinder sei insofern prekär gewesen, als dem ungetauften Kind der Weg zum Heil verschlossen gewesen sei. Wenngleich auf dieses Problem in frühmittelalterlichen Rechtsquellen nur ausnahmsweise näher eingegangen werde, zeigten die darin getroffenen Regelungen doch, dass der Eintritt ins Rechtsleben zunehmend über die Taufe erfolgte und sie insofern zu einer Voraussetzung wurde, um überhaupt am Rechtsleben teilzunehmen. Im Folgenden verglich er die christliche Taufe mit einem in manchen Leges nicht-römischer Gentes zumindest ansatzweise noch erkennbaren vorchristlichen Weg ins Rechtsleben. Diesem wohne – im Gegensatz zur Taufe – ein „Moment der Ungleichheit“ inne, da das ihm zugrunde liegende „funktionale Statusmodell“ die rechtliche Stellung des einzelnen Menschen von physischen, materiellen oder sonstigen Voraussetzungen abhängig gemacht habe. Dem gegenüber stände die Taufe mit ihrer aus dem gespendeten Sakrament resultierenden Gleichheit und dem rechtlichen Schutz des ungetauften Kindes aus Sorge um dessen Seelenheil. Abschließend machte Meyer den Bedeutungsverlust des römischen Bürgerrechts als Statuskategorie und den Aufstieg des Christentums für die Bedeutungszunahme der Taufe im weltlichen Rechtsleben des ersten Jahrtausends verantwortlich. Unabhängig von den historischen Rahmenbedingungen käme dem übergeordneten religiösen Zweck des Sakraments eine zentrale Bedeutung zu.

Es folgte der amerikanische Rechtshistoriker RICHARD HELMHOLZ (Chicago), der in seinem Vortrag herausarbeitete, dass das kanonische Recht spätestens seit dem 12. Jahrhundert als eigenständiger Bereich anzusehen sei, der sich von seinem theologischen Ursprung emanzipiert habe. Gleichwohl komme dem Sakrament der Taufe eine nicht unerhebliche Behandlung innerhalb des Corpus Iuris Canonici zu. Im ersten Teil seines Vortrages stellte Helmholtz die die Taufe betreffenden Stellen des Decretum Gratiani und der Decretales Gregorii IX. vor. Im zweiten Teil seiner Ausführungen verglich er das Sakra-

Taufe in Alter und Neuer Welt. Zur Bedeutung eines Sakraments für die Rechte des Individuums zwischen Spätantike und Früher Neuzeit

ment der Taufe in fünf verschiedenen Punkten mit dem Sakrament der Ehe, indem er Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Sakramente aufzeigte. Erstens: Voraussetzung der Taufe wie auch der Ehe sei das gesprochene Wort gewesen. Im Gegensatz zur Ehe, bei der lediglich die Absicht eindeutig erkennbar sein müsse, bedürfe die Taufe einer exakten sprachlichen Formel (Trinitätsformel), um Gültigkeit zu generieren. Zweitens: Der Empfang beider Sakramente sei bereits im Kindesalter möglich gewesen, wobei das Mindestalter für die Ehe bei sieben Jahren gelegen habe. Im Gegensatz zur Taufe hätten die Betroffenen mit Erreichen der Pubertät die im Kindesalter geschlossene Ehe aber aufheben können. Drittens: Zum Erhalt der beiden Sakramente sei der freie Wille der Betroffenen zwar notwendig gewesen, wobei auch eine mittels Täuschung oder Zwang gespendete Taufe – im Gegensatz zu einer in Ausnahmefällen anfechtbaren Ehe – ihre Gültigkeit behalten habe. Viertens: Die aus beiden Sakramenten resultierenden Rechte und Pflichten seien prinzipiell unaufhebbar und ewig gültig gewesen. Im Gegensatz zu der lebenslang gespendeten Taufe habe das Sakrament der Ehe jedoch Möglichkeiten des Widerrufs offen gehalten. Fünftens: Während die Taufe eines Kindes abhängig von elterlicher Kontrolle (Privileg und Pflicht) gewesen sei, habe die Entscheidung über eine Ehe bei den Betroffenen gelegen. Wenn lediglich einer der beiden Eltern christlichen Glaubens gewesen sei, habe die Entscheidung bezüglich der Taufe vom christlichen Elternteil alleine getroffen werden können. In seiner Zusammenfassung unterstrich Helmholtz die Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Sakramente. Die Taufe sei als höchstes Gut im Gegensatz zur Ehe als eine Institution aufgefasst worden, nach der jeder Mensch streben solle. Das kanonische Recht habe in erster Linie nicht darauf abgezielt, eine gesellschaftliche Ordnung herzustellen, sondern die Menschen zu ihrem Seelenheil zu führen.

CHRISTIANE BIRR (Frankfurt am Main) erweiterte die von Helmholtz für das mittelalterliche Europa dargelegte theologisch-juristische Argumentation durch eine Analyse der Antworten der Schule von

Salamanca auf die durch die politischen Rahmenbedingungen aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit der Taufe von Erwachsenen und ihren Wirkungen. Während mittelalterliche Theologen Taufritus und Idoneität des Taufenden thematisiert hätten, trete bei spätscholastischen Autoren die „psychologische Disponiertheit“ des Täuflings hinzu. Dieser erfülle im Idealfall drei verschiedene Voraussetzungen, die Birr als „spirituell“ (Glaube und Reue über die begangenen Sünden), „kognitiv“ (Bewusstsein der Bedeutung der Taufe und der elementaren Glaubensinhalte) und „voluntativ“ (Freiwilligkeit der Taufe/Wille) bezeichnete. Hiervon ausgehend untersuchte sie die Antworten spanischer Juristen und Theologen auf etwaige Defizite bei den einzelnen Anforderungen. Der Aspekt des Glaubens und der Reue habe dabei eine rechtlich untergeordnete Rolle gespielt, indem die Taufe in jedem Fall als wirksam verstanden worden sei und den Getauften zum *membrum ecclesiae* gemacht habe. Auf der ‚kognitiven‘ und ‚voluntativen‘ Ebene hingegen bedinge die politische Situation vor dem Hintergrund von Massentaufen in der Neuen Welt und Zwangstaufen auf der iberischen Halbinsel präzisere Antworten. Nach einem Gutachten der theologischen Fakultät der Universität Salamanca über die missionarische Taufpraxis aus dem Jahre 1541 könne erst ein im Glauben und den christlichen Sitten ausreichend unterrichteter Kandidat die Bedeutung der Taufe einschätzen, so dass eine derartige Unterweisung, auch wenn sie den Prozess der Mission verlangsamt, notwendig sei. Bezüglich des Aspektes der *voluntas* habe sich bei Zwangstaufen die Problematik ergeben, dass auf der theoretischen Ebene zwar immer wieder der Grundsatz der Freiwilligkeit betont worden sei, in der Praxis jedoch Zwangstaufen gleichwohl als wirksam verstanden worden seien. Auch wenn die Taufe, als Tor zur Kirche wie zu den Sakramenten, einen unwiderruflichen Status generiere, so konstituiere dieser keineswegs automatisch allen Christen gleichermaßen zuerkannte Rechte, für die eben auch Rechtgläubigkeit und christlicher Lebenswandel notwendig seien. Das damit aufgeworfene Problem der Zugehörigkeit zur Kirche von getauften, sich aber wieder vom christli-

Taufe in Alter und Neuer Welt. Zur Bedeutung eines Sakraments für die Rechte des Individuums zwischen Spätantike und Früher Neuzeit

chen Glauben entfernenden Menschen, habe dabei in der Schule von Salamanca zu unterschiedlichen Antworten geführt.

Im letzten Beitrag der Sektion widmete sich MICHAEL SIEVERNICH SJ (Mainz) der christlichen Initiation in der Neuen Welt. Dabei führte er aus, dass in den mexikanischen Chroniken von einem enormen Andrang der Indios und von Massentaufen die Rede sei. Entsprechend rudimentär sei die Taufe ausgefallen, da außer dem Kernritual kaum weitere Riten ausgeführt worden seien. Neben dem offensichtlichen Grund des Andrangs habe auch die chiliastische Prägung der ersten Franziskaner in Mexiko für eine reduzierte Taufpraxis gesorgt. Im Folgenden stellte Sievernich die Reaktion der Europäer auf die verkürzte Taufpraxis dar. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit und Gültigkeit dieser Taufen habe die rechtliche Diskussion bestimmt. Anschließend thematisierte er den Aspekt der „Instruktion durch Sprache“, und betonte, dass die Taufe an die freiwillige Zustimmung der Person gebunden sei. Diese setze ein Grundverständnis des Rituals voraus und bedürfe somit einer prä- und postbaptismalen Unterweisung. Diese wiederum sei an die Sprache gebunden, was erhebliche linguistische Anstrengungen voraussetze. Die kirchliche Sprachpolitik habe dabei nicht auf Hispanisierung der Indios gesetzt, sondern auf die linguistische Indigenisierung der Missionare. Der Religionswechsel durch die Taufe habe also den Wechsel vom illiteraten zum literaten Status gefördert. Im letzten Teil seines Vortrages stellte Sievernich auf die durch den individuellen Vorgang einer Konversion vollzogene Inklusion der Indios durch die Taufe ab. Diesem Wechsel religiöser und sozialer Welten sei ein neuer Status mit Rechten und Pflichten gefolgt, der mit Prozessen der Abkehr ebenso verbunden gewesen sei wie mit der Hinwendung zur neuen Gemeinschaft und ihren Partizipationsformen. Die Rechte der Getauften auf Partizipation seien weitgehend durch das kanonische Recht normiert gewesen, wären aber durch die regionale konziliare Gesetzgebung modifiziert und dabei meist eingeschränkt worden. Andererseits seien die Rechte der Indios durch konziliare Bestimmungen geschützt worden.

Simon Groth, Dennis Majewski

BERNHARD JUSSEN (Frankfurt am Main) beschloss die Sektion mit einem ausführlichen Kommentar. Hierbei griff er die zugrundeliegende Leitfrage auf, welche Funktionen die Taufe bezogen auf die normative Erfassung der menschlichen Person in rechtlichen und außerrechtlichen (etwa sozialen) Zusammenhängen erfülle. Bezugnehmend auf den Vortrag von Meyer beleuchtete Jussen die Möglichkeit, dass mit der Durchsetzung der Säuglingstaufe das ins Bürgerrecht geborene Werden mit der Taufe zusammenfalle. Er führte jedoch an, dass die Säuglingstaufe erst seit dem 5. Jahrhundert ein durchgängiges Normalformat gewesen zu sein scheine, während das Bürgerrecht hingegen schon seit Beginn des 3. Jahrhunderts zunehmend bedeutungslos geworden sei. Weiter richtete er den Blick auf ritualisierte und nicht ritualisierte Eintritte. Hierbei verwies er auf die Änderungen, die durch die Ritualisierung eines Überganges entstünden, indem es hierdurch zu einer Bedeutungszuschreibung käme. Dagegen stünde ein negativer Befund bezüglich der in der Metapher des *Corpus Christi* ausgedrückten Gleichheitsanthropologie. Die Gleichheit generierende Taufe habe zwar Ungleichheit hervorgebracht (getauft/ungetauft), sei aber nicht als Argument in der Diskussion um Sklaven- oder Menschenrechte eingesetzt worden. Dagegen habe der Aspekt der individuellen Heilssicherheit eine bedeutende Rolle in den theoretischen Reflexionen gespielt. Nachfolgend wandte sich Jussen den Effekten des Rituals und hier der sozialen Distinktion zu. Das Distinktionspotential der Taufe sei in Kerneuropa seit dem 5. Jahrhundert „gleich Null“ gewesen, während es im Römischen Imperium und in Randgebieten des lateinischen Europas sowie in der Neuen Welt überhaupt die Möglichkeit der sozialen Distinktion zwischen Getauften und nicht Getauften durch öffentlichen Vollzug eines Ritus gegeben habe. Im Folgenden ging Jussen auf die erzieherische Erfassung der Person ein und konstatierte als vortragsübergreifende Gemeinsamkeit, dass die Taufe immer ein sehr stark an religiöse und moralische Wissensvermittlung gebundener Ritus gewesen sei.

Mit Blick auf die Sektionsfrage hielt Jussen abschließend fest, dass

Taufe in Alter und Neuer Welt. Zur Bedeutung eines Sakraments für die Rechte des Individuums zwischen Spätantike und Früher Neuzeit

die Organisation der Erziehung rituell an den Eintritt in die christliche Gemeinschaft gebunden gewesen sei. Das von Duve vorangestellte Ziel der Sektion, weniger eine große Entwicklungslinie nachzuzeichnen, als die bisher nur teilweise untersuchte gemeinschafts- und rechtsstiftende Wirkung der Taufe als Mittel zur normativen Erfassung der menschlichen Person in den Blick zu nehmen, wurde eingelöst. Diesem Ansatz war es auch geschuldet, dass die einzelnen Beiträge, unabhängig von jeweils spezifischen Detailbeobachtungen, Anknüpfungspunkte zu weiteren Forschungen anboten, Desiderate aufzeigten und so das Potenzial dieser Fragestellung sichtbar machten. In diesem Zusammenhang fragte Siems nach den Möglichkeiten der Übertragung auf weitere Räume und Zeiten. Hervorzuheben waren die von Brandes vorgenommene wissenschaftsgeschichtliche Kontextualisierung des Konzeptes der „Familie der Könige“, die in der Dekonstruktion eines Forschungsstereotyps mündete sowie der von Helmholz vorgenommene Vergleich der Sakramente Ehe und Taufe. Nicht nur dieser innovative Ansatz lohnt einer vertiefenden Betrachtung; gleiches gilt für die von Siems skizzierten Spannungslagen zwischen Glaube und Taufe oder Recht und Religion. Es ist daher zu begrüßen, dass Duve eine vertiefende Tagung zum Phänomen der Taufe ankündigte. Diese ist für 2014 am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte geplant. Die Beiträge des Historikertages sollen in der Zeitschrift „Legal history“ publiziert werden.

Sektionsübersicht:

Harald Siems (München): Moderation

Wolfram Brandes (Frankfurt am Main): Taufe und soziale Inklusion/Exklusion in der Spätantike

Christoph Meyer (Frankfurt am Main): Die Taufe im Rechtsleben des ersten Jahrtausends

Richard Helmholz (Chicago): The Law of baptism in medieval Europe:

Practical problems and their solution

Christiane Birr (Frankfurt am Main): „Titulus ad regnum coelorum“. Zur Taufe und ihren Wirkungen in der theologisch-juristischen Argumentation der Schule von Salamanca

Michael Sievernich (Frankfurt am Main): Baptismus Barbarorum. Christliche Initiation in der Neuen Welt

Bernhard Jussen (Frankfurt am Main): Kommentar

Tagungsbericht *Taufe in Alter und Neuer Welt. Zur Bedeutung eines Sakraments für die Rechte des Individuums zwischen Spätantike und Früher Neuzeit*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 12.11.2012.

Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich

Leitung: Matthias Tischler (Dresden)

Bericht von: Mohammad Gharaibeh, Annemarie Schimmel Kolleg, Universität Bonn

Diese Sektion knüpfte inhaltlich an die transkulturelle Sektion „Passagen über Grenzen“ des 48. Deutschen Historikertags in Berlin an und nahm Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen in den Blick. Aus Sicht der Islamwissenschaft, der Judaistik, der transkulturellen Mediävistik und der historischen Theologie wurden dabei nicht nur die Reduktion der Komplexität von fremdem religiösen bzw. kulturellen Wissen, sondern auch seine kontrollierte Integration für die Selbstvergewisserung, die Stabilisierung und die Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher und religiöser Systeme erörtert.

Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich

In seiner Einleitung führte MATTHIAS TISCHLER (Dresden) in die sogenannte ‚ungeschehene‘ oder ‚verhinderte Geschichte‘ ein, die in der Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten betrieben wird, und schlug geschickt den Bogen zum Sektionstitel „Verbotene Passagen“ und zum Generalthema des 49. Historikertags 2012 „Ressourcen – Konflikte“. Denn die Ausdehnung des Ressourcenbegriffs auf immaterielle Güter wie Zeit, Erfahrung, kulturelles oder religiöses Wissen und seine mediale Aufbereitung wirft zusammen mit dem Geschichtsbilder dekonstruierenden Ansatz der ‚verhinderten Geschichte‘ die Frage nach der Kontrolle, der Unterbindung und des Verbotes von fremden Wissensressourcen in einer Gesellschaft auf. Die Sektion sollte den Akzent auf die Generierung, Verteilung und Kontrolle von religiösen Wissensressourcen in den verschiedenen Gesellschaften des Mittelalters legen. Als Beispiel für eine Ressourcenknappheit nannte Tischler fehlende Übersetzungen zentraler Texte anderer Religionen. So fehle es – abgesehen vom Koran – an umfassenden lateinischen Übertragungen von Tafsir, Talmud, Midrashim und Targumim im mittelalterlichen Europa und auf der anderen Seite Übersetzungen biblischer Bücher und christlicher wie jüdischer Literatur im Nahen Osten und Nordafrika. Für die Suche nach den Ursachen der Ressourcenknappheit schlug Tischler drei den christlichen Mehrheitsgesellschaften Europas vertraute Phänomene als Ausgangspunkte vor. Zum einen die Frage, inwieweit die religiösen ‚Kultsprachen‘ Arabisch, Hebräisch, Latein und Griechisch in der jeweils anderen religiösen Kultur in kultureller Distanz wahrgenommen wurden, wodurch ihnen kein Platz im jeweiligen Bildungswesen eingeräumt worden ist. Zum zweiten der Umstand, dass die Wahrheitsansprüche im Augenblick der wechselseitigen Deutung Fragen nach der Adaption, nach der Transformation des Anderen ins Eigene und nach der Unterwanderung des Eigenen durch das Andere aufwerfen. Und zum dritten die Frage danach, welche Personen und Institutionen über die Autorität zur Formulierung, Durchsetzung und Sanktionierung von religiöser Normativität verfügten und die Aufsicht über die Reinheit der Lehre übernahmen. An

Mohammad Gharaibeh

einigen Themenfeldern veranschaulichte Tischler dabei seine Ausführungen. (1) Im diplomatischen Verkehr fränkisch-deutscher Herrscher seit dem 8. Jahrhundert fehlen fast vollständig präzise Informationen zu den Glaubensvorstellungen der muslimischen Herrscher des Mittelmeerraums. (2) In der christlichen Geschichtsschreibung ist seit dem 8. Jahrhundert eine große Zurückhaltung zu konstatieren, Muḥammads Leben und Werk zu integrieren. (3) Die christlich-jüdischen Glaubensgespräche (sogenannte Religionsdialoge) seit dem ausgehenden 11. Jahrhundert waren in der Regel bereits asymmetrisch konstruiert, so dass ein Scheitern des Austauschs die Gespräche prägte.

STEPHAN CONERMANN (Bonn) ging der Frage nach, warum sich der Religionsgelehrte al-Ġazālī (gestorben 1111) mit seinen traditionalistisch-religions-philosophischen Ansichten gegen den islamischen Philosophen Averroës (gestorben 1198) durchgesetzt hat und die griechische Philosophie dadurch keine nennenswerte Berücksichtigung mehr im „Mainstream“ islamischer Theologie fand. Zunächst brach Conermann die Thematik auf das Grundproblem herunter. Im 7. Jahrhundert begann mit der Gründung Bagdads eine intensive Rezeption antiken Wissens. In einer ersten Übersetzungsbewegung wurden griechische Wissenstexte ins Arabische übertragen und studiert. Im Zentrum dieser Bewegung stand vor allem Aristoteles bzw. dessen Rezeption in der Spätantike. Die Beschäftigung mit der Philosophie wurde allerdings rasch auch von der Frage begleitet, welcher Weg zur Wahrheit führt. Der Philosophie stand die Offenbarung gegenüber, die ebenfalls den Anspruch auf Wahrheit erhob. Al-Ġazālī wird als ein Wendepunkt in dem Widerstreit zwischen Philosophie und Offenbarung gesehen. In seinen Schriften betonte er zwar, dass die Wahrheit ausschließlich von der Offenbarung ausgehe, jedoch band er die Philosophie in sein theologisches System mit ein. Allerdings geschah dies nur eingeschränkt. Er bediente sich der Logik, der Mathematik, der Politik und der Ethik, schloss allerdings die Physik und Metaphysik aus seinem System aus. Averroës versuchte zwar mit einigen Gegenschritten, gegen al-Ġazālīs Ansatz Einspruch zu erheben

Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich

und der Philosophie zu mehr Einfluss zu verhelfen, allerdings war sein Versuch langfristig nicht von Erfolg gekrönt, und die Philosophie wurde lediglich in ihrer eingeschränkten Rolle in die normativen Werke aufgenommen. Der Grund für diese Entwicklung ist in der islamwissenschaftlichen Forschung nicht eindeutig geklärt. Ein möglicher Erklärungsansatz könnte sein, dass die Rezeption der Antike, die unter den ‘Abbāsiden begann, eine andere Entwicklung nahm als sie beispielsweise unter den Karolingern erfuhr. Wurde unter letzteren die Antike positiv in die eigene Kultur aufgenommen, das antike Wissen sakralisiert und das Griechische als Gelehrtensprache übernommen, so blieb die Antike im islamischen Raum zwar ‚nützlich‘, aber fremd. Es fand kein Sprachwandel vom Arabischen zum Griechischen statt, und der Koran blieb die erste Quelle gültigen Wissens. Zudem empfand man den Islam in Abgrenzung zur vorislamischen Zeit der Ġāhiliya bereits als einen Neuanfang, in dessen Kultur die Antike keinen Platz fand. Man scheute sich zwar nicht vor einer intensiven Beschäftigung mit der griechischen Philosophie, im selben Moment erachtete man sie aber nicht als eigen.

In seinem Vortrag mit dem Titel „Abgrenzungsstrategien. Moses Maimonides und das Christentum“ legte GÖRGE HASSELHOFF (Bochum) sein Augenmerk auf die Kontaktmöglichkeiten zwischen Christen und Muslimen in den Schriften des Maimonides, auf die Frage, ob in Anlehnung an eine Aussage von Maimonides die Rede von ‚Christen als Götzendienern‘ sachgemäß ist, sowie auf die Wahrnehmung von Christentum und Islam in weiteren Texten des Maimonides. Moses Maimonides, der im andalusischen Córdoba zwischen 1132/1135 und 1138 geboren wurde, lebte überwiegend in Regionen mit muslimischen Mehrheitsgesellschaften. Kontakt mit Christen als Vertretern einer Mehrheitsreligion scheint er hingegen nur wenig gehabt zu haben. Ab etwa 1168 lebte Maimonides bis zu seinem Tod im Dezember 1204 in Fustat (bei Kairo) und gehörte ab den 1170er-Jahren zum Leibärzte-Kollegium der Wesire von Kairo. Bezüglich der Christen lässt sich in Maimonides‘ Werken keine einheitliche Position herausle-

Mohammad Gharaibeh

sen. Zwar bezeichnet er sie im halakhischen Kontext als Götzendiener, allerdings sind diese Aussagen traditionell und spiegeln weitestgehend die Diskussionen aus dem Babylonischen Talmud wider. Zudem muss berücksichtigt werden, dass Maimonides seine halakhischen Werke als Kompilationen versteht und der vorgegebene Stoff aus Mischna und Gemara ähnlich lautet. Darüber hinaus erlaubt es Maimonides den Christen, die Gebote und Kommentare zu lehren, was Maimonides den Muslimen nicht erlaubt, was darauf hindeutet, dass er die Christen hinsichtlich des Schriftstudiums nicht als Götzendiener betrachtet. Der Blick auf die Muslime stellt sich in Maimonides' Schriften noch schwieriger dar. Auf der einen Seite könne mit den Muslimen zwar nicht diskutiert werden, da die Schriftgrundlage, anders als bei den Christen, zu verschieden sei und der Koran und die Thora nicht gleich seien. Auf der anderen Seite sieht Maimonides das muslimische Bekenntnis zu dem einen Gott (Allah) nicht als Götzendienst. Hasselhoff betonte dennoch, dass aus zeitgenössischen Berichten über Maimonides bekannt sei, dass er auf der alltagspraktischen und auf der wissenschaftlichen Ebene in einem regen Austausch mit seinen nicht-jüdischen Zeitgenossen stand.

MATTHIAS TISCHLER (Dresden) machte den Titel „Das verbotene Gesetz. Wie Christen im Mittelalter versucht haben, die Übersetzung und Lektüre des Koran zu verhindern“ zum Programm seines Vortrages. Indem Tischler zunächst eine förmliche Islamunwissenheit im Mittelalter unter Christen anhand von Zitaten von Personen wie Johannes von Segovia, Humbert von Romans und Petrus Venerabilis feststellte, leitete er zum Gegenstand seines Vortrags über. Es ging ihm um die Überlieferungs- und Rezeptionsgeschichte von Projekten zur Übertragung des Koran ins Lateinische, anhand derer sich ‚verhinderte Geschichte‘ exemplarisch zeigen lasse. Dabei nannte er unter anderem das Projekt des Abtes von Cluny, Petrus Venerabilis. Während einer Spanienreise trifft Petrus auf Robert von Ketton und andere internationale Gelehrte, die er unter Einsatz von erheblichen Geldmitteln zur ersten lateinischen Vollübersetzung des Koran bewegen

Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich

kann. Diese Übersetzung wird in der Folgezeit allerdings nur wenig gewürdigt. Zwischen der Originalhandschrift von Cluny und den nächst jüngeren Handschriften aus der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts tut sich eine Überlieferungs- und Rezeptionslücke von über 100 Jahren auf. Diesen Befund zu erklären, versuchte Tischler über zwei Ansätze: Zunächst scheint das Projekt auf Grund der starken Kritik von Petrus' reformbenediktinischem Gegenspieler Bernhard von Clairvaux unter enormen Startschwierigkeiten gelitten zu haben. Zum anderen gebe es zahlreiche Spuren interner Konflikte in Cluny selbst, die zeigen, wie sehr man sich gegen eine intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Islam gewehrt hat. So verwundere es wenig, dass die erste Fassung der Vorarbeiten zu einer Widerlegung des Islam ‚verloren‘ ging. Im Ganzen betrachtete Tischler das Islamprojekt des Petrus Venerabilis als ein gescheitertes. Alle Versuche des Abtes von Cluny, den übersetzten Koran in den lateinischen Wissenskosmos zu integrieren, führen nicht zum gewünschten Erfolg. Seine Mitbrüder entschieden sich lieber für den Zugriff auf vorgegebene Polemiken statt für eine Beschäftigung mit dem schwierigen authentischen Text selbst, wenn eine Auseinandersetzung mit den Muslimen schon unausweichlich war. Erst mit der Wiederentdeckung des Originalcodex im 2. Viertel des 13. Jahrhunderts entfaltet er eine erste Wirkung. Eine entscheidende Rolle kommt hierbei dem Dominikanerorden zu, der nach einem gescheiterten, ordenseigenen Arabischstudium in Tunis auf das Islamprojekt des Petrus Venerabilis angewiesen war, um erstmals missionstheoretische und -praktische Handbücher und Glaubenssummen entwickeln zu können.

KRISTIN SKOTTKI (Rostock) nahm in ihrem Vortrag das lateinische Fürstentum Antiochia in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts und damit die Anfangszeit der sogenannten Kreuzfahrerstaaten in den Fokus. In der modernen Kreuzzugsforschung gilt dieser Kreuzfahrerstaat als ein gelungenes Exempel kultureller und religiöser Austauschprozesse und des friedfertigen Miteinanders unterschiedlicher Religionen und Kulturen. In ihrem Vortrag ging Skottki der Frage nach,

Mohammad Gharaibeh

ob und wie sich dieser Charakter der Stadt auch in der lateinischen Historiographie spiegelt, ob die Quellen den Wissenschaftsdiskurs bestimmen und wie die Forschung selbst auf unser Verständnis der Quellen zurückwirkt. Dazu stellte Skottki unter anderem die Geschichte eines Mannes in den Mittelpunkt ihres Vortrags, um den sich verschiedene Narrative gebildet haben. Es ging um einen Mann namens Fīroûz, der die Stadt Antiochia an die Kreuzritter verraten haben soll und anschließend mitsamt seinem ganzen Haus von Bohemund von Tarent getauft wurde. Dabei wird vor allem die Konversion des Fīroûz in den Chroniken unterschiedlich dargestellt und von der Geschichtswissenschaft kontrovers beurteilt. In einer Chronik heiße es, dass Bohemund den Konversionswunsch zwar begrüßt, sich aber ansonsten nicht sonderlich um die Konversion bemüht habe. In einer anderen Chronik heiße es stattdessen, dass die Taufe der ‚Heiden‘ die Kreuzfahrer mehr erfreute als die Eroberung Antiochias selbst und die Kreuzfahrer sie entsprechend feierten. In der Forschung allerdings wurde die Freude der Kreuzfahrer kaum berücksichtigt, und die Historiker heben die Konversion des Fīroûz nicht gesondert hervor. Skottki sieht den Grund hierfür in dem scheinbar unter den Kreuzzugsforschern herrschenden Konsens, dass der ‚Traum von der Konversion der Muslime‘ erst ein Phänomen des 13. Jahrhunderts gewesen sei. Aus ihrer Sicht gebe es aber in der ersten Standardzählung des Ersten Kreuzzugs deutliche Hinweise dafür, dass bereits in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts ein großes Interesse an einer Konversion der Muslime bestand. Hier hat es den Anschein, so Skottki, als ob die Kreuzzugsforschung zu sehr auf die Vorstellung fixiert sei, dass die ursprüngliche Kreuzzugsidee nicht mit Mission bzw. Konversion zusammenpasse. Skottki formulierte daher die provokante Behauptung, dass auch die moderne Forschung in Einzelfällen den Darstellungen in den mittelalterlichen Texten und ihrer historischen Realität auf der Deutungsebene nicht die angemessene Bedeutung beimesse und so selbst die Anerkennung von religiösen Transferprozessen in der Kreuzzugszeit behindere.

Die Vorträge dieser Sektion konnten im Ganzen halten, was sie

Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich

versprachen. Dem Zuhörer wurden neben konkreten Beispielen für „verhinderte Geschichte“ aus verschiedenen Disziplinen eine Reihe von Anregungen vermittelt, die den Forscher für diese spannende Problematik sensibilisieren. Auch wenn sich dabei manche Phänomene nicht immer erklären lassen, wie die Frage, warum sich al-Ghazālī gegenüber Averroës durchgesetzt hat, so haben doch alle Vortragenden verdeutlichen können, dass sich auch bereits bekanntes und erschlossenes Quellenmaterial in einer neuen Dimension kritisch hinterfragen lässt. Dabei ermutigen sie den Wissenschaftler, sich genauer mit Überlieferungsgeschichte von Quellen zu beschäftigen sowie bestehende Geschichtsbilder und historische „Selbstverständlichkeiten“ zu hinterfragen, um zu innovativen und neuen Fragestellungen zu gelangen.

Sektionsübersicht:

Matthias Tischler (Dresden): Verbotene Passagen. Eine neue Perspektive auf das methodische Problem der verhinderten Geschichte

Stephan Conermann (Bonn): Der Bruch mit der griechischen Philosophie im islamischen theologischen Diskurs. Warum sich al-Ġazālī (gest. 1111) gegen Averroës (gest. 1198) durchgesetzt hat

Görge Hasselhoff (Bochum): Abgrenzungsstrategien. Moses Maimonides und das Christentum

Matthias Tischler (Dresden): Das verbotene Gesetz. Wie Christen im Mittelalter versucht haben, die Übersetzung und Lektüre des Koran zu verhindern

Kristin Skottki (Rostock): Die Gefahr des Kontakts. Bewertungen von interkulturellen Begegnungen und Konversionen in der lateinischen Historiographie der frühen Kreuzfahrerstaaten

Tagungsbericht *Verbotene Passagen. Strategien der Verweigerung, Verhinderung und Unterbrechung von religiösen Transfer- und Transformationsprozessen im transkulturellen Vergleich*. 25.09.2012-28.09.2012, In:

Verrat! Geschichte einer diskursiven Ressource von der Renaissance bis zur Gegenwart

Leitung: André Krischer (Münster) / Peter Hoeres (Mainz)

Bericht von: Sina Fabian, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Der Begriff „Verrat“ erfreut sich gerade in letzter Zeit großer Beliebtheit. Die sogenannten „Vatileaks“- und „Wikileaks“-Affären nehmen breiten Raum in der aktuellen Medienberichterstattung ein. In diesem Sinne konnte die Sektion „Verrat! Geschichte einer diskursiven Ressource von der Renaissance bis zur Gegenwart“ tatsächlich eine Brücke vom Mittelalter bis heute schlagen. André Krischer wies in seiner Einleitung darauf hin, dass Verrat zwar zum Vokabular der Moderne gehöre, aber in der Wissenschaft bisher wenig beachtet worden sei, obwohl, wie diese Sektion zeigen wolle, dieser Terminus als kulturelles Deutungsmuster seit der Antike immer wieder eine wichtige Rolle gespielt habe. Die Sektion habe zum Ziel, so Krischer, Verrat in einen breiten Kontext zu setzen und sich damit von der Definition Margret Boveris, die Verrat als Produkt der Modernisierung und Säkularisierung im 20. Jahrhundert verstand¹, etwas abzusetzen. Alle Vorträge gingen der diskursiven Ressource Verrat anhand von Diskursanalysen nach, so dass sie nicht nur thematisch, sondern auch methodisch sehr ähnlich gelagert waren.

ULRICH HOFFMANN (Münster) beschäftigte sich in seinem Vortrag „Verrat als narrative Ressource der höfischen Literatur“ mit Verräterdiskursen im Mittelalter. Verrat, definiert als Treuebruch, galt im Mittelalter als eines der schwerwiegendsten Vergehen. In Dantes

¹Margret Boveri, *Der Verrat im XX. Jahrhundert*, 4 Bde., Hamburg 1956-1960.

Verrat! Geschichte einer diskursiven Ressource von der Renaissance bis zur Gegenwart

Göttlicher Komödie ist für Verräter der tiefste Höllenkreis vorgesehen. Hoffmann zeigte an zwei literarischen Texten unterschiedliche Verräterdiskurse auf. Als erstes widmete er sich dem Verräter Genelun im Rolandslied. Dieser habe in der Erzählung Karl den Großen aus Rache an die Heiden verraten, wodurch dessen Nachhut, angeführt von Roland, von den Heiden in einen Hinterhalt gelockt und besiegt worden sei. Genelun jedoch sei für seinen Verrat durch die Rechtsprechung Karls und einen verlorenen Zweikampf mit dem Tode bestraft worden. Nach Hoffmanns Interpretation habe Geneluns Verrat zum einen ein Erklärungsmodell für die verlorene Schlacht von Roncesvalles geboten, zum anderen aber habe gerade die gerechte Strafe Geneluns das Ordnungsmodell des höfisch-christlichen Lebens, in der Treue eine herausragende Bedeutung zukam, gefestigt.

Verrat spiele auch im Prosa-Lancelot, der die Geschichte König Artus erzählt, eine zentrale Rolle. Im Verrat Mordrets an seinem Vater König Artus liefen, so Hoffmann, verschiedene Verratsnarrative zusammen. Mordret habe, den Tod Artus' vorgebend, Briefe gefälscht, in denen dieser Mordret als seinen Nachfolger einsetzte, der zudem auch noch seine Frau Ginover ehelichen sollte. Es sei zu einer finalen Schlacht zwischen den Heeren Mordrets und Artus' gekommen, in der Artus, tödlich durch Mordret verwundet, seinen Sohn besiegt habe. Während der Verrat im Rolandslied klaren Kausalitäten folge, werde der Verrat im Prosalancelot, so Hoffmann, als unabwendbares Schicksal dargestellt. Dies werde in Artus' Traum vom Rad der Fortuna deutlich. Auf diese Weise erscheine der Verrat als eine Laune des Schicksals, die nicht verhindert werden könne.

Zusammenfassend, beschrieb Hoffmann, diene die Figur des Verräters kontrastierend zur Darstellung unbedingter Treue, „indem sie andere Figuren in ihrer Größe nur umso deutlicher herausstellen lässt.“ Verratsnarrative böten zweitens auch immer eine Erklärung für das Unerklärliche, anhand dessen Grundfragen der höfischen Kultur wie Treue und Repräsentation aber auch Untreue und Untergang verhandelt würden.

Im zweiten Vortrag der Sektion befasste sich ANDRÉ KRISCHER (Münster) mit „Britischen Verratsdiskursen im Zeitalter der Glorious Revolution“. Als Erklärung für das verdichtete Aufkommen von Verratsdiskursen in dieser Zeit sieht Krischer die normative Tradition von Verratsgesetzen. Anders als auf dem Kontinent habe schon der bloße Gedanke oder die Planung des Königsmords als Verrat gegolten. Der Verratsbegriff sei im frühen 17. Jahrhundert zudem sehr häufig mit dem Begriff „Papismus“ kombiniert worden. Als Papisten seien nicht nur Katholiken bezeichnet worden, sondern beispielsweise auch Puritaner und Presbyterianer, da sich auch diese teilweise gegen die etablierte Ordnung aufgelehnt hätten. Verratsdiskurse seien zumeist mit Verschwörungsdiskursen einhergegangen, da die Bedrohungsszenarien teilweise so ausufernd gewesen seien, dass man sich nicht nur einen Einzeltäter hätte vorstellen können. Krischer machte an mehreren Beispielen deutlich, dass Verräter immer diskursiv ermittelt worden seien und es in hohem Maße darauf angekommen sei, welche Gruppe (Whigs oder Tories) gerade die Meinungshoheit besessen habe. So seien etwa verurteilte Verräter nach der Glorious Revolution und dem Machtwechsel teilweise wieder freigesprochen worden. Nach der Glorious Revolution sei zudem eine neue Gruppe ins Zentrum der Verratsdiskurse gerückt, die Anhänger des abgedankten/ geflohenen König Jakob II., die sogenannten Jakobiten. Allerdings habe es zunächst zumindest einiger empirischer Hinweise bedurft, um Jakobiten als Verschwörer und Verräter zu brandmarken. Im Dezember 1690 sei die sogenannte Preston-Bande aufgegriffen worden, in deren Besitz sich Hinweise auf eine Verschwörung gegen den König und die Königin gefunden hätten. Diese hätten ausgereicht, um einen Hochverratsprozess zu inszenieren. Die Ankläger hätten argumentiert, dass die Verschwörung sich nicht nur gegen das Königspaar gerichtet habe, sondern einer Bedrohung ganz Englands gleich gekommen sei, da die Verschwörer ihre Pläne mithilfe Frankreichs in die Tat hätten umsetzen wollen. Die „Nation“, so Krischer, sei dabei als ein neues Paradigma in den Verratsdiskursen aufgekommen und der Verrat habe sich nun

nicht mehr nur gegen den König sondern gegen die englische Nation selbst gerichtet.

Krischer betonte die Rolle der gedruckten Flugschriften, ohne die die Verbreitung von Verratsdiskursen und deren Durchsetzung nicht möglich gewesen seien. Allerdings hätten die Pamphlete auch Hinweise auf etwas juristisch Verwertbares beinhalten müssen, damit sich ein Verratsdiskurs etablierte. Reine Spekulationen hätten dafür nicht ausgereicht. Vielmehr hätten die Jakobiten eine Zeit lang erfolgreich spektakuläre Verratsprozesse nutzen können, die auf reinen Spekulationen und fingierten Beweisen beruhten, um einen Gegendiskurs aufzubauen. Doch mit dem Assassination Plot von 1696 habe sich das Verräternarrativ für Jakobiten endgültig durchgesetzt. Dieses Mal sei tatsächlich ein Mordanschlag auf König Wilhelm geplant gewesen, doch seien die Pläne rechtzeitig verraten und den Verschwörern der Prozess gemacht worden. Auch in diesem Fall sei den gedruckten Medien eine hohe Bedeutung zugekommen, die Flugschriften, die diesen Fall beschrieben, seien ins Niederländische und Deutsche übersetzt worden und der Prozess habe sich so quasi zu einem europäischen Medienereignis entwickelt. Zusammenfassend hielt Krischer fest, dass die Verratsdiskurse als Instrument der Revolution gesehen werden müssten, mit denen die neue Regierung ihre Macht zu sichern versucht habe. Doch ohne die Etablierung der Drucktechnik sei eine Durchsetzung der Verratsdiskurse unmöglich gewesen.

In seinem Kommentar zu den beiden ersten Vorträgen machte GERD SCHWERHOFF (Dresden) die Verratsdiskurse charakterisierenden Merkmale aus, die sich über mehrere Epochen erstreckten. So sei eine „dominant moralische Konnotation“ sowie deren „starke religiöse Färbung“ ein transepocholes Charakteristikum. Ein Verrat habe zumeist eine triadische Struktur, die aus Verräter, Verratenem und einer Person, an die verraten wird, bestehe. Zudem verfolge ein Verratsdiskurs immer auch eine Funktion, die entweder erklärend sei oder der politischen oder sozialen Inklusion sowie Exklusion diene. Des Weiteren sei ein Verratsvorwurf immer wechselseitig konstruierbar.

ANDREAS OBERHOFER (Innsbruck) befasste sich in seinem Vortrag „Verräter und Helden während der Befreiungskriege“ mit dem „Judas von Tirol“, Franz Raffl, der den Freiheitskämpfer Andreas Hofer, der sich gegen die napoleonische und bayerische Besetzung Tirols auflehnte, 1809 an die Besatzungsmacht verraten haben soll. Oberhofer zeichnete die Rezeptionsgeschichte des Verrats überzeugend nach und argumentierte, dass in der zeitgenössischen Rezeption der Verräter Raffl nahezu keine Rolle gespielt habe. Hofer habe als Held im Vordergrund gestanden. Der Verratsdiskurs habe sich vielmehr um den Verrat am „Vaterland“ gedreht, zu denen all jene gehört hätten, die Hofers Kampf nicht explizit oder implizit unterstützt hätten. Hofer habe die Tiroler zudem als das auserwählte Volk gesehen, das durch die Besatzung von Gott auf die Probe gestellt werde. Bei den Verrätern habe es sich zu dieser Zeit jedoch noch um ein „verschwommenes Kollektiv“ gehandelt. Zeitgenössisch sei Hofer teilweise sogar negativ als Kriegshetzer gesehen worden. Die Impulse, ihn als Helden zu stilisieren, seien von außen gekommen, insbesondere von englischen und deutschen Romantikern.

Um 1900 habe sich der Mythos des christusähnlichen Leidens Andreas Hofers herausgebildet, das stellvertretend auch als das Leiden des ganzen Tiroler Volkes gesehen werden könne. Wenn allerdings Hofers Leiden mit dem Leiden Christi gleichgesetzt werden sollte, so habe es auch einer Judas-Figur bedurft. Dazu habe sich der bis dahin kaum beachtete Franz Raffl geeignet, der als Verräter und damit als Antipode zu Hofer erst konstruiert werden musste. Die Figur des Raffls sei in den folgenden Jahren mit charakterlichen und physischen Merkmalen und Schwächen belegt worden. Er sei ein Feigling und Deserteur gewesen und habe zudem einen roten Bart (so wie Judas!) gehabt. Raffl sei im 20. Jahrhundert zum prototypischen Verräter geworden, zu einem Bruch mit diesen Diskursen sei es erst in den 1980er-Jahren gekommen. Seitdem finde eine Entwicklung hin zur Rehabilitation statt, die Raffl als Opfer der Gesellschaft darstelle, die ihn als Außenseiter nicht akzeptiert habe.

Den letzten Vortrag hielt PETER HOERES (Gießen/Mainz). Er befasste sich in seinen Ausführungen zum „Verrat der Neuen Ostpolitik – Die Mobilisierung einer diskursiven Ressource“ mit einem Verratsdiskurs im 20. Jahrhundert. Hoeres machte eine periodische Wiederholung der Forderung nach Abschaffung der Arkanpolitik aus, die bereits von Kant erhoben worden war. Mit dem Amtsantritt Willy Brandts sollte „eine neue Ära der öffentlichen Partizipation beginnen“, nicht zuletzt mit Hilfe von Conny Ahlers, dem ehemaligen Spiegel-Chefredakteur, der im Zuge der Spiegel-Affäre verhaftet worden war und nun zum Regierungssprecher berufen wurde (in der Großen Koalition war er schon stellvertretender Regierungssprecher gewesen). Doch stattdessen sei es zu einem neuen Verratsdiskurs gekommen, der von linksliberaler Seite gegen die konservative Opposition, insbesondere „deren“ Medien vorgebracht worden sei. Nach der Regierungsübernahme der linksliberalen Koalition habe sich die deutsche Medienlandschaft in zuvor unvorstellbarer Weise polarisiert. Als Oppositionsmidien seien der Springer- und Bauer-Verlag sowie Gerhard Löwenthals ZDF-Magazin aufgetreten. Diesen Medien sei es wiederholt gelungen, die Brandt-Regierung durch gezielte Veröffentlichungen interner außenpolitischer Dokumente in Bedrängnis zu bringen. Nachdem Geheimdokumente über deutsch-sowjetische Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag an die oppositionellen Medien geleakt worden waren, habe *Der Spiegel* 1972 gegen die konservative Opposition und die konservativen Medien unter dem Titel „Verrat in Bonn“² den Verratsvorwurf mobilisiert. Das Magazin habe versucht, den „Verrat“ zu skandalisieren und sei auch vor haltlosen Anschuldigungen nicht zurückgeschreckt.

Eine ganze Serie von Leakings führten zu einer vom Kanzleramt veranlassten Durchsuchung verschiedener Büros der Illustrierten Quick, die zum Bauer-Verlag gehörte, sowie zur Hausdurchsuchung eines Quick-Korrespondenten. Die Welt und Quick versuchten, laut Hoeres, dieses Vorgehen als „Quick-Affäre“ zu skandalisieren, doch

²Der Spiegel, 24.4.1972.

Sina Fabian

hätten sie damit bei Weitem nicht die Aufmerksamkeit erreicht, die die „Spiegel-Affäre“ seinerzeit bekommen habe. Auch sei die parlamentarische Aufklärung der Durchsuchungen weitgehend im Sande verlaufen.

Hoeres bilanzierte, dass sich die Verratsdiskurse aus der „inner-medialen Polarisierung über die Neue Ostpolitik“ ergeben hätten. Während zu Beginn der 1960er-Jahre noch der Spiegel selbst am Verratspranger gestanden habe, sei der Verratsvorwurf innerhalb einer Dekade politisch gewandert. Nun hätten die linksliberalen Medien, allen voran der Spiegel, den Verratsvorwurf gegen die konservativen Journalisten und Politiker gewendet. Diese jedoch hätten sich selbst als Investigatoren gegen die Arkanpolitiker der Regierung gesehen, die mit der Neuen Ostpolitik Kernziele der deutschen Politik verraten würden.

Abschließend stellte Hoeres heraus, dass die Verratsdiskurse nicht nur den Modalitäten des Kalten Krieges geschuldet seien, sondern sich wieder großer Beliebtheit erfreuten und Verrat auch heute noch als diskursive Ressource zur „moralischen und rechtlichen Diskreditierung der Illoyalität“ diene.

Im abschließenden Kommentar betonte FRANK BECKER (Duisburg-Essen) noch einmal, dass Verratsvorwürfe immer perspektivisch seien und Historiker diese deshalb auf einer Metaebene analysieren müssten. Gerade in der Moderne käme dem Verrat eine wichtige moralische Funktion zu, dieser solle die vielfältigen Entscheidungsoptionen eindämmen bzw. aufzeigen, dass nicht alle Entscheidungen als gleich gut zu bewerten seien. Des Weiteren wies Becker daraufhin, dass Verrat nur eine begrenzte Ressource sei, die nicht zu oft genutzt werden könne, weil der Verratsvorwurf sonst wirkungslos oder sogar kontraproduktiv sei.

Der Anspruch eine transepochele Sektion sinnvoll zu gestalten, konnte überzeugend erfüllt werden. Dieses Panel zeigte, wie fruchtbringend es sein kann, einen Diskurs über mehrere Jahrhunderte hinweg zu analysieren und nicht an künstlichen Epochengrenzen Halt

zu machen. Diesem gelungenen Ansatz wird auch in Form eines entsprechenden Sammelbandes nachgegangen, der im kommenden Jahr erscheinen wird.³

Sektionsübersicht:

André Krischer (Münster); Peter Hoeres (Gießen/Mainz): Einführung

Ulrich Hoffmann (Münster): Verrat als narrative Ressource der höfischen Literatur

André Krischer (Münster): Britische Verratsdiskurse im Zeitalter der Glorious Revolution

Gerd Schwerhoff (Dresden): Kommentar

Andreas Oberhofer (Innsbruck): Verräter und Helden während der Befreiungskriege

Peter Hoeres (Gießen/Mainz): Verrat der Neuen Ostpolitik – Die Mobilisierung einer diskursiven Ressource

Frank Becker (Duisburg-Essen): Kommentar

Tagungsbericht *Verrat! Geschichte einer diskursiven Ressource von der Renaissance bis zur Gegenwart*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 24.10.2012.

Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren

Leitung: Philipp Gassert (Augsburg) / Reinhild Kreis (Augsburg)

³André Krischer (Hrsg.), *Verräter. Archäologie eines Deutungsmusters*, Wien, Köln, Weimar (erscheint 2013).

Bericht von: Arvid Schors, Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

In den Sozialwissenschaften wird das gesellschaftliche und politische Phänomen des Vertrauens seit geraumer Zeit diskutiert. In der Geschichtswissenschaft erfährt Vertrauen jedoch erst seit jüngerer Zeit erhöhte Aufmerksamkeit.¹ Zwar ist das verstärkte Interesse an dieser schillernden Kategorie nicht gleichzusetzen mit Forschungsströmungen, die für eine kulturgeschichtliche Perspektive auf politische und diplomatische Vorgänge plädieren oder auf eine ‚Geschichte der Emotionen‘ abheben. Unverkennbar aber steht die Entdeckung von Vertrauen als für die historische Forschung relevanter Begriff, Phänomen und Kategorie in – mal mehr oder weniger direktem – Zusammenhang mit diesen einflussreichen Forschungskonjunkturen.

Die von Philipp Gassert und Reinhild Kreis (beide Augsburg) organisierte und von Julia Angster (Mannheim) moderierte Sektion diskutierte vor diesem Hintergrund Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen Außenbeziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren. Im Mittelpunkt von PHILIPP GASSERTS programmatischem Eröffnungsvortrag stand dementsprechend Vertrauen als Zentralbegriff und Schlüsselkategorie der bundesdeutschen Außenpolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren, wobei er zunächst dessen Entstehungsgeschichte aus der demonstrativen Distanzierung zur deutschen Außenpolitik vor 1945 heraus nachzeichnete. Gassert verstand seine Überlegungen grundsätzlich als einen Beitrag zur Ergründung der Frage, inwiefern sich die Geschichte der internationalen Beziehungen unter Rückgriff auf psychologische und kulturelle Faktoren besser erklären ließe. Denn gerade aus der empfindlich eingeschränkten Souveränität der jungen Bundesrepublik habe sich die Notwendigkeit für

¹Vgl. dazu beispielhaft Ute Frevert (Hrsg.), *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen 2003. Ein Sammelband zu historischen Perspektiven auf Vertrauen während des Kalten Krieges befindet sich in Vorbereitung; Reinhild Kreis/Martin Klimke/Christian Ostermann (Hrsg.), *‘Trust, but Verify’: The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969-1991* (i. E. 2013).

ihre Außenpolitiker ergeben, nur durch eine ‚weiche‘ Vorgehensweise die begrenzten außenpolitischen Handlungsspielräume erweitern zu können. Gassert formulierte in diesem Zusammenhang dann auch seine Kernthese, dass Vertrauen hier als Code für Einfluss, Macht und Recht auf Mitsprache zu fungieren begann. Im Rahmen der allgemeinen ‚Krise der Erwartungen‘ in den 1970er-Jahren sei der ursprünglich für private Beziehungen reservierte Begriff des Vertrauens nicht nur zunehmend auf die Politik übertragen worden, sondern habe dabei auch mehr und mehr eine auf einzelne Politikerpersönlichkeiten und ihre Beziehung zueinander – etwa zwischen Adenauer und dem französischen Außenminister Schuman – bezogene Bedeutung erlangt. Gassert wies dabei nachdrücklich auf die sich hierbei manifestierende Funktion von Vertrauen in der Politik als „rhetorische und semantische Krücke“ hin, die von der Bundesrepublik gezielt als eine mit emotionalen Elementen spielende Kommunikationsstrategie eingesetzt worden sei. Während bis in die 1960er-Jahre das Werben um Vertrauen für die Bundesrepublik vor allem als ein rhetorisches Mittel des Schwächeren zur Überbrückung des Machtgefälles gegenüber den westlichen Partnern gedient habe, habe sich die Vertrauenssemantik gleichzeitig zu einem integrativen Bestandteil und einer zentralen Traditionslinie der bundesrepublikanischen Außenpolitik fortentwickelt – eine Traditionslinie, die nun auch nach der sukzessiven Rückerlangung von ökonomischer und politischer Potenz seit den 1970er-Jahren weiter Bestand gehabt habe und auch nach Ende des Kalten Krieges sowie der deutschen Teilung bis heute die deutsche Außenpolitik präge.

ULRICH LAPPENKÜPER (Friedrichsruh) nahm im Anschluss die deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 in den Blick, wobei er seinen Schwerpunkt auf François Mitterrands Rolle seit 1971 legte. Zunächst betonte Lappenküper, dass bei diesem langen Prozess von der Erbfeindschaft zur Partnerschaft von Beginn an gegenseitiges Vertrauen als Ziel propagiert worden sei. Allerdings sei dieses angestrebte Vertrauen auf beiden Seiten immer prekär gewesen und von Furcht gespeisten Akten des Misstrauens begleitet worden. Dieses tief

wurzelnde Misstrauen gegenüber der Bundesrepublik habe sich für Mitterrand persönlich vor allem auch aus fehlender Kommunikation weiter genährt, denn vor 1971 – dem Jahr seines Amtsantritts als Vorsitzender der Sozialistischen Partei und der in diesem Zuge aufgenommenen Kontakte zur SPD-Führung – besuchte er das Nachbarland kaum. Mitterrand habe zwar die Bundesrepublik als wichtigen Bündnispartner Frankreichs, aber auch als wirtschaftlichen Konkurrenten angesehen und habe vor allem die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Bundesrepublik mit großem Misstrauen betrachtet. Deshalb habe er etwa 1963 den von Adenauer und de Gaulle ausgehandelten Elysée-Vertrag abgelehnt. Erst mit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 1981 hätten sich seine Kontakte nach Bonn weiter verstärkt. Als eigentlichen Impuls für Mitterrands Kurswechsel gegenüber der Bundesrepublik machte Lappenküper aber die sich wandelnden historischen Rahmenbedingungen aus. So habe insbesondere der Protest der Bevölkerungen gegen den NATO-Doppelbeschluss Mitterrand und Helmut Kohl zusammenschweißt, wobei Kohls standhafte Haltung gegen alle Widerstände in dieser Frage bei seinem französischen Gegenüber als wichtige vertrauensbildende Maßnahme gewirkt habe. Dieses Vertrauen habe sich allerdings, so schränkte Lappenküper ein, primär auf die persönliche Beziehung der beiden Spitzenpolitiker ausgewirkt – und sei von Seiten Mitterrands nicht etwa auf die gesamte politische Elite der BRD übertragen worden. Auch habe schließlich die deutsche Wiedervereinigung, der Mitterrand keinerlei positive Prädispositionen entgegengebracht, dieses persönliche Vertrauensverhältnis auf eine harte Probe gestellt. Denn Mitterrand habe lange Zeit die Hoffnung gehegt, die deutsche Einheit im Rahmen der 2+4-Verhandlungen über Jahre verzögern zu können. Erst in seinen letzten Amtsjahren habe sich Mitterrand dann zu einem öffentlichen Wahrer der deutsch-französischen Freundschaft gewandelt, was jedoch vor allem auch von seinem Wunsch motiviert gewesen sei, als Versöhner in die Geschichte einzugehen. Vertrauen zur Bundesrepublik, so schloss Lappenküper, sei für Mitterrand letztlich stets prekär geblieben.

Einen zweifachen Perspektivwechsel nahm REINHILD KREIS vor, insofern sie sich in ihrem Beitrag weniger auf die Spitzendiplomatie, sondern vielmehr auf die breitere Bevölkerungsschichten umfassenden „menschlichen Beziehungen“ zwischen den USA und der Bundesrepublik Anfang der 1980er-Jahre fokussierte. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bildete dabei die ausgeprägte Krisenrhetorik, die zu diesem Zeitpunkt die transatlantischen Beziehungen gekennzeichnet und durch die erneute Verschärfung des Kalten Krieges seit 1979 eine Zuspitzung erfahren hatte. So sei auf beiden Seiten des Atlantiks angesichts der Wahrnehmung von aufflackerndem Antiamerikanismus in der Bundesrepublik und stärker eigennützig motivierten außenpolitischen Entscheidungen in den USA von Entfremdung, Distanzierung und einer Vertrauenskrise die Rede gewesen. Darüber hinaus konzentrierte Kreis ihre Analyse auf Vertrauen als zentrale politische Ressource und handlungsleitende Kategorie, wobei sie gezielt den Blick auf die wechselseitigen Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen richtete.² Wie sie herausarbeiten konnte, gründete die Krisenperzeption bei Politikern, Diplomaten und Medienvertretern in beiden Ländern insbesondere auch auf Misstrauen gegenüber der so genannten „successor generation“ bzw. „Nachfolgegeneration“ der unter 40-Jährigen. Diese Generation hatte die Anfänge des Kalten Krieges nicht selbst miterlebt und neigte deshalb, so der zeitgenössische Verdacht und Vorwurf, nicht nur zur Unterschätzung der von der Sowjetunion ausgehenden Gefahr, sondern zeichne sich zudem durch einen latenten Mangel an Wertschätzung für Freiheit und Demokratie aus. Vor diesem Hintergrund entstand ab 1979 eine von den Regierungen beider Länder gemeinsam getragene Initiative, bei der persönliche Kontakte und die Wissensvermittlung im Mittelpunkt stehen und das Bewusstsein für das gemeinsame Wertefundament geschärft werden sollten – etwa durch verstärkte Austauschprogramme

²Damit setzte sie auch bewusst einen Kontrapunkt zu bisherigen Interpretationen, die vornehmlich die Krise des transatlantischen Verhältnisses in den Mittelpunkt stellen. Vgl. hierzu etwa Klaus Wiegrefe, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005.

und gemeinsame Schulbuchprojekte, bei denen es um die Korrektur von stereotypen Geschichtsbildern gehen sollte. Dabei seien, wie Kreis betonte, in kürzester Zeit beträchtliche finanzielle Mittel eingesetzt und ganz neuartige Verbindungslinien und Foren geschaffen worden, um dieser Krisenwahrnehmung aktiv entgegen zu wirken. In ihrer Analyse dieser wechselseitigen deutsch-amerikanischen Anstrengungen, auf gesellschaftlicher Ebene „Vertrauen durch Vertrautheit“ herzustellen, gelang es Kreis schließlich zu illustrieren, dass Ähnlichkeit als ein wichtiger Faktor für die Ausbildung von Vertrauen berücksichtigt werden muss.

Die Vortragsreihe beschloss MATTHIAS PETER (Berlin) mit seinem Beitrag zur Rolle der Bundesrepublik im KSZE-Prozess und der Bedeutung von Vertrauen als Ressource der Diplomatie. Dabei wies er zunächst darauf hin, dass es aus bundesrepublikanischer Perspektive von Beginn an die Zielsetzung des KSZE-Prozesses gewesen sei, systemübergreifendes Vertrauen herzustellen. Mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 habe die BRD, so Peter, ein wichtiges Etappenziel dieser Strategie erreicht, sei doch mit ihr eine Vertrauensgrundlage auf militärischem und humanitärem Gebiet geschaffen worden. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 habe dann allerdings eine tiefe Vertrauenskrise zur Sowjetunion herbeigeführt. In diesem Zusammenhang habe sich die BRD in der Verantwortung gesehen, die Sprachlosigkeit zwischen den Blöcken zu verhindern, wobei auch hier die bestehenden Kommunikationslinien des KSZE-Prozesses im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestanden hätten. Und auch während der krisenhaften Entwicklung in Polen ab 1981 habe die Bundesrepublik die KSZE-Schlussakte als zentralen Bezugspunkt und Ressource des Vertrauens für ihre außenpolitischen Initiativen zur Verhinderung einer weiteren Eskalation begriffen. Hierbei wies Peter ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei diesen Bemühungen für die BRD um eine Gratwanderung der Bündnissolidarität gehandelt habe und dabei insgesamt ihre Strategie als „Vertrauensvermittler“ nicht ohne Risiko gewesen sei. Darüber sei man sich jedoch in Bonn durchaus bewusst

gewesen. Letztlich, so fasste Peter zusammen, habe es sich bei Vertrauen um den Schlüsselbegriff des KSZE-Prozesses gehandelt, wobei jedoch zugleich berücksichtigt werden müsse, dass es hierbei auch immer um die Deutungshoheit zwischen Ost und West über die Entspannungspolitik gegangen sei.

In seinem Kommentar würdigte KIRAN KLAUS PATEL (Maastricht) zunächst das Verdienst der Sektionsbeiträge, Vertrauen als ertragreiche Kategorie für die internationale Geschichte in den Fokus gerückt zu haben. Im Weiteren griff er die von Peter verwandte Formulierung der außenpolitischen Gratwanderung der Bundesrepublik auf und nutzte sie, um darauf hinzuweisen, dass vor allem die Interaktion der verschiedenen Dimensionen von Vertrauen genauer in den Blick genommen und schärfer erfasst werden müsse. Dabei machte er zwei unterschiedliche Zugriffsformen aus, die im Rahmen der Sektion vorgeführt worden seien: zum einen die Semantik des Vertrauens und ihre instrumentelle Nutzung, die wiederum in den Beiträgen methodisch stärker ausgeführt worden sei und eine kulturhistorische Perspektive widerspiegele; zum anderen die Frage nach Kausalitäten, die letztlich darauf abziele, wie Vertrauen als Ressource generiert und ausgehandelt worden sei. Dabei rief Patel zur Reflexion darüber auf, ob diese beiden ‚Schulen‘ auseinandergehalten werden müssten oder ob man diese doch – und wenn ja, wie – kombinieren könne? Desweiteren fragte Patel nach der spezifischen Relevanz des Falles der Bundesrepublik in den 1970er- und 1980er-Jahren und regte an, den Blick beispielsweise vergleichend auch auf andere Länder des westlichen Bündnisses auszudehnen. Zusätzlich warb er dafür, neben den politischen Spitzenakteuren auch stärker Akteursgruppen aus der zweiten und dritten Reihe auf der politischen Arbeitsebene sowie aus dem Umfeld von (Sozial-)Wissenschaften und Think-Tanks einzubeziehen. Denn, so Patel, gerade deren Interaktion als ‚epistemic communities‘ könne möglicherweise besonders relevante Aufschlüsse über Vertrauen zulassen. Außerdem machte er auf die wichtige Rolle des Rechts aufmerksam und unterstrich, dass in den internatio-

Arvid Schors

nalen Beziehungen keine einfache Dichotomie zwischen Recht und Vertrauen bestehe. Vielmehr existiere hier ein vielgestaltiges Wechselverhältnis, das gerade im Zusammenhang mit der explosionsartigen Zunahme an internationalen Organisationen und NGOs in dem in dieser Sektion im Mittelpunkt stehenden Zeitraum betrachtet werden müsse. Abschließend plädierte Patel mit Nachdruck für eine Ausdehnung des Untersuchungszeitraumes über die 1970er- und 1980er-Jahre hinaus und verband diese Anregung mit der Vermutung, dass eine zeitlich länger angelegte Perspektive sich als besonders gewinnbringend erweisen könnte.

Insgesamt führte die Sektion das erhebliche Potential vor Augen, das in der Analyse von Vertrauen für die internationale Geschichte schlummert. Dabei konnte anschaulich gezeigt werden, dass der Einsatz von und Rückgriff auf Vertrauenssemantik zeitgenössisch mitnichten ein Randphänomen für die außenpolitischen Kontakte der Bundesrepublik und den öffentlichen Diskurs darstellte. Vielmehr kam ihr oftmals eine zentrale Bedeutung zu, die auch unmittelbar mit realpolitischen Interessen und Handlungen zusammenhing – und auf diese erhebliche Wirkung entfaltete. Über diese Erkenntnis wird etwa eine umsichtig konzipierte Diplomatiegeschichte kaum hinweggehen können. Zugleich wurden aber auch die Begrenzungen und Risiken des Ansatzes sichtbar: So ist noch genauer zu ergründen, inwiefern die verstärkte Vertrauenssemantik eigentlich mit dem Kalten Krieg zusammenhängt – und ob sie sich vielleicht (deshalb) in anderen Epochen und Konstellationen, beispielsweise in Bismarcks Außenpolitik, gar nicht finden lässt? Auch muss Kiran Patels Plädoyer für analytische Disziplin im Umgang mit Vertrauen besonders ernst genommen werden, wobei speziell die wichtige, von ihm aufgeworfene Frage nach Kausalitäten noch unterbelichtet blieb. Denn gerade ein so enigmatisches Phänomen wie Vertrauen steht immer auch in der Gefahr, erkenntnistheoretisch überdehnt und zu einem „archimedische[n] Punkt“ stilisiert zu werden, „von dem aus die Welt erklärt

werden könnte.“³ Insbesondere mit der von Philipp Gassert in den Mittelpunkt gerückten Perspektive auf die Semantik von Vertrauen – und damit auf seine zeitgenössischen Deutungen und Instrumentalisierungen – ist es der Sektion indes gelungen, die Eckpfeiler eines genuin historischen Zugriffs auf Vertrauen in der internationalen Geschichte zu skizzieren, mit dessen Hilfe derartige Fallstricke möglicherweise umgangen werden könnten.

Sektionsübersicht:

Julia Angster (Mannheim): Moderation

Philipp Gassert (Augsburg): „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“: Vertrauen als Zentralkategorie deutscher Außenpolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren

Ulrich Lappenküper (Friedrichsruh): Prekäres Vertrauen. François Mitterrand und Deutschland seit 1971

Reinhild Kreis (Augsburg): Entfremdete Partner? Deutsch-amerikanische Vertrauenswerbung in den frühen 1980er-Jahren

Matthias Peter (Berlin): Vertrauen als Ressource der Diplomatie. Die Bundesrepublik Deutschland im KSZE-Prozess 1975-1983

Kiran Klaus Patel (Maastricht): Kommentar

Tagungsbericht *Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 18.10.2012.

³Ralf Stremmel: Rezension zu: Frevert, Ute (Hrsg.): *Vertrauen. Historische Annäherungen*. Göttingen 2003, in: H-Soz-u-Kult, 13.01.2006, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=6335>>.

Von der „Erbfeindschaft“ zur „Erbfreundschaft“? Neuere Forschungen zur Geschichte der deutsch-französischen Annäherung und Aussöhnung

Leitung: Michael Kißener (Mainz) / Peter Steinbach (Mannheim)

Bericht von: Ulrike Schröber, Graduiertenkolleg „Die christlichen Kirchen vor der Herausforderung Europa“, Universität Mainz, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte

Das Partnerland des diesjährigen Deutschen Historikertages war Frankreich, was jedoch gegenüber dem Rahmenthema „Ressourcen – Konflikte“ deutlich zurücktrat. Neben vier weiteren Panels, die das Partnerland Frankreich einbezogen¹, beschäftigte sich besonders die von Peter Steinbach und Michael Kißener initiierte Sektion „Von der „Erbfeindschaft“ zur „Erbfreundschaft“?“ mit den Beziehungen zwischen Deutschland und dem Partnerland Frankreich. In der wissenschaftlichen Erforschung dieser deutsch-französischen Beziehungsgeschichte standen lange die großen Männer im Mittelpunkt. Erst Mitte der 1990er-Jahre kamen zivilgesellschaftliche Annäherungsbestrebungen in den Blick. Die Sektion versammelte Vertreter dieser verschiedenen Richtungen und schuf so einen Diskussionsrahmen für soziokulturelle, wirtschaftliche, zivilgesellschaftliche und staatliche Ansätze.

Diese unterschiedlichen Schwerpunkte der Forschung führte ULRICH PFEIL (Metz) in der Einführung zusammen. Er betonte, dass es bereits vor dem Elysée-Vertrag von 1963 eine breite zivilgesellschaftliche Basis der deutsch-französischen Beziehungen gegeben hätte. So sei von der mythenbesetzten Personifizierung der deutsch-französischen Beziehungen auf Ebene der Staatsmänner abzurücken. Dennoch bliebe die diplomatisch-politische Sphäre weiter zu beachten wie auch

¹Weitere Sektionen mit einem Bezug zu Frankreich waren: „Europäische Geschichtsbücher, digitale Lernplattformen oder bilaterale Schulbuchprojekte?“, „Geschichtswissenschaft digital in Deutschland und Frankreich“, „Neue Ansätze für eine transnationale Geschichte“ sowie „Ressourcen diesseits und jenseits des Rheins“.

persönliche Faktoren für das Gelingen der Partnerschaften wichtig seien. Zudem sei die Angleichung der Gesellschaftsstrukturen zwischen Deutschland und Frankreich für die Befriedung der Nachbarn bedeutend gewesen. Pfeil warnte vor einem teleologischen Geschichtsbild und der moralischen Überhöhung der deutsch-französischen Beziehungen. Beide Länder hätten immer auch nach eigenen Interessen gehandelt. Die deutsch-französische Versöhnung sei kein einmaliger Akt gewesen, sondern in einem Prozess durch die Interaktion von Menschen entstanden. Sie sei auch kein auf ewig zementierter Zustand, sondern käme nur durch die stetige Pflege der Beziehungen zu ihrem Ziel.

Dass Musik ein signifikanter Bereich der deutsch-französischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert war, zeigte ANDREAS LINSENMANN (Mainz). Er untersuchte Musik als ein soziokulturelles Phänomen in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kontexten.² Gerade im 19. Jahrhundert verstand sich Deutschland als Musiknation und wurde auch von Franzosen so gesehen. Hieraus seien identitätsstiftende sowie abgrenzende Narrative entstanden. Diese Kodierungen im Bereich der Musik waren für die deutsch-französischen Beziehungen von Bedeutung, wovon die neuere Forschung ein differenziertes Bild zeichnet. Linsenmann verwies auf Untersuchungen zur Rezeption von Richard Wagner, der in Frankreich als Repräsentant der deutschen Musikkultur und als Symbol des deutschen Militarismus gebrandmarkt war. Er stellte dar, dass musikalische Veranstaltungen als Ausdruck französischer Überlegenheit im besetzten Rheinland der Zwischenkriegszeit von Deutschen oft boykottiert wurden. Während der deutschen Besatzung in Frankreich 1940 bis 1944 sei Musik genutzt worden, um Kooperation zu begünstigen. Für die französische Besatzungspolitik nach 1945 spielte die Umerziehung der Deutschen eine große Rolle. Hier sollten auch durch musikalische Erfahrungen Werthaltungen geändert werden. Die Konzerte in der französischen Zone

²Andreas Linsenmann, Musik als politischer Faktor: Konzepte, Intentionen und Praxis französischer Umerziehungs- und Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949/50, Tübingen 2010.

stießen meist auf positive Resonanz; die Musik diene als Brücke, über sie kamen Kulturtransfers zustande. Linsenmann zeigte in seinem Vortrag einerseits einen Zusammenhang zwischen Konflikten und kulturellen Faktoren auf, da sich Abgrenzungen und nationale Orientierungen auch über die Musik vollzogen. Andererseits konnte Musik den kulturellen Dialog befördern und hatte Verständigungspotential.

MICHAEL KIßENER (Mainz) widmete sich der Rolle der katholischen Bischöfe in der deutsch-französischen Annäherung am Beispiel des Bistums Mainz.³ Er nahm damit Akteure in den Blick, die bisher kaum von der Forschung beachtet wurden. Von Seiten der Besatzungsmächte und auch Frankreichs habe man nach dem Krieg auf die Mitarbeit der deutschen Kirchen beim Wiederaufbau Deutschlands gezählt und behandelte daher die Bischöfe zuvorkommend. Die Beziehungen blieben aber gerade bei der Frage der Kriegsgefangenen, des Saarlandes und in der Schulpolitik problembehaftet. Dies wies Kißener an der Person des Mainzer Bischofs Albert Stohr nach, der durch traditionelle Vorbehalte gegen Frankreich geprägt war und sich in einer betont nationalen Haltung als Wahrer deutscher Interessen profilierte. Erst allmählich wandelte sich dessen Einstellung, wobei einerseits die Reise des Bischofs zu deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich von Bedeutung war. Hier sammelte Stohr gute Erfahrungen und bewertete den Einsatz der Franzosen für die Gefangenen positiv. Andererseits spielte der oberste französische Militärggeistliche in Deutschland, Robert Picard de la Vacquerie, eine wichtige Rolle. Er stellte die Beziehungen auf eine für die Kirche passendere Basis und suchte durch Austausch über die Seelsorgearbeit und auf der Grundlage katholischer Werte die Annäherung. Die Bemühungen aus dem Kreis der Kirchen waren nach Kißener ein Teil der breiten zivilgesellschaftlichen Annäherungsarbeit, die vor politischen Initiativen ansetzte. Hier sollte nicht Politik betrieben, sondern ein Projekt der christlichen Versöhnung verwirklicht werden. Dieses hatte durch die Teilhabe vieler Gläubigen eine breite

³Michael Kißener, Die Bischöfe und die deutsch-französische Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch 132 (2012), S. 110-123.

Basis und blieb nicht ohne Rückwirkung auf die politische Ebene.

FLORIAN SEILLER (Berlin) lenkte seinen Blick auf die militärischen Rüstungskoperationen von Anfang der 1950er- bis in die 1970er-Jahre.⁴ Für die Rüstungsindustrie habe die deutsche Seite eine dezentrale und marktwirtschaftliche Ausrichtung verfolgt und forderte gegenüber Frankreich Gleichbehandlung ein. Bei den Franzosen waren Zentralismus, Kontrolle und Planwirtschaft sowie das Streben nach Sicherheit vor Deutschland bestimmend. Auch wenn in der Anfangsphase der 1950er-Jahre Spannungen nicht ausblieben, sei eine konstruktive, kameradschaftliche Zusammenarbeit im Rüstungsbereich möglich gewesen. Für Deutschland waren die USA aber immer ein wichtiger Partner und man wollte sich daher nicht allzu fest an Frankreich binden. Zudem war der finanzielle Spielraum der Deutschen durch die Devisenausgleichsverpflichtungen eher gering. Die Zurückhaltung der Deutschen bis 1956 führte bei Frankreich, das an einem engeren Zusammenschluss interessiert war, zu großen Enttäuschungen. Erst die Furcht vor einem Aufweichen des amerikanischen Schutzes habe Deutschland an Frankreich herangeführt. Man berief einen gemeinsamen Militärausschuss ein, viele Projekte existierten jedoch nur auf dem Papier. Für die Anfangsphase der 1950er-Jahre sei die deutsch-französische Rüstungskoperation dennoch ein großer Schritt gewesen.

Zu Beginn ihres Beitrages stellte CORINE DEFRANCE (Paris) die Ebene der staatlich-politischen Akteure derjenigen der nicht-staatlichen gegenüber. Durch die Konzentration auf die großen Männer und den Elysée-Vertrag bliebe alles, was vor 1963 in den deutsch-französischen Beziehungen geschehen sei, verdeckt. Dieses Primat der Politik sei erst Mitte der 1990er-Jahre aufgelöst worden und neue Akteure seien in den Blick gekommen.⁵ Im Folgenden zeigte sie vier

⁴Eine Zusammenfassung der Dissertation von Florian Seiller zu dem Thema findet sich hier: Florian Seiller, Rüstungsintegration. Frankreich, die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, 1950-1954, in: Arbeitskreis Militärgeschichte e.V. (Hrsg.), Newsletter 66 (2011) Nr. 2, S.18f.

⁵Corine Defrance / Ulrich Pfeil, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 1945-1963,

Perspektiven der aktuellen Forschung auf: 1) Für die institutionelle Dimension verwies sie auf überregionale Gesellschaften und Organisationen, die Austausch und Begegnungen zwischen Deutschen und Franzosen förderten, die Jugend und Mittler ansprachen und über Zeitschriften in die Öffentlichkeit wirkten. Sie fanden auf lokaler Ebene eine breite Ergänzung. 2) Ein Blick auf die Akteure des Annäherungsprozesses zeige, dass katholische und evangelische Kreise besonders hervortraten. Des Weiteren spielte die Erfahrung des Widerstandes eine wichtige Rolle. So waren ehemalige Konzentrationslager auch Orte der Begegnung zwischen Deutschen und Ausländern. Zudem lohne ein Blick auf die ehemaligen Kriegsteilnehmer, da die gemeinsame Erfahrung der Gefangenschaft Verständnis förderte. Bei Anhängern des NS-Regimes und der Vichy-Regierung lassen sich ebenfalls Kontinuitäten der Kooperation über 1944/45 hinweg finden. 3) Das gesellschaftliche Engagement nach 1945 habe neue Formen angenommen. Kollektive Treffen zielten auf die Demokratisierung der Beziehungen und unterschieden sich vom Kulturrealismus der Zwischenkriegszeit. Städtepartnerschaften entstanden dabei schon vor dem Elysée-Vertrag und bekamen durch diesen noch weitere Schubkraft. Immer wieder gab Defrance auch Hinweise auf die DDR, durch die die deutsch-französischen Beziehungen zu einer Dreiecksbeziehung wurden. 4) Durch eine Kartografie der deutsch-französischen Annäherung könne geklärt werden, wie Entfernung und Nähe sowie regionale Gegebenheiten Kulturkontakte beförderten. Ihr Vortrag schloss mit zwei Hinweisen: Zum einen sei für die Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen auch die Angleichung der Gesellschaftssysteme und Lebensformen wichtig gewesen. Zum anderen plädierte sie dafür, sich die Interaktionen und Interdependenzen zwischen politischen und gesellschaftlichen Initiativen bewusst zu machen und so staatliches Handeln und Aktionen von unten in Verbindung zu setzen.

ULRICH LAPPENKÜPER (Friedrichsruh) wandte sich in seinem

Darmstadt 2011; Corine Defrance u.a. (Hrsg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen: zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2010.

Beitrag einer Politikerpersönlichkeit zu⁶, die sich selbst als Protagonist der deutsch-französischen Annäherung stilisiert hat. Francois Mitterrands Wandlungen und die Widersprüchlichkeiten in seiner Person haben auch auf sein Verhältnis zu Deutschland gewirkt. Mitterrand sei in einer Familie mit festem Feindbild von Deutschland aufgewachsen und habe dieses übernommen. Seine ersten persönlichen Eindrücke von Deutschland gewann er in Kriegsgefangenschaft 1940. In einem Bericht über diese Zeit sei ein Wandel in der Perzeption von Deutschland erkennbar; Mitterrand blicke darin auch kritisch auf sein eigenes Volk. Zurück in der Heimat stellte sich Mitterrand in den Dienst von Vichy, wechselte dann rechtzeitig die Seiten und wurde jung Abgeordneter der Assemblée Nationale und bald Minister unter mehreren Regierungen. Zu dieser Zeit sei Deutschland für ihn nur ein zweitrangiges Thema gewesen. Die deutsche Teilung verstand er als gerechten Preis für den verlorenen Krieg und als Garantie für den Frieden. Eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich hieß er zwar gut, konnte die enge Beziehung Bonn-Paris aber nicht unterstützen, da Deutschland darin zu viel Macht zukam. Hier spielte die Konkurrenz zu de Gaulle ebenfalls eine gewisse Rolle. Mit der Präsidentschaft Mitterrands erhielt seine Einstellung zu Deutschland eine neue Dimension. Auch die internationalen Umstände zwangen zu Änderungen. So trat Mitterrand 1984 für einen engen Bilateralismus mit Deutschland und die Weiterführung der europäischen Einigung ein. Mit der Deutschen Einheit war eine Machtverlagerung in den Beziehungen der beiden Länder zu Gunsten Deutschlands eingetreten, der Mitterrand mit einer wirtschaftlichen und politischen Union in Europa – dann umgesetzt durch den Maastrichter Vertrag – begegnen wollte. Lappenküper stellte die Deutschlandpolitik Mitterrands als vielschichtig, wechselhaft und doppelbödig dar und verwies auch auf Zusammenhänge des Dreiecks-Verhältnisses BRD, Frankreich und DDR. Die deutsch-französische Annäherung sei für den Politiker zur

⁶Ulrich Lappenküper, Mitterrand und Deutschland: die enträtselte Sphinx, München 2011.

Ulrike Schröber

Überwindung der traditionellen Auseinandersetzungen zwischen den „Erbfeinden“ und den Frieden in Europa durch die Festigung des unruhigen deutschen Volkes nötig gewesen. In Deutschland habe Mitterrand immer einen wichtigen, wenn auch unsicheren Bündnispartner gesehen. Wenn er sich auch gerne so stilisierte, sei er aber kein echter „Freund“ Deutschlands gewesen.

Da die Beiträge der Sektion zum Großteil auf die Zeit nach 1945 beschränkt waren, wurde besonders der erfolgreiche Teil der deutsch-französischen Annäherung beschrieben. Durch eine Gegenüberstellung zum Beispiel mit der Zwischenkriegszeit hätten Unterschiede und Kontinuitäten dieser beiden Annäherungsphasen stärker betont und so das Bild von der geglückten Annäherung nach 1945 nuancierter dargestellt werden können. Die von Ulrich Pfeil schon in der Einleitung beschworene Gefahr einer teleologischen und mythenbesetzten Erfolgsgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen konnte dennoch gebannt werden. Zum einen nahmen die Beiträge bis weit in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein bestehende Feindzuschreibungen – wie bei Linsenmann bis zurück in das 19. Jahrhundert –, unterschiedliche, gar gegensätzliche Prägungen – wie im Beitrag Seillers – sowie Nutzenerwägungen in den Blick. Zum anderen wurde der Meistererzählung von der Rolle der großen Männer – wie in den Beiträgen von Kißener und Defrance – Initiativen von unten gegenübergestellt oder dieses Narrativ – wie bei Lappenküper – durch ein Hinterfragen der Inszenierung der politischen Ebene von seiner moralischen Überhöhung befreit. In den Beiträgen und Diskussionen, die JEAN-PAUL CAHN (Paris) kenntnisreich führte, ließ sich das Gegenüber von Bewertungen der entscheidenden Rolle der politisch-diplomatischen oder zivilgesellschaftlichen Akteure im deutsch-französischen Annäherungsprozess erkennen. Hier scheint die Diskussion, wer denn Vorreiter der Aussöhnung war, weiterhin aktuell, auch wenn sich in der Forschung – wie ebenfalls von Defrance und Pfeil betont – in letzter Zeit die Einsicht durchsetzt, dass Wechselwirkungen und Zusammenhänge der beiden Ebenen wichtig waren. Abschließend griffen Lappenküper und De-

france durch Anmerkungen zu den begrifflichen Beschreibungen der deutsch-französischen Beziehungen einen wichtigen Punkt auf. Die Frage, wann bzw. mit welchen Hintergrundvorstellungen die Begriffe Annäherung (*rapprochement*) und Versöhnung (*réconciliation*) von den Akteuren der geschichtlichen Prozesse genutzt wurden, muss in der Forschung noch weiter vertieft werden.

Sektionsübersicht:

Ulrich Pfeil (Metz): Einführung

Andreas Linsenmann (Mainz): „Deutschland in Frankreich – Frankreich in Deutschland“: Zur Beziehungsgeschichte der deutsch-französischen Kultur

Michael Kißener (Mainz): „Vom Altar aus versöhnen?“ Kirche und deutsch-französische Aussöhnung am Beispiel des Bistums Mainz

Florian Seiller (Berlin): „Aus Gegnern werden Kameraden?“: Die deutsch-französische Rüstungskooperation bis 1975

Corine Defrance (Paris): „Versöhnung von unten“: Neue Forschungen zur Rolle der Zivilgesellschaft im deutsch-französischen Annäherungsprozess

Ulrich Lappenküper (Friedrichsruh): Protagonist der deutsch-französischen Versöhnung? Francois Mitterrand und Deutschland

Jean-Paul Cahn (Paris): Kommentar

Tagungsbericht *Von der „Erbfeindschaft“ zur „Erbfreundschaft“? Neuere Forschungen zur Geschichte der deutsch-französischen Annäherung und Aussöhnung*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 24.10.2012.

„What's the matter?“ Die Provokation der Stoffgeschichte

Leitung: Frank Uekötter (München)

Bericht von: Sebastian Haumann, Institut für Geschichte, Technische Universität Darmstadt

Die Sektion des diesjährigen Historikertages, die mit dem Untertitel „Die Provokation der Stoffgeschichte“ angekündigt war, weckte von vorneherein hohe Erwartungen. Diese Erwartungen gründeten sich nicht nur auf dem Versprechen provokanter Fragen oder Thesen, sondern auch darauf, dass die Stoffgeschichte einem Forschungsfeld zuzurechnen ist, das zur Zeit en vogue ist. Frank Uekötter (München), der die Sektion leitete, verwies gleich in seiner Einführung auf das wachsende Interesse am „materiellen Substrat“ historischer Prozesse.¹ Die aktuelle Herausforderung an die Geschichtswissenschaft bestehe darin, die Bedeutung dieses „materiellen Substrats“ auszuloten, konzeptionell fassbar zu machen und in empirischen Studien zu überprüfen – genau darin liege das Potenzial der Geschichte einzelner Stoffe, von denen in der Sektion Schokolade, Asbest, Gold und Sojabohnen vorgestellt wurden.

Wie weit die Auswahl der Beiträge die Definition von „Stoffen“ als gegenständliche Produkte vorzeichnete wurde bereits in ANGELIKA EPPLES (Bielefeld) Untersuchung zu Schokolade deutlich. Eppe zeichnete den Weg der Schokolade von ihren mittelamerikanischen Ursprüngen bis zur Etablierung als standardisiertes Konsumprodukt des 20. Jahrhunderts nach. Ihr kam es dabei insbesondere auf die (westliche) Definition dessen an, was „Schokolade“ ist. Die Herausbildung einer einheitlichen Vorstellung von der Zusammensetzung des Stoffes, gefördert durch den zeitgleichen Aufstieg der Lebensmittelchemie als Wissenschaft, sei nicht nur wissens- und konsumgeschichtlich interessant, sondern prägte auch zunehmend die Beschaffung des Rohstoffs

¹Vgl. HSK Redaktion: H-Soz-u-Kult Debatte zu „Ressourcen“ in den Geschichtswissenschaften: 1. Teil, in: H-Soz-u-Kult, 20.09.2012, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1876&type=diskussionen> (09.10.2012).

Kakao und dessen Verarbeitung, so Eppe. Dies wiederum schlug sich in Entwicklung und Relationen des globalen Warenstroms nieder.

Der Übergang von Schokolade zu Asbest, mit dem sich PAUL ERKER (München) befasste, erwies sich als weniger abrupt als zu vermuten war. Zwar setzte Erker Asbest als „prekären Stoff“ von anderen Stoffen ab, doch konzentrierte er sich gleichwohl ebenso auf die soziale Konstruktion von Wissen über und den gesellschaftlichen Umgang mit dem Stoff. „Prekär“ sei Asbest deshalb, weil dessen Eigenschaften extrem divergierende Interpretationen zulassen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als feuerfestes Baumaterial gefeiert, rückten in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dessen krebserregenden Wirkungen in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung.

BERND-STEFAN GREWE (Freiburg im Breisgau) eröffnete seinen Vortrag über Gold mit dem Hinweis auf eine Divergenz anderer Art, nämlich die Diskrepanz zwischen der „Faszination“ des Stoffes und seinem äußerst geringen Gebrauchswert. Grewe blieb aber nicht dabei stehen, diese Diskrepanz auf kulturell konstruierte Zuschreibungen zurückzuführen, sondern erklärte sie mit den Eigenschaften des Materials, das über lange Zeiträume und unter widrigen Bedingungen seinen Glanz behält. Ebenso beschrieb er Abbau- und Verarbeitungsprozesse insbesondere mit Blick auf die materiellen Eigenschaften von Gold wie dessen Vorkommen in extrem geringer Konzentration im Untergrund und dessen guter Verarbeitungsfähigkeit. Entscheidend sei, dass diese Eigenschaften gesellschaftliche und auch politische Entwicklungen beeinflussten, wie Grewe eindrucksvoll am Scheitern des indischen Importverbots für hochkarätiges Gold in den 1960er-Jahren demonstrierte.

INES PRODÖHL (Washington) ergänzte die Gruppe der vorgestellten Stoffe um die Sojabohne. Deren Geschichte sei, ähnlich wie die der Schokolade, von globalen Transfers und Rekontextualisierungen gekennzeichnet. In den USA, heute führender Produzent des Stoffes, sei die Bohne als Ersatzstoff wegen ihres Ölgehalts eingeführt worden, während sie in ihren asiatischen Herkunftsländern als ganzes

Sebastian Haumann

zubereitet würde. Die Einführung im Kontext der Kriegswirtschaft sei auch ein wesentlicher Grund dafür, dass die kulturelle Bedeutung der Sojabohne in den USA – etwa im Vergleich zu Mais – deutlich hinter ihrer ökonomischen Bedeutung zurückbleibe. Dieses Beispiel zeige, so Prodöhl, dass die Untersuchung einzelner Stoffe neue Erkenntnisse am Schnittpunkt von Wirtschafts- und Kulturgeschichte liefern könne.

Während Uekötters Diagnose des wachsenden Interesses der Geschichtswissenschaften an „Materialität“ durch die Sektion eindrucksvoll belegt wurde, zeigten die einzelnen Präsentationen und die anschließenden Diskussionsbeiträge, dass man sich dieser Herausforderung eher tastend annähert. Tatsächlich erscheint es so, als ob die kulturwissenschaftliche Prägung historischer Forschung bei der Analyse von Stoffen bestimmte Interpretationen vorzeichnet. So standen bei den einzelnen Beiträgen überwiegend nicht die Stoffe selber, sondern genaugenommen die Wahrnehmung von und der Diskurs über diese Stoffe im Vordergrund. Weitergehenden Anregungen, materielle Eigenschaften als eigenständige Faktoren in die Analyse einzubeziehen, wie dies etwa Grewe am Beispiel von Gold nahegelegt hatte, wurde auch in der Diskussion kaum nachgegangen. In dieser Beziehung war eine gewisse Skepsis des Podiums wie des Publikums unverkennbar – und dies vermutlich auch zu Recht. Denn die Forderung danach, Stoffen eine gewisse „Agency“ zuzuerkennen, steht zwar im Raum – auch in dieser Sektion fiel der Name Latour –, aber wie sich dies in historischen Studien konkret umsetzen lässt und worin der Erkenntnisgewinn bestehen kann, wurde auch hier nicht hinreichend deutlich.

Wenn die Sektion nicht weiter auf das Desiderat einging, das „materielle Substrat“ der Stoffgeschichte zu diskutieren, so bot sie doch wichtige Einsichten in das, was eine Stoffgeschichte leisten kann. Alle Referenten verwiesen explizit auf die globale Dimension der von ihnen untersuchten Stoffströme und hoben hervor, dass sich an Hand der Untersuchung des jeweiligen Stoffes komplexe Verflechtungen rekonstruieren ließen. Darunter fassten die Beiträge sowohl Spannungsverhältnisse zwischen Orten der Gewinnung und Orten des Verbrauchs

als auch Prozesse der Rekontextualisierung. Diese Prozesse führten dazu, wie Prodöhl für die Sojabohne zeigte, dass Stoffströme zwar zur globalen Integration beigetragen haben, aber diese Integration durch spezifische Bedeutungszuschreibungen überlagert war. Allgemein bestand Einigkeit darüber, dass Stoffgeschichten ein geeignetes Mittel seien, um Untersuchungen auf der Makro- und Mikroebene miteinander zu verknüpfen. Über die Auseinandersetzung mit einem Stoff sei es möglich, lokale Bedingungen von Herstellung, Transport und Konsum detailliert zu betrachten und gleichzeitig wechselseitige Abhängigkeiten und die globale Relevanz dieser Abhängigkeiten in den Blick zu nehmen. Insgesamt lässt sich als Ergebnis der Sektion festhalten, dass das unumstrittene Potenzial der Stoffgeschichte darin liegt, ein probates Narrativ für die Globalgeschichte zu bieten. Das ist eine nützliche Erkenntnis, befriedigt aber nicht ganz die hohen Erwartungen an die angekündigte „Provokation der Stoffgeschichte“.

Sektionsübersicht:

Angelika Epple (Bielefeld): Schokolade

Paul Erker (München): Asbest

Bernd-Stefan Grewe (Freiburg im Breisgau): Gold

Ines Prodöhl (Washington): Mehr als Tofu? Kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Herausforderungen an die Sojabohne

Tagungsbericht „*What's the matter?*“ *Die Provokation der Stoffgeschichte*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 18.10.2012.

Wiedergänger und Neugeborene. Das Renaissance-Narrativ in der (post-)modernen Historiographie

Leitung: Anja Rathmann-Lutz (Basel)

Bericht von: Sita Steckel, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Das Narrativ von der ‚Renaissance‘ ist ein Erbe, das die Geschichtswissenschaft seit ihrer Konstitution als Disziplin im 19. Jahrhundert in ewiger Jugendlichkeit neu hervorzubringen scheint. Bis heute gibt die Erzählung der Wiedergeburt des Alten als zeitlos Guten nicht nur die Grenzen diverser historischer Forschungsfelder von der Spätantike bis zur Aufklärung vor. Trotz zumeist kritischer Diskussion der Fachwissenschaft zu Mittelalter und Frühneuzeit hat das Narrativ der Renaissance(n) vor allem das populäre Geschichtswissen in ewiger Wiederkehr des Ähnlichen zutiefst durchdrungen.

Die von ANJA RATHMANN-LUTZ (Basel) unter dem Titel „Wiedergänger und Neugeborene. Das Renaissance-Narrativ in der (post-)modernen Historiographie“ organisierte Sektion brachte die Thematik angesichts aktueller Debatten um die Moderne und ihre Periodisierung und Lokalisierung erneut auf die Tagesordnung. Ausdrücklich wollten die durchgängig mediävistisch ausgewiesenen Sprecher/innen die Reflexion des Faches über Metaerzählungen fortsetzen, die sich etwa auf dem Historikertag 2004 in der Sektion „Meistererzählungen vom Mittelalter“ geäußert hatte.¹ Die Akzente lagen hier allerdings sehr viel deutlicher auf forschungsstrategischen und pragmatischen Aspekten.

Den ersten Schwerpunkt der Sektion bildeten die einleitenden Überlegungen von Anja Rathmann-Lutz, die durch eine Fallstudie zum Narrativ des „12. Jahrhunderts im Strudel der Geschichtsbilder“ verdeutlicht wurden. Wie Rathmann-Lutz programmatisch äußerte, ergebe sich aktueller Reflexionsbedarf einerseits aus der unauflösbaren Verbindung, die identitätsstiftende Erzählungen über die ‚Renaissance‘ (sowie über mehrere mittelalterliche ‚Renaissancen‘ seit dem frühen Mittelalter) mit Erzählungen über die Moderne eingegangen sind: Vormoderne Renaissancen stehen mittlerweile nicht nur in

¹Frank Rexroth (Hrsg.), *Meistererzählungen vom Mittelalter. Epochenimaginationen und Verlaufsmuster in der Praxis mediävistischer Disziplinen*, *Historische Zeitschrift – Beihefte N.F. 46*, München 2007.

einem sinnstiftenden Spannungsverhältnis zu derjenigen Moderne des 19. Jahrhunderts, in der sie populär wurden. Sie müssen auch in Zusammenhang mit einer Gegenwart gebracht werden, die man neuerdings als Teil einer Multiplen Moderne oder als Postmoderne betrachten kann. Problematischer denn je würden derzeit etwa die traditionell auf nationale Sinnstiftung ausgerichteten Bezüge von Renaissance(n). Demgegenüber sei das Renaissance-Narrativ in einigen historischen Teildisziplinen, nicht zuletzt in kunstgeschichtlichen Arbeiten zur Zeitenwende um 1500, zuletzt dezentriert und durch neue Blickpunkte angereichert worden. In der Mediävistik werde dagegen eine solche ‚befreiende‘ Dezentrierung des Narrativs noch nicht ausreichend genutzt – obwohl sie vielfältige Potentiale berge.

Wie die weiteren Überlegungen zum Narrativ von der ‚Renaissance des 12. Jahrhunderts‘ deutlich illustrierten, problematisierte die mediävistischen Fachdebatte bislang vor allem die Frage, ob der frühzeitig bis auf das Früh- und Hochmittelalter ausgeweitete Begriff und das Konzept einer ‚Renaissance‘ für diese Zeiten inhaltlich passend seien. Demgegenüber etablierte Rathmann-Lutz nachdrücklich die Frage, was die Renaissance-Erzählung so attraktiv mache. Sie hob einerseits die pragmatische Faszinations- und Durchsetzungskraft hervor, die die Erzählung eines kreativen, flexiblen, individuellen Neuanfangs aus einer Zeit archaischer Starre nun einmal berge. Sie betonte jedoch andererseits die Fruchtbarkeit, die das in allen historischen ‚Renaissancen‘ wiederkehrende Element eines kreativen Umgangs der Zeitgenossen mit Anachronismen und der Gleichzeitigkeit verschiedener kultureller Traditionen für neue Formen der Geschichtsdarstellung berge.²

Auf eine stärkere und gewissermaßen klügere Nutzung solcher dynamisierenden Ansätze lief auch ihr Plädoyer hinaus: Wie Rathmann-Lutz nachvollzog, ist in der Forschung schon vielfach versucht wor-

²Vgl. für dem zugrundeliegende Überlegungen zur Erforschung historischer Zeitkonzepte die Überlegungen im Rahmen des von Anja Rathmann-Lutz und Miriam Czok (Duisburg-Essen) geleiteten DFG-Netzwerks ‚ZeitenWelten‘ (<<http://www.zeitenwelten.unibas.ch>>) sowie die Links ebd. (<http://zeitenwelten.unibas.ch/?page_id=51>) (20.11.2012).

den, den Begriff der ‚Renaissance‘ durch andere Bildungen zu ersetzen. Man hat ihn innerhalb der Mittelalterforschung durch Differenzierung von ‚Renaissance‘, ‚Reform‘, ‚renascence‘ etc. zu präzisieren versucht. Nur stark modernisierungstheoretische Darstellungen nutzten ihn tatsächlich überhaupt im Sinne einer strikt abgrenzenden Periodisierung und Verknüpfung verschiedener linearer Tendenzen der Innovation (typischerweise Rationalisierung, Bürokratisierung, Individualisierung, Säkularisierung, Professionalisierung und andere). Potential liege demgegenüber darin, das ‚Gefäß‘ des Renaissance-Narrativs neu zu füllen. Gerade weil die Beschäftigung mit ‚Renaissance‘ im Bereich des Handbuch- und Populärwissens so etabliert sei, eigne sich das Narrativ dazu, neuartig additives, komparatives und polyzentrisches Erzählen von Geschichte zu ermöglichen

Der Vortrag von JAN RÜDIGER (Frankfurt am Main) zu „Defizientendynamiken oder: Warum eine Renaissance nicht gelingen darf“ baute die Frage nach Nutzen und Attraktivität des Motivs der Renaissance aus. Wie Rüdiger eröffnend an Beispielen verdeutlichte, teilen Darstellungen der Renaissance typischerweise bestimmte Motive positiver oder nostalgischer Vergangenheitsdarstellungen, die etwa auch in der Darstellung der zukunftsfreudigen 1960er-Jahre begegnen. In letzteren wurde freilich wiederum auf die *Golden Twenties* als Zeit eines Aufbruchs und einer kulturellen Jugendlichkeit verwiesen. Wie verschiedene historische Konzepte zyklischer oder kreisender Zeitalter transportiere das Renaissance-Narrativ auch Motive der Jugendlichkeit und Vergreisung, die anthropologisch verankert wirken. Demgegenüber zeichne sich die Vorstellung von einer Renaissance jedoch auch durch Linearität und Bewußtsein des Verlustes des Alten aus – das Rad der Geschichte lasse sich nicht zurückdrehen, und die Wiedergeburt der Antike werde innerhalb des Euromediterraneum typischerweise eben nicht als Restitution, sondern als Überbietung gedacht. Dem schloss Rüdiger die Frage an, ob man möglicherweise die Linearität und die Konzeption eines eng mit der eigenen Gegenwart verzahnten ‚goldenen Zeitalters‘ der Renaissance als besonderes

Kennzeichen europäisch-westlicher Geschichtsschreibung sehen müsse. Wie er postulierte, könnte man der Vorstellung einer Renaissance möglicherweise sogar spezifische, handlungsleitende Wirkung und damit besondere Wirkmächtigkeit attestieren, da sie implizit zur (Wieder-)Herstellung eines als ‚golden‘ angesehenen Zustands auffordere. In dieser Wendung könne also die im Renaissance-Narrativ transportierte Defizienzerfahrung (einer Vorstellung eines bereits verlorenen goldenen Zeitalters) als mögliche Ursache für europäische Besonderheiten gesehen werden. Er sprach sich daher für einen Ausbau der Erforschung des Narrativs in der vergleichenden Historiographieggeschichte aus.

Der Vortrag von STEFFEN PATZOLD (Tübingen) widmete sich eher den inhärenten Problematiken des Renaissance-Narrativs als dem Begriff selbst. Er stellte unter dem Titel „Rückkehrfiguren heute: Renaissancen des Mittelalters in der Nachmoderne?“ konsequent die Abgrenzung Moderne/Vormoderne in den Vordergrund. In direktem Bezug auf die ‚Revolte der Mediävisten‘ zu Beginn des 20. Jahrhunderts mahnte Patzold aufgrund aktueller Entwicklungen ebenfalls erneute Reflexion an: Wenn Erzählungen vom Beginn der Moderne formuliert oder eine Unterscheidung von Moderne und Vormoderne vorgenommen werden solle, müsse durchaus mitreflektiert werden, was man unter Moderne verstehen will. Die derzeitige Dichotomie von Moderne und Vormoderne werde jedoch durch zahlreiche ‚virulente Rückkehrfiguren‘ in Frage gestellt. Sie reichten von Szenarien eines Neomedievalismus, in dem aufgrund des Verschwindens von Nationalstaaten mit entgrenzten Kriegen zu rechnen sei, bis zu Parallelisierungen von Moderne und Mittelalter, die sich auf Phänomene des Medienwandels und der Performanz beziehen. Angesichts dieser ‚Modernen ohne Fortschrittsoptimismus‘ stelle sich die Frage, inwiefern auch Mediävisten ihre typischen Annahmen und Darstellungsgewohnheiten überprüfen müssten. Wenn die Moderne nicht länger durch Charakteristika wie feste Staatlichkeit oder strikte Einhegung von Religion konturiert werde, mache es weniger Sinn, ein ebenfalls ohne feste

Staatlichkeit oder Einhegung von Religion gedachtes Mittelalter als Epoche der Alterität dagegenzuhalten.

Aus den entsprechenden Verschiebungen ergebe sich für Mediävisten daher die Notwendigkeit oder zumindest das Potential, aus aktuellen Gegenwartsdiagnosen neue Fragestellungen abzuleiten. Beispielhaft verwies Patzold auf Ansatzpunkte, wie sie Giddens zur Erklärung der Dynamik der Moderne heranzieht (Trennung von Raum und Zeit, Entbettung und Umordnung sozialer Beziehungen durch symbolische Zeichen und Expertensysteme). Fragen nach solchen Mechanismen könnten eine genauere Darstellung und Graduierung bestimmter Dynamisierungsperioden erlauben, wobei die vorhandenen Ergebnisse zu mittelalterlichen Renaissancen wie der ‚karolingischen Renaissance‘ als eine Art Testfälle gebraucht werden könnten.

In seinem Schlusskommentar fasste FRANK REXROTH (Göttingen) kommentierend die Problemfelder zusammen, die in den Vorträgen angesprochen worden waren. Wie er hervorhob, war die Sektion vor allem durch die Abwendung von einem kritisch-historisierenden Ansatz gekennzeichnet und eröffnete mit der Frage nach Attraktivität und Nutzen des Renaissance-Narrativs ein breiteres Feld. Auf diesem Feld, so Rexroth, könne in der Beurteilung von Potential und Problematik des Renaissance-Narrativs die etablierte Unterscheidung von ‚Geschichtsforschung‘ und ‚Geschichtserzählung‘ hilfreich sein. Eine Beschäftigung mit Problematiken älterer Renaissance-Narrative zeige schnell, dass diese vor allem auf der Ebene der Geschichtserzählung lokalisiert würden. Aus Geschichtserzählungen diffundierten zudem einschlägige narrative Strukturen auch in die populäre Geschichtsdarstellung. Auf diesen unterschiedlichen Ebenen gebe es jedoch ganz unterschiedliche Weisen der Nutzung und unterschiedliche Problematiken des Narrativs. Die amerikanische Mediävistik habe etwa das Narrativ von der ‚Renaissance des 12. Jahrhunderts‘ erfolgreich gegen die ältere ‚Italienische Renaissance‘ in Stellung gebracht, um so Legitimität für ihren Gegenstand zu erzeugen. Darüberhinaus fungiere der Verweis auf ‚Renaissance‘ in der breiteren amerikanischen

Öffentlichkeit aber als knappe Chiffre für ein bestimmtes Wertschema, in dem etwa den Faktoren der Bildung bzw. generell der Ideen hohe gesellschaftliche Wirkung zugesprochen würde oder Präferenzen für Säkularität, Pluralisierung etc. geäußert würden. Gerade diese grundlegenden Annahmen (etwa, dass ein Aufschwung des Bildungswesens historisch mehr Säkularität hervorbringt) würden aktuell jedoch entkoppelt, was auch Rückwirkungen habe. Bei der weiteren Untersuchung von Renaissance-Narrativen könnte es sich als hilfreich erweisen, die verschiedenen Ebenen historischer Sinnstiftung stärker zu trennen.

Insgesamt wurde in der Sektion somit nicht nur die Forderung nach einer produktiven Beschäftigung mit der Historiographieggeschichte der jüngsten Vergangenheit erhoben, die über die bisherige kritische Begriffsreflexion zu den ‚Renaissancen‘ innerhalb hochspezialisierter Zusammenhänge hinausgeht. Explizit wie implizit wurde auch die Frage aufgeworfen, wie sich die aktuelle Geschichtswissenschaft angesichts eines sich wandelnden Gegenwartsverständnisses öffentlich positionieren kann. Müssen neue Narrative für die Fachwissenschaft oder – wie mehrfach angedeutet wurde – für eine breitere Öffentlichkeit produziert werden? Sind nach Verabschiedung eines linearen Modernisierungsmodelles dabei neue Formen eines polyzentrischen Erzählens aufzugreifen, wie von Rathmann-Lutz gefordert? Was wären Themen und Anordnungskategorien solcher Narrative? Können Erzählungen über ‚Renaissancen‘ dazu dezentriert und angereichert werden, oder sparen sie zu deutlich bestimmte Bereiche aus? Es mag etwa gestattet sein, nach Episoden ‚religiöser Bewegungen‘ und politischer wie religiöser Vereindeutigungsprozesse zu fragen, die zwischen Spätantike und Aufklärung stets gewissermaßen das ‚Andere‘ der zahlreichen Renaissancen des 9., 12. und 14.-16. Jahrhunderts bilden.

Doch scheint es durchaus möglich, diejenigen Dynamiken ins Zentrum differenzierender Untersuchungen und Darstellungen zu rücken, die bislang vor allem in ‚Renaissance‘-Motivik verhandelt wurden – und so nicht nur von einer multiplen Moderne, sondern gewissermaßen

Sita Steckel

ßen auch von einer multiplen Vormoderne auszugehen, die sowohl von Pluralisierungs- wie von Vereindeutigungsprozessen gekennzeichnet ist.³ Dazu boten die Vorträge eine Reihe von Ansatzpunkten: Im Sinne Rüdigers und Rexroths wäre sicherlich zunächst noch einige Historisierungsarbeit und Funktionsbestimmung an älteren Narrativen zu leisten. Wie Rathmann-Lutz und Patzold betonten, bieten sich aber auch verschiedene Neufokussierungen von Mechanismen der Transformation an, die beispielsweise an Pluralisierung, gewandelten Zeit- und Anachronismuskonzepten, Entbettungsprozessen oder globalen und lokalen Verflechtungen festgemacht werden können.⁴ Überholte ältere Renaissance-Narrative wird man so zwar sicherlich nicht völlig überschreiben oder gar aus dem Bereich des populären Geschichtswissens verdrängen können. Wie die Sektion zeigte, könnten kritisch unterfütterte Neuentwürfe aber über den bisherigen, eher dekonstruierenden Umgang mit Renaissance-Narrativen deutlich hinausführen.

Sektionsübersicht:

Anja Rathmann-Lutz (Basel): Einführung

Anja Rathmann-Lutz (Basel): Das 12. Jahrhundert im Strudel der Geschichtsbilder

³Vgl. zur Problematisierung von Pluralisierung und Vereindeutigung in Renaissance und Reformation etwa James Simpson, *Reform and Cultural Revolution 1350-1547* (The Oxford English Literary History, 2), Oxford 2004; mit Überlegungen zum Verhältnis von säkular-pluralisierenden und religiösen Tendenzen im Mittelalter Sita Steckel, *Säkularisierung, Desakralisierung und Resakralisierung. Transformationen hoch- und spätmittelalterlichen gelehrten Wissens als Ausdifferenzierung von Religion und Politik*, in: Karl Gabriel, Christel Gärtner / Detlef Pollack (Hrsg.), *Umstrittene Säkularisierung. Soziologische und historische Analysen zur Ausdifferenzierung von Religion und Politik*, Berlin 2012, S. 134-175 sowie Alexandra Walsham, *The Reformation and the Disenchantment of the World Reassessed*, in: *Historical Journal*, 51.2 (2008), S. 497-528.

⁴Vgl. mit ähnlichen Überlegungen Antje Flüchter, *Tagungsbericht The Making of Religion? Re-Describing Religious change in Pre-Modern Europe*. 29.04.2011-30.04.2011, Harvard, in: *H-Soz-u-Kult*, 01.08.2011, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3751>>.

Jan Rüdiger (Frankfurt am Main): Defizienzdynamiken oder: Warum eine Renaissance nicht gelingen darf

Steffen Patzold (Tübingen): Rückkehrfiguren heute: Renaissancen des Mittelalters in der Nachmoderne?

Frank Rexroth (Göttingen): Kommentar

Tagungsbericht *Wiedergänger und Neugeborene. Das Renaissance-Narrativ in der (post-)modernen Historiographie*. 25.09.2012-28.09.2012, In: *H-Soz-u-Kult* 21.11.2012.

Zeitgeschichte ohne Ressourcen? Probleme der Nutzung audiovisueller Quellen

Leitung: Christoph Classen (Potsdam)

Bericht von: Kirsten Moritz, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte, Abteilung Didaktik der Geschichte, Universität Göttingen

„Theater ist Kunst, Film ist Unterhaltung und Fernsehen ein Möbel.“ CHRISTOPH CLASSEN (Potsdam) verdeutlichte gleich zu Beginn der Sektion, dass dieses von ihm zitierte Urteil zum Massenmedium Fernsehen für die Zeitgeschichtsschreibung durchaus problematisch ist: Audiovisuelle Quellen seien nicht nur für Medienhistoriker relevant, da spätestens seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von medialisierten Gesellschaften auszugehen sei. Eine Zeitgeschichte, die Massenmedien nicht berücksichtige, könne daher nur unzureichend geschrieben werden. Gleichwohl würden Historiker/innen die Frage nach Überlieferung und Archivierung von Fernsehproduktionen viel zu wenig ernst nehmen. Um so unverständlicher sei dieses Desinteresse, wenn man die Probleme betrachte, die ein/e Wissenschaftler/in habe, wenn er/sie Fernsehquellen in die Forschung einbeziehen möchte.

Die Frage nach der wissenschaftlichen Nutzung audiovisueller Quellen – darauf verweist bereits der Titel der Sektion – ist eine Frage nach verschiedenen Problembereichen. Diese Ausgangslage brachte es mit sich, dass sich die als Podiumsdiskussion angelegte Sektion weniger als kontroverse Debatte, sondern eher als Erfahrungsaustausch und Problemartikulation erwies.

Eines dieser zentralen Probleme besteht nach Classen darin, dass die Verantwortung zur Sicherung des audiovisuellen Materials allein bei den Anbietern liegt, an die der/die Forscher/in sich wenden muss. Eine zentrale Anlaufstelle für audiovisuelle Quellen fehle nämlich und die Archivlandschaft sei darüberhinaus unübersichtlich und zersplittert. Das Deutsche Rundfunkarchiv (DRA), dessen Name eine solche Funktion als zentrale Instanz suggerieren mag, verfüge nur über begrenzte Bestände vor allem aus der DDR sowie der Zeit des Nationalsozialismus. Dass die Produzenten selbst für die Archivierung ihrer Sendungen zuständig seien, habe zur Folge, dass die vorhandenen Archive in erster Linie als Produktionsarchive der Sender dienen würden. VEIT SCHELLER (Mainz) gewährte zu diesem Aspekt als Leiter des ZDF-Unternehmensarchivs einen Einblick in die Praxis. Der Archivar wies daraufhin, dass die Lage bei den öffentlich-rechtlichen Sendern aus seiner Perspektive vergleichbar gut ist, denn das audiovisuelle Material seit Ende der 1980er-Jahre liegt nahezu geschlossen vor. Scheller räumte jedoch auch ein, dass in den frühen Jahren des Fernsehens einige aus heutiger Sicht interessante Sendungen gar nicht erst aufgezeichnet oder im Nachhinein überspielt wurden. Weit schlechter ist die Lage hingegen bei den privaten Sendern, wie Classen am Beispiel von RTL verdeutlichte. LEIF KRAMP (Bremen) ergänzte diese Ausführungen zur Sammlung des audiovisuellen Materials um Anmerkungen zur Rechtslage sowie um einen internationalen Vergleich. Deutschland zähle dabei in der Frage, inwiefern die audiovisuelle Überlieferung staatlich reglementiert sei, zu den „schwachen Staaten“ und überlasse die Archivierung komplett den Anbietern.¹ Sowohl das Gesetz über

¹Zu den verschiedenen Rollen, die ein Staat hinsichtlich der Archivierung audiovi-

die Deutsche Nationalbibliothek als auch die Archivgesetze der Länder würden die Rundfunkarchivierung entweder unerwähnt lassen oder dezidiert ausschließen. Als Kontrastbeispiel führte Kramp dazu unter anderem Frankreich an, wo die Sender zu einer Abgabe an den Staat verpflichtet seien. Hier sei das Institut national de l'audiovisuel als zentrales audiovisuelles Archiv seit 1974 per Gesetz für die Sammlung und Bereitstellung von Fernsehproduktionen zuständig. Auch die freiwillige Selbstverpflichtung, die ARD und ZDF 2004 im Sinne der Erhaltung von Fernsehproduktionen abgegeben hätten, würden an der primären Bedeutung der Archive als Produktionsarchive wenig ändern.²

An diesen (Problem-)Aspekt der Überlieferung schloss sich die für den/die an audiovisuellen Quellen interessierte/n Wissenschaftler/in vermeintlich zentralste Frage an: Inwiefern besteht ein Zugang zu dem so überlieferten Material? Nach FRANK BÖSCH (Potsdam) ist dieser Zugang extrem eingeschränkt. Ein wesentliches Problem dabei seien die teils sehr hohen, von Sender zu Sender schwankenden Kosten der Bereitstellung audiovisuellen Materials. Außerdem gebe es keine einheitlichen Zugangsregelungen und somit würden die einzelnen Sender mit Anfragen zu Sendungen ganz unterschiedlich umgehen. Teilweise seien hier sogar Unterschiede innerhalb derselben Institution festzustellen. Hinsichtlich der Frage des Zugangs tauschten sowohl Podium als auch Auditorium entsprechend uneinheitliche Erfahrungen miteinander aus: von freundlicher und kostenfreier Bereitstellung des Materials bis hin zu ergebnislosen Versuchen, die letztlich mit Verweis auf die personelle und finanzielle Ausstattung der Sendearchive scheiterten. Unter anderem ANDREAS FICKERS (Maastricht) wies

suellen Materials einnehmen kann: Leif Kramp, *Gedächtnismaschine Fernsehen*, Bd. 2: Probleme und Potentiale der Fernsehherbe-Verwaltung in Deutschland und Nordamerika, Berlin 2011, S. 54-69.

²Christoph Classen / Thomas Großmann / Leif Kramp, *Zeitgeschichte ohne Bild und Ton? Probleme der Rundfunk-Überlieferung und die Initiative „Audiovisuelles Erbe“*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8 (2011), S. 130-140, hier S. 135; auch online unter <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Classen-Grossmann-Kramp-1-2011>> (03.10.2012).

daraufhin, dass persönliche Beziehungen ganz wesentlich dazu beitragen können, dass der Zugang zu audiovisuellen Quellen erfolgreich ist. Mit finanzieller Unterstützung und persönlichen Kontakten sei die Situation anscheinend leichter – eine Erkenntnis, die vor allem für die anwesenden Nachwuchswissenschaftler/innen, die nicht über die nötigen finanziellen Mittel und Kontakte verfügen, eher entmutigend gewesen sein dürfte. Auch im Sinne der Nachvollziehbarkeit wissenschaftlicher Arbeiten, dies führte Bösch an, ist dieser privilegierte Zugang zum Material durchaus bedenklich.

Außer dem zentralen Aspekt des Zugangs zu Fernsehquellen wurden weitere Probleme diskutiert, die den Handlungsbedarf auf diesem Feld verdeutlichten. Unter anderem Kramp führte die grundlegende Schwierigkeit der Auffindbarkeit an: Da eine umfassende Programmchronik fehle, könne der/die Forscher/in sich nur schlecht orientieren und nicht wissen, welche relevanten Beiträge überhaupt gesendet worden seien. Um den Zugang zu audiovisuellen Quellen zu erleichtern, sei es laut Scheller notwendig, ein solches Programmverzeichnis zu schaffen, da Programmzeitschriften ein höchst unzuverlässiges Recherchemittel seien. Bösch verwies hinsichtlich dieser Frage auf die beiden Standorte des DRAs in Frankfurt am Main und Potsdam-Babelsberg, die gute Möglichkeiten zur Recherche bieten würden. Allerdings ist darauf zu verweisen, dass das DRA in seiner Datenbank ausschließlich Sendungen verzeichnet, welche auf der ARD oder den Dritten Programmen ausgestrahlt worden sind.

Ferner wurde der Zugang zu den redaktionellen Begleitquellen, den Kontextquellen, angesprochen: Nach Bösch sind auch bei diesem für Historiker/innen besonders relevanten Schriftgut die Überlieferung sehr uneinheitlich und die Zugangsmöglichkeiten enorm eingeschränkt. Beim ZDF sind die relevanten Unterlagen zu Fernsehproduktionen durchaus vorhanden, aber das Problem bestehe hier vor allem in der Frage des Zugangs, so Scheller. Der Leiter des Unternehmensarchivs gab einen Einblick in die Praxis der Sicherung dieser Kontextquellen: Die Entscheidung, welche Unterlagen aufgehoben

werden, würde bei den Redaktionen selbst liegen. Nur in Ausnahmefällen greife das Archiv in die Sicherung der Bestände ein. Für die ARD scheint die Situation indes problematischer, da – so führte Classen an – nur einige Landesrundfunkanstalten überhaupt über Unternehmensarchive verfügen.

Zusätzliche Schwierigkeiten bei der Nutzung audiovisueller Quellen wurden beim Bereich der rechtlichen Fragen gesehen: Kramp unterschied dabei verschiedene Rechtsgrundlagen hinsichtlich der Sichtung, der Zitation sowie der Sammlung und Reproduktion audiovisueller Quellen. In der Diskussion wurde erkennbar, dass es sich hierbei um ein höchst komplexes Feld handelt. Vor allem die Reproduktion und Weitergabe des Materials sei durch Fragen des Urheberrechts eingeschränkt. Bösch machte am Beispiel von Fernsehmitschnitten in Mediatheken, die es an vielen Universitäten mittlerweile als Notlösung gibt, deutlich, dass sich die Verbreitung von Fernsehquellen im wissenschaftlichen Raum häufig in rechtlichen Grauzonen bewege.³ Es könne in diesem Bezug hilfreich sein, wenn Regeln systematisiert und so der Umgang mit dem Material formalisiert werden würde. Scheller ergänzte die prekäre Frage nach dem Urheberrecht um die Perspektive einer Sendeanstalt: Durch urheberrechtliche Regelungen mit Produzenten und Schauspielern seien die Sender daran gehindert, den Wissenschaftlern/innen das Material völlig frei und auch zum Zweck der Reproduktion und Weitergabe zur Verfügung zu stellen.

Neben den verschiedenen Problemen wurden auf dem Podium auch Auswege aus dieser Situation besprochen. Fickers stellte dabei den Anwesenden zunächst Alternativen und Zukunftsperspektiven vor: Nach dem History-Boom und der Vorrangstellung des Fernsehens sei das Internet die zukünftige Plattform der Geschichtsvermittlung. Mit diesem neuen Forum seien besondere Herausforderungen verbunden, zu denen die Findbarkeit des Materials im World Wide Web, der quellenkritische Umgang mit diesem und letztlich die Notwendigkeit einer neuen Erzählform der Forschung zähle. So sei es geboten,

³Classen/Großmann/Kramp, *Zeitgeschichte*, S. 137-138.

dass sich die wissenschaftliche Argumentation auf der narrativen Ebene der Onlineumgebung anpasse – eine Aufgabe, die für Historiker/innen sicherlich besondere Schwierigkeiten darstellt. Ein Trend im Netz geht nach Fickers zu virtuellen Ausstellungen, die auch audiovisuelle Quellen einbeziehen. Anhand verschiedener multimedialer Plattformen verdeutlichte der Medienhistoriker diese Möglichkeit des Internets.⁴ Der große Vorteil dieser Ausstellungen im Vergleich zu anderen Anbietern (z.B. YouTube) läge darin, dass die Metadaten des Materials (Ausstrahlungszeitpunkt, Produzenten usw.) vorliegen würden. Kramp gab zu diesem Trend zu bedenken, dass in der Breite vor allem wegen rechtlicher Schranken die Zukunft der audiovisuellen Überlieferung nicht im Netz liege, auch wenn die Verbreitung des Materials auf Projektebene sicher möglich sei.

Vor allem zum Ende der Sektion stand die Frage im Mittelpunkt, was aus den konstatierten Problemen abzuleiten ist: Was kann getan werden, um die problematische Situation für die Forscher/innen bei der Nutzung audiovisueller Quellen zu verbessern? Die diskutierten Lösungsvorschläge waren auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt: Ganz konkrete Maßnahmen regte vor allem Bösch an, der einen wichtigen Schritt in der Bereitstellung von Sichtplätzen vor Ort bei den Sendern sah. Aber auch die Möglichkeit zu Recherche und Kauf audiovisuellen Materials über das Internet, wie es bei der BBC derzeit bereits möglich ist, wurde vom Potsdamer Historiker befürwortet. Dies sei für die Sendeanstalten wirtschaftlich rentabel und erleichtere den Zugang für die Wissenschaftler/innen. Fickers sprach sich daneben für den weiteren Auf- und Ausbau von Netzwerken aus, die Hürden zwischen Archiven und Forschern abbauen könnten. Auch Scheller sah solche Formen der Kooperation als wichtigen Faktor, um bestehende Probleme

⁴Dazu zählt die Plattform *Europeana*, die unter anderem verschiedene virtuelle Ausstellungen zu bestimmten Themen zusammenfasst. <<http://exhibitions.europeana.eu/>> (03.10.2012). Für den Bereich der audiovisuellen Überlieferung ist zudem vor allem das an *Europeana* angegliederte und auf televisuelle Überlieferung konzentrierte Portal *euscreen* relevant, das Fickers ebenso vorführte <<http://www.euscreen.eu/>> (03.10.2012).

me zu beseitigen. Kramp hob hervor, dass es nötig ist, das vorhandene Problembewusstsein zu nutzen und auf dieser Ebene gezielt Lobbyarbeit zu betreiben. Als Adressaten wurden dabei sowohl die verschiedenen Ansprechpartner/innen der Bundestagsfraktionen genannt als auch Mitglieder der Rundfunkräte. Als schlagendes Argument, um auf diesen Ebenen erfolgreich sein zu können, sollte laut Bösch vor allem der internationale Vergleich dienen. Daneben seien Appelle an die Anbieter audiovisueller Quellen sinnvoll: Das Bewusstsein auf Seite der Produzenten, dass ihre Sendungen geschichtlich bedeutend und es wert seien, aufbewahrt und ausgewertet zu werden, müsse gestärkt werden. Letztlich nahmen die Diskussionsteilnehmer auch den Veranstalter selbst in die Verantwortung: Es wurde in der Diskussion mehrfach bedauert und als unverständlich erklärt, dass auf dem Historikertag 2006 eine Resolution in der Mitgliederversammlung des Historikerverbandes gescheitert war, die darauf abzielte, den Zugang zu audiovisuellen Quellen für Wissenschaftler/innen zu erleichtern.

Die zahlreichen Probleme, die ein/e Wissenschaftler/in hat, der/die mit audiovisuellen Quellen arbeiten möchte, wurden in der Sektion deutlich. Der Handlungsbedarf, der auf diesem Feld besteht, kann spätestens nach dieser Podiumsdiskussion nicht mehr bestritten werden. Für all jene im Raum – und dies dürfte die große Mehrheit gewesen sein –, die mit audiovisuellen Quellen arbeiten oder bereits gearbeitet haben, war jedoch wenig Neues zu erfahren. Vielmehr dürften sie ihre eigenen Erfahrungen bestätigt gesehen haben. Gleichwohl war eine gewisse Aufbruchstimmung zu spüren, die problematische Situation zu verbessern. Es bleibt zu hoffen, dass diese nutzbar gemacht werden kann und dass den Handlungsoptionen auf den verschiedenen Ebenen erfolgreich nachgegangen wird. Dass die Podiumsdiskussion bereits von der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung in eine breitere Öffentlichkeit getragen wurde, ist in diesem Sinne sehr zu begrüßen und gibt Grund zur Hoffnung.⁵

⁵Sven Felix Kellerhoff, Der Zeitgeschichte gehen die Bilder aus, in: <<http://www.welt.de/kultur/article109486086/Der-Zeitgeschichte-gehen-die-Bilder-aus.html>> (03.10.2012).

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn neben den Aspekten der Archivierung, der Auffindbarkeit, des Zugangs und der Reproduktion die Frage nach dem methodischen Umgang diskutiert worden wäre. Dieser macht einen wesentlichen Teil der Nutzung audiovisueller Quellen aus und hätte demnach laut Titel der Sektion zum Themenfeld gehört. Obwohl – darauf wurde in der Diskussion vermehrt hingewiesen – Historiker/innen dazu übergegangen sind, methodische Anleihen aus anderen Disziplinen für ihre Forschung nutzbar zu machen, hätte eine fachspezifische Systematisierung und Diskussion des methodischen Repertoires die Sektion sicher bereichert. Es ist anzunehmen, dass die Frage danach, wie Fernsehquellen analysiert werden können, Historiker/innen teilweise immer noch davon abschreckt, diese zu nutzen. Eine stärkere Einbindung methodischer Fragen in die Diskussion um audiovisuelle Quellen könnte daher dazu beitragen, dass die Forderung, dieses Material auch außerhalb der Mediengeschichte zu berücksichtigen, in zukünftigen Forschungsarbeiten vermehrt umgesetzt wird.

Sektionsübersicht:

Podiumsdiskussion

Frank Bösch (Potsdam)

Andreas Fickers (Maastricht)

Leif Kramp (Bremen)

Veit Scheller (Mainz)

Christoph Classen (Potsdam): Moderation

Tagungsbericht *Zeitgeschichte ohne Ressourcen? Probleme der Nutzung audiovisueller Quellen*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 18.10.2012.

Zeitgeschichte, Archive und Geheimschutz – Ressourcen und Konflikte bei der Nutzung von Quellen

Zeitgeschichte, Archive und Geheimschutz – Ressourcen und Konflikte bei der Nutzung von Quellen

Leitung: Rainer Hering (Hamburg) / Robert Kretzschmar (Tübingen) / Edgar Wolfrum (Heidelberg)

Bericht von: Elsbeth Andre, Landeshauptarchiv Koblenz

Gezielte Aktenvernichtungen beim Verfassungsschutz und die daraufhin erfolgte Strafanzeige des Vereins deutscher Archivarinnen und Archivare wegen Verwahrungsbruchs – (Nicht-)Zugänglichkeit von Unterlagen der Nachrichtendienste: die Aktualität des Themas war zum Zeitpunkt der Sektionsplanung nicht absehbar gewesen, wie ROBERT KRETZSCHMAR (Stuttgart/Tübingen) in seiner Einführung heraus hob. Die Relevanz des Themas konnte er angesichts der politischen Vorfälle der letzten Wochen und Monate so zusätzlich untermauern. Er beschrieb die virulente Debatte um die Zugänglichkeit des Teils der Unterlagen von Behörden und Gerichten, die als VS (Verschluss-sachen) der Geheimhaltung unterliegen und somit auch nach Ablauf „normaler“ Fristen der zeitgeschichtlichen Forschung nicht zugänglich sind. In der gemeinsam von Forschung und Archiven geplanten Sektion werde folgender Bogen geschlagen: Neben sich abzeichnenden Lösungswegen im Konflikt zwischen Forschungsinteressen und Geheimschutz erfolge auch eine Darstellung der bestehenden rechtlichen Voraussetzungen sowie der in Archiven benutzten Verfahren und Kriterien zur Bildung einer aussagekräftigen Überlieferung. Ziel sei es, Möglichkeiten und Wünsche von Forschung und Archiven auszutauschen und ihre Positionen aneinander anzunähern.

Vorweg erinnerte Kretzschmar daran, dass Archive neben ihrer Bedeutung für die Forschung auch eine demokratische Funktion und Verantwortung haben. Verwaltungshandeln nachvollziehbar zu halten sei zentraler Auftrag der Archive, wozu auch die Verschlussunterlagen gehören.¹

¹Kretzschmar verwies auf eine Publikation, die im Nachgang zu einer Tagung er-

JOSEF FOSCHEPOTH (Freiburg im Breisgau) forderte in seinem pointierten und zunächst fast provokant erscheinenden Beitrag einen völlig neuen Ansatz der zeitgeschichtlichen Forschung. Unter besonderen Auflagen war ihm seit dem Jahr 2009 der Zugang zu grundsätzlich (noch) nicht zugänglichen Verschlussunterlagen seitens des Bundesarchivs ermöglicht worden (dazu auch Beitrag Hollmann). Seine Forschungen führten ihn zur Einschätzung, dass ca. 1,5 Mio. Verschluss­sachen allein im Bestand des Bundesinnenministeriums verwahrt sind, deren systematische Erschließung und Auswertung er (für alle Ressorts) forderte. Seine These: Durch Analyse des Quellenkorpus Verschluss­sachen seien völlig neue ergänzende Erkenntnisse zum politischen System der BRD, zu den einzelnen Politikfeldern (zum Beispiel Autonomie der Bundeswehr) und der politischen Prozesse (tatsächliche Anteile der verschiedenen Akteure) zu gewinnen. Die Rolle der BRD, die Rechtsstaatlichkeit ihrer Exekutive werde in völlig neuem Licht erscheinen. Er plädierte für eine neue Politikgeschichte, die die Wirkmächtigkeit der Prozesse auf Grundlage des erweiterten Quellenkorpus analysiert. Diese beweisen das „Scheitern des Staates“. Durch Öffnung für interdisziplinäre Ansätze (also Erweiterung der Inhalte), durch eine Positionierung der Politikgeschichte als Kulturgeschichte müsse die Erforschung der BRD an ihren eigenen Werten und Normen gemessen werden und so die Geschichte der BRD als „Erfolgsgeschichte“ auf den Prüfstand gestellt werden. Der Staat müsse „neu entdeckt“ werden.

Als „komplexitätsreduzierte Wertung“ kritisierte EDGAR WOLFRUM (Heidelberg) sofort die Ausführungen Foschepoths, vor allem die Darstellung, dass die Zeitgeschichtsforschung sich auf die Erfolgsgeschichte der BRD beschränke.

Wolfrums eigener Beitrag behandelte die der Zeitgeschichtsforschung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten „vor der Zeit“, das heißt die mögliche Quellensuche und Auswertung von Quellen neben

schienen ist: Jens Niederhut / Uwe Zuber (Hrsg.), *Geheim­schutz transparent?: Verschluss­sachen in staatlichen Archiven*, Essen 2010.

der – noch nicht komplett – zugänglichen staatlichen Überlieferung.

„Historische Kontextualisierung“, das heißt Sammeln von Quellen, die Auswertung der durch die digitale Revolution neuen Kommunikationsmedien (Fax, SMS, Mail) ist für ihn der Weg, auf den sich Archive und Forschung gemeinsam begeben sollen.

Er formulierte fünf Forderungen an eine interdisziplinäre zeitgeschichtliche Forschung: 1. Forderung nach Empathie: Wertung der Zeiteugenschaft als Vorteil, sich der jüngsten Zeitgeschichte zuzuwenden. 2. Interviews: Für die Nutzung der „Oral History“ (natürlich unter Beachtung der Quellenkritik) sprach er sich aus, ebenso auch für 3. die Historisierung sozialgeschichtlicher Erkenntnisse („Aufbrechen der Narrative der Sozialgeschichte“ und so der Kontextualisierung von Zeitgeschichte) 4. Historiker sollen sich verstärkt auf die Suche nach Quellen begeben, sich als „Spürhunde“ betätigen (zum Beispiel verstärkt Bildmaterial heranziehen oder auch Tagebuchaufzeichnungen „aus der zweiten Reihe“ nutzen). 5. Die Aussagekraft/der Informationsgehalt der Presse gehe vielfach über den der archivischen Quellen hinaus beziehungsweise die Presse eröffne andere Facetten. Nötig sei deshalb der Ansatz eines „investigativen Journalismus“.

Die skizzierten Möglichkeiten sah Wolfrum nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der archivischen Quellen.

JAN PHILIPP WÖLBERN (Potsdam) veranschaulichte an der Thematik des Häftlingfreikaufs durch die BRD die bestehende Verschluss­sachenproblematik. Er beschrieb die „archivarische Asymmetrie“ (Hermann Weber), das heißt unterschiedliche Aussagekraft und Überlieferungsdichte der Quellen aus Ost- und Westdeutschland, aber auch die sehr schwierige Zugänglichkeit gerade der westdeutschen Quellen im Gegensatz zu den in ostdeutschen Archiven verwahrten Unterlagen. Die sich daraus ergebenden Probleme für die Forschung liegen auf der Hand. Thematisch relevante Akten (sowohl westdeutsche Überlieferungen) (Gesamt- und Innerdeutsches Ministerium) aber auch Bestände des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BSTU) sind vielfach noch als VS

eingestuft und infolge archivgesetzlicher Vorschriften teilweise nur eingeschränkt – mit Wartezeiten von oft mehr als neun Monaten – nutzbar. Wölbern wies auf die jüngste Publikation des Bundesarchivs hin.² Für sein Forschungsvorhaben hatte er diese Unterlagen vorab einsehen dürfen, wurde jedoch auf ihre Ausschnitthaftigkeit hingewiesen. Seine These: Die Öffnung von VS werde weitreichende Erkenntnisgewinne für die politische Geschichte und ihre Abläufe mit sich bringen, aber auch Betroffenen (freigekauften Häftlingen) ihr „Recht auf Wahrheit“ verschaffen.

MICHAEL HOLLMANN (Koblenz) erläuterte zunächst kurz die besonderen Möglichkeiten, die das Bundesarchiv Josef Foscchepoth für seine Forschungen eingeräumt hatte (dazu erster Beitrag der Sektion). Im Rahmen von Veränderungen der gültigen Verschlusssachen-Anordnung (VSA) 2010 (die in den einstufigen Behörden umgesetzt werden sollen), konnte dem Forscher der Zugang zu VS-Unterlagen ermöglicht werden. Die von Foscchepoth genutzten Akten sind nun allgemein zugänglich.

Hollmann gab eine präzise Analyse der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen (Übernahme behördlichen Schriftguts, das für die aktive Arbeit nicht mehr benötigt wird, durch die Archive nach erfolgten Bewertungsentscheidungen; bestehende Nutzungsfristen (überwiegend 30 Jahre); Sonderfälle (Sperrfristenverkürzungen oder Regelungen des Informationsfreiheitsgesetzes (ISG) unterliegende Unterlagen)). Er erinnerte daran, dass Archivgut der Erforschung der Geschichte und der Sicherung von Belangen der Bürger diene. Die Archive seien Dienstleister für die Benutzer (sie bewerten, edieren, geben Aufschluss über die Überlieferungskontexte), aber auch Dienstleister für die Behörden. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der internationalen Beziehungen sei es bisweilen geboten, Unterlagen der verschiedensten Behörden (durch Einstufung als Verschlusssachen) der Öffentlichkeit wirksam vorzuenthalten. Nach Schilderung

²Michael Hollmann / Eberhard Kuhrt (Hrsg.), „Besondere Bemühungen“ der Bundesrepublik, Band 1: 1962 bis 1969. Häftlingsfreikauf, Familienzusammenführung, Agentenaustausch, München 2012.

der aktuellen Nutzungsabläufe fasste er zusammen: Es gibt keinen Gegensatz zwischen Archivaren und Zeitgeschichte, auch wenn zuweilen unterschiedliche Perspektiven und Darstellungen in den Medien den Eindruck einer Polarität vermitteln.

Betreffend der VS präzierte Hollmann: Diese sind wie normales Schriftgut dem zuständigen Archiv anzubieten, das allein für Bewertungsentscheidungen zuständig ist. Diesem Schritt muss jedoch eine Rücknahme der VS-Einstufung durch die einstufige Behörde oder ihre Nachfolgebehörde vorausgehen (Herausgeberprinzip).

Nun ist durch die VSA von 1995 grundsätzlich die Öffnung von VS nach 30 Jahren festgelegt. Dies gilt aber nicht für die vor dem Jahr 1995 angelegten VS, mithin also für die zur Erforschung der Zeitgeschichte besonders interessanten Unterlagen.

Nachdem das Bundeskabinett im Dezember 2009 („unter öffentlichem Druck“) alle VS-produzierenden Stellen angewiesen hat, die ältere VS-Schicht freizugeben oder aber die Fristen zu verlängern (und Frist bis zum Dezember 2012 gesetzt hat) ist Hollmann als Leiter des Bundesarchivs „verhalten optimistisch“, dass bis Jahresende alle Bundesbehörden ihre Entscheidung getroffen haben und äußerte die Hoffnung, dass zukünftig die Alt-VS komplett an das Bundesarchiv abgegeben werden.

Mit einem Appell an die Forschung schloss Hollmann: Er bat um weitere beharrliche Nachfragen, um gemeinsame Forschung und Zusammenarbeit. Konkrete Kooperationen, wie im Beispiel Foscchepoth sollen jedoch nicht in den Verdacht geraten, auf „geheimer Ebene“ stattzufinden, sondern bedürfen klarer rechtlicher Vorgaben um transparent und entsprechend dem demokratischen Auftrag der Archive jedermann möglich zu sein.

ANDREAS PILGER (Düsseldorf) gelang es in der ihm zur Verfügung stehenden knappen Zeit die Ausführungen Hollmanns unter dem Aspekt der Überlieferungsbildung zu ergänzen.

Er stellte die wichtigsten Methoden vor, deren sich die Archivare bedienen, wenn sie die in den Behörden entstandenen Unterlagen auf

ihre Archivwürdigkeit bewerten und mit deren Hilfe sie ihre Entscheidungen transparent halten. Diese wichtigen, weil nicht revidierbaren Festlegungen der Bewertung („Macht zur Definition der Quellen“) werden immer subjektiven Einschätzungen oder nicht zu steuernden äußeren Einflüssen unterliegen, sollten aber nachvollziehbar und begründet sein.

Umfassende archivische Bewertungsmodelle für einzelne Verwaltungszweige oder Themenfelder basieren vielfach auf dem Konzept der horizontalen und vertikalen Bewertung (nach Analyse der Unterlagen auf den verschiedenen hierarchischen Ebenen folgt Entscheidung für Übernahme, die möglichst aussagekräftig das Verwaltungshandeln abbildet und Informationsflüsse und Entscheidungswege nachvollziehbar hält). – Als „Komplementärmodell“ stellte er den Ansatz einer auf Dokumentationsprofilen basierenden Bewertung vor. Auf der Grundlage der Analyse der Lebenswelt werden Bewertungsziele/Dokumentationsinteressen formuliert. Entsprechend der so bestimmten Ziele und Inhalte wird eine Auswahl einschlägiger Registraturbildner und Unterlagengruppen konkretisiert. Auf die diesem Modell immanente Problematik (das formulierte Spektrum zielt oftmals über die eigene Zuständigkeit hinaus) wies Pilger hin und zeigte den Lösungsweg der Archivsparten übergreifenden Abstimmung auf. Die „Überlieferungsbildung im Verbund“ ist breit angelegt, benutzer-/forschungsorientiert und schließt die Offenlegung und Begründung von Formalprinzipien ein.

Die Abstimmung zwischen Archiven verschiedener Träger und Berücksichtigung der Vorstellungen der Forschung dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vollständige Objektivität nicht geben kann. So gelangte Pilger zur Forderung, dass Archive nicht umhinkommen, eigene Kriterien und inhaltlich wertende Grundannahmen zu entwickeln, um die administrativen Prozesse zu verdichten. Angesichts der „Gefahr von Dogmatismus“ hält er Austausch mit der und die Beratung durch die historische Forschung sowie die Berücksichtigung gesellschaftlicher Teilhabe für weiterhin notwendig und zielführend.

Pilgers Resümee lautete: Durch Transparenz in der Übernahmeverantwortung sowie das Einbeziehen der und die Zusammenarbeit mit Forschung und Öffentlichkeit, durch die faktische Öffnung und Erweiterung der Überlieferungsbildung gibt es eine bereits starke Zusammenarbeit, die sowohl ein Erfordernis der partizipatorischen Demokratie ist, aber auch den Anforderungen der Forschung an Archivquellen gerecht wird.

Zu Beginn der von RAINER HERING (Schleswig/Hamburg) geleiteten Diskussion tauschten Foschepoth und Wolfrum noch einmal kurze Einschätzungen aus: Dass die Zeitgeschichte neu geschrieben werden müsse, wollte auch Foschepoth nicht mit der von ihm eingangs vertretenen Vehemenz fordern. Er verwies aber auf die durch den immens großen neuen Quellenkomplex bestehende Bereicherung, die es erforderlich mache, dass zum Beispiel das Verhältnis der drei Gewalten zueinander neu geprüft werde – womögliche Neudefinitionen eingeschlossen (als Beispiel nannte er die Vorbereitungen Adenauers für das Ende der Vorbehaltsrechte der Franzosen, diese Bemühungen scheiterten zunächst. Über den Umweg der Akzeptanz zusätzlicher Vorbehaltsrechte gelang es langfristig jedoch, die Souveränität der BRD zu erreichen). VS-Unterlagen, insbesondere nachrichtendienstliche Akten belegen bislang nicht bekannte Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Zufälle, die die Nachkriegsgeschichte bestimmen. Auf dieser Linie trafen sich die Einschätzungen Foschepoths und Wolfrums wieder.

Hering bat die Referenten um Einschätzung des Aussagegehalts von „zukünftigen“ VS, wenn diese im Bewusstsein einer späteren, einer schnelleren Öffnung entstehen. Die Sorge um verminderte Aussagefähigkeit der Unterlagen hielten jedoch Hollmann (Vertrauen in die VS-bildenden Stellen; Notwendigkeit der Quellenkritik und -analyse in jedem Fall), Foschepoth (Hinweis auf die Ministerialebene als Entstehungsort des Großteils der VS-Unterlagen, d. h. die politischen Akten machen ohnehin nur einen Bruchteil der VS aus) und Pilger (Entstehung der VS-Akten erfolgt nicht im Hinblick auf antizipierte Auswertung) für nicht nötig.

Die Frage Herings nach der möglichen Auswirkung elektronischer Speicherung auf die Überlieferungsbildung wurde von Hollmann als technische und finanzielle Herausforderung bewertet. Die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik erstellten Anforderungen für elektronische VS-Unterlagen zum einen aber auch das Interesse an VS-Berichten (unabhängig von benutzten Medium) als Beleg der Diensterfüllung und somit Entlastung durch diese „Verantwortungsabgabe“ lasse keine inhaltlichen Veränderungen erwarten.

Foschepoth sah ebenfalls keine gravierenden qualitativen Veränderungen von VS im Laufe der Jahre. Diese seien ohnehin nicht durchgehend als inhaltsreich zu bewerten. Nicht systematische und nicht rationale Aktenanlage trage auch nach seiner Einschätzung zur Entstehung von oft inhaltsleeren VS-Akten bei, während durchaus brisante Informationen in nicht VS-klassifizierten Akten zu finden seien.

Auf die Frage, warum erst 1988 ein Bundesarchivgesetz erlassen worden sei, wies Hollmann auf Bemühungen um eine rechtliche Grundlage seit den 1970er-Jahren hin. Da diese Bemühungen jedoch keine politische Priorität hatten, habe sich die Entstehung hingezogen. Hollmann betonte noch einmal die geltenden Rahmenbedingungen und Ziele, die die Belange des Staatsschutzes definieren, auch wenn sich dessen Interessen in den letzten Jahrzehnten geändert haben. Der (archivische) Umgang mit VS-Unterlagen bleibe „hoch formell“ und an Gesetze gebunden. Die Archive werden aber ihre Entscheidung zur Nutzung von VS-Akten transparent halten, sowohl was mögliche Freigaben – sprich: das Zugänglichmachen – angeht, aber auch in Fällen etwaiger Zugangsverweigerungen.

Der Themenkreis Politik und (internationale) Medien stand am Ende der Sektion. Hollmann, Foschepoth und Wolfrum gingen auf den grundsätzlich „provokanten“ Charakter von Verschlusssachen für Journalisten ein, erinnerten an die Folgen, die die Spiegel-Affäre gehabt habe und sahen die föderale Entwicklung der BRD gerade vom Spannungsverhältnis der Politik zum investigativen Journalismus befördert. Wolfrum wies auf die Potenzierung dieses Faktors in der

Berliner Republik hin („Wer nutzt wem?“).

Hering resümierte in seinem Schlusswort die zunehmende Bedeutung des medialen Bereiches, die bereits bestehende und verstärkte gegenseitige Kenntnisnahme und die verstärkte Zusammenarbeit von Archiv- und Geschichtswissenschaft. Der politische Auftrag, das Ermöglichen der Kontrolle der Exekutive sei das eine, das andere jedoch die stete Erinnerung daran, dass nicht alles in den schriftlichen oder digitalen Quellen zu finden ist. Insofern ist die Bedeutung der thematisch breitgefächerten Überlieferungsbildung zentral. Deshalb die Bitte der Archive: die Forschung solle die Diskussion um die Quellen der Zukunft eng begleiten und hartnäckig sein.

Die sehr gut besuchte, ausgesprochen anregende und lebhafteste Sektion leistete einen wichtigen Beitrag zum eingangs formulierten Ziel: Die Kenntnisse von Geschichts- und Archivwissenschaft umeinander sind wichtig, um gemeinsame Ziele und Inhalte zu erkennen und weiter auszubauen, aber auch um die jeweiligen Ressourcen, Möglichkeiten und (rechtlichen) Grenzen zu definieren.

Sektionsübersicht:

Robert Kretzschmar (Stuttgart/Tübingen): Einführung

Josef Foschepoth (Freiburg im Breisgau): Geheimes Deutschland. Ist die Geschichte der Bundesrepublik schon geschrieben?

Edgar Wolfrum (Heidelberg): Von der Frist. Wie lässt sich gegenwartsnahe Zeitgeschichte erforschen?

Jan Philipp Wölbern (Potsdam): Quellen und Forschungsbedingungen zum Freikauf von politischen Gefangenen durch die Bundesrepublik Deutschland

Michael Hollmann (Koblenz): Zugänglichkeit zu VS-Unterlagen in den Archiven. Rechtslage und Perspektiven

Zeitpolitik und Zeit-Geschichte im 20. Jahrhundert

Andreas Pilger (Düsseldorf): Grundsätze, Methoden und Strategien der Überlieferungsbildung in Archiven

Rainer Hering (Schleswig/Hamburg): Moderation Podiumsdiskussion

Rainer Hering (Schleswig/Hamburg), Edgar Wolfrum (Heidelberg): Schlusskommentar

Tagungsbericht *Zeitgeschichte, Archive und Geheimschutz – Ressourcen und Konflikte bei der Nutzung von Quellen*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 07.11.2012.

Zeitpolitik und Zeit-Geschichte im 20. Jahrhundert

Leitung: Alexander Geppert (Berlin) / Till Kössler (Bochum)

Bericht von: Lisa Dittrich, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Zeit hat als historisches Thema in jüngster Vergangenheit zunehmend Interesse hervorgerufen. Die Beschäftigung mit Zeit war in historiographischen Arbeiten lange zumeist auf Debatten um Epochen, Zäsuren und Kontinuitäten beschränkt. Die historische *Zeit-Forschung* selbst konzentrierte sich vor allem auf den Übergang zur sowie von der Frühen Neuzeit. Eine systematische Historisierung von Zeit als Gegenstand der Zeitgeschichte beginnt gerade erst. Ausgehend von dieser Überlegung schlugen ALEXANDER GEPPERT (Berlin) und TILL KÖSSLER (Bochum) in ihrer Sektion *Zeitgeschichte und Zeitpolitik* vor, Zeit als eine zentrale Ressource im 20. Jahrhundert zu untersuchen. Denn Zeit sei bereits seit dem 19. Jahrhundert eine Verfügungsmasse von unterschiedlichen sozialen Gruppen und politischen Regimen gewesen. In ihrer Einführung konstatierten Geppert und Kössler zwei Tendenzen, die Zeit in der industriellen Moderne bestimmen. Zum einen prägten neue Formen der Zeitmessung, Synchronisierung und

Standardisierung, den Umgang mit Zeit, die zugleich mit einer Disziplinierung einhergingen. Zum anderen sei Zukunftsoffenheit und die Dynamisierung der Wahrnehmung von Zeit zentrales Merkmal der modernen Industriegesellschaften. Durch die explizite Beschäftigung mit Zeitkonzepten und -konflikten, mit Widerständen und Widersprüchen in Zeitpolitik sollte in der Sektion nichts weniger als diese klassische Beschreibung der Moderne für das 20. Jahrhundert hinterfragt werden. Dazu hatten Geppert und Kössler Vorträge aus unterschiedlichen geographischen Räumen chronologisch zusammengestellt. Das Interesse an dieser Fragestellung war so groß, dass zu Beginn der Sektion in einen größeren Raum gewechselt werden musste.

VANESSA OGLE (Philadelphia) eröffnete die Sektion mit einem Vortrag, der die Standardisierung der Zeit um 1900 in globalgeschichtlicher Perspektive beleuchtete. Nach einer allgemeinen Einführung in die zunehmende globale Vernetzung durch Verkehr, die neuen Kommunikationsmittel und die imperiale Politik, welche sie als Voraussetzung für die aufkommende Auseinandersetzung mit der Ressource Zeit ausmachte, zeichnete Ogle den Zeitdiskurs der Jahrhundertwende nach. Europäische und amerikanische Wissenschaftler, Politiker und Diplomaten definierten damals im Zusammenhang der Einführung und Durchsetzung des Zeitzonensystems Zeit vor allem als eine durch die Neuerung zu gewinnende Ressource und setzten die weltweite Standardisierung erfolgreich durch. Anhand zweier Beispiele außerhalb Europas und den USA zeigte Ogle dann, dass zu dieser bis heute in der Historiographie dominierenden Geschichte der Standardisierung auch eine Gegenerzählung gehört. Nach einigen ersten gescheiterten lokalen Bemühungen führte die britische Regierung in Indien ab 1905 für Eisenbahnen und Telegraphie eine an das Zonensystem angepasste Zeit ein, es blieb aber den lokalen Regierungen überlassen, inwieweit diese auch für den alltäglichen Gebrauch übernommen wurde. So passten die lokalen Autoritäten in Kalkutta ihre Alltagszeit gar nicht an das Zonensystem an, während in Bombay die

neue Zeit durchaus in bestimmten Bereichen implementiert wurde. Die Reformen scheiterten dort allerdings an Protesten seitens von Arbeitern der Baumwollindustrie und indischer Nationalisten, wobei letztere die Auseinandersetzungen politisierten. In Gegenüberstellung zu den Widerständen in den indischen Kolonien skizzierte Ogle die Reaktionen der arabischen Provinzen des osmanischen Reiches als eine Aneignung des europäischen Modells. Die Standardisierung sei hier als Teil einer Erfolgsgeschichte Europas rezipiert und mit der Idee der Aufgabe individuellen Zeitmanagements in Lebenszeitperspektive verbunden worden. Die arabischen Begrifflichkeiten des Diskurses hätten sich dabei allerdings an lokale Zeitvorstellung im Sinne des Schicksals und nicht der Uhrzeit angelehnt und so die Übernahmen regional eingefärbt. Ogle verdeutlichte mit beiden Fällen, dass die Einführung der Zeitzonen von Widerständen und alternativen Zeitdefinitionen begleitet war und plädierte deshalb dafür, den Umgang mit Zeit um 1900 eher als Pluralisierung denn als Standardisierung zu charakterisieren.

Der zweite Vortrag wendete sich von der Rahmenfragestellung nach Zeitkonzepten und -konflikten etwas ab, nahm aber zugleich von einer anderen Perspektive die übergreifende Fragestellung nach der Moderne als Zeitalter der Beschleunigung auf. ALF LÜDTKE (Erfurt/Seoul) analysierte ein „Aufschreibebuch“ eines angehenden Drehers bei Krupp und stellte die Frage nach der individuellen Wahrnehmung von Zeit in der Zwischenkriegszeit und im Nationalsozialismus jenseits des Elitendiskurses. Das „Aufschreibebuch“ diente dem Arbeiter dazu, zentrale Ereignisse seines Lebens mit Ort und Uhrzeit festzuhalten und gab Auskunft über Geschehnisse der höheren Politik, des persönlichen und familiären Kreises, der lokalen Betriebspolitik sowie der saisonalen Abläufe wie Aussaat und Ernte im heimischen Garten. In der Zunahme der notierten Ereignisse, im Aufschreiberhythmus und der Hierarchisierung der Notate durch Schriftart, Größe und Anordnung insbesondere während des Krieges im Zusammenhang der Luftangriffe las Lüdtkke einen Wandel in der Wahrnehmung. Ob die-

se Vermehrung als Konzentration und damit als Beschleunigung zu interpretieren sei oder eher für eine Ausdehnung und damit für eine Verlangsamung der Zeitwahrnehmung stehe, wollte Lüdtkke nicht entscheiden. Stattdessen gab er die Anregung, zukünftig nicht nur mit dem Parameter Schnelligkeit zu arbeiten, sondern Zeitwahrnehmung nach Intensitätsgraden zu messen. Darüber hinaus kritisierte er das klassische Narrationsmuster der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, da die Aufzeichnungen verdeutlichen würden, dass es sich vielmehr um verschiedene Rhythmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern handele, die parallel abliefen. Dabei sei etwa in der Thematisierung von Freizeit durchaus auch ein Bestreben zu vermerken, sich zeitlicher Verfügbarkeit zu entziehen. Die vermehrten Notate könnten zudem mit der Frage nach der Selbstmobilisierung im Nationalsozialismus in Verbindung gesetzt werden. Sein Beispiel, so schloss Lüdtkke, la-de bei aller methodischer Problematik solcher Einzelzeugnisse und ihrer tentativ bleibenden Interpretation dazu ein, sich intensiver mit individueller Zeitwahrnehmung zu beschäftigen.

Im dritten Vortrag untersuchte TILL KÖSSLER (Bochum) die Zeitdiskurse und die gescheiterten Reformen in der Zeitpolitik des Franco-Regimes. Er legte in seinem Beitrag überzeugend dar, dass die klassische Interpretation einer sich zunehmend dynamisierenden Gesellschaft, die einem statisch bleibenden politischen Regime gegenüberstand, nicht für alle Bereiche der Franco-Diktatur galt. Nach einer kurzen Einführung in den spanischen Zeitdiskurs der Jahrhundertwende, der Spanien im Vergleich zum Resteuropa als archaisch charakterisierte, beschrieb Kössler den Wandel in den Argumentationslinien seit Beginn des Franco-Regimes. Um die Jahrhundertwende sei der zurückgebliebene Charakter Spaniens allgemeiner Konsens gewesen. Während Liberale diese angebliche spanische Eigenheit jedoch kritisierten und sie durch Reformen überwinden wollten, hätten Konservative darin ein bewahrenswertes nationales Spezifikum erblickt. Das junge Franco-Regime habe sich dagegen mit revolutionärem Gestus als Beginn einer neuen Zeitrechnung präsentiert. Nach dem Ende des

Zweiten Weltkriegs wandelte sich die Argumentationsstrategie. Der spanische Weg war für das Regime im Vergleich zu Europa und den USA nun nur ein alternativer Pfad in die Moderne. Dadurch habe der neue Staat sich als zukunfts offene Entwicklungsdiktatur präsentiert und sei so der zunehmend drängenden Frage nach dem politischen System nach Francos Tod begegnet. Im zweiten Teil seines Vortrags stellte Kössler dann das realpolitische Pendant dieses neuen Zeitdiskurses vor. Die Regierung verfasste 1961/62 verschiedene Erlasse, die die spanischen Arbeitszeiten an das westeuropäische Modell anpassen sollten und bemühte sich in den gelenkten Medien, diese Reform als Europäisierung Spaniens zu verteidigen. Auf Grund vielfältiger Widerstände von Kino- und Theaterbetreibern, Arbeitern, Falangisten sowie Hausfrauen seien die Reformen allerdings wieder zurückgenommen worden. Hier setzten Debatten ein, die bis über das Ende des Regimes hinaus anhielten und in denen der Verlust der Verfügbarkeit von Zeit von linken Positionen als negative Entwicklung der Moderne charakterisiert wurde. Diese Diskussionen zeigen wie die Zeitpolitik des Regimes, so schloss Kössler seinen Vortrag, die Auflösung der klassischen links-rechts Aufteilung, wie wir sie aus anderen europäischen Ländern kennen.

Der vierte Vortrag des Panels führte zurück in den deutschen Raum. PAUL NOLTE (Berlin) nahm in vorwiegend sozialgeschichtlicher Makroperspektive das Verhältnis zwischen Arbeits- und Freizeit von Unter- und oberen Mittelschichten sowie Männern und Frauen in der Bundesrepublik in den Blick und stellte die These auf, dass sich die schichtspezifischen Zeitregime seit den 1970er-Jahren umgekehrt haben und so eine neue soziale Ungleichheit hinsichtlich der Ressource Zeit entstanden sei. Das Bürgertum habe bis in die klassische Hochmodern hinein über viele Mußestunden verfügt und lange Arbeitszeiten seien dementsprechend das Merkmal der Unterschichten gewesen. Letztere litten allerdings nun im postfordistischen Zeitalter auf Grund von Teilzeit, sich vermehrender marginaler Beschäftigungsverhältnisse, Vorruhestandsregelungen sowie der sich ausbreitenden Dau-

erarbeitslosigkeit zunehmend unter geringer werdender Arbeitszeit. Dagegen könne für die oberen Mittelschichten eine Ausweitung der Arbeitszeit beobachtet werden, die sich quantitativ in einer längeren Tages- Wochen- und Lebensarbeitszeit niederschläge. Diese Skizze neuer sozialer Differenzen ergänzte Nolte im zweiten Teil seines Vortrages durch einige Überlegungen zur geschlechterspezifischen Verortung der Umkehrungen der Zeitregime. Zum einen habe das ErnährermodeLL lange Zeit die Position der Gewerkschaften bestimmt und dadurch Flexibilisierungen und die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt verhindert. Zum anderen beträfe die sich verkürzende Arbeitszeit der Unterschichten in einem überdurchschnittlichen Maße Frauen, während die Ausweitung der Arbeitszeit auf Grund der Kinderbetreuungsfra ge vor allem ihre Geschlechtsgenossinnen aus den oberen Mittelschichten vom Arbeitsmarkt fernhielte. In übergreifender Perspektive schloss Nolte seinen Beitrag mit der These, dass die Inversion nicht die Vorstellung einer sich schlicht verstärkenden Beschleunigung nach dem Strukturbruch in den 1970er-Jahren unterstütze, sondern diese vielmehr zugleich von Entschleunigungsprozessen überlagert werde, die entlang schicht- und geschlechtsspezifischer Bruchlinien verlaufen. Seine präzise Beschreibung dieser neuen Ungleichheiten lädt dazu ein, in Zukunft die unterschiedlichen ökonomischen, kulturellen sowie politischen Faktoren und Gründe dieser Entwicklung, die Nolte nur cursorisch anführte, zu systematisieren.

Der letzte Vortrag der Sektion widmete sich nochmals Zeitdiskursen und stellte die Debatten um Zeit im *Space-Age* vor. ALEXANDER GEPPERT (Berlin) fragte ausgehend von Reinhart Kosellecks Überlegung, dass von Zeit grundsätzlich in räumlichen Metaphern gesprochen werde, nach der Beziehung zwischen der zunehmenden Erschließung des *Weltraumes* und dem Zeitbegriff seit der Nachkriegszeit. Im ersten Teil seiner Ausführungen arbeitete er das Zeitdenken in den Weltraumdebatten der 1950er- und 1960er-Jahre heraus. In der Folge des Literaturwissenschaftlers De Witt Douglas Kilgore zeigte er, dass Expertenkreise wie die NASA und ähnliche Organisationen

bzw. Netzwerke Zukunftsbeherrschungsphantasien entwickelten, die auch Allgemeingut breiterer Bevölkerungskreise wurden. Diese Szenarien entwarfen Vorstellungen der sukzessiven und vollständigen Eroberung des irdischen und außerirdischen Raumes. Durch die rasante ‚realhistorische‘ Entwicklung der Raumfahrt seien die Expansionsphantasien dann scheinbar belegt worden und damit das Gefühl entstanden, in einer Zeit radikal beschleunigter Entwicklung zu leben, die in einer absoluten Kontrolle des Raumes und zugleich der Zeit münden würde. Der zweite Teil des Vortrages drehte die Fragestellung um und ging dem Einfluss der Weltraumerschließung auf Zeitvorstellungen nach. Geppert erläuterte, dass die Sicht auf die Erde von außen die Vorstellung des menschlichen Raumes grundlegend gewandelt habe, sich die Eroberung des Weltalls und die damit einhergehende Entdeckung der Unermesslichkeit der Zeit aber kaum Einfluss auf konkrete Zeitvorstellungen gehabt zu haben scheint. Dieser enttäuschende Befund führte ihn dazu, einen Sprung zu vollführen und eine Beobachterperspektive jenseits der historischen Debatten einzunehmen. Zum einen entstünde in der globalisierten Welt durch die satellitengestützten Navigations- und Kommunikationssysteme eine bisher unbekannte Gleichzeitigkeit. Zum ersten Mal sei eine weitgehende Verortung aller möglich und zwar in Zeit und Raum zugleich. Zum anderen blieben die praktischen Konsequenzen der Vorstellung räumlich begrenzter Zeitlichkeiten nach wie vor unklar. Damit verwies Geppert auf einen fundamentalen Wandel, dessen Folgen bislang nicht abzuschätzen sind und ließ seinen Vortrag bewusst offen enden.

MARTIN GEYER (München) begann sein Kommentar mit einigen skeptischen Bemerkungen zur methodischen Problematik hinsichtlich von Zeit als historischem Gegenstand an sich und betonte zugleich, dass die Frage nach der Kategorie Zeit in der Zeitgeschichte berechtigterweise gestellt werde. Die Diskussion um den Bruch der 1970er- und 1980er-Jahre thematisiere nicht nur eine neue Periodisierung, sondern gehe auch von einem Wandel kollektiver und individueller Zeitregime aus und damit stoße die von Geppert und Kössler konzipierte Sekti-

on direkt in die neuesten Debatten der Zeitgeschichtsschreibung. Im Einzelnen verdeutlichten die Vorträge für Geyer vor allem dreierlei. Erstens unterliegen „Zeitarrangements“ insbesondere in der Zeitgeschichte Versuchen politischer Steuerung, die zugleich Widerstände verschiedener Akteure hervorriefen. Zweitens sei die Kategorie Zeit auf das engste verbunden mit der Schaffung unterschiedlicher Räume etwa in nationaler, privater oder globaler Hinsicht. Und drittens könne in der Folge der vorgestellten Befunde, die These der zunehmenden Beschleunigung für das 20. Jahrhundert nicht in ihrer Eindimensionalität aufrechterhalten werden. Zugleich vermisste Geyer in den vorgestellten Ansätzen allerdings eine klare methodische Systematik, die durch eine konzeptionelle und theoretische Debatte über eine Historiographie der Zeit in Anlehnung an Diskurse um 1900 und seit den 1970er-Jahren zu erarbeiten sei. Über die Kritik Geyers hinaus erscheint es für die eingangs gestellte Frage nach der großen Erzählung der Beschleunigung notwendig, den in der Sektion vorgeschlagenen Perspektiven der Zeitkonzepte und -konflikte trotz der von Alf Lüdtke vorgeführten methodischen Probleme noch die Ebene der individuellen Wahrnehmung hinzuzufügen. Die methodische Komplexität des Themas verdeutlichte auch die Diskussion, in der die Motive und Motoren der Veränderungen in den Zeitregimen, die grundsätzliche Möglichkeit des Sprechens über Zeit sowie konkreter die Einordnung diktatorischer Zeitpolitik im 20. Jahrhundert thematisiert wurden. Zugleich machten die Fragen wie die fünf, jeweils für sich aufschlussreichen Beiträge deutlich, wie viele interessante Ansatzpunkte Zeit als Thema der Zeitgeschichte aufwirft, die die Geschichte der Moderne noch einmal anders beleuchten lassen.

Sektionsübersicht:

Alexander Geppert (Berlin), Till Kössler (Bochum): Einführung
Vanessa Ogle (Philadelphia): Standardisierung vs. Pluralisierung
Alf Lüdtke (Erfurt / Seoul): Beschleunigung vs. Verlangsamung

Till Kössler (Bochum): Stillstehen vs. Aufholen

Paul Nolte (Berlin): Verkürzung vs. Ausweitung

Alexander Geppert (Berlin): Lokalisierung vs. Universalisierung

Martin Geyer (München): Kommentar

Tagungsbericht *Zeitpolitik und Zeit-Geschichte im 20. Jahrhundert*.
25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 03.12.2012.

Zensur – Konflikte um die intellektuelle Ressource Wissen in Mittel- und Osteuropa 1945–1989

Leitung: Konrad Gündisch (Oldenburg)

Bericht von: Gerald Volkmer, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa durch KONRAD GÜNDISCH (Oldenburg) und BURKHARD OLSCHOWSKY (Warschau) initiierte Sektion verfolgte das Ziel, Zensur als Mittel zur Beschneidung und Kontrolle von Wissen in den kommunistischen Regimen Mittel- und Osteuropas zu untersuchen und diese als Indikator für die politische Handlungsfähigkeit der jeweiligen Systeme zwischen 1945 und 1989 zu deuten. In seiner Einführung hob Moderator Burkhard Olschowsky die Unterschiede in der Zensurpraxis der einzelnen Staaten hervor, die sich vor allem in den Konflikten und Aushandlungsprozessen zwischen Staatsapparaten und verschiedenen Gruppen (Schriftsteller, Künstler, Publizisten, Historiker) manifestierten. Olschowsky betonte vor diesem Hintergrund die Bedeutung des Vergleichs, den die Sektion zwischen der DDR, der Tschechoslowakei, Polen und der Sowjetunion ziehen wolle.

Zensur – Konflikte um die intellektuelle Ressource Wissen in Mittel- und Osteuropa 1945–1989

JAKUB TYSZKIEWICZ (Breslau) eröffnete die Sektion mit einem kompakten Überblick über vier Jahrzehnte Zensurpraxis in Polen. Die Machtübernahme der Kommunisten in Polen bedeutete die Einführung der Präventivzensur nach sowjetischem Muster. Das zu diesem Zweck 1946 gegründete „Hauptkontrollamt für Presse, Publikationen und Aufführungen“ sollte einerseits systemrelevante Inhalte in der Öffentlichkeit durchsetzen und Entscheidungen der Regierung in der Gesellschaft positiv darstellen. Andererseits sollten alle regimekritischen Äußerungen durch Interventionen und Verbote eliminiert werden. Manipulation und Selektion von Informationen erfolgten auch über die Selbstzensur der Autoren und die Personalpolitik der Regierung, die leitende Positionen durch Mitglieder der kommunistischen Partei besetzte. Mit einem besonderen Schwerpunkt ging der Referent auf die Einflussnahme des Regimes im Wissenschaftsbereich ein. Vor allem die polnisch-russischen Beziehungen seit dem Mittelalter wurden im Sinne der sozialistischen Verbrüderungsideologie umgeschrieben. Polnisch-russische Konflikte, zum Beispiel die Teilungen Polens im späten 18. Jahrhundert oder der Polnisch-Sowjetrussische Krieg 1919–1921 wurden weitgehend verschwiegen. Gerade am Beispiel der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs konnte Tyszkiewicz das enorme geschichtspolitische Konfliktpotenzial aufzeigen, das von der Zensur „entschärft“ werden musste – vom im Auftrag Stalins begangenen Massenmord in Katyn 1940 bis zum Verlust der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion. Schließlich ging der Referent auf die wichtige Rolle der 1945 „wiedergewonnenen“, ehemals zu Deutschland gehörenden, polnischen Westgebiete für die Legitimation der kommunistischen Regierung ein, die 1946 ausdrücklich Berichte über „negative Ereignisse“ aus Ostpreußen, Pommern oder Schlesien untersagte. Zusammenfassend beschrieb Tyszkiewicz die verschiedenen Rollen, die ein Zensor einnehmen konnte: diskreter Aufseher, Berater, Staatsanwalt, Verifizierender und schließlich Koautor. Eine Missachtung der Zensurbestimmungen hatte für den Betreffenden die Einschränkung oder ein Verbot von Meinungsäußerungen in den Medien der staatlich

kontrollierten Öffentlichkeit zur Folge. Diese Sanktionsmechanismen und Disziplinierungsmaßnahmen änderten sich unter dem Druck der Entstalinisierung von 1956 und vor allem der Solidarność-Revolution von 1980. Ursprünglich wurden Eingriffe der Zensur in Publikationen nicht vermerkt. Unter dem Druck der Gewerkschaft „Solidarność“ wurde 1981 das Zensurgesetz dahin gehend geändert, dass entfernte Textfragmente gekennzeichnet werden mussten. Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Staaten konnte ab Mitte der 1970er-Jahre die Zensur zum Teil durch Untergrundpublikationen umgangen werden, die von einer unabhängigen, in den 1980er-Jahren an Breite gewinnenden Verlagslandschaft herausgegeben wurden.

IVO BOCK (Bremen) lenkte den Blick auf Zensurkriterien und Zensurpraxis in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Besonders für die Periode zwischen dem Beginn der 1960er- und den frühen 1980er-Jahren stellte der Referent fest, dass die Zensurpraxis keineswegs einer konsequenten Anwendung der von den kommunistischen Parteien ersonnenen ideologischen Kriterien entsprach. Im Gegensatz zu den Massenmedien, vor allem Funk und Fernsehen, die bis zum Ende der kommunistischen Herrschaft einer strikten Kontrolle unterworfen blieben, taten sich im Kulturbereich Freiräume auf. Zensoren genehmigten manchmal literarische Werke und Theateraufführungen, die den Mustern des „sozialistischen Realismus“ mehr oder weniger deutlich widersprachen. Dabei handelte es sich einerseits um Fehlentscheidungen oder Unterlassungen einzelner Kontrolleure, die meistens im Nachhinein als solche erkannt und sanktioniert wurden. Andererseits sah sich die Zensur gezwungen, aus ihrer Sicht problematische Publikationen, Aufführungen oder Ausstellungen zu genehmigen, weil sie dazu von Parteiorganen oder prominenten Kommunisten angehalten wurde. Parteifunktionäre setzten Publikationen gegen das Votum der Zensurbehörde durch, um politischen Gegnern im Zentralkomitee der Partei zu schaden. Gerne mischte sich Chruščev in Entscheidungen über die Freigabe von Filmen ein, so zum Beispiel 1963, als er die Zensoren anwies, die Aufführung des Fellini-Films „8 ½“ zu geneh-

migen. Ivo Bock ging auch auf Fälle ein, in denen Zensoren mit den Zensierten Kompromisse schließen mussten. Dies betraf in einigen Fällen die tschechoslowakische Filmbranche, vor allem wenn es sich um Regisseure mit guten Kontakten zur Parteispitze handelte. Die Angst vor Kritik im Westen machten sich einige Autoren zu Nutze, indem sie mit den Zensoren Freiräume für ihre Werke aushandelten, nachdem sie zum Beispiel mit der Absage ihrer Veranstaltungen gedroht hatten. Diese Vorgänge illustrieren die zumindest phasenweise vorhandene Bereitschaft der Funktionäre, die Existenz von Nischen im Kulturleben hinzunehmen. Die „liberalere“ Zensurpraxis war meistens selektiv und von kurzer Dauer. In Übergangs- und Schwächeperioden der kommunistischen Regime, in der Tschechoslowakei in den 1960er- und 1980er-Jahren sowie in der Sowjetunion in den frühen 1960er- und ab Ende der 1970er-Jahre, stellte diese Praxis aber auch ein Indiz für deren nachlassendes Steuerungsvermögen dar, das sich vor allem im Kulturleben bemerkbar machte.

SIEGFRIED LOKATIS (Leipzig) widmete sich in seinem Vortrag dem Verlagswesen in der DDR und der hier vorherrschenden Zensurpraxis. Der Referent betonte zu Beginn seiner Ausführungen die große wirtschaftliche Bedeutung des Buchhandels für die SED. Über 50 Prozent ihrer Einnahmen bezog die Staatspartei aus dem Verkauf von Zeitungen und Büchern, vor allem Kinderbüchern. Einerseits sollten die mehr als 100 Mitarbeiter der DDR-Zensurbehörde eine regimekonforme Überwachung des Buchmarktes sicherstellen, andererseits bedeutete eine zu scharfe Zensurpraxis eine empfindliche Beschneidung der Parteieinnahmen, so dass die Zensurbehörde das „Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ideologie“ aufrechterhalten musste. Die Lenkung der zahlreichen DDR-Verlage erfolgte durch die Zuteilung der Themenbereiche und vor allem der Papiermengen durch die so genannte „Papierkommission“ im Zentralkomitee der SED. Druckpapier erwies sich als eine zentrale strategische Ressource zur Steuerung des Buchmarktes. Auch durch die Zuweisung guter bzw. schlechter Papierqualität konnten Verlage gefördert oder benachteiligt werden.

Gegen Ende der 1950er-Jahre hatten sich die den Verlagen zugeteilten Papiermengen eingependelt. Trotz der Ausdifferenzierung eines arbeitsteilig konzipierten Verlagssystems besaßen die großen Verlage wie „Aufbau-Verlag“, „Volk und Welt“, „Reclam“ oder „Inselverlag“ in den verschiedenen, von ideologischen Kurswechseln geprägten Phasen sehr unterschiedliche Handlungsspielräume. Zum Schluss wies der Referent auf die mannigfaltigen Möglichkeiten der Zensurbehörde zur Steuerung der Autoren hin, die von der „Strafversetzung“ in einen unbedeutenden Verlag bis zum völligen Publikationsverbot reichten. Trotz der strengen Organisation der Belletristik-Zensur in der DDR ergaben sich seit den 1960er-Jahren Freiräume im Bereich der schönen Literatur, welche die Funktion einer „kritischen Ersatzöffentlichkeit“ erfüllte. Wie in den sozialistischen „Bruderländern“ konnten sich die DDR-Bürger oft besser aus Büchern als aus Zeitungen informieren, da allen Regimen gemeinsam war, dass Massenmedien einer deutlich schärferen Zensur unterlagen als der Literaturbetrieb. Lokatis hob aber hervor, dass im Unterschied zur Sowjetunion, zu Polen oder zur Tschechoslowakei „die DDR-Zensur stets in einem gemeinsamen Sprachraum mit dem ‚Klassenfeind‘ in der Bundesrepublik operierte“, so dass sich die Frage stelle, „worin eigentlich genau noch die für eine realsozialistische Buch- und Verlagswirtschaft typischen, die einzelnen Länder übergreifenden Gemeinsamkeiten bestanden“.

Abgerundet wurde die Sektion durch den Vortrag des Zeitzeugen GERHARD DAHNE (Berlin), der über seine Erfahrungen als Verlagsleiter in der DDR und als langjähriger Mitarbeiter im DDR-Kulturministerium sprach. Dort war Dahne seit 1959 tätig und leitete von 1974 bis 1979 die Abteilung „Belletristik, Kunst- und Musikkultur“ der Hauptverwaltung „Verlage und Buchhandel“. Der Referent schilderte die Unwägbarkeiten, die kulturpolitischen Konjunkturen und die variierenden ideologischen Vorgaben beim Verlegen von Büchern in der DDR. Die in der Bundesrepublik erschienene Prosa, deren Verbreitung in der DDR ihm wichtig gewesen sei und die er verlegt habe, wurde im DDR-Kulturministerium besonders beargwöhnt. Die

deutsche Zweistaatlichkeit und der westliche Literaturmarkt übten auf die Zensoren in der DDR, zu denen Dahne zeitweilig zählte, indirekt Druck aus, da prominente DDR-Schriftsteller ihre Werke nicht selten in der Bundesrepublik veröffentlichten oder zu veröffentlichen drohten. Dahne nahm für sich als „Literaturpolitiker“ sowohl in Anspruch, das humanistische Erbe durch die Herausgabe der Klassiker der Weltliteratur gefördert als auch kleine Impulse zur weiteren Entwicklung der DDR-Literatur gegeben zu haben.

Im abschließenden Kommentar betonte JAN KUSBUR (Mainz), dass in der Geschichte die Zeiten ohne Zensur eher die Ausnahme dargestellt hätten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hätten neue Formen der Kommunikation, zum Beispiel das Fernsehen, die Zensur besonders herausgefordert und auch den Umgang der Medien mit der Zensur verändert. Kusber hob den interdisziplinären Zugang der Sektion zum Thema Zensur über die Geschichts-, Literatur- und Buchwissenschaften anerkennend hervor und regte eine Erweiterung durch die rechtswissenschaftliche Perspektive an, die das bis 1989 geltende Recht in den Blick nehmen sollte. Ein Vergleich, der die DDR, die Tschechoslowakei, Polen und die Sowjetunion einschließe, sei nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Phasen, in denen sich die kommunistischen Regime nach Stalins Tod befunden hätten, problematisch, sondern auch aufgrund der schwierigen Anwendung von Kategorien der Rationalität, wie das Beispiel Chruščëvs zeige.

In der Diskussion wurden die unterschiedlichen Bedingungen deutlich, die bezüglich Forschungsstand und Quellenlage in den vier behandelten Staaten heute vorherrschen. Die Referenten betonten, dass die Archive in Deutschland, Tschechien und Russland überaus reiche Bestände zum Thema bereithielten; Jakob Tyszkiewicz bedauerte größere Überlieferungslücken in Polen. Der Stand der Forschung sei insbesondere in Deutschland und Polen fortgeschritten, aber auch in Russland sei eine größere Anzahl von Studien erschienen, obwohl der Zugang zu den dortigen Archiven gerade im letzten Jahrzehnt wieder eingeschränkt worden sei. Darüber hinaus wurden in der Dis-

Gerald Volkmer

kussion verschiedene Aspekte der Aushandlungsprozesse zwischen Zensurbehörden und Schriftstellern, die Frage nach der Koautorenschaft des Zensors sowie die beim Verstoß gegen Zensurauflagen verhängten Strafen angesprochen. Trotz aller – auch in der Diskussion deutlich gewordenen – unterschiedlichen Entwicklungen sei in allen kommunistischen Zensurbehörden der Trend zu beobachten gewesen, zunehmend Akademiker einzustellen, um versteckte Regimekritik in literarischen Werken erkennen und die Autoren in der Art und Weise ihres Schreibens beeinflussen zu können. Der Kulturbetrieb war in den „Ostblockländern“ einer weniger scharfen Zensur unterworfen als die Massenmedien Funk, Fernsehen und die Tageszeitungen – eine Erkenntnis, die alle Referenten teilten. Gerhard Dahnes Äußerungen waren – anders als die übrigen Referate – von der Subjektivität eines Zeitzeugen bestimmt. Bei aller Detailkenntnis entstand der Eindruck eines Mangels an kritischer Distanz zum DDR-Literaturbetrieb mit seinen repressiven Seiten und zu seinem eigenen Wirken als Zensor. Die Frage nach der Rolle der Staatssicherheit im DDR-Zensurbetrieb blieb unbeantwortet. Insgesamt boten die Referate einen differenzierten Einblick in die Konflikte um die intellektuelle Ressource Wissen. Die Sektion zeigte auf überzeugende Art die Möglichkeiten und Grenzen dieses Vier-Staaten-Vergleichs auf, der nicht nur gewinnbringende Erkenntnisse im Bereich der Zensurpraxis einbrachte, sondern auch die Veränderungen in der politischen Handlungsfähigkeit der kommunistischen Regime beleuchtete.

Sektionsübersicht:

Burkhard Olschowsky (Warschau): Einführung

Jakub Tyszkiewicz (Breslau): Zensurpraxis in Polen und seinen Westgebieten

Ivo Bock (Bremen): „Wie auf dem Basar?“ Zensurkriterien und Zensurpraxis in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei

Siegfried Lokatis (Leipzig): Zensur und Verlage in der DDR – Hand-

lungszwänge und Spielräume

Gerhard Dahne (Berlin): Einsichten in den Literaturltag der DDR. Ein Zeitzeugenbericht

Jan Kusber (Mainz): Kommentar

Tagungsbericht *Zensur – Konflikte um die intellektuelle Ressource Wissen in Mittel- und Osteuropa 1945–1989*. 25.09.2012–28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 06.12.2012.

Zur Ökonomie römischer Nahbeziehungen

Leitung: Elke Hartmann (Darmstadt)

Bericht von: Jan Meister, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

In vormodernen Gesellschaften werden Nahbeziehungen kaum je als rein emotionale Bindungen gesehen, sondern sind gleichzeitig Netzwerke, über die Ressourcen verhandelt und ausgetauscht werden. Dabei kann es sich um materielle Güter, aber auch um persönliche Dienste oder Unterstützung handeln. Dieser Austausch erfolgt zwar auf der Basis einer grundsätzlich anerkannten Reziprozität, das heißt der Erwartungshaltung, dass auf eine Gabe auch eine Gegengabe folgt, doch weder die Art der Gegengabe noch der zeitliche Rahmen ist fix vorgegeben. So können solche Austauschbeziehungen sowohl als egalitäre Freundschaften wie auch als asymmetrische Abhängigkeiten strukturiert sein. Im antiken Rom sind solche Nahbeziehungen in den Quellen – auch im Vergleich zu anderen vormodernen Gesellschaften – auffallend präsent. Die Frage, inwiefern dies eine Besonderheit der römischen Gesellschaft oder gar der Schlüssel zu deren Verständnis sei, ist dementsprechend in der Forschung ein schon lange kontrovers diskutiertes Thema. Die von Elke Hartmann geleitete Kurzsektion zur

„Ökonomie römischer Nahbeziehungen“ am diesjährigen Historikertag in Mainz hat sich zum Ziel gesetzt, diese Debatten neu zu beleben, etablierte Prämissen zu hinterfragen und neue Perspektiven zur Diskussion zu stellen. Diesem Anspruch wurde die Sektion eindeutig gerecht, was nicht nur an der durchwegs hohen Qualität der einzelnen Beiträge lag, sondern auch am gewählten Format der Kurzsektion, das ein hohes Maß an innerer Stringenz sicherstellte. Der Fokus lag dabei ausschließlich auf Nahbeziehungen zwischen einzelnen Personen – also unter bewusster Ausklammerung anderer Phänomene wie beispielsweise Stadtpatronaten. Ferner standen nicht die in mancherlei Hinsicht problematischen „Klientel“-Beziehungen, sondern die Netzwerke der Oberschicht im Zentrum und diese wiederum wurden vornehmlich in Hinblick auf ökonomische Aspekte untersucht.

Den Auftakt machte WILFRIED NIPPEL (Berlin) mit einem Forschungsüberblick vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Dabei machte Nippel drei Perspektiven aus, welche die Debatten prägten. So suchte man im 19. Jahrhundert primär nach dem Ursprung römischer Klientelverhältnisse. Dabei ging man von der Prämisse aus, dass die Klientel in grauer Vorzeit ein rechtlich definiertes Abhängigkeitsverhältnis gewesen sei, das sich (zumindest teilweise) bis in historisch hellere Zeit erhalten habe. Freilich sind die Indizien für solche „survivals“ eher dünn und Rekonstruktionen der Frühzeit müssen zwangsläufig spekulativ bleiben. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts vollzog sich dann mit Matthias Gelzers einflussreicher Habilitationsschrift zur Nobilität der römischen Republik ein Perspektivenwechsel.¹ Gelzer interessierte sich nicht für frühere Rechtsverhältnisse, sondern untersuchte die horizontalen Verflechtungen der römischen Oberschicht zur Zeit der späten Republik. Das Problem, so Nippel, sei jedoch gewesen, dass Gelzer es nicht dabei beließ, sondern behauptete, diese Verflechtungen hätten nicht nur die Oberschicht, sondern die gesamte Gesellschaft durchdrungen – eine Behauptung, die durch die tatsächlichen Indizien seiner Untersuchung jedoch kaum gedeckt wurde, die

¹Matthias Gelzer, *Die Nobilität der römischen Republik*, Leipzig 1912.

aber die Rezeption der Arbeit entscheidend bestimmte. Bekanntlich folgte in den 1980er-Jahren eine angelsächsische Reaktion auf die angebliche „deutsche Orthodoxie“, der vorgeworfen wurde, sie würde das Funktionieren der Republik einzig über starre Klientelbindungen erklären.² Doch auch wenn Peter A. Brunt die Belege für eine Klientel der Frühzeit quellenkritisch zerpflückte, so widerlegte er damit dennoch nicht das, was Gelzer eigentlich untersucht hatte, nämlich die Verflechtungen der Oberschicht in spätrepublikanischer Zeit. Man redete, so Nippels Resümee, schlicht aneinander vorbei.

In den letzten Jahren freilich haben sich neue Perspektiven eröffnet. Hier nannte Nippel die Arbeiten von Aloys Winterling und Fabian Goldbeck, die den Blick auf die Bedeutung von Interaktion beispielsweise bei der *Salutatio* richten.³ Der Fokus dieser Arbeiten liegt vor allem auf der „symbolischen Dimension“ von Nahbeziehungen, also dem Prestige, das die Inszenierung von Freunden vermitteln konnte. Eine der zentralen Thesen, nämlich dass diese symbolische Dimension gegenüber der instrumentellen mit dem Wechsel von der Republik zur Kaiserzeit an Bedeutung gewann, relativierte Nippel freilich: Dies entspreche zwar der Sicht des Gebenden, vernachlässige aber, dass für den Nehmenden die instrumentelle Dimension von Nahbeziehungen nach wie vor bedeutsam blieb. Möglicherweise, so Nippels abschließende Überlegungen, böten sich in diesem Bereich auch Anknüpfungspunkte an die auf den ersten Blick gänzlich anders gelagerten Untersuchungen Koenraad Verbovens, der gerade die materiellen Aspekte römischer „Freundschaft“ betont.⁴ Auch wenn Nippel in seinem Überblick auf klare Thesen verzichtete, so ließ sich doch eine Linie herauslesen, die in Hinblick auf die nachfolgenden Beiträge

²Nebst der Demokratie-Debatte um Fergus Millar sind hier primär zu nennen: Peter A. Brunt, *Amicitia in the Late Roman Republic*, in: Ders., *The Fall of the Roman Republic and Related Essays*, Oxford 1988, S. 351-381 sowie Ders., *Clientela*, in: ebd., S. 382-442.

³Aloys Winterling, *Freundschaft und Klientel im Kaiserzeitlichen Rom*, in: *Historia* 57 (2008), S. 298-316; Fabian Goldbeck, *Salutationes. Die Morgenbegrüßungen in Rom in der Republik und der frühen Kaiserzeit*, Berlin 2010.

⁴Koenraad Verboven, *The Economy of Friends. Economic Aspects of Amicitia and Patronage in the Late Republic*, Brüssel 2002.

zentral war: Deutlich wurde, dass Nippel Versuche, Nahbeziehungen pauschal für die gesamte Gesellschaft zu postulieren, für einen Irrweg hält und stattdessen eine Beschränkung favorisiert, entweder auf die jeweiligen Kontexte, in denen Nahbeziehungen eine Rolle spielen, oder aber auf konkret fassbare Personenkreise, also vornehmlich die römische Oberschicht. Die beiden nachfolgenden Beiträge zeigten denn auch Perspektiven auf, die genau diesen Problemen der bisherigen Forschung Rechnung trugen.

ANN-CATHRIN HARDERS (Bielefeld) analysierte das Erbverhalten der römischen Elite aus einer sozialanthropologischen Perspektive. Im Gegensatz zu modernen Bestrebungen, Vermögen in der Familie zu halten, so ihre einleitenden Überlegungen, scheinen sämtliche Modi des römischen Erbrechts darauf ausgelegt gewesen zu sein, Vermögen nicht kompakt in der Familie zu halten, sondern im Gegenteil möglichst breit über ein Netz von Freunden und Verwandten zu verteilen. So wurden bei der Intestaterbfolge ursprünglich alle Hauserben, Männer wie Frauen, zu gleichen Teilen berücksichtigt – anthropologisch gesehen ein egalitäres Erbrecht. Das alternative Modell wäre ein nicht-egalitäres Erbrecht gewesen, bei dem ein Haupterbe bestimmt und so der ungeteilte Fortbestand des Hauses garantiert wird. Da in Rom nicht nur alle Söhne als gleichberechtigte Erben fungierten, sondern zusätzlich auch noch die zum Haus gehörenden Frauen, kann dieses Erbrecht als besonders egalitär gelten. Dass Frauen nicht nur erbten, sondern auch selbst ein Testierrecht besaßen und dass das weit gefasste Testierrecht des Paterfamilias in der Praxis nicht etwa dazu benutzt wurde, den Besitz beisammen zu halten, sondern im Gegenteil ihn durch Legate weit über die engere Verwandtschaft hinaus zu streuen, zeigt, dass dies durchaus gewollt war. Das Erb- und Testierrecht von Frauen, so Harders, sei daher nicht als „Unfall“ zu sehen und auch nicht als Ausdruck einer irgendwie gearteten Emanzipation, sondern als Teil einer Strategie, die darauf abzielt, Vermögenswerte über ein weites Netz von Nahbeziehungen über die engere (männliche) Verwandtschaft hinaus zu vererben und so dieses Beziehungsnetz

zu pflegen. Für die Entwicklung des römischen Erbrechts habe dies ferner die Konsequenz, dass wohl nicht das agnatische Prinzip als das ältere anzusehen ist, sondern das kognatische, das zwar in der Rechtssprechung erst später auftaucht, von seiner Stoßrichtung her aber der umfassenden Testierfähigkeit des Paterfamilias wie auch der Erb- und Testierfähigkeit der Frauen entspricht. Anders als moderne Bestrebungen, die unter dem Motto „keeping it in the family“ Vermögen über Generationen zu erhalten suchen, hätten die Römer, so Harders, wohl eher von einem „keeping it in the peer-group“ gesprochen: Vermögenswerte sollten möglichst breit innerhalb einer Elite zirkulieren und so ein Netz aristokratischer Nahbeziehungen festigen und perpetuieren.

Dass diese Form des Vererbens zu Problemen führen konnte, zeigte der abschließende Vortrag von ELKE HARTMANN (Darmstadt). Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bildete ein Epigramm Martials (Mart. 2,26), in welchem sich die reiche Naevia vom Erbfänger Bithynicus umsorgen lässt. Das dort verhandelte Phänomen der Erbfängerei begegnet in der kaiserzeitlichen Literatur häufig und hat bislang vergleichsweise wenig Beachtung gefunden: Während die ältere Forschung, insbesondere Friedländer, dem Duktus der Quellen verhaftet blieb und das Phänomen moralisch verurteilte, tendieren neuere Studien dazu, die oft in satirischen Kontexten auftretenden Erbfänger pauschal als literarischen Topos abzutun. Freilich entsteht auch ein Topos nicht im luftleeren Raum und genau hier setzte Hartmann an, indem sie dafür plädierte, literarische Typen wie „Naevia“ oder „Bithynicus“ nicht als historische Personen, wohl aber als Reflex realer gesellschaftlicher Probleme ernst zu nehmen.

Erbfängerei, so Hartmann, müsse im Kontext aristokratischer Nahbeziehungen gesehen werden: Gerade vor dem Hintergrund der Ausführungen Harders' wird plausibel, wie zentral die Teilhabe an solchen Netzwerken auch in materieller Hinsicht war. In der Kaiserzeit wurde dies tendenziell noch wichtiger, denn anders als noch in republikanischer Zeit fielen externe Kriege als Einnahmenquelle für die

Aristokratie weitgehend weg, während gleichzeitig der demonstrative Luxuskonsum zunahm und gesteigerte Ausgaben für den Stuserhalt verlangte. Die bei Martial vorgeführten Typen, so Hartmann, spiegeln diese Probleme. So ist die vom Erbfänger umworbene Neavia offenbar kinderlos. Dies reflektiert den Umstand, dass in der Kaiserzeit Kinderlosigkeit in der römischen Oberschicht zunehmend als erfolgreiche Strategie eingesetzt wurde: Kinderlose Aristokraten wurden, gerade weil natürliche Erben fehlten, von potentiellen Erbfängern materiell und immateriell umsorgt – in der Hoffnung, dass sich die daraus resultierende Nahbeziehung in reichen Legaten niederschlagen werde. Dass mit Naevia eine Frau begegnet, ist in Anbetracht der vollen Testierfähigkeit römischer Frauen keineswegs überraschend, Hartmann vermutete gar, dass Frauen wegen des leicht zu Geld zu machenden *mundus muliebris* als besonders attraktive Erblasser angesehen wurden. Auch der Erbfänger Bithynicus kann ein reales Problem reflektieren: Sein Name deutet auf eine provinzielle Herkunft hin. Auf Aufstieg bedacht, versucht er, in die Freundschaftsnetzwerke der Aristokratie eingebunden zu werden – es geht ihm wohl also nicht nur um das materielle Erbe, sondern auch um die durch das Erbe symbolisierte Integration in die aristokratischen Netzwerke. Sein letztlich vergebliches Bemühen um Naevia zeigt jedoch das Risiko, das Erbfänger eingehen mussten: Die Zuwendungen zu potentiellen Erblässern konnten eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen, doch ob und in welcher Höhe eine Gegengabe in Form von Legaten erfolgen würde, war völlig offen. Manch ein Aristokrat dürfte daher reicher erschienen sein, als er (oder sie) tatsächlich war, und sich den standesgemäßen Luxuskonsum über die Zuwendungen potentieller Erbfänger wesentlich mitfinanziert haben. Vor diesem Hintergrund erscheint es denn durchaus fraglich, wer eigentlich wen „fängt“. Und genau hier, so Hartmann, liege der Mehrwert, den die Dichtung als Quelle bietet: Die Netzwerke aristokratischer Nahbeziehungen, über die Legate verteilt werden, sind alt, doch in der Dichtung werden signifikante Veränderungen reflektiert. So suchen Provinziale wie Bithynicus sich in diese

Netzwerke zu integrieren und aufzusteigen, während umgekehrt römische Aristokraten, nicht zuletzt auch Frauen, potentielle Erbfänger anzulocken suchen, um sich so den Lebensunterhalt zu finanzieren.

Dass es der Sektion durchaus gelungen war, neue Perspektiven zu eröffnen, zeigte nicht zuletzt die abschließende von UWE WALTER (Bielefeld) geleitete Diskussion. Zu Harders Beitrag wurde unter anderem angemerkt, dass die breite Streuung von Erbschaften nicht als binäre Opposition zu einer geschlossenen Besitzweitergabe gesehen werden muss, sondern auch als Diversifikation betrachtet werden kann – schließlich durfte man davon ausgehen, dass über Nahbeziehungen auch wieder Vermögenswerte zurückfließen würden. Generell scheint die römische Elite in vielerlei Hinsicht – weit über das Erbrecht hinaus – mehr auf Breitenwirkung und Netzwerkbildung als auf Besitzstandswahrung bedacht gewesen zu sein. In Bezug auf Hartmanns Beitrag wurde vor allem die Bedeutung der mit der Erbfängerei eng verschränkten Kinderlosigkeit hervorgehoben. Das Ausmaß der Kinderlosigkeit in der römischen Aristokratie ist, gerade in Anbetracht des von den Kaisern hochgehaltenen Ideals des Kinderreichtums, bemerkenswert. Das komplexe Geflecht römischer Nahbeziehungen bietet also noch reichlich Material für weitere Forschungen. Doch die Sektion hat einige wichtige Linien vorgegeben, an denen sich künftige Überlegungen orientieren können: Den Fokus primär auf die horizontalen Verflechtungen innerhalb der Aristokratie zu legen, anthropologische Modelle zu verwenden und nicht zuletzt auch bislang eher vernachlässigte Quellen wie eben die Dichtung mit der nötigen methodischen Vorsicht fruchtbar zu machen.

Sektionsübersicht:

Elke Hartmann (Darmstadt): Einführung

Wilfried Nippel (Berlin): Die ökonomische Dimension römischer Nahbeziehungen: Forschungsperspektiven vom 19. Jahrhundert bis heute

Ann-Cathrin Harders (Bielefeld): Keeping it in the Family – Zur Pro-

blematik des familialen Gütertransfers in der römischen Republik

Elke Hartmann (Darmstadt): Neue Netze: Erbfängerei (captatio) und ostentativer Konsum in der frühen Kaiserzeit

Tagungsbericht *Zur Ökonomie römischer Nahbeziehungen*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 25.10.2012.

Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte

Leitung: Roman Köster (München) / Heike Weber (Berlin)

Bericht von: Julia Schnaus, Universität Regensburg

Abfall entsteht in jeder Gesellschaft durch Produktion und Konsumtion, im Laufe der Zeit hat sich der Umgang damit jedoch stark gewandelt. Ob der Abfall eher als nutzbare Ressource oder unerwünschtes Material angesehen wird, hängt mit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Situation eines Landes zusammen. Aus diesen Aspekten folgt, dass eine multidimensionale Betrachtung des Themas „Abfall“ sinnvoll ist, um verschiedene Facetten des Begriffes beleuchten zu können.

Sektionsleiter ROMAN KÖSTER (München) ging in der Einleitung zunächst auf das Definitionsproblem ein, denn was unter „Abfall“ verstanden werde, sei keineswegs in allen Betrachtungsweisen identisch. Zunächst fasse man darunter alles, was keinen ökonomischen, gesellschaftlichen oder kulturellen Wert habe sowie auf dem Markt einen zu geringen Preis erziele. Eine wirtschaftliche Betrachtungsweise beschäftige sich vor allem mit Marktaspekten, die allerdings nicht ausreichend seien, um das Phänomen „Abfall“ vollständig erklären zu können. Neben die wirtschaftsgeschichtliche müsse auch eine umwelt-, technik- sowie alltagsgeschichtliche Herangehensweise treten. Die Auswahl

Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte

der Referenten spiegele die Anforderung einer multidimensionalen Betrachtungsweise wieder. Die jeweiligen Forschungsrichtungen beschäftigen sich laut Köster mit verschiedenen Akteuren, die Abfall produzierten, beseitigten oder sich theoretisch damit auseinandersetzten, also beispielsweise Hausfrauen, der Stadtreinigung und dem Staat, der vor allem in den Weltkriegen sehr stark in die Wiederverwertung eingegriffen habe. Im Mittelpunkt der Sektion stünden demnach die Interdependenzen zwischen Akteuren, Strukturen und der Distribution von Abfall vor dem Hintergrund der jeweiligen disziplinären Betrachtungsweise. Der in der Konferenzübersicht angekündigte Vortrag von Reinhold Reith (Salzburg) musste aufgrund von Krankheit entfallen.

Eine eher alltagsgeschichtliche Betrachtungsweise nahm HEIKE WEBER (Berlin) in ihrem Vortrag „Schaffet Werte aus Nichts“ ein. Im Fokus ihres Vortrages standen das Mitwirken von Frauen am Recycling während des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie ein Vergleich der beiden Arten von Abfallentsorgung, insbesondere lag der Fokus auf der Verwertung von Küchenresten. Im Ersten Weltkrieg war laut Weber die Mobilisierung der Frauen für die Wiederverwertung markant. Müll sei als Ressource regelrecht ausgebeutet worden. Dies sei aber keine neue Erscheinung gewesen, bereits im Kaiserreich sei die Sparsamkeit der deutschen Hausfrau als Wert etabliert gewesen, an den man nur hätte anknüpfen müssen.¹ Speisereste seien beispielsweise schon zu dieser Zeit an Tiere verfüttert worden und in Berlin-Charlottenburg habe es ab 1907 eine Dreiteilung des Abfalls in Asche und Kehricht, Küchenreste und „gewerbliche Abfälle“ gegeben. Weber stellte heraus, dass die Frauen während des Ersten Weltkrieges – im Gegensatz zur NS-Zeit bzw. dem Zweiten Weltkrieg – nicht Handlanger staatlicher Politik gewesen seien, sondern zuerst selbst die Initiative ergriffen und die Organisation der Wiederverwertung übernommen hätten. Dies stellte sie am Beispiel des Nationalen Frauendienstes in Frankfurt

¹Vgl. Nancy Reagin, *Sweeping the German Nation. Domesticity and national Identity in Germany*, New York 2007.

am Main dar. Zuerst hätten lokale Programme der Abfallentsorgung existiert, die sich in die Bereiche trockene Küchenabfälle, Eierschalen und Knochen unterteilen ließen. Die Reste seien zum einen für Viehfutter, zum anderen auch für die Herstellung von Düngemitteln wie Phosphor verwendet worden. Die staatliche Politik sei erst 1916 mit der Reichsgesellschaft für deutsches Milchkraftfutter in die Wiederverwertung der Abfälle eingestiegen. Die Abfallpolitik weist laut Weber eine Kontinuitätslinie bis zur NS-Zeit auf, im Vergleich zum Ersten Weltkrieg hätten aber während des Zweiten Weltkrieges genauere Vorschriften bestanden, das Ziel sei eine „totale Erfassung“ aller Haushalte, Gewerbe und Mülldeponien gewesen.² Insbesondere die Hitlerjugend und der Bund deutscher Mädel seien aus erzieherischen Gründen in den Sammelprojekten eingesetzt worden. Zum Schluss des Vortrages stellte Weber heraus, dass die quantitative Bedeutung der Müllentsorgung kaum eingeschätzt werden könne. Wichtiger sei die ideologische Bedeutung der Wiederverwertung, die Mobilisierung an der Heimatfront gewesen, ob ökonomisch sinnvoll oder nicht, habe eine untergeordnete Rolle gespielt. Außerdem habe eine Umdeutung in der Bewertung von Abfall stattgefunden. Hygienische Argumente spielten, so Weber, eine weniger große Rolle, die Möglichkeit der potentiellen Verwertung beispielsweise für Viehfutter, habe an Bedeutung gewonnen.

Ebenfalls die NS-Zeit, aber aus französischer Perspektive, nahm CHAD DENTON (Seoul) in den Blick. Er legte dar, dass sich die französische Abfallwirtschaft bereits vor der Besatzungszeit an der deutschen orientiert habe, beispielsweise habe es 1939 im Elsass bereits einen Aufruf zum Lumpensammeln gegeben. Insbesondere aber während des Vichy-Regimes ab 1940 habe sich die Wiederverwertung in weiten Teilen am deutschen System der Wiederverwertung orientiert, während sie vorher dezentral organisiert gewesen sei. Laut Denton bestand dieses System sogar nach Ende des Kriegs bis 1946 fort. Nachzuweisen sei dies unter anderem an Wiederverwertungsexperten aus Deutsch-

²Vgl. Klaus Ungewitter, *Verwertung des Wertlosen*, Berlin 1938.

land, die in Frankreich eingesetzt worden seien und eine Totalität der Wiederverwertung propagiert hätten. Insbesondere seien jüdische Bürger in großem Maße aus dem Altstoffhandel verdrängt und die vorher dezentrale Organisation der Abfallverwertung beseitigt worden. Dass die Wurzeln der *Récupération* in Deutschland lägen, sei der französischen Bevölkerung aber verschwiegen und das Wiederverwerten als patriotischer Akt verkauft worden. Beispielsweise seien Schulklassen in großem Stil zu Sammelaktionen eingesetzt worden. Die Sammlung von Alteisen und Altpapier habe beispielsweise der Bewaffnung dienen sollen. Die Bevölkerung wäre in Filmen und Presseslogans auf den Wert der Abfallwiederverwertung hingewiesen worden.

Während sich die vorangegangenen Vorträge mit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigten, nahm ROMAN KÖSTER (München) die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990 aus wirtschaftshistorischer Perspektive in den Blick und beschäftigte sich mit der Frage, warum die alte Form des Wiederverwertens in den 1960er-Jahren verschwand und wie in den 1970er-Jahren eine neue Form des Recyclens entstand. Laut Köster gibt es vier Erklärungen für das Verschwinden des Wiederverwertens in den 1960er-Jahren. Erstens nennt er den Wohlstandszuwachs, durch den der wirtschaftliche Nutzen des Recyclens verloren gegangen sei. Zweitens die städtebaulichen Veränderungen, Dörfer seien zu Vorstädten geworden, der vorher zu jedem Haus zugehörige Misthaufen sei aus dem Stadtbild verschwunden. Drittens die Durchsetzung der Selbstbedienung im Einzelhandel und viertens die Technisierung der Hausarbeit („Wegwerfgesellschaft“). Schon Ende der 1960er-Jahre allerdings sei der sorglose Umgang mit Abfall bereits wieder in Frage gestellt worden. In Folge darauf kam es laut Köster in den 1970er-Jahren zu einem Comeback des Recyclens. Das Konzept der „verlorenen Verpackung“ sei zunehmend angeprangert worden. Zur Wiederentdeckung des Recyclens trugen nach Köster vor allem die Verwissenschaftlichung der Abfallwirtschaft, das steigende Umweltbewusstsein der Bürger sowie eine zunehmende Institutionalisierung der Recycling-Infrastruktur (eher „Hol-“ als „Bring-„System)

bei. Ökologische und ökonomische Faktoren hätten bei der Etablierung einer dauerhaften Recyclingstruktur eine Rolle gespielt. Köster betonte in seinem Resümee, dass sich das moderne Recycling vom traditionellen durch mehrere Aspekte unterscheidet, unter anderem weil es durch internationale Unternehmen geprägt und weniger durch ökonomische Parameter bestimmt sei.

Ebenfalls die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts betrachtete CHRISTIAN MÖLLER (Bielefeld), konzentrierte sich aber im Gegensatz zu Köster auf die Abfallwirtschaft in der DDR. Er fragte insbesondere nach den Zäsuren und Wandlungsprozessen der Entsorgungssituation sowie den Akteuren und deren Motive. Die den Vortrag begleitende Frage war, ob die staatlichen Handlungsweisen eher durch ökonomische oder ökologische Paradigmen geprägt waren. In den 1950er-Jahren habe die Altstoffsammlung in der DDR an Bedeutung gewonnen, insbesondere durch den Mangel, der durch die Demontagen hervorgerufen worden sei sowie das einsetzende Wirtschaftswachstum. Beispielsweise sei in diesem Zusammenhang die Volkseigene Handelszentrale Schrott gegründet worden, außerdem habe es sog. „Schrottbeauftragte“ gegeben. An der Altstoffsammlung beteiligten sich laut Möller aber auch private Handelsbetriebe und Schulen. Für die Ablieferung von Altstoffen sei eine Prämie in Aussicht gestellt worden, des Weiteren hätten Altstofflotterien existiert, die zum Sammeln hätten anregen sollen. Zunehmend sei die Verwertung nichtmetallischer Rohstoffe wichtig geworden, die Verwertung sei aber aufgrund der schlechten Trennung schwierig gewesen. Laut Möller waren die Grundprobleme zum einen, dass die Einsicht fehlte, zu Sammeln und zu Verwerten, zum anderen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Ministerien und einzelnen Bezirken. Die Verwertung von Hausmüll habe kaum eine Rolle gespielt, da die Abfallmengen im Vergleich zu Westdeutschland gering gewesen seien. In den 1950er- und 1960er-Jahren habe sich in der DDR zum einen die getrennte Erfassung von metallischen und nichtmetallischen Rohstoffen durchgesetzt, zum anderen hätten sich unterschiedliche Arten der

Altstoffsammlung in Industrie und Privathaushalten etabliert. Diese „doppelte Zweiteilung“ bestand, so Möllers These, bis 1990 fort. Trotz Bemühung seitens des Staates ab den 1970er-Jahren (Maßnahmenkataloge), die vielen dezentralen Mülldeponien zu beseitigen, sei die Deponie die wichtigste Art der Entsorgung bis 1990 geblieben. Müllbrände waren, so Müller, das Kennzeichen der DDR, hervorgerufen besonders durch Braunkohle-Abfälle, die leicht entzündbar gewesen seien. Die Herangehensweise des Staates war, laut Möller, durch ökonomische Zielvorstellungen gelenkt. Um den volkswirtschaftlichen Schaden des Abfalls zu verringern, sei die Idee eines Stoffkreislaufes entstanden, der Abfall hätte überflüssig machen sollen. Das Konzept der „geordneten Deponie“ habe sich aber nicht flächendeckend durchsetzen können, da einheitliche Deponiestandards bis in die 1980er-Jahre nur mangelhaft eingehalten worden seien bzw. gar nicht existierten. Erfolge gab es, so Möller, bei der Verwertung von Industrieabfällen durch neue Verwertungsverfahren und neue industrielle Anlagen. Die Haltung der Bevölkerung zu den Deponien sei ambivalent gewesen. Proteste habe es durchaus gegeben, allerdings habe man oftmals eine pragmatische Haltung gegenüber Deponien vorgefunden, da der überall herrschende Mangel zur Wiederverwertung gezwungen habe.

Die Umwelthistorikerin VERENA WINIWARTER (Klagenfurt) plädierte in ihrem Kommentar dafür, Abfall nicht als Randgröße historischer Forschung zu betrachten. Sie merkte zunächst an, die Zusammensetzung des Abfalls genauer zu betrachten, sich also qualitativ mit dem Thema „Müll“ zu befassen insbesondere für die Zeit der Bundesrepublik, in der der Anteil an Kunststoff sehr stark zugenommen habe. Außerdem regte sie an, sich mit Metaphern rund um das Thema Abfallentsorgung näher zu befassen, wie es Heike Weber in ihrem Vortrag bereits getan hatte („Schaffet Werte aus Nichts“). Die dritte Anregung der Kommentatorin bezog sich auf die räumliche Dimension des Themas „Abfall“, also beispielsweise die Relationen zwischen Stadt und Land, die Asphaltierung großer Gebiete und den Transportaufwand. Des Weiteren gab sie zu bedenken, dass in einer

Kriegssituation die marktorientierte Logik bei Privathaushalten aufgeben und durch eine subsistenzorientierte Denkweise ersetzt werde. Generell, aber auch besonders in Kriegszeiten, existieren, so Winiwarter, nationalstaatliche Züge bei der Abfallverwertung, die auch als Wertzuschreibungsprozesse betrachtet werden könnten. Im Blickfeld sollte in jedem Fall die Interaktion zwischen öffentlichen und privaten Akteuren bleiben, wodurch zugleich gesellschaftliche Phänomene betrachtet werden könnten.

In der Diskussion wurde zunächst die Frage diskutiert, ob sich die Zusammensetzung des Abfalls sozial unterscheide. Heike Weber bejahete diese Frage (dies gelte zumindest für die Zeit vor den 1970er-Jahren, danach habe eine Egalisierung stattgefunden) und betonte, dass sich bürgerliche Frauen in Verbänden engagiert hätten, Arbeiterfrauen sich aber in großem Maße an der Wiederverwertung beteiligt hätten. Des Weiteren wurde gefragt, inwieweit eine ideologische Aufladung des Themas „Wiederverwertung“ nach dem Zweiten Weltkrieg fortbestanden habe und ob der Umweltbegriff in diesem Zusammenhang eine eigene Bedeutung habe oder eine quasi neue Ideologie darstelle. Die Referenten betonten den Eigenwert des Umweltbegriffs, der sich aus der „Stadthygiene“ entwickelt habe und mit der Zeit eine Eigen-dynamik entwickelt habe. Inwieweit das Thema Energiekosten mit dem Thema „Abfall“ in Verbindung steht und untersucht werden sollte, konnte nicht mehr abschließend geklärt werden. Betont wurde in der Diskussion ebenso, dass die Kategorie „Wissen“ eine große Rolle spiele. Beispielsweise sei interessant zu erforschen, welche Akteure über lokale „Unorte“ Bescheid wüssten, oder ob ein Bewusstsein darüber bestehe, welcher Abfall gefährlich sei bzw. insbesondere welche Gefahren und Risiken beständen, von denen man nichts wüsste.

Die Sektion zeigte, wie unterschiedlich die Umgangsweise mit Abfall im 20. Jahrhundert war und aus welchen verschiedenen Blickwinkeln sich die Geschichtswissenschaft mit diesem Thema beschäftigen sollte. Interessant wären ein diachroner Vergleich mit früheren Epochen – die Wiederverwertungskampagnen in den Weltkriegen konnten

durchaus an ein bereits zuvor etabliertes Wissen über Abfallverwertung anknüpfen – sowie eine Gegenüberstellung mit anderen nationalen Konzepten der Wiederverwertung. Auch scheint interessant zu sein, in welcher Weise diese Konzepte miteinander verknüpft sind und auf welchen Traditionen sie beruhen. Insgesamt kann man bemerken, dass die Abfallproblematik in der Umweltgeschichte noch nicht erschöpfend betrachtet worden ist, gerade auch im Hinblick auf immer neue Arten von Müll und ihren negativen Folgen für Mensch und Natur (Wissen vs. Nicht-Wissen) und in Verbindung mit dem Begriff Energie(kosten).

Sektionsübersicht:

Roman Köster (München): Einführung

Heike Weber (Berlin): „Schaffet Werte aus dem Nichts!“: Frauen und die Wiederverwertung von Küchenresten im Ersten Weltkrieg und während der NS-Zeit

Chad Denton (Seoul): Récuperez! – Die französische Recycling-Kampagnen zwischen 1939-1945 und ihre deutschen Ursprünge

Roman Köster (München): Abschied von der „verlorenen Verpackung“. Die Geschichte des Recyclens von Hausmüll in Westdeutschland 1945-1990

Christian Möller (Bielefeld): Abfallwirtschaft in der DDR. Sozialistische Verwertungskonzepte und Entsorgungspraxis zwischen Ökonomie und Ökologie

Verena Winiwarter (Klagenfurt): Kommentar

Tagungsbericht *Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte*. 25.09.2012-28.09.2012, In: H-Soz-u-Kult 11.12.2012.

Register
Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Alterauge, Hannes 368
Altmeppen, Philipp 57
Andre, Elsbeth 491

Banken, Ralf 3
Blank, Thomas 57

de Boer, Jan-Hendryk 392
Dieckmann, Christoph 399
Dittrich, Lisa 500
Dommann, Monika 3

Eichenberg, Julia 347
Engelen, Ute 143

Fabian, Sina 339, 447
Förster, Birte 3

Garske, Lucas Frederik 227
Gharaibeh, Mohammad 440
Göllnitz, Martin 324
Groth, Simon 431

Haumann, Sebastian 471
Hein-Kircher, Heidi 308
Hellberg, Florian 178
Hilgert, Christoph 415
Hippchen, Raoul 375
Hochmuth, Hanno 153
Hoffmann, Jana 361
Huff, Tobias 99

Johannsen, Ole 178
Jung, Christian 316
Kahlert, Torsten 1, 3
Katz, Julian 211
Kirchner, Thomas 279
Kneitz, Agnes 127
Kranzdorf, Anna 236
Kuller, Christiane 294
Kuttner, Oliver 245
Majewski, Dennis 431
Meister, Jan 515
Meyer, Thomas 77
Moritz, Kirsten 483
Müller-Henning, Markus 161

Prinz, Claudia 1, 3
Rauthe, Simone 69
Reichert, Sabine 169
Reinecke, Christiane 3
Reupke, Daniel 195
Rischbieter, Laura 3
Ritter, Max 375
Roeder, Torsten 186
Rürup, Miriam 111
Sagasser, Amélie 332
Sala, Roberto 422
Schmidt, Christian 219

Schnaus, Julia 522
Schors, Arvid 455
Schröber, Ulrike 463
Siegel, Björn 287
Sonemann, Lena 1
Spreckels, Philipp 255
Steckel, Sita 475
Steinhauer, Kathrin 89
Stephan, Meta 202
Stornig, Katharina 271

Teichmann, Ulf 407

Thünemann, Holger 383
Trieloff, Karin 202

Uekötter, Frank 3
Unger, Veronika 355

Verst, Eva Maria 263
Vössing, Michael 263
Vogelsänger, Chris 202
Volkmer, Gerald 508

Wöbse, Anna-Katharina 302